

Postvertriebsstück D 2841 F Gebühr bezahlt

Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

"Eine Regierung - unfähig zu einer mehr Gerechtigkeit schaffenden Steuer- und Justizreform - erlaubt sich die Ausbeutung der Arbeitslosen und Kranken, die durch die Koppelung von Beitragssatzerhöhung und Selbstbeteiligung jetzt doppelt zur Kasse gebeten werden. Und sogenannte Wirtschaftsführer lassen sich, nachdem sie Milliarden verplempert haben, als Sanierer feiern - und von den Millionen arbeitswilligen Menschen, die dafür auf die Straße geschickt werden mußten, spricht niemand mehr. Wie schrieb Georg Büchner aus dem Straßburger Exil am 5. April 1833 den Eltern nach Darmstadt: 'Man wirft den jungen Leuten den Gebrauch der Gewalt vor. Sind wir denn aber nicht in einem ewigen Gewaltzustand?' Ja, Gewalt sieht heute anders aus als vor 150 Jahren. Mit dem Blick auf die finsternen Berliner Mietskasernen hat der Maler Heinrich Zille vor 100 Jahren gewarnt, man könne Menschen auch mit Wohnungen totschiessen. Heute geht das, wenn man junge Menschen gleich vom Kreislauf der Arbeit ausschließt, ihnen auch die versprochenen Ausbildungsplätze verweigert."

Rolf Michaelis, Rede zur Verleihung des Georg-Büchner-Preises an Sarah Kirsch, Die Zeit v. 18. 10. 1996

ISSN 0940-0648



Nr. 28, Dezember 1996

Leisewitz/Reusch - **Heinz Jung zum Gedenken/Jung - Klassen und Geschichte/Wendl - Ende der Solidarität?**
Ökologie-Aspekte:

O' Connor - **Zweiter Widerspruch/Weiß - Umweltpolitik/Jecht u. Hiedl - Ressourcen- ausbeutung: Gold/Dolata - Gentechnik**
Cezanne - **Sustainable Development**
Hüttner - **"Abwicklung des Nordens"**
Bömer - **Ökosozialer New Deal**

Historikerstreit:

Kludt - **Goldhagen-Kontroverse/Pätzold - Zehn Jahre danach/Wiegel - Geschichtsrevisionismus**

Und: Collmer - **Hegels Dialektik (II)**
Saueremann - **Klaus Holzkamp/Tesch - Wohnungsmarkt/Fricke - Rache und Willkür**
Iwanow - **Sozialismus**

Sowie: Berichte und Rezensionen

Sparprogramm: Das Streich-Konzert

6-96

C 12232 E
Sozialismus



Supplement:
Forum Gewerkschaften
Kritik am DGB Programm

Ende des Schlaraffenlands?
Kapitalismus pur?
Das USA-Modell: Niedrig-
löhne = mehr Arbeit?
Ende des Konjunkturzyklus?
Interview mit J. Kuczynski
Mythos Abrüstung – die
Bundeswehr als Störfaktor
Cuba/Nicaragua/Indien

Juni 1996
Einzelheft DM 9,50

Forum Gewerkschaften: DGB-Programmkritik

Sozialismus erscheint monatlich mit insgesamt 68 Seiten zum Einzelpreis von DM 9,50;
(Jahresabonnement DM 95.-)

Abonnieren! Probeheft anfordern! Redaktion Sozialismus, Klaus-Groth-Straße 33e,
20535 Hamburg, Tel. & Fax 040/250 10 11

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
7. Jahrgang
Heft 28 (Dezember 1996)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heininger
Prof. Dr. Jörg Huffschmid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz,
Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher

5 Editorial

André Leisewitz/Jürgen Reusch
8 **Heinz Jung zum Gedenken**

Heinz Jung
15 **Klassen und Geschichte**

Michael Wendl
22 **Ende der Solidarität?**
Die Krise der gewerkschaftlichen Sozialpolitik

Ökologie-Aspekte: Konfliktfelder - Ressourcenausbeutung - Sustainability

James O'Connor
27 **Der zweite Widerspruch des Kapitalismus: Ursachen und Konsequenzen**

Jens Weiß
37 **Umweltpolitik im Kapitalismus**
Ein Entwurf für eine materialistisch-konfliktorientierte Theorie der Umweltpolitik

Sabine Jecht/Peter Hiedl
51 **Goldboom - Zur politischen Ökonomie von Ressourcenausbeutung**

Ulrich Dolata
64 **Experimentierfeld und Ressourcenreservoir**
Gentechnik, Konzernstrategien und Entwicklungsänder

Jörg Cezanne
76 **Sustainable Development und Globalisierung**

Bernd Hüttner
85 **Von Fröschen und Schlangen**
Abwicklung des Nordens statt Öko-Korporatismus

Hermann Bömer
94 **Ökosozialer New Deal als Konzept alternativer Wirtschaftspolitik**

Historikerstreit

Michael Klundt
110 **Historikertag und Goldhagen-Kontroverse**

Kurt Pätzold
117 **Sind die Helden müde?**
Zehn Jahre nach dem Historikerstreit

Gerd Wiegel
131 **Alter und neuer Geschichtsrevisionismus**
Vom Historikerstreit zur Faschismusdarstellung der "Neuen Rechten"

Thomas Collmer
141 **Hegel zur Dialektik von Selbstbestimmung und Fremdbestimmtheit (II)**
Reflexion als objektive Struktur: ein Kernstück dialektischer Methodologie

Ekkehard Saueremann
154 **"Lernen" - die Herausforderung des Klaus Holzkamp**

Joachim Tesch
168 **"Billige Wohnungen fehlen - teure gibt's im Überfluß"**
Mangel an Lebenswichtigem bei Überangebot von Luxusgütern in der kapitalistischen Marktwirtschaft

Hans Fricke
181 **Statt Recht und Gesetz Rache und Willkür**

Juri Iwanow
190 **Kapitalismus und Sozialismus an der Schwelle des dritten Jahrtausends**
19 Thesen zur Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus und zur Entwicklungsblockade in der früheren UdSSR

Berichte

Hermann Bömer
202 **Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung**
Konferenzbericht "World Economy and Nation-State between Globalization and Regionalization", 28./29.6.1996 in Frankfurt/M.

Wolfram Burkhardt/Rolf Schmucker
208 **Marburger FEG-Konferenz zu Arbeitsmärkten und Beschäftigungspolitik in der Europäischen Union vom 25./26.10.1996**

André Leisewitz/Jürgen Reusch/Reinhard Schweicher
213 **Klassentheorie - Schlüssel zur Bewegung unserer Zeit?**
In Erinnerung an Heinz Jung - Kolloquium von IMSF und Z, 5. Oktober 1996 in Frankfurt/M.

Hans See
221 **Wirtschaftskriminalität - Angriff auf Sozialstaat und Demokratie**

226 Buchbesprechungen, Annotationen

- Licht und Schatten (Dieter Boris)
 Globalisierung und "Nachhaltigkeitsdebatte" (Jörg Cezanne)
 Deutscher Sonderweg (Gerd Wiegel)
 Modernisierungsdebatte (Gudrun Hentges)
 Wider die Totalitarismuskeule (Jens Weiß)
 Zur KPD in der Weimarer Republik (Fritz Krause)
 Aktive Selbstbehauptung (Michael Schöngarth)
 Statistik zur Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert (Horst Heininger)
 Wallstreetgeier oder spekulierender Philosoph und Philanthrop (Hans G Helms)
 Bilanz des Neoliberalismus am Beispiel Mexikos (Peter Hiedl)
 Marx in Algier (Sabine Kebir)
 Auf dem Weg in die virtuelle Gesellschaft? (Detlef Kannapin)
 Bucheingänge

4 Impressum**26 Vorschau****269 Errata****270 Autorinnen und Autoren****Impressum**

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 54,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne, kdf

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.10.1996

Editorial

Die letzte Ausgabe von Z war bereits ausgedruckt, als uns die bestürzende Nachricht vom Tode von Heinz Jung erreichte. Dieses Heft gibt die Möglichkeit, Heinz Jung, auf dessen Initiative Z 1989 begründet wurde, zu gedenken.

Im Nachruf seiner engeren Freunde, Arbeitskollegen und Genossen, mit denen er politisch und publizistisch auch bei der Herausgabe von Z verbunden war, heißt es: "Mit Heinz Jung verliert die marxistische Linke einen ihrer herausragenden Köpfe. Wir werden seine Fähigkeit zu nüchternen wissenschaftlicher Analyse, seinen klaren Blick für das Neue und Wesentliche, seine Produktivität und Kreativität, seine Unbeirrbarkeit und seinen ungebremsten Elan sehr vermissen."

Der Erinnerung an Heinz Jung in diesem Heft ist ein Nachruf gewidmet. Dazu gehört auch ein Bericht von dem Kolloquium über "Klassentheorie und soziale Bewegungen heute", das am 5. Oktober in Frankfurt/M. stattfand. Das Thema, zu dem er selbst angeregt hatte und sprechen wollte, war sozusagen "sein" Thema. Ein von Heinz Jung vorbereiteter Beitrag für diese Tagung über "Klassen und Geschichte" wird in diesem Heft abgedruckt.

Die Redaktion dankt allen, die ihr im Zusammenhang mit dem Tode von Heinz Jung geschrieben haben.

Ein Jahr nach dem gescheiterten "Bündnis für Arbeit", das der IG Metall-Vorsitzende Zwickel seinerzeit am Vorabend des Gewerkschaftstages der IG Metall den Unternehmerverbänden und der Regierung mit weitreichenden Zugeständnissen angebotet hatte, ist die Bundesrepublik in einem rauheren sozialpolitischen Klima denn je. Der neoliberale Angriff auf Lohneinkommen, auf das Tarifvertragssystem insgesamt und auf die Rolle der Gewerkschaften als Kollektivorganisation der Lohnabhängigen hat nicht nachgelassen, sondern mit der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung noch an Schärfe gewonnen. Dieses Bündnisangebot war, so auch der Tenor der Frankfurter Versammlung der Gewerkschaftslinken vom 2. November d. J., Ausdruck einer illusionären Anpassung und einer Fehleinschätzung von Strategie und Absicht des Führungspersonals von Banken, Konzernen, Unternehmerverbänden und Bundesregierung. Michael Wendt hatte auf dem IMSF/Z-Kolloquium u.a. über die mit solcher Fehleinschätzung verbundene Erosion gewerkschaftlicher Grundsätze in der Tarif- und Sozialpolitik gesprochen; wir dokumentieren seinen Beitrag in diesem Heft.

Die Protestbewegung gegen den Sozialabbau und den offenen Tarifvertragsbruch, die durch den Kurs der Unternehmerverbände und den mit Kanzlermehrheit im Bundestag verabschiedeten Sozialahhaupakt provo-

ziert worden ist, hat verhindert, daß die Gewerkschaften selbst als ohnmächtige und zahllose Organisationen vorgeführt werden konnten. Auch diese Protestbewegung war in ihrem Ausmaß kaum vorausgesehen; die Gegenseite hatte sich insofern gleichfalls verkalkuliert. Ob die "Rückmeldung" der sozialen Basis in diesen Bewegungen, die sich in der Bundesrepublik gegenüber anderen Ländern noch vergleichsweise zaghaft annimmt, auch stärkeren Einfluß auf die gewerkschaftliche Programmdebatte im DGB ausüben konnte, wird bei Anlieferung dieses Heftes nach dem Dresdener Programm-Kongreß des DGB schon ersichtlich geworden sein. Auf jeden Fall wird dies im nächsten Heft von Z ein Thema der Diskussion sein.

Der Schwerpunkt des vorliegenden Heftes ist verschiedenen "Öko-Aspekten" gewidmet. Es geht um das Verhältnis von Ökologie und Kapitalismus. Wir veröffentlichen einen Text von James O'Connor, Herausgeber der hierzulande wenig bekannten amerikanischen Zeitschrift "Capitalism, Nature, Socialism". O'Connor faßt die systematische, krisenauslösende Unterproduktion resp. Überkonsumtion der allgemeinen Produktionsbedingungen der Gesellschaft einschließlich ihrer natürlichen Lebensvoraussetzungen als zweiten Widerspruch des Kapitalismus, der zu einem wachsenden Konflikt herbeiführt. Daß die politische Brisanz verschiedener gesellschaftlicher Konfliktfelder von der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der Individuen und sozialen Gruppen abhängig ist und damit den Wirkungsmechanismen gesellschaftlicher Vermittlungsinstanzen (Medien, soziale und ökologische Bewegungen, politische Organisationen etc.) unterliegt, unterstreicht Jens Weiß. Er macht dabei u.a. darauf aufmerksam, daß zwischen ökologischer und sozialer Frage auch über das Verteilungsproblem der Kosten von Umweltnutzung und -reproduktion ein enger Zusammenhang besteht, was auf die Aneignungs- und Klassenverhältnisse der Gesellschaft zurückverweist.

Gold bleibt auch in der "Nach-Bretton-Woods-Ära" eine wichtige Ressource. Claudia Jeschke und Peter Hiedl zeigen, wie Goldgewinnung, Verschuldung der Dritten Welt und Umweltzerstörung heute ursächlich zusammenhängen. Um eine andere, "moderne" Ressource geht es im Beitrag von Ulrich Dolata: die unter der Regie von Agrochemie- und Pharmakonzernen betriebene Entwicklung und Vermarktung der modernen Biotechnologien. Auch in diesem Fall hat die Ressourcenausbeutung eine "Nord-Süd"-Dimension: Die industrielle Aneignung und Nutzung der Gen- und Züchtungstechnologien findet in den Metropolen der Triade statt, den Entwicklungsländern bleibt die Rolle des Ressourcenreservoirs und Experimentierfeldes. Gerade hier, wo das Pharmakapital mit dem Versprechen gesundheitlicher und agrarwirtschaftlicher Segnungen der Gentechnologie lockt, zeigt sich Öko-Imperialismus in ausgeprägter Form: Die Nutzung der genetischen Ressourcen der Ökosysteme der Dritten Welt

wird ausschließlich von in den Metropolen definierten Bedürfnissen gesteuert.

Drei weitere Beiträge befassen sich mit der Diskussion um das Konzept von "Sustainable Development". Jörg Cezanne gibt eine Übersicht zur Entwicklung des Konzepts, seinen verschiedenen Varianten und dem Zusammenhang zwischen den Veränderungen im globalen Kapitalismus und dem Sustainability-Diskurs. Bernd Hüttner stellt die Kritik an diesem Konzept vor, wie sie insbesondere aus der Sicht der Autonomen und des BUKO formuliert wird. Hermann Bömer plädiert für einen "Ökosozialen New Deal". Hier wird auf der Basis eines Links- oder Ökostruktur-Keynesianismus das Modell eines Schrumpfkapitalismus entwickelt, der in Richtung auf eine sozial und ökologisch verträgliche nachhaltige Entwicklung getrimmt werden soll. Die Option für eine solche Entwicklungsvariante hat sich freilich, wie Bömer auch betont, mit der harten Realität einzelkapitalistischer Eigentums-, Verwertungs- und Konkurrenzinteressen und mit den durch sie geprägten Konsumtionsstrukturen und -bedürfnissen auseinanderzusetzen.

Ein zweiter Schwerpunkt dieses Heftes steht unter der Überschrift "Zehn Jahre nach dem Historikerstreit". Michael Klundt gibt einen Überblick zu den Reaktionen bundesdeutscher Historiker und des Historiker-Tages auf die Provokation Goldhagen, Kurt Pätzold fragt nach den heutigen Frontverläufen zwischen den konservativen Geschichts-Revisionisten und ihren eher schweigsamen, liberal-sozialdemokratischen Kritikern in der offiziellen Historiker-Zunft. Gerd Wiegel verfolgt den Zusammenhang zwischen dem Historiker-Streit und dem Geschichtsbild der neuen ("89er-")Rechten.

Unter "weitere Beiträge" bringen wir Aufsätze zu einem breiten Themenspektrum: die Fortsetzung zu Thomas Collmers Anregungen zur Hegel-Lektüre, eine Hommage von Ekkehart Saueremann an Klaus Holzkamp und seine Lerntheorie, einen Beitrag von Joachim Tesch zur politischen Ökonomie des Mietsektors - der u.a. der Frage nachgeht, warum es ein Unterangebot an bezahlbarem und ein Überangebot an Luxus-Wohnraum gibt -, eine Abrechnung von Hans Fricke mit der z.T. auch in der linken Öffentlichkeit "übersehenen" Willkürjustiz gegenüber den ehemaligen Grenztruppen der DDR sowie ein Thesen-Papier von Juri Iwanow, Moskau, über "Kapitalismus und Sozialismus an der Schwelle des dritten Jahrtausends". Wir berichten über das IMSF/Z-Kolloquium vom Anfang Oktober, über zwei Tagungen zur Regulationstheorie in Frankfurt/M. und in Marburg und über den auch kapitalismustheoretisch interessanten "Ratschlag Wirtschaftskriminalität", der Ende Oktober in Frankfurt/M. stattfand. Bei den Buchbesprechungen ist auf eine Reihe von Rezensionen aufmerksam zu machen, die in direktem Zusammenhang mit den Schwerpunktthemen dieses Heftes gelesen werden können.

Heinz Jung zur Erinnerung

Heinz Jung ist für alle unerwartet und überraschend am 19. August 1996 im Alter von 61 Jahren verstorben. Nach einer zweiten Herzoperation im Februar dieses Jahres schien er sich gut erholt zu haben und auf dem Wege der Besserung zu sein. Als Mann, der sich zeitlebens für eine "vita activa" entschieden hatte, war er bis zuletzt voller neuer Pläne und Ideen. Um so bestürzender sein plötzlicher Tod.

Mit Heinz Jung hat die sozialistisch-kommunistische Linke der Bundesrepublik einen ihrer produktivsten, anregendsten und auch streitbarsten Theoretiker verloren; und viele trauern um einen ungeduldrigen, sperrigen, stets sobdarischen Freund. Heinz Jung hat zeitlebens, in wechselnden Formen und Arbeitszusammenhängen, marxistische Forschung und Publizistik organisiert und betrieben und sich dabei auf die Erfassung der Realitäten des heutigen Kapitalismus, seiner ihm innewohnenden Widersprüche, Veränderungs- und Transformationsmöglichkeiten konzentriert. Sein Name ist hierbei eng verbunden mit den "Marxistischen Blättern" in den sechziger Jahren, mit dem "Institut für Marxistische Studien und Forschungen" (IMSF) in den siebziger und achtziger Jahren und schließlich mit dem Projekt "Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung", das er 1989 initiierte und seither maßgeblich redigierte. Heinz Jung war ein parteilicher Wissenschaftler - Wissenschaft und Politik, Wahrheits- und Veränderungsanspruch gehörten für ihn eng zusammen. Insofern war er, eingebunden in die jeweiligen organisatorischen Zusammenhänge, immer darauf aus, der marxistisch-kommunistischen Arbeiterbewegung und der Linken der Bundesrepublik Mittel und Formen ihrer theoretischen Selbstvergewisserung zu geben und praktisch-politische Ansatzpunkte für die Überwindung der kapitalistischen Klassenverhältnisse zu gewinnen. Die Maxime Brechts "Nur belehrt von der Wirklichkeit können wir die Wirklichkeit verändern" war auch seine Sicht der Dinge.

1935 in einer kommunistischen Arbeiterfamilie in Frankfurt am Main geboren, wurde Heinz Jung schon als Jugendlicher Mitglied der KPD. Für ein Arbeiterkind dieser Zeit war eine akademische Ausbildung kaum erreichbar. So machte er 1953 auf einem Internat in Wickersdorf/Thüringen sein Abitur und studierte danach Wirtschaftswissenschaften, zunächst in Leipzig, seit 1954 an der Berliner Humboldt-Universität. 1957 schloß er das Studium als Diplom-Wirtschaftler ab. Danach kehrte er nach Frankfurt zurück, zusammen mit seiner Frau Christa, die er in Berlin kennengelernt hatte. In Frankfurt/Main arbeitete er als Metallarbeiter in verschiedenen Betrieben. Dort und durch seine gewerkschaftlichen Aktivitäten gewann er im Frankfurter Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu unmittelbaren Zugang zu den sozialen und politischen Dimensionen betrieblicher Auseinandersetzungen. "Der Klassenkampf im Produktionsbereich der

kapitalistischen Industrie" war der Gegenstand seiner in dieser Zeit begonnenen Dissertation.

1961 begründete er in Frankfurt mit der "August-Bebel-Gesellschaft" eine organisationsübergreifende Bildungsgemeinschaft, mit der trotz KPD- und Marxismusverbot Freiräume für marxistisches Denken geschaffen werden konnten. Im gleichen Jahr wurde er wegen verbotener politischer Betätigung zu sieben Monaten Gefängnis "auf Bewährung" verurteilt.

Den sich langsam erweiternden politischen Spielraum für die Linke nutzte Heinz Jung, indem er 1963 die "Marxistischen Blätter" mitbegründete. Bis 1968 war er leitender Redakteur dieser Zeitschrift. In dieser Eigenschaft initiierte er auch maßgeblich einige der ersten größeren Tagungen zu politisch-aktuellen Themen seit Mitte der sechziger Jahre. In der Umbruchperiode jener Zeit - außerparlamentarische Opposition, Antinotstands- und Studentenbewegung, der Protest gegen den Vietnamkrieg und die Ostermärsche, der Generalstreik in Frankreich 1968, die Septemberstreiks 1969 in der Bundesrepublik - änderte sich das politische Klima in der Bundesrepublik nachhaltig. Neben der Konstituierung der DKP aus der Illegalität des KPD-Verbots heraus wurde auch die Gründung eines marxistischen Forschungsinstituts, des IMSF möglich. 1968 wurde Heinz Jung zusammen mit dem aus der DDR zurückgekehrten Josef (Jupp) Schleifstein Mitbegründer und treibende Kraft des IMSF und fungierte bis 1981 als dessen stellvertretender Leiter. Danach folgte er Jupp Schleifstein als Institutsleiter.

1989 zwang Heinz Jung eine lebensbedrohende Herzerkrankung, sich abrupt aus der Leitung des IMSF zurückzuziehen. Die Auflösung des IMSF als Institut in einem "geordneten Rückzug" um die Jahreswende 1989/90 mußte schon ohne ihn erfolgen. Aber er gewann durch seine damalige Operation eine neue Perspektive. Die wiedergewonnene Energie steckte er in das dritte größere Projekt seiner politischen Biographie, die Herausgabe und Redaktion von Z. Idee und Konzept stammten von ihm. 27 Ausgaben lang betreute er das Projekt mit unermüdlicher Aktivität.

Für Heinz Jung gehörten - ganz in der Tradition des klassischen Marxismus der Arbeiterbewegung - wissenschaftliche Arbeit und Publizistik zusammen. Wissenschaft hatte konkrete Adressaten: Partei, Gewerkschaften, politische Linke, die linke, auch akademische Intelligenz. In dieser Hinsicht war die Zeit im IMSF Heinz Jungs bedeutendste und ertragreichste Lebensphase. Die 1993 gemeinsam von IMSF, den "Marxistischen Blättern", "sozialismus" und "Z" herausgegebene Erinnerungsschrift für Jupp Schleifstein war der Platz, wo über Sinn und Konzept der im IMSF betriebenen Arbeit - ein Stück Geschichte der Linken der Bundesrepublik - berichtet wurde. Wer mit dem IMSF seinerzeit Kontakt hatte, spürte bald, in welchem Maße Heinz Jung der "Motor" des ganzen Unternehmens war.

In seiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit zeichnen sich, bei aller thematischen Vielfalt, drei größere Themenkomplexe ab: Klassentheorie und Gegenmachtkonzept; Staat und Ökonomie im staatsmonopolistischen Ka-

pitalismus der Bundesrepublik; Entwicklungsvarianten des SMK und Ansatzpunkte für Alternativen der Linken und der Arbeiterbewegung.

Der erste Themenkomplex verklammert Heinz Jungs Arbeiten aus den sechziger und siebziger Jahren und wurde später von ihm immer wieder aufgenommen. Ausgangspunkt waren nicht Strukturanalysen, sondern die Untersuchung von Bewegungen, von betrieblichen Formierungsbedingungen und der Bedeutung von Organisationen und kollektivem Handeln für die Interessenartikulation der Lohnabhängigen, also die Rolle sozialer und politischer Praxis bei der Vermittlung von objektiver Klassenlage, Klassenbewußtsein und Klassenhandeln. Diese Sicht bewahrte, wie Heinz Jung später betonte, davor, die nachfolgende Entwicklung - trotz Krise und ökonomischer Kämpfe keine Radikalisierung in der Arbeiterklasse und ihren Organisationen - zur Revision von Leitsätzen des Marxismus bemühen zu müssen. In diesen Zusammenhang gehören u.a. die dreibändige Studie "Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970" (1973-75), die eine der gewichtigsten Publikationen des IMSF war, die frühen IMSF-Studien z.B. zu den "September-Streiks" (1969) und die "Mitbestimmungsstudie" (1971). Es schlossen sich in den darauffolgenden Jahren zahlreiche Studien zu den neuen Ausdrucksformen sozialer Bewegungen an.

Die starke Prägung durch die Neuansätze zur Kapitalismustheorie, wie sie mit der Entwicklung der Forschungen über den staatsmonopolistischen Kapitalismus aus der DDR, Frankreich und der Sowjetunion kamen, zeigte sich bei dem zweiten thematischen Schwerpunkt, mit dem sich Heinz Jung intensiv beschäftigte. Ausgelöst wurden seine Untersuchungen zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Politik nicht nur durch die lebhafteste Debatte über Monopole und die "Stamokap"-Theorie der siebziger Jahre (hierzu veröffentlichte er 1978 gemeinsam mit Jupp Schleifstein das Buch "Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland"), sondern auch durch die, wie sich im historischen Rückblick zeigt, einschneidende und einen Wendepunkt markierende Wirtschaftskrise 1974/75 mit ihren Rückwirkungen auf den wirtschaftlichen Regulierungsmechanismus in der Bundesrepublik. Zugleich hatte sich durch die Sozialstrukturuntersuchungen das gewachsene Gewicht des Staatssektors und die hegemonial bedeutende Rolle der staatlichen Sozialpolitik als Moment einer auch "präventiven" Regulierung von Klassenbeziehungen gezeigt. Zu den wichtigen Publikationen in dieser Hinsicht gehören zusammen mit einzelnen Bänden der "Jahrbücher" des IMSF - von denen insgesamt 15 erschienen - die zweibändige Monographie "Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik" (1981/82) und die 1986 veröffentlichte Studie "Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD", in der Klassen-, Staats- und Wirtschaftsanalyse zusammengefaßt wurden. Sie war zugleich seine Habilitationsschrift an der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Im ersten Band des IMSF-Jahrbuchs hatte Heinz Jung 1978 einen Aufsatz mit dem Titel "Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD" veröffentlicht, der die SMK-Konzeption stärker für die Erfassung der unterschiedlichen Politik- und Herrschaftsvarianten und damit zugleich für politisch-strategische Überlegungen öffnen sollte. Grundüberlegung war, daß die Entwicklungsrichtung des Kapitalismus keiner unbeeinflussbaren inneren Logik folgt, sondern von unterschiedlichen Interessen und Hegemonialkonzeptionen der herrschenden Klasse geprägt wird, zugleich aber als System antagonistischer Klassenverhältnisse auch politischen Eingriffsmöglichkeiten unterliegt, die für die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die politische Linke von elementarer Bedeutung sind. Dieses Konzept reflektierte den Strategiewechsel von Monopolkapital, Unternehmerverbänden und Regierung in den siebziger Jahren (besonders die Reaktionen auf die Krise von 1974/75), wobei die These vertreten wurde, daß etwa seit 1972/73 von einem Vorherrschen der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante gegenüber einer mehr staatsmonopolistisch-etatistischen Entwicklungsrichtung auszugehen sei.

Dieses Variantenkonzept lieferte Heinz Jung in vieler Hinsicht die Grundlage für die Suche nach Bruchpunkten und Transformationspotentialen im bundesdeutschen Kapitalismus, wie sie in den achtziger Jahren gesehen und für möglich gehalten wurden. Politisch operationalisiert war dieses Konzept in den strategischen Überlegungen zu einer "Reformalternative" (so der Titel seines 1988/89 zusammen mit Jörg Huffschmid verfaßten Buches), die davon ausgingen, daß innere (soziale Bewegungen) und äußere (Realsozialismus) Druckpotentiale zu Veränderungen im Regulierungsmechanismus des Kapitalismus und zur Öffnung für demokratische Alternativen genutzt werden könnten. Mit dem wenig später einsetzenden Zusammenbruch des äußeren Faktors war für Heinz Jung die Basis für dieses politisch-strategische Konzept entfallen.

Viele der Überlegungen und Projekte, an denen Heinz Jung in den achtziger Jahren beteiligt war, sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Das gilt für den 1982 zusammen mit Jupp Schleifstein (im IMSF-Jahrbuch-Sonderband zum 100. Todestag von Karl Marx) unternommenen Versuch, die marxistisch-leninistische Epochenbestimmung vom weltweiten Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus flexibler und differenzierter zu interpretieren, als damals üblich, für den 1985 veröffentlichten Band 9 des IMSF-Jahrbuchs ("Zukunft der BRD - Linke Alternativen") oder den drei Jahre später, 1988, erschienenen Band des IMSF-Jahrbuchs zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution. Mit ihr hatte sich Heinz Jung seit den siebziger Jahren sehr eingehend befaßt, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Eigentumsfrage und Hegemonialkonstellationen. Der Band ging in weiten Teilen auf seine Initiative zurück und setzte einen Kontrapunkt zur offiziösen Lesart, die das Zeitalter der Revolution für beendet erklären wollte - damit aber, wie der reale Gang dann

zeigte, die längst wirkenden Tiefenströmungen der konservativen antisozialistischen Restauration in ihrer aktuellen Bedeutung wiedergab. So wirkte sich die von Heinz Jung in verschiedenen Beiträgen anhand historischer Betrachtungen herausgestrichene Möglichkeit des raschen Umschlags politischer Machtverhältnisse in historischen Umbruchperioden gegen die eigenen Intentionen aus - der Zusammenbruch des Realsozialismus war ein solches, wenig später in Tagebuch-Form zu studierendes historisches Exempel.

Heinz Jungs Leben war ein Leben in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung dieses Landes, in welcher Partei er auch - legal oder illegal - organisiert war. Sein unbedingtes politisches Engagement war nicht zu verwechseln mit politischen Ambitionen. Die Arbeit im "Maschinenraum", wie er es öfter nannte, war ihm lieber als jene im Rampenlicht; und so wenig er sich als Intellektueller verstand, so sehr zählte für ihn die gemeinschaftliche, arbeitsteilige, kollektive Arbeit zu den eigentlichen Tugenden. Dies schloß Ein- und Unterordnung ein, und das bezog er auch auf die Politik. Das stand nicht im Gegensatz zum Beharren auf eigener Meinung und zum Plädoyer für das Offenhalten von politischen und Arbeitszusammenhängen für unterschiedliche Sichtweisen, die sie gerade produktiv machten.

Seit 1981 gehörte Heinz Jung, wie Jupp Schleifstein schon seit 1968, dem Parteivorstand der DKP an. Mit dem Beginn der Perestroika in der Sowjetunion ergriff er nach und nach entschiedener Partei für die Erneuerung der DKP. In seinem Verständnis konnte dies nur eine "Erneuerung der Partei in der Partei" sein. Dieser "zentristische", auf den Zusammenhalt der Partei gerichtete Erneuerungsversuch scheiterte allerdings recht bald. Auf dem Höhepunkt der Parteikrise wurde er 1989 kurzzeitig Mitglied ihres Präsidiums, trat dann aber aus Protest gegen den Ausschluß zweier zur Erneuerungsströmung gehörender Präsidiumsmitglieder aus diesem Gremium wieder zurück. Das Scheitern seiner politischen Bemühungen setzte ihm persönlich sehr zu.

Die radikale Aufarbeitung der Fehler und Fehlbeurteilungen der vorangegangenen Periode, insbesondere der Fehlbeurteilung der Perestroika und des "Gorbatschowismus", sah Heinz Jung als unabdingbare Voraussetzung dafür, nach dem Epochenereignis des Zusammenbruchs 1989/90 wieder Boden unter die Füße zu bekommen und das Projekt einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus neu begründen und definieren zu können. Dies schloß die nicht minder radikale Kritik der Erstarrungen und des Realitätsverlustes des sozialistisch-kommunistischen Traditionalismus ein, der die eigene Gefährdung schon nicht mehr wahrnahm, die Entwicklung zum Sozialismus gleichsam als Geschichtsautomatismus mißverstand und die geschichtlichen Möglichkeiten verspielte. Diese Kritik schloß zugleich die harsche Konfrontation mit jenen ehemaligen Linken und Mitstreitern ein, die sich nun vom Marxismus verabschiedeten.

1990 trat Heinz Jung in die PDS ein. Hier sah er den Hauptstrom und die Hauptmöglichkeit einer Neubildung der sozialistisch-kommunistischen Linken in der neuen Bundesrepublik. Mit diesem Schritt folgte er seiner Lebensdevise, daß immer wieder Formwandel und Anpassung an die Realitäten notwendig seien, ohne sich ihnen zu unterwerfen. Daß dies ihn bald in offene Konfrontation mit Reformismus und Moderne-Ideologie im Rahmen dieser Partei führen mußte, war zu erwarten und ist in vielen Veröffentlichungen nachzulesen. Politisch sah es Heinz Jung in der, wie er es nannte, neuen strategischen Situation der neunziger Jahre als seine wichtigste Aufgabe, bei voller Anerkennung der unterschiedlichen Meinungen und Positionen die verbliebenen Richtungen und Strömungen der marxistischen Linken zum solidarischen Dialog und zur Zusammenarbeit zu motivieren. Eben dies ist auch das Selbstverständnis von Z. Und wenn Heinz Jung, wie die solidarischen Bekundungen anlässlich seines Todes gezeigt haben, Bezugspunkt für viele Genossinnen und Genossen aus sehr unterschiedlichen Strömungen der Linken war, so hängt dies sicher auch mit dieser selbst zugemessenen Aufgabe und Rolle zusammen.

Im Rückblick verschiebt sich im Leben eines Menschen manches, was man, je nach Lebensphase und Aktualität, vorher anders sah. Heinz Jungs wissenschaftlich-politisches Leben - und beide Seiten sind bei ihm völlig untrennbar - umfaßt seit seiner Rückkehr nach Westdeutschland gut vierzig Jahre. Das erste Jahrzehnt - die sechziger Jahre - war der Kampf um die Legalisierung und Etablierung marxistischen Denkens und marxistischer Politik, Zeit des Kalten Krieges, des KPD-Verbots, eine Zeit, in der es - mit wenigen Ausnahmen - keine Marxisten an den Hochschulen gab und in den Bibliotheken kaum marxistische Literatur. Hier kann man sagen: Dieser Kampf wurde gewonnen. Das war auch die Zeit, von der Heinz Jung später, auch selbstkritisch, mit Blick auf die unmittelbare Konstellation sagte: "Niemals nachher konnte unser Optimismus nochmals eine solch reale Grundlage haben wie zu jener Zeit."

Es folgten zwanzig Jahre - die siebziger und achtziger Jahre -, in denen es im Rahmen des IMSF um die Begründung und Verbreitung eines der Realität der damaligen Bundesrepublik gerecht werdenden, politikfähigen marxistischen Konzepts ging. Hier wurde - und so sah es Heinz Jung auch selbst - vieles erreicht, manches versäumt oder - welche Richtung marxistischen Denkens in der Bundesrepublik muß das nicht von sich sagen - falsch gemacht. Aber dies war eine Zeit, in der es trotz der schon seit Beginn eingeschränkten Handlungsspielräume durch die Ereignisse Ende der sechziger Jahre Bewegung und zeitweilig einen beachtlichen Einflußgewinn nicht nur unter der Intelligenz, sondern auch im Bereich von Gewerkschaften und politischen Organisationen der Linken gab. Und Linke täten gut daran, die historische Erinnerung an die Bewegungen, Umbrüche und politischen Konstellationen jener Zeit heute nicht zu vergessen, weil die damaligen Hoffnungen auf tiefgreifende Veränderungen in den Metropolen und in den Ländern der Dritten Welt sich durchaus auf reale Prozesse

stützen konnten, wenn auch die Erwartung in die Entwicklungspotenzen des Realsozialismus als Hauptkraft der Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses von Fehlbeurteilungen getragen war.

Diese Phase endete in einer bitteren Selbst- und Enttäuschung - der Hoffnung auf neuen Terraingewinn mit Gorhatschow - und der tiefsten Niederlage. Heinz Jung hat sie nicht nur als Niederlage jener gesehen, die engagierte Anhänger der mit dem Realsozialismus verbundenen politischen Bewegungen waren, sondern - und hier gibt ihm die ganze Entwicklung nach 1989/90 Recht - als Niederlage der Welt der Arbeit im internationalen Maßstab und insofern der auf Veränderung setzenden Linken insgesamt.

Zu Heinz Jungs in vieler Hinsicht nüchtern-kritischer Beurteilung der Möglichkeiten des Realsozialismus gehörte quasi spiegelbildlich zugleich die Hoffnung auf den "subjektiven Faktor": Die Erwartung, daß es einer überlegten, auf die dynamischen Faktoren setzenden Politik gelingen könne, diese Möglichkeiten zum Tragen und gegenüber dem Imperialismus zum Zuge zu bringen. Darin sah er auch die moralische Verpflichtung der politisch Verantwortlichen. Und daher lagen bei ihm Hoffnungen, Erwartungen und spätere radikale Kritik, ja Abrechnung, so eng beieinander, eine Kritik, von deren Härte er sich selbst nicht ausnahm.

Die Niederlage aufzuarbeiten, in gewisser Weise nicht von vorn, aber doch von Neuem zu beginnen, das war der Inhalt des letzten Jahrzehnts, dessen erstes Dokument der zwischen Leben und Tod geschriebene "Abschied von einer Realität" war (Heinz lieferte, bevor er ins Krankenhaus ging, die bis dahin fertiggestellten Manuskripte bei seinen Genossen ab), ein Buch nicht ohne Bitterkeit, aber mit dem eisernen Willen, nicht herzugeben, was als richtig erkannt, und nicht unverändert zu lassen, was als falsch befunden worden war. Und dies war auch der gedankliche Tenor, der die folgenden Jahre bestimmte. Heinz Jung kam hierbei - und das unterscheidet ihn von vielen der jüngeren Generation - die Erfahrung der sechziger und frühen siebziger Jahre zugute: Die in dieser Erfahrung begründete Bereitschaft, auch ohne "Apparat" zu arbeiten, das, was gemacht werden muß, selbst zu tun, und sich hierbei nicht zu schonen.

Heinz Jung hat ein wissenschaftliches Werk hinterlassen, das selbst dort, wo es durch die Zeit-Umstände der Entstehung besonders stark geprägt ist, interessant, nützlich und für die Zukunft nutzbar bleibt, weil es immer von der Notwendigkeit der konkreten Analyse konkreter Verhältnisse ausging und damit für deren Entwicklung und Veränderung offen war. Diese Haltung der "Offenheit" für die Veränderungen der Realität, die seine wissenschaftliche Arbeit wie seine politische Biographie prägen, dieser gegen den Zeitgeist immune, parteiliche "Anti-Dogmatismus", der Heinz Jung stets nach neuen Wegen suchen ließ, ohne dabei Zweifel über die Richtung gesellschaftlicher Veränderungen aufkommen zu lassen, das ist vielleicht das wichtigste, was aus seinem engagierten und tätigen Leben zu lernen ist.

André Leisewitz/Jürgen Reusch

Heinz Jung

Klassen und Geschichte¹

Die Rückgewinnung des Übergangscharakters unserer Zeit mutet auf den ersten Blick voluntaristisch an angesichts der gerade abgelaufenen Entwicklung, ist es jedoch mitnichten, wenn längere historische Zeiträume analoger Prozesse in die Betrachtung einbezogen werden. Die Überwindung der sozialökonomischen Ordnung des Kapitals durch die Zerstörung ihres Weltreiches durch die "Barbaren", durch den Angriff von der Peripherie, ist im ersten großen historischen Anlauf gescheitert. Aber wie einst im Rom der Kaiserzeit, also seit Beginn unserer Zeitrechnung, weiterer gesellschaftlicher Fortschritt von einer Produktions- und Eigentumsordnung abhängig war, die sowohl die Sklavenwirtschaft als auch die Gentilordnung hinter sich ließ, so bleibt auch heute die Errichtung einer gemeinwirtschaftlichen Produktionsweise (aus vielerlei und den Lesern bekannten Gründen - wobei die sogenannten globalen Probleme nur zu einer neueren Generation von Begründungen gehören) auf der historischen Tagesordnung. In Rom bedurfte es nahezu eines Jahrtausends, bis sich über vielerlei Zwischenstufen, die Vermittlung Ostroms (Byzanz) und die neuen Reiche der Germanen, dann die feudale Produktionsweise mit ihren neuen sozialen Produktions- und Eigentumsformen durchsetzte. Dabei waren ihre Grundelemente schon relativ früh mit dem Kolonat in der Zerfallsperiode Roms in die Realität getreten, konnten aber unter den damaligen Bedingungen eine feudalgemeinschaftliche Erneuerung nicht begründen. So lebten diese Territorien über ein Jahrtausend von früherer Substanz und jede Erneuerungs- und Vorwärtsbewegung mußte unter diesen Bedingungen als Anknüpfen und Renaissance in Erscheinung treten. Dies war Realismus und Selbsttäuschung zugleich.

Entwicklungsgesetze und Klassenkampf

Wenn man die dem Kapitalismus folgende Gesellschaft als gemeinwirtschaftliche sieht, so ist dies unter einem wesentlichen Gesichtspunkt eine Rückkehr zu schon vor der Privateigentumsgesellschaft liegenden Formen. Aber es ist dies nun eine Gemeinwirtschaft, die die Durchsetzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit an die bewußte Steuerung und Kontrolle gesellschaftlicher Produktion - einschließlich der Umweltreproduktion und Ressourcennutzung - zu binden hat. Sie bedurfte des Durchgangs durch die verschiedenen Formen des Privateigentums, um jenes Niveau

¹ Anmerkung der Redaktion: Es handelt sich um einen Text aus dem Nachlaß von Heinz Jung, der umfangreichere Studien und Exzerpte in einer Art Zwischenbilanz zusammenfaßt und den Charakter des Vorläufigen und Unabgeschlossenen trägt.

gesellschaftlicher Reichtumsproduktion zu erreichen, auf dem die emanzipative Bedürfnisentwicklung aller Individuen der Gesellschaft, und nicht nur jene der besitzenden Klassen, zum Maßstab der Entwicklung werden kann. Dies ist nicht möglich unter Bedingungen des Privateigentums und der Klassenspaltung der Gesellschaft. Es ist auch nicht denkbar (relativer) Armut der Gesellschaft, unter der die Bedürfnisse der Individuen restriktiv behandelt werden müssen. Der Versuch scheitert auch aus der unterlegenen Position in der Systemkonkurrenz, wie die Erfahrung von den ersten kommunistischen Kolonien und Gemeinden bis zum Realsozialismus lehrt.

Unter Berücksichtigung aller Entwicklungsbedingungen bleibt es nach wie vor eine offene Frage, ob der "große Sprung" eines großen, aber schwach entwickelten Landes möglich oder heute völlig auszuschließen ist. Wie auch immer, eine solche Entwicklung bleibt in erster Linie an die Änderung der Sozialökonomie geknüpft, ein Prozeß, dessen strukturelle Muster als Struktur- und Funktionsgesetze bestimmt werden können und dessen historische Tendenz - dialektisch erfaßt - als Entwicklungsgesetz verstanden werden kann. Jenen, die gesellschaftliche Gesetze in Ahrede stellen, sollte zu denken geben, daß und wie die Durchsetzung der kapitalistischen Restauration immer an die gleichen Bedingungen geknüpft war und nach trivial ähnlichen Entwicklungsmustern ablief. Selbst wenn auf der hzw. für die Handlungsebene analoge Drehbücher der Steuerungszentralen bei den westlichen Mächten angenommen werden (müssen), konnten sie sich nur bei analogen, objektiven Bedingungen, also mit dem Wirksamwerden objektiver Gesetze realisieren.

Freilich erhält - analog den Naturwissenschaften - mit zunehmender wissenschaftlicher Durchdringung das Verständnis und der Begriff gesellschaftlicher Gesetze eine höhere Qualität. Zur Bestimmung der Haupttendenzen oder -gesetze von Ökosystemen ist ein deterministisch erfaßbarer Ursache-Wirkungs-Zusammenhang im Sinne der Mechanik völlig unzureichend. Ein Komplex von Rand-, Umwelt- und Existenzbedingungen modifiziert notwendigerweise die Aussagekraft der alten Gesetze und engt deren Geltungsbereich ein, hebt sie damit aber noch nicht auf. So wissen wir heute, daß mit der Veränderung der Eigentumsverhältnisse neue gesellschaftliche Wirkungszusammenhänge entstehen. Ohne sie ist nichts zu begreifen, geschweige denn zu verändern. Aber sie sind nicht ausreichend zur Gestaltung neuer komplexer gesellschaftlicher Beziehungen. Die entsprechende Annahme bleibt damit Bestandteil sozialen Wissens und kann nicht dem Bereich x-beliebigen Glaubens zugeschlagen werden.

Nach 1989 ist es bei früheren Marxisten in Mode gekommen, eine Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung in Ahrede zu stellen, wobei eine solche mit einer linearen Aufwärts- oder Fortschrittsentwicklung identifiziert wurde. Aber eine solche Lesart war selbst dem heute geschmähten Marxismus-Leninismus fremd. Freilich hatten seine vulgari-

sierten, den propagandistischen Zweck für wissenschaftliche Aussage nehmenden, Versionen in der Tat das Verständnis des Klassenkampfes als Motor der Geschichte auf eine mechanistische Lesart, die dem Alltagsverständnis entgegenkam, heruntergebracht. Wahrscheinlich war es die größte "Sünde" der marxistischen Klassentheorie jener Periode, den Klassenkampf nicht mehr mit allen seinen Tendenzen und Möglichkeiten interpretiert zu haben, sondern nur unter dem Gesichtspunkt eines naturhistorischen Sieges des Sozialismus als internationaler Haupttendenz. Damit wurde der Scharlatanerie des Gorbatschowismus Vorschub geleistet, und es griff in den Führungsschichten und -gruppen der kommunistischen Bewegung die Unfähigkeit um sich, Existenzkrise und Niederlage zu denken, sie strategisch umzusetzen und die Anhänger des Sozialismus massenpsychologisch darauf vorzubereiten und einzustellen. Dies ist m.E. auch der härteste Vorwurf, der den Führungen der damaligen Zeit zu machen ist. Wenn der Sieg kein Naturgesetz sein kann, sondern von vielen Bedingungen und Faktoren abhängt, dann gilt dies auch für die Niederlage. Was im taktischen Auf und Ab wohl bedacht und in Handlungskonzepte umgesetzt wurde, wurde für die Gesamtentwicklung verdrängt.

Dabei gehörte die Verarbeitung von Niederlagen zum ABC der Geschichte des revolutionären Sozialismus: 1848/49 und 1871 durch Marx und Engels, 1905/07 durch Lenin, Trotzky u.a., um nur die prominenten Beispiele zu nennen. Solange der Klassenkampf als Bewegungsgesetz der Geschichte seine Entsprechung in der Realität findet, geht es um Sieg oder Niederlage.

Für den tätigen Materialismus bestand das Geschichtsverständnis von vornherein nicht in einer linearen Aufwärtsbewegung. Der Gang vom Einfachen zum Komplizierten - zweifellos allgemeines Gesetz der Entwicklung und heute in modernen theoretischen Erörterungen Hauptansatz - ist keine "Landstraße", sondern ein Prozeß mit Brüchen, Antagonismen, Umbrüchen, Krisen usw. Dies gilt auch für die Abfolge der Produktionsweisen und sozialökonomischen Formationen - der logischen Fassung des historischen Entwicklungsprozesses. Die Vorstellung einer krisenhaften und konfliktorischen Durchsetzung von Entwicklung nähert sich unter Einbezug der Subjekte bzw. Akteure der Realität, löst sich von einer logisch-strukturellen Betrachtung und wird zum Verständnis des historischen Prozesses.

Wenn einer materialistischen Sicht heute geschichtsphilosophisch-spekulative oder gar teleologische Elemente unterstellt werden, dann muß darauf verwiesen werden, daß die dialektische Darstellung bzw. Erfassung materialistisch dechiffrierter Prozesse sich der Figuren bedient, die auch bei idealistischer Begriffsdialektik zum Zuge kommen. Aber sie kann mit dieser ja nicht identifiziert werden. Sie ist nicht mehr Methodik der Spekulation, sondern begrifflich erfaßte Bewegung eines materiellen Prozesses und damit Bestandteil einer wissenschaftlichen Aussage. Natürlich bleibt jede

Aussage über künftige Entwicklung auch auf einer solchen Grundlage hypothetisch - was beanspruchte Realtendenzen betrifft -, es sei denn, alle Einflußfaktoren im oben genannten Sinne wären schon erkannt und erfaßt bzw. in einem solchen Ausmaß erfaßt, daß der Bereich möglicher Abweichungen gering ist. Dies schließt eine entsprechende Zielorientierung der Akteure und ihrer Handlungen, also der Subjekte des Prozesses - im Unterschied zu Gesetzen der Naturwissenschaften - mit ein. Trotzdem können die Bedingungen erkannt und formuliert werden, die verwirklicht werden bzw. eintreten müssen, wenn eine Höherentwicklung der Gesellschaft eintreten soll. In diesem Sinne ist die Entwicklung zielgerichtet, also teleologisch - ohne einer vorgegebenen Idee zu folgen. Sie ist als Muster, als Möglichkeit in der Realität angelegt, als Code, der die wesentlichen Entwicklungszusammenhänge zum Ausdruck bringt und steuert.

Davon ist nicht berührt, daß derartige Erkenntnisse für die Subjekte, die Akteure, ein wichtiges Moment ihres Handelns werden können und zwar dann, wenn ihre Alltagsinteressen mit den ideologischen Deutungsmustern verschmelzen.

Ergibt sich also im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung die Einflußmöglichkeit der Subjekte und Akteure, so ist gleichwohl die Geschichte nicht offen. Die Menschen handeln unter vorgefundenen Bedingungen, die ihre Interessen, die sich in Handeln umsetzen, bestimmen. Sie konstituieren für die Entwicklung gesetzmäßige Zusammenhänge. Es kann also eine Aussage über die Bedingungen einer Aufwärts- oder einer Rückwärtsentwicklung getroffen werden. Enden die Klassenkämpfe mit der Niederlage der die neue Gesellschaft oder gesellschaftlichen Zustände anstrebenden Klassen, kommt es zu einer stagnativen Entwicklung, zum Rückfall in die Barbarei, möglicherweise auch zur Vernichtung der Gesellschaft, oder die niedergeschlagenen Kräfte müssen zu einem Neuanfang finden. Niederlage und Defensive haben dann zeitweiligen Charakter. Für eine historische Aufwärtsentwicklung ist offensichtlich die letzte Variante erforderlich. Gerade die jüngsten Entwicklungen machen es m.E. unerlässlich, daß Sozialisten/Kommunisten eine solche gesellschaftliche Sicht gewinnen oder zurückgewinnen.

Die gegenwärtige Situation der Arbeiterbewegung

Freilich ersetzen Aussagen auf dieser Abstraktionsebene nicht die Analyse der historischen Situation. Schon Marx und Engels hatten im Weltmarkt die Existenzbedingung des modernen Kapitalismus gesehen. Dies war vor 150 Jahren. Ihr entsprechendes Transformations- und Revolutionsmodell bezog sich auf diese Zusammenhänge. Vor 80 Jahren schien es - bedingt durch den Eintritt einer spätkapitalistischen imperialistischen Entwicklungsphase und die Oktoberrevolution mit ihren Folgen - hinfällig geworden. An seine Stelle trat das Modell des Sozialismus in einem Lande und dann jenes der Systemkonkurrenz und des angestrebten internationa-

len Übergewichts und seiner mutmaßlichen sozialökonomischen Sogwirkungen. Dies war jedoch ein Prozeß wechselseitiger Einflußnahme, in dem der internationale Kapitalismus unter Führung der USA den Sieg errang und damit - bei den schon angesprochenen innergesellschaftlichen Defiziten - die Konditionen des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa setzte. Sieht man von der Volksrepublik China und den anderen sozialistisch gebliebenen Ländern ab, für die ein erfolgreicher Weg ebenso wenig ausgeschlossen werden kann wie ihre Niederlage - wobei ihre Hauptfunktion für absehbare Zeit, d.h. bis zu einer neuen internationalen Offensive des Sozialismus, die von "festen Plätzen" der antiimperialistischen Bewegung sein kann -, so wird die übrige Welt auch in ihren innergesellschaftlichen Konditionen von einem entfesselten internationalen Konkurrenzkapitalismus unter der Hegemonie des Liberalismus kontrolliert und beherrscht. Der Abschied vom sozialstaatlich gezähmten Kapitalismus der Nachkriegszeit begann bekanntlich im Umfeld der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre und hat sich mit der Niederlage des Realsozialismus radikalisiert, womit sich diese in erster Linie als Niederlage der Arbeit im internationalen Maßstab erweist.

Es spricht einiges dafür, diese Situation unter dem Gesichtspunkt ihrer inneren Widersprüche und der Möglichkeiten ihrer Veränderung zu interpretieren. Rückt man die neue Stufe der Internationalisierung, die ja nicht nur Märkte und Warenaustausch, sondern Produktion und Produktionssysteme betrifft, in den Mittelpunkt, dann ergeben sich Analogien zur im 'Kommunistischen Manifest' beschriebenen Konstellation - freilich mit Unterschieden in den Kräftegruppierungen: damals eine sich formierende Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung mit historischer Aufwärtstendenz - trotz aller Niederlagen; heute eine zahlenmäßig ungeheuer größere und stärkere Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung in einer vordergründig historischen Defensivposition, in der die Infragestellung des kapitalistischen Systems gegenwärtig nur partiell eine Rolle spielt und nicht hegemonial ist.

Daß die Situation so ist, kann kaum in Frage gestellt werden. Ob sie aber den Abgang der Arbeiterklasse von der geschichtlichen Bühne markiert oder nur als zeitweilige Situation, in der die Faktoren ihrer Überwindung wirken, zu interpretieren ist, ist die Frage, die umstritten ist.

Schaut man genauer hin, dann erkennt man vor allem eine Umgruppierung der politischen und ideologischen Kräfte, deren Wirken die Arbeiterbewegung ausmacht oder auf sie bezogen ist. Per Saldo muß vor allem eine Schwächung der sozialistisch-kommunistischen Strömung, die für den Versuch des Realsozialismus stand, konstatiert werden. Die gegen den Sozialismus und die Rolle der Arbeiterklasse vorgetragenen Argumente sind meist älteren Datums, wurden aber nun auch von Teilen der sozialistischen Bewegung übernommen.

Die epochale Niederlage gibt auch der theoretisch-ideologischen Szene eine neue Färbung und verschiebt das Gewicht und die Hierarchie der Ar-

gumente. Im Licht der Niederlage erscheinen die Einwände gegen die Rolle der Arbeiterklasse als historisches Subjekt (der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft) plausibel, mag ihre Funktion als Masse oder starker Arm jeder tieferen Volksbewegung auch unbestritten sein. In dieser Form hat sie eine Hauptrolle sogar in allen Drehbüchern der kapitalistischen Restauration - eine für Sozialisten/Kommunisten besonders schmerzliche Erfahrung, weil sich zeigt, daß die Arbeiterklasse auch unter der Hegemonie nichtsozialistischer (ja noch nicht einmal linker) Kräfte, wie in Polen, zum eingriffsfähigen und entscheidenden Akteur werden kann. Genau genommen ist aber auch dies keine neue historische Erfahrung. Sie verweist auf den komplexen Vermittlungszusammenhang von Klassenlage, Klassenbewußtsein und Klassenhandeln. Freilich tritt in den meisten Ländern der neuen Restauration die Arbeiterklasse als eher passiver Faktor, wenn überhaupt, in Erscheinung.

So sehr eine äußerst nüchterne Analyse und Bestandsaufnahme erforderlich ist, so wenig gerechtfertigt ist es, die vergangenen 150 Jahre nur durch die Brille der Niederlage von 1989 ff. zu betrachten. Denn:

1. Aller sozialer Fortschritt dieser Epoche steht im Zusammenhang und ist in hohem Maße das Ergebnis der Aktionen der Arbeiterklasse, ihrer Bewegungen und Organisationen.
2. Insofern hat sich nicht nur die Prognose des Marxismus als absolut zutreffend erwiesen, daß die Lohnarbeit die Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit im Kapitalismus sein wird - nie zuvor war in einer mondialen Sicht die Klasse der modernen Lohnarbeiter (ob in enger oder weiter Fassung) absolut und relativ umfangreicher als heute -, sondern als richtig zeigte sich auch die Orientierung auf den Klassenkampf der Lohnarbeiter zur positiven Änderung ihrer Lage.
3. Überall dort, wo die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft auf die Tagesordnung trat, waren die Mehrheit oder relevante Teile der Arbeiterklasse aktiver Träger bzw. soziale Basis dieser Bewegung. Die Durchsetzung sozialistischer Ansätze wäre ohne die aktive und stützende Rolle der Arbeiterklasse undenkbar gewesen. Gerade dort, wo die Arbeiterklasse erst eine Minderheit der werktätigen Bevölkerung stellte, trat ihre führende Rolle in den revolutionären Bündnissen besonders hervor. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Keine sozialistische Revolution ohne Subjektrolle der Arbeiterklasse.
4. Als arbeitende Klasse ist und war das moderne Proletariat - im weiteren Sinne das Heer der Lohnabhängigen - das wesentlichste Element im Reproduktionsprozeß der modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Es ist diese Seite ihrer Praxis, die gesellschaftliche Arbeit, die ihre Rolle im Lebensprozeß der Gesellschaft und ihre Perspektive begründet. Aber erst mit ihrer sozialen und politischen Praxis kann die Arbeiterklasse zum aktiven Faktor werden. Und hier besteht seit den Geburtsstunden der Zu-

sammenhang von modernem Sozialismus und Arbeiterklasse als Wechselwirkung. Ohne die Arbeiterklasse bleibt der Sozialismus eine interessante Idee. Ohne den Sozialismus erlangt die Arbeiterklasse kein eigenständiges gesellschaftspolitisches Gewicht. Das sagt nichts darüber aus, daß sich Widerstand und Opposition gegen soziale Unterdrückung auch dann und dort Ausdruck verschaffen, wo Sozialisten und Kommunisten keine Rolle spielen, wo Gewerkschaften ohne deren Einfluß oder Mitwirkung entstehen usw. Aber hier bleibt der Klassenkampf im "Kontinuum der Geschichte" und entwickelt keine sprengende Kraft.

SPW 1996

Das Forum für die sozialdemokratische Linke
und für den ökologisch-solidarischen Diskurs

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

Geld und Macht

Frauen - Politik

Stadtentwicklung

Berufliche Bildung und Hochschule

Radikal-Reformerischer Neuanfang

Neue Gemeinwirtschaft

Zukunftsfähige

Entwicklung

Ein kostenloses spw-Probepfeft gibt es über:

spw-Verlag Telefon: 02 31/40 24 10

Fresienstraße 26 Fax: 02 31/40 24 16

D-44289 Dortmund e-mail: SPW-VERLAG@LINKDO.soli.de

Ende der Solidarität?

Die Krise der gewerkschaftlichen Sozialpolitik

Gegenwärtig stehen die Gewerkschaften in einer komplizierten Situation. Einerseits sind sie eindeutig in einer gesellschaftspolitischen Defensivrolle. Die Fortdauer der Massenarbeitslosigkeit und die mit dem Arbeitsplatzabbau verbundenen Mitgliederverluste haben die Handlungsspielräume gewerkschaftlicher Politik spürbar eingegrenzt, die Tarifpolitik wird durch eine deflationäre und damit beschäftigungsfeindliche Fiskal- und Geldpolitik in ihren Wirkungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt. Die Politik der Arbeitszeitverkürzung ist an ihre Grenzen gestoßen, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich kann in einer Phase der Reallohnverluste die Mitglieder nicht mehr mobilisieren, geschweige denn für einen Arbeitskampf motivieren. Andererseits haben die politischen Angriffe auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auf den Kündigungsschutz und auf die Tarifautonomie zu einer Politisierung der Gewerkschaften insgesamt und zur Aktivierung gewerkschaftlicher Betriebspolitik geführt. Die betrieblichen Aktionen gegen die tarifwidrige Kürzung des Krankenlohns beweisen die Handlungsfähigkeit und Stärke der IG Metall mindestens in den hoch organisierten Großbetrieben. Dieses Zusammenfallen von langfristiger Schwächung und kurzfristiger Politisierung überdeckt zur Zeit noch die weitgehende Erosion bisher tragender Grundsätze gewerkschaftlicher Tarif- und Sozialpolitik, die mit der IG Metall-Initiative für ein Bündnis für Arbeit im November 1995 eingeleitet wurde.

Bündnis für Arbeit - eine verhängnisvolle Fehlorientierung

Das Bündnis für Arbeit (IGM-Initiative) enthielt in dem taktisch gemeinten Angebot einer Lohnmäßigung im Kern die neoklassische Lohn- und Beschäftigungstheorie, daß niedrige Löhne zu mehr Beschäftigung führen. Lohnzurückhaltung macht Sinn bei gleichzeitiger expansiver Fiskal- und Geldpolitik im Rahmen einer keynesianischen antizyklischen Konjunkturpolitik. In einer solchen Konstellation wird das Entgegenkommen bei den Löhnen durch steigende Beschäftigung belohnt. In der neoklassischen, durch Deflationspolitik gekennzeichneten Konstellation vergrößert Lohnzurückhaltung die Arbeitslosigkeit. Ins Zentrum der gesellschaftlichen Kritik rückten die Lohnnebenkosten, insbesondere die gestiegenen Beiträge zur Sozialversicherung:

"Eine Entlastung des Sozialversicherungssystems senkt die Lohnnebenkosten, fördert dadurch die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Unter-

nehmen und die Binnennachfrage und ermöglicht die Schaffung neuer Arbeitsplätze." (Gewerkschaftsrat der bayerischen SPD).

Anfang 1996 wurde das tarifliche Regelwerk der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch von gewerkschaftlicher Seite in Frage gestellt. Der bayerische DGB-Vorsitzende Schösser hatte im Rahmen der Gespräche für ein bayerisches Bündnis für Arbeit vorgeschlagen, bei der Lohnfortzahlung auf die darin enthaltenen Entgelte für Überstunden zu verzichten. Nach heftigen gewerkschaftsinternen Protesten wurde dieser Vorschlag dann zunächst wieder zurückgezogen. Begründet worden war er mit der Notwendigkeit, den Unternehmen ein auch quantitativ interessantes Angebot (Kostenentlastung für Bayern ca. 1,3 Mrd. DM) zu unterbreiten. Dahinter stand die theoretisch wie empirisch falsche Auffassung, "daß die Arbeitskosten so hoch werden, daß sie nicht mehr in den Export hinein vermittelbar sind" (Schösser im Bayerischen Landtag am 31.01.1996). Angesetzt werden sollte an der Senkung der sog. Lohnnebenkosten.

Diese Zuspitzung auf die Lohnnebenkosten ist makroökonomisch betrachtet völlig verfehlt. Im Begriff der Lohnstückkosten sind neben der Arbeitszeit sämtliche Lohnnebenkosten enthalten. Von zu hohen Lohnstückkosten kann aber gerade keine Rede sein.

"Aus den Zahlen ergibt sich, daß 'westdeutsche reale Lohnstückkosten' im internationalen Vergleich weder übermäßig hoch sind noch daß sie seit 1980 überdurchschnittlich stark gestiegen sind: Im Kreis der G5 sind Deutschlands reale Lohnstückkosten sogar am niedrigsten, den höchsten Wert hat Japan. Bei der Veränderung seit 1980 schneidet Deutschland gemeinsam mit Frankreich am besten ab, die schlechtesten Werte erreichen mit dem Vereinigten Königreich und den USA zwei Länder, die üblicherweise als wenig lohnkostenintensiv klassifiziert werden." (Ifo Schnelldienst Nr. 20/1996, S. 7/8). Zu einem identischen Befund kam ein Jahr zuvor das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW-Wochenbericht 38/95).

Die Formulierung von den Lohnnebenkosten verrät eine interessenbedingte Sichtweise. Darin sind zusammengefaßt tarifliche Leistungen (Lohnfortzahlung, Urlaubsgeld usw.) und die Sozialversicherungsbeiträge. Diese Sichtweise konzentriert den "eentlichen" Lohn auf eine Rolle der Beschäftigten als sozial völlig ungesicherte Tagelöhner. Korrekt müßte von den Arbeitskosten gesprochen werden. Die Gewerkschaften haben sich diese problematische Formulierung jedoch zu eigen gemacht.

Warum übernehmen Gewerkschaften diese gegenüber ihren Interessen konträre Sichtweise?

- Durch eine Absenkung der Sozialbeiträge steigen die Nettolöhne. Steigende Nettolöhne kompensieren die durch eine moderate Bruttolohnpolitik bewirkten Reallohnverluste, allerdings auf Kosten der Bezieher von Sozialeinkommen. Anders formuliert: Das Verhältnis von Soziallohn und

Geldlohn verschiebt sich zu Lasten des Soziallohns. Die Solidarität mit den Erwerbslosen bleibt auf der Strecke.

- Aus dem Bündnischarakter ergibt sich die Notwendigkeit, ein Angebot zur Kostenentlastung der Unternehmen zu machen, um diese zum Anstieg der Beschäftigung zu motivieren. Weil die politökonomischen Rahmenbedingungen aber durch Deflationspolitik und ein Unterbeschäftigungs-Gleichgewicht geprägt sind, führen sinkende Arbeitskosten zwar zu einem Anstieg der Unternehmensprofite, nicht aber zu steigenden Investitionen.

- Die Gewerkschaften werden dadurch zu Opfern ihres Verlustes an makroökonomischer Perspektive. Der bis tief in die Gewerkschaften wirkende Siegeszug des mikroökonomischen Denkens, das die Grundlage der neoklassischen Wirtschaftstheorie bildet, verleitet sie zum Mitmachen in einem an einer Steigerung des Exports interessierten Standortwettbewerb, der die anderen Wirtschaftsnationen ebenso in diese Kostensenkungs- und Deflationsspirale zwingt und mögliche expansive konjunkturelle Impulse völlig abwürgt.

- Die Ideologie der Beschäftigungsausweitung durch niedrige Löhne verfängt auch, weil es inzwischen massenhaft niedrige Löhne auch in der Bundesrepublik - insbesondere in der Bauwirtschaft und durch illegale Beschäftigung - gibt. Was makroökonomisch falsch ist, weil es die gesellschaftliche Nachfrage verringert, ist mikroökonomisch "richtig", weil es die Kostensituation des Einzelunternehmens kurzfristig entlastet. Ideologien sind nur massenwirksam, wenn sie mindestens ein Körnchen "Wahrheit", oder Evidenz enthalten. Es macht gerade den wissenschaftlichen Charakter der keynesschen Wirtschaftstheorie gegenüber der Neoklassik aus, die grundsätzliche Beschränktheit dieser Wirtschaftstheorie auf die mikroökonomische Perspektive herausgearbeitet zu haben.

- Hinzu kommt die politische Desorientierung durch die Gesellschaftsanalysen und Reformvorschläge der gewerkschaftsnahen Sozialwissenschaft, die den Gewerkschaften einen Prozeß der gesellschaftlichen Individualisierung ohne Klassen einzureden versucht, und dadurch zur strategischen Orientierungslosigkeit der Gewerkschaften in einer Phase, in der der Klassenantagonismus sichtbar auf die politische Bühne tritt, erheblich beigetragen hat. In der Debatte um das neue DGB-Grundsatzprogramm wird nach wie vor ein idyllisierendes und die Ungleichheiten, Risiken und Gegensätze harmonisierendes Bild der kapitalistischen Gegenwart skizziert. So sagt J. Hoffmann in der Auseinandersetzung mit den Kritikern des vorliegenden DGB-Grundsatzprogrammentwurfs:

"Es käme darauf an, einen innovativen, modernisierten und kooperativ organisierten Kapitalismus als Gesellschaftsmodell gegen das Kapital selbst durchzusetzen, die partizipatorischen und ökologischen Chancen gegen die selbstdestruktiven Tendenzen im Kapitalismus zu verteidigen und voranzutreiben." (GMH 8/96 S. 525) Die Zukunftshoffnungen, die in den 70er in den Sozialismus als alternatives Gesellschaftsmodell gesteckt wurden, wer-

den jetzt dem Kapitalismus angedichtet, und nur bornierte Kapitalisten verhindern die Verwirklichung dieser Ideale.

Der Angriff auf den "Soziallohn" und Tarifautonomie

"Versicherungsfremde Leistungen" ist ein ebenfalls problematischer Begriff, weil die Sozialversicherung auf das Äquivalenzprinzip reduziert wird. Es handelt sich im Kern aber um einen Soziallohn mit einer solidarischen Umverteilungskomponente, auch wenn der Solidarcharakter der Umverteilung immer schon unvollständig war und ständig brüchiger wird. Zugunsten des Soziallohns ist in der gewerkschaftlichen Tarif- und Sozialpolitik auf Geldlohnsteigerungen verzichtet worden. Die Gewerkschaften haben über die Sozialversicherung daher immer schon Umverteilung oder "Sozialismus" innerhalb der Klasse der abhängig Beschäftigten betrieben. Die Steuerfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen läuft auf einen Formwechsel von Soziallohn zu staatlicher Sozialhilfe hinaus.

Die Risiken und Nachteile einer staatlichen Armenpolitik durch eine auch von Teilen der Linken favorisierte arbeitsunabhängige Grundsicherung liegen einmal darin, daß Lohn und Geltungsbereich einer solchen Grundsicherung direkt dem Druck überschuldeter öffentlicher Haushalte unterliegen und zur nach unten gedrückten Dispositionsmasse werden. Zugleich wird das System der sozialen Sicherung gegen die Risiken von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter privatisiert. Diese Privatisierung der sozialen Sicherung, die sich nur die einkommensstarken Haushalte leisten können, führt zum Aufbau von Kapitalmarktfonds (Pensions- bzw. Krankenversicherungsfonds), aus deren Zinserträgen die Versicherungsleistungen finanziert werden müssen. Der dadurch verstärkte ökonomische Druck auf das Erzielen einer hohen Realzinsrate führt einmal zur Verschärfung einer deflationären Politik von Bundesregierung und Zentralbank, zum anderen wird die Belastung der Sachkapitalrenditen durch die hohen Zinsen zusätzlich erhöht. Das bereits bestehende Mißverhältnis von überbordender Geldkapital- und stagnierender Sachkapitalakkumulation wird sich dadurch weiter verschärfen. Geld heckt eben kein Geld, werttheoretisch gesehen handelt es sich immer um Abzüge aus der Profit- bzw. Mehrwertmasse. Der Druck auf die Mehrwertrate wird daher zunehmen. In der mittelfristigen Tendenz verstärken sich daher die zur Stagnation bzw. sogar zur rezession drängenden ökonomischen Faktoren. So gesehen, ist das bestehende Umlagesystem zur Finanzierung sozialer Leistungen eine zentrale ökonomische Voraussetzung für einen sozial regulierten Kapitalismus. Daß es gegenwärtig zum Widerstand gegen die politischen Angriffe auf Lohnfortzahlung und Tarifautonomie gekommen ist, liegt im Kern daran, daß die gesetzlichen Einschnitte bei der Entgeltfortzahlung einen Eingriff in die Tarifautonomie darstellen und daher aus prinzipiellen Erwägungen abgewendet werden. Es hängt weniger mit der Höhe der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zusammen.

Der Kampf um den Erhalt der Tarifautonomie wird nur erfolgreich sein, wenn er in zwei Richtungen aufgefächert wird:

1. Betriebliche und außerbetriebliche Aktionsformen jenseits des formalisierten und stark verrechtlichten Arbeitskamps, die durch ihre Auswirkungen zu einer Spaltung des Unternehmerlagers führen.

2. Ausweitung in eine politische Bewegung zur Ahwahl der Bundesregierung: Die Beschäftigten können nicht links streiken und rechts wählen.

So gesehen hängt der mögliche Erfolg auch von der Politik der Oppositionsparteien, insbesondere der SPD, im Bundestag und Bundesrat ab.

Vorschau

Z - Nr. 29

erscheint Anfang März 1979
mit dem Schwerpunktthema

"Der rechte Rechtsstaat"

mit Beiträgen zu: Menschenrechte und die Linke, Demokratie, Abbau und Umbau des Sozialstaats, Rechtssystem, Minderheitenschutz u.a.

sowie zu: Globalisierung, EU-Erweiterung, Agrarstruktur in Ostdeutschland, Geschichtsdiskussion in Rußland, Rekolonisierung Ex-Jugoslawiens u.a.m.

außerdem: Berichte, Zuschriften/Kritik, Rezensionen

James O'Connor

Der zweite Widerspruch des Kapitalismus: Ursachen und Konsequenzen¹

Einführung

Ich werde heute vom zweiten Widerspruch des Kapitalismus sprechen, von seinen Ursachen und seinen Konsequenzen. Für mich ist die Schlüsselkategorie die Kategorie der "Produktionsbedingungen", die man bei Karl Marx findet und bei Karl Polanyi. Marx zufolge gibt es drei solcher Bedingungen: die "persönliche Bedingung" - d.h. die menschliche Arbeitskraft -, die "allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens" - d.h. den städtischen Raum, die Kommunikation, die Verkehrs-Infrastruktur - und die "äußeren Bedingungen" - d.h. die Umwelt oder Natur. Polanyi zufolge gibt es den "Boden" und die "Arbeit", die in etwa den "Produktionsbedingungen" bei Marx entsprechen.

Einige Worte noch zu Polanyi. Meine Herangehensweise an die Theorie des Kapitalismus und seines zweiten Widerspruchs stützt sich auf seine Analyse der Auswirkungen der Verwandlung von Boden und Arbeit zur Ware auf die soziale Stabilität und hinsichtlich der Reaktionen der Gesellschaft, die bestrebt ist, wenigstens einige Elemente einer "moralischen Ökonomie" zu bewahren. Aber Polanyi problematisiert nicht hinreichend die "Gesellschaft". Er versteht sie weder als Klassengesellschaft noch theoretisiert er in zufriedenstellender Weise über "Kapitalismus" und "Krise". Es ist also notwendig, die Methode Polanyis in die marxistische Theorie kapitalistischer Ausbeutung und Akkumulation einzufügen. Man wird insofern von einem marxistisch-polanyistischen Ansatz sprechen.

Was ist aus theoretischer Sicht eine "Produktionsbedingung"? Das ist all das, was als Ware betrachtet werden kann, ohne als solche nach dem Mehrwertgesetz oder dem Marktgesetz produziert worden zu sein. Diese weite Definition erlaubt es uns, von der Arbeitskraft, dem Boden, der Natur, dem städtischen Raum unter Gebrauch derselben allgemeinen Kategorie zu sprechen. Sie erlaubt es uns, die gemeinsamen Punkte zu verdeutlichen ebenso wie die Differenzen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeiterklasse, Natur und Raum einerseits, Arbeiterbewegung, feministischer Bewegung, ökologischer Bewegung und sozialen Bewegungen andererseits. Dank dieser Methode kann man die neuen sozialen Bewegungen in einem globalen marxistischen Bezugsrahmen zum Ge-

¹ Vortragstext, entnommen aus "Actuel Marx", No. 12, "L'écologie, ce matérialisme historique", Paris 1992, S. 30-40. Übersetzung: André Leisewitz/Reinhard Schweicher.

genstand von Theorie machen. Man kann die Art und Weise verstehen, wie sich die Produktionsbedingungen und die neuen sozialen Bewegungen mit den Kapitalbewegungen, der kapitalistischen Akkumulation, der Krise, der Konkurrenz und dem Weltmarkt verbinden.

Meine Herangehensweise ist marxistisch-polanyistisch. Aber man kann auch Polanyist-Marxist sein. Ich will zum Ausdruck bringen, daß die Marxistische Theorie des Kapitals als Grenzmarkierung oder als Grundlagentext dienen kann. Man kann, theoretisch und praktisch, den Akzent auf die Tatsache setzen, daß die Zivilgesellschaft darum kämpft, die vollständige Kapitalisierung des Bodens und der Arbeit zu verhindern. Dieser Ansatz führt zum "Post-Marxismus", zu verschiedenen Interpretationen der neuen sozialen Bewegungen und zu der neuen Theorie der radikalen Demokratie.

Produktionsbedingungen, Staat und neue soziale Bewegungen

Da die "Produktionsbedingungen" nicht wie Waren produziert werden, bedarf es eines Organismus, der sich darum bemüht, dem Kapital davon die erforderliche Quantität mit der notwendigen Qualität zu verschaffen, und dies zum rechten Augenblick und am erforderlichen Platz. Dieser Organismus ist der Staat. Alle Aktivitäten des liberal-demokratischen Staates, die nicht seine räumliche Ausweitung und die bewaffnete Macht betreffen, können unter der Rubrik "Regulation und Produktion der Produktionsbedingungen" zusammengefaßt werden. Hier einige offenkundige Beispiele: 1.) Arbeit, Familie, Gesundheit, Erziehung, soziale Sicherung; 2.) städtischer Verkehr, Kommunikation, Bodennutzung, Bewirtschaftung des Territoriums; 3.) Luft, Boden, Meer, Küsten, Nationalparks.

Daraus ergibt sich, daß alle neuen sozialen Bewegungen, die sich auf die Produktionsbedingungen beziehen, definitionsgemäß politisch sind, in dem Sinne, daß die Politik des Staates und seine Bürokratie in alle Aspekte der Bereitstellung dieser Produktionsbedingungen einbezogen sind, und/oder in die Regulation des Zugangs des Kapitals zu diesen Produktionsbedingungen. In dem Maße, wie die Politik und die Strukturen des Staates sich nach Regionen und Ländern stark unterscheiden, variieren die Möglichkeiten, was die sozialen Bewegungen und ihr Aktionsfeld betrifft, von einem Ort zum anderen beträchtlich. Daher rührt die heutige Vorherrschaft der regionalen und lokalen Politik auf der Linken. Der Vorrang des "Lokalen" ist überdeterminiert durch die Besonderheit ebenso der "bürokratischen" und "politischen" wie der "sozialen", "kulturellen" und "ökologischen" "örtlichen Gegebenheiten". Die neuen sozialen Bewegungen sind politischer als die Gewerkschaftsbewegungen, aber auch mehr lokal und regional gebunden, wenn man von den Gewerkschaften absieht, die sich vornehmlich um die Belange kümmern, die den Arbeitsplatz, die Gesundheit, die öffentliche Sicherheit, die Kinderbetreuung, die Verkehrsinfrastruktur und die Wohnungsversorgung betreffen.

Der erste und der zweite Widerspruch

Was ist der zweite Widerspruch des Kapitalismus? Was sind seine Ursachen? Und endlich, was sind seine Konsequenzen?

Der erste Widerspruch des Kapitalismus kann symbolisiert werden durch die Ausbeutungsrate M/V (ich berücksichtige das Verhältnis C/V nicht), die für die marxistische Analyse des Kapitalismus und der kapitalistischen Krise zentral ist.² Dies ist eine gleichermaßen soziologische wie ökonomische Kategorie. Sie bringt die soziale und politische Herrschaft des Kapitals über die Arbeit ebenso zum Ausdruck wie die dem Kapitalismus eigene Tendenz zur Realisationskrise. Wenn, um nur ein Beispiel zu gebrauchen, das Kapital eine harte Herrschaft über die Arbeit ausübt, wird die Ausbeutungsrate (M/V) erhöht und die Risiken einer Realisationskrise werden zunehmen. Folglich wird sich mehr und mehr der Zwang zu ausufernden Kreditstrukturen, aggressivem Marketing, kontinuierlicher Produktinnovation und intensiver Konkurrenz fühlbar machen. Zusammengefaßt ist der erste Widerspruch des Kapitalismus dem System inhärent und hat zumindest direkt nichts mit den Produktionsbedingungen zu tun, ob sie nun ökonomisch, sozial oder politisch interpretiert werden.

Der zweite Widerspruch des Kapitalismus verlangt eine viel komplexere Symbolisierung. Sie umfaßt die Ausbeutungsrate (M/V), sei es dem Umfang des Warenkorbs wie seinem Wertgehalt, sei es den variablen Kapitalbestandteilen (V) nach, und sie schließt den Wertgehalt von C wie dessen Volumen ein (gemessen durch einen numerischen Index), die "Kosten der natürlichen Elemente", die in das variable oder konstante Kapital eingehen, die Bodenrente, insofern sie vom Mehrwert abgeleitet werden muß, und die "negativen Umweltfaktoren", z.B. die Kosten des Verkehrsstaus in den Städten.

Was den zweiten Widerspruch betrifft, so ist kein einziges Element von sich aus zentral für die Theorie. Jedoch erweisen sich alle oben erwähnten Elemente ebenso als soziologische oder politische wie als ökonomische Kategorien. Zum Beispiel widerspiegelt die absolute Bodenrente die vom Grundkapital über das industrielle Kapital ausgeübte Macht. Die Kosten der Verdichtung der Verkehrsströme widerspiegeln die Konkurrenz zwischen lokalem und regionalem Transport. Die Rohstoffkosten widerspiegeln nicht nur die Bodenrente und die Macht von Monopolen, sondern auch die Gewalt des Kapitals über die Arbeit im rohstoffgewinnenden Wirtschaftssektor. Ein letztes Beispiel: Die Kosten des Bodens, des Wassers etc. widerspiegeln die Stärke der ökologischen Bewegung gegenüber

² Die "Ausbeutungsrate" bezeichnet im "Kapital" das Verhältnis zwischen zwei Wertbestandteilen, die vom Lohnarbeiter produziert worden sind: der nicht bezahlte Teil oder "Mehrwert" (M) und der dem Lohn oder "variablen Kapital" entsprechende Wertteil (V). Die "organische Zusammensetzung" (C/V) ist das Verhältnis - im entwickelten Kapital - zwischen dem Wert des "konstanten Kapitals", also dem der eingesetzten Produktionsmittel (C), und dem Wert des variablen Kapitals (V). [Anm. der Red.]

der sozialen und "systemischen" Macht des Kapitals (ohne vom Kräfteverhältnis zwischen der ökologischen Bewegung und den traditionellen Gewerkschaften zu sprechen). Diese Aufzählung legt nahe, daß ein ökonomischer Theorietypus des zweiten Widerspruchs des Kapitalismus im Vergleich zur traditionellen marxistischen Theorie des ersten Widerspruchs weniger zwingend ist.

Der erste Widerspruch betrifft das Kapital von der Nachfrageseite her: Er ist Ausdruck der Überproduktion des Kapitals. Der zweite Widerspruch betrifft die Kosten: Er ist Ausdruck einer Unterproduktion des Kapitals. Der erste manifestiert sich, in seiner reinsten Form, in einer Realisationskrise; der zweite - ebenfalls in seiner reinsten Form - in einer Liquiditätskrise. Beim ersten Widerspruch stellt die Erzeugung von Mehrwert kein Problem dar und folglich ergibt sich das Problem auf der Ebene der Realisierung von Wert und Mehrwert. Beim zweiten Widerspruch stellt die Realisierung der Werte und des Mehrwerts kein Problem dar, folglich ergibt sich das Problem auf der Ebene der Mehrwertproduktion. Wenn man die real und konjunkturell möglichen Ursachen des zweiten Widerspruchs unserer Zeit auseinanderlegt, dann ist klar, daß alles, was als Defizit der Marktmechanismen in Erscheinung tritt, zum staatlichen Keynesianismus, zu Forderungen nach Produktivität und Löhnen und zur Erhöhung des Konsums führt, während ein Defizit hinsichtlich Mehrwert und Gewinnen zu einer Entwertung des Keynesianismus, zu einem Bruch im Bereich von Produktivitäts- und Lohnforderungen und schließlich zu einer Verminderung des Konsums führt.

Die Ursachen des zweiten Widerspruchs

Die grundlegende Ursache des zweiten Widerspruchs sind die Aneignung und der selbstzerstörerische Gebrauch des Arbeitsvermögens, des Raumes, der Natur oder der äußeren Umwelt. Die heutige Krise des Gesundheitswesens, der Erziehung, der Familie, die Krise der Städte und die ökologische Krise sind gleichermaßen Beispiele dieser Selbstzerstörung.

Ich möchte zwei Dinge unterstreichen. Zum einen wäre die Entwicklung des Weltkapitalismus seit dem zweiten Weltkrieg ohne die Entwaldung, die Verschmutzung der Luft und des Wassers, die Verschmutzung der Atmosphäre, die Erwärmung des Globus und anderes ökologisches Unheil unmöglich gewesen, ohne den Bau der Megastädte, ohne die Sorge um die Bevölkerungsverdichtung, die rationelle Bodennutzung, die Verkehrssysteme, das Wohnungswesen und die Mieten; und schließlich ohne eine totale Mißachtung der physischen und mentalen Gesundheit von Familie und Gemeinschaft, der Erziehung und der anderen "Komponenten" der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft - ganz zu schweigen vom Wohlergehen der zukünftigen Generationen. Wenn der globale Kapitalismus sich einzig und allein darum bemüht hätte, die Arbeitsbedingungen so zu reproduzieren, wie sie sich am Ende der Rekonstruktionsperiode, die

dem zweiten Weltkrieg folgte, darstellten, oder sie wiederherzustellen, dann hätte das Wachstum des globalen Bruttosozialprodukts nicht mehr als die Hälfte - vielleicht nicht mehr als ein Viertel - der registrierten Wachstumsraten erreicht.

Zum anderen will ich hervorheben, daß die Ursachen des zweiten Widerspruchs zugleich ökonomischer und sozialer Natur sind. Sie sind "ökonomischer" Natur in dem Sinne, daß die Knappheit an disziplinierter lohnabhängiger Arbeitskraft, an Raum-Ressourcen - auf der Ebene von Städten und Megastädten - und an "Umwelt-Ressourcen" die Kosten steigen lassen - kraft der "normalen" Marktmechanismen. Sie sind "sozial" in dem Sinne, daß die Kämpfe der Arbeiter, der Frauen, die städtischen Bewegungen und die ökologischen Kämpfe - die alle mehr oder weniger darum geführt werden, die vollständige Kapitalisierung der Produktionsbedingungen zu verhindern oder die kapitalistische Restrukturierung dieser Produktionsbedingungen zu bekämpfen - gleichermaßen die Kosten haben steigen lassen und die Anpassungsfähigkeit des Kapitals im allgemeinen und die Mehrwertträchtigkeit der Arbeitskraft im besonderen vermindert haben.

Zusammengefaßt bewirken die "natürliche" oder selbstgeschaffene Verknappung von bezahlter Arbeitskraft, Boden, Luft, Raum etc. ebenso wie die sozialen Kämpfe, die zum Schutz der Arbeitskraft, des Raumes und der Natur geführt werden, einen Anstieg der Kosten an konstantem Kapital (sowohl auf der Ebene der Quantität wie auf der Wertebene) und an variablem Kapital (sowohl auf der Ebene der stofflichen Zusammensetzung des Warenkorbs wie auf der seines Wertgehalts). Sie vermindern gleichermaßen die Anpassungsfähigkeit des Kapitals, indem sie dem kapitalistischen Gebrauch der Arbeitskraft, des Raumes, des Bodens und der anderen Ressourcen Grenzen setzen und indem sie den Umschlag des Kapitals verlangsamen.

Die Art und Weise, wie sich die ökonomischen Ursachen (einschließlich jener, die selbstinduziert sind) und die sozialen miteinander verknüpfen, ist niemals untersucht worden. Nimmt man z.B. den Fall Taiwan, so weiß man nicht, wie sich politische, soziale und ökonomische Faktoren so verbunden haben, daß der taiwanesischen Kapitalismus dazu gebracht worden ist, sein eigenes Land aufzugeben - so schlecht sind die Bedingungen hinsichtlich Boden, Wasser, Luft etc. und so unzuverlässig, so militant sind die Arbeitskräfte. Man weiß auch nicht, an welchem Punkt die Zerstörung von Boden und Menschen in Zentralamerika nach dem funktionellen Dualismus eines ökonomischen Modells vom Typus De Janvry's theoretisch zu erfassen ist, oder ob sich hier eine Herangehensweise in den Kategorien des Klassenkampfes und von Bauernkämpfen als notwendig erweist. In einem Beitrag zu einer Debatte, die von CNS (die Zeitschrift "Capitalism - Nature - Socialism" - Anm. d. Übers.) während der Versammlung der American Economic Association Ende 1990 in Washington organisiert wurde, brachte Ben Wisner den Gedanken vor, daß die Zerstörung von

Natur und städtischem Leben in Afrika ausschließlich und einfach aus Klassen-, Geschlechter- und Rassenkämpfen resultiert; bei der gleichen Debatte legte Brinda Rao dar, daß ihrer Ansicht nach die Kapitalisierung des Wassers die Ursache für die Krise des indischen Dorfes ist, mit der Folge einer Identitätskrise in den Geschlechterbeziehungen und der Entstehung einer Frauenbewegung im ländlichen Milieu. Und im Verlauf eben dieser Debatte vertrat Dan Faber die These, daß es weniger die rein ökonomischen Faktoren sind, die zum Anstieg der Kosten geführt haben, als die ökologischen Kämpfe zum Schutz von Boden, Wasser, Großräumen etc. Ohne Zweifel wäre es notwendig, daß wir uns stärker der Frage zuwenden, in welcher Form sich die vom Kapitalismus selbst verursachte Ressourcenverknappung und die sozialen und politischen Kämpfe miteinander verknüpfen und dadurch einen "zweiten Widerspruch" des Kapitalismus hervorbringen.

Die Folgen des zweiten Widerspruchs

Die erste und offenkundigste dieser Folgen ist die, daß das Kapital auf "Grenzen" stößt, die es oft selbst geschaffen hat. Grenzen des Raums, der Existenz einer gesellschaftlich entwickelten und disziplinierten Arbeitskraft, fruchtbaren Bodens, sauberen Wassers usw. Die hürgerliche Version dieser These ist die von den Grenzen des Wachstums, wie sie vom "Club of Rome" und seinen Nachhetern definiert wird.

Die marxistische Version ist jene, die davon ausgeht, daß das Kapital niemals auf absolute Grenzen stößt. Die Verknappung der Rohstoffe, von Raum usw., die Probleme der Anpassungsfähigkeit drücken sich in der Form einer ökonomischen Krise aus. Die Krise ist wegen ihrer in den Produktionsbedingungen *situierten* Besonderheit ihrem Wesen nach lokalisiert - daher rührt die fragmentarische Natur und das Auf und Ab von Prosperität und Krise (der "post-modernen" Krise).

Auf allgemeiner Ebene kann der Ausruch zahlreicher lokaler Krisen (oder die Existenz von ökonomischen und sozialen Wendepunkten) zu einer Rezession oder einer Depression führen, die die Knappheit vermindert, die Disziplin wiederherstellt und neue Spielräume schafft (z.B. mit dem Resultat eines Kapital-Transfers). Kurzgefaßt, die "äußeren" Schranken des Kapitals erscheinen unter der Form einer ökonomischen Krise (offensichtlich ganz wie die "inneren" Schranken des ersten Widerspruchs des Kapitalismus). So hatte zum Beispiel die Verknappung billigen Öls in den siebziger Jahren nicht einen absoluten Energiemangel zur Folge, sondern eher eine Wertübertragung vom industriellen auf das Renten-Kapital (also die Öl-Gesellschaften und die ölproduzierenden Länder), was zwangsläufig die in der Industrie realisierten Gewinne verminderte. Die Industrie erfuhr so Liquiditätsprobleme, eine Verlangsamung der Investitionen und der Produktivitätsentwicklung, Inflationsdruck und schließlich eine Orientierung auf Verbrauch und Effizienz im Energiebereich, bei

gleichzeitiger Erhöhung des Angebots und Entwicklung von Alternativtechnologien.

Wenn das Kapital eine Bedrohung für sich selbst darstellt, weil es seine eigenen Produktionsbedingungen in Gefahr bringt oder zerstört (eine Möglichkeit, die Marx zu keinem Zeitpunkt in seiner Theorie herücksichtigt hat), dann läuft es Gefahr, durch seinen eigenen Mangel eine ökonomische Krise vom Typus Kostensteigerung zu durchlaufen. Infolgedessen wird das Kapital versuchen, durch Reduzierung dieser Kosten die Produktionsbedingungen zu restrukturieren. Das impliziert charakteristischer Weise eine umfassende staatliche Planung, also entwickeltere gesellschaftliche Formen der Herstellung der Produktionsbedingungen. An Beispielen fehlt es nicht. In Kalifornien preisen die etablierten Landwirtschaftsinstitutionen eine "nachhaltige" Landwirtschaft an; damit legitimieren sie die Entwicklung von biotechnologischen Verfahren auf dem Gebiet der Insekten- und Unkrautbekämpfung. Sie werden von jenen Teilen des Agrar-Nahrungsmittel-Sektors unterstützt, die in den "teuflichen Kreislauf" der Pestizide geraten sind, der für sie immer kostspieliger wird. In Los Angeles sind es staatliche Organisationen, die gegenwärtig Industrie und Infrastruktur restrukturieren, indem sie die Qualität der Luft kontrollieren, um zu versuchen, Lösungen zu finden für die atmosphärische Verschmutzung und die Probleme hochverdichteter Ballungsräume (eine Restrukturierung, die - was durchaus kein Zufall ist - die Beseitigung des kleinen Kapitals impliziert, das in umweltverschmutzenden Industriezweigen gebunden ist - Möbel-Industrie, Farb- und Lack-Industrie -, d.h. Konsolidierung des Kapitals als Mittel der Restrukturierung des Gehrauchs regionaler Umweltressourcen). Es ist wichtig hervorzuheben, daß sich diese Restrukturierung dank der Tätigkeit von staatlichen Planungsentwicklungen vollzieht, die schon politisiert sind. Stadterneuerung und mit ihr der Verkehr restrukturieren den Raum im Hinblick auf eine Senkung der Verdichtungskosten. Man könnte noch andere Beispiele aufführen, darunter auch die Bemühungen um eine Restrukturierung der USA in den immer weniger lebensfähigen Bereichen wie Erziehung oder Gesundheitswesen.

Aber Kapital und Staat haben oft keine freie Hand bei dem Versuch, die Produktionsbedingungen zu restrukturieren, welche gleichermaßen die Mittel zum Leben und Überleben, Konsumtionsmittel im weiteren Sinne und, im Fall der Arbeitskraft, das Leben selbst umfassen. Das ist der Grund, warum der Widerstand gegen die kapitalistische Restrukturierung heute so breit ist. Die Uneinigkeit darüber, auf welchem Weg diese Restrukturierung erfolgen soll, äußert sich in besonders spektakulärer Weise anlässlich von "Naturkatastrophen", wie der des Erdbebens in Santa Cruz zum Beispiel, das das Zentrum der Stadt dem Erdhoden gleichgemacht hatte und lokale Auseinandersetzungen entstehen ließ, als es um den Wiederaufbau ging - was, im Großen und Ganzen, den Tauschwert den Wert-Kriterien entgegensetzt. Wir müssen hier erneut von der Krise sprechen, die durch den zweiten Widerspruch des Kapitals als sozialer und politi-

scher Kampf verursacht worden ist, als eine Periode, während derer nichts als fertig angesehen werden kann und wo die mit einer politischen Strategie und einer Regierung verbundene Mobilisierung der Ressourcen in dem einen oder anderen Sinn darüber entscheidet, wie die Produktionsbedingungen entsprechend den Bedürfnissen des Kapitals oder, im Gegensatz dazu, entsprechend den Bedürfnissen der Arbeit, der Gewerkschaften oder der städtischen Bevölkerung zu definieren sind.

Da es nun einmal der Staat ist, der den Zugang zu den Produktionsbedingungen oder ihre Produktion selbst reguliert, sind alle Kämpfe, die die Umgestaltung der Produktionsbedingungen berühren, politische Kämpfe. Jede Bewegung - feministische, städtische, ökologische oder andere - wird sich mit den staatlichen Organen konfrontiert sehen, mit der konstanten Legitimation der Staatsmacht, mit Regierungsexperten usw. Die Ziele der Staatsorgane, die Formen der Arbeitsteilung, die Ausübung obrigkeitlicher Gewalt, die Beschaffenheit der "Kompetenz" etc. werden unvermeidlich in Frage gestellt werden, ganz wie - und dies in radikaler Weise - die Verantwortlichkeiten, die Normen der Unpersönlichkeit und die Verdinglichung der Bürokratie. Diese Konfrontation erhöht die Einsätze der Kämpfe und gibt den ökonomischen, sozialen und ökologischen Kämpfen einen politischen Charakter. Gerade darin sieht man die Kontinuität zwischen 1968 und den 90er Jahren. Die strategische (im Vergleich zur taktischen) Einheit der Bewegungen verlangt also eine Orientierung auf das Thema der Demokratisierung des Staates. Die in den post-marxistischen Milieus geläufige Forderung nach radikaler Demokratie kann man so, wenigstens zum Teil, in Begriffen der öko-marxistischen Theorie (oder der öko-polyanistisch-marxistischen Theorie) des Kapitals und seiner Produktionsbedingungen erklären.

Schlussfolgerungen

Der Post-Marxismus setzt den Akzent auf die neuen sozialen Bewegungen und auf Radikaldemokratie, wobei er die Differenz hervorhebt und die "verächtlichen Gleichsetzungen" sowie totalisierende Herangehensweisen in Gesellschaftstheorie und politischer Praxis denunziert. Die traditionelle Arbeiterbewegung wird als überlebt oder als gegenstandslos betrachtet. Aber irgendeine Theorie der Entwicklung neuer sozialer Bewegungen (die weniger verdächtig wäre als diese auf eine Art linken Weberianismus gegründete "Politik der Identität") oder des Abstiegs der traditionellen Arbeiterbewegung wird nicht vorgeschlagen. Im Gegensatz dazu hat eine öko-marxistische Theorie ihre Wurzel im Konzept gesellschaftlicher Arbeit (die jetzt um die in der Produktion der Produktionsbedingungen bestehende Arbeit erweitert wird) und in den heute mit der Arbeitsteilung auf internationalem Niveau hinzugetretenen Veränderungen. Dabei sind folgende Punkte hervorzuheben:

1. Die neue internationale Arbeitsteilung und die Hegemonie des transnationalen Kapitals haben überall die Kämpfe der Arbeiterklasse geschwächt - insbesondere im Kontext der außerordentlichen Mobilisierung der politischen Macht des Kapitals in den achtziger Jahren.

2. In der Mitte der siebziger Jahre begann das Kapital auf das langsame Wachstum der Nachfrage auf dem Weltmarkt mit einer Erhöhung der Ausbeutungsrate und der Zulassung einer noch weiteren Verschlechterung der Produktionsbedingungen zu antworten - mit dem offenkundigen Ziel, die Produktionskosten zu senken. Die weltweit vom Kapital und der Mehrzahl der Nationalstaaten eingeschlagene Strategie bestand darin, die Ausbeutung der Arbeitskraft zu steigern und gleichermaßen andere Produktionsbedingungen, gemeinschaftliche und natürliche, intensiver auszubeuten. Wenn man davon ausgeht, daß der Grad der Beschädigung und der Verschmutzung der Natur von der Akkumulations- und der Profitrate abhängt, dann wird der Anstieg der Ausbeutungsrate der Arbeitskraft die Akkumulations- und Profitrate erhöhen und folglich auch die der Umweltbelastung. Je mehr das Kapital die Arbeitskraft ausbeutet, um so mehr beutet es auch die Natur aus - und umgekehrt. In der letzten Zeit hat der Aufstieg Ostasiens im Kreis der konkurrierenden Wirtschaftsmächte die Situation noch verschlimmert, in den USA ebenso wie in den Regionen mit einer schon zerstörten Umwelt.

3. Die Schwäche oder Bedeutungslosigkeit der Arbeiterbewegung ist somit doppelt bestimmt: zuerst durch die neue internationale Arbeitsteilung; dann durch die Interessenverschiebung bei Kapital und sozialen Bewegungen von der Produktion zu den Produktionsbedingungen.

4. Die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen, die sich um die drei Produktionsbedingungen herum organisiert haben, hat die Klassenkämpfe vom Arbeitsplatz auf das ganze Gemeinwesen, von den Streiks auf den Boykott der Konsumenten, vom Kapital auf die staatliche Bürokratie als Zielscheibe der Kritik übergehen lassen. Am Arbeitsplatz haben die Kämpfe um Demokratie mehr und mehr den Raubbau des Kapitals ins Visier genommen. Im Gemeinwesen zielen die Kämpfe um Demokratisierung zunehmend auf den Schutz oder die Restrukturierung der "allgemeinen Bedingungen gemeinschaftlicher Produktion" und der Umwelt. Die Kämpfe um politische Demokratie schließlich zielen ebenso sehr auf eine Demokratisierung der Bürokratien wie auf die Mobilisierung des nicht erfaßten Wählerpotentials, die Anfechtung der Finanzierungspraxis von Wahlkampagnen zugunsten der Wiederwahl von Kandidaten mit auslaufenden Amtszeiten etc.

Zusammengefaßt kann man sagen, daß nach einer öko-marxistischen These das Kapital sich selbst zerstört, indem es die Kosten auf den Gebieten von Gesundheit, Erziehung und sozialen Schutzmaßnahmen, städtischem Verkehrswesen und individuellen (privaten) oder öffentlichen Mieten und der Extraktion von "Elementen variablen und konstanten Kapitals"

aus der Natur erhöht. Darin faßt sich der zweite Widerspruch des Kapitals zusammen - die Politik des Einzelkapitals, die darin besteht, die Kosten zu vermindern, hat ein Anwachsen der Kosten für das Gesamtkapital zur Folge - all das im Kontext eines anfälligen, aufgehlähten und sich noch weiter ausbreitenden Kreditsystems. Aus dieser Perspektive scheint das Kapital völlig ratlos zu sein, was neue Formen der Regulierung angeht, die geeignet wären, eine kohärente Struktur für einen neuen kapitalistischen Akkumulationszyklus zu eröffnen. Die Einzelkapitale fahren fort, mit allen möglichen Mitteln die Kosten zu senken; genau dadurch, und unheabsichtigerweise, erhöhen sie die Kosten des Kapitals insgesamt. Die Wortführer des Gesamtkapitals und die weitblickenderen Regierungsvertreter versuchen gegenwärtig, diese kurzsichtige Politik der Einzelkapitale zu beenden und die schon halbwegs zerstörten und so lange vernachlässigten allgemeinen Produktionsbedingungen wiederherzustellen. Aber der Weg dieser weitsichtigeren Politik sieht sich immer öfter durch die neuen sozialen Bewegungen in Frage gestellt, die sich ihrerseits des Gesundheitswesens, der Erziehung, der städtischen Lebensbedingungen und der Umwelt annehmen, indem sie den Akzent nicht auf die Tausch-, sondern die Gebrauchswertseite setzen; und ebenso auf demokratische Formen der Entscheidungsmacht und nicht auf die Kompetenz der Bürokratie oder die rohe Staatsgewalt. Aber diese neuen sozialen Bewegungen, die sich alle auf das Gemeininteresse gründen, das sie den Produktionsbedingungen beimessen, sehen sich zunehmend der Überwachung und der "Staatssicherheit" ausgesetzt, und an vielen Stellen der reinen und simplen Repression (wie in den USA z.B., was die städtischen und schwarzen Bewegungen oder "Earth First" betrifft). Die Einsätze des Kampfes haben sich mit dem drohenden Gespenst einer allgemeinen Krise, einer Krise der Ökonomie, der Gesellschaft und der ideologischen Hegemonie und Legitimität noch erhöht. Man weiß heute nicht, was aus diesen Krisen wird. Sie stellen Wendepunkte dar, an denen Entscheidungen getroffen werden müssen und an denen das Handeln von Individuen und Gruppen der Geschichte einen anderen Verlauf geben kann.

Dies ist der Kontext, die Szenerie, die Konjunktur, in der weltweit die sich herausbildenden neuen politischen Konfigurationen Gestalt annehmen, die die Feministen, die Grünen und die Linken zusammenbringen. All die alten, vom klassischen Sozialismus gestellten, Fragen - jene, die die Ungleichheit, die soziale Gerechtigkeit etc. betreffen - tauchen wieder auf; und andere von den neuen sozialen Bewegungen gestellte Fragen stehen auf der politischen Tagesordnung. Kann man von einer besseren Gelegenheit für die Arbeiter und die Linke, die ökologische und feministische Bewegung, die städtischen, kommunitären und ökologischen Bewegungen träumen, sich zu einem Öko-Urbanismus zu wandeln - kurz zu einer neuen Bewegung, die in der Lage ist, die Weltgeschichte zu verändern? Und diesmal zum Besseren.

Jens Weiß

Umweltpolitik im Kapitalismus

Ein Entwurf für eine materialistisch-konfliktorientierte Theorie der Umweltpolitik

1. Jenseits des "ökologischen" Widerspruchs

Die folgenden Überlegungen sollen versuchen, jene Entwicklungsmöglichkeiten einzuschätzen, die sich in Anbetracht der problematischen Umweltwirkungen menschlichen Wirtschaftens für kapitalistische Gesellschaften ergeben. Marxistisch orientierte Auseinandersetzungen mit dem Umweltproblem beschränken sich zumeist auf den Versuch, einen "ökologischen" Widerspruch des Kapitalismus zu identifizieren.¹ Solche Bemühungen sind sicher wichtig, stellt doch die Suche nach Widersprüchen der gesellschaftlichen Realität einen elementaren Bestandteil marxistischer Methodologie dar. Selbst wenn jedoch, was meines Erachtens bisher nicht der Fall ist, der Nachweis eines notwendigen, kapitalismusimmanenten und damit auch prinzipiell aufhebbareren "ökologischen" Widerspruchs gelungen wäre, dann bliebe die Frage, wie der Kapitalismus sich verändert, wenn die Krisenpotentiale dieses Widerspruchs politisch bearbeitet werden.

Für die Suche nach einer Antwort auf diese Frage wird im folgenden ein akteurstheoretischer Analyserahmen bemüht. Der insbesondere in den USA betriebene Analytische Marxismus bietet eine Reihe von Beiträgen, die zeigen, daß eine modellorientierte individualistische Methodologie mit marxistischen Grundauffassungen zusammengehen und zu brauchbaren Resultaten führen kann.² Insofern scheint es an dieser Stelle nicht notwendig, die gewählte Methodologie vorab zu verteidigen. Die Idee der Widersprüchlichkeit kapitalistischer Vergesellschaftung wird im weiteren in dem Anspruch beibehalten, Umweltpolitik als ein Resultat von Interessenkonflikten aufzufassen. Materialistisch soll die Analyse insofern sein, als versucht wird, den Ursachen dieser Konflikte im Bereich der materiellen Reproduktion der Akteure und damit in ihren ökonomischen Handlungserfordernissen nachzuspüren. Zudem soll überprüft werden, inwiefern die umweltpolitischen Regulierungspotentiale des Kapitalismus von der ökonomischen Entwicklung abhängig sind. Hinsichtlich des theoretischen Rahmens erscheinen vier Voraussetzungen als besonders wichtig:

¹ Vgl. etwa Altvater (1992: 261ff.), O'Connor in diesem Heft, die Diskussionsbeiträge zu O'Connors Konzept, die sich in fast jeder Ausgabe der Zeitschrift *Capitalism, Nature, Socialism* finden, sowie Weiß (1994).

² Vgl. Elster (1985), Roemer (1986), Mayer (1994).

Erstens soll Umweltpolitik modellhaft in zwei Phasen gegliedert werden: Zunächst müssen Akteure einen bestimmten Zustand der Umwelt als unerwünscht erkennen. Die Bedürfnisse nach einer bestimmten Veränderung des Umweltzustandes, die Umweltpräferenzen, müssen dann artikuliert werden.³ In einer zweiten Phase politischer Auseinandersetzung zeigt sich, ob die Akteure stark genug sind, ihre Interessen durchzusetzen und eine Implementierung entsprechender umweltpolitischer Maßnahmen zu erwirken. Diese beiden Schritte werden als Initiierungs- und Implementierungsphase diskutiert.

Zweitens rekurriert die Analyse, wie bereits angedeutet, auf Akteure, genauer: auf deren Wahrnehmung, deren Interessen und deren relative Macht. Alle Akteure verfügen über eine bestimmte Menge von Handlungsmöglichkeiten, die von den Ressourcen, über die die Akteure verfügen, und den Kosten der Handlungen eingegrenzt werden. Ausgehend von einer subjektiven Einschätzung der Handlungssituation, das heißt der wahrgenommenen Handlungsmöglichkeiten und dem erwarteten Handeln anderer, versuchen die Akteure ihre Ziele zu realisieren.⁴ Damit sind zwei Konsequenzen verbunden: Akteure folgen einer subjektiven Rationalität, weil die Auswahl von Handlungen immer an ihre subjektive Situationswahrnehmung gebunden ist, und die Auswahl von Handlungen kann nur als Suche nach zufriedenstellenden Handlungen und nicht als Optimierung begriffen werden.⁵ Die Annahme subjektiver Rationalität ist für sich genommen "leer", weil somit jede Handlung als rational verstanden werden muß. Erklärt werden Handlungen also nicht über die Rationalitätsannahme, sondern anhand von Hypothesen über die Situationswahrnehmung der Akteure, die insbesondere die Handlungsalternativen und deren Bewertung umfaßt, und deren Interessen.

Drittens wird dementsprechend die Definition von Umweltproblemen als eine innergesellschaftliche Angelegenheit problematisiert. Ein gesellschaftlich relevantes Umweltproblem besteht dann, wenn Akteure einen bestimmten Umweltzustand als problematisch erachten und hieraus resultierende politische Forderungen artikulieren. Diese Auffassung schließt eine Absage an Nachhaltigkeitskonzeptionen ein, die versuchen, auf Basis

³ Das Bedürfnis nach einem bestimmten Umweltzustand begründet eine Präferenz für diesen gegenüber anderen, als schlechter empfundenen Zuständen. Insofern sind die Begriffe Bedürfnis und Präferenz nicht synonym, werden aber mit korrespondierenden Bedeutungen gebraucht.

⁴ Um etwa das Ziel sozialer Anerkennung zu erreichen, mag ein Hochstapler seine Ressource, gute und glaubhafte Geschichten zu erfinden, nutzen, obwohl ihm bei einer möglichen Enttarnung Kosten in Form sozialer Mißachtung entstehen würden. Um diese Entscheidung im skizzierten Kontext zu erklären, muß lediglich unterstellt werden, daß der Hochstapler Kosten und Nutzen der Handlungsalternativen zueinander in Relation setzen kann. "Ressource" wird dabei hier und im weiteren nicht im Sinne von "Rohstoff", sondern als Begriff für jene Mittel wie Zeit, Geld und soziale Kontakte gebraucht, die die Handlungsmöglichkeiten eines Individuums bestimmen.

⁵ Vgl. zur subjektiven Rationalität beispielsweise Boudon (1989), zur Unmöglichkeit der Optimierung etwa Simon (1976).

vermeintlich objektiver naturwissenschaftlicher Problembeschreibungen Nachhaltigkeitskriterien zu formulieren. Solche Versuche sind nur Teil einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in der vermeintlich objektive Argumente sicher nicht die stärksten sind. Umweltpolitik ist keine technokratische Angelegenheit, sondern, wie zu zeigen sein wird, Produkt konfligierender Nutzungsinteressen verschieden mächtiger Akteure. Die Nachhaltigkeitsdiskussion ist aus dieser Sicht keineswegs irrelevant, kann aber eben nicht beanspruchen, eine Art "letzter Weisheit" zu sein. Umgekehrt muß aber auch das von der neoklassischen Umweltökonomik vorgeschlagene Konzept der Internalisierung externer Effekte⁶ relativiert werden. Die Vorstellung, Umweltprobleme ließen sich als negative externe Effekte auffassen, kann zwar - vorerst - beibehalten werden, die Auffassung jedoch, der Staat könne und solle als objektiver Dritter diese externen Effekte internalisieren, ist nicht haltbar. Externe Effekte müssen erst entdeckt und ihre Internalisierung von den betroffenen Akteuren durchgesetzt werden.⁷ Auch die Verwendung eines Natur-Begriffs, der nahelegt, es gebe eine objektiv zu definierende, nicht anthropogen beeinflusste Umwelt, die erhalten werden müßte, ist aus dieser Sicht inakzeptabel.⁸ Schließlich kann das Modell auf einen Theorietransfer aus der Ökologie verzichten, weil nicht die objektivierte Beschreibung eines Umweltproblems Ausgangspunkt der Analyse ist, sondern dessen gesellschaftliche Definition.

Viertens soll, wie bereits angedeutet, Umweltpolitik als Resultat von Konflikten zwischen Akteuren begriffen werden. Konflikte entstehen dann, wenn zwei oder mehr Akteure Handlungen ausführen wollen, die sich gegenseitig ausschließen.

2. Das Initiierungsproblem

Die Initiierungsphase der Umweltpolitik umfaßt zwei Schritte: Die Wahrnehmung eines Umweltproblems und die Artikulation einer entsprechenden umweltpolitischen Forderung. Wenn der momentane Umweltzustand als unbefriedigend wahrgenommen wird, dann bedeutet dies, daß Akteure eine Präferenz für eine Veränderung des Umweltzustandes haben. Die neoklassische Umweltökonomik klammert Präferenzen aus ihrem theoretischen Erklärungsanspruch aus und unterstellt diese als extern gegeben.

⁶ Ein externer Effekt besteht dann, wenn die Handlungen eines Akteurs A Auswirkungen auf einen Akteur B haben, ohne daß diese Teil einer expliziten oder impliziten Transaktion zwischen A und B war. So ist etwa die Schädigung des Anglervereins B durch das Unternehmen A, das Abwässer in die Fischgründe einleitet, als negativer externer Effekt zu interpretieren. Dieser kann entweder durch ein Gesetz - das A die Einleitung entweder erlaubt oder verbietet - oder durch Geldzahlungen - entweder von A an B, als Entschädigung für die Einleitung, oder von B an A, als Entschädigung für die Kosten, die A bei der Vermeidung der Einleitung anfallen - internalisiert, das heißt in eine explizite Transaktion überführt werden.

⁷ Vgl. Furger (1994: 92ff.).

⁸ Vgl. Weiß (1996a: 302f.).

Präferenzen für bestimmte Umweltzustände, so wird angenommen, hätten die Akteure schon immer, diese würden aber erst wirksam, wenn entweder der Zustand der Umwelt sich auf einen bestimmten Wert verschlechtere oder das Realeinkommen so weit steige, daß nun auch Präferenzen realisiert würden, die zuvor als zu kostspielig erschienen. Fälle, in denen eine Realisierung neuer Präferenzen zu beobachten ist, müssen also nicht über Präferenzänderung erklärt werden, sondern können als Konsequenz einer Veränderung der relativen Kosten aufgefaßt werden.⁹ Diese Argumentation schließt keineswegs aus, daß sich die Präferenzen der Akteure verändern, nur könnte dies nicht innerhalb der Theorie erklärt werden.

Der Anspruch, die Entwicklung von Umweltpräferenzen zu erklären, müßte daher auf andere Theoriezusammenhänge zurückgreifen. Martinez-Alier hat einige Erklärungsversuche für umweltpolitisches Handeln gesammelt, die er in "materialistische" und "nicht-materialistische" unterscheidet. Die von ihm als materialistisch identifizierten Erklärungsversuche finden ihre Gemeinsamkeit im Rekurs auf externe Effekte im Sinne von direkt wahrnehmbaren Schädigungen oder offensichtlichen Gefahren einer Schädigung. Daneben identifiziert Martinez-Alier drei nicht-materialistische Begründungsversuche: Die These von einem postmaterialistischen Wertewandel, kulturtheoretische Argumentationen, die die Existenz biozentrischer Religionen als Ursache für Umweltpräferenzen ausmachen und Erklärungsgehalt hauptsächlich für Länder des peripheren Kapitalismus beanspruchen könnten, und schließlich der essentialistische Ökofeminismus, der bemüht sei, besondere Umweltpräferenzen von Frauen über die Behauptung einer ontologisch engen Verbindung zwischen "Frau und Natur" zu erklären.¹⁰

Die als nicht-materialistisch bezeichneten Argumentationen verweisen auf die Existenz wirksamer Umweltnormen: Bestimmte Handlungen dürfen nicht ausgeführt werden, weil sie entweder gegen gesellschaftlich behauptete oder von den Individuen verinnerlichte Verbote verstoßen würden. Im Rahmen der Rational-Choice-Theorie lassen sich Normen als eine Form der Internalisierung von externen Effekten interpretieren.¹¹ Eine entsprechende Umweltnorm wäre dann als ein gemeinschaftlich sanktioniertes Verbot zu verstehen, eine Handlung auszuüben, die, vermittelt über die Umwelt, eine negative Nebenwirkung auf andere Akteure hätte.¹² Die resultierenden Normen können dabei sowohl Ergebnis intentionaler Handlungen als auch emergente, also unbewußt hervorgebrachte Phänomene sein und treten in beiden Formen auch als religiös begründete Tabus

⁹ Vgl. Stigler/Becker (1977).

¹⁰ Vgl. Martinez-Alier (1995: 84).

¹¹ Vgl. Coleman (1995: 311ff.).

¹² Diese dritte Möglichkeit der Internalisierung, die bislang von der neoklassischen Diskussion nicht thematisiert wurde, wäre in der Fußnote 6 zu ergänzen.

auf.¹³ So interpretiert wäre die Herausbildung von Umweltnormen eine Konsequenz der früheren Wahrnehmung von externen Effekten. Besteht ein solcher externer Effekt, dann kann dieser durch eine Norm institutionalisiert und damit internalisiert werden. Nutzungsnormen, die Inhalt biozentrischer Religionen sind, wären so als Resultat einer früheren Internalisierung externer Effekte zu interpretieren.

Die Kritik des sozialen oder konstruktivistischen Ökofeminismus am essentialistischen Ökofeminismus erklärt die scheinbare Existenz geschlechtsspezifischer Umweltnormen in ähnlicher Weise. Wenn Frauen sich, sowohl in Ländern des Trikont als auch in den kapitalistischen Metropolen, auffällig stark in Umweltbewegungen engagierten, so müsse dies nicht als Resultat einer besonders engen biologischen Verbindung von "Frau und Natur" verstanden werden. Vielmehr sei es gerade die sozial konstruierte Geschlechterrolle, die Zuweisung der Verantwortung für Reproduktion, Familie und Gesundheit, die Frauen in eine Position bringe, in der sie eine Verschlechterung der Umweltbedingungen früher oder akuter wahrnehmen als Männer.¹⁴

Brechin/Kempton haben gezeigt, daß die These von einem postmaterialistischen Wertewandel, soweit sie behauptet, Präferenzen für eine Verbesserung des Umweltzustandes würden erst in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ab einer bestimmten Höhe des Einkommens und einem Mindestmaß an sozialer Sicherheit auftreten, nicht haltbar ist.¹⁵ Daß ab einer bestimmten Höhe des Realeinkommens neue Präferenzen handlungsrelevant werden, deren Realisierung bisher als zu kostspielig erschien, kann auch innerhalb des neoklassischen Modells ohne Rückgriff auf einen vermeintlichen Wertewandel erklärt werden. Zudem lassen sich Implikationen der ökonomischen Entwicklung ausmachen, die eine Interpretation des Wertewandels als einem rein ideellen Prozeß stark relativiert. Nachdem in der BRD in den 70er Jahren die verfügbare Freizeit, vor allem aufgrund einer Verringerung der Jahresarbeitszeit, stark zugenommen hatte, bot zunächst die naturale Umwelt Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Vor allem Angehörige der Ober- und Mittelschichten verbrachten die neue Freizeit in hohem Maße in der "Natur". Es ist anzunehmen, daß diese neue Form der Umweltnutzung zu Freizeit Zwecken schnell mit dem damaligen Umweltzustand in Konflikt geriet: Wer paddelt schon gerne auf schäumenden Flüssen? Darüber hinaus zeigt die sogenannte Resource-Mobili-

¹³ Vgl. Harris (1989: 308ff.). Dies deutet sich bereits im Begriff des Tabu an: Im Polynesischen, aus dem der Begriff stammt, bezeichnet das Tabu den Brauch der Häuptlinge, "den Zugang zu bestimmten erschöpften Ländereien oder leergefischten Küstenstreifen zu begrenzen" (ebd.: 309).

¹⁴ Vgl. zum Überblick Mellor (1992) und Kuletz (1992).

¹⁵ Vgl. Brechin/Kempton (1994).

zation-Theorie die immense Bedeutung von verfügbaren Ressourcen wie etwa Freizeit für die Herausbildung sozialer Bewegungen.¹⁶

Wenn sich zumindest einige der von Martinez-Alier als nicht-materialistisch bezeichneten Erklärungsangebote in dieser Weise auf in seinem Sinne materialistische Erklärungen reduzieren lassen, dann wird die vorgeschlagene Unterscheidung unscharf. Daß die Artikulation umweltpolitischer Forderungen sowohl unmittelbare, im Sinne von materiellen, als auch eher ideelle Ursachen haben kann, ist sicher richtig, die Unterscheidung in materialistische und nicht-materialistische Ursachen jedoch irreführend.

Auch der Begriff des externen Effekts läßt in dieser Hinsicht keine Differenzierung zu. Es gibt keinen Grund, die Verletzung einer Norm des Akteurs A durch eine Handlung des Akteurs B nicht als externen Effekt aufzufassen. Die Theorie der externen Effekte hat allerdings ein weiteres, schwerer wiegendes Defizit, auf das schon verwiesen wurde: Die Auffassung, externe Effekte existierten an sich und könnten als solche einfach durch den Staat internalisiert werden. Insofern der Begriff des externen Effekts an die Vorstellung eines von außen regulierend eingreifenden Staates gebunden ist, bleibt er für eine akteurstheoretische Perspektive unzulänglich. Aus der Sicht der Akteure erscheinen externe Effekte als Nutzungskonflikte und die Wahrnehmung solcher Nutzungskonflikte wird damit zur Ursache umweltpolitischer Forderungen.¹⁷ Ein Nutzungskonflikt besteht dann, wenn einem Akteur durch das Handeln eines anderen Akteurs Kosten entstehen, die der Geschädigte als ungerechtfertigt wahrnimmt. Dies verweist unmittelbar auf die Subjektivität der Wahrnehmung von Nutzungskonflikten.

Um nun die bei Martinez-Alier nicht geglückte Unterscheidung aufzunehmen, könnten Nutzungskonflikte nach der Mittelbarkeit ihrer Wahrnehmung geordnet werden. Wenn Akteuren aktuell hohe Kosten durch einen Nutzungskonflikt entstehen, oder sogar ihre Reproduktionsgrundlagen unmittelbar gefährdet werden, so läßt sich ein akuter Nutzungskonflikt konstatieren. Hierzu zählte etwa die Gefährdung der subsistenzwirtschaftlichen Reproduktionsgrundlagen von nicht kapitalistisch wirtschaftenden Gemeinschaften, insbesondere im Trikont. Aber auch die Verschlechterung und Verknappung von für die industrielle Produktion notwendigen Rohstoffen, wie sie in den 50er und 60er Jahren die Herausbildung der Umweltpolitik im modernen Sinne vorbereiteten, wäre eher als akuter Nutzungskonflikt aufzufassen. In der Bundesrepublik führte etwa die Verschlechterung der Wasserqualität der Flüsse dazu, daß verschiedene Unternehmensverbände umweltpolitische Forderungen erhoben. Die Verschlechterung der Bedingungen zur Kapitalverwertung verursachte den

¹⁶ Vgl. zur Übersicht etwa Klandermans (1991).

¹⁷ Vgl. Beckenbach (1996: 338f.).

Unternehmen unmittelbar hohe Kosten, die über politischen Druck schließlich zu gesetzlichen Regelungen führten.¹⁸

Am anderen Ende des Kontinuums stehen vermittelte Nutzungskonflikte. Sie sind Produkt ideologischer Vermittlungsprozesse und lassen materielle Ursachen nur schwer oder gar nicht erkennen. Statt dessen finden sie ihre Begründung etwa in emphatischen Gefühlen für selbst nicht politisch handlungsfähige (potentielle) Lebewesen: für Tiere, Pflanzen oder zukünftige Generationen. Zu den vermittelten Nutzungskonflikten wären Verletzungen von Normen, wie sie bei Martinez-Alier diskutiert wurden oder auch Umweltbewegungen in den Metropolen, die auf ästhetische Werte der Umwelt oder die Verantwortung gegenüber der "Natur" rekurrieren, zu zählen.

Wo zwischen akutem und vermitteltem Pol ein Nutzungskonflikt lokalisiert wird, ist selbstverständlich immer auch von ideologischen Prozessen abhängig. Umweltpolitische Akteure sind geradezu darauf angewiesen, die sie betreffenden Nutzungskonflikte als akut darzustellen. Andererseits scheint kaum zu bestreiten, daß sich bestimmte Nutzungskonflikte eher materiell bemerkbar machen als andere. Insofern verbessert und präzisiert die vorgeschlagene Typisierung auf jeden Fall die in der Intention sinnvolle Unterscheidung von Martinez-Alier.

Hat ein Akteur einen Nutzungskonflikt entdeckt, so muß er eine entsprechende politische Forderung artikulieren. Diese Artikulation verursacht Kosten, was bedeutet, daß der Akteur über Artikulationsressourcen verfügen muß. Ob ein Akteur nach der Entdeckung eines Nutzungskonflikts also auch eine umweltpolitische Forderung artikuliert, ist von drei Faktoren abhängig: Erstens den Kosten des Nutzungskonflikts, zweitens den Kosten zur Artikulation einer Forderung und drittens der Verfügung über Ressourcen zur Artikulation.

Es ergeben sich mithin drei Ergebnisse:

1. Umweltpolitische Forderungen werden dann artikuliert, wenn Akteure umweltbezogene Nutzungskonflikte wahrnehmen und über die notwendigen Artikulationsressourcen verfügen.
2. Da keiner der dargestellten Begründungsversuche für umweltpolitisches Handeln eine Referenz für eine Theorie des Präferenzwandels bietet, scheint es am sinnvollsten, der neoklassischen Vorstellung zu folgen und die Entstehung von Umweltpräferenzen auszublenden. Umweltpräferenzen werden dann artikuliert, wenn die Kosten, die einem Akteur durch einen Nutzungskonflikt entstehen, höher sind als die Artikulationskosten. Ob in diesem Moment eine bisher latente Präferenz gerade handlungsrelevant wird oder erst neu entsteht, bleibt eine nachrangige Frage, die nicht innerhalb der Theorie beantwortet werden muß.

¹⁸ Vgl. Weißels (1989: 273ff.).

3. Neue umweltpolitische Forderungen werden dann artikuliert, wenn die Kosten des Nutzungskonfliktes relativ zu den Artikulationskosten steigen oder neue Artikulationsressourcen zur Verfügung stehen. Dieser Zusammenhang impliziert die Vermutung, daß umgekehrt ein Sinken des Realeinkommens einen Bedeutungsverlust der Umweltpräferenzen oder eine sinkende Umweltsensibilität, wenn man darunter die Summe der in einer Gesellschaft artikulierten Umweltpräferenzen versteht, zur Folge hat. Reale Umweltpolitik ist mittlerweile Aktionsfeld verschiedener privater und staatlicher Institutionen, die große Schwankungen in der Bedeutung dieses Ressorts kurzfristig unwahrscheinlich machen. Langfristig kommt den Umweltpräferenzen der Individuen aber eine zentrale Bedeutung zu, und es scheint eine der wichtigsten Aufgaben für eine Theorie der Umweltpolitik, die Entwicklung der Umweltsensibilität einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft in Abhängigkeit von der Dynamik der Einkommensverteilung zu analysieren.

3. Das Implementierungsproblem

Unter der Implementierung einer umweltpolitischen Maßnahme soll die institutionelle Regelung eines umweltbezogenen Nutzungskonfliktes verstanden werden. Insofern Nutzungskonflikte sich als Kosten für den geschädigten Akteur darstellen, kann die Implementierung einer politischen Maßnahme als verbindliche Zuweisung dieser Kosten an einen Akteur verstanden werden. Auch jene institutionellen Regelungen, die eine Beeinträchtigung der Umwelt explizit erlauben, müssen also als Umweltpolitik betrachtet werden. Sowohl die politische Entscheidung, eine Stoffeinführung in einen Fluß zu gestatten, als auch deren Verbot, stellen umweltpolitische Entscheidungen dar: Im ersten Fall würden die Kosten dem Verursacher angelastet, im zweiten Fall dem Geschädigten.

Das Implementierungsproblem ist wesentlich ein Problem der Zuweisung von Kosten, oder anders formuliert: Umweltpolitik hat immer eine Verteilungsimplication. Diese Verteilungsimplication umfaßt eine rechtliche und eine ökonomische Dimension. Ordnungsrechtliche Maßnahmen definieren die Verteilung von Handlungsrechten zwischen Akteuren. Die (Um-)Verteilung von Handlungsrechten kann für die betroffenen Akteure außerdem eine ökonomische Dimension haben, sofern sie den Akteuren relativ billigere Handlungsmöglichkeiten eröffnet oder aber relativ teurere Alternativen notwendig macht. Dieser Zusammenhang zeigt sich deutlich in der Diskussion der von der neoklassischen Umweltökonomik vorgeschlagenen standardorientierten umweltpolitischen Instrumente: Auflagen, Abgaben und Zertifikate.¹⁹ Standardorientiert sind diese Instrumente insofern, als die Definition eines umweltpolitischen Standards, etwa eines

¹⁹ Eine Darstellung dieser Instrumente und ihrer Wirkungen findet sich in jedem Lehrbuch zur Umweltökonomik, zur Übersicht vgl. etwa Endres (1994); vgl. auch Weiß (1996b: 33ff.).

Schwellenwerts für Emissionen, als politische Entscheidung vorausgesetzt wird und lediglich die Tauglichkeit der Instrumente zu dessen Realisierung Gegenstand der Analyse ist.

Auflagen stellen eine einfache Möglichkeit ordnungsrechtlicher Umweltpolitik dar. Der festgelegte Standard soll dabei dadurch realisiert werden, daß jedem Verursacher einer Umweltbeeinflussung eine Auflage über seine maximale Emission gemacht wird. Ein Unternehmen kann in verschiedener Weise auf diese Auflage reagieren: Entweder die Produktion wird auf ein Maß verringert, das die Einhaltung des Schwellenwertes erlaubt, oder es werden technische Veränderungen vorgenommen, die bei gleichbleibender Produktionsmenge die Emission verringern. In beiden Fällen entstehen dem Unternehmen monetäre Kosten: Im ersten Fall als sogenannte Opportunitätskosten aufgrund der Nichtauslastung der Produktionskapazitäten, im zweiten Fall als Kosten der technischen Umrüstung. Bei der Anwendung von Abgaben, also Steuerlösungen und Zertifikaten, soll, so die Theorie, die Höhe der Steuern beziehungsweise der Preis der Zertifikate so festgelegt werden, daß der Gesamtumfang der Emission den festgelegten Umweltstandard erreicht. Die Verteilungsimplication ergibt sich hier entsprechend.

Auch innerhalb der neoklassischen Umweltökonomik wird also deutlich, daß umweltpolitische Maßnahmen eine Verteilungsimplication haben. Dennoch wird diese Verteilungsimplication kaum als ein Problem der Implementierung diskutiert. Die neoklassische Analyse beschränkt sich vielmehr auf die Untersuchung der allokativen Effizienz der vorgeschlagenen Instrumente, also der Frage danach, welches Instrument eine Realisierung des Standards bei den geringsten gesamtwirtschaftlichen Kosten garantiert. Um eine solche gesamtwirtschaftlich effiziente Situation zu erreichen, müssen billigere Möglichkeiten der Emissionsreduktion stärker genutzt werden als teurere Möglichkeiten, denn dann wird eine Reduktion insgesamt billiger. Die Preismechanismen von Abgaben und Zertifikaten bewirken nun genau diesen Effekt: Unternehmen, die über billige Möglichkeiten der Emissionsreduktion, also über geringe Vermeidungskosten verfügen, werden ihre Reduktionen stärker realisieren als jene Unternehmen, denen für dieselbe Reduktion höhere Kosten entstünden. Daß damit Abgaben und Zertifikate eine gesamtwirtschaftlich günstigere Realisierung des Standards ermöglichen, weist diese nach Meinung der neoklassischen Umweltökonomik als überlegene Instrumente aus.²⁰ Allerdings ist der Nachweis der allokativen Effizienz von Abgaben und Zertifikaten nur dann als Implementierungsvorteil zu interpretieren, wenn an der bereits kritisierten Vorstellung festgehalten wird, der Staat könne als außenstehender Koordinator externe Effekte internalisieren. Nur in dem machtheoreti-

²⁰ In der Diskussion werden Zertifikatslösungen meist noch einige weitere Vorteile zugesprochen, die sie der Abgabenslösung überlegen machen. Die hierzu vorgebrachten Argumente sind jedoch für die weiteren Überlegungen ohne Belang.

schen Vakuum, in dem die Neoklassik argumentiert, kann die allokativen Effizienz als entscheidendes Kriterium für die Wahl umweltpolitischer Instrumente angesehen werden. Diese Vorstellung blendet die reale Problematik des Implementierungsprozesses jedoch aus, in dem die ökonomischen Akteure durch politisches Agieren ihre Handlungssituation zu verbessern suchen. Für den individuellen Akteur ist die allokativen Effizienz eines politischen Instrumentes nachrangig, denn ihn interessiert nicht, ob die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer Emissionsreduktion minimiert werden, sondern in welcher Höhe sich Kosten für ihn selbst ergeben.

Aus einer akteurstheoretischen Sicht wird so erklärbar, warum die reale Umweltpolitik trotz des Nachweises der allokativen Überlegenheit von Abgaben oder Zertifikaten fast ausschließlich Auflagenlösungen praktiziert. Während Auflagen produktions- oder unternehmensspezifisch festgelegt werden und damit die für ein Unternehmen entstehenden Kosten kalkulierbar sind, gilt dies bei Anwendung von Abgaben oder Zertifikaten gerade nicht. Hier hängen die Kosten, die auf ein einzelnes Unternehmen zukommen, von den Vermeidungskosten der anderen Unternehmen ab. Die Höhe der Emissionsreduktion, die ein Unternehmen realisieren muß, wird im Fall von Zertifikaten über eine marktvermittelte Konkurrenz, im Fall von Abgaben über eine vom Staat simulierte Konkurrenz bestimmt. Diese Konkurrenzsituationen bedeuten für jedes Unternehmen Unsicherheit: Da die Vermeidungskosten der Konkurrenten nicht bekannt sind, sind die Kosten für die notwendige eigene Emissionsreduktion nicht zu kalkulieren.

Faßt man das politische System, durchaus etwas vereinfacht, als einen Ort auf, an dem Akteure mit verschiedenen Interessen ihre Macht einsetzen um politische Entscheidungen zu bewirken, die dann staatlicherseits umgesetzt werden, dann kann somit ein erstes Kriterium für eine implementierungsfähige umweltpolitische Maßnahme formuliert werden: Die entstehenden Kosten müssen für die Akteure kalkulierbar sein oder zumindest müssen die Akteure sie für kalkulierbar halten. Dies ist eine Vorbedingung für Verhandlungen darüber, wie die entstehenden Kosten auf die Akteure aufgeteilt werden sollen.

Der Konflikt um die Verteilung der Kosten umweltpolitischer Maßnahmen ist, vor allem im Vergleich mit dem ökonomischen Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit, wenig institutionalisiert. Ein allgemeines Bekenntnis zum Verursacherprinzip bleibt angesichts des multikausalen Charakters vieler Umweltbeeinträchtigungen und den damit verbundenen Problemen bei der Identifizierung einzelner Ursachen wenig instruktiv. Soweit Schädigungen nicht eindeutig bestimmten Verursachern zugeschrieben werden können, erweisen sich die existierenden gesetzlichen Regelungen als unzureichend. Folglich können umweltspezifische Konflikte selten vom Rechtssystem und überwiegend nur vom politischen System bearbeitet

werden²¹, oder aber das Rechtssystem muß immer stärker Aufgaben des politischen Systems übernehmen. Politische Auseinandersetzungen sind aber im allgemeinen kostenintensiver als Gerichtsprozesse. Die mangelnde Institutionalisierung stellt damit ein Handicap für die Implementierung umweltpolitischer Forderungen dar.

Die im Implementierungsprozeß festgelegte Kostenverteilung ist schließlich keineswegs endgültig. Soweit der Staat Kosten von umweltpolitischen Maßnahmen etwa durch die Gewährung von Subventionen übernimmt, müssen diese über Steuern finanziert werden. Unternehmen haben ihrerseits prinzipiell die Möglichkeit, gestiegene Kosten über eine Erhöhung der Preise zu kompensieren. Sowohl die Herausbildung eigener Märkte für Öko-Produkte als auch die Tatsache, daß umweltpolitisch induzierte Erhöhungen der Stückkosten normalerweise kaum ins Gewicht fallen, deuten darauf hin, daß diese Kostenüberwälzungen weiterhin möglich sein werden, auch wenn in Einzelfällen ein wachsender internationaler Konkurrenzdruck diese Möglichkeit einschränken sollte.

Man kann die oben vorgeschlagene Unterscheidung zwischen akuten und vermittelten Nutzungskonflikten an dieser Stelle aufgreifen und spekulieren, daß vermittelte Nutzungskonflikte hauptsächlich von Akteuren artikuliert werden, die von Lohneinkommen abhängig sind. Denn die Wahrnehmung vermittelter Nutzungskonflikte gründet sich auf die Antizipation langfristig sich einstellender Umweltschäden und auf normativ-zukunftsbezogene Vorstellungen über den Zustand der Umwelt, wie sie nur in lebensweltlichen Milieus formuliert werden. Der Zwang zur Verwertung verbietet den Akteuren des Kapitals geradezu ein solches Engagement. Für sie sind lediglich akute Nutzungskonflikte, die den Prozeß der Kapitalverwertung direkt gefährden, von Belang. Wenn die Artikulation vermittelter Nutzungskonflikte von den Lohneinkommen abhängig ist, dann läßt sich theoretisch ein trade-off zwischen Umweltsensibilität und dem Umfang implementierter umweltpolitischer Maßnahmen vermuten: Die Sensibilität für Umweltschäden ist über die Ressourcen zur Artikulation und Implementierung einkommensabhängig. Können die mit der Implementierung umweltpolitischer Maßnahmen verbundenen Kosten auf die Verbraucherpreise überwältigt werden, dann sinkt damit das Realeinkommen. Dies müßte wiederum negative Konsequenzen für die extensive Umweltpolitik haben, die vermittelte Nutzungskonflikte aufgreift. Sollte dieser Zusammenhang existieren, dann setzt extensive Umweltpolitik, die vermittelte Nutzungskonflikte aufgreift, soll sie sich nicht selbst blockieren, immer eine offensive ökonomische Verteilungspolitik voraus. Nur wenn die Überwälzung der umweltpolitisch induzierten Kosten auf die Preise verhindert und statt dessen eine Senkung der Profite durchgesetzt werden

²¹ Die Ursache hierfür scheint weniger in einem behebbaren Defizit rechtlicher Regelungen als vielmehr in einer prinzipiellen Unterkomplexität des Rechtssystems zu liegen, vgl. Lauder (1987).

kann, läßt sich die selbstbetriebene Paralyse extensiver Umweltpolitik vermeiden.

4. Ausblick

Die resultierenden Konsequenzen für die Zukunft des metropoliten Kapitalismus sind schnell skizziert. Im Rahmen eines "autoritär-produktivistischen" Akkumulationsregimes²² kommt der Umweltpolitik vor allem die Funktion zu, die Versorgung mit den für die Kapitalverwertung notwendigen Rohstoffen und Produktionsbedingungen, wie etwa Brauchwasser, angemessene Luftqualität und Abfallsenken zu garantieren. Besondere Bedeutung wird dabei die Sicherstellung des Zugangs zu wichtigen Rohstoffen haben. Die Verschärfung des ökonomischen Verteilungskonflikts und die Umverteilung zugunsten der Profite wird andererseits die Möglichkeiten, eine extensive Umweltpolitik zu betreiben, verringern, indem sie die Handlungsmöglichkeiten der Akteure, die vermittelte Nutzungskonflikte artikulieren, einschränkt.

Eine alternative Entwicklungsoption hätte eine offensive Verteilungspolitik und eine Demokratisierung der Umweltpolitik zur Bedingung, die Artikulations- und Implementierungskosten relativ senken würden. Zwei Umorientierungen wären hierzu notwendig: Erstens müßten Umweltbewegungen und andere umweltpolitische Akteure ihr Handeln stärker auf eine entsprechende Institutionalisierung umweltpolitischer Konfliktlösungen orientieren. Vor allem die Umweltbewegungen müßten hierzu ihre an einzelnen Nutzungskonflikten orientierte Politik aufgeben, auf die sie allerdings wohl durch ihre strukturellen Merkmale beschränkt sind. Zweitens müßten die umweltpolitischen Akteure die Verteilungsimplication der Umweltpolitik offensiv - und das heißt letztlich: antikapitalistisch - thematisieren, statt wie bisher moralisch begründete Forderungen nach (Konsum-)Verzicht zu erheben.

Die Situation in der Peripherie ist sicher eine andere, wenn auch nicht, wie dies immer wieder vermutet wird, hinsichtlich der Existenz von Umweltpräferenzen. Wie mehrere empirische Untersuchungen zeigen, haben auch Bewohner und Bewohnerinnen ökonomisch weniger entwickelter Länder Umweltpräferenzen, die teilweise sogar stärker sind als in den Metropolen.²³ Die Ursache hierfür muß in der Existenz einer immensen Anzahl von akuten Nutzungskonflikten gesehen werden, die sich etwa durch die Bedeutung subsistenzwirtschaftlicher Produktionsweisen bei gleichzeitiger Forcierung exportorientierter Agrarstrukturen, einer mangelnden medizinischen Versorgung und Aufklärung und letztlich vor allem einer geringen umweltpolitischen Regulierungsdichte erklären lassen. Daß diese Umweltpräferenzen wenig artikuliert werden und kaum zu einer Implementierung

²² Vgl. Bieling (1995, insbesondere S. 25f.).

²³ Brechin/Kempton (1994).

umweltpolitischer Maßnahmen führen, ist auf einen Mangel an Artikulations- und Implementierungsressourcen zurückzuführen. Für eine Intensivierung der Umweltpolitik wären also, ebenso wie in den Metropolen, Demokratisierung und verteilungspolitische Maßnahmen, die diese Kosten relativ senken würden, eine Bedingung, allein eine wirtschaftliche Entwicklung wird hierfür nicht ausreichen. Ob eine solche Option überhaupt offensteht, wird allerdings von den Kräfteverhältnissen in den Metropolen ebenso wie zwischen diesen und der Peripherie abhängen. Ein autoritär-produktivistisches Akkumulations- und Rohstoffregime in den Metropolen wird einen entsprechenden Gestaltungsraum kaum offen lassen, sondern auf einen Ökoimperialismus angewiesen sein, der die Versorgung mit Rohstoffen sicherstellt und versucht, die globalen umweltpolitischen Probleme der Metropolen durch gezielte umweltpolitische Eingriffe und Deindustrialisierungen in der Peripherie zu entschärfen.

Literatur

- Altwater, Elmar (1992): Die Zukunft des Marktes, Münster.
- Beckenbach, Frank (1996): Umweltpolitik aus Sicht der evolutiven Ökonomik, in: K. Eicker-Wolf u.a. (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum?, Marburg, S. 321-346
- Bieling, Hans-Jürgen (1995): An der Schwelle zur "autoritär-produktivistischen Demokratie", in: Z 21, S. 22-34
- Boudon, Raymond (1989): Subjective Rationality and the Explanation of Social Behaviour, in: Rationality and Society, Vol. 1, No. 2, S. 173-196
- Brechin, Steven R./Willet Kempton (1994): Global Environmentalism: A Challenge to the Postmaterialism Thesis?, in: Social Science Quarterly, Vol. 75, Number 2, S. 245-269
- Coleman, James S. (1995): Grundlagen der Sozialtheorie, Band 1, München
- Elster, Jon (1985): Making Sense of Marx, Cambridge
- Eadres, Alfred (1994): Umweltökonomie, Darmstadt
- Ferger, Franco (1994): Ökologische Krise und Marktmechanismen, Opladen
- Harris, Marvin (1989): Kulturanthropologie, Frankfurt/M.
- Klandermans, Bert (1991): New Social Movements and Resource Mobilization: The European and the American Approach Revisited, in: D. Rucht (ed.): Research on Social Movements, Frankfurt/M., S. 17-44
- Kuletz, Valerie (1992): Eco-Feminist Philosophy. Interview with Barbara Holland-Cunz, in: Capitalism, Nature, Socialism, 3 (2), June, S. 63-78
- Ladcur, Karl-Heinz (1987): Jenseits von Regulierung und Ökonomisierung der Umwelt: Bearbeitung von Ungewißheit durch (selbst-)organisierte Lernfähigkeit, in: Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, Nr. 1, S. 1-22
- Martinez-Alier, Juan (1995): Political Economy, Distributional Conflicts, and Economic Incommensurability, in: New Left Review, 211, S. 70-88
- Mayer, Tom (1994): Analytical Marxism, Thousand Oaks
- Mellor, Mary (1992): Eco-Feminism and Eco-Socialism: Dilemmas of Essentialism and Materialism, in: Capitalism, Nature, Socialism, 3 (2), June, S. 43-62
- Roemer, John (1986): Analytical Marxism, Cambridge
- Simon, Herbert A. (1976): From substantive to procedural rationality, in: S.J. Latsis: Method and Appraisal in Economics, London, S. 129-148

Stigler, George J./Gary S. Becker (1977): De Gustibus Non Est Disputandum, in: American Economic Review, Vol. 67, No. 2, S. 76-90

Weiß, Jens (1994): Entropie - ein besseres Äquivalent?, in: Z 20, S. 178-187

Weiß, Jens (1996a): Nachhaltigkeit als Leitbild der Umweltpolitik? In: K. Eicker-Wolf u.a. (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum?, Marburg, S. 301-322

Weiß, Jens (1996b): Auf der Suche nach einer Theorie der Umweltpolitik, Schriftenreihe des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung, 102/96, Berlin

Weßels, Bernhard (1989): Politik, Industrie und Umweltschutz in der Bundesrepublik, in: D. Herzog/B. Weßels (Hrsg.): Konfliktpotentiale und Konsensstrategien, Opladen, S. 269-306

Vorankündigung

Gramsci-Tagung 18.-20. April 1997 im Jagdschloß Glienicke bei Berlin

Das Berliner Institut für kritische Theorie e.V.i.G. (InkriT) führt anlässlich des 60. Todestages von Antonio Gramsci im April 1997 eine Tagung durch, die sich mit unterschiedlichen Themen der Gefängnishefte befassen wird (z.B. "Geschichte der Intellektuellen", "Parteientheorie"). Neben dieser werkbezogenen Auseinandersetzung steht die Beschäftigung mit der Relevanz seiner Überlegungen für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung (z.B.: "Geschlechterverhältnisse im Postfordismus", "Globalisierung vs. Nationalstaat") und für verschiedene gesellschaftliche Praxen; der Bogen reicht von der "gewerkschaftlichen Bildungsarbeit" über die "Politik der Zapatistas" bis zur "Sexualpolitik". Die Veranstaltung wird von Ursula Apitzsch, Klaus Bochmann, Frank Deppe, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Uwe Hirschfeld und Harald Neubert vorbereitet.

Informationen und Anmeldung:

Uwe Hirschfeld, Goethestr. 74, 34119 Kassel, Tel. 0561/780478

Sabine Jecht/Peter Hiedl

Goldboom - Zur politischen Ökonomie von Ressourcenausbeutung

Heinz Jung zum Gedenken

"Gold ist etwas Wunderbares. Wer es besitzt, ist Herr von allem, was er sich wünscht. Mit dem Gold kann man sogar Seelen ins Paradies einziehen lassen". Kolumbus, Briefe aus Jamaika, 1503.

Im Chor der ökonomischen Nachhaltigkeitsbeteuerungen der kapitalistischen Unternehmen geht zunehmend unter, daß Umweltschutzmaßnahmen für das Unternehmen faux frais sind.

Der Anstieg der Goldproduktion in den 80er Jahren - Eine Bilanz

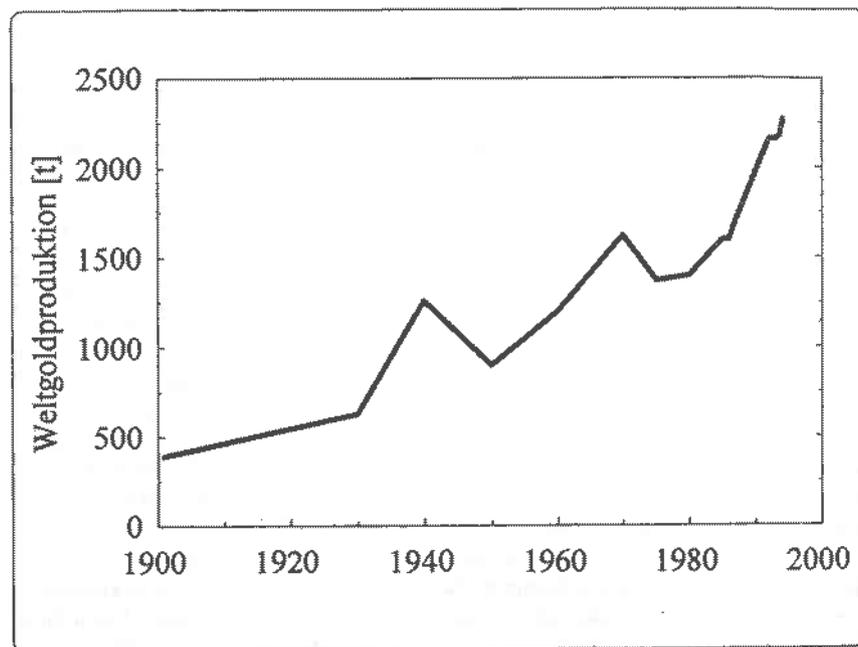
Wie die Grafik auf der folgenden Seite zeigt, wurden 1980 ca. 1.200 Tonnen Gold weltweit gefördert, 1992 schon knapp 2.200 Tonnen und 1995 wurde ein Produktionsergebnis von 2.286 Tonnen Gold erzielt.¹ In Kontrast zu früheren Boomphasen war dieser beispiellose Anstieg in der Produktion (Steigerung um 80% seit 1980) nicht primär Ergebnis der Entdeckung neuer ergiebiger Goldfelder, sondern der Inwertsetzung von potentiellen Abbaustätten. Dies wurde ermöglicht durch den dramatischen Anstieg des Weltmarktpreises für Gold und die sich entwickelnden großtechnologischen Möglichkeiten des Goldabbaus. Diese für die Goldproduktion günstige Entwicklung traf auf das Bestreben der Länder der Dritten Welt, unter Mißachtung der sozialen und ökologischen Folgen ihre Rohstofflager und Naturressourcen im Zwang der Schuldenkrise zu verwerten und vorher bestehende Beschränkungen für ausländische Bergbauunternehmen aufzuheben. Mit der Liberalisierung des Goldmarktes und dem Entstehen neuer Mittelschichten in den asiatischen Ländern traf die Produktion auf eine kaufkräftige Nachfrage, die 1995 das Angebot beträchtlich überstieg. Zusätzlich wurden neue Finanzierungsinstrumentarien entwickelt, die das ökonomische Risiko der Bergbaukonzerne erheblich verminderten. Alles Gründe, die zu einer weiteren Erhöhung der Produktion führen werden mit allen damit verbundenen ökologischen und sozialen Folgen.

Die steigende Goldproduktion ging einher mit der weltweiten Verlagerung und Ausbreitung von Goldabbaustätten. Waren die ehemalige UdSSR und

¹ Die Goldproduktionszahlen sind in vielen Ländern immer noch Staatsgeheimnis. Auch die von Kleinproduzenten geförderten Mengen sind kaum exakt zu fassen. Daher geben die Zahlen Untergrenzen wieder. Zu den Zahlenangaben: B. Lengwiler-Kasper/R. Epp/M. Schoch: Gold, H. 66 der Schriftenreihe der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich 1996.

Südafrika noch 1980 für drei Viertel der Produktion verantwortlich, während die USA, Kanada und Australien zusammen nur 7% produzierten, hat sich das Bild bis 1992 stark zugunsten Australiens, der USA und der sogenannten Dritte-Welt-Staaten verändert. Betrachtete man die projektierten Angaben der Goldförderungsländer bis 1996, so steigerte sich der Anteil der Länder des Südens an der Gesamtförderung auf ca. 25% mit steigender Tendenz. Vor allem der pazifisch-asiatische Raum gilt - neben Lateinamerika - als die größte Wachstumsregion der Zukunft (vgl. Mine-watch, Goldpack 12).²

Grafik - Anstieg der Goldproduktion



Quelle: Berechnungen von Thomas Rüde nach Ullmann's Handbuch der Chemischen Technik (bis 1987) und den im März 1993 veröffentlichten Angaben des Gold-Institutes, Washington, die die Produktion von 1992 und Prognosen für 1993-1996 erfassen; ergänzt um die Produktionsangaben für 1995.

Angaben zu den Eigentumsverhältnissen liegen uns nur für die kapitalistischen Länder vor. Die 20 größten Minenkonzerne fördern 60% des "westlichen" Goldes. Davon kommen sechs aus Südafrika, vier aus den USA, vier aus Kanada, vier aus Australien und zwei aus Großbritannien. Weltgrößter Konzern ist die Anglo American Corp. of South Africa, die allein ein Drittel dieser Goldproduktion auf sich vereinigt und Minen in

² Vgl. World Mine Production of Gold 1992-1996, hrsg. vom Goldinstitut Washington, dem weltweiten Zusammenschluß der Goldproduzenten und Verarbeiter, Mai 1993.

Südafrika, Namibia, den USA, Kanada und Brasilien betreibt. Die anderen folgen mit weitem Abstand. Placer Dome Inc. mit Sitz in Kanada als zweitgrößter Produzent erreicht nur 3,7% der gesamten Fördermenge der "westlichen Welt" (vgl. Raw Materials Report 1994, S. 18-23).

Im Zuge der Umstrukturierung der ehemals sozialistischen Systeme ist auch hier mit einer Angleichnung der Eigentumsverhältnisse zu rechnen. So sind einige führende Minenkonzerne dabei, in Staaten der ehemaligen UdSSR Goldvorkommen zu prospektieren und Hilfe beim Abbau bestehender Vorkommen zu leisten. Dies gilt aktuell für Kirgisien, Usbekistan, den Ural und Kasachstan (vgl. Murray 1993, S. 24).

Von den zur Zeit weltweit gefördert und zur Verfügung stehenden 95.000 Tonnen Gold befinden sich ca. 36.000 Tonnen im Besitz der Staaten, meistens als Goldreserven in den Zentralbanken; 59.000 Tonnen werden privat gehalten von Firmen, Banken oder Privatleuten. Knapp 3% der existierenden Goldmengen oder ca. 3.180 Tonnen Gold werden pro Jahr gekauft oder verkauft. 85% der jährlichen Goldkäufe dienen der privaten Schatzbildung in Form von Schmuck, Goldbarren und Münzen (vgl. FAZ v. 10.10.1995, S. 29). Nur ca. 15% werden industriell genutzt oder dienen medizinischen Zwecken. Betrachtet man die Entwicklung der Goldnachfrage nach dem II. Weltkrieg und stellt sie der Goldproduktion gegenüber, so kann man feststellen, daß aufgrund des Verbots vieler Länder, Gold privat zu handeln, die Produktion die Nachfrage nach Gold weit überstieg (vgl. Löhr 1986, S. 26f.). Mit der Aufhebung der fixierten Gold-Dollar-Parität 1971 und der Liberalisierung des Goldmarktes kehrte sich das Verhältnis jedoch um. Nach Angaben des World Gold Council überschritt 1995 die Nachfrage mit 2.746 Tonnen die Jahresproduktion an Gold um knapp 500 Tonnen (vgl. FAZ v. 20.2.96).

Die ökonomische Funktion des Goldes: Gold als Geld, Gold als Ware und Gold als Schatz und Wertaufbewahrungsmittel

Auf der Konferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Kingston, Jamaika, im Jahr 1976 wurde ausdrücklich beschlossen, die letzte juristische Bindung der Währungen an das Gold aufzuheben. So heißt es nunmehr im Anhang 6 zu Artikel IV des IWF-Abkommens, daß "Paritäten in Sonderziehungsrechten oder in einem anderen vom Fonds zugelassenen gemeinsamen Nenner festgelegt werden können. Der gemeinsame Nenner darf weder Gold noch eine andere Währung sein." (Kolloch, 1981, S. 151). Mit diesen Sonderziehungsrechten wurde ähnlich dem späteren europäischen ECU eine künstliche Verrechnungseinheit geschaffen.

Die Frage der Demonetisierung des Goldes war und ist immer noch ein unterschwelliger Konfliktpunkt zwischen den USA als strikte Befürworter dieser Demonetisierung und der eher zögerlichen Haltung europäischer Regierungen (vgl. Hahn 1969). Es wurden zwar in der Folge der Kingston-Konferenz zwischen 1976 und 1980 ein Drittel der IWF-Goldreserven -

etwa 1.500 Tonnen - auf dem Goldmarkt verkauft. Aber auf einen Vorstoß der US-Regierung im Oktober 1995, weitere Goldreserven aus IWF-Beständen zu verkaufen, um am US-Kongreß vorbei die nötigen Gelder zur Kapitalaufstockung für die Institution zu erhalten, reagierte die deutsche Bundesregierung mit Ablehnung. Bonn möchte nur einer Verpfändung des Goldes zustimmen (vgl. FAZ v. 4.10.1995, S. 19). Implizit wird deutlich, daß Gold immer noch die Funktion einer heimlichen Reservewährung besitzt und auch alle Zentralbanken über mehr oder minder große Goldreserven verfügen (vgl. hierzu auch die Diskussion um den EURO und seine "Golddeckung").

Dieser Prozeß der Goldschatzbildung durch die Zentralbanken läuft auch in den neunziger Jahren noch ab und spiegelt gleichzeitig die veränderte ökonomische Stellung der neuindustrialisierten Länder wieder. Zwar verkauften die Zentralbanken der Niederlande, Belgiens und Kanadas 1992 zusammen ca. 700 Tonnen Gold. Ein großer Teil dieses Goldes verschwand aber sofort wieder in den Kellern einiger asiatischer Zentralbanken, so daß die Marktpreise für Gold nur kurzfristig geringfügig nachgaben. Allerdings verleihen die Zentralbanken Teile ihrer Goldbestände gegen zur Zeit ca. 5% Zinsen. Dieses Gold wird zur Absicherung von Waretermingeschäften ausgeliehen (vgl. FAZ v. 30.11.1995). Davon losgelöst sind Goldtermingeschäfte - also Kauf- oder Verkaufsoptionen auf die zukünftige Goldpreisentwicklung -, die in der Regel zur Risikoabsicherung von Verkäufern und Käufern oder in spekulativem Sinn abgeschlossen werden.

Es steigt die Bedeutung des Goldes als Schatz und heimliche Geldreserve in vielen Ländern der Erde. Gold ist gerade für die Länder der Dritten Welt eine der beliebtesten Möglichkeiten der privaten Schatzbildung, besonders in sogenannten Weichwährungsländern oder bei Vorbehalten gegen das nationale Banksystem. Dies kommt zum Beispiel darin zum Ausdruck, daß in diesen Ländern der jeweilige Goldgehalt von Schmuck oder verarbeitetem Gold höher liegt als in den westlichen kapitalistischen Industriestaaten. Während in Europa Schmuck mit ca. 8-18 Karat (33% bis 75% Goldanteile) als Goldschmuck gilt, setzt die Definition für Goldschmuck in Asien und dem Mittleren Osten erst bei 21-23 Karat an (88% bis 96% Goldanteile). Der wesentliche Kaufimpuls für Goldschmuck kam 1992 aus dem Mittleren Osten, aus Indien, Südostasien und China; wohl sichtbarstes Zeichen des Entstehens neuer Mittelschichten in den sich industrialisierenden Ländern Asiens. Die Bedeutung der asiatischen Goldkäufe kommt auch darin zum Ausdruck, daß die wichtigsten Goldkassamärkte, also die Märkte, über die physisches Gold gehandelt wird³, neben den beiden Hauptplätzen London und Zürich die asiatischen Märkte in Hongkong, Singapur und Tokio sind. Wenn auch die wachsende Nachfrage

³ Als physischer Goldhandel wird der Handel mit Goldkontrakten bezeichnet, die mit einer realen Kauf- oder Verkaufsabsicht verbunden sind.

den Absatz des neu produzierten Goldes absicherte, so müssen für den Goldboom des letzten Jahrzehntes doch strukturelle ökonomische Zusammenhänge vermutet werden.

Gründe für den Goldboom in den 80er und 90er Jahren

Im folgenden wollen wir auf drei Aspekte des aktuellen Anstiegs in der Goldproduktion eingehen: die Goldpreisentwicklung, die Verschuldungssituation der Länder, die Effizienzrevolution im Abbau.

Der Anstieg des Goldpreises

Der Anstieg des Goldpreises vollzog sich in zwei Etappen: Die erste Etappe begann mit der Ablösung der festen Fixierung zwischen Gold und Dollar im Jahre 1971 und beendete den bis dahin gespaltenen Goldpreis für den zwischenstaatlichen Bereich einerseits und dem öffentlichen Goldmarkt andererseits. Dies bedeutete in der Folgezeit die völlige Liberalisierung des Goldmarktes und die Möglichkeit für Privatpersonen, Gold in beliebiger Größenordnung auch über nationale Grenzen hinweg zu handeln. Parallel zu dieser Liberalisierung des Handels entwickelten sich die spekulativen Instrumentarien wie der Handel mit "Goldoptionen" und "Goldfutures" (vgl. Löhr 1986, S. 69f.).

Im Schnitt kostete in den sechziger Jahren die Feinunze Gold auf dem öffentlichen Goldmarkt ca. 150 US-Dollar (eine Unze gleich 31,1035 Gramm). Die zweite Etappe wurde mit einem drastischen Anstieg auf 300 bis 400 US-Dollar eingeleitet und erreichte 1980 den bisherigen Höchststand von 850 US-Dollar pro Unze, um dann ab 1985 wieder - mit kurzfristigen Schwankungen - unter 400 US-Dollar zu fallen (vgl. Maennling 1986, S. 141). Hintergrund dieser enormen Goldpreisschwankungen war die ökonomische und politische Verunsicherung, die von der Ölkrise, dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und den ersten Anzeichen der Schuldenkrise ausging. Aufgrund der Enge des physischen Goldmarktes kam es in der Vergangenheit immer wieder zu kräftigen kurzfristigen Anstiegen des Goldpreises. Die Goldpreise liegen daher seit den 80er Jahren deutlich über 300 US-Dollar, die als Rentabilitätsschwelle für den Abbau gelten.

Die Verschuldungssituation und die Finanzierungspolitik der internationalen Kreditinstitutionen

Seit Ausbruch der Schuldenkrise zu Beginn der achtziger Jahre haben viele der verschuldeten Länder Schritte unternommen, um ausländische Unternehmen anzuziehen. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen wie Steuererleichterungen, zollfreie Einfuhr von Ausrüstungen und Material, unbe-

schränkten Gewinntransfers, Zulassung von Mehrheitsbeteiligungen, Landprivatisierungsmaßnahmen und Vergabe von Schürfkonzessionen und Verzicht auf Umweltschutz- und soziale Sicherungsmaßnahmen wurde ein "goldenes" Investitionsklima geschaffen. Konsequenterweise hat dies weltweit zu einer Welle von Bergbau-Forschungsaktivitäten und joint ventures mit ausländischer Kapitalbeteiligung geführt.

So wird das 20-prozentige Wachstum in der chilenischen Goldproduktion hauptsächlich auf das Engagement ausländischer Bergbauunternehmen zurückgeführt. Chile, das den Privatisierungsweg schon Mitte der siebziger Jahre eingeschlagen hat, erweist sich damit auch im Bergbauereich als neoliberaler Musterschüler. In Mexiko und Kolumbien gab es weitreichende Veränderungen in der Bergbaugesetzgebung, um private Investitionen zu ermöglichen (vgl. Murray 1993, S. 23f.). Die Explorationsausgaben in Afrika (außer Südafrika) stiegen laut FAZ (v. 12.3.1996) um 60% an. Im Zentrum des afrikanischen Goldrausches steht Ghana mit der erfolgreichen Ashanti-Goldmine. Daneben gibt es eine ausgedehnte Suche in Senegal, Burkina Faso und Mali. Außer kanadischen Firmen sind vor allem Johannesburger Bergbauunternehmen in Westafrika tätig. Ihre Aktivitäten sind Folge der Krise im inzwischen unrentabel arbeitenden südafrikanischen Untertageabbau. Begünstigt wird diese Entwicklung durch den politischen Machtwechsel in Südafrika, der den südafrikanischen Minengesellschaften jetzt ein afrikaweites Operieren erlaubt.

Zur Unterstützung ihrer internen ökonomischen Anstrengungen erhalten die Länder finanzielle Hilfen von den internationalen Finanzinstitutionen, die natürlich an einem geregelten Schuldendienst interessiert sind. Dies geschieht im Goldbergbau gezielt durch die Aktivitäten der Welthank-Töchter International Finance Corporation (IFC) und Multilaterale Investitionsagentur (MIGA). Die IFC ist für die Finanzierung zuständig, indem sie sich an den internationalen Firmenkonsortien durch die Zeichnung eigener Anteile beteiligt. Die IFC-Anteile werden aber wieder an die Privatwirtschaft abgestoßen, wenn das Projekt in die Gewinnzone kommt. Zur Aufgabe der MIGA gehört es, private Auslandsinvestitionen gegen politische Risiken wie Verstaatlichung, Beschränkung von Gewinntransfers, Vertragsbruch oder Verluste durch politische Aufstände oder Krieg zu versichern. Damit runden die beiden Institutionen das Instrumentarium der Welthank zur Förderung der Privatwirtschaft ab, das zukünftig über die Schwellenländer hinaus auf die ärmsten Entwicklungsländer ausgedehnt werden soll (vgl. Possible New Instruments... 1995).

Die von der MIGA geförderten Projekte sind Mitte der neunziger Jahre sprunghaft angestiegen. "Neben dem Energie- und dem Finanzsektor zählte auch der Goldbergbau mit vier Garantien zu den besonders geförderten Bereichen." (Bossard 1995). Eins dieser Projekte ist auf der Lihir-Insel in Papua Neuguinea angesiedelt. Mit 50 Millionen Dollar hat die MIGA die Obergrenze für die von ihr vergebenen Garantien ausgeschöpft.

Da diese Zusagen nicht ausreichten, haben der MIGA vergleichbare nationale Versicherungsagenturen aus Australien und Kanada eine noch darüberhinausgehende Kreditsumme versichert. Aufgrund der politisch unsicheren Situation der ehemaligen australischen Kolonie wurde das Land allerdings in die tiefste Kategorie der Kreditwürdigkeit eingestuft. Die Regierung Papua Neuguineas hürgt vertraglich für die Rückzahlung des Gesamtkredits. Zu den nationalen Finanzinstitutionen, die die Tätigkeiten der Welthanktöchter flankieren, gehört auf deutscher Seite die Deutsche Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft (DEG). Diese bundesstaatliche Einrichtung aus dem Kreis der Entwicklungshilfeinstitutionen, hat ebenso wie die IFC die Zielsetzung, private Unternehmen zu fördern. Einer Analyse des Geschäftsherichtes von 1993 zufolge springt die Konzentration der DEG-Mittel besonders bei den Ländern Ghana, Papua-Neuguinea und Peru ins Auge (vgl. Aicher/Schoepe 1995).

Goldabbau - Ein Weg aus der Schuldenkrise?

Aus dem bisher Ausgeführten geht hervor, daß der gegenwärtige Goldboom wesentlich mit der Verschuldungssituation der entsprechenden Länder und der neoliberalen Antwort auf diese Krise zu tun hat. Die aufgeführte Rentabilität des Goldabbaus vor allem im zunehmenden Tagebau beruht auf einer Externalisierung der Sozial- und Umweltkosten, die die nächsten Generationen belasten wird. Aber es stellt sich zusätzlich die Frage, was der Abbau und das damit propagierte Entwicklungsmodell eines weltweiten ungehemmten Ressourcenabbaus den jeweiligen Volkswirtschaften bringt, und ob dies ein Weg aus der gegenwärtigen ökonomischen Krise ist und zur aktuellen ökonomischen Stabilisierung beiträgt.

Es gibt einige Fallbeispiele, die dieser Frage mit konkreten Zahlen nachgehen und versuchen, eine Kosten-Nutzen-Rechnung solcher Minenprojekte zu erstellen. Ein besonders gut dokumentiertes Beispiel hierfür ist Papua Neuguinea, das sowohl von der damaligen australischen Territorialverwaltung (Unabhängigkeit 1975) als auch von der Weltbank ein Programm weltmarktorientierter Entwicklung konzipiert bekam, das entscheidend auf die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes für den Export setzt und bis in die jüngste Zeit an diesem Konzept festhält (vgl. Kreye/Castell, 1991, S. 12). So erläuterte der damalige Minister für Planung und Entwicklung, Galeva Kwarara, Anfang der achtziger Jahre: "Was die Rolle großer Bergbauprojekte und anderer Rohstoffprojekte betrifft, begrüßen wir ausländische Investitionen, da ausländische Investoren Kapital und Knowhow bringen, das wir nicht haben. ... Wir erlauben die Ausbeutung dieser Ressourcen, um Einnahmen zu erzielen. ... Da aber die Ausbeutung dieser Rohstoffe durch Enklavenprojekte erfolgt, haben sie geringe direkte Entwicklungseffekte in ihrer jeweiligen Region ... Wir wol-

len mit diesen Projekten Einnahmen erzielen." (Kreye/Castell, S. 13) Die Weltbankempfehlungen lauteten 1982 ganz ähnlich.

Was hat sich von diesen Zielvorstellungen verwirklicht? Nach Angaben der Minengesellschaft sind bis 1989 1.400 Mio. US-Dollar in die Ok Tedi Mine investiert worden. Davon haben die Anteilseigner gut 20% als Aktienkapital aufgebracht, 54% sind durch Kredite finanziert und die restlichen 26% sind aus laufenden Erträgen der Goldproduktion in den Jahren 1984 bis 1989 finanziert worden. Die ausländischen Anteilseigner haben für das Projekt Eigenkapital in Höhe von etwa 16% der Gesamtinvestitionskosten aufgewendet. Im Gegenzug hat der Staat für das Minenprojekt zunächst erhebliche Kapitalkaufwendungen getätigt. Die staatlichen Beteiligungen lagen bei 60 Mio. US-Dollar. Durch die hohe Kreditfinanzierung werden langfristig Nettokapitalabflüsse zu verzeichnen sein. Der Schuldendienst beansprucht nicht nur einen beträchtlichen Teil der Erträge der Minengesellschaft, sondern auch der staatlichen Devisenerlöse aus dem Export. Seit Produktionsaufnahme der Mine 1984 gab es für den Staat keine Einnahmen aus seinem Aktienbesitz an der Mine. Ursprünglich waren für den Staat 470 Mio. und für die privaten Eigner 1,9 Mrd. US-Dollar Gewinne vorgesehen. Günstigstenfalls werden dem Staat 820 Mio. an Steuern und Abgaben zufließen. In den ursprünglichen Berechnungen war von einem Gesamtsteueraufkommen von knapp drei Mrd. US-Dollar die Rede. Der Abbauregion verbleibt nur der jährliche Förderzins in Höhe von ca. zwei Mio. (1990). Die Landbesitzer erhalten die vertraglich vereinbarte Kompensationszahlung von insgesamt US-Dollar 25 Mio.. Der Nutzen für die Infrastruktur ist minimal, da es die übliche Exportinfrastruktur ist: eine Straße von der Mine zum Hafen. Der Beschäftigungseffekt ist ebenso gering: In der Mine arbeiten gegenwärtig 3.200 Arbeitskräfte; 15% davon leitendes Personal, das aus dem Ausland kommt. Bezogen auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung Papua Neuguineas beträgt dieser Anteil weniger als ein Prozent. Wenn man bedenkt, daß auf Ok Tedi in einer Periode von acht Jahren 70% der Kapitalkaufwendung im Land entfallen, bleibt die nüchterne Feststellung, daß der Beschäftigungseffekt der Mine extrem niedrig ist. Bis 1989 wurden für die Prospektierung von Rohstoffen 167 Konzessionen vergeben, die sich auf 20% der Landfläche Papua Neuguineas beziehen. Die Auslandsverschuldung ist von 1980 bis 1994 von 304 Mio. auf 4,6 Mrd. US-Dollar gestiegen (vgl. Kreye/Castell 1991 und IPS v. 21.1.1995).

Die Effizienzrevolution im Goldabbau

Der Abbau von Gold ist zunächst ein Größenproblem. Am einen Ende der Größenskala stehen Goldnuggets, am anderen Ende steht das sogenannte unsichtbare Gold, dessen Körner so klein sind, daß es früher nur durch chemische Analysen nachgewiesen werden konnte. Dazwischen liegen Par-

tikelgrößen von wenigen Hundertstel bis zu einem Millimeter, die meisten der im Abbau befindlichen Goldvorkommen. Um dieses Gold zu gewinnen, werden die wenigen Gramm Goldpartikel pro Tonne Gestein mit einer Substanz gesammelt und nach Abtrennung von nun goldlosem Gestein in einem zweiten Schritt von dieser "Sammplersubstanz" getrennt. Für diese Sammelaufgabe haben sich zwei Substanzen bewährt: zum einen das Quecksilber, das mit Gold sogenannte Amalgame bildet, und zum anderen Cyanidlösungen, mit denen Gold eine wasserlösliche Verbindung (Komplex) eingeht.

Je nach den lokalen Verhältnissen ergibt sich aber neben den verschiedenen technischen Verfahren auch eine unterschiedliche betriebliche Organisation. Der Abbau erfolgt im Tagebau oder untertage. Für den großtechnischen Abbau in Untertageminen gilt, daß er großes Knowhow, vielfältiges technisches Gerät und Material benötigt, arbeitsintensiv ist und lange Investitionszyklen und damit eine langsame Kapitalumschlagszeit erreicht. Extremstes Beispiel sind die südafrikanischen Minen, in denen z.T. Gold in 2.500 Metern Tiefe gefördert wird.

Der Kleinbergbau von Gold in Flüssen oder goldhaltigem Sand oder Kies ist in unserer Vorstellung mit einem Goldrausch verbunden. So die Goldfunde in Kalifornien und Alaska im 19. Jahrhundert oder der gegenwärtige Boom im Amazonasgebiet. Diese Form des Abbaus, bei der die Methode des Amalgamierens vorherrscht, benötigt minimale Ausrüstungen, Goldpfanne, Quecksilber und einen Brenner, um das Gold zu gewinnen, und wird von Kleinproduzenten durchgeführt.

Worin besteht die Effizienzrevolution bei den gegenwärtigen Verfahren? Bei den goldwaschenden Kleinproduzenten hat sich vor allem die Mobilität von Mensch und Material erhöht, mit Flugzeugen und Lastwagen dringen sie in die entlegensten Winkel vor und bilden eine vagabundierende Menschenmasse in ganz Amazonien (vgl. IPS v. 5.8.1995). Es wird geschätzt, daß eine Million Menschen im Amazonasgebiet in mehr als 25.000 Produktionseinheiten arbeiten; 20 Hubschrauber, 750 Flugzeuge, 10.000 Boote und über 1.000 Flugzeugpisten bilden diesen Wirtschaftszweig (vgl. Pinto 1994, S. 34). Auch in Amazonien beginnt die Industrialisierung dieses Abbaus mit Schwimm- und Erdbaggern, Wasserkanonen und mechanisierten Transporteinheiten. Die Profiteure des Abbaus, die Händler und Transporteure, werden zu Unternehmern, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann in der Amazonasregion das Cyanidverfahren neben das Amalgamieren tritt.

Mit Hilfe des Cyanidlaugungs-Verfahrens ist es möglich, Goldvorkommen mit sehr geringer Erzkonzentration auszubeuten und z.B. das zuvor mit Quecksilber bearbeitete Gestein "nachzubehandeln". Die Cyanidlaugung ist technologisch gesehen ein einfaches Verfahren, erfordert aber im Gegensatz zur Amalgamierung großtechnische bzw. chemische Anlagen, so daß sie sich für den Kleinbergbau nicht eignet. Die Chemie des Cyanidverfah-

rens wurde im 19. Jahrhundert in Südafrika entwickelt. Heute arbeitet man bei etwa 70% der weltweiten Abbaustätten mit Cyanid (vgl. Reuther 1995). Folgende Verfahrensverbesserungen machten es für die breite Anwendung in der Bergbauindustrie dienstbar: Beim Einsatz von Cyaniden, der sogenannten Cyanidlaugung, muß die goldhaltige Cyanidlösung zunächst vom Gestein getrennt werden, z.B. durch Zentrifugen. Anschließend kann das Gold mit Zinkstau aus der Lösung ausgeschieden werden. Diese Zinkzementation ist mit Beginn der zweiten Hälfte der siebziger Jahre durch den Einsatz von Aktivkohle verdrängt worden. Dadurch wurden die Gewinnungskosten - z.B. durch Einsparen der sehr teuren Zentrifugen - drastisch reduziert. Gerade das Aktivkohleverfahren ermöglichte es auch, besonders kleine Goldpartikel aus einer großen Gesteinsmasse herauszuholen.

Eine wichtige Erweiterung hat die Cyanidlaugung, die ursprünglich in großen Behältern durchgeführt worden ist, durch die in den USA entwickelte Haufenlaugung erfahren, die einen größeren Gesteinsdurchsatz bei geringeren Investitionskosten erlaubt. Obwohl die Goldausbringung mit z.T. nur 60% schlechter ist als die Behälterlaugung, ist die Haufenlaugung so billig, daß sogar Erzhalde früherer Jahrzehnte nachträglich noch einmal profitabel gelaugt werden können. Bei der Haufenlaugung wird das abgesprengte Fels- und Steinmaterial in mehrere Hektar großen, nach unten abgedichteten und nach oben offenen Schlammhecken gesammelt und mit Cyanidlösung beträufelt. Die goldhaltige Lösung fließt nach unten hin ab. Eine besonders unkalkulierbare technologische Weiterentwicklung der Cyanidlaugung (Versuche sind in Colorado in den USA schon unternommen worden) ist das sogenannte "in-situ" Mining. Hierbei werden chemische Lösungen mittels Bohrungen direkt in das metallhaltige Gestein verpreßt; die goldhaltige Lösung wird dann an einer tieferliegenden Stelle wieder abgepumpt (vgl. Hoker 1989).

Gewaltige Steigerungen gab es in den letzten Jahrzehnten beim Materialdurchsatz im Tagebau. So erhöhte sich die Abbaugeschwindigkeit pro Tonne, und das Fassungsvermögen eines Lastwagens mit Erz steigerte sich von 20 Tonnen (1960) auf 200 Tonnen in den letzten Jahren. Auch die Explorations- und Aufbauphase eines Tagebaus hat sich dramatisch beschleunigt. Ein großer Teil des Equipments ist mobil und nicht wie im Stollenbau fest mit dem Abbauort verbunden. Auch der Arbeitskräfteeinsatz pro Tonne geförderten Goldes hat sich bei den Tagebauminen um über 50% reduziert (vgl. Green 1993, S. 71f.).

Die Investitionszyklen werden kürzer und die Gewinnschwelle wird schneller erreicht. Damit ergeben sich auch neue Möglichkeiten der Finanzierung. War es in der Vergangenheit nur möglich, solche Minen über eine Risikokapitalbeteiligung zu finanzieren, so ist mit den jetzigen Verfahren im Tagebau die Kreditfinanzierung praktikabel. Die Investitionskosten von 55,6 Mio. US-Dollar eines neuen in Peru zur Anwendung kommenden Minentyps waren beispielsweise innerhalb eines Jahres erwirtschaftet (vgl.

Aicher/Schoepe 1995). Eine Betriebsdauer von acht bis 15 Jahren ist üblich. Im Gegensatz dazu liegen die Investitionskosten der südafrikanischen Tiefminen bei 700 Mio. US-Dollar. Ihre Betriebsdauer beträgt zwischen 20 und 35 Jahren. Nach Angaben von führenden Managern einer amerikanischen Bergbau-Consulting findet zur Zeit ein genereller Umschichtungsprozeß in der Finanzierung von Bergbauunternehmen statt. Während die traditionelle Bankfinanzierung zurückgeht, drängen immer mehr Finanzinstitutionen aus dem Nicht-Banken-Bereich vor allem aus Kanada und Großbritannien ins Geschäft (vgl. Schwah/Mehrtens/Cook 1994). Dies bedeutet eine generelle Verbreiterung der Finanzierungsmöglichkeiten für Bergbauaktivitäten weltweit und ist auch ein Indiz dafür, daß im Goldbergbau zunehmende Gewinnmöglichkeiten erwartet werden. Die Finanziers aus dem Nicht-Banken-Bereich sind vor allem private Versicherungen und Rentenfonds. Diese Finanzunternehmen entstehen verstärkt mit der Rücknahme staatlicher Versorgungsleistungen im Zuge der neoliberalen Politik und suchen für ihre privaten Fonds nach kurzfristigen und profitablen Anlagemöglichkeiten.

Die ökologischen und sozialen Folgen des Goldrausches

Das Verfahren der Cyanidlaugung führt zu vielfältigen Eingriffen in die Natur und das Leben der Menschen. Allein der Landschaftsverbrauch ist enorm. Für die Standortzubereitung muß großflächig Mutterboden abgetragen werden, was eine Zerstörung der natürlichen Bodenkrume, der Bodenvegetation und eine Vertreibung der Fauna aus dem Abbaugelände nach sich zieht. Das Abtragen von ganzen Bergketten - so z.B. die aktuelle Planung an der türkischen Westküste - verändert die Oberflächenmorphologie vollständig. Insgesamt verursacht der Goldabbau mehr Abraum als beim Abbau von Eisen anfällt, obwohl 200.000 mal mehr Eisen gefördert wird als Gold (vgl. Young 1993). Durch die kilometerweiten Ausblasungen während des Tagebaubetriebs werden nicht nur Cyanide, die an der Luft relativ schnell zerfallen, sondern auch sämtliche im Erzgestein vorkommenden Metalle in der Umgebung verteilt. Fraglich ist auch der Umgang mit den ausgelaugten Erzbestandteilen, die ökologischen Gutachten zufolge nicht ohne weiteres wieder aufgeforstet werden können (vgl. Vogg/Bausch 1995). Mit der Ausbreitung der Goldabbaustätten geht nicht nur die ökologische Vernichtung des Bodens und der Landschaft als Lebens- und Erholungsraum einher, sondern auch der Entzug des Landes als Produktionsmittel und Ernährungsbasis. Es ist ein zentrales Anliegen der Bergbaukonzerne, traditionelle Landrechtssysteme abzuschaffen und in privates Eigentumsrecht zu überführen, um legalen Zugang zu Rohstoffquellen zu erhalten. Die Landrechtskonflikte in Konzessionsgebieten haben in den letzten Jahren stark zugenommen und zum Teil zu hürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen geführt (vgl. FR v. 4.9.1995 zu Papua Neuguinea).

Das Ökosystem Wasser in seiner Bedeutung als Lebensraum, Trinkwasser und Produktionsmittel ist sowohl direkt als auch indirekt bedroht. So besteht zum einen die Gefahr von Dammbürchen - so geschehen in den USA und jüngst in einer Mine in Guyana. Zum anderen ergibt sich eine schleichende Vergiftung durch mögliche Leckagen in den Schlammbecken und durch die z.T. völlig unkontrollierte Einleitung des Abraums in die Flußsysteme. Letzteres hat in Papua-Neuguinea dazu geführt, daß die toxischen Substanzen bis zur gegenüberliegenden Küste Australiens getragen wurden und dort zum Absterben der großen Korallenriffe führen.

Wenn Cyanid ins Wasser gelangt, kann seine Zersetzung in ungiftige Stoffe sehr lange dauern, in fließenden Gewässern bis zu acht Monaten. Die ausgespülten Schwermetalle wie Kupfer, Arsen, Eisen, Zinn und Nickel reichern sich demgegenüber langfristig in der Nahrungskette an. Der hohe Wasserverbrauch der Minen führt zu einem Absinken des Grundwasserspiegels in der Region und ist ein Grund, warum die US-amerikanischen Minen in den Wüstengebieten in absehbarer Zeit aufgegeben werden müssen (vgl. Green, 1993 S. 104ff.).

Bei jedem Tagebaubetrieb entstehen Belastungen der Atemluft und der Atmosphäre. Bei der Cyanidlaugung ergibt sich zusätzlich das Problem der Blausäureentwicklung. Nach Schätzungen von Gutachtern bildet sich bei der zur Zeit weltweiten Goldproduktion jährlich etwa eine Menge von 20.000 Tonnen Blausäure, die in die Atmosphäre entlassen werden. Eine Anwendung dieser offenen Systeme ist in vielen Staaten Westeuropas nicht genehmigungsfähig (vgl. Korte 1994).

Resümee

Die Liberalisierung der Goldmärkte, die Verbesserung der Kredit- und Investitionsbedingungen sowie die Folgen der Schuldenkrise haben zu einem weltweiten Goldboom geführt, der unter den Bedingungen der Effizienzrevolution und einer Externalisierung der ökologischen und sozialen Kosten zu einer großtechnologischen Bedrohung von Lebensräumen führt. Das Fehlen von ökologischen und sozialen Standards erweist sich als Konkurrenzvorteil für die sogenannten Dritte-Welt-Staaten und führt zu einer Verlagerung bergbaulicher Aktivitäten in diese Länder. Die bisherigen Ergebnisse zeigen aber, daß durch diese Form des Ressourcenabbaus weder kurzfristig noch langfristig eine ökonomische und soziale Stabilisierung dieser Länder zu erreichen ist.

Literatur

Aicher, Eva-Maria und Kajo/Schoepe, Erich: Beitrag des Arbeitskreises Peru Teilnach zum Kooperationsseminar von FIAN und Dienste in Übersee "Es ist nicht alles Gold, was glänzt!" v. 15.-17. September 1995, AG 2: Zerstörung durch internationale "Entwicklungs"- Hilfe am Beispiel Yanacocha, Cajamarca Peru

- Bosshard, Peter: Angekratztes Gold aus dem Pazifik. Eine Fallstudie über ein MIGA-Projekt und die Schweiz. Erklärung von Bern, Hrsg. Greenpeace, Zürich 1995
- Green, Timothy: The world of gold, London 1993
- Hahn, Albert: Geld und Gold - Vorträge und Aufsätze 1962/1968, Tübingen 1969
- Hiedl, Peter/Jecht, Sabine: Goldrausch - Hintergründe und soziale und ökologische Folgen des weltweiten Goldabbaus, Hrsg. FIAN, Herne 1996
- Hoker, Philip: Cyanide Spring, in: Clementine 1989, S. 6-11, in: Minewatch (Hrsg.), Goldpack 1995
- IPS (Inter Press Service), Dritte Welt Nachrichtenagentur, Hintergrunddienst, Bonn
- Kolloch, Klaus: Gold-Dollar-Währungskrise, Berlin/Köln 1981
- Korte, Friedhelm: Ökologisch-chemische Betrachtungen zum vorgeschlagenen Goldgewinnungsprojekt unter Anwendung der Cyanidlaugung in der Türkei durch die Türag Metal Mining LTD, München 1994 (unveröffentlichtes Gutachten)
- Kreye, Otto/Kastell, Lutz: Entwicklung und Umwelt - Ökonomisch-ökologische Entwicklung in Papua Neuguinea. Hrsg. Evangelisches Missionswerk im Bereich der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West e.V., Hamburg 1991
- Lengwiler-Kasper, Brigitte/Epp, R. Sebastian/Schoch, Martin: Gold, H. 66 der Schriftenreihe der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich 1996
- Lähr, Andreas F.W.: Gold und Goldfutures, Berlin 1986
- Maennling, Claudia: Interne Formen und Folgen außeninduzierter Entwicklung: Goldboom und Goldbaisse in Madre de Dios/Peru, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1986
- Minewatch: Goldpack/Paquete de informacion sobre el oro, London 1994 (Artikelsammlung)
- Murray, Stewart: Gold: Metals & Minerals Annual Review 1993, in: Minewatch (Hrsg.), Goldpack, London 1994
- Pinto, José: Garimpagem: Beitrag zur Erschließung und zur Besetzung Amazoniens, in: Mathis, Armin/Rehaag, Regine (Hrsg.), Gold und die Folgen: Auswirkungen des Goldbergbaus auf Sozialgefüge und Umwelt im Amazonasraum, Köln 1994
- Possible New Instruments for Private Sector Development in IDA Countries, International Development Association (IDA), Washington 1995
- Raw Materials Report, Jg.10, Nr. 1, S. 21-23, in: Minewatch (Hrsg.), Goldpack, London 1994
- Reuther, Rudolf: Anmerkungen zum Dikili-Ovacik Goldminenprojekt. Überprüfung der Umweltaspekte der Projektplanung der Firma Lahmeyer International, Gutachten im Auftrag der Environmental Research Group (MFG), Teningen 1995
- Rüde, Thomas: Vortrag im Rahmen des FIAN-Seminars "Es ist nicht alles Gold, was glänzt", 1995 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Schwab, Frank/Mehrtens, Michael/Cook, Douglas: Gold mining due diligence, in: Miners Magazine 2/95, in: Minewatch (Hrsg.), Goldpack, London 1994
- Vogg, Reiner/Bausch, Wolfgang: Stellungnahme zum Dikili-Ovacik-Goldminenprojekt, Ludwigsburg 1995 (unveröffentlichtes Gutachten)
- Young, John E.: For the love of gold, in: World Watch 5/6/1993, in: Minewatch (Hrsg.), Goldpack, London 1994

Experimentierfeld und Ressourcenreservoir

Gentechnik, Konzernstrategien und Entwicklungsländer

Geschäfte mit der Gentechnik: Die industrielle Indienstnahme einer neuen Technologie

Die neue Biotechnologie (Gentechnik/Zellfusion) hat mittlerweile eine mehrere Jahrzehnte umfassende Entwicklungsgeschichte hinter sich - von ersten, in die vierziger Jahre zurückreichenden molekularbiologischen Grundlagenkenntnissen über den Anfang der siebziger Jahre einsetzenden Umschwung von einem vornehmlich erklärenden und entdeckenden zu einem zunehmend auch erfindenden und konstruierenden Wissenschaftsfeld bis hin zu ihrer verstärkten politischen Förderung und ökonomischen Indienstnahme seit den achtziger Jahren. Und sie hat eine ähnlich lange Entwicklungsgeschichte wohl noch vor sich: Insbesondere ihre ökonomische Diffusion vollzieht sich erbeblich langsamer und widersprüchlicher als dies noch vor wenigen Jahren erwartet worden war. Lediglich im Pharmasektor hat sich mittlerweile ein zwar hinter früheren Erwartungen zurückgebliebener, aber doch identifizierbarer Markt für rekombinante Therapeutika, Diagnostika und Impfstoffe etabliert - mit weltweiten Umsätzen von 12 bis 13 Mrd. US-Dollar in 1995, die mittlerweile immerhin etwa fünf Prozent des Gesamtumsatzes der Branche ausmachen und ausschließlich in den Industrieländern erzielt wurden (vgl. Ernst & Young 1995; Handelsblatt vom 2.1.1996, S. 13). In anderen hochgehandelten Anwendungsbereichen der neuen Biotechnologie sind kommerzielle Durchbrüche dagegen bislang rar gebeben. Die entsprechenden Forschungen im Bereich der Landwirtschaft (mit Pflanzen- und Tierzucht) und der Lebensmittelverarbeitung lassen erst nach der Jahrhundertwende wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse in größerem Umfang erwarten; in der Großchemie, der Energiegewinnung oder der Umweltbiotechnologie sind selbst technische Durchbrüche zumeist noch nicht in Sicht (vgl. v. Schell/Mohr 1995; OECD 1994). Frühere Prognosen, die zur Jahrtausendwende bereits weltweite Umsätze mit der neuen Biotechnologie jenseits der 100-Mrd.-Dollar-Schwelle vermuteten (vgl. SAGB 1990), sind mittlerweile deutlich nach unten korrigiert worden: Im Jahr 2000 werden die weltweiten Umsätze mit der neuen Biotechnologie wohl um die 30-Mrd.-Dollar-Schwelle oszillieren und noch immer zu annähernd 90% aus der Pharmabranche stammen (vgl. Becher/Schuppenhauer 1996).

Derzeit befindet sich die Technologie in einem Übergangsstadium: *Eines-*teils sind viele Forschungsarbeiten nach wie vor von einer starken Grundlagentorientierung geprägt und die Richtungen, in die sich dies hochdiffe-

renzierte wissenschaftlich-technische Feld künftig entwickeln wird, an vielen Stellen erst schemenhaft erkennbar. *Andernteils* ist die neue Biotechnologie bereits in dieser noch frühen Formierungsphase in ein dichtes Netz wirtschaftlicher und politischer Aktivitäten eingebunden, hat sich zu einem Kerngebiet der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitiken entwickelt und ist zu einem Hauptschauplatz internationaler Konkurrenzauseinandersetzungen um Forschungs-, Produktions- und Vermarktungsvorsprünge geworden (vgl. dazu ausführlich Dolata 1996).

Auf der industriellen Seite sind die großen, international agierenden Konzerne der (Agro-)Chemie und der Pharmaindustrie mittlerweile die wichtigsten Träger des biotechnologischen Innovationsprozesses. Sie stammen fast ausschließlich aus den Ländern der sog. 'Triade' Nordamerika, Westeuropa, Japan und haben in den vergangenen fünfzehn Jahren ihr know-how auf diesem Gebiet nachhaltig erweitert: *zum einen* über den sukzessiven Ausbau ihrer konzerneigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf diesem Gebiet, *zum anderen* über zahlreiche Kooperationsabkommen mit international renommierten Forschungseinrichtungen und *schließlich* über die Zusammenarbeit mit bzw. den Kauf von kleinen Biotechnologiefirmen, die insbesondere in den Vereinigten Staaten die kommerzielle Vermessung des neuen Technologiefeldes seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vorangetrieben haben.

Auf den folgenden Seiten interessiert nun, welche Rolle die Länder der Dritten Welt - ihre Forschung, ihre Industrie, ihre Absatzmärkte, ihre Ressourcen - in den strategischen Planspielen und Standortentscheidungen dieser Konzerne spielen. Sind die Entwicklungsländer für die gentechnisch engagierten Großunternehmen der Industriestaaten als Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandorte oder als (potentielle) Absatzmärkte überhaupt attraktiv? Oder werden sie vornehmlich als Experimentierfeld für Freisetzung und als (nahezu unerschöpfliches) genetisches Ressourcenreservoir wahrgenommen und genutzt?

Neue Biotechnologie, industrielle Strategien und Dritte Welt: Wenig Forschung, kaum Produktion, geringes Marktpotential

Werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die wichtigsten (potentiellen) Anwendungsbereiche und die (realen) Einführungsprobleme neuer Biotechnologien in den Entwicklungsländern (vgl. im folgenden insbesondere Katz et al. 1996; OECD 1994).

In der *Pflanzenproduktion und -züchtung* werden zumeist die Steigerung der Flächenerträge durch neue, ertragreiche und schädlingsresistente transgene Sorten sowie die Erschließung neuer Anbaugelände durch die Züchtung streßtoleranter Pflanzen angeführt, wenn die Rede auf die (vermeintlichen) Segnungen der neuen Biotechnologie für die Entwicklungsländer kommt. Derart hochfliegenden Visionen steht allerdings nicht

nur der auch in den Industriestaaten insgesamt noch wenig fortgeschrittene Forschungs- und Realisierungsstand auf diesem Gebiet entgegen: Obgleich seit 1994 erste transgene Pflanzensorten, die vorzugsweise mit einer Insekten-, Virus- bzw. Herbizidresistenz ausgestattet wurden, in den USA und in der Europäischen Union zugelassen werden (vgl. Krattiger 1994; AGROW 1996; GRAIN 1996), dürfte es gentechnisch optimierte Pflanzen mit den genannten Eigenschaften in ökonomisch relevantem Umfang in der absehbaren Zukunft noch nicht geben.¹ Entsprechenden Visionen steht in den allermeisten Entwicklungsländern überdies die fehlende wissenschaftlich-technische, infrastrukturelle und finanzielle Basis für derart wissenschaftsbasierte, langwierige und kostenintensive Forschungsarbeiten gegenüber - zu schweigen von Märkten, auf denen hochpreisiges Saatgut für transgene Sorten größere Absatzchancen hätte.

Auch in der *Viehwirtschaft* finden sich eine Reihe von (potentiellen) Einsatzmöglichkeiten für neue biotechnologische Methoden - v.a. zur Krankheitsdiagnose, zur Impfstoff- und Hormonproduktion, zur Futtermittelherstellung, zur Leistungssteigerung und in der Tierreproduktion. Grundsätzlich gelten hier jedoch ähnliche Restriktionen wie im Pflanzenbau: Ambitioniertere Projekte wie insbesondere die Züchtung gentechnisch manipulierter Nutztiere befinden sich auch in den Industriestaaten noch weitgehend im Stadium der Grundlagenforschung, und bereits einsatzreife Techniken (v.a. rekombinante Hormonpräparate, Therapeutika und Veterinärimpfstoffe) sind in aller Regel aufwendig und teuer - mit der Folge, daß in den Entwicklungsländern auch in der Nutztierhaltung konventionelle Produktionstechniken bis auf weiteres ganz eindeutig dominieren werden.

¹ Eine Abschätzung des ökonomischen Potentials transgener Pflanzen erweist sich trotz erster seit 1994 auf dem Markt befindlicher Produkte als ausgesprochen schwierig. Feststellbar ist heute gleichwohl *zum einen*, daß es sich bislang noch um Pilotprojekte mit überschaubaren Größenordnungen handelt: Die in den vergangenen Monaten vieldiskutierte gentechnisch veränderte (und damit gegen das Breitband-Herbizid Roundup resistente) Sojabohne des US-Konzerns Monsanto etwa wurde 1996 zunächst von lediglich 8000 der insgesamt 300000 US-amerikanischen Sojaanbauer auf ca. 2% der gesamten Anbaufläche für Sojabohnen in den Vereinigten Staaten angebaut und abgeerntet (vgl. Die Zeit 41 v. 4.10.1996, 17f.; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19.9.1996, 26). Ob sie zu einem ökonomischen Erfolg wird, ist damit noch keineswegs gesagt: Feststellbar ist nämlich *zum anderen*, daß einige der zunächst hochgehandelten neuen Produkte der Pflanzen-Gentechnik die in sie gesetzten Erwartungen überhaupt nicht erfüllt und sich als Flop erwiesen haben - entweder weil sie sich auf den Verbrauchermärkten gegenüber herkömmlichen Produkten nicht durchsetzen konnten (wie die berühmt-berüchtigte Anti-Matsch-Tomate der Firma Calgene) oder weil sich ihr Einsatz auf den Äckern als desaströs erwiesen hat (wie im Fall genmanipulierter Baumwolle, in der sich schon während der ersten Aussaat ein resistenter Stamm des Bollwurm-Käfers, den es eigentlich zu vernichten galt, eingerichtet und rasant vermehrt hatte). Immer wieder anzutreffenden Einschätzungen, der Markt für Produkte der Pflanzen-Gentechnik stünde kurz vor einem explosionsartigen Boom (so etwa in den vdi-Nachrichten 40/1996, 20), sollte daher mit Skepsis begegnet werden: Die Situation ist erheblich unsicherer und unwägbarer, als dies interessegeleitete Prognosen immer wieder suggerieren.

In der *Nahrungsmittelproduktion* drängen insbesondere rekombinante Lebensmittelenzyme zur Verwendung v.a. in der Milch-, Käse-, Backwaren- und Brauereindustrie, Pflanzenzellkulturen zur Massenproduktion komplexer Aroma-, Geschmacks- und Farbstoffe sowie neuartige Lebensmitteltests zur Überprüfung der Sicherheit und Qualität von Nahrungsmitteln auf den Markt. Ähnlich wie in den anderen Anwendungsbereichen der neuen Biotechnologie wurden entsprechende Verfahren und Produkte auch hier bislang fast ausschließlich in den und für die führenden Industrieländer entwickelt. Während ihr Einfluß auf die Formen und Verfahren der Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern wohl auch in absehbarer Zukunft gering bleiben dürfte, wächst mit ihrer Praxis- und Marktreife umgekehrt allerdings die Gefahr der sukzessiven Substitution traditioneller landwirtschaftlicher Exportprodukte des Südens durch deren damit mögliche biotechnisch-industrielle Fertigung in den Industrieländern selbst.

In der *Humanmedizin* schließlich beruhen die in die neue Biotechnologie gesetzten Erwartungen auf der Entwicklung rekombinanter Diagnostika, Therapeutika und Impfstoffe v.a. gegen die in den Ländern des Südens verbreiteten Infektionskrankheiten (wie Malaria oder Bilharziose). Die Entwicklung und Herstellung rekombinanter Pharmaprodukte ist allerdings außerordentlich aufwendig und langwierig; folgerichtig sind entsprechende Präparate in aller Regel sehr teuer und wären für den Großteil der Entwicklungsländer kaum erschwinglich. Die international führenden Pharmakonzerne haben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, angesichts fehlender kaufkräftiger Nachfrage kaum Interesse an der mit hohen finanziellen Risiken verbundenen gentechnischen Entwicklung neuer tropenmedizinischer Medikamente. Und in den meisten Entwicklungsländern wiederum gibt es weder öffentliche Forschungseinrichtungen noch einheimische Firmen, die in der Lage wären, eine entsprechende Grundlagenforschung langfristig und systematisch zu betreiben oder gar rekombinante Pharmazeutika eigenständig zu entwickeln und zu vermarkten.

Insgesamt spielt die neue Biotechnologie (und insbesondere die Gentechnik) in Forschung, Entwicklung, Produktion und (agro-)industrieller Nutzung in den Ländern der Dritten Welt bislang keine nennenswerte Rolle. Neben wissenschaftlich-technischen, infrastrukturellen und auch kulturellen Einführungsbarrieren sind es offenkundig vor allem ökonomische Restriktionen, die die Entwicklung und den Einsatz neuer biotechnologischer Methoden, Produkte und Verfahren in den Entwicklungsländern erschweren - und den Großteil dieser Länder als Forschungs-, Produktions- und Vermarktungsregionen für die international operierenden Konzerne unattraktiv werden lassen:

(1.) Die bio- und gentechnische *Forschung und Entwicklung* stellt insgesamt ausgesprochen hohe Anforderungen an das wissenschaftliche Grundlagewissen, das technische know-how, die infrastrukturellen Vor-

aussetzungen und die finanziellen Möglichkeiten eines Landes oder einer Region - und die können insbesondere in den ärmeren Entwicklungsländern, die in der Regel weder über qualifizierte öffentliche hiotechnologische Forschungseinrichtungen noch über eine privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet verfügen, kaum eingelöst werden.

Ein Gutteil der entwicklungsländerbezogenen Forschung im Bereich der Landwirtschaft findet statt dessen im Rahmen der vor allem von der Weltbank, den USA und Japan finanzierten internationalen Agrarforschungszentren (IARCs) statt, deren Finanzmittel für die hiotechnologische Forschung (insgesamt ca. 12,5 Mio. US-Dollar in 1992) allerdings sehr überschaubar sind und keinem Vergleich mit den entsprechenden Forschungsaufwendungen einzelner führender Agrochemiekonzerne des Nordens (wie z.B. dem US-Konzern Monsanto mit ca. 61 Mio. US-Dollar in 1992) standhalten können (vgl. Katz et al. 1996, 51ff.). Während es in den ärmeren Entwicklungsländern auch im humanmedizinischen Bereich nur vereinzelt mit hiotechnischen Methoden arbeitende Forschungseinrichtungen gibt, haben sich in einer Reihe von Schwellenländern wie Indien, Thailand, Mexiko, Argentinien oder Brasilien mittlerweile zwar wissenschaftliche Infrastrukturen entwickelt, zu denen auch moderne biomedizinische Institute mit qualifiziertem Personal zählen. Diese Einrichtungen sind allerdings in der Regel keineswegs mit der Entwicklung von Präparaten für den einheimischen (Massen-)Bedarf befaßt, sondern streben zumeist die Herstellung von sogenannten *mee toos*, also von billigen Nachahmversionen erfolgreicher Pharmaprodukte an, die vornehmlich auf den Märkten der Industrieländer Absatz finden (sollen).

Für die forschungsintensiven Agrochemie- und Pharmakonzerne der Triade kommt der weitaus größte Teil der Entwicklungsländer unter diesen Umständen als gentechnischer Forschungsstandort fast schon grundsätzlich nicht infrage. Die hiotechnisch engagierten Multis haben im vergangenen Jahrzehnt ihre entsprechenden Forschungskapazitäten zwar international aufgefächert - mit dem ersten Ziel, über Kooperationsbeziehungen, aber auch mit eigenen forschungs- und Entwicklungszentren überall dort präsent zu sein, wo für das Unternehmen relevante wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen erbracht werden. Neue konzern-eigene Forschungszentren, internationale Forschungsk Kooperationen und joint-ventures entstanden folgerichtig vornehmlich im Umfeld der weltweit führenden Entwicklungszentren der neuen Technologie - und die befinden sich vor allem in Nordamerika, daneben auch in Westeuropa und in Japan (vgl. Audretsch/Stephan 1996). Was für die Entwicklungsländer in den forschungsstrategischen Planspielen der internationalen Konzerne übrig bleibt ist in der Tat wenig mehr als das Bestreben, deren biologische Vielfalt und genetische Ressourcen verwertungsorientiert zu nutzen - dazu reichen den Konzernen in der Regel allerdings kleinere Forschungsstützpunkte oder Kooperationspartner in diesen Ländern, die die triadischen

FuE-Kernstrukturen der Konzerne ergänzen - und der Trend, industrielle Freisetzungsexperimente in diese Regionen, in denen es häufig noch keine verbindlichen rechtlichen Regelungen und Sicherheitsstandards gibt, auszulagern (vgl. Leskien 1996; Keller 1996; Süddeutsche Zeitung v. 22.8.1996, 29).

(2.) Die gentechnisch engagierten Konzerne der Industrieländer vernachlässigen den Süden allerdings nicht bloß als Forschungsstandort. Auch die einsetzende (und sich in den kommenden Jahren verstärkende) bio- und gentechnische *Produktion und Vermarktung* findet nahezu ausschließlich in den Staaten der Triade statt. Nicht nur, daß auch zum Aufbau und Betrieb technologieintensiver Produktionsanlagen entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte und industrielle Infrastrukturen vielerorts fehlen würden. Es gäbe vor allem anderen kaum Märkte, die zu bedienen sich lohnen würde. Zur Vermarktung hochpreisiger biotechnischer Innovationen fehlen in der Regel sowohl die öffentliche Nachfrage - die staatlichen Gesundheitssysteme vieler Entwicklungsländer etwa werden angesichts hoher Staatsverschuldung und fehlender Devisen nicht in der Lage sein, teure gentechnische Medikamente zu importieren - als auch die private Kaufkraft - ihre Bauern werden beispielsweise Saatgut für herbizid- oder virusresistente transgene Pflanzensorten aller Voraussicht nach kaum bezahlen können. Ob Pharmazeutika, ob Saatgut, ob Herbizide - in aller Regel werden in weiten Teilen der Dritten Welt keine hochpreisigen Novitäten, sondern ältere und preislich günstigere, in den Industrieländern z.T. bereits ausgerangierte Präparate und Produkte verkauft. Und für dieses Geschäft benötigen die Konzerne kaum mehr als gut und dicht geknüpft Vertriebsnetze in der jeweiligen Region.

Aus all diesen Gründen werden die Entwicklungsländer von den international operierenden Agrochemie- und Pharmakonzernen zwar zunehmend als Experimentierfelder für Freisetzungen und Reservoir genetischer Ressourcen genutzt. Als gentechnologische Forschungs- und Produktionsstandorte oder als Absatzmärkte für entsprechende Produkte spielen sie dagegen bislang und in der absehbaren Zukunft keine nennenswerte Rolle. Die industrielle Aneignung und kommerzielle Nutzung der neuen Biotechnologie findet nahezu exklusiv innerhalb der drei führenden Wirtschaftsregionen der Welt, umkränzt von sehr überschaubaren Aktivitäten in wenigen Schwellenländern, statt - ein Phänomen übrigens, daß für andere Hochtechnologien ebenso typisch ist (vgl. Freeman & Hagedoorn 1995; Patel 1995; Dolata 1996a).

Gentechnikengagements der deutschen Industrie: Konzentration auf die Triade

Geradezu idealtypisch läßt sich dieses Phänomen am Beispiel der Gentechnikstrategien der deutschen Großunternehmen, die sich auf die Berei-

che Medizin/Pharma und Agrochemie/Saatgut konzentrieren, nachvollziehen (vgl. im folgenden insbesondere Dolata 1996, 69ff).

Der unumstrittene Schwerpunkt des industriellen Engagements liegt auch in der Bundesrepublik im Bereich *Medizin/Pharma*. Die Elitegruppe forschender Pharmakonzerne, zu der neben den drei Großen Bayer, Hoechst und BASF auch Schering, Boehringer/Ingelheim und Boehringer/Mannheim gehören, bildet das privatwirtschaftliche Zentrum der neuen Biotechnologie in der Bundesrepublik. Seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre sind diese Unternehmen bemüht, über (1.) den Erwerb von Patenten und Lizenzen, (2.) zahllose Kooperationsabkommen mit Forschungseinrichtungen und Biofirmen, (3.) gezielte Beteiligungen an und Aufkäufe von innovativen Pionierfirmen sowie (4.) den Aufbau neuer, konzern-eigener Forschungs- und Entwicklungszentren vornehmlich in den Vereinigten Staaten, z.T. auch in Japan auf diesem für sie neuen Betätigungsfeld Tritt zu fassen. Im Ergebnis dieser Anstrengungen verfügen diese Konzerne mittlerweile über dichtgeknapfte internationale Netzwerke aus Forschungs- und Produktionsstätten, Kooperationen und Beteiligungen auf diesem Gebiet, verfolgen eine wachsende Zahl biotechnologischer Forschungs- und Entwicklungsprojekte und sind z.T. bereits mit ersten gentechnisch hergestellten Pharmaprodukten auf dem Markt:

- *Bayer* verfügt über das wohl ausgeprägteste internationale Netzwerk aus konzern-eigenen Forschungszentren und Kooperationsbeziehungen - mit Schwerpunkten in Deutschland, den USA und (zunehmend auch) in Japan. Der Konzern verfolgt eine ganze Reihe gentechnischer Forschungsprojekte im Pharmabereich und ist seit 1993 mit seinem ersten, vornehmlich in den Vereinigten Staaten entwickelten gentechnischen Produkt (Faktor VIII: Kogenate) auf dem Markt.

- *Hoechst* ist sowohl im Pharma- als auch im Pflanzenschutzbereich mit zahlreichen gentechnischen Projekten engagiert und seit Ende der achtziger Jahre darum bemüht, neben den traditionellen (Forschungs-)Standorten Deutschland (Hoechst und Behringwerke) und Frankreich (Roussel-Uclaf), wo nach wie vor die größten gentechnischen Produktionsvorhaben (Insulin, Hirudin, eine Substanz gegen Blutgerinnsel in Venen und Arterien) betrieben werden, sowie zahlreichen Kooperationen mit US-Forschungsinstituten und Biotechnologiefirmen ergänzende konzern-eigene Kapazitäten in Japan, Australien und den USA aufzubauen.

- Die erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ausgeweiteten gentechnischen Aktivitäten der *BASF* konzentrieren sich demgegenüber auf wenige Projekte der vergleichsweise kleinen Pharmasparte des Konzerns und die Achse Deutschland (mit dem Standort Ludwigshafen) - USA, wo ein neues Forschungszentrum der *BASF Bioresearch Corp.* in Worcester bei Boston mit dem Ziel errichtet wurde, das gentechnische know-how des Konzerns zu qualifizieren und auf dem US-Markt mit eigenen Kapazitäten präsent zu sein.

- Der ebenfalls spät in die Gentechnik eingestiegene *Schering-Konzern* hat mit dem Ziel, über externen know-how-Erwerb seinen Rückstand in der neuen Biotechnologie wettzumachen, ebenfalls seit Anfang der neunziger Jahre sein US-Engagement signifikant erweitert: in diesem Fall über den Kauf von zwei US-Biotechnologiefirmen (*Codon* und *Triton Biosciences*), die den Kern eines neuen, den Berliner Standort ergänzenden Forschungszentrums in Kalifornien bildeten und dem Unternehmen ein erstes umsatzträchtiges Gentechnikpräparat (*Multiple Sklerose: Betaseron*) bescherten.

- *Boehringer Ingelheim* konzentriert seine gentechnische Forschung und Produktion demgegenüber bislang auf die Standorte Deutschland (bei der Tochter *Dr. Karl Thomae*) und Österreich (*Forschungsinstitut für Molekulare Pathologie; Tochter Bender & Co.*), ergänzt um wenige Kooperationen mit US-amerikanischen Biotechnologiefirmen (v.a. *Genentech*) und ist mittlerweile mit zwei rekombinanten Präparaten (*Actilyse*, ein Blutgerinnungslöser, und *Imukin*, ein *Gamma-Interferon*) auf dem Markt.

- *Boehringer Mannheim* schließlich ist bereits gegen Mitte der siebziger Jahre in die gentechnische Forschung eingestiegen und verfügt mittlerweile über ein beträchtliches know-how sowie einen ersten Umsatzrenner (*EPO: Recormon*) auf diesem Gebiet - und dies bei bislang weitgehender Konzentration der Forschung und Produktion auf den Standort Deutschland (im Werk Penzberg).

Auffällig ist, daß sich die Standortpolitik der deutschen Chemie- und Pharmakonzerne stärker als die ihrer US-amerikanischen Konkurrenten auf die führenden Wirtschaftsregionen der Welt orientiert: Ihre gentechnische Forschung, Entwicklung und Produktion verteilt sich heute neben traditionellen Standorten in Westeuropa auf zahlreiche Engagements in den Vereinigten Staaten und erste Brückenköpfe in Japan. Während US-amerikanische Pharma- und Biofirmen darüber hinaus auch gentechnische Aktivitäten in den Schwellenländern Lateinamerikas und Asiens eingegangen sind, spielen die Entwicklungsländer in den Gentechnikstrategien der deutschen Pharmaindustrie lediglich eine marginale Rolle: Die deutschen Unternehmen verfügen dort weder über größere pharmazeutische Forschungs- und Entwicklungsstandorte oder Kooperationsbeziehungen (etwa mit einheimischen Unternehmen oder öffentlichen Forschungseinrichtungen)² noch verfolgen sie systematisch biomedizinische Forschungsvorha-

² Forschungseinrichtungen wie die für Naturstoffchemie von Hoechst India in Bombay sind typisch für FuE-Engagements deutscher Pharmakonzerne in Entwicklungs- und Schwellenländern: Diese Einrichtung beschäftigt sich (wie entsprechende Forschungsstellen anderer deutscher Konzerne in diesen Ländern auch) vornehmlich mit der Sammlung und Auswertung von Bodenproben und Pflanzen und also mit der 'klassischen' Aufgabe des Aufspürens von für das Unternehmen interessantem genetischem Material - dies freilich heute auf hohem wissenschaftlich-technischem Niveau. Die Nutzung dort neuentdeckter Substanzen in der pharmazeutischen Forschung und die Entwicklung neuer Pharmazeutika erfolgt dagegen in aller Regel in den großen Forschungszentren des Konzerns in Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten.

ben, die auf den Bedarf dieser Länder zugeschnitten wären. Im Gegenteil: Bayer, Merck, Boehringer/Ingelheim und die Hoechst-Tochter Behringwerke haben zeitweilig verfolgte Projekte zur Entwicklung neuer Medikamente gegen tropische Infektions- bzw. parasitäre Krankheiten mittlerweile wieder eingestellt - wegen großer finanzieller Risiken und fehlender finanzkräftiger Absatzmärkte für derartige Präparate (vgl. Katz et al. 1996, 67ff.).

Gegenüber dem Pfarmbereich von erheblich geringerem Gewicht ist das biotechnologische Engagement der deutschen Industrie in der *Landwirtschaft*. Es gruppiert sich hier um wenige Forschungsprojekte im Bereich der Saatzeit und des Pflanzenschutzes und wird bislang im wesentlichen von zwei Unternehmen getragen: der Saatzeitfirma KWS und dem Pflanzenschutzkonzern AgrEvo.

Der *Saatgutmarkt*, der international mittlerweile von großen, multinationalen Konzernen beherrscht wird, ist in der Bundesrepublik nach wie vor durch mittelständische Familienbetriebe, die sich z.T. in Gemeinschaften zusammengeschlossen haben, geprägt (vgl. Neubert 1991; Shimoda 1994; Kochendörfer 1996). Die *KWS Kleinwanzlebener Saatzeit* ist der einzige Großbetrieb der Branche. Sie gehört weltweit zu den zwölf, europaweit zu den fünf größten Saatgutproduzenten und ist als forschendes Unternehmen in größerem Umfang auch in den Bereichen Zellkulturtechnik und Gentechnik engagiert. Daneben gibt es in der Bundesrepublik ca. 50 weitere Züchtungsbetriebe, deren Großteil allerdings zu klein und kapital-schwach ist, um im forschungsintensiven Bereich der gentechnischen Pflanzenzüchtung eine nennenswerte Rolle zu spielen.

Der *Agrochemikalienmarkt* (Dünge- und Schädlingbekämpfungsmittel) wird dagegen auch in der Bundesrepublik seit langem von den großen Chemiekonzernen dominiert. Hoechst, Bayer und BASF erwirtschaften zwischen 8 und 10% vom Umsatz in der Sparte Landwirtschaft und gehören zur Gruppe der zehn führenden Agrarchemieunternehmen der Welt (vgl. Geschäftsberichte 1995 von Bayer, Hoechst und BASF). Im Bereich der neuen Biotechnologie spielt in diesem Fall das 1994 gegründete Pflanzenschutzunternehmen *Hoechst Schering AgrEvo*, in das die beiden Chemie- und Pharmakonzerne ihre entsprechenden Kapazitäten ausgelagert haben, die unangefochtene Hauptrolle: Das Unternehmen verfolgt gentechnische Forschungsprojekte v.a. zur Entwicklung herbizidresistenter Pflanzen, daneben auch zur Herstellung rekombinanter Tierimpfstoffe. Demgegenüber haben sich die beiden anderen Großen Bayer und BASF in diesem Bereich mit gentechnischen Projekten bislang sehr zurückgehalten.

Auch die wenigen, von AgrEvo und der KWS getragenen gentechnischen Projekte im Saatgut- und Pflanzenschutzbereich werden bislang fast ausschließlich in ausgewählten Industrieländern durchgeführt (vgl. Geschäftsberichte 1994/95 der KWS und 1995 der Hoechst AG). Die Forschungsarbeiten und Freisetzungsexperimente des zentralen AgrEvo-Vorhabens,

der gentechnischen Veränderung von Nutzpflanzen wie Mais, Raps, Luzerne oder Zuckerrüben mit dem Ziel, sie gegen das Herbizid Basta unempfindlich zu machen, wurden - abgesehen von den in Argentinien und Südafrika erfolgten Freisetzungen (vgl. Katen 1996) - an Standorten in Kanada, Frankreich, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik durchgeführt. Und die Forschung im Bereich der Tierimpfstoffe wurde in Australien angesiedelt. Regional ähnlich aufgefächert sind auch die gentechnischen und zellbiologischen Forschungsprojekte der KWS: Sie werden (noch) vornehmlich in Deutschland, zunehmend aber auch in Frankreich, Großbritannien und den USA betrieben - und damit ähnlich wie bei AgrEvo jeweils dort, wo sich entsprechende Produkte perspektivisch vorzugsweise verkaufen sollen.³

Daß sich die Gentechnikengagements der deutschen Industrie auch im internationalen Vergleich derart stark auf die führenden Wirtschaftsregionen und Industrienationen der Welt konzentrieren, hängt neben den bereits genannten allgemeinen Gründen m. E. mit zwei Eigenheiten des deutschen Zugangs zum neuen Technologiefeld zusammen:

- *Zum einen* sind die deutschen Unternehmen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, erst in den achtziger Jahren und also vergleichsweise spät in dies neue Technologiefeld eingestiegen. Unter diesen Bedingungen gewann der von den Chemie- und Pharmakonzernen getragene industrielle Aneignungsprozeß der neuen Technologie in der Bundesrepublik zunächst als nachholende Modernisierung Kontur, die ohne massive Rückgriffe auf Forschungsressourcen und know-how insbesondere aus den Vereinigten Staaten nicht zu realisieren gewesen wäre. Der Zwang, Versäumtes schnell aufzuholen, erklärt zu einem Teil das auch im internationalen Vergleich starke Engagement der deutschen Unternehmen im Ursprungsland der Gentechnik - und ihre unterdurchschnittliche Präsenz in den Ländern der Dritten Welt.

- *Zum anderen* gruppieren sich die Gentechnikaktivitäten der deutschen Industrie überdurchschnittlich stark um medizinisch-pharmazeutische An-

³ Auch die im Bereich Agrochemie/Saatgut tätigen deutschen Unternehmen mit Gentechnikaktivitäten unterhalten natürlich z.T. enge Kontakte und Kooperationsbeziehungen zu Koordinationsstellen und Agrarforschungseinrichtungen der Entwicklungsländer. Der Vorstandssprecher der KWS, Andreas Büchting, ist beispielsweise Co-Vorsitzender des Ende 1995 gegründeten 'Private Sector Committee (PSC)' der CGIAR (Consultative Group on International Agricultural Research) - einer 1971 gegründeten informellen Vereinigung von 41 Staaten und weiteren Organisationen mit Sitz bei der Weltbank in Washington, die Agrarforschung für Entwicklungsländer betreibt und dazu 16 internationale Agrarforschungszentren (die sog. IARCs) unterhält. Das Private Sector Committee, ein Zusammenschluß mehrerer in diesem Bereich tätiger Unternehmen, berät die CGIAR seither bei der Festlegung von Forschungsprioritäten und Programmaktivitäten. Darüber hinaus kooperiert die KWS selbst seit geraumer Zeit etwa mit dem in Mexiko angesiedelten Agrarforschungszentrum CIMMYT bei der Erstellung einer Maisgenomkarte. Derartige Aktivitäten und Kontakte ändern jedoch nichts daran, daß die unternehmens-eigene gentechnische Forschung und Entwicklung (bislang) vornehmlich in den genannten Industrieländern betrieben wird.

wendungen, während sie in anderen, für die Entwicklungsländer zentralen (potentiellen) Anwendungsbereichen wie der Landwirtschaft oder auch der Nahrungsmittelproduktion bislang eher vereinzelt geblieben sind. Auch dies mag den Drang der deutschen Unternehmen nach Nordamerika, Japan und Westeuropa erklären helfen: Forschung, Entwicklung, Produktion und Absatz neuer, innovativer und hochpreisiger Pharmaprodukte haben andernorts kaum eine Chance.

Das deutsche Beispiel zeigt allerdings nur in krasser Form, daß der Großteil der Entwicklungsländer auch in den kommenden Jahren wohl kaum in den Genuß der (vermeintlichen) Segnungen der neuen Biotechnologie kommen wird: Weder im Kampf gegen Hunger, Krankheiten und Armut noch als Impulsgeber für die heimische Wirtschaft und Wissenschaft wird die Gentechnologie in der absehbaren Zukunft eine nennenswerte Rolle in den Ländern des Südens spielen. Die gentechnische Grundlagenforschung hat triadischen Zuschnitt und konzentriert sich fast ausschließlich in den hochentwickelten Industrieländern, und auch die meisten gentechnischen Entwicklungs- und Produktionsvorhaben in Medizin, Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung sind auf die Kaufkraft und Absatzmärkte der drei führenden Wirtschaftsregionen zugeschnitten. Was für viele Länder der Dritten Welt übrigbleibt ist zunächst kaum mehr als die Möglichkeit, über private oder halbstaatliche Forschungsinstitutionen die Vermarktung ihrer genetischen Vielfalt in die eigenen Hände zu nehmen - ohne dabei von den im Genraub geübten Pharma- und Agrochemiekonzernen der Ersten Welt weiterhin über den Tisch gezogen zu werden.

Literatur

- AGROW (1996), Biotechnology revolution hits US agriculture, in: AGROW No. 256 v. 17.55, 14f.
- Audretsch, D.B., Stephan, P.E. (1996), Company-Science Links: The Case of Biotechnology, in: American Economic Review 3 (Juni), 641ff.
- Becher, G., Schuppenhauer, M.R. (Prognos AG) (1996). Kommerzielle Biotechnologie - Umsatz und Arbeitsplätze 1996-2000. Einschätzungen der deutschen Wirtschaft. Arbeitspapier für das BMBF, Basel (Ms.)
- Dolata, U. (1996): Politische Ökonomie der Gentechnik. Konzernstrategien, Forschungsprogramme, Technologiewettläufe, Berlin
- Dolata, U. (1996a). Autonomisierung und Internationalisierung der Industrieforschung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10, 1270ff.
- Ernst & Young (Hrsg.) (1995): European Biotech '95. Gathering Momentum, London
- Freeman, C., Hagedoorn, J. (1995): Convergence and Divergence in the Internationalization of Technology. in: Hagedoorn, J. (Hrsg.). Technical Change and the World Economy. Convergence and Divergence in Technology Strategies, Aldershot, 34ff.
- GRAIN (Genetic Resources Action International) (1996), Novel Foods, Old Tricks, in: Seedling 13. 7ff.
- Katen, A. de (1996), Gentechnik in Entwicklungsländern. Ein Überblick: Landwirtschaft. Berlin
- Katz, C. Schmitt, J.J., Hennen, L., Sauter, A. (1996), Biotechnologien für die "Dritte Welt". Eine entwicklungspolitische Alternative?, Berlin

- Keller, M. (1996): Raubzug auf dem Acker. Die Entwicklungsländer wehren sich gegen die Ausbeutung ihres genetischen Reichtums, in: Die Zeit 24/1996, 9f.
- Kochendörfer, M. (1996): Entwicklungen und Strategien in der Saatgutbranche, in: Biopoly 3 (Januar), 1ff.
- Krattiger, A.F. (1994): The Field Testing and Commercialization of Genetically Modified Plants: A Review of Worldwide Data (1986 to 1993/94), in: Krattiger, A.F.; Rosemarin, A. (Hrsg.), Biosafety for Sustainable Agriculture: Sharing Biotechnology Regulatory Experiences of the Western Hemisphere, Stockholm, 247ff.
- Leskien, D. (1996): Der lange Weg nach Jakarta. Die Verhandlungen um das internationale Biosafety-Protokoll. in: Wechselwirkung Februar, 41ff.
- Neubert, S. (1991): Neue Bio- und Gentechnologie in der Landwirtschaft. Technische Trends, Anwendungsprognosen und mögliche Auswirkungen bio- und gentechnischer Neuerungen in der Agrarwirtschaft. Münster
- OECD (Hrsg.) (1994): Biotechnologie, Landwirtschaft und Ernährung, Münster
- Patel, P. (1995), Localised production of technology for global markets, in: Cambridge Journal of Economics 1/1995, 141ff.
- SAGB (Senior Advisory Group Biotechnology) (1990), Community Policy for Biotechnology - Economic Benefits and European Competitiveness. Brüssel
- Schell, T.v., Mohr, H. (Hrsg.) (1995): Biotechnologie - Gentechnik. Eine Chance für neue Industrien, Heidelberg
- Shimoda, S. (1994): Agbiotech will vertically integrate agribusiness, in: Bio/Technology 11, 1062f.

Berliner Dialog-Hefte

Die Zeitschrift für den christlich-marxistischen Dialog

Christen und Marxisten im gemeinsamen Gespräch
- ohne Tabus auf der Suche nach dem Gemeinsamen.
Gegenwart und Zukunft erfordern gebieterisch, über alle künstliche und anachronistisch
gewordene Gegnerschaft hinweg,
gemeinsam humanistische Verantwortung zu übernehmen.

Jahresabonnement	30,00 DM	Studenten	16,00 DM
Einzelpreis pro Heft	8,00 DM	Studenten	5,00 DM

Dieser Betrag trägt den Charakter einer Spende und enthält keine Mehrwertsteuer.
Abonnement: Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs e.V.
(Hrsg.), Limonenstr. 26, 12203 Berlin - Tel. (030) 84 109 260

Sustainable Development und Globalisierung

In den Jahren seit der Veröffentlichung des sog. Brundtland-Berichtes (Hauff 1987) ist dem dort erstmals an prominenter Stelle vorgestellten Konzept des Sustainable Development (nachhaltige Entwicklung) eine interessante Karriere zuteil geworden: Vom Außenseiter-Schlagwort wurde es zum zentralen, allerdings umkämpften Begriff der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Zumindest zeitlich geht dies einher mit einem neuen Globalisierungsschub des Kapitalismus, der durch eine Ausweitung insbesondere des Kapitalverkehrs, aber auch des Handels zwischen den Triadenmächten, eine selektive Durchkapitalisierung bislang nicht-kapitalistischer Staaten und Sektoren und eine Marginalisierung anderer Staaten, insbesondere in der sogenannten Dritten Welt, gekennzeichnet ist. In den kapitalistischen Zentren ist dies begleitet von einem Wandel vom fordistischen, eng auf die nationale Ökonomie orientierten Wohlfahrtsstaat zum "nationalen Wettbewerbsstaat" (Hirsch 1995), der im Standortwettbewerb mit anderen Staaten steht (Porter 1990, Reich 1991, Hirsch 1995). Wie Nachhaltigkeitsdebatte im Norden und Globalisierung zusammenpassen, soll genauer beleuchtet werden. Dazu wird eine Unterscheidung eines liberal-produktivistischen und eines ökologisch-regulierenden Stranges in der Nachhaltigkeitsdebatte vorgenommen, sodann werden die Charakteristika der laufenden Globalisierung gekennzeichnet, um abschließend zu zeigen, daß auch Konzepte einer ökologisch-regulierenden Nachhaltigkeit unzureichende, wenn auch notwendige, Alternativen zur neoliberalen Offensive darstellen.

Liberal-produktivistische versus ökologisch-regulierende Nachhaltigkeit

Die vielzitierte Definition von nachhaltiger Entwicklung im Bericht der Brundtland-Kommission lautet so: "Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß zukünftige Generationen ihre eigenen Befürfnisse nicht befriedigen können" (Hauff 1987:46) Damit werden erstmals an prominenter Stelle Entwicklungsprobleme des Nordens und des Südens im Zusammenhang diskutiert und auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Entwicklungskonzeption hingewiesen. Die Art und Weise aber, wie die Kommission diese sehr weite Definition inhaltlich füllt, enthält schwerwiegende Inkonsistenzen. Das Problem der "Überentwicklung" des Nordens bleibt weitgehend unberücksichtigt, und die Vorstellung einer die kapitalistische Industrialisierung nachvollziehenden "nachholenden Entwicklung" im Süden vorherrschend. Armut soll allein durch die Umverteilung von Einkommenszu-

wachsen überwunden werden. Dazu wird ein Wachstum des Bruttosozialprodukts in den entwickelten Ländern von 3-4 % jährlich für notwendig erachtet, da diese als treibende Kraft das Wachstum der Entwicklungsländer erst sicherstellten. Der Bericht zeichnet ein harmonisierendes Bild der internationalen Machtverhältnisse, läßt keine realen gesellschaftlichen Entwicklungen erkennen, die die angesprochenen Veränderungen herbeiführen könnten und erkennt allein den Nationalstaaten Handlungsmöglichkeiten zu. (Zur Diskussion vergleiche Harborth 1991, Mármora 1990 und 1992, Bruckmeier 1994.)

Der Bericht hat sowohl verschiedene Nachfolgearbeiten (für die BRD z.B. Deutscher Bundestag 1994, BUND/Misereor 1996) als auch intensivierte Versuche, neue Wachstums- und Entwicklungsindikatoren (UNDP 1995, Cobb, Daly 1989, van Dieren 1995) zu entwickeln, induziert. Dabei lassen sich zwei unterschiedliche Diskussionsstränge identifizieren:

Einerseits ein derzeit vorherrschender und in der Praxis wirksamer Strang, der

- ökonomische Nachhaltigkeit¹ für ausreichend hält,
- Verteilungsgerechtigkeit im globalen Maßstab bestenfalls als ein Problem der Schaffung optimaler Wirkungsbedingungen für Freihandel betrachtet,
- wirtschaftliches Wachstum im Süden als Ergebnis der Einordnung in die laufende Globalisierung sieht,
- in der kapitalistischen Marktwirtschaft an sich bereits das Mittel angelegt sieht, die globalen Probleme zu bewältigen,
- globale ökonomische Erfordernisse über lokale Entscheidungsstrukturen stellt,
- die wesentlichen Probleme in unzureichenden strukturellen Anpassungsleistungen des Südens sieht. Bei Aufrechterhaltung aller Privilegien des Nordens wird dem Süden, im Austausch gegen uneintragbare Selbstverpflichtungen, Umweltschutz aufgedrängt.² Dieser Strang der Nachhaltigkeitsdebatte ist durch ein fast vollständige Unterordnung ökologischer Erfordernisse unter die neoliberale Restrukturierung der Weltökonomie gekennzeichnet. Er bietet nicht nur keine Lösung der ökologischen Krise, er verfehlt das mit der Nachhaltigkeitsdiskussion aufgeworfene Problem eines umfassenden, soziale, ökonomische und ökologische Dimension einschließenden Entwicklungsbegriffs. Dieser Strang der Nachhaltigkeits-

¹ Pearce u.a. (1994) unterscheiden zwischen ökonomischer Nachhaltigkeit, die dem Prinzip des "konstanten Kapitals" folgt und auf der Substituierbarkeit von Natur(kapital) durch (menschengemachtes) Kapital aufbaut, und ökologischer oder starker Nachhaltigkeit, die auf dem Konzept des "kritischen natürlichen Kapitals" beruht, welches nicht substituierbar ist und folglich erhalten werden muß.

² Vgl. etwa Messner 1993 oder die Bewertung der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 bei Altwater 1992, S. 225.

debatte soll hier - in Anlehnung an Alain Lipietz - als liberal-produktivistische Nachhaltigkeit bezeichnet werden.

Dagegen steht ein Modell von Nachhaltigkeit, das

- auf ökologische Nachhaltigkeit setzt,
- Verteilungsgerechtigkeit als Voraussetzung für soziale Nachhaltigkeit wie für die Beseitigung armutsbedingter Umweltzerstörung hält,
- Wachstum im Süden ohne Ressourcentransfer von Nord nach Süd und zumindest gewisse strukturelle Reformen der Weltwirtschaft nicht für möglich hält,
- auf eine ökologische Steuerung des Marktes mit Hilfe von Ökosteuern etc. setzt,
- tiefgreifende Veränderungen des nördlichen Wohlstands- und Konsummodells für notwendig erachtet,
- zumindest gewisse regulierende Maßnahmen in der Technologiepolitik für notwendig hält,
- eine Ausweitung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten fordert und
- einen dringenden Handlungsbedarf sieht.

Mit diesem Ansatz bietet sich ein Wiedereinstieg in eine gewisse politische Steuerung der Ökonomie an, er verspricht zumindest mittelfristige Milderung der drängendsten ökologischen Probleme und thematisiert Verteilungsfragen im globalen Zusammenhang. Er wird hier als ökologisch-regulierende Nachhaltigkeit bezeichnet.

Grundlegende Probleme der Nachhaltigkeitsdebatte, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, sind in einem objektivistischen Naturverständnis zu sehen, bei dem die Erkenntnis der Natur die Erkenntnis der Gesellschaft bereits einschließt. Dies wird besonders in der Diskussion um Indikatoren oder Grenzwerte zum Problem, wenn aus naturwissenschaftlichen Daten unmittelbar auf notwendige gesellschaftliche Handlungsweisen geschlossen wird, oder in der Diskussion um die Bevölkerungsentwicklung, wo die Gefahr am deutlichsten wird, mit einem solchen Ansatz politisch reaktionär zu enden (vgl. Scharping, Görg 1994). Ebenso problematisch ist der Entwicklungsbegriff selbst. Selbst Arbeiten, die die Vorstellung einer "nachholenden Entwicklung" nicht übernehmen, liegt der Gedanke zugrunde, daß Lösungen für die Probleme der sogenannten unterentwickelten Länder aus einem - möglicherweise ökologisch geläuterten und global solidarischen Norden kommen müßten. Es ist aber zumindest fraglich, ob der Norden vor dem Hintergrund der Unhaltbarkeit seines eigenen Entwicklungsweges, einer "deformierten Produktivkraftentwicklung" (Leisewitz 1987), einer patriarchalen Form der Naturbeherrschung (Mellor 1994) überhaupt in der Lage ist, für sich selbst wie für den Süden Lösungen beizustellen, die über vereinzelte Ad-hoc-Maßnahmen hinausgehen.

Der globale Kapitalismus

Den Beginn einer tiefgreifenden Krise und einer qualitativen Veränderung des internationalen Kapitalismus konstatieren eine Reihe von Autoren (vgl. Hirsch/Roth 1986; Bischoff 1995; Huffschild/Jung 1988; Heiningen/Maier 1986), und weitgehende Übereinstimmung besteht darin, daß diese Krise Ende der 60er, spätestens Mitte der 70er Jahre einsetzt. Ihr Kern ist ein tiefgreifender Rückgang der Kapitalrentabilität (Hirsch 1995:84; Hirsch/Roth 1986:78ff; Goldberg 1986:17; Bischoff 1995), der sich vor allem als Erschöpfung der Produktivitätsreserven des fordistischen Akkumulationsregimes verstehen läßt. Der Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems markiert das Ende der dem fordistischen Akkumulationsregime korrespondierenden (internationalen) Regulationsweise. Auch das hegemoniale Projekt zerbricht, Reglementierung und Bürokratisierung im Wohlfahrtsstaat, standardisierter Warenkonsum, Umweltzerstörung sowie die fordistisch modifizierte (durch wachsende Frauenerwerbstätigkeit und Kleinfamiliarisierung) Form patriarchaler Herrschaft geraten unter Druck, wofür "Wertewandel" und "neue soziale Bewegungen" die öffentlich beachteten Stichworte liefern.

Die verschiedenen zur Krise der fordistischen Formation sich verdichtenden Krisenprozesse lösen tiefgreifende Bemühungen um eine globale Rekonstruktion des Kapitalismus aus. In deren Mittelpunkt steht einerseits der Versuch, dem Rückgang der Kapitalprofite - soweit er dem tendenziellen Fall der Profitrate geschuldet ist - durch neue Produktionsverfahren, neue Werkstoffe, eine Ausweitung der Kapitalnutzungszeiten, insbesondere der Maschinenlaufzeiten, eine erhebliche Senkung der Lohnkosten etc. entgegenzuwirken. Zum anderen wird dem im nationalen Rahmen häufig nicht mehr profitabel zu verwertenden Kapital der Weg auf den Weltmarkt mit einer neuen Stufe der Internationalisierung gebnet. Ein Prozeß, der allerdings hoch selektiv ist, sich im wesentlichen auf die entwickelten kapitalistischen Länder und einige Schwellenländer, insbesondere in Südostasien, bezieht und nur deshalb als Globalisierung bezeichnet werden kann, weil seine Bedeutung, nicht aber seine materielle Verwirklichung weltumspannend ist. Vor allem die noch längst nicht abgeschlossene Liberalisierung des Kapitalverkehrs, vor dem Hintergrund der immensen Ausweitung der Kommunikationsmöglichkeiten rund um den Globus, steht im Mittelpunkt dieses Globalisierungsschubs (Bischoff 1995), begleitet von kultureller Vereinheitlichung, einer wachsenden Mobilität der Arbeitskräfte, dem enormen Bedeutungszuwachs multinationaler Konzerne (Dunning 1988, Heiningen 1995) sowie einem Ausbau des internationalen Charakters der Produktion (Stichwort "global sourcing"), mithin einer neuen Stufe internationaler Arbeitsteilung.

Mit der Globalisierung des Kapitalismus wird dem Typus des fordistischen Nationalstaates der Boden unter den Füßen weggezogen. Durch Interna-

tionalisierung und Regionalisierung³ wird der relativ abgegrenzte ökonomische und politische Raum, der diesen Staatstypus wesentlich bestimmt hatte, gleich mehrfach durchbrochen. Selbst die zentrale Kategorie der Staatshürgerschaft wird unscharf, die Übereinstimmung von Wahlvolk und den von hürgerlich-demokratischen Entscheidungen Betroffenen verschwimmt (Balibar 1993). Im Kern läuft die neue Aufgabe des Staates darauf hinaus, "einem global immer flexibler werdenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungshedingungen zu verschaffen" - der fordistische Sicherheitsstaat wandelt sich zum "nationalen Wettbewerbsstaat" (Hirsch 1995) Mit Joachim Hirsch "auf den Begriff gebracht" handelt es sich dabei 1. um einen Bedeutungswandel einzelstaatlicher Souveränität, im Kern um den weitgehenden Verlust ökonomischer Globalsteuerung im Keynes'schen Sinne, 2. um interne Heterogenisierungsprozesse und regionale Spaltungen quer zu den nationalstaatlichen Grenzen, und 3. um die wachsende Rolle neuer Akteure, insbesondere der multinationalen Konzerne und der Nicht-Regierungsorganisationen (vgl. Esser 1993).

Die in harten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erzielten sozialen Standards werden ausgehöhlt, die mit ihnen verbundene materielle Absicherung des im Fordismus erreichten Demokratisierungsniveaus der Gesellschaft ausgehebelt. Wachsende Anteile von MigrantInnen ohne Wahlrecht, Funktionsverlust der Parlamente, Reduktion der Politik auf Symbolik und medienwirksame Skandalisierung, Regionalkonferenzen statt Wirtschaftspolitik sind Kennzeichen einer "low intensity democracy", die sich in den Zentren des Kapitals entwickelt hat. Insgesamt ergibt sich das Bild einer Unabänderlichkeit des gesellschaftlichen Status Quo, das aus den innersten Strukturen der Gesellschaft heraus entsteht. Joachim Hirsch nennt dies in Anlehnung an Gilbert Zichura den "zivilgesellschaftlichen Totalitarismus" der Mitte (Hirsch 1995:156ff), in dem "individuelles Durchsetzungsvermögen in einer chaotisch zerfallenden, aber in dieser Entwicklung auch nicht mehr beeinflussbar erscheinenden Gesellschaft" den Kern eines sich in Ansätzen herausbildenden hegemonialen Projektes darstellt, welches dem nationalen Wettbewerbsstaat korrespondiert (Hirsch 1995:163).

Die internationale Regulation bleibt der Schwachpunkt in der aktuellen Übergangsphase zu einer neuen Formation. Weder US-Hegemonie noch umfassende Kooperation der kapitalistischen Zentren deuten sich bisher als kohärentes Modell an. Vielmehr existiert ein "System notdürftiger Quasi-Regelungen", die eine "halbwegs funktionierende internationale politische und ökonomische Koordination, insbesondere eine gewisse Über-

³ Regionalisierung in einem mindestens doppelten Sinne: einerseits die Ausbildung supra-staatlicher Strukturen (EU, APEC, NAFTA, Mercosur u.a.) an die nationalstaatliche Befugnisse teilweise abgetreten werden, andererseits die Ausbildung von "Regionalstaaten" wie Norditalien, die Oberrhein-Region, Silicon Valley oder die chinesischen Sonderwirtschaftszonen, die zu wichtigen globalenökonomischen und politischen Akteuren werden (vgl. Ohmae 1995).

einkunft zwischen den herrschenden Triade-Metropolen" (Hirsch 1995) sichern). Die nationale Regulation (Hyper-Liberalismus in den USA, aber auch in Großbritannien vs. verschiedene etatistische Formen in Europa und Südostasien als Alternativen) wird durch fehlende internationale Regulation verhindert, ihre unzureichende Ausprägung verhindert ihrerseits aber auch die Ausbildung eines internationalen Regulationsmodus - in diesem Zirkel bleibt die sich andeutende neue kapitalistische Formation gefangen.

Die Grenzen werden damit ebenso deutlich. "Low intensity democracy" einerseits, dauerhafte Mobilisierung weiter Bevölkerungsteile für den Standortwettbewerb andererseits, bei zu vermeidender politischer Mobilisierung - trotz vertiefter sozialer Spaltungen und fortbestehender Ansätze - für die sogenannten "neuen sozialen Bewegungen", stellen an sich schon ein Problem dar. Die relativ instabile internationale Regulation müßte in der Lage sein, Krisen, die sich aus der verschärfenden Konkurrenz der im Standortwettbewerb befindlichen Nationalstaaten zwangsläufig ergeben, zumindestens abzufedern. Bislang war der Kapitalismus dazu nur in der Phase des "kalten Krieges" mit dem sozialistischen Weltsystem in der Lage. Das Akkumulationsregime des globalen Kapitalismus hat nicht nur verheerende Folgen für die sozialen Verhältnisse, eine gravierende Beschleunigung der Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen ist im Rahmen des herrschenden Modells unvermeidlich, zumal selbst bescheidene Ansätze der internationalen Regulation des gesellschaftlichen Naturverhältnisses von der Logik des Standortwettbewerbs dominiert werden und somit zum Scheitern verurteilt sind.

Nachhaltige Globalisierung oder globale Nachhaltigkeit?

Die neo liberale Restrukturierung der globalen Kapitalismus mißt der Bewältigung ökologischer Probleme und den Entwicklungsproblemen des Südens nur einen marginalen Stellenwert bei. Im Zentrum steht die weitere Liberalisierung und Ausdehnung jener Märkte, von denen sich die großen Kapitalgruppen des Nordens den größten Profit erhoffen: internationaler Finanzmarkt, die weltweiten Märkte für Telekommunikation, die Wachstumsmärkte der südostasiatischen Staaten. Die dominierende, fast ausschließliche Orientierung des Wettbewerbsstaates auf den internationalen Konkurrenzkampf auf Weltmarktebene läßt lediglich Raum für eine liberal-produktivistische Variante von Sustainable Development, umfassendere Überlegungen werden an den Rand gedrängt. Dies kann auch kaum anders sein: Ökologisch-regulierende Nachhaltigkeit stellt insofern nur eine bedingte Alternative dar, als sie die Dominanz des Weltmarktes unangetastet läßt und damit dem Kerngedanken des liberalen Produktivismus nichts entgegenzusetzen hat. Dennoch, so die hier vertretene These, kommt Konzeptionen ökologisch-regulierender Nachhaltigkeit bei der (Wieder-)Öffnung gesellschaftlicher Entwicklung in den Ländern der

kapitalistischen Metropolen eine entscheidende Bedeutung zu: Sie bieten nämlich andererseits eine Reihe von Ansätzen, die den Widerspruch zwischen Marktlogik und ökologischen Erfordernissen nicht von vornherein zu Gunsten der Marktlogik löst, sondern diesen Widerspruch in einer Vielzahl von Erscheinungen thematisiert. So beinhaltet die Anerkennung ökologischer Grenzen der herrschenden Produktionsweise im Sinne einer ökologischen Nachhaltigkeit von Pearce einen Abschied von rein ökonomischen Wachstumsvorstellungen (die mit Entwicklung gleichgesetzt werden), die der neoliberalen Restrukturierung der Weltökonomie zugrundeliegen. Die Forderung nach größerer Verteilungsgerechtigkeit enthält eine Kritik der herrschenden Dominanzverhältnisse in der Weltwirtschaft, wie sie den Folgen armutsbedingter Umweltzerstörung in der Dritten Welt Rechnung trägt. Die soziale Logik der Globalisierung besteht aber gerade in der Zerstörung der sozialen Zusammenhänge, aus denen bislang im Kapitalismus Gegenmachtspotential in Verteilungsfragen entstand, wie in der Untergrabung von Widerstand im internationalen Maßstab. Ein neues Wohlstandsmodell für den Norden, das auch Selbstbegrenzung und die "Tugend des Maßhaltens" (BUND/Misereor 1996:13) einschließt, stellt eine Abkehr von Akkommodierung und Durchkapitalisierung dar, wird aber durch die Verdrängungslogik des Standortwettbewerbs verhindert. Ökologische Marktsteuerung verabschiedet sich von der Marktgläubigkeit der neoliberalen Globalisierung. Indem aber versucht wird, herrschende ökonomische Interessen im Rahmen einer "Überredungsstrategie" einzubinden, ohne die Grenzen der kapitalistischen Verwertungslogik offenzulegen, ist die Gefahr kaum zu vermeiden, sich der kapitalistischen Verwertungslogik unter dem Druck der herrschenden Machtverhältnisse selbst unterzuordnen. Ökologisch-regulierende Nachhaltigkeitsvorstellungen setzen auf Demokratisierung und Beteiligung und treten damit dem Trend zur "low intensity democracy" entgegen. Aber weder die Stärkung liberaler Demokratie im nationalen Rahmen noch die Demokratisierung supranationaler Zusammenschlüsse sind unter den Bedingungen der neuen "Grenzen der Demokratie" (Balibar) ausreichende Alternativen.

Konzepte einer ökologisch-regulierenden Nachhaltigkeit sind folglich unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung nicht durchsetzbar. Sie stellen andererseits wertvolle Ansätze für ein Alternativprojekt zum Neoliberalismus bereit. Die Ansätze bleiben defizitär, weil der Versuch gemacht wird, den ökologischen Umbau als Standortvorteil im Kampf um Weltmarktanteile zu nutzen und dies mit einem allgemeinen Menschheitsinteresse zu verbinden. Damit wird aber eine Auseinandersetzung mit herrschenden und unterdrückten Interessen, mit den Ursachen für die globale Krisenlage, mit den Verlierern und Gewinnern des Umbaus unmöglich. Vor allem aber verkennt dieser Ansatz, daß es sich bei dem neoliberalen Standortwettbewerb um ein Null-Summen-Spiel handelt, in dem Gewinne einer Seite nur auf Kosten anderer Teilnehmer möglich sind. Selbst die Wahrung des ökonomischen Status Quo würde die gravierenden interna-

tionalen Disbalancen lediglich nicht verschlimmern. Es werden nicht nur die hinter der Globalisierung stehenden und diese betreibenden politischen und ökonomischen Interessen verkannt: Es wird auch übersehen, daß der Standortwettbewerb nicht nur eine unangenehme Begleiterscheinung einer ansonsten frei, sozial und ökologisch gestaltbaren Weltwirtschaft ist, sondern den Kern des neoliberalen Globalisierungsprozesses ausmacht. Die ökologisch-regulierenden Nachhaltigkeitskonzeptionen kapitulieren vor der Aufgabe, die strukturellen Restriktionen von Weltmarktorientierung und Standortwettbewerb herauszuarbeiten, den "Sachzwang Weltmarkt" zu entmythologisieren und auch hierfür Alternativen zu bieten. Ohne dies wird aber ein Übergang auch nur zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft nicht möglich sein.

Da es höchst fraglich ist, ob die im Zentrum des Problems stehende wechselseitige Blockade nationaler und internationaler Regulation mit den Mitteln nationalstaatlicher Politik überhaupt noch zu bearbeiten ist und der nationale Wettbewerbsstaat dabei ist, jene Kennzeichen abzuwerfen, die einstmal den fordistischen Klassenkompromiß ermöglichten, ist die Form des Nationalstaates selbst zum Teil des Problems geworden. Die politischen Auseinandersetzungen, die in seinem Rahmen stattfinden, verlieren zwar keineswegs an Bedeutung. Sie sind allerdings nur noch dann in eine emanzipatorische Perspektive einzureihen, wenn sie sich nicht zur Sicherung des Standortes einspannen lassen, sondern den Mut aufbringen, Gegenmacht zu schaffen. Eine "Ökologisierung" des Standortwettbewerbs funktioniert nicht nur nicht, sie manifestiert gerade jene gesellschaftlichen Verhältnisse, die der Verwirklichung ihrer Ziele am entschiedensten entgegenstehen.

Literatur

- Altwater, Elmar, 1992, Der Preis des Wohlstands oder Umweltschädigung und neue Welt(un)ordnung, Münster
- Balibar, Etienne, 1993, Die Grenzen der Demokratie, Hamburg
- Bischoff, Joachim, 1995, Restauration oder Modernisierung? Entwicklungstendenzen des globalen Kapitalismus, Hamburg
- Bruckmeier, K., 1994, Strategien globaler Umweltpolitik, Münster
- BUND, Misereor (Hrsg.), 1996, Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zur global nachhaltigen Entwicklung, Basel/Boston/Berlin
- Cobb, Clifford, Herman Daly, 1994, For the Common Good, Boston
- Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt", 1994, Die Industriegesellschaft gestalten - Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, Bonn
- Dieren, Wouter van, 1995, Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht, Basel/Boston/Berlin
- Dunning, John, 1988, Multinationals, Technology and Competitiveness, London
- Esser, Josef, 1993, Die Suche nach dem Primat der Politik, in: S. Unsel, Politik ohne Projekt. Frankfurt am Main
- Görg, Christoph, 1996, Mit "ökologischen Leitplanken" in die Zukunft, in: links Nr. 310/311

Goldberg, Jörg, 1986, Die chronische Überakkumulation von Kapital als Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps. in: IMSF (Hrsg.), Krisentyp der achtziger Jahre: Kapitalstrategien. Entwicklungsvarianten, Alternativen, Marxistische Studien 11, Jahrbuch des IMSF, Frankfurt am Main

Harborth, Hans-Jürgen, 1991, Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbsterstörung, Berlin

Hauff, Volker, 1987, Unsere gemeinsame Zukunft, Greven

Heininger, Horst, 1995, Transnationale Konzerne, die Triade und das Aufkommen neuer Mächte: Internationaler staatsmonopolistischer Kapitalismus in der Übergangsperiode, in: Fritz Krause u.a. (Hrsg.), Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen, IMSF Forschung und Diskussion 11, Frankfurt am Main

Heininger, Horst, Lutz Maier, 1986, Internationalisierung - eine Grundtendenz der SMK-Entwicklung heute, in: IMSF (Hrsg.), Krisentyp der achtziger Jahre: Kapitalstrategien, Entwicklungsvarianten, Alternativen, Marxistische Studien 11, Jahrbuch des IMSF, Frankfurt am Main

Hirsch, Joachim, 1995, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin - Amsterdam

Hirsch, Joachim, Roth, Roland, 1986, Das neue Gesicht des Kapitalismus: Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg

Huffschmid, Jörg, Heinz Jung, 1988, Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer, Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt am Main

Leisewitz, André, 1987, Wissenschaftlich-technische Produktion und deformierte Produktivkraftentwicklung, in: IMSF (Hrsg.), Umbrüche: Beherrschbarkeit der Technik, Rationalisierungstyp und Technologiepolitik, Marxistische Studien 13, Jahrbuch des IMSF, Frankfurt am Main

Mármora, Leopoldo, 1990, Ökologie als Leitbild der Nord-Süd-Beziehungen: Club of Rome - Brundland-Kommission - Erdpolitik, in: Peripherie 39/40

ders., 1992, Sustainable Development im Nord-Süd-Konflikt, in: prokla 86

Messner, F., 1993, Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung im Dilemma internationaler Regimebildung, in: peripherie 51/52

Ohmae, Kenichi, 1995, The End of the Nation State, London

Pearce, David u.a., 1994, Blueprint 3: Measuring Sustainable Development, London

Porter, Michael, 1990, The competitive advantage of nations, London - Basingstoke

Redclift, Michael, 1994, Development and the Environment: Managing the Contradictions?, in: L. Sklair (Ed.), Capitalism and Development, London

Reich, Robert, 1991, The work of nations, New York

Scharping, Michael, Christoph Görg, 1994, Natur in der Soziologie. Ökologische Krise und Naturverhältnis. in: Görg, Christoph (Hrsg.), Gesellschaft im Übergang. Perspektiven kritischer Soziologie, Darmstadt

UNDP, 1995, Human Development Report 1995, New York, Oxford

Bernd Hüttner

Von Fröschen und Schlangen

Abwicklung des Nordens statt Öko-Korporatismus¹

In den letzten Jahren und im Zusammenhang mit der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"² hat die Debatte um sustainable development bzw. nachhaltige Entwicklung stark zugenommen.³ Es gibt kaum jemanden, der/die sich mit diesem Ansatz beschäftigt und dessen/deren Haltung nicht zwischen "brauchbar" bis "neues Paradigma" liegen würde. Das Spektrum der Zustimmung reicht von der Umwelthegung und ihren Großorganisationen bis zu Teilen des Staatsapparates und der Industrie. Die politische Linke ist größtenteils auf diesen Zug mit aufgesprungen. Sie begrüßt die Diskussion, da mit ihr angehlich der politische Raum für weitergehende Diskussionen geöffnet werde. Die Grundannahmen des Diskurses, die Existenz einer ökologischen Krise, und auch seine Ziele, wie z.B. Reduktion von Stoffströmen, Umweltsparen und Entschleunigung, werden von ihr geteilt. Entscheidende Fragen an die Studie, die diese selbst wiederum erst recht nicht stellt, werden in der Diskussion auch von Linken ausgeklammert: Warum ist die soziale und "ökologische" Situation so, wie sie ist? (historische Frage); Wie ist sie überhaupt zu beschreiben? Wer profitiert von ihr? (Macht- und Interessensfragen); Auf wessen Kosten soll sie "gelöst" werden?

Es ist schon absurd, wenn sich Linke in einer Zeit, in der in den Medien täglich von "Zukunft" und "Zukunftsfähigkeit" die Rede ist, so unkritisch mit einer Studie und einem Diskurs heschäftigen, der eben dieses Wort im Zusammenhang mit "Deutschland" im Titel führt.

Die "3. Welt"- und Umweltbewegung

Die Ökologiebewegung befindet sich seit Mitte der 80er Jahre in einem Institutionalisierungsprozeß, Teile von ihr übernehmen, vor allem auf kommunaler Ebene, semi-staatliche Aufgaben und sind oft von staatlichen Zuschüssen abhängiger als von den Beiträgen der eigenen Mitglieder. Die Kooperation mit "der Wirtschaft", vor allem ihren innovativen Teilen, ist selbstverständlich, fast jeder Umweltverband hat seinen Sponsoringpartner. Für die Reputation sorgt eine Verwissenschaftlichung des Diskurses,

¹ Ich danke Ulla Peters (Trier) für Unterstützung. Das Copyright für "Abwicklung des Nordens" liegt bei Christoph Spehr.

² BUND, MISEREOR: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel, Boston 1995.

³ "Sustainable development" und "Nachhaltigkeit" werden hier synonym verwendet. Die Grundzüge der hegemonialen Version von nachhaltiger Entwicklung werden als bekannt vorausgesetzt.

die von den Verbänden und Umweltinstituten mitbetrieben wurde und wird. Mit dieser wissenschaftlichen Institutionalisierung - gegen die man sich in den 80er Jahren einmal gegründet hatte - begibt man sich gewollt auf das Terrain des Gegners. Gleichzeitig ist eine Aufweichung und Aufgabe kritischer Positionen festzustellen: So gibt es z.B. ernstzunehmende Stimmen, die von der Anti-Genetechnikbewegung die Abkehr von konstitutiven Positionen fordern.⁴ Die Internationalismusbewegung ist nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem Scheitern nachholender Modernisierungsregime - gleich welcher politischer Couleur - ebenfalls den Weg der Institutionalisierung und Professionalisierung - Stichwort NGO - gegangen.

Als neue Leitideologie und als eigentlich auch sinnvolle Verbindung von Umwelt und Entwicklung tritt nun "Nachhaltigkeit" auf den Plan. Mit diesem Ansatz wird von Teilen der Eliten ein scheinbarer Ausweg aus der real-tristen sozialen und ökologischen Situation geboten, und eine neue von Staat, Kommunen und Teilen des Kapitals finanzierte Gutachten-, Kongreß- und Publikationskultur entsteht. Die dementsprechende Herrschaftssprache, in der jedes dritte Wort Management oder Controlling ist, deutet schon an, worum es bei nachhaltiger Entwicklung geht: um die Kontrolle, Steuerung und das Management der Krise, nicht um ihre Behebung.

Die Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsdebatte

Die Reaktionen auf den Diskurs um Nachhaltigkeit lassen sich anhand eines Bildes erklären und verorten: In einem Hof werden Frösche gefüttert, aber immer wieder dringen Schlangen in den Hof ein und verspeisen die Frösche. Das Kapital ("Schlangen") frißt immer wieder die entwickelten Innovationen oder errungenen Fortschritte ökologischer oder auch anderer Bewegungen ("Frösche") auf: Zwar gibt es heute so viele Umweltgesetze wie noch nie, aber gleichzeitig hat sich die Umweltsituation nicht verbessert und auch das Vier-Liter-Auto trägt durch seinen geplanten Export nach China nicht zur Klimaverbesserung bei.

Bei den Einstellungen zu diesem Verhältnis zwischen Fröschen und Schlangen lassen sich vier Positionen unterscheiden, die auch die grundsätzliche Haltung zu Nachhaltigkeit darstellen⁵:

- Die Position der Industrie besagt, daß Frösche und Schlangen die besten Freunde seien und die Schlangen ein großes Interesse an der Aufzucht der Frösche haben.

⁴ Vgl. z.B. die Beiträge in Gen-Ethischer Informationsdienst 112/113, Juni 1996.

⁵ Vgl. Christoph Spehr, Die Ökofalle, Nachhaltigkeit und Krise, Wten 1996, S. 52ff.

- Die Position des Wuppertal-Institutes besagt, es gäbe gar keine Schlangen. Jeder durch Suffizienz oder Effizienz erbrachte ökologische Beitrag, sei er auch noch so klein, erbringe eine "Umweltverbesserung".

- Die Position der systemüberwindenden Reform versucht, die durch die Debatte aufgeworfenen Fragen zu benutzen, um über sie hinausgehende zu thematisieren. Sie geht von einem konflikthafter Frosch-Schlangen-Verhältnis aus. Ihr theoretischer Hintergrund ist die Regulationstheorie. Diese Strömung hält sustainable development für "anschlußfähig" und nimmt in ihrer radikalen Variante an, daß die NachhaltigkeitspredigerInnen AntikapitalistInnen sind, es ihnen aber nur nicht bewußt sei. Die Grundannahmen und Ziele des Diskurses werden geteilt, und dann wird versucht zu beweisen, daß nicht funktionieren kann, was die Wuppertal-Studie will, also diskursimmanent argumentiert.⁶ Ein typisches Beispiel dafür ist Elmar Altvater. Er kritisiert ausführlich und breit die Wuppertal-Studie, um dann aber doch ihre Vorzüge zu loben.⁷

Die Abwicklung des Nordens

Die vierte Position gruppiert sich um eine Sichtweise der "Abwicklung des Nordens", wie sie in einem kleinen Teil des *Bundeskongresses entwicklungs-politischer Aktionsgruppen* (BUKO) entwickelt wurde.⁸ Der BUKO ist der Zusammenschluß von ca. 200 Internationalismusgruppen, der mit dem Ende der Kampagnenpolitik und dem Übergang des Gros der Internationalismusbewegung zu Lobbying und alternativem Handel seinen Höhepunkt überschritten hat. Im Verband hat sich eine kleine "(Post-) Modernisierungsströmung" herausgebildet, die die bisherige internationalistische Theorie und Praxis einer radikalen Kritik unterzieht. Neben einigen Einzelpersonen ist der BUKO und sein im Sommer gegründeter Arbeitsschwerpunkt "Nachhaltigkeit und Herrschaftskritik" der einzige Zusammenschluß, der organisiert radikal-ablehnend in die Debatte um Nachhaltigkeit eingreift. Dies zeigt, wie dominant derzeit der hegemoniale Diskurs in der Linken und der Umweltbewegung ist.

Der Abwicklungsposition geht es nicht um "Entwicklung" des Südens oder die ökologische Modernisierung von Herrschaft im Norden, sie lehnt sustainable development als Öko-Korporatismus ab und sieht den Diskurs als Fortsetzung von westlichem Überlegenheitsdenken, männlicher Wis-

⁶ Hierzu zählen viele "kritische" Stellungnahmen aus dem Öko-Bereich und alle mir bekannten Stellungnahmen der linken Strömungen bei den Grünen, der PDS und der SPD.

⁷ Elmar Altvater, Der Traum vom Umweltraum. in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/96; ähnlich Peter Döge, Wider die "Ökologisierung von Politik" in: analyse und kritik 393 (August 1996).

⁸ BUKO: Zukunftsfähiges Deutschland - ein Technokratenmärchen, u.a. in: Forum Wissenschaft 4/95, oder FORUM entwicklungs-politischer Aktionsgruppen 197/198 (1995); sowie: Frauen der BUKO-AG Nachhaltigkeit: Zwischen Sparstrümpfen und Giga-Bytes. in: FORUM 201 (1996). FORUM ist die Zeitschrift des BUKO, Adresse: Buchstr. 14/15, 28195 Bremen.

senschaftsgläubigkeit und ungebrochener Hoffnung in Planung und "Entwicklung".⁹ Die Argumentation dieser Position läßt sich an ihrer Kritik der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal-Institutes verdeutlichen.

Das in der Studie propagierte Ideal der Gerechtigkeit zwischen allen Menschen (und das damit zusammenhängende Konstrukt des "Umweltraumes") blendet real existierende Machtverhältnisse aus. Die propagierte Gerechtigkeit zwischen den Generationen nimmt das kurzfristige Wirkungsprinzip kapitalistischer Verwertung nicht zur Kenntnis.¹⁰ Die Stoffdurchsätze und -verbräuche werden nicht nach Produktions- oder Verursacherfeldern, wie etwa Industrie oder Militär, berechnet, sondern nach Bedarfelfeldern (wie Verkehr, Ernährung, Wohnen etc). Dies führt zu einem verbraucherorientierten Ansatz, der die Illusion verbreitet, durch Konsum ließe sich die Produktion steuern. Ferner fallen einige Felder, wie Staat inklusive Militär, einfach heraus; deren Verbrauch ist in der Studie nirgends nachzulesen. Als "Utopie" bekräftigt die Studie ein dualwirtschaftliches System, wie es sich derzeit sowieso schon ausbreitet: Es gibt einen effizienten, rohstoff- und energieintensiven, weltmarktorientierten Sektor und einen suffizienten Niedriglohnsektor mit viel Nachbarschaftshilfe, Eigenarbeit und Armut. Als letzter Punkt sei noch die technokratische Orientierung genannt. Neben den lächerlichen Zahlenbeispielen, die bestimmte Reduktionsmengen z.B. für das Jahr 2020 auf eine Stelle hinter dem Komma festschreiben wollen, ist hier vor allem die Orientierung an Öko-Technik zu nennen, die dann auch weltweit exportiert werden kann und so die (öko-) technologische Führerschaft Deutschlands festschreibt. Die in der Studie breit ausgeführten Leitbilder und die sogenannte Lebensstil-Diskussion sind nicht - wie manche KritikerInnen meinen - ein Gegensatz zur Ökotechnokratie, sondern ihr Bestandteil.¹¹

Nachhaltige Entwicklung führt nicht dazu, daß weniger "Umwelt" verbraucht wird, sondern der Verbrauch von unten nach oben umverteilt wird, sowohl innerhalb der Gesellschaften des Nordens wie auch zwischen Nord und Süd; hin zu den Nationen des Nordens, hin zur (Export-) Industrie und hin zu den herrschenden Eliten. Selbst wenn sich die Ziele von "Zukunftsfähiges Deutschland" verwirklichen ließen, gäbe es keinen Mechanismus, der verhindert, daß das Wachstums- und das Verfügbarkeitsproblem weiter besteht. Wachstumsproblem meint die Frage: Wie soll verhindert werden, daß die durch Suffizienz und Effizienzsteigerung eingesparten Ressourcen nicht trotzdem durch das Wachstum des Verbrauchs ausgegeben werden? Durch nachhaltige Entwicklung wird ebensowenig verhindert, daß bestimmte Gruppen auch weiterhin den Zugriff auf

Rohstoffe, Arbeitskräfte und Märkte haben. Beide Argumente haben fundamental mit den Herrschaftsverhältnissen zu tun und nicht mit knapper werdenden Rohstoffen oder der angeblich existierenden "ökologischen Krise".

Die "Abwicklung" des Norden stellt dagegen ein antihegemoniales Modell (das laut Selbstanspruch gar kein Modell sein will) dar. Sie ist als Mittel, Denkweise und Ziel in den Resten radikaler sozialer Bewegungen, hier und in Bewegungen der sogenannten "3. Welt" (wie etwa in Chiapas), bereits vorhanden, besteht aus fünf Teilen.¹² Erstens der Unterbindung jeglicher Form militärischer Interventionen des Nordens im Süden, zweitens und drittens aus der Zurückdrängung und Entprivilegierung des weltmarktorientierten Sektors in den weltweiten Metropolen und der dazugehörenden formalen Arbeit. Der vierte und fünfte Teil ist eher eigenorientiert: Verstärkt müssen Räume, Zusammenhänge und Geld angeeignet werden bzw. erhalten bleiben und Maßnahmen zur direkten Überlebenssicherung - vor allem im Nahrungsmittelbereich - angegangen werden. Die "Abwicklung" sucht Widerständigkeit gegen und nicht den Konsens mit den herrschenden Eliten. Der Norden muß seine weltweiten Herrschaftsmittel zurückfahren, nur so sind die Aufhebung der Ausbeutung des "Südens" "Befreiung" im Norden und eine Lösung der derzeitigen sozialökologischen Krise denkbar.

Die Theorie der Abwicklung des Nordens

Für die Position der "Abwicklung" ist die Annäherung an "Ökologie" nicht unter "ökologischen" Gesichtspunkten, sondern unter denen der Herrschaft und deren Kritik zentral: Die ökologische Krise ist keine Krise der "Natur" oder ihrer angeblich existierenden, von Menschen definierten, Grenzen, sondern es geht um eine Krise der sozialen Kosten der weiteren Aufrechterhaltung eines mörderischen Systems der Akkumulation und das herrschende Bedürfnis nach Entschlackung des weltweiten Systems des Norden, nach einer globalen ökologischen lean production.

Die bisherige Herrschaftskritik, wie sie von linker und linksradikaler Seite gepflegt wurde - und im Regelfall die Gestalt des Denkens in Haupt- und Nebenwidersprüchen annahm - hatte den Fehler, die Fragen von sozial-ökologischen Krisen, Geschlechterverhältnissen und rassistischer und patriarchaler Dominanzkultur auszublenden.¹³ Die Position der "Abwicklung" versucht, diese Fragestellungen zu integrieren, was nicht ohne Komplikationen vonstatten geht.

⁹ Ausführlich und unverzichtbar Spehr, a.a.O. und Helga Eblinghaus, Armin Stickler, Nachhaltigkeit und Macht, Frankfurt 1996.

¹⁰ Vgl. Aitvater, a.a.O., passim.

¹¹ Vgl. Frauen der BUKO-Nachhaltigkeits-AG, a.a.O.

¹² Vgl. Spehr a.a.O., S. 209ff.

¹³ Hier ist m.E. auch Z keine Ausnahme, wird doch dort nahezu durchgängig ein Ökonomismus gepflegt, in dem zumindest die beiden letztgenannten Fragen kaum eine Rolle spielen.

Theoretischer Hintergrund der Position der "Abwicklung" ist der Weltsystemansatz von Immanuel Wallerstein, die ökofeministische Subsistenztheorie¹⁴ sowie, in geringerem Maße, die (feministische) Sozialökologie, wie sie im *Frankfurter Institut für sozialökologische Forschung* entwickelt wurde¹⁵, der sozialrevolutionäre Ansatz¹⁶ und die Regulationstheorie.

Diese vereinigen sich - trotz aller natürlich existierenden theoretischen Differenzen und Unvereinbarkeiten innerhalb dieser Theoriestränge - in zwei zentralen, der Sustainability-Diskussion konträr entgegengesetzten Thesen: der Kritik des Entwicklungsdenkens sowie der Patriarchats- und Wissenschaftskritik und den jeweiligen, daraus abgeleiteten Aussagen zu Politikbegriff, Vorstellungen zum Verhältnis von Theorie und Praxis und zur Rolle der eigenen Subjektivität.

Abschied vom Entwicklungsdenken

Die "Kritik des Entwicklungsdenkens" ist eine Erkenntnis aus mehreren Jahrzehnten sogenannter "Entwicklungspolitik" gegenüber der sogenannten Dritten Welt, die, selbst an ihren - mageren - selbstgesetzten Ansprüchen gemessen, als gescheitert betrachtet werden kann, ist doch der Abstand zwischen arm und reich weltweit noch größer geworden. Gleichzeitig stellt sich immer öfter heraus, daß "Entwicklungshilfe" zur Zerstörung der ökonomischen, sozialen und Selbstversorgungsstrukturen führt, so daß erste Stimmen fordern: "Stellt Hilfe ein, laßt uns endlich in Ruhe!"¹⁷

Aus dem Ökofeminismus kommt die These, daß der Kapitalismus nicht aus sich heraus existiert, vielmehr die meiste Arbeit (manche sprechen von bis zu 90 Prozent) nicht im Rahmen des Lohnarbeitsverhältnisses geleistet wird, dieses also - erst recht weltweit gesehen - eher die Ausnahme als die Regel ist und damit die Hausarbeit oder auch die Subsistenztätigkeiten die Basis des Kapitalverhältnisses sind.¹⁸ Der Großteil der Subsistenztätigkeit wird von Frauen und der Landbevölkerung geleistet und nicht bezahlt. Diese These stellt die gängigen Begriffe von Arbeit, Fortschritt, Emanzipation und Revolution in Frage.

¹⁴ Z.B. Maria Mies, *Patriarchat und Kapital*. Zürich 1989, oder Claudia von Werlhof, *Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun?* München 1991.

¹⁵ Elvira Scheich, Irmgard Schultz, *Soziale Ökologie und Feminismus*, Frankfurt 1987; Irmgard Schultz, Ines Weller, *Gender & Environment*, Frankfurt 1995.

¹⁶ Das heißt der (Neo)-Operatismus; vgl. Bernd Hüttner, *Die Wiederkehr der Proletarität*, in: Z 21 (März 1995). Leider liegt aus diesem Spektrum bislang keine Analyse von nachhaltiger Entwicklung als sozialtechnologischem Angriff vor.

¹⁷ Gustavo Esteva, *FIESTA - jenseits von Hilfe, Entwicklung und Politik*, Frankfurt/Wien 1992.

¹⁸ Siehe Ulla Peters, *Jenseits des Schrebergartens. Zur Politisierung der Subsistenz*, in: *Blätter des Iz3W* 200 (1994).

Patriarchats- und Wissenschaftskritik

Das Entwicklungsdenken hängt auch mit der vorherrschenden Naturauffassung und Vorstellung von Naturwissenschaft zusammen. Diese definieren als "Natur" immer das, was gewaltförmig angeeignet werden soll, seien es indigene Sklaven oder Rohstoffe. "Natur" wird als teil-, meß-, form- und seit neuestem (Gentechnik) auch erzeugbar betrachtet. Wissenschaft ist vernünftig, trennt das Subjekt vom Objekt, isoliert die Teile vom "Ganzen" und betrachtet die Welt mit einem hierarchisierenden Blick, "Natur" muß unterworfen werden, wird als feindlich und unberechenbar angesehen.

Diese Auffassung von "Natur" hat große Ähnlichkeit zu der "der Frau". Frauen werden ähnliche, wenn nicht die gleichen Eigenschaften zugeschrieben wie der "Natur". Die hiesige Gesellschaft ist eine zutiefst patriarchale, von Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen, offenem und verdecktem Sexismus und geschlechtlicher Arbeitsteilung geprägte Gesellschaft.

Die feministische Sozialökologie bringt in die Nachhaltigkeitskritik drei Aspekte ein: Die Verantwortung für Umwelthandeln, z.B. Einkauf von "gesunden" Nahrungsmitteln, fällt wie die ganze Reproduktionsarbeit den Frauen zu. Diese auch ökologische Reproduktion(sarbeit) befindet sich in einer Krise: Niemand kann heute mehr im "privaten" Raum die Zurichtungen und Verwüstungen der gesellschaftlichen Funktionsweise auffangen. Der Versuch, dies trotzdem zu tun, etwa indem - wie auch in der Studie des Wuppertal-Institutes - an "weibliche" Eigenschaften appelliert wird, findet bei Beibehaltung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung auf Kosten von Frauen statt.

Die Position der "Abwicklung" versucht, eine Patriarchats- und Wissenschaftskritik zu verfolgen und in ihr Denken und Handeln aufzunehmen, ohne in antimoderne Antintellektualität und biologistische Zuschreibungen zu verfallen.

Blickwechsel: Organisation und Politik

Aus den genannten Überlegungen resultiert ein sehr grundsätzlicher "Blickwechsel". Linke Politik wurde gemeinhin dadurch definiert, sich selbst als Macht zu denken, die dann - nach Revolution oder Regierungswechsel - vieles oder alles verbessert. Politik ist in diesem Verständnis etwas, das "anderswo" und wenig im Alltag der politisch Handelnden stattfindet. Deren Subjektivität wird ausgegrenzt und abgespalten. Die Position der "Abwicklung" versucht, diese Subjektivität zu (re-)politisieren, da die Zerstörung der "äußeren Natur" mit der der "inneren" einhergeht und patriarchale Zuschreibungen und Unterdrückungsverhältnisse auch in linksalternativen Organisationen eine große Rolle spielen. Diese persönlich empfundenen und erlittenen Verhältnisse sind auch ein wichtiges Motiv für

die Abwicklung, denn objektive, von allen empfundene Grenzen oder Gründe für sozialökologische Verbesserungen gibt es nicht.

Viele Punkte in dem referierten Theoriekonglomerat sind strittig und spiegeln die Debatten wieder, die auch in anderen Teilen der Linken geführt werden. Nur ein Beispiel für den Widerspruch zwischen "Autonomie" und "Ökologie": Ist ein Mikrowellenherd ein Gerät, das es Frauen ermöglicht, mehr Autonomie zu leben und sie von schlecht angesehener Hausarbeit befreit, oder ein Gerät, das der entfremdenden Zubereitung von industriell erzeugter Nahrung dient? Eine feministisch-moderne Position würde mehr der ersten, eine ökofeministische u.E. der zweiten Position zuneigen.

Dieses Beispiel zeigt, in welche Probleme eine Position kommt, die versucht, jenseits der Moderne zu stehen, also jenseits von Fortschrittseuphorie und Industrieproduktivismus, und nicht im Antimodernismus zu münden. Ebenso umstritten wie die Definition und Beurteilung der Moderne ist der Bezug zur Wissenschaft: Die (feministische) Wissenschaftskritik hat das Problem, daß sie meistens innerhalb des etablierten Wissenschaftsapparates oder entsprechender Organisationen getätigt wird, da nur dort die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen, oder daß sie mit ähnlichen Methoden arbeitet bzw. arbeiten muß.

Ein anderes Problem erscheint mir dringend klärungsbedürftig: Inwieweit ist sustainable development ein reales Projekt mit großen, benennbaren materiellen und sozialen Folgen die ökologische Verkleidung des gleichbleibenden patriarchalen Kapitalismus? Gibt es überhaupt mehrere denkbare kapitalismusimmanente Entwicklungswege? Hat das System bzw. die "Natur" objektive Grenzen? Letztere Frage wird von der Position der "Abwicklung" verneint, da davon ausgegangen wird, daß das technokratische Naturmanagement - wie auch in der Vergangenheit schon geschehen - auftretende "Grenzen" überwindet. In nächster Zeit scheinen hierbei Bio- und Gentechnologie die entscheidenden Mittel und Wachstumsfelder zu sein.

Strittig sind auch die politisch-organisatorischen Konsequenzen: Die Position der "Abwicklung" läuft Gefahr, zum radikalen Chic zu werden, wenn sie sich nicht um Auseinandersetzung mit anderen Positionen und konkretere Politik- und vielleicht auch Organisierungsschritte bemüht. Sie ist momentan mehr eine Analyse als politische Anleitung und praktisches Handeln; dies unterscheidet sie aber nicht von anderen radikalen Ansätzen, die auch nur auf dem Papier und in den Köpfen existieren: Aber wer keinen Mut hat zum Träumen, hat keine Kraft zum Kämpfen! Ihr mangelt es auch an Konkretisierung, welche Handlungsschritte aus ihr folgen könnten; auch die Machtfrage ist ungelöst, und sie wird sich mit der zunehmenden Individualisierung und ihrer Bedeutung für Organisierung und den Aufbau einer (Gegen-)Macht oder Bewegung, die den Norden abwickelt, auseinandersetzen müssen.

"Der einzige Weg, der Natur beizustehen, liegt darin, ihr scheinbares Gegenteil zu entfesseln, das unabhängige Denken".¹⁹ Aufgabe der (marxistischen) Linken wäre es, in diesem Sinne zu arbeiten. Im Moment geschieht das Gegenteil: Wegen der vagen Aussicht auf die Mitgestaltung der heute erst recht abschaffungswürdigen Verhältnisse läßt sie sich auf "nachhaltige Entwicklung" ein und vergißt nach einer jahrelangen Vernachlässigung sozialökologischer Fragestellungen nun im "dialektischen" Umschlag ihre Herrschaftskritik. Sustainable development kann kein Bezugspunkt für eine marxistische Linke sein, vielmehr geht es - um auf das obige Bild zurückzukommen - perspektivisch darum, in erster Linie die Schlangen auszutrocknen und abzuschaffen, statt neue Fütterungsvorschläge für die Frösche anzudienen.

FORUM

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

-Die Zeitschrift des BUKO-

Unser aktuellen Hefte:

199 (Dez. 95)
Drogenverhältnisse

200 (Feb. 96)
Shell/Nigeria

je 56 S., 6 DM

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
 Buchstr. 14/15, 28195 Bremen
 Tel. 0421-32 51 56, Fax 33 78 177

¹⁹ Max Horkheimer, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt 1985 (1947), S. 123.

Ökosozialer New Deal als Konzept alternativer Wirtschaftspolitik

Die eigentliche Schwierigkeit der Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung ist ihre sozial-, demokratie- und wohlstandsverträgliche Implementierung auf der Basis einer relativ konsistenten wirtschaftspolitischen Strategie. Deren wichtigste Elemente können mit Schritten zur "Effizienzrevolution" (Steigerung der Materialausnutzung, "Dematerialisierung") insbesondere in der Energieversorgung und -produktion, zur Vollbeschäftigung mittels Arbeitszeitsverkürzung und Ausdehnung der öffentlich finanzierten Beschäftigungssektoren, mit Konzepten der tendenziellen Re-regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe mit Hilfe der Erhöhung der Verkehrswiderstände und ihrer Absicherung durch eine neue internationale Handelspolitik sowie mit massiven Maßnahmen der internen und internationalen Umverteilung zugunsten der Armen umschrieben werden.

Die zusätzlich erforderliche "Suffizienzrevolution" (Verbrauchsminderung) ist in hochentwickelten Industrieländern ohne sprunghaft wachsende Arbeitslosigkeit nur möglich, wenn der wachsende gesellschaftlich produzierte Kapitalüberschuß durch öffentliche Haushalte "unproduktiv" absorbiert wird und/oder Schritte zur allgemeinen Entschleunigung und Dematerialisierung der wirtschaftlichen Prozesse ergriffen werden, die die Gesamtproduktivität der Produktionsfaktoren - speziell die Arbeitsproduktivität - sinken lassen.

Als "nachhaltig" bzw. "zukunftsfähig" läßt sich eine Wirtschaftsweise dann bezeichnen, wenn die im folgenden hier tabellarisch angegebenen Regeln eingehalten und die Nutzung der Naturressourcen sich in den angedeuteten quantitativen Bahnen (ökologischen Leitplanken bzw. Rahmenplänen) bewegt.

Reduktionsziele für ein "zukunftsfähiges Deutschland" für die Jahre 2010 und 2050

Ressourcenverbrauch	2010	2050
Primärenergie	-30 vH	-50 vH
Fossiler Energieverbrauch	-25 vH	-80-90vH
Erneuerbare Energie	+ 3-5 vH pro Jahr	
Energieproduktivität	+ 3-5 vH pro Jahr	
Nicht erneuerbares Material	-25 vH	-80-90 vH
Produktivitätssteigerung bei	+ 4-5 vH pro Jahr	

Quelle: BUND/MISERIOR, Zukunftsfähiges Deutschland, S. 80

Der in dieser Übersicht für erforderlich gehaltene Reduktionsfaktor 10 erscheint nur auf den ersten Blick utopisch. Nimmt man aber an, daß ca. ein Drittel dieses Werts durch Effizienzsteigerung, ein weiteres durch Verlängerung der Lebensdauer der Produkte und das letzte Drittel durch Konsumreduzierung (Suffizienzrevolution) erreicht wird, rücken die Ziele in den Bereich des Machbaren, allerdings nur unter der Bedingung, daß die Gesellschaft mehrheitlich hereit und fähig ist, den Wachstumsautomatismus der kapitalistischen Reproduktion zu durchbrechen.

Der *theoretische Rahmen* für diese Politik, die man als "ökosozialen New Deal" bezeichnen könnte, ist ein *reaktualisierter und internationalisierter Links- oder Ökostrukturkeynesianismus*. Ein solches Konzept ist durchaus kompatibel mit moderner marxistischer Krisentheorie und wäre gegen die manchmal undifferenzierten Behauptungen der Neoklassik, des Monetarkeynesianismus und vieler Vertreter der Regulationstheorie (vgl. als rühmliche Ausnahme Lipietz 1995) zu setzen, daß die Wirtschaft heute nicht mehr bzw. nur noch in extrem engen Grenzen nationalstaatlich steuerbar sei. Zumindest für große Volkswirtschaften bzw. Integrationsgebiete mit relativ geringem Außenhandelsanteil wie die USA, die EU und selbst die Bundesrepublik ist diese Behauptung eher nach wie vor weitgehend unhaltbar.

Es erstaunt nur auf den ersten Blick, daß man Keynes' Analyse der Ursachen der Stagnation des modernen Kapitalismus in der Krise und seine Lösungsvorschläge, die eindeutig auf Wachstum ausgerichtet waren, für die Zwecke der Modellierung eines Schrumpfkapitalismus heranziehen sollte. Wesentliche Krisenursachen sind nach Keynes die ahnehmende Konsumneigung bei steigendem Einkommen und damit die ungleiche Einkommensverteilung. "Einkommen, das keine Verwendung findet, entsteht nicht" (Schui 1991, S. 41). Oder mit Kalecki gesprochen: "Die Arbeiter geben aus, was sie einnehmen, die Kapitalisten nehmen ein, was sie ausgeben (für Investitionen und Eigenkonsum)" (zit. nach Schui 1991, S. 51). Keynes' Krisenüberwindungsansatz war nun zunächst die Erhöhung der Investitionen durch deren Verstaatlichung, d.h. durch das relative Unabhängigmachen der Investitionen von den Gewinnerwartungen und Kapitalmarktzinsen. Zweitens sollte die steigende staatliche Investitionstätigkeit nicht kapazitätswirksam sein, d.h. das Angebot an Waren und Dienstleistungen, die von Privaten angeboten werden, nicht erhöhen. Drittens sollte diese Aktivität langfristig durch die progressive Einkommenssteuer, kurzfristig aber durch staatliche Kreditaufnahme finanziert werden.

1.1 Globale ökologische Destruktion

Die wesentliche Ursache der globalen ökologischen Probleme ist darin zu sehen, daß Naturstoffe auch heute noch weitgehend als "Gratisproduktivkräfte" genutzt werden. Es gibt kein ökonomisches und politisches Verant-

wortungs- und Regulationssystem, das ihre Reproduktion sichert (Altvater 1996a).

Die naturwissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskurse analysieren die Krise und setzen die technischen und ökologischen Vorgaben: ökologische Leitplanken wie etwa die Reduktion von CO₂ um x % usw., also einen ökologischen Rahmenplan für die gesellschaftliche Produktion. Studien wie "Sustainable Netherlands" und "Towards Sustainable Europe" (Friends of the Earth Europe 1995) oder auch die Studie des Wuppertal Instituts "Zukunftsfähiges Deutschland" (BUND/MISERIOR 1996) weisen in ihren naturwissenschaftlich-ökologischen Teilen den Charakter eines derartigen ökologischen Rahmenplans auf. Eine wissenschaftlich qualifizierte Wirtschaftspolitik hätte nun mit ökonomischen, sozialen und umweltpolitischen Regulationsmechanismen (Richtwerten, Grenzwerten, Steuern, Abgaben, Wettbewerbsordnungen usw.) den Umsetzungsprozeß zu implementieren, der - dies muß besonders betont werden, wird aber in vielen Sustainability-Studien vornehm verschwiegen - natürlich zu harten Interessenkonflikten führt (Altvater 1996a).

Als Kriterien für die Nachhaltigkeit globaler Wirtschaftstätigkeit der Menschheit können die folgenden Regeln angesehen werden:

1. Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen darf deren Regenerationsrate nicht überschreiten.
2. Nichterneuerbare Ressourcen dürfen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein physisch und funktionell vollwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität beider Ressourcentypen geschaffen wird.
3. Stoffeinträge in die Umwelt dürfen deren Senken-Kapazität nicht überschreiten.
4. Das Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muß in einem ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen.
5. Die Wirksamkeit anthropogener Einträge ist räumlich zu begrenzen; denn Ökologie ist nicht nur Ökologie der Zeit, sondern auch eine Ökologie des Raumes.
6. Stoffströme sind anhand ihrer Stoffmobilität zu bewerten und zu entschleunigen (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '95, S. 190-192).

1.2 Absorption der Kapitalüberschüsse - die Staatsquote muß steigen

Die mit der Entmaterialisierung und Entschleunigung der Produktion und Konsumtion verbundenen Effekte auf die technische und organische Zusammensetzung des Kapitals sind schwer abzuschätzen und daher eine em-

pirische Frage, die natürlich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu diskutieren ist. Von diesen Effekten hängt das Niveau der notwendigen privaten und öffentlichen Absorption der Kapitalüberschüsse ab. Die verschiedenen Absorptionsmöglichkeiten werden im Folgenden kurz beschrieben.

Bei einer Veränderung der Primärverteilung/Primärabsorption ist in erster Linie an Arbeitszeitverkürzung (mit Lohnsummenausgleich) in allen Formen zu denken, also auch etwa in Form der Extensivierung der Arbeit, sowie an die Senkung des Überschusses durch (etwa durch Ökosteuern induzierten) höheren Kapital- und Arbeitsaufwand für die Reproduktion der Naturgrundlagen (Entmaterialisierung und Entenergetisierung in der Sprache der Nachhaltigkeitsdebatte).

Sekundärabsorption ist möglich durch

- a) den Staat (konjunkturell finanziert über Staatsverschuldung; strukturell aber auch und in erster Linie über höhere Steuern für die privaten und unternehmerischen "Übersparer", also die Gutverdienenden, die Vermögensbesitzer sowie die Unternehmen, die trotz hoher Gewinne wenig real investieren);
- b) das Ausland (Export- bzw. Leistungsbilanzüberschüsse);
- c) Transferzahlungen ("Schenkungen") an das Ausland (Entwicklungshilfe, Entschuldung).

Zu a) Der Staat springt - getrieben durch die sozialen und politischen Kämpfe in der Gesellschaft - in die Bresche; es entwickelt sich der Interventionsstaat, historisch nach der Krise 1929ff. in den USA zunächst repräsentiert durch den New Deal (Sozialstaat, Wohlfahrtsstaat) oder eher durch den autoritären Rüstungsstaat (Faschismus in Deutschland).

Wie die durch den intervenierenden Staat absorbierten Überschüsse also verwendet werden (etwa für die Rüstung, für den Sozialstaat, z.B. für einen wachsenden, gesellschaftlich finanzierten "öffentlichen Beschäftigungssektor", wie es im Memorandum '96 heißt, für Entwicklungshilfe und/oder den ökologischen Umbau) ist eine politische Machtfrage, die natürlich eng mit den ökonomischen Grundfragen (Eigentums- und Einkommensverhältnisse) sowie mit der jeweiligen geschichtlichen Konstellation eines jeden Landes verknüpft ist. (Vgl. für die 20er Jahre: Hobsbawm 1995, für die 80er Jahre in den USA: Galbraith 1992.)

Aus der Schwäche des hochentwickelten Kapitalismus (immanente Stagnationstendenz) kann aber eine Stärke nachhaltiger Politik entwickelt werden, wenn es gelingt, die Absorption der Überschüsse umweltfreundlich und sozialverträglich zu realisieren, und zwar durch Finanzierung größerer personeller Sozial- und Dienstleistungen, Investitionen in die ökologische Infrastruktur sowie die Finanzierung von Entschleunigungs- und (partiellen) Reregionalisierungspolitiken ebenso wie durch eine fundamentale Erhöhung der Entwicklungshilfe etwa durch Schuldenstreichung.

Es ist bei gelungener Absorption kein Unglück, sondern aus der Sicht nachhaltiger Politik sogar langfristig erwünscht, wenn die private Akkumulationsrate sich weiter reduziert. In den Memoranden '94, '95 und '96 wird daher bewußt für eine Ausdehnung des öffentlichen bzw. öffentlich finanzierten non-profit-Sektors plädiert.

Es ist also "Nullwachstum" oder gar "Negativwachstum" - gemessen am BSP - bei Vollbeschäftigung und ökologischer Umbaupolitik möglich, insbesondere dann, wenn man auch die Veränderungen der Primärverteilung des Volkseinkommens durch Arbeitszeitverkürzung mitdenkt. Die öffentlichen Hände müssen die Absorptionslücke umwelt- und sozialverträglich schließen, und die Arbeitsproduktivitätssteigerung muß kontinuierlich in Arbeitszeitverkürzung umgesetzt werden.

Wie die Absorption der Überschüsse finanziert wird, ist ebenfalls eine politische Machtfrage: ob durch das Wegsteuern der Übersparbeträge (progressive Einkommens- und Körperschaftssteuer; Vermögens- und Erbschaftssteuer) oder durch Staatsverschuldung: In jedem Fall holt der Staat sich das Geld bei denen, die es haben, entweder in Form von Steuern oder von Anleihen! Allerdings ist die Finanzierung durch progressiv wachsende Schulden mit neuen Widersprüchen verbunden (absolut können sie relativ problemlos weiter steigen), so daß letztlich auf eine stärkere Besteuerung der Gutverdienenden und der Vermögenden nicht verzichtet werden kann.

Zu b) Die Lösung des Absorptionsproblems durch Export- bzw. Leistungsbilanzüberschüsse (die man nur bedingt als "Sekundärabsorption" bezeichnen kann) ist von der BRD und auch von Japan jahrzehntelang meisterhaft betrieben worden. Das Dilemma aber ist neben der Tatsache, daß damit durch eine sehr aggressive Weltmarktpolitik Krisenpotentiale in den "Rest der Welt" exportiert werden, ein doppeltes: Diese Überschüsse müssen erstens laufend weiter steigen, um die steigende Absorptionslücke der Binnennachfrage kompensieren zu können, und zweitens entstand dadurch - wenn auch zeitverzögert - ein manchmal schubartiger Aufwertungsdruck auf die DM und den Yen, der letztlich auch das Niveau der Außen- und Leistungsbilanzüberschüsse wieder reduzierte. Nicht zu vergessen ist drittens, daß (in Japan mehr als in der BRD) die riesigen Export- und Leistungsbilanzüberschüsse eine wesentliche Quelle für die extreme Immobilienspekulationswelle der 80er Jahre gewesen sind, die seit 1990 die bedrohliche japanische Bankenkrise ausgelöst hat, während in Deutschland der teilweise defizitfinanzierte Einigungsboom eine unverhoffte "binnenwirtschaftliche" Absorptionsmaschine darstellte und den Leistungsbilanzsaldo von ca. plus 100 Mrd. DM im Jahre 1989 auf ein Defizit von ca. 40 Mrd. DM zu Beginn der 90er Jahre umschwingen ließ.

Für gewisse Zeiträume können also Exportoffensiven in Phasen allgemeinen Wachstums der Weltwirtschaft die Absorptionsfunktion übernehmen, allerdings zu hohen politischen Kosten und mit anschließenden drastischen Turbulenzen in der Weltwirtschaft.

Zu c) Statt über aggressive Weltmarktpolitik die binnenwirtschaftliche Absorptionslücke abzubauen (was nur kurz- und mittelfristig Aussicht auf Erfolg hat), könnte durch "Schenkungen" (Transferzahlungen) an die Länder der Dritten Welt diese makroökonomische Funktion ebenfalls und noch dazu mit einem zukunftsfähigen Ansatz erfüllt werden. Falls die "Nehmerländer" diese Schenkungen direkt im Geberland für Käufe etwa von umweltfreundlichen Investitionsgütern verwenden würden, würde die Absorption direkt wirken. Da aber viel für multilaterale Geberpraktiken spricht, wäre der Absorptionserfolg natürlich nicht unbedingt treffsicher für ein einzelnes Land, wohl aber für die Gruppe der hochentwickelten Staaten insgesamt zu kalkulieren. Denkbar und wünschenswert sind natürlich auch weitgehende Schuldenerlasse (vgl. z.B. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1988).

Das Kernproblem für die nicht zu den New Industrialised Countries (NICs) gehörenden Länder der Dritten Welt besteht natürlich darin, die interne Akkumulation zu ermöglichen. Dazu müssen i.d.R. sowohl die inneren als auch die äußeren Bedingungen geändert werden: Im Innern müssen Landreformen, Sozialreformen, eine Veränderung der Einkommensverteilung und eine Aufbaupolitik den inneren Markt fördern, im Außenwirtschaftsverhältnis müssen sich die Terms of Trade zugunsten dieser Länder verbessern (etwa durch eine weitere Öffnung der Märkte der Metropolenländer sowie durch drastische Entschuldungsmaßnahmen). Die so verbesserte Devisensituation der Dritte-Welt-Länder könnte dann verstärkt zum Kauf von Umwelttechnologien und entsprechenden Investitionsgütern verwendet werden.

Sinkt nun die notwendige technische Zusammensetzung des Kapitals mit dem ökologischen Umbau (Annahme Schui 1991 und Düe/Tjaden 1993, die von Übertechnisierung und Überproduktivität sprechen), so steigt das notwendige Absorptionsniveau; steigt sie, so wird es niedriger sein.

Unterstellt, nur der Staat bzw. die öffentlichen Hände (über ihre Formen - ob föderalistisch strukturiert wie in der BRD oder zentralistisch wie in England - ist hiermit nichts ausgesagt) können absorbieren, so muß bei sinkender technischer Zusammensetzung des Kapitals die Staatsquote tendenziell steigen, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Resultat ist dann eine *Gemischtwirtschaft mit kontinuierlich wachsendem öffentlichen Sektor*.

Gegentendenzen sind allerdings auch erkennbar: Z.B. wird eine Energie- und in Richtung auf regenerative Energiequellennutzung und drastisches Sparen in der Umbauphase zunächst einmal enorme private und öffentliche Investitionen mit per Saldo wachsender Kapitalintensität und damit auch mit hohen positiven Beschäftigungseffekten als Resultat des erforderlichen Investitionsschubs verlangen (vgl. etwa Greenpeace/PIW 1994 und Altwater 1996a), aber in der Betriebsphase nicht personalintensiv sein. Gleichzeitig wird gesamtgesellschaftlich der Forschungs- und Entwicklungs-Apparat (FuE) personell enorm ausgedehnt werden müssen,

aber auch das Handwerk, das die Installationen und die Reparaturdienste im Sektor regenerative Energieproduktion tätigt.

Der Gesamteffekt des ökologischen Umbaus auf den Kapitalstock ist also empirisch zu ermitteln. Solange Arbeitslosigkeit herrscht, muß und kann die öffentliche Absorptionstätigkeit aber in jedem Fall gesteigert werden.

Aus der Sicht globaler Nachhaltigkeit sind - wie bereits ausgeführt - zugleich prinzipiell neue Größenordnungen der "Schenkungen" in die armen Länder erforderlich.

Die öffentliche Absorption überschüssigen Kapitals muß also vermutlich gesteigert werden. Dies ist der Grund, warum die derzeit betriebene Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte, so z.B. das 50 Mrd. DM Sparprogramm der Bundesregierung vom April 1996 sowie die NRW-Koalitionsvereinbarung von 1995 über die Rückführung der öffentlichen Nettoneuverschuldung von derzeit sechs Mrd. DM auf eine Mrd. DM im Jahre 2000, nicht nur wegen der aktuellen Konjunkturlage des Jahres 1996 extrem problematisch ist. Diese Konsolidierungspolitik bedeutet allein für NRW, daß ca. 25.000 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen werden. Solange allerdings der Bund prozyklisch und damit krisenverschärfend steuert, können weder die Bundesländer und noch weniger die einzelnen Kommunen für sich allein eine expansive Konjunkturpolitik betreiben. Was sie allerdings tun können: die Bundesregierung politisch unter Druck setzen und einen Kurswechsel mit erzwingen helfen.

Insgesamt erinnern die derzeitigen prozyklischen Sparoperationen, die wegen der fatalen Maastricht-Kriterien gleichzeitig in allen westeuropäischen Ländern, die Mitglied der Währungsunion werden wollen, vorbereitet und realisiert werden, bedenklich an die extrem prozyklische Wirtschaftspolitik während der großen Weltwirtschaftskrise 1929ff., die viele Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik offensichtlich vergessen oder nie studiert haben (Hobsbawm 1995, insbes. Kap. 3). Nimmt aber das Arbeitslosigkeitsproblem weiter zu, so werden erfahrungsgemäß Strategien zur Lösung der Umweltprobleme von der Tagesordnung abgesetzt.

Die von der Memorandumgruppe vorgeschlagene Orientierung ist daher der herrschenden diametral entgegengesetzt: Die Probleme Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung müssen gleichzeitig bekämpft werden, und zwar mit einem wachsendem öffentlichen Engagement, also auch einer steigenden Staatsquote. Die Bundesregierung dagegen strebt eine Senkung der Staatsquote von etwa 50,5% im Jahre 1995 auf den Stand vor der Vereinigung, also ca. 46% im Jahre 2000 an. Dies bedeutet bei Sozialhaushalten und Subventionen etwa für Ostdeutschland Streichungen von jährlich ca. 150 Mrd. DM!

Entsprechend dem Stand der Globalisierung und Internationalisierung müßte eine öffentliche Antikrisen- und Umbaupolitik durch Absorption natürlich möglichst international koordiniert werden, und zwar sowohl auf

der EU-Ebene als auch darüber hinaus (etwa behelfsmäßig durch die G7er Gruppe, besser oder aber gleichzeitig auf UN-Ebene - Rio-Prozeß). Aber auch ökonomisch potente Nationalstaaten wie Japan, die USA und auch die BRD sind (in Grenzen) nach wie vor in der Lage, eine andere Richtung einzuschlagen. Ein Kriterium für das Maß der autonomen Handlungsfähigkeit sind die Quoten des Außenhandels am Sozialprodukt, die sich für die EU auf ca. 9 vH, die USA auf ca. 10 vH, die BRD auf 30 vH belaufen. Voraussetzung für eine viel größere Handlungsautonomie wären allerdings ein wirksames Kontrollinstrument gegen kurzfristige Devisenspekulationen und die Eingrenzung der hypersensiblen und nur schwer kontrollierbaren Derivate. Die vom us-amerikanischen Nobelpreisträger Tobin vorgeschlagene (Wiedereinführung der) Devisenumsatzsteuer könnte diese Funktion erfüllen (vgl. Huffschild 1995b und 1995c).

1.3 Krise des Nord-Süd-Verhältnisses - Ausbeutung und Existenzkrise großer Teile der Dritten Welt

Ursache der Krise sind Exportüberschüsse, hegemoniale Außenexpansion der Metropolen, Verschlechterung der Terms of Trade, Verschuldung usw.; natürlich auch die inneren Entwicklungshockaden in den Drittweltländern selbst (anachronistische Eigentumsstrukturen, Demokratiemangel, Korruption usw.). Die inneren Absorptionsprobleme in den Metropolen werden durch aggressive Exportorientierung zum Teil nach außen verlagert (Export von Arbeitslosigkeit). Hartwährungspolitik stärkt die jeweils führenden Konzerne und das Finanzkapital im In- und Ausland und verstärkt damit zugleich die Massenarbeitslosigkeit in der "Dritten Welt", aber auch in den Metropolen.

Alternativen wären eine stärkere Binnenorientierung in den Metropolen plus Steigerung der Auslandshilfe (Entschuldung) sowie die Akzeptanz von internationalen Handelsregulierungen, die schwache Marktteilnehmer stärker schützen. Stärkere Binnenorientierung und gleichzeitige Entschuldung müssen sich nicht gegenseitig ausschließen, solange es noch Arbeitslosigkeit und brachliegende Kapazitäten gibt. Erst bei Vollbeschäftigung wären hier Verteilungsfragen zu entscheiden.

1.4 Konsequenzen

Eine Veränderung von Produktions-, Einkommens-, Konsumtionsverhältnissen wäre durch eine neue Kombination von Ordnungs-, Anreiz-, Nachfrage- und Angebotspolitik möglich - also etwa: Kreislaufwirtschaftsgesetzgebung; Bodenschutzgesetz; Ahfallvermeidungspolitik; Verkehrs-, Energie- und Wasserwende mit ihren industrie- und regionalpolitischen Implikationen; ökologische Steuerreform (vgl. hierzu Müller/Hennicke 1994, Stratmann-Mertens/Hickel/Priewe 1991, sowie Bulmahn/von Oertzen/Schuster 1995).

Wichtig ist die Feststellung, daß die nachfrageorientierte Politik mit einer modernen Angebotspolitik kombiniert werden muß, die zum Zeitpunkt der Nachfragesteigerung auch die geeigneten Ökotechnologien zur Verfügung stellt (vgl. Priewe 1996). Aber heute stellt sich die Frage eher umgekehrt: die FuE-Politik fördert zwar die Entwicklung neuer Technologien, aber es fehlt an deren systematischer Markteinführung. Dies könnte durch generelle Ökosteuern, durch spezielle Abgaben erfolgen (etwa einen Sonnenenergiepfennig) und/oder Auflagen (x Prozent der elektrischen Energieerzeugung müssen in wärmegekoppelten Anlagen produziert werden usw.). Zu Beginn der 80er Jahre z.B. hat die Großfeuerungsanlagenverordnung bei den Kraftwerksbetreibern einen Investitionsstoß von ca. 25 Mrd DM erzwungen, mit dem Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen gebaut werden mußten. Dies war zwar aus ökologischer Sicht insofern nicht sinnvoll, weil damit die Struktur der Stromversorgung auf der Basis reiner Kondensationsgroßkraftwerke zementiert wurde, demonstriert aber die Wirksamkeit der Normsetzung als umweltpolitisch und gesamtwirtschaftlich erwünschtes Nachfrageinstrument. Übrigens mußten damals die Katalysatoren für die Entstickungsanlagen zunächst aus Japan importiert werden, weil dort eine solche Auflagenpolitik bereits früher eingeleitet worden war.

2. "Den Markt planen": Variantenreichtum der Regulationsinstrumente - das Beispiel Energiepolitik

Gerade die Umweltpolitik zeigt, daß in Teilbereichen der staatlichen Politik die Regulationsdichte auf nationaler und internationaler Ebene in den letzten Jahrzehnten enorm zugenommen hat. Schwerpunkt war allerdings das Ordnungsrecht (Grenzwerte usw.), während die ökonomischen Instrumente aufgrund des Widerstands der Wirtschaft und der anderen Teile der Industrialismuskolalition (Bundesregierung, EU-Kommission, aber auch ökounsensible Gewerkschaften und Wissenschaftsorganisationen) weitgehend abgeblockt wurden, so im Dezember 1994 auf dem EU-Gipfel in Essen die Einführung einer gemeinsamen EU-Energiesteuer.

Wenn im Bereich der allgemeinen Wirtschaftspolitik zunehmend dereguliert wird, dann aufgrund aktiver, politisch und ideologisch motivierter Deregulierungspolitik auf den Kapital-, Arbeits- und Warenmärkten, die einem bestimmtem, aggressiv weltmarktorientierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstyp verpflichtet ist, und nicht aus 'objektiven' bzw. 'zwangsläufigen' Globalisierungstendenzen. Die bereits erwähnte Tobin-Steuer (vgl. Huffs Schmid 1995b) auf Devisengeschäfte könnte aber z.B. zur partiellen Wiedergewinnung von wirtschaftspolitischer Handlungsfähigkeit zumindest auf der EU-Ebene beitragen.

2.1 "Planung der (Teil)märkte": keine Paradoxie

Die Memo-Gruppe hat stets deutlich zu machen versucht, daß erstens die Umwelt- und Beschäftigungsfrage gleichermaßen im Blickfeld stehen und daß zweitens immer das gesamte umweltpolitische Instrumentarium eingesetzt werden muß, daß es also kein Superinstrument wie z.B. die Ökosteuer gibt, mit dem alle Probleme gelöst werden könnten. Entsprechend der Vielfalt der Probleme kann auf die Vielfalt der Instrumente nicht verzichtet werden. (Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1996; Bulmahn/v.Oertzen/Schuster 1995; Düe/Tjaden 1993).

Auch in Zukunft wird im Rahmen einer Alternativpolitik sowohl nach dem Gemeinlast- als auch dem Verursacher- und dem Vorsorgeprinzip gearbeitet werden müssen, wenn sich auch der Schwerpunkt auf die beiden letzteren zu verschieben hat. Das Ordnungsrecht, also Gebote und Verbote, Grenzwerte, Haftungsregelungen usw., müssen ebenso weiterentwickelt werden wie die Einführung der ökonomischen Instrumente (Abgaben, Ökosteuern, aber auch Zertifikate). Der Staat muß darüberhinaus die ökologische Infrastruktur ausbauen, und in bestimmten Sektoren müssen die Wettbewerbs- und sogar die Eigentumsregelungen erneuert werden.

Die Planung und Regulierung der Märkte und Eigentumsverhältnisse hat im Konzept des Ökosozialen New Deals also die Aufgabe, die Sektoren der privaten Akkumulation und Konsumtion so zu steuern, daß sie unmittelbar den Kriterien der Nachhaltigkeit genügen. Insofern wird die private Verfügungsgewalt über Produktivvermögen in Übereinstimmung mit der Verfassung (analog zur Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsschutzgesetzgebung) zielorientiert eingeschränkt, z.B. durch die Rekommunalisierung der leitungsgebundenen Energieversorgung (s.u.). Der Staat hätte ferner dafür zu sorgen, daß der durch die öffentlichen Hände absorbierte Teil des Sozialprodukts in seiner eigenen Regie umwelt- und sozialverträglich verwendet wird.

In einem ganz zentralen Bereich der Umweltpolitik, der Energiepolitik, ist für die Realisierung einer Energiewende ein komplexes Programm erforderlich, das hauptsächlich aus folgenden Instrumenten besteht:

Umwandlung der Energieversorgungsunternehmen in Energiedienstleistungsunternehmen; Rekommunalisierung der Energiedienstleistungsunternehmen; Schaffung von Querverbundunternehmen; neue Strukturen der Energieaufsichtbehörden, neue Tarifstrukturen, Anreizstrukturen für die Einführung regenerativer Energiequellen, Least-Cost-Planning, Energiesteuern usw. (vgl. Müller/Hennicke 1995). Zugleich muß eine Verkehrswende ebenfalls - wenn auch nicht ausschließlich - aus energiepolitischen Gründen eingeleitet werden usw.

2.2 Globale Effekte und Probleme berücksichtigen

Die Energiepolitik zeigt aber auch exemplarisch die internationale und globale Dimension des Problems - nicht nur von der Seite der CO₂-Verschmutzung der Atmosphäre, sondern auch von der Seite der Lösungsstrategien.

Massarat (1993, 1994) hat z.B. den verhängnisvollen dualen Preis-Mengen-Mechanismus für Rohöl im Zusammenhang mit der Einführung von Ökosteuern in den Metropolen aufgezeigt: Isolierte, etwa durch Ökosteuern induzierte Einsparstrategien im Norden können und werden durch die Mehrförderung der z.T. bevölkerungsreichen armen und daher devisenhungrigen Förderländer konterkariert, sofern sie nicht in der Lage sind, erneut ein angebotsverknappendes Kartell zu schmieden. Der Gewinn wird in den Norden transferiert, der globale ökologische Effekt durch Preissenkung und Angebotssteigerung neutralisiert. Dennoch ist es auch nach Massarat nicht falsch, etwa in Westeuropa oder einem einzelnen Nationalstaat mit der Einführung einer Energiesteuer zu beginnen. Den Kontereffekten kann aber letztlich nur durch ein globales Mengen- und Preisregime für fossile Energieträger hegegnet werden.

Dort, wo eine schnelle Industrialisierung gelingt, also zumindest im Ansatz der Teufelskreis der Armut durchbrochen wird (Südostasien, China), aber auch in Osteuropa muß mit Hilfe des Technologietransfers und mit Hilfe einer vorbildlichen Umweltpolitik in den Metropolen die Effizienzrevolution unterstützt werden (also moderuste Energieversorgungsstrukturen für die neuen Aufsteiger). Zugleich können die ökologischen Sackgassen nachholenden Wachstums (z.B. die Individualmotorisierung) nur verhindert oder abgeschwächt werden, wenn Länder wie die BRD auch bezüglich der Suffizienzrevolution mit gutem Beispiel vorangehen, was im Prinzip einfach zu regulieren wäre, aber politisch extrem schwierig durchzusetzen ist.

Deshalb gilt vermutlich, daß Schritte in Richtung Effizienzrevolution prinzipiell leichter zu gehen sind als solche der Suffizienzrevolution.

Dennoch darf man die Schwierigkeiten auch der Effizienzrevolution nicht unterschätzen, wie die Beispiele Energie- und Verkehrspolitik oder Chemiepolitik zeigen: Immer werden die Interessen der größten Teile des Kapitals in diesen Sektoren fundamental tangiert. Deshalb leistet die Automobilindustrie Widerstand gegen die Verkehrswende, die hochmonopolisierte Energiewirtschaft gegen die Energiewende und die Agrarindustrie Widerstand gegen eine Ernährungswende.

3. Probleme der Suffizienzrevolution

Ökonomen können hierzu nicht besonders viel beitragen. Aber es gilt:

- Kulturelle Neuorientierungen müssen durch neue ökonomische Strukturen gestützt werden, in erster Linie durch gerechtere Einkommensverhältnisse und neue Kontrollstrukturen auf dem Mediensektor, aber z.B. auch durch ein neues Stabilitätsgesetz, das auf das Wachstumsziel verzichtet und stattdessen Vollbeschäftigung, Nachhaltigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Preisstabilität als Ziele fixiert.

- Neue Lebensweisen bzw. Leitbilder müssen entwickelt werden (BUND/MISERIOR 1996). Ihre Akzeptanz setzt ein kulturelles Umfeld voraus, das sie stützt.

- Verbraucherpolitik gewinnt diesbezüglich einen höheren Stellenwert.

- Relativ neu - seit etwa fünfzehn Jahren in der Diskussion - ist das Konzept, möglichst Dienstleistungen zu verkaufen und nicht die für sie benötigten Inputs. Für den Energiebereich z.B. bedeutet das den Verkauf von Wärme, Licht und Kraft, nicht aber von Öl, Strom usw. Analogbeispiel Gesundheitssystem: Es sollen "gesundes Leben" und nicht möglichst viele Arzneimittel und operative Tätigkeiten usw. angeboten werden. Dieses Dienstleistungskonzept kann einerseits zur Steigerung der Effizienz des Angebots eines Nutzenbündels (Gebrauchswertpakets) beitragen, andererseits greift es selbst weitgehend in die Lebensstildiskussion ein, steigert also Effizienz und Suffizienz gleichermaßen (BUND/MISERIOR 1996).

4. Gesamtwirtschaftliche Effekte der Umbaupolitik

Zahlreiche Studien (z.B. Greenpeace-PIW 1994), aber auch theoretische Überlegungen (Schui 1991) zeigen, daß in der Umbauphase mit einer massiven Neuanlage von fixem konstanten Kapital, aber auch mit einer massiven Neustrukturierung des Forschungs- und Entwicklungspotentials sowie des Qualifikationspotentials der Arbeitskräfte zu rechnen ist. Der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekt wird positiv sein, wiewohl es Verliererbranchen und -regionen geben wird. Dies macht eine harte Struktur- und Regionalpolitik erforderlich, die mit der Neustrukturierung der Gesamtnachfrage neue Märkte schafft und deren Wachstum räumlich verteilt (Greenpeace/PIW 1994).

Es wird also Wachstum und Schrumpfung gehen. Der Gesamteffekt hängt vom Tempo des Umhau, von seiner Härte und den ökonomischen Rahmenbedingungen ab, von der Verteilung der Gesamtabsorption auf die verschiedenen Teilabsorptionen des Überschusses und ähnlichen Faktoren. Je entschlossener und härter der ökologische Umhau erfolgen wird, desto stärker wird vermutlich zunächst ein neuer gesamtwirtschaftlicher Wachstumsschub sein. Nach der Realisierung der Umbauphase, die sicherlich 30 bis 50 Jahre dauern wird, kann und muß das ökonomische Aktivitätsniveau drastisch gesenkt werden (Arbeitszeitverkürzung, bessere soziale Dienste aller Art, globale Umverteilung).

5. Global denken, lokal handeln?

Die erste Formel ist zwar populär, aber dennoch borniert: Während man früher fast ausschließlich auf die nationale makroökonomische Globalsteuerung starrte und die Erfordernisse der Neu- und Feinregulierung auf der kommunalen und regionalen Ebene ignorierte, ist die Sichtweise heute häufig umgekehrt: Die regionale oder lokale Ebene wird als die zentrale Handlungsebene fokussiert und die nationale und internationale Ebene entweder als scheinbar komplett entregulierte dethematisiert oder gar als quasi naturgesetzliche Rahmenbedingung hingenommen. Dieses Interpretationsschema ist ein wesentlicher Mangel der "regionalisierten Struktur- und Industriepolitik" in NRW und ihrer theoretischen Fundierungsversuche (vgl. Kilper/Lehner/Rehfeld/Schmidt-Bleek 1996, S. 29) oder auch zahlreicher Versuche, Konzepte für nachhaltige Stadtentwicklung zu entwickeln, ohne die harten Restriktionen oder auch Möglichkeiten der vertikalen Politikverflechtung im Bereich der Umwelt- und Regionalpolitik zu berücksichtigen (vgl. als Gegenposition Netzbandt 1994, Institut für Raumplanung 1995 und Huffscheid 1995b, c).

Spezialanalysen der einzelnen Umweltsektoren zeigen, daß in der Regel in jedem Sektor ein anderer Ebenen-Mix von Regelungen (vertikale Fach- und Allgemeinpolitikverflechtung) erforderlich ist, der jeweils problemorientiert entwickelt werden muß (für die Energiewendepolitik vgl. Müller/Hennicke 1995). Zur politischen Durchsetzung bedarf es dabei immer der Masseninitiativen und des Drucks von unten.

Dies ist also nicht nur ein wissenschaftlicher Prozeß, sondern zugleich einer der Politik und der Demokratie. Die Konzepte der Energiewende und Verkehrswende, die heute hervorragend wissenschaftlich abgesichert sind, zeigen diese Komplexität und Dialektik des Zusammenwirkens von "oben", "dazwischen" und "unten" sehr gut auf.

Literatur

- Altwater, E., 1996a: Der Traum vom Umweltraum. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/1996
- Altwater, E./Mahnkopf, B., 1996b: Grenzen der Globalisierung, Münster
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1988: Schuldenerlaß statt Erpressung. In: Memo-Forum, Nr. 13, Bremen
- dies., 1990: Memorandum '90 - Im deutsch-deutschen Umbruch: Vorrang für sozialen und ökologischen Umbau, Köln
- dies., 1994: Memorandum '94 - Wirtschaftsreformen statt Standortparolen: Politik gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umwelterstörung, Köln
- dies., 1995: Memorandum '95 - Stärkung des Sozialstaates - Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau, Köln
- dies., 1996: Memorandum '96. Gegen kapitalorientierte Standortdebatte und Zeitdiktat bei der Europäischen Währungsunion: Arbeitsplätze, ökologischer Umbau - soziale Sicherung, Köln

- Bömer, Hermann, 1995: Ökologische und soziale Krisen: Entwicklungstendenzen der politischen Ökonomie und ihre Bedeutung für die Raumplanung. Ringvorlesung "Was ist Raumplanung?", Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund, WS 1994/95, erscheint demnächst in der Reihe Dortmunder Beiträge zur Raumplanung
- Bulmahn, E./von Oertzen, P./Schuster, J. (Hrsg.), 1995: Jenseits von Ökosteuern. Konturen eines ökologisch-solidarischen Reformprojektes im Übergang zum Postfordismus. spw-Jahrbuch 1995/96
- BUND/MISERIOR (Hrsg.), 1996: Zukunftsfähiges Deutschland - Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel/ Berlin/Boston
- Düe, Dietmar/Tjaden, Karl Hermann, 1993: Das "wirkliche Leben" jenseits der "Aufhebung des Privateigentums". In: Z 16. Dez. 1993
- Friends of the Earth Europe (Eds.), 1995: Towards Sustainable Europe. A Study from the Wuppertal Institute, Wuppertal, August 1995
- Galbraith, J.K., 1992: Die Herrschaft der Bankrotteure. Der wirtschaftliche Niedergang Amerikas, Hamburg
- Greenpeace/Progress-Institut für Wirtschaftsforschung (PIW), 1994: Strom ohne Atom: Jobkiller oder Jobknüller? Die Beschäftigungswirkungen eines Ausstiegs aus der Atomenergienutzung in Verbindung mit einer ökologisch orientierten Energiewirtschaft (Verfasser: Speiser, Hans-Peter/Hickel, Rudolf), Hamburg
- Hickel, R., 1991: siehe Stratmann-Mertens
- Hobsbawm, Eric, 1995: Das Zeitalter der Extreme, Wien
- Huffscheid, Jörg, 1995 (a): Weder toter Hund noch schlafender Löwe. Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: spw - Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft.2/1995
- Huffscheid, Jörg, 1995 (b): Steuern gegen die Spekulation. Der Tobin-Vorschlag und seine Erweiterungen. In: Memo-Forum Nr. 23, Sept. 1995, Bremen
- Huffscheid, Jörg, 1995 (c): Gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik zum "außenwirtschaftlichen" Gleichgewicht innerhalb der EU. In: Memo-Forum Nr. 23, Sept. 1995, Bremen
- Institut für Raumplanung (IRPUD), Fakultät Raumplanung Universität Dortmund (Hrsg.), 1995: Dortmund und Liverpool. Nachhaltige Stadtentwicklung in altindustrialisierten Regionen. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung P/17, Dortmund
- Keynes, John Maynard, 1936 (1967): The General Theory of Employment, Interest and Money. London, Melbourne, Toronto
- Kilper, H./Lehner, F./Rehfeld, D./Schmidt-Bleek, F. u.a., 1996: Wegweiser in die Zukunft. Perspektiven und Konzepte für den Strukturwandel im Ruhrgebiet, Essen
- Lipietz, Alain, 1995: Der Regulationsansatz, die Krise des Kapitalismus und ein alternativer Kompromiß für die neunziger Jahre. In: Hitz u.a. (Hrsg.): Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich, Zürich
- Massarat, Mohssen, 1993: Endlichkeit der Natur und Überfluß in der Marktökonomie. Schritte zum Gleichgewicht, Marburg
- Massarat, Mohssen, 1994: Ökologie auf Kosten der Natur. Zur Kritik des Energiesteuer-Konzeptes. In: Forum Wissenschaft, Heft 3/1994
- Müller, Michael/Hennicke, Peter, 1994: Wohlstand durch Vermeiden, Darmstadt
- Müller, Michael/Hennicke, Peter, 1995: Mehr Wohlstand mit weniger Energie, Darmstadt
- Netzbandt, Arno, 1994: Ökologisch-sozialer Stadtumbau. Dargestellt am Beispiel der Stadtentwicklung in Hamburg. Diplomarbeit. Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund
- Prieue, Jan, 1991: siehe Stratmann-Mertens
- Prieue, Jan, 1996: Die Suche nach den Ursachen der Krise. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/1996
- Schieder, Werner, 1995: Zaubersformel Ökosteuer. In: Sozialismus, Heft 7/8 1995

Schui, Herbert, 1991: Ökonomische Grundprobleme des entwickelten Kapitalismus, Heilbronn

Stratmann-Mertens, E./Hickel, R./Priewe, J., 1991: Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik, Frankfurt

Zinn, Karl-Georg, 1994: Makroökonomie. Einführung in die Einkommens- und Beschäftigungstheorie (Allgemeine Volkswirtschaftslehre III), Aachen

ANTIFA	FRAUENPROJEKTE	NATURKOST
ARBEITSLOSE	HANDWERK	ÖKOLOGIE
AUSBILDUNG	HANF	SANFTES REISEN
BERATUNG	INFOLADEN	SOZIALES
BILDUNG	INITIATIVEN	TAGUNGSHÄUSER
DRITTE WELT	JUGENDUMWELT	TAUSCHRINGE
ENERGIE	KOMMUNEN	FAIRSICHERUNGEN
FARRAD	MEDIEN VERLAGE	u.v.a. RUBRIKEN

BUNTE SEITEN 96/97

Der Marktplatz für
politisch & ökologisch
handelnde
Projekte und Betriebe



Das einzige Adressverzeichnis
der alternativen Bewegungen.
Mit 11.000 Adressen aus der
BRD, CH, A und internationalen
Kontaktadressen.
240 Seiten, Format 29,7 X 23 cm
ISBN 3-92400085-03-X

*Preis: 30 DM zzgl. 3 DM Versandkosten
(in Briefmarken, V-Scheck, Scheck). Best.
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20,
D-69035 Heidelberg*

isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

analysen fakten & argumente

isw-report

(erscheint vierteljährlich,
z. T. mit beigeheftetem wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Kerneuropa - Keim zur Weltmacht
(Nr. 23, April 1995)

Cash - Crash - Ceino-Kapitalismus
(Nr. 26, Januar 1996)

**Neue Arbeitswelten - lean production,
lean society** (Nr. 27, April 1996)

**Grenzen des Sozialstaats? Referate
des 5. isw-forums** (Nr. 28, Juli 1996)

EURO-Strategien des Kapitals
(Nr. 29, Oktober 1996)

isw-spezial

**Strategische Waffenbrüderschaft
Deutschland-Türkei**
(Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra

Ausbildung & Übernahme
(Nr. 23, Sept. 1995) 4,- + Versand
**Von Krise zu Krise - Standortkrieg
oder Beschäftigungspolitik**
(Nr. 25, April 96), DM 5,- + Versand

wirtschafts- und grafikdienst

Multimedia (Nr. 1, Okt. 95), DM 7,- + Vers.
**Reichtum u. Kapitalmacht in
Deutschland** (Nr. 2, Nov. 95), DM 8,- + V.
Der Steuer-Skandal (Nr. 3, Juni 96),
DM 10,- + Vers.

Prospekte anfordern, bestellen, abonnieren, fördern

isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München,
Fax 089-168 94 15

Neu bei isw!

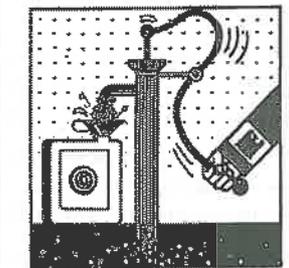
EURO-Strategien des Kapitals



isw REPORT NR. 29
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

isw WIRTSCHAFTS- UND GRAFIKDIENT

Der Steuer-Skandal



Historikertag und Goldhagen-Kontroverse

Was hat der Historikertag mit der Goldhagen-Kontroverse zu tun? Der deutsche Bundespräsident hielt zur Eröffnung des 41. Deutschen Historikertags im September in München eine Rede, in der er die Entwicklung Deutschlands seit dem Zusammenbruch der DDR würdigte. Die Wiederkehr eines neuen deutschen Nationalgefühls sei im Ausland seit 1989 befürchtet worden. Doch, so Herzog, "gestaunt hat man dann über etwas anderes: über die Solidarität, die Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit der Deutschen und über das Ausbleiben jeglicher nationalistischer Töne" (FR v. 18.9.96). Also: außer einer Pogromdebatte, ca. 100 aus rassistischen und antisemitischen Motiven ermordeten Menschen, einem Rechtsrutsch im gesamten politischen und gesellschaftlichen System, gepaart mit Sozialabbau und Militarisierung der Innen- und Außenpolitik, ist tatsächlich nichts gewesen. Die Überfälle auf AusländerInnen, Homosexuelle, Behinderte, Obdachlose und jüdische Friedhöfe sind inzwischen so selbstverständlich wie alltäglich.

Derselbe Historikertag, der diese Rede unwidersprochen ließ, weigerte sich, die Debatte um das Buch "Hitlers willige Vollstrecker" von Daniel Jonah Goldhagen offiziell in sein Programm zu nehmen. Mehrheitlich wurde zunächst eine Aufnahme in das Tagungsprogramm abgelehnt. Dann eine Goldhagen-Sektion ebenso wie öffentliche Podiumsdiskussionen verhindert. Auch eine Zusatzveranstaltung als nachträgliches Angebot fand keine Akzeptanz bei den meisten HistorikerInnen. Die dann doch stattfindende Diskussion am 20.9. ("Goldhagen - kein Thema für den Historikertag?") wurde vom S. Fischer Verlag organisiert und fand - ausgelagert von der Universität - im überfüllten Staatsarchiv statt.

Auf die Frage, warum sich der Historikertag mit Goldhagen so schwer tat, meinte der Vorsitzende des Verbandes der Historiker Deutschlands, Lothar Gall, der Holocaust sei nach achteinhalbtausend Veröffentlichungen ausdiskutiert (*Die Welt* v. 22.9.1996). Woher diese selbstgefällige Arroganz und Ignoranz gegenüber Goldhagens Thesen? Macht Goldhagen der Renationalisierung der deutschen Geschichtswissenschaft und der "Rückkehr zur Normalität" seit 1989 einen Strich durch die Rechnung?

Goldhagen zeigt in seinem Buch unter anderem die - einen Teil des deutschen Sonderwegs konstituierende - Verbindung von Nationalismus und Antisemitismus im 19. Jahrhundert auf (Hitlers willige Vollstrecker, S. 66).

Er analysiert die Motive der ausführenden Täter beim faschistischen Massenmord durch die Polizeibataillone, in den "Arbeitslagern" und auf den Todesmärschen. Er stellt die Frage, erstens was die Täter von ihren Opfern dachten, zweitens, ob sie ihr Tun für richtig befanden, und wenn dem

so war, drittens, wie sie zu dieser Annahme gekommen sind. Die Täter handelten nicht widerwillig, auf Grund von Tatzwang bei Strafe des Todes, nicht nur aus blindem Gehorsam, Gruppen- oder Konformitätsdruck, als kleine Technokraten oder Bürokraten oder im Unklaren über ihr Handeln, sondern sie wollten es tun, weil sie es für gerecht hielten. Goldhagen verweist auf eine stärkere Verbreitung und Kontinuität einer politischen Kultur des Antisemitismus als bisher angenommen. Seine methodische Vorgehensweise ist die Analyse der "Judenfreunde" seit der Judenemanzipation; wenn selbst sie ein bestimmtes "kognitives kulturelles Modell der Juden" besaßen, kann es beim Rest der Gesellschaft nicht besser sein.¹

Daß die deutsche Nation ohne Antisemitismus nicht zu denken ist, beweisen die bisherigen Antisemitismen seit 1989 beispielsweise gegenüber Ignatz Bubis und - nicht zuletzt - die deutschen Reaktionen auf Goldhagens Buch. Nach den Pogromen in Rostock 1992 mußte sich der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, vom Rostocker CDU-Politiker Karl-Heinz Schmidt vorhalten lassen, seine Heimat sei doch Israel. Gleiches widerfuhr Bubis beim diesjährigen Besuch des israelischen Staatspräsidenten Weizmann durch den früheren Bürochef Alfred Dreggers und heutigen Chef der Bundeszentrale für politische Bildung, Günter Reichert. Dieser fragte Bubis, wie ihm denn die Rede seines Präsidenten gefallen habe. Wie oft seit 1989 von bekannten deutschen Politikern und Medien gegen das "internationale Welt- und/oder Finanz- Judentum" gewettert worden ist, läßt sich fast nicht mehr zählen.²

Ähnliches bekam Goldhagen von einigen seiner Rezensenten in Deutschland zu hören, was bereits einer kritischen Betrachtung unterzogen wurde.³ Marion Gräfin Dönhoff fand dafür in der *Zeit* v. 6.9.1996 eine plausible Erklärung: "Auch ist die Befürchtung, daß das Goldhagen-Buch den mehr oder weniger verstummten Antisemitismus neu beleben könnte, leider nicht ganz von der Hand zu weisen." Womit mal wieder geklärt wäre, wer für den hiesigen Antisemitismus verantwortlich ist.

Außer Konkurrenz liefen bei den Rezensionen sicherlich Rudolf Augstein und Mariam Niroumand: wohei zwischen dem seit 1989 immer stärker zum Nationalisten und Antisemiten avancierenden Augstein und der offensichtlich nur unwissenden Filmredakteurin der *Taz*, die noch nicht einmal den Unterschied zwischen dem Holocaust und "Pulp Fiction" erkennen will, noch ein qualitativer Unterschied besteht.

Eine große Schwierigkeit bei der Unterscheidung von konservativen und sozialliberalen Positionen während der Kontroverse um das Buch von

¹ Vgl. Walter Grab, *Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789-1938*, München 1991.
² Eine Chronologie von 1989 bis 1992 bietet: Jürgen Elsässer, *Antisemitismus - das alte Gesicht des neuen Deutschland*, Berlin 1992, S. 128-151.
³ Andrei S. Markovits, *Störfall im Endlager der Geschichte - Daniel Goldhagen und seine deutschen Kritiker*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/96, S. 667-674.

Goldhagen stellt die Einheitsform der Ablehnung durch die Historiker und Journalisten dar. In den ersten Tagen der Goldhagen-Kontroverse im April 1996 machte sich eine merkwürdige Koalition von *Die Welt*, *FAZ*, *Die Woche*, *Der Spiegel*, *FR* und *Taz* über die verwandtschaftlichen Beziehungen des Autors sowie über "alttestamentarischen Atem" (*Die Welt*) und "jüdische Nicht-Historiker, sprich Journalisten und Kolumnisten" in den USA (*FR*, *FAZ* und *Der Spiegel*) Gedanken, daß einen das kalte Grausen überlief. Einig war man sich, daß der rassistische Goldhagen in der Mamer eines racheühenden "Scharfrichters" (*Der Spiegel*) eine neue Kollektivschuld und einen deutschen Nationalcharakter propagiere. Da hilft es auch nicht, wenn der Autor dies bei jeder Gelegenheit von sich wies und darauf aufmerksam machte, daß in seinem Buch nirgendwo die Rede von einem unveränderlichen antisemitischen Nationalcharakter und von Kollektivschuld sei. Stattdessen ist er der Ansicht, "daß der damalige deutsche Antisemitismus eine notwendige, wenn auch nicht die einzige und ausschließliche Erklärung für den Holocaust ist", denn der Massenmord an den europäischen Juden ließ sich "nicht allein durch Verordnung von oben verwirklichen" (*junge Welt* v. 28.5.1996). Dies hielt vor allem die konservativen Rezensenten in der *Welt* und der *FAZ* nicht davon ab, ihm genau das immer wieder vorzuwerfen. Allerdings erweiterten sie ihren Vorwurf noch: Dem "Geschwätz" dienend, "Bekennniseifer" auslösend (Schirmmacher in der *FAZ* v. 15. und 30.4.1996), "Pamphlet", "Zorn von alttestamentarischem Atem" (Jost Nolte in der *Welt* v. 16.4.1996). Weiterhin ließ man es sich nicht nehmen, KritikerInnen der deutschen Rezensionen - wie zum Beispiel die Redakteurin der jüdischen EmigrantInnenzeitschrift *"Aufbau"* (New York), Monika Ziegler - zu beschimpfen (vgl. *FAZ* v. 30.4.1996). Da konnten die neurechten Historiker Alfred Maurice de Zayas und Arnulf Baring nur noch drauf satteln: der erstere, indem er meinte, die Deutschen hätten sich durch den zu ertragenden "Bombenkrieg" nicht auch noch um das Schicksal der Juden kümmern können. Außerdem hält er es für unvorstellbar, daß die Deutschen, die die Judendeportationen sahen, auch nur vermuten konnten, daß diese nun ermordet würden. Folgerichtig fragt er: "Warum glaubt er (Goldhagen) dies?" Wahrscheinlich, weil seit dem Buch "Mein Kampf", dem NSDAP-Programm, den antisemitischen Aktionen seit 1933, der Reichspogromnacht 1938 und spätestens der Rede Hitlers am 30.1.1939 zur "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" erkennbar war, daß selbst "Umsiedlung" tödlich für die Juden enden mußte. Eindeutig wird seine das Täter-Opfer-Verhältnis nivellierende Argumentation, wenn er die Situation der Männer in den Polizeihatäilonen mit der der "jüdischen Täter" in den Sonderkommandos in Auschwitz vergleicht, die die Vergasteten aus den Gaskammern in die Krematorien zu hringen hatten (*Criticón* 150, April/Mai/Juni 1996). Arnulf Baring hatte dem offenbar nichts mehr hinzuzufügen, so daß er zwei Drittel seiner Zeitschriftenrundschau in der *FAZ* v. 18.9.1996 - in Anspielung auf Nolte "Und doch: Vergangenheit die nicht vergehen will" betitelt - dazu aufwand,

de Zayas' *Criticón*-Artikel vorzustellen. In der ZDF-Sendung "Hitlers willige Helfer - Die Deutschen und der Holocaust" vom 8.9.1996 brachte er seine Kritik auf den Punkt: "Ich habe große Schwierigkeiten - mit dem Buch wie mit dem Mann." Ersteres ist diskutabel, zweiteres sein Problem.

Was den Vorwurf der "Remythisierung des Holocaust" betrifft, der von Schirmmacher in der *FAZ* v. 15.4.1996 erhoben und von de Zayas in *Criticón* übernommen wurde, so ist eines bemerkenswert: Während Goldhagen die Täter nicht wie bewußt- und motivlose Maschinen analysiert, die eine mythische Tat begehen, weist der Historiker Christian Meier in einem Interview auf Auschwitz als ein "Ereignis von mythischem Rang" (*Die Welt* v. 17.9.1996) hin und der *Welt*-Journalist Jost Nolte meint: "Die SS hatte an den Leiden des Sisyphos Maß genommen" (*Die Welt* v. 16.4.1996). Wer hier mythisiert, ist also die Frage.

Die sozial-liberalen Positionen wurden von den Historikern Eberhard Jäckel, Hans Mommsen, Hans-Ulrich Wehler und Julius H. Schoeps vorgetragen:

Eberhard Jäckel vertrat seine Position in der *Zeit* v. 17.5.1996 unter dem Titel "Einfach ein schlechtes Buch". Darin macht er Goldhagen neben einigen bedenkenwerten Einwänden auch - belehrend anmutende - ungerichtfertige Vorwürfe. Zunächst wirft er Goldhagen vor, dieser habe den Polizeibataillonshauptmann Hoffmann als Nicht-Mitglied der SS ausgewiesen. Dabei schreibt Goldhagen auf Seite 15 nur, daß Hoffmanns Untergebene keine SS-Mitglieder gewesen seien. Als nächstes behauptet Jäckel, Goldhagen habe weder Shulamit Volkovs Arbeit über die Kontinuität und Diskontinuität des deutschen Antisemitismus seit 1878 genannt, noch ein Literaturverzeichnis angelegt. Im Literaturverzeichnis von S. 687-708 findet sich auf S. 702 Volkovs Arbeit. Letztendlich stimmt Jäckel Goldhagen unbewußt zu: "Im Ernst ist ja ganz unbestritten, daß der Antisemitismus in der Nazi-Zeit höchst virulent war..." Mit einem Unterschied: Jäckel will erst durch Ulrich Herberts Untersuchung über den SS-Intellektuellen Werner Best⁴ wissen, daß der Antisemitismus "noch viel tiefer verwurzelt war, als man bisher annahm" und nicht durch Goldhagens Buch.

Hans Mommsen würde wahrscheinlich auch dem widersprechen. In der SAT1-Talk-im-Turm-Sendung "Die Deutschen und der Judenhaß - waren wir Hitlers willige Henker" vom 28.4.1996 sagte er: "... aktive Antisemiten im Sinne der Unterstellung von Goldhagen gab es in Deutschland auch nach 1933 nur 10 Prozent." Woher weiß er das?

Für nötig befand es Mommsen, öffentlich zu betonen, daß er Goldhagen "niemals promoviert" hätte (*FR* v. 23.9.1996). Wer das protzig behauptet, sollte sich folgende Patzer nicht erlauben und seinen "Gegner" wenigstens richtig lesen: Für ihn ist es "charakteristisch, daß der Harvard-Historiker

⁴ Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903 - 1989, Bonn 1996.

nur Bücher und keine Aufsätze verwertet" (siehe obige Talk-im-Turm-Sendung). Dann fehlt ihm die Erwähnung von Richard Wagner als "unmittelbarer Vorläufer der NS-Rassenideologie" (*Die Zeit* v. 30.8.1996). Außerdem wirft er Goldhagen vor, den "für den Historiker erforderliche(n) Herkunftsnachweis bei den im Buch wiedergegebenen Photographien (zu unterlassen)". Die verwendeten Aufsätze kann man im Anmerkungsapparat - S. 556-686 - und im Artikelverzeichnis - S. 703-708 - finden. Das Abbildungsverzeichnis befindet sich auf Seite 729. Zu Richard Wagner steht auf Seite 466: Der Jude "war, wie Richard Wagner es angsteinflößend und bedrohlich formuliert hatte, 'der plastische Dämon des Verfalls der Menschheit'."

Immerhin konstatiert Mommsen, daß der Antisemitismus eine notwendige, "aber keineswegs hinreichende Bedingung für den Holocaust" darstellt (*Die Zeit* v. 30.8.1996).

Hans-Ulrich Wehler findet "sechs gute Gründe, sich ernsthaft mit Daniel Goldhagens Buch zu befassen - und ebenso viele, warum man seine Erklärung des Holocaust scharf kritisieren muß" (*Die Zeit* v. 31.5.1996). Zunächst mal weiß er es zu würdigen, daß sich Goldhagen mit einigen der rund 40 Polizeibataillone in Polen und Rußland, zwei Arbeitslagern der mehr als 10.000 Lager im faschistischen Machtbereich und mit einigen der mehr als 100 Todesmärsche beschäftigt und teilweise neue Erkenntnisse zu Tage gefördert hat. Außerdem sei die tägliche Entwürdigung der Juden als Massenphänomen von 1933 bis 1945 vor dem "Höllenreich der Gaskammern und Liquidationsaktionen" berechtigterweise erklärungsbedürftig. Auch die mit Christopher R. Brownings Buch⁵ parallel verlaufende Annäherung an individuelle Täter jenseits der anonymisierenden Betrachtung sei von Nutzen. Schließlich sei es notwendig und nützlich, sich mit dem tief in der "Mentalität von Millionen von Deutschen" verankerten Antisemitismus zu beschäftigen, um den Holocaust verstehen zu können. Wehler kritisiert Goldhagens "monokausale(n) Universalerklärung", wodurch "sich jedes Problem in ein Scheinproblem" verwandle. Er spricht bei Goldhagens Buch von einer pseudowissenschaftlich, mentalitätsgeschichtlich camoufflierten Wiederauferstehung eines "Quasirassismus". Die durch fehlende komparative Elemente gekennzeichnete Arbeit schraube in einem Reduktionismus "die wissenschaftliche Diskussion auf den Stand von 1950 zurück".

Julius H. Schoeps - um die Vielfältigkeit der sozialliberalen Positionen abzuschließen - findet Goldhagens Buch diskutierenswert. Er stimmt ihm relativierend zu, wenn er sagt: "Er hat in jedem Fall recht, wenn er darauf verweist, daß der Vernichtungsantisemitismus eine lange Tradition im christlichen Europa hat" (*Die Zeit* v. 26.4.1996).

⁵ Christopher R. Browning, Ganz normale Männer - Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die "Endlösung" in Polen, Hamburg 1993.

Die marxistischen Positionen wurden v.a. von den Historikern Kurt Pätzold und Reinhard Kühnl vertreten:

Kurt Pätzold findet, daß Goldhagens Kapitel zur Rolle der Polizei bei der Massenvernichtung die Forschung weiterbringt - gerade angesichts der "aktuellen Reaktionen auf die Ausstellung über die Wehrmachtverbrechen", die die Mörder immer noch nur in SS-Uniform sehen wollen. Auch sei es ein Verdienst Goldhagens, die "Todesmärsche" aufzuarbeiten. Goldhagen habe überzeugend nachweisen können, daß die Zahl der Täter an den Schreibtischen der Reichsbürokratie, wie auch an den Mordstätten wesentlich größer gewesen sei, als bisher angenommen wurde. Pätzold erkannte, daß Goldhagen "Handlungen, Zahl, Organisiertheit, Befindlichkeit und selbst Lebensumstände der Täter" erfaßt hat. "Goldhagens Darstellung könnte auch helfen, Floskeln wie die von den Verbrechen 'in deutschem Namen', 'in dunkler Zeit' oder 'von deutscher Hand' wenigstens zurückzudrängen." Kritikwürdig findet Pätzold die Reduzierung der Vorgeschichte des Holocaust auf "die Geschichte des antisemitischen Denkens in Deutschland". (*Leipziger Volkszeitung* v. 16.8.1996). Er bemängelt Goldhagens These, das entscheidende Charakteristikum, das zentrale und kennzeichnende Merkmal der faschistischen deutschen Gesellschaft sei die Judenpolitik (*ND* v. 17/18.8.1996). Oder, wie Reinhard Kühnl kritisiert, es entstehe der Eindruck, "daß der deutsche Faschismus auf ein Unternehmen zum Zwecke des Judenmords zu reduzieren sei". Die idealistische Geschichtsinterpretation Goldhagens müsse durch eine materialistische erweitert werden, denn "die Frage ist doch gerade, welche sozialen, politischen, institutionellen Bedingungen und Interessen zusammenwirkten, damit die 'Denkmöglichkeit' Judenmord erstens sich herausbilden, zweitens verfestigen und drittens zur Realität werden konnte" (*junge Welt* v. 24.6.1996). Dazu müsse zum einen der Kapitalismus als Gesellschaftssystem und zum anderen der Sonderweg des deutschen Nationalstaates untersucht werden. Kühnl, Pätzold, Mommsen und Wehler sind sich einig, daß Goldhagen den Holocaust nicht mit den anderen faschistischen Massenmordplänen (wie dem "Generalplan Ost" oder dem "Generalsiedlungsplan", in denen bei weiterem Siegeszug der Wehrmacht der Massenmord an mehr als 30 Millionen "Slawen" geplant war), in Beziehung setze.⁶

Die Erklärung für den "qualitativen und quantitativen Sprung" zwischen dem christlichen und rassistischen Antisemitismus in Europa und dem deutschen Massenmord an den europäischen Juden kann nur eine Analyse bieten, die sowohl den Sonderweg Deutschlands⁷ betrachtet, als auch den Antisemitismus als Bestandteil des Bewußtseins innerhalb der Entstehung

⁶ Vgl. Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung - Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt a. M. 1993.

⁷ Vgl. Reinhard Kühnl, Deutschland seit der französischen Revolution - Untersuchungen zum deutschen Sonderweg, Heilbronn 1996.

und Entwicklung bürgerlicher Gesellschaften begreift.⁸ Sie muß weiterhin bei aller Kontinuität der Geschichte deren Brüche herausarbeiten und die Ursachen ermitteln, warum - besonders in Deutschland - die Kontinuitäten bis heute zumeist stärker waren.

Doch damit wollte der deutsche Historikertag sich nicht beschäftigen. Denn für Deutschland geht es seit 1989 nicht um Bearbeitung der Vergangenheit, sondern, wie der konservative Historiker Michael Stürmer vor zwei Jahren vor der Hans-Martin-Schleyer-Stiftung sagte: "Innenpolitisch geht es, wie allgemein bekannt ist, bei uns um Lohnstückkosten, Soziallasten, Innovationsfähigkeit, Wiedergewinnung der inneren Handlungsfähigkeit. Außenpolitisch geht es um die große Frage, wie wir unsere Rolle in Europa als atlantischer Partner, als Hauptinteressent in Osteuropa, wie auch als 'global player' wahrnehmen".⁹ Da kann Goldhagens Erinnerung über deutsche Taten im Osten nur stören. Denn, so Frank Schirrmacher in der FAZ v. 15.4.1996: "Glaubt man den Thesen des Buches, kann der Weg der Deutschen ins einundzwanzigste Jahrhundert nur mit Skepsis und Furcht betrachtet werden."

Immerhin gelang dem Münchner Oktoberfest, was Daniel Goldhagen nicht erreichte: ein entscheidender Einfluß auf den deutschen Historikertag. Um nicht die zur Oktoberfestzeit üblichen überhöhten Hotelpreise zu bezahlen, wurde das Ende des 41. deutschen Historikertags von Samstag auf Freitag vorverlegt und das Programm entsprechend geändert. Deutsche Kultur eben.

⁸ Vgl. Wolfgang Fritz Haug, Antisemitismus in marxistischer Sicht, in: Herbert A. Strauß, Norbert Kampe (Hrsg.), Antisemitismus, Bonn 1984, S. 234-255. und Moïse Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus, in: Dan Diner (Hrsg.), Zivilisationsbruch, Frankfurt a. M. 1988, S. 242-254; zur Frage der (instrumentellen) Rationalität bei der Judenvernichtung vgl. Wolfgang Schneider (Hrsg.), Vernichtungspolitik, Hamburg 1991; Reinhard Kühnl, Judenhaß und Judenmord - unerklärlich und unbegreifbar? In: Gudrun Hentges u.a. (Hrsg.), Antisemitismus, Heilbronn 1996, S. 25-38, und Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Bonn 1996, S. 146-178.

⁹ Arnulf Baring, Rupert Scholz (Hrsg.), Eine neue Interessenlage? Köln 1994, S. 210.

Kurt Pätzold

Sind die Helden müde?

Zehn Jahre nach dem Historikerstreit

Manche erinnern sich trotz der vielen mitunter sich überstürzenden Ereignisse der Geschichte, die das letzte Jahrzehnt anfüllen, noch des Vorgangs, der im Sommer 1986 und dann nahezu ein Jahr lang Gemüter über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus erhitzte. Am 11. Juli 1986 veröffentlichte Jürgen Habermas seinen Artikel "Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung".¹ Er erst löste mit Verspätung den "Historikerstreit" aus, für den Anlässe seit längerem schon vorlagen. Vor allem hatte sie der Ordinarius an der Freien Universität Berlin, Ernst Nolte, gegeben. Auf ihn, aber auch auf Publikationen des Kölner Historikers Andreas Hillgruber bezog sich Habermas. Sein Angriff auf die heiden Geschichtsrevisionisten warf generelle Fragen auf: Wohin steuert die deutsche Geschichtswissenschaft? Mit welchen Bildern von deutscher Vergangenheit, namentlich jener zwischen den Jahren 1933 und 1945, sollen die Bundesbürger versorgt werden?

Aufmerksamkeit und Wirkung der von Habermas ausgesprochenen Kennzeichnung und Kampfansage können nur ermessen werden, wenn man sich daran erinnert, daß gerade ein Jahr seit dem in Bonn mit erheblichem staatspolitischen Aufwand hegengenen 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus vergangen war. Da hatten zum einen der Bundeskanzler und sein Gast, der Präsident der USA, Ronald Reagan, das Schauspiel von Bitburg inszeniert. Es symbolisierte die Absicht, über zwölf Jahre Vergangenheit wie über den Gräbern des Soldaten- (und SS-Angehörigen-) Friedhofs Gras wachsen zu lassen. Zum anderen hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker jene Rede gehalten, deren Text sich eindrucksvoll von Tendenzen der revisionistischen Geschichtsbetrachtung distanzierte. Nun, ein Jahr später, stellte sich die Frage, inwieweit die Erklärungen des Staatsoberhaupts als Zeichen eines gewandelten Geschichtsbewußtseins der Deutschen - wenigstens ihrer Mehrheit - genommen werden konnten.

Diese Frage erneuerte sich his auf den heutigen Tag immer wieder. Bei seinem Israel-Besuch im Jahre 1995 sagte Bundeskanzler Kohl in Yad Vashem: "Für uns Deutsche ist das eine schreckliche Erinnerung und wir können nur mit Scham zurückblicken auf all das, was unschuldigen Menschen im deutschen Namen angetan ward."² Der verquast-literarisierende

¹ Der Artikel wurde mehrfach gedruckt, u.a. bei Reinhard Kühnl, Vergangenheit, die nicht vergeht. Die "Historiker-Debatte". Darstellung und Kritik, Köln 1987, S. 42ff.

² Zit. in: Rachel Bendicha, "Bruder" und "guter Freund". Kohl im Nahen Osten, in: "Tribüne", Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 34. Jg., Heft 135, 3. Quartal 1995, S. 10.

handelte sich, wie der Verlauf des Streits erwies, nicht um die Verirrungen zweier Forscher, wobei das Hervortreten Hillgrubers, der forschend viel zur Feststellung deutscher Verbrechen getan hatte, am meisten verwunderte. Neu war, daß im akademischen Bereich Fürsprecher von Auffassungen hervortraten, die vordem nur außerhalb der Zunft angetroffen werden konnten.

Nun ist ein Jahrzehnt verflossen. Wie stellen sich Sieg und Niederlage, Gewinner und Verlierer heute dar? Andreas Hillgruber, dem mancher zugebraut haben mag, daß er seine Position noch überdenken könnte, ist früh verstorben. Ernst Nolte, in der Geschichtswissenschaft seit eb und je Außenseiter, von dem kaum jemand erwartete, daß er Gegenargumente aufnehmen würde, wurde emeritiert. Martin Broszat, der seiner Wortmeldung die Überschrift gab "Wo sich die Geister scheiden"⁸, ist nicht mehr unter den Lebenden. Manche Disputierende zogen inzwischen von Deutschland-West in das als befreit angesehene Deutschland-Ost. Sie übernahmen dort per Abwicklung oder auf andere Weise freigemachte Lehrstühle an Universitäten oder die Leitung von neugeschaffenen geschichtswissenschaftlichen Instituten. Jürgen Kocka wurde der Gründungsdirektor des Instituts für Zeithistorische Studien in Potsdam, das sich vorwiegend mit der Geschichte der DDR befaßt. Inzwischen ist ihm Christoph Klessmann auf diesen Platz gefolgt. Heinrich August Winkler zog es von Freiburg an die Berliner Humboldt-Universität. Lutz Niethammer ließ sich von der Fernuniversität Hagen an die Universität Jena berufen. Weitere Historiker übernahmen zeitweilige Aufgaben im Vereinheitlichungsprozeß. Die einen folgten dem Ruf des Staates und stellten sich für die Arbeit in den Struktur- und Berufungskommissionen zur Verfügung. Sie erledigten den Personalwechsel auf Lehrstühlen und im akademischen Mittelbau. Andere wirkten in Gremien wie denen zur Neugestaltung der Gedenkstätten auf dem Gelände ehemaliger Konzentrationslager. Eberhard Jäckel saß der Kommission für die Gedenkstätte in Buchenwald vor. Bernd Faulenbach leitete die Kommission für die Gedenkstätten im Land Brandenburg. Lutz Niethammer publizierte über die Rolle der kommunistischen Funktionäre im Lager Buchenwald, so die Geschichtspolitik unterstützend.

All das wird hier lediglich als ein Teil der praktischen Folgen erwähnt, die sich aus der Wende deutscher Geschichte ergaben: Nicht nur Politiker und Kapitalisten wurden und blieben nach dem 3. Oktober 1990 zusätzlich vielbeschäftigt. Für sie hatte das Ende der DDR Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte und Frontstellungen verändert. Der geistige Hauptfeind stand nun ostwärts in den Grenzen des eigenen Staates. Als solcher galten die Zunftkollegen in der "Wissenschaftswüste DDR" und namentlich renommierte Verfechter marxistischer Geschichtsauffassung. Dabei war es zumeist gleichgültig, ob sie je dogmatische Positionen bezogen hatten oder nicht.

⁸ Reinhard Kühnl, (vgl. Anm. 1), S. 108ff.

Für eine definitive Bilanz der Folgen des Jahres 1990 auf geistigem Feld ist es verfrüht. Manches deutet darauf hin, daß die veränderte Front- und Kampfstellung vielen zugute gekommen ist. Offenbar konnte sie auch von jenen genutzt werden, die eine neue Welle nationalen Hoch- und Wohngedehls entfachen und alles Neubedenken der Geschichte von 1933 bis 1945 in die nun zu vernachlässigende Vorvergangenheit abdrängen wollten. Dieser Absicht kam entgegen, daß zwischen die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches und die Gegenwart die inzwischen abgeschlossene 40-jährige Periode der deutschen Teilung getreten war. Zudem hatten sich bereits vor 1989 in beiden deutschen Staaten immer mehr Wissenschaftler der Geschichte des eigenen Staates zugewandt. Diese Entwicklung erhielt 1990 einen mächtigen, aber einseitigen Impuls. Die Aktenmasse, welche Staat und Gesellschaft der DDR hinterlassen hatten, lag - mit Ausnahmen - für die Forschung offen.

Worauf es in unserem Zusammenhang ankommt, ist nicht die Frage, wieviele Wahrheiten und wieviele Halbwahrheiten, wieviele Erkenntnisse und Teilerkenntnisse über die Geschichte nach 1945 inzwischen zutage gefördert wurden. Die erfolgte Neuorientierung hat die Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkrieges aus der ersten Reihe der Forscherarbeit verdrängt. Das ist ein normaler, sich im Fortgang der Geschichte und zumal nach deren Wenden immer wieder vollziehender Vorgang. Nur ist dabei dreierlei im Blick zu behalten. Erstens: Vor der Periode der deutschen Zweistaatlichkeit existierte ein außergewöhnliches Staatswesen, ein Reich von beispiellos verbrecherischem Charakter. Zweitens: In Deutschland hat sich ein durchweg kritisches und stabiles Bild dieses Staates keineswegs überall durchgesetzt. Die Beweise dafür liefert nahezu jeder Tag, und zwar durch das Wort ebenso wie durch die Misstet. Drittens: Nach wie vor sind Politiker, Historiker und Publizisten bemüht, das Bild dieses Reiches zu schönen.

Zweierlei "Historisierung"

Als Vehikel für diese Versuche gilt nicht selten die Forderung nach der "Historisierung" des Nationalsozialismus. Zu ihrem Fürsprecher hatte sich Martin Broszat gemacht. Die Art und Weise ihrer Aneignung zeigte bald, daß die Devise allzu bunt und mehrdeutig schillerte. In ihrer antirevisionistischen Auslegung, die Broszat meinte, sollte sie dem Prinzip Raum schaffen, die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 mit dem gleichen wissenschaftlichen Instrumentarium zu untersuchen und nach den gleichen wissenschaftlichen Theorien zu bewerten, die gemeinhin in der Geschichtswissenschaft gelten. Von Revisionisten gebraucht, erhielt die Forderung einen ganz anderen Sinn. Hier verbindet sie sich mit der Absicht der "Relativierung" jener zwölfjährigen Geschichtsperiode auf dem Wege absichtsvoll angestellter Vergleiche, die sämtlich auf die Aussage zulaufen: "Die anderen auch".

Geleugnet wird, daß kein zweiter Staat seit dem Beginn des kapitalistischen Zeitalters einen Krieg mit derart unmenschlichen Zielen begonnen und geführt hat wie eben dieses Deutsche Reich. Im Zentrum der "Entsorgung" deutscher Geschichte steht der Versuch, die Verantwortung für den Krieg anderen Staaten aufzubürden. Der Angriff auf die UdSSR wird als Präventivkrieg dargestellt, der geführt werden mußte, um einem spätestens für 1942 geplanten sowjetischen Angriff zuvorzukommen. Mit Vorliebe berufen sich die Vertreter der Konzeption, die Deutschlands Kriegsschuld negieren oder wenigstens herabmindern möchte, dabei auf ausländische "Autoritäten", wie Viktor Suworow, der exakt weiß, daß Stalin am 19. August 1939 endgültig beschlossen habe, den Krieg gegen das Deutsche Reich am 6. Juli 1941 zu beginnen.⁹

Der prominenteste bundesrepublikanische Verfechter der Präventivkriegstheorie ist der ehemalige Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg, Joachim Hoffmann.¹⁰ Er zielt, wie der Titel seines einschlägigen Werkes zeigt, nicht nur darauf, der UdSSR die Kriegsschuld aufzubürden, sondern bezichtigt sie, einen "Vernichtungskrieg" geführt zu haben. Der Skandal dieser Publikation besteht indessen nicht allein in der erneuten Darlegung einer von der Mehrheit der Spezialisten im Forschungsamt nicht geteilten Geschichtsfälschung. Komplettiert wird er durch ein zustimmendes Vorwort, das der amtierenden Leitende Archivdirektor des Bundesarchivs-Militärarchivs, Manfred Kehr, beisteuerte. Darin wird - die Sprache ist auch verräterisch - Stalins "Vernichtungs- und Eroberungskrieg" mit Hitlers "Feldzug gegen die Sowjetunion" konfrontiert.

Mit gleicher Absicht wird neuerdings auch Polen und den Westmächten ein Übermaß an Verantwortung für den Weg zum 1. September 1939 angelastet. Die an ihre Regierungen gerichtete Kritik betrifft nicht das Versäumnis vorbeugender Abschreckung, sondern richtet sich auf deren angeblich nicht weit genug getriebene Befriedigung deutscher Ansprüche. Kein Wort fällt über die Unersättlichkeit der Herrschafts-, Macht- und Ausbeutungspläne der deutschen Imperialisten. Stattdessen werden die "Vorwürfe" wiederholt, die schon die politische Clique um Hitler erhob: gegen Großbritannien angebliche Einkreisungspolitik, gegen die von London und Paris bestärkte Unnachgiebigkeit der Regierung in Warschau gegenüber den Forderungen aus Berlin usw. Diese Deutungen führen hinter alle dokumentarischen Beweise zurück, die für das aus dem Weltherrschaftsprogramm der deutschen Machthaber hervorstechende Kriegsinteresse beigebracht worden sind. Tief versteckt werden soll die Tatsache, daß Ende der dreißiger Jahre in Europa nur ein Regime auf den Krieg hinarbeitete, ihn wollte und ihn auslöste: der deutsche Faschismus.

⁹ Viktor Suworow, "Der Tag M", Stuttgart 1995.

¹⁰ Joachim Hoffmann, Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945, München 1995. Vgl. auch die Besprechungen in: Die Zeit, Nr. 46/1995 und Nr. 2/1996.

Den revisionistischen Publizisten in Deutschland waren und sind Veröffentlichungen hochwillkommen, in denen Ausländer ihren Fälschungen der Geschichte zustimmen oder - besser noch - sie durch eigene Thesen stützen. Autoren dieses Typs sind seit Jahrzehnten greifbar und finden in der BRD Übersetzer und Verleger. Seit jüngstem auch in Verlagen, denen solche Beihilfe noch vor Jahren nicht zugetraut worden war. Das neueste so auf den deutschen Markt geratene Machwerk stammt von einem Kanadier namens James Baque. Sein Verfasser wird vom Verlag als "kritischer Zeithistoriker" vorgestellt.¹¹ Er behauptet, der Völkermord sei im und vor allem nach dem Kriege vorsätzlich an den Deutschen begangen worden. Die Summe der von den Kriegsgegnern getöteten Deutschen übertreffe diejenige der Toten aus der Herrschaft des Hakenkreuzes über Europa. Kaum zufällig nennt Baque allein die Zahl von 5,7 Millionen Verhungerten; ist das doch exakt die zur Zeit des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses angegebene (geschätzte) Zahl der von Deutschen und deren Kollaborateuren ermordeten Juden. Dazu addiert er die in Kriegsgefangenschaft und auf der Flucht vor dem Krieg und den Siegern Umgekommenen, wobei er mit Zahlenangaben operiert, die sich jeder Nachprüfung entziehen.

Die revisionistische "Historisierung" entwirft auch von der Innenpolitik des Nazireichs ein partiell positives und normales Bild. Vollbeschäftigung, Maßnahmen zur Förderung von Eheschließungen und Kinderzeugung und weitere auf dem Felde der Sozial- und Wirtschaftspolitik werden ihrer Zusammenhänge entkleidet und - nicht anders als es die Machthaber selbst taten - als Errungenschaften bezeichnet. Deutschland habe sich im Zeichen des Hakenkreuzes auf einem (wie allenfalls zugegeben wird: besonderen) Wege zu einem modernen Gemeinwesen befunden. Immer häufiger taucht in der Publizistik der Begriff "Schattenseiten der NS-Diktatur" auf, der den Gedanken an die "Lichtseiten" suggeriert. Es ist leicht zu erkennen, daß "Historisierung" hier nichts anderes darstellt als den sprachlichen Mantel für Verharmlosung und Verfälschung.

Zerfallsprodukt oder Signal?

Dieses Bild vom Faschismus hat sich im allgemeinen Geschichtsbewußtsein nicht durchgesetzt. Doch wird es im ganzen wie in Teilen wieder und wieder in Wort und Schrift angeboten. Unlängst veröffentlichte der Ullstein-Verlag eine Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945¹², in der die Nazizeit im beschriebenen Sinne grob geschönt wird.

¹¹ James Baque, Verschwiegene Schuld. Die alliierte Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945. Berlin 1995. Rezension von Bernd Greiner, in: Die Zeit, Nr. 5, 26. Januar 1996, und von Peter Steinbach, in: Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands, Folge 126, Mai 1996, S. 8ff.

¹² Karlheinz Weißmann, Der Weg in den Abgrund: Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945, Berlin 1995. Zur Bewertung vgl. die Rezension von Ulrich Schneider, Der "wissenschaftliche" Weg in den Abgrund. Ein Geschichtsrevisionist in der renommierten

Der Stammvater des darin gebotenen Faschismushildes ist Ernst Nolte, der 1994 in einem Interview rundheraus und knapp erklärte: "Jedenfalls leugne ich nicht, daß es im Nationalsozialismus positive Elemente und positive Tendenzen gegeben hat."¹³ In dessen Fußtapfen marschierte der Ullstein-Autor Weißmann. Seine Darstellung verweigert sich dialektischem Denken strikt. Zutageliegende Zusammenhänge von Wirtschafts-, Sozial-, Rüstungs- und Kriegspolitik werden unbekümmert ignoriert. Daß dieser Prozeß nahezu widerstandslos vorankommt, ist auch Folge des weitverbreiteten Bestrebens, sich keinerlei Verdacht auszusetzen, auch nur eine einzige Anregung für Forschen und Nachdenken von Karl Marx hezogen zu haben.¹⁴

Die Außenpolitik, für die Hitler stand, gilt als bloße Folge des Versailler Vertrags. Eine Kontinuitätslinie imperialistischer Eroberungstendenzen scheint die Forschung nie rekonstruiert zu haben. Gegenspieler und Opfer Hitlers seien die deutschnationalen Rivalen und Konkurrenten der Hitlerfaschisten gewesen. Die "Harzburger Front", die diese Aussage widerlegt, habe es "im eigentlichen Sinne" nicht gegeben, sie existierte angeblich nur in Hugenbergs Einbildung.¹⁵ Damit wird nicht nur über das nach mehreren Anläufen schließlich 1933 zustandegekommene Bündnis der Rivalen hinweggetäuscht, sondern zugleich die zeitgenössische Rechte rehabilitiert. Sie wie deren geistige und politische Vorläufer trifft nicht der Schimmer eines Verdachts, in irgendwelchen gedanklichen und praktisch-politischen Verwandtschaftsbeziehungen zur äußerten Rechten gestanden zu haben.

Das Buch aus dem Ullstein-Verlag wurde als Produkt des Versagens und der Versäumnisse von Personen dargestellt. Selbst wenn - wie stets - Entscheidungen Einzelner im Spiele gewesen sein mögen, erhebt sich die Frage, warum solches Zufallsspiel ein revisionistisches Produkt hervorbringt und nicht (und es läßt sich wohl sagen: niemals) ein Werk "linker" Autoren zeitigt. Müßten daher nicht Erfolge der Revisionisten, (denn daß einer von ihnen den Band schreiben konnte, ist als Erfolg anzusehen¹⁶), als Indiz für gesellschaftliche Zustände genommen werden, wie Habermas bereits 1986 vermutete?

Es gehört und paßt in diese Szene, daß sich - wiederum wie 1986/1987 - nun Stimmen hörbar machen, die der Beruhigung das Wort reden. Das tat der in Sachsen zu einer Professur gelangte Eckhard Jesse. Es könne keine Rede von einem "Aufschwung rechts" sein, versichert er. Die u.a. von

Propyläen Geschichte Deutschlands, in: "Der rechte Rand", Nr. 39, März/April 1996, S.6/7.

¹³ Zit. in: Ulrich Schneider, Geschichtsrevisionismus heute, Hrsg. VVN/Bund der Antifaschisten Hessen (Frankfurt a.M. 1994), S. 17.

¹⁴ Dazu ausführlicher: Karl Heinz Roth, Der historische Revisionismus in Deutschland - Zwischenbilanz und Perspektiven, in: "1999", H. 4/1994, S. 11.

¹⁵ Zit. ebenda, S. 6.

¹⁶ Unabhängig von der inzwischen mitgeteilten Tatsache, daß der Verlag den Band aus den Buchhandlungen "zurückruft", wie das bei fehlerhaften Kraftwagen geschieht.

Hans-Ulrich Wehler konstatierte "Erosion der Abgrenzung nach rechts" gäbe es nicht. Auch sei es als Folge des Zusammenbruchs der DDR nicht zu einer "Aufwertung rechtsextremer Tendenzen" gekommen. Deren Vertreter befänden sich isoliert in der "intellektuellen Mehrheitskultur", könnten nicht salonfähig werden und spielten in der "intellektuellen Diskussion eine eher marginale Rolle". Jesse will den Eindruck erwecken, als bestünde auf geistigem Gebiet zwischen der "demokratischen" und der "extremen Rechten" eine scharfe und unübersteigbare Trennwand. Die Beunruhigung habe sich gegen die geistige Linke zu richten.¹⁷

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß neuerdings Autoren ganz unterschiedlicher Positionen gemeinsam in Sammelwerken auftauchen. In ihnen werden nicht Kontroversen ausgetragen, sondern der Leserschaft im Zeichen des Pluralismus koexistierende Beiträge angeboten. Diese Praxis bewirkt eine Aufwertung der Verfechter revisionistischer Auffassungen oder ihrer Beschützer. So vereinen sich unter der Herausgeberschaft von Roland Smelser, Rainer Zitelmann und Enrico Syring Autoren¹⁸, die vor Jahren Entscheidungen über die Gesellschaft, in die sie sich begeben, anders trafen. Die Fernsehserie über Hitler, die 1995 im öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Bundesrepublik exakt in dem Augenblick ausgestrahlt wurde, da der 50. Jahrestag des Hauptkriegsverbrecherprozesses eine Blickerweiterung anbot, berief sich auf eine wissenschaftliche Beratergruppe, die bunter nicht zusammengesetzt sein konnte. Stets aber funktioniert die Abgrenzung gegen "links" nahezu perfekt. Sie bewährte sich auch während der "Abwicklung", bei der sozialdemokratische, liberale und konservative Historiker zusammenwirkten.

Geschichte im Alltag der Republik

Die Mehrheit der Bevölkerung dürfte von der verharmlosenden Sicht auf das Nazireich nicht durch Buch- und nicht einmal durch Fernsehproduktionen erreicht werden. Seit 1990 wird ihr die Relativierung der Verbrechen des Regimes aber permanent, eingängig und billig mit der These von den "zwei deutschen Diktaturen" und vom "verbrecherischen ostdeutschen Unrechtsregime" eingepaukt. Die Herstellung enger Beziehungen zwischen der Nazidiktatur und dem System des "Realsozialismus" (auch wenn zu meist heteuert wird, daß die angestellten "Vergleiche" keine Gleichsetzung beabsichtigten) läßt Krieg und Massenmord als marginal erscheinen.

Gegen dieses Aneinanderrücken, für das auch die Legende vom "verordneten Antifaschismus" ein Vehikel bildet, erhebt sich selten Widerspruch. Historiker, die es anders und besser wissen, schweigen. Gegner der Totali-

¹⁷ Eckhard Jesse, Aufschwung rechts? Merkwürdige Übungen beim Ausgrenzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Dezember 1995, S. 39.

¹⁸ Zu den Autoren von Die braune Elite, Bd. II, Darmstadt 1993, gehörten u. a. Ian Kershaw, Gerhard Paul, Hans-Werner Schmuhi, Jay W. Baird, Henry Ashby Turner jr., Harold James, Eckhard Jesse, Enrico Syring.

tarismus-Doktrin, an denen es nicht mangelt, beschränken sich auf akademische Erörterungen. Sie prüfen, inwieweit die Doktrin nicht "in Grenzen" als Denkmodell und Vehikel für Erkenntnisfortschritte dienen könne. Das fördert deren Wiederbelebung auch. Subjektiv stellt sich dies mitunter als ein Akt von Bußfertigkeit dar, wie Karl Heinz Roth bemerkte. Die Revitalisierung bezieht ihre Kräfte auch "aus der Feder von Leuten, die sich 25 Jahre zuvor mittels der kritischen Theorie um eine empirisch-analytische Schärfung des Blicks auf die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Faschismus bemüht haben".¹⁹

Unlängst kam es in einer Tagung der Abgeordneten des Berliner Stadtbezirks Treptow zu einer Auseinandersetzung über das Ja und das Nein zur Fusion von Berlin und Brandenburg. Den Gegnern des einen Landes Berlin-Brandenburg wurde erklärt, sie hingen "in nostalgischer Weise dem faschistoiden System der DDR" an. Wissenschaftliche Geschichtserkenntnis und öffentliches Geschichtsbewußtsein fallen offenkundig mehr und mehr auseinander. Es regiert - wie die Episode aus Treptow zeigt - weithin eine primitive, das meist komplizierte geschichtliche Geschehen bis zur Groteske und Farce vereinfachende und verunstaltende Propaganda, die sich mit "Argumenten" aus der Vergangenheit schmückt. Diese Entwicklung schreitet ungeachtet der Tatsache fort, daß ständig Fortschritte in der Faschismus-Forschung erreicht werden. Jüngere Wissenschaftler setzen die Arbeit ihrer antinazistischen Lehrer fort. Mit sich spezialisierenden Untersuchungen des Systemganzen und durch regional- und lokalgeschichtliche Studien wird das Naziregime bis in viele seiner "Winkel" ausgeleuchtet. Das gilt gerade auch für die Themen Judenverfolgung und Judenmord und für die Rolle der Wehrmacht in "Feindesland".

Doch werden diese Arbeiten teils ignoriert, teils offen beföhdet. Nichts legte das deutlicher bloß, als die Reaktion auf die unterbreiteten gesicherten Forschungsergebnisse über die deutschen Streitkräfte. Man denke an das Echo, das die in Hamburg gefertigte und (bisber) in acht Städten der Bundesrepublik und Österreichs gezeigte Ausstellung über die Rolle der Wehrmacht in besetzten Gebieten und Staaten hervorrief.²⁰ Ähnliche Verweigerungen waren in der langwierigen Auseinandersetzung um die Namen von Bundeswehrkasernen zu beobachten. Nur dadurch, daß einzelne Fachwissenschaftler mit einer engagierten öffentlichen Minderbeit zusammenwirkten, kam nach langem Streit der Bundesminister für Verteidigung nicht umhin, die Namen von Eduard Dietl und Ludwig Kübler tilgen zu lassen.

¹⁹ Karl Heinz Roth, a.a.O., S. 11.

²⁰ Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, hrsg. v. Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1995. Vgl. die Rezension des Buches zur Ausstellung in Z 23, S. 217ff. Zur Zwischenbilanz der Erfahrungen mit der Ausstellung vgl. Mittelweg 36, Nr. 1/1996.

Die "Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen" wird, wie das auch bei Weißmann geschieht, denjenigen zur Last gelegt, die sich gegen die Besetzung und Ausplünderung ihrer Länder, gegen Zwangsverschleppung und Ausrottungspolitik zur Wehr setzten. In der Sowjetunion hätte sich die Wehrmacht "mit der außerordentlich schwierigen militärischen Situation" auseinandersetzen müssen, weil das Gebiet ausgedehnt und die Bevölkerung feindselig gewesen sei.

Der "ritterliche" Offizier und der "ehrenhaft" kämpfende Soldat in der "tapferen" Wehrmacht - so die Geschichtslegende. Für deren Verbreitung wird nach wie vor vehement und "oftmals geradezu böseartig" gestritten.²¹ Beispielsweise wiederum anlässlich einer Ausstellung, die den Titel "Soldaten sind Mörder. Deutsche Kriegsverbrechen in Jugoslawien" trug und im April/Mai 1996 in Heidelberg gezeigt wurde. Der Kreisvorsitzende der CDU in der Universitätsstadt, der zugleich Abgeordneter im Deutschen Bundestag ist, verlangte augenblicklich, aber vergeblich, die "skandalöse" Ausstellung zu schließen.²² Daß Untaten begangen wurden, wo die Wehrmacht ihren Fuß hinsetzte, vermag auch er nicht zu leugnen, doch möchte er sie auf "Handlungen von Einzelpersonen" reduziert wissen.

Dabei ist die ganze Wahrheit nicht einmal bezeichnet, wenn die Massenhaftigkeit der von der Wehrmacht, von Generalen, Offizieren und Mannschaftsdienstgraden, im Kriege begangenen Verbrechen eingestanden wird. Sie ist erst festgestellt, wenn der Charakter dieser imperialistischen Armee klar beschrieben ist, den sie nicht erst annahm, als Hitler ihr "Oberster Befehlshaber" wurde. Das Angriffsinstrument des deutschen Imperialismus formierte sich seit den Tagen der eben erlittenen Niederlage von 1918. Bereits in der Reichswehr dominierte ein Geist gnadenloser Unversöhnlichkeit gegenüber den Gegnern, denen das kaiserliche Heer und die aus ihm übernommenen Militärs soeben unterlegen waren. Das Konzept, dem die Militärführung in der Republik folgte, war von einer Auswertung der "Lehren des Weltkriegs" bestimmt, die keinerlei kritisches Verhältnis zu Nationalismus, Chauvinismus und Expansionismus gewann. Stattdessen wurde mit der "Dolchstoßlegende" als dem zentralen Bild, das die Ursachen der Niederlage verfälschte und hinwegglog, "der alte Feindbegriff intensiver gefaßt und die Vorstellung vom deutschen Machtstaat weiterentwickelt".²³ In dieser Söldnerarmee ging es nicht darum, schrieb Manfred Messerschmidt, "die Nation auf Zusammenhalt in einem sog. Verteidigungskrieg vorzubereiten, sondern um die Herstellung unbedingter Ge-

²¹ Wehrmacht-Ausstellung: Der Katalog, in: "Die Zeit", 12. April 1996, S. 16.

²² "Skandalöse Ausstellung schließen". Forderung des Bundestagsabgeordneten Dr. Karl A. Lamers, in: Rhein-Neckar Zeitung, 12. April 1996.

²³ Manfred Messerschmidt, Vordenker und Denker der Vernichtung, in: Mitteilung Nr. 2 der Initiative zur Gründung eines "Zentralmuseums gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit, Arbeits-, Gedenk- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität. Holocaust-Museum" in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. Institut für kulturelle Friedens- und Konfliktforschung, April 1996, S. 4.

folgschaft bei offensiven und expansiven Unternehmungen zur Gewinnung der Groß-, ja Weltmachtposition.²⁴

Theodor Heuß hatte jedenfalls Recht, als er bei einer Ansprache 1952 in Bergen-Belsen sagte: "Wir Deutschen wollen, sollen und müssen, will mir scheinen, tapfer zu sein lernen gegenüber der Wahrheit...". An dieser Forderung ist auch mehr als vierzig Jahre später nichts zu deuteln, unabhängig davon, ob sich der Mann, der sie erhob, selbst daran hielt. Freilich, und das wird zu niemandes Entschuldigung oder auch Entlastung gesagt, die Mehrheit der Deutschen ist nicht gerade zu dieser "Tapferkeit" erzogen oder auch nur angebalten worden. Vielmehr wurde und wird sie im Alltag darauf eingestellt, zwischen die Wirklichkeit des Naziregimes und das Bild von ihr eine die Schärfe der Abbildung mildernde Schablone zu legen. Dafür finden sich im öffentlichen Bereich massenhaft Beweise.

...und in der Sprache von Denkmälern

In der Universitätsstadt Göttingen ist an der Stelle, da die Synagoge stand, ein unübsehbares Denkmal gesetzt worden. Da können in einer Art Krypta die Namen der jüdischen Einwohner der Stadt, die umgebracht wurden, auf Tafeln gelesen werden. Der generelle Text besagt, das Verbrechen sei "in dunkler Zeit" geschehen. Diese Formulierung ist gut verträglich, weil selbst dunkel. Nach- und Nebenwirkungen sind nicht zu befürchten. In der ständigen Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte umfassen Tafeln und Bilder über die Judenverfolgung und den Judenmord exakt so viel Raum wie die über die "Führerbesuche in Hamburg", die direkt nebenan plaziert sind. Tat - Tatzeit - Tatort - Opfergruppe und Opferzahl, soweit reichen die musealen Informationen dort und in aller Regel. In diesen gedanklichen Koordinaten bewegt sich auch der akzeptierte Entwurf für das Denkmal, das in Berlin-Grunewald von der Deutschen Bahn AG errichtet werden soll. Nach dessen Beschreibung werden dort die Daten der Transporte, die Anzahl der Deportierten und der - wie es in einem Zeitungsbericht wirklich heißt - jeweilige "Bestimmungsort" vermerkt sein.²⁵

Die Täter hingegen bleiben öffentlich (und anders als in den Monographien der Historiker) zumeist ganz im Dunkel der Zeit. Davon ausgenommen werden exponierte und obnehin bekannte führende Faschisten. Das sind - wie beispielweise im Hamburger Museum - der Gauleiter und der Oberbürgermeister. Sie zählen nicht zu den "geschützten" Personen. Unterhalb dieser Ebene existieren anonyme "Nationalsozialisten", während doch, denkt man an die Pogromtäter der "Reichskristallnacht", mühelos festgestellt werden könnte, daß es die Mitglieder des SA-Sturms oder der

²⁴ Ebenda.

²⁵ Bahn errichtet Denkmal in Grunewald. Erinnerung an Juden-Deportation, in: "Neues Deutschland", 15. Mai 1996, S. 10.

SA-Brigade X oder Y, begleitet von der SS-Einheit Z, aus der eigenen oder mitunter auch aus einer benachbarten Stadt oder Ortschaft waren, welche die Untat begingen.

Im ganzen schlägt sich in dieser Spur der Steine, der Denkmäler und Gedenktafeln und in Museen nieder, was staatlich vorgegebene Geschichtsbetrachtung seit langem war und blieb. Sie ist da eingemeißelt und gegossen und aufgetafelt. Während im Hinblick auf gleichartige, nicht gleichwertige Zeugnisse im Osten Deutschlands, der bis 1990 Deutsche Demokratische Republik war, eine lärmende Korrektur (das ist ein sehr akademisches Wort für das Schleifen von Denkmälern und die Umbenennung von Straßen, Plätzen, Betrieben usw.) erfolgte, erregt der milde und im Kern unwahre Umgang mit deutscher Vergangenheit im älteren Teil der Bundesrepublik anscheinend niemanden. Ausgenommen ein paar "Aktivisten", die sich bäufig diffamiert und manchmal auch physisch bedroht sehen.

Dennoch läßt sich fragen, ob diese in den öffentlichen Räumen des Landes weithin auffindbare Beschönigung das letzte Wort über diese Seite deutscher Vergangenheit bleihen soll. Es ließe sich einwenden, die Deutschen vermöchten ja auch mit Denkmälern wie dem auf dem Kyffhäuser oder mit der "Germania" boch über Rüdeseheim oder der Ruhmeshalle über Kelheim zu leben, ohne davon Schaden an ihrer Seele zu nehmen. Doch das Argument würde sich doch nur wieder in jene historisierende und normalisierende Sicht einordnen, die keinen Raum für die Wahrnehmung des Besonderen frei läßt, das Faschismus war.

Die meist gut verträgliche "Sprache der Denkmäler", die an die Jahre von 1933 bis 1945 erinnern, besitzt ihre komplementäre Erscheinung in der Sprache im eigentlichen Sinne, die in der Wissenschaft gebräuchliche eingeschlossen. Tiefer, weil unbewußt und kaum noch befragt, wirken die seit langem eingeschliffenen Regeln, deren Verletzung sofort vermerkt und kritisiert wird. Redet heute jemand vom "deutschen Faschismus" und von "deutschen Faschisten", wird er mit Sicherheit nach der Berechtigung dieser Kennzeichnung gefragt. Spricht ein anderer - Historiker oder Laie - von "Nationalsozialismus" und "Nationalsozialisten" hat er den Rückgriff auf den Etikettenschwandel nicht zu begründen. Während die Mängel des einen Begriffs diskutiert werden, werden die des anderen nicht einmal wahrgenommen. Doch haften sie beiden an. Das betrifft nicht nur ihre erkenntnisleitende oder -mißleitende Funktion, sondern mehr noch ihre bewußtseinsbildende. Im Kern besitzt die Kennzeichnung "Nationalsozialisten" einen ähnlichen Wert wie die Floskel "in dunkler Zeit". Wissenschaftlich sind sie wertlos.

Solange so viele Deutsche sich aber mit diesem die Wirklichkeit mehr verschleiern als sie enthüllenden Umgang mit ihrer eigenen Geschichte zufrieden geben wollen, verdienen sie offenbar ab und an eine Aufmunterung zu gründlicherem Nachdenken. Die jüngste dieser Art kam aus den

USA, und ihr Absender war der Historiker Daniel Jonah Goldhagen.²⁶ Als über dessen Buch und die in den USA darüber entstandene Diskussion zuerst berichtet wurde, knüpfte die "Zeit" daran die Frage, ob sich nun ein zweiter "Historikerstreit" entzünden werde. An Gründe, die massenhaft dafür sprechen, die Gegenstände des ein Jahrzehnt zurückliegenden Streits nicht für erledigt anzusehen, wurde in diesem Zusammenhang nicht erinnert.

Viel wird für die künftige Entwicklung des Geschichtsbewußseins in Deutschland davon abhängen, ob Wissenschaftler, deren kritische Haltung zur Naziperiode außer Zweifel steht, ihr Schweigen gegenüber den permanenten Vorstößen der Revisionisten aufgeben. Sie könnten sich fragen, wie es mit der Wahrnehmung jenes "Wächteramtes" steht, zu dem sich vor zehn Jahren eine ansehnliche Gruppe vor allem von "Faschismus-Spezialisten" bekannte. Schlecht, urteilt Wolfgang Wippermann, der sich seit langem mit der zeitgenössischen deutschen Historiographie befaßt. Unbewegt, so scheint es, stehen die Be- und Gerufenen in Habt-Acht-Stellung in ihren Wächterhäuschen. Kürzlich fand auch ein Rezensent in der "Zeit" es mehr als erstaunlich, „daß die seriösen Fachhistoriker diesem Treiben (von Revisionisten - K.P.) noch immer ungerührt zusehen". Angesichts dieses Befunds mutet es als ein Realitätsverlust an, wenn Peter Steinbach sich und seine Kollegen in einem "inzwischen zehn Jahre währenden Historikerstreit" wähnt und zudem meint, es gehöre zu dessen Nachwirkungen - "Nachwirkungen" eines andauernden Streits sind sprachlich kostbar - daß sich "das Bild der NS-Zeit im Bewußtsein" allmählich gewandelt habe.²⁷

Nun mag sich mancher Vertreter der Zunft sagen, daß sein Wort, mache er es in jedem Scharmützel hörbar, an Lautstärke und Gewicht verloren haben würde, wenn es denn darauf ankomme. Die Frage ist nur, ob das Wort "Scharmützel" die angemessene Kennzeichnung des Notwendigen wäre. Gewiß: Nicht gering geschätzt werden sollen die permanenten aufklärerischen Anstrengungen von Historikern und Museologen, wie sie etwa in Berlin von den Trägern des Unternehmens "Topographie des Terrors" oder in der Gedenkstätte der Wannsee-Villa unternommen werden. Wer mit solcher Arbeit befaßt ist, könnte sich wohl sagen, daß deren Resultate auf Dauer stärker ins Gewicht fallen werden, als die erneute Widerlegung von Fälschungen und Verzerrungen. Das kann so sein. Doch ist das nur eine Vermutung. Wie, wenn sie sich eines Tages nicht als richtig erwiese, weil "die Anderen" an ihren Plätzen ungestört zum Zuge kamen?

²⁶ Hier ist nicht der Ort, dieses Buch zu rezensieren, noch dessen Vorankündigung in Deutschland zu bewerten. Der Autor hat sich dazu geäußert in: "Junge Welt", 5. und 13./14. Juli 1996.

²⁷ Peter Steinbach, Der Historikerstreit, in: "Tribüne", Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 34. Jg., Heft 135, 3. Quartal 1995, S. 132.

Gerd Wiegel

Alter und neuer Geschichtsrevisionismus

Vom Historikerstreit zur Faschismusdarstellung der "Neuen Rechten"

Im Sommer 1986 waren die Feuilletonseiten der bürgerlichen Presse, aber auch der linken Zeitschriften angefüllt mit der Auseinandersetzung um die Bewertung und Deutung der faschistischen deutschen Vergangenheit. Der Streit, der später unter dem Titel "Historikerstreit" wahlweise zur Sternstunde intellektueller Auseinandersetzungen in der BRD oder zur inhaltsleeren Kopfgeburt geschichtswissenschaftlicher Außenseiter mutierte, war unzweifelhaft die bis dahin öffentlichkeitswirksamste Debatte um den Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Zehn Jahre sind mittlerweile seit dem Historikerstreit vergangen, und hätten die linksliberalen Historiker mit dem von ihnen selbst verkündeten Sieg in der Auseinandersetzung Recht behalten, wäre ein Rückblick lediglich von historischem Interesse. Doch nur wenige Jahre nach dem Historikerstreit setzte eine neue Offensive konservativer Revisionsversuche ein, die im Gegensatz zu den achtziger Jahren auf so gut wie keinen Widerstand stößt und so unschwer eine große Breitenwirkung entfalten kann. Ein Grund hierfür mag in der Tatsache liegen, daß der Revisionismus der neunziger Jahre hauptsächlich von einer Gruppe junger, sich selbst als "Neu Rechts" und dynamisch einschätzende Historiker und Publizisten vertreten wird, die von Seiten der etablierten linksliberalen Historikerschaft nicht ernst genommen wird. Entscheidender ist jedoch der historische Bruch von 1989. Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und der Vereinigung beider deutscher Staaten verbindet sich ein enormer Schub neokonservativer Sichtweisen, der die bereits in den achtziger Jahren begonnene Renationalisierung der Politik entscheidend voran brachte. Daß dies auch Auswirkungen auf die Deutung und Bewertung der faschistischen deutschen Vergangenheit hat, ist nicht weiter verwunderlich, steht diese doch der geforderten "selbstbewußten Nation" im Weg.

Von heute aus betrachtet läßt sich nicht mehr so leicht von einem Sieg der Linken im Historikerstreit sprechen, werden doch viele inhaltliche Positionen der damaligen Revisionisten heute unwidersprochen vertreten. Geht man von der objektiven politischen Funktion des Historikerstreits aus, einer vom Ballast der Vergangenheit befreiten Renationalisierung der Politik, verbunden mit einer hegemonialen Stellung Deutschlands in Europa, dann muß von einer eindeutigen Niederlage der Linken gesprochen werden.

Im folgenden soll es um den Vergleich von altem und neuem Geschichtsrevisionismus gehen, von den Protagonisten des Historikerstreits zu den

sogenannten 89ern und ihren intellektuellen Vertretern. Dabei stehen vor allem die neokonservativen Bewertungen der faschistischen Vergangenheit im Mittelpunkt. Zu fragen sein wird nach den Kontinuitäten von Nolte und Hillgruber zu Zitelmann und Weißmann, aber auch nach den Brüchen und Unterschieden. Daneben stellt sich die Frage der politischen Funktion der jeweiligen Revisionsversuche: zum einen für die Endphase des Kalten Krieges, zum anderen für die Absicherung einer neuen deutschen Hegemonie in Europa.

Historikerstreit und Kalter Krieg

Der Historikerstreit von 1986 ist wie kaum eine andere Debatte dokumentiert und analysiert worden¹, so daß die Nachzeichnung seines Verlaufs hier unterbleiben kann. Für die Charakterisierung seiner inhaltlichen Aussagen und für die Klärung seiner politischen Funktion genügt es, sich die wesentlichen Aussagen von zwei Protagonisten der Auseinandersetzung ins Gedächtnis zu rufen. Ernst Nolte und Andreas Hillgruber bestimmten mit ihren Positionen weitgehend die inhaltliche Dimension der Debatte.

Im Frühjahr 1986 wurde von Ernst Nolte ein Artikel in der FAZ publiziert, der sich unter dem Titel "Vergangenheit, die nicht vergehen will" mit der für das historische Selbstverständnis der BRD zentralen Tatsache der Shoah, des millionenfachen Mordes an den europäischen Juden, befaßte. Nolte ging es hierbei nach eigenem Bekunden um das Aufbrechen der Schwarz-Weiß-Bilder welche die Darstellung der faschistischen Vergangenheit angeblich nach wie vor beherrschten. Gefordert wird in diesem Zusammenhang ein neues, von "Volkspädagogik" und moralisierender Geschichtssicht befreites Bild der Vergangenheit. Wie dieses Bild auszusehen habe, demonstriert Nolte im Verlauf des Artikels. Ziel dabei ist es, die für die Bewertung des deutschen Faschismus zentrale Bedeutung der Shoah in einen neuen Zusammenhang zu stellen und so die größte Last für den "aufrechten Gang" zu beseitigen. Mittels zweier Schlüsselbegriffe stellt Nolte einen Vergleich zwischen Auschwitz und dem Archipel Gulag an, die von ihm auf eine Stufe gestellt werden. Die "asiatische Tat" und Hitlers Ausspruch vom "Rattenkäfig" sind die Begriffe, auf die Nolte seine Assoziationskette stützt. Mittels dieser beiden "Schlüsselbegriffe" skizziert Nolte eine Neuinterpretation der Motivation zum nationalsozialistischen Judenmord, die diesen als eine aus Angst geborene Reaktion auf die "Vernichtungsdrohung" durch die Bolschewisten erscheinen läßt. Die Aussage vom "Rattenkäfig", von Hitler anlässlich der Kapitulation der 6. Armee und der von ihm erwarteten erpreßten Propagandatätigkeit deutscher Offiziere für

¹ Vgl. bspw.: Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987; Reinhard Kühnl (Hrsg.), Streit ums Geschichtsbild. Die Historiker-Debatte. Dokumentation, Darstellung und Kritik, Köln 1987; H.U. Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? München 1988.

die Sowjetunion gemacht, wird von Nolte als Hitlers Angst vor den "asiatischen" Methoden der Bolschewisten gedeutet. Entgegen der gängigen und schlüssigen Interpretation, mit dem "Rattenkäfig" sei die Lubjanka gemeint, verweist Nolte auf die durch George Orwells Roman "1984" bekannt gewordene Foltermethode mittels einer ausgehungerten Ratte. Diese Darstellung sei der antibolschewistischen Literatur der zwanziger Jahre entnommen, deren Kenntnis Nolte auch für Hitler behauptet, ohne dies allerdings nachweisen zu können. Das Ziel von Nolte ist es, die Auswirkungen dieser Beschreibungen auf Hitler und seine Getreuen als eine Art Trauma darzustellen und hieraus die Motivation zur Judenvernichtung abzuleiten.² Das Vorbild dieser Vernichtungspraxis seien eben die "asiatischen" Methoden der Bolschewisten gewesen. Beklagt wird von Nolte, daß in der Literatur über den deutschen Faschismus nicht wahrgenommen werde, "in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in der umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war"³. Die Shoah wird so zu einer reaktiven Tat, hervorgerufen durch die realen oder vermeintlichen Schrecken des Bolschewismus. Die, wie Nolte nicht müde wird zu betonen, verständliche und berechtigte Angst vor dem Bolschewismus habe Hitler zur "übersteigerten Reaktion" des Judenmords getrieben. "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine 'asiatische' Tat nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen' Tat betrachteten? War nicht der 'Archipel Gulag' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der 'Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des 'Rassenmordes' der Nationalsozialisten?"⁴ Die Fragesätze, hinter denen sich Nolte hier versteckt, werden in seinen späteren Arbeiten zu Aussagesätzen mit denen der deutsche Faschismus zu einem vom Bolschewismus abgeleiteten und damit sekundärem Phänomen wird.

Entscheidend an Noltens hier vorgestellter Position, die er in späteren Schriften noch radikalisierte, ist zweierlei: 1. Der Faschismus generell und mit ihm sein herausragendstes Verbrechen, der Mord an den europäischen Juden, wird mit dem Kommunismus verknüpft und in letzter Konsequenz auf diesen zurückgeführt. Schon im "Faschismus in seiner Epoche" von 1963 hatte Nolte den Faschismus als Antimarxismus definiert und seine Herrschaft aus der Furcht der Bourgeoisie vor dem Kommunismus be-

² Die Identifizierung des Bolschewismus mit den Juden gehörte zur ständigen Propaganda der Nazis. Laut Nolte glaubten jedoch Hitler und seine Gefolgsleute eben dieser Propaganda, weshalb sich die Reaktion gegen den Bolschewismus gegen die Juden kehrte. Selbst wenn man diese zweifelhafte Unterstellung glaubt, ergibt sich hieraus keine Erklärung für die systematische Vernichtung der europäischen Juden. Ein rassistischer Antisemitismus als eigenständiger Inhalt der NS-Ideologie ist die Voraussetzung jeder Erklärung der Shoah.

³ Historikerstreit, S. 45.

⁴ Ebd.

gründet. Nunmehr werden auch die schlimmsten Verbrechen des Faschismus als "zumindest verstehbare" Reaktion auf die ebenso schlimmen Verbrechen des Kommunismus zurückgeführt. Die letztendliche Verantwortung für die Massenverbrechen der ersten Hälfte des Jahrhunderts liegt somit beim "Original", dem Bolschewismus, und nicht bei der "Kopie", dem Nationalsozialismus.

2. Mit der Verknüpfung von Judenmord und sowjetischen Verbrechen wird im Jahre 1986 der Blick auf die Macht gelenkt, die im Gegensatz zum Faschismus immer noch an der Macht ist: auf die Sowjetunion. Am Ausgang der letzten Hochphase des Kalten Krieges konnten noch einmal die anti-kommunistischen Ressentiments stimuliert werden, mit denen Nolte eine Zuspitzung der alten Totalitarismustheorie vornahm. Faschismus und Kommunismus werden nicht mehr auf eine Stufe gestellt, sondern letzterer wird zur Ursache von ersterem und dieser zur "teilweise gerechtfertigten" Reaktion auf den Bolschewismus.

Im Gegensatz zu Noltens Position erschienen die Thesen von Andreas Hillgruber, die dieser in dem Band "Zweierlei Untergang"⁵ vorlegte, als weniger spektakulär. Sein Versuch, den Kampf der Wehrmacht im Osten als heldenhafte und verzweifelte Abwehrschlacht gegen die vorrückende Rote Armee darzustellen, wurde unter Fachkollegen zwar als verfehlt bewertet, einen bewußt verfochtenen Revisionismus wollte ihm hier jedoch niemand unterstellen. Dabei traf Hillgruber weit eher den Ton, der einem konservativen, nationalen Geschichtsbewußtsein entsprach, wie es zu dieser Zeit beispielhaft etwa von Alfred Dregger vertreten wurde. Eine nationalidentifikatorische Geschichtsschreibung ist dann auch die zentrale Schlußfolgerung, die man aus Hillgrubers Thesen ziehen muß. Gefordert wird von ihm die Identifizierung des Historikers mit dem konkreten Kampf der Wehrmachtssoldaten gegen die heranrückende Rote Armee. Deren gewalttätige "Exzesse" gegenüber der Zivilbevölkerung und die "Überflutung der Heimat" durch die Sowjets mache diese Identifikation nötig. Die in diesem Zusammenhang vertretene These, daß das Halten der Front auch den Weiterbetrieb der Vernichtungslager ermöglichte, wird von Hillgruber nicht bestritten. Dennoch beharrt er auf seiner Position und stellt der Judenvernichtung die durch die Rote Armee hervorgerufenen Leiden der deutschen Zivilbevölkerung gegenüber, weshalb er das ganze Geschehen als "tragisch" begreifen will.

Die politische Funktion von Hillgrubers Aufsatz liegt klar in der nachträglichen Rechtfertigung der nationalen Kampfgemeinschaft gegen den Hauptfeind aus dem Osten. Da dieses Feindbild bis ins Jahr 1986 nicht gewechselt hatte, liegen die aktuellen politischen Implikationen deutlich auf der Hand. Des weiteren wird aus der Tätergemeinschaft ein Opferkollek-

⁵ Andreas Hillgruber, *Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums*, Berlin 1986.

tiv, womit die Frage nach Schuld und Verantwortung eliminiert, bzw. allenfalls auf Hitler reduziert wird. Gemeinsam ist den Revisionsversuchen von Hillgruber und Nolte die Abwälzung deutscher Verbrechen auf die Sowjetunion, die einmal als eigentliche Ursache des Faschismus überhaupt angesehen wird und daneben, als Vertreterin eines "Vernichtungskrieges", auf eine Stufe mit dem NS-Regime gestellt wird. Klar erkennbar ist, wie sehr Noltens und Hillgrubers Darstellungen den 1986 noch aktuellen Auseinandersetzungen des Kalten Krieges verhaftet sind. Mit der Niederlage des Realsozialismus in der Blockkonfrontation und der Kriminalisierung des ostdeutschen Staates durch die BRD wurde die tendenzielle Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus praktisch besiegelt. Für die ideologische und auch historische Absicherung der weiteren Nationalisierung deutscher Politik stellten sich nun neue Aufgaben, die von einer jungen, durch die konservative Wende von 1982 und die Erfahrung von 1989 geprägten Generation aufgegriffen wurden.

Historisierung und Modernität des NS

Im Rahmen der Artikelserie "What's right?" in der FAZ vertrat Karlheinz Weißmann 1994 die Auffassung, daß mit der sogenannten "Neuen Rechten" das erste Meinungslager des vereinigten Deutschlands formiert werden könnte.⁶ Gemeinsamer Bezugspunkt dieser Gruppe sei die Ausrichtung auf die homogene Nation als zentraler Kategorie. Zu den Protagonisten dieser "Neuen Rechten", deren bevorzugte Publikationsorgane die rechtskonservativ bis neofaschistisch einzuordnenden Blätter *Criticon*, *Mut* und *Junge Freiheit*, aber auch die FAZ sind, zählen neben Weißmann und Rainer Zitelmann ebenso die Nolte-Schüler Christian Striefler und Klaus Reiner Röhl. Alle genannten sind neben ihrer publizistischen Tätigkeit auch als Historiker aktiv und beschäftigen sich hier vor allem mit der faschistischen Vergangenheit. Von besonderem Interesse ist dabei Rainer Zitelmann, der als Cheflektor des Ullstein Propyläen Verlags diesem ein neokonservatives Programm verpaßte und auf diese Weise die Arbeit seiner Gesinnungsgenossen unterstützt.

Um die geschichtswissenschaftlichen Thesen der Gruppe um Zitelmann und Weißmann skizzieren zu können, ist es sinnvoll, die beiden Hauptpunkte ihrer Faschismusdarstellung in den Mittelpunkt zu stellen. Das methodische Postulat der Historisierung des NS und die inhaltliche Behauptung von der Modernität der faschistischen Politik bilden die gemeinsamen Inhalte dieser Arbeiten.

Methodisch knüpfen Zitelmann und Weißmann, auf die ich mich hier im wesentlichen beschränken will, an Ernst Nolte und seine "phänomenologische" Herangehensweise an. Besonders Zitelmann wandelt auf Noltens Spuren, wenn er in seinem Hitler-Buch Zitat an Zitat reiht, um so dem Den-

⁶ Vgl. FAZ vom 16.8.1994.

ken des Diktators und damit (nach dieser Auffassung) dem Kernstück des faschistischen "Phänomens" näher zu kommen.⁷ Nach eigenem Bekunden geht es ihm hier "ausschließlich um die Darstellung der Hitlerschen Weltanschauung, nicht jedoch um die Beschreibung der sozialen und ökonomischen Realität des Dritten Reiches".⁸ Diese so gar nicht moderne personengeschichtliche Fixierung auf Hitler wird ergänzt durch die Forderung nach einer Historisierung des Faschismus. Im Verständnis dieser Historiker bedeutet das eine größere Distanz zum Gegenstand der Untersuchung, "vergleichbar etwa mit der Erforschung jahrhundertlang zurückliegender Epochen", die Ablehnung von "moralisierenden Gesinnungsstatements" und vermuteten "Tabuzonen" und die Zurückweisung der "Pose des Anklägers gegenüber den Akteuren des Dritten Reiches". Verworfen wird mit diesen Aussagen ein Großteil der etablierten Arbeiten zum Faschismus, die mit dem Verdikt "volkspädagogisch motiviert" beiseite geschoben werden. Demgegenüber sollen nun die "Rituale einer falschen Unterwürfigkeit" überwunden werden. Mit anderen Worten: Auch die Darstellung des deutschen Faschismus soll aus einer Position des nationalen Selbstbewusstseins und der Zurückweisung "einseitiger", d.h. gegen Deutschland gerichteter, Schuldzuschreibungen erfolgen. Das Ergebnis solcher Historisierungsversuche, deren Funktion eindeutig in der Einebnung faschistischer Verbrechen auf ein angebliches europäisches Normalmaß besteht, läßt sich anhand von Karlheinz Weißmanns umstrittener Gesamtdarstellung der NS-Zeit ablesen.¹⁰ Während über die Opfer deutscher Aggressions- und Vernichtungspolitik knapp und nüchtern geschrieben wird, ohne auch nur den Versuch zu machen, das Grauen der Lager zu verdeutlichen, werden die Ängste der deutschen Zivilbevölkerung vor den Bombenangriffen eindringlich geschildert. So wundert auch das abschließende Fazit nicht, in dem, wie schon bei Hillgruber, das deutsche Volk als das eigentliche Opfer des Faschismus erscheint: "Aber niemals zuvor hatte ein Volk so hart für die Untaten gebüßt, die es beging oder die doch in seinem Namen begangen wurden."¹¹

Historisierung erscheint auf Seiten der "Neuen Rechten" als Konzept, um die vom deutschen Faschismus zu verantwortenden Verbrechen in eine Reihe mit anderen großen Menschheitsverbrechen zu stellen und so die herausgehobene Bedeutung der NS-Vergangenheit zu relativieren. Von hier aus wird dann die als Ergebnis einer ungerechtfertigten "reeducation" eingeschätzte Westbindung der BRD in Frage gestellt. Als "Sonderweg"

⁷ Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Stuttgart 1987.

⁸ Ebd., S. 18.

⁹ Alle Zitate bei Uwe Backes/Eckardt Jesse/Rainer Zitelmann (Hrsg.), *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M./Berlin 1992, S. 27-29.

¹⁰ Karlheinz Weißmann, *Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933-1945*, Berlin 1995.

¹¹ Ebd., S. 470.

gilt der "Neuen Rechten" die Zeit der alten BRD, womit es nach der nationalen Vereinigung nun vorbei sein müsse. Hier liegt die Bedeutung dieser Entschuldungsstrategie für die aktuelle Entwicklung der neuen deutschen Großmacht. Mit dem angestrebten Wegfall einer besonderen deutschen Schuld durch den Faschismus lassen sich auch alle politischen Beschränkungen, die sich von hier begründen, über Bord werfen. Der Weg zur nicht länger eingebundenen, nationalen Hegemonialmacht Europas soll so auch mittels Geschichtsinterpretation abgesichert werden.

Auf der inhaltlichen Seite findet sich bei allen Vertretern dieser neokonservativen Richtung die These von der Modernität des NS-Regimes. Die Diskussion um archaische und moderne Elemente innerhalb der faschistischen Herrschaft ist nicht neu und wird bereits seit den sechziger Jahren geführt. Im Unterschied zu früheren Ansichten¹² vertreten Zitelmann u.a. jedoch die These, der NS habe eine bewußte Modernisierung angestrebt und stehe mit seinen Modernisierungsleistungen nicht hinter beispielsweise Großbritannien zurück. So wird Hitler von Zitelmann als Revolutionär beschrieben, der vor allem auf sozialem Gebiet für eine generelle "Chancengleichheit" und für eine Ersetzung der alten Machteliten durch die Arbeiterschaft eingetreten sei.¹³ Die starren Klassenschranken seien überwunden worden und die größere soziale Durchlässigkeit sei auf das bewußte Agieren des Regimes zurückzuführen. Demgegenüber bleibt festzustellen, daß der kurze Zeitraum von zwölf Jahren keine verlässlichen Schlüsse über die eigenständigen Modernisierungsleistungen des Regimes zuläßt. Legt man dennoch Indikatoren der Modernität an die Herrschaftszeit des NS an, ergeben sich an vielen Punkten gegenläufige Trends zu gängigen Modernitätserwartungen: Die Bildungsexplosion wurde gestoppt und zurückgeschraubt, die Rolle der Frauen auf die tradierten Geschlechtervorstellungen fixiert, die Lohnquote sank kontinuierlich und die Organisations- und Partizipationsrechte der Arbeiterschaft wurden abgeschafft.¹⁴ Modernisierung wird von Zitelmann u.a. rein funktional, als Weiterentwicklung und Ausschöpfung der Produktivkräfte gesehen, wohingegen die emanzipatorischen Inhalte der Moderne gezielt eliminiert werden. Im Aufsatz über "Die totalitären Seiten der Moderne"¹⁵ bestreitet Zitelmann einen empirischen Zusammenhang zwischen Modernisierung und Demokratie, dies sei lediglich eine normative Setzung. Beiseite gewischt wird

¹² Vgl. etwa Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965; David Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, München 1968.

¹³ Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, S. 93ff.

¹⁴ Vgl. Jens Alber, *Nationalsozialismus und Modernisierung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Nr. 41/1989.

¹⁵ In: Michael Prinz/Rainer Zitelmann, *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt 1994.

damit eine progressive, an der Aufklärung und den Ergebnissen von 1789 orientierten Politik eines Teils des europäischen Bürgertums.¹⁶

Die Funktion dieser neokonservativen Modernisierungsthese liegt auf zwei Ebenen. Zum einen soll so die Normalität des Regimes unterstrichen werden, welches sich in dieser Sichtweise nicht grundlegend von den Entwicklungen in Westeuropa unterschied. Andererseits wird der NS-Staat zum Wegbereiter einer modernen Bundesrepublik, deren Anschluß an Westeuropa auf den Modernisierungsleistungen des Faschismus beruht. Beide Sichtweisen beinhalten den Effekt, daß die verbrecherische Energie des Systems in den Hintergrund rückt, wohingegen die Verdienste und Leistungen betont werden. Nun könnte man aus marxistischer Sicht die Kontinuitätsthese begrüßen, wurde doch hier schon immer der Faschismus als eine - besondere - Form bürgerlicher Herrschaft gesehen. Von hier aus erscheint es nur logisch, daß der Faschismus auch die Modernisierungsbedürfnisse des Kapitals erfüllte. Doch im Unterschied zu den Modernisierungsthesen wie sie etwa von Karl Heinz Roth oder Götz Aly vertreten werden, behaupten Zitelmann, Weißmann u.a. einen fundamentalen Unterschied zwischen Faschismus und bürgerlicher Herrschaft.

Kontinuitäten und Brüche

An dieser Stelle lassen sich die Unterschiede zu den im Historikerstreit besonders von Nolte vertretenen Thesen am besten verdeutlichen. Grundlegend für Noltens Verständnis des Faschismus war dessen Definition als antimarxistisch. Die Angst vor dem Kommunismus habe die Bourgeoisie in die Arme des Faschismus getrieben, womit Noltens zugrunde gelegtes Gesellschaftsmodell, wie Reinhard Kühnl es ausdrückt, "im Prinzip einem vulgärmarxistischen Zweiklassenschema entspricht"¹⁷. Diese Sichtweise, so simpel sie sich ausnimmt, bietet generell Anknüpfungspunkte für bündnistheoretische Ansätze, die die Verknüpfungen zwischen den Weimarer Eliten und der NSDAP untersuchen. Der grundlegende Unterschied zu Nolte besteht darin, daß dieser den Faschismus ausschließlich als Reaktion auf den Kommunismus begreift und ihm eine weitgehende historische Rechtfertigung zubilligt.

Demgegenüber vertreten Zitelmann, Weißmann u.a. eine völlig andere Auffassung vom Verhältnis Faschismus/Bourgeoisie.¹⁸ Hitler wird von ihnen als Revolutionär dargestellt, der die Grundlagen der bürgerlichen

¹⁶ Nebenbei bemerkt lassen sich sehr wohl Zusammenhänge zwischen demokratischer und ökonomischer Modernisierung nachweisen. Wie sonst ist es zu erklären, daß die ökonomisch fortgeschrittensten Staaten seit der industriellen Revolution (England, Frankreich, USA) auch die fortgeschrittensten (bürgerlichen) Demokratien repräsentierten.

¹⁷ Reinhard Kühnl, *Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskritik* 2, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 136.

¹⁸ Vgl. Rainer Zitelmann, *Nationalsozialismus und Antikommunismus*. Aus Anlaß der Thesen von Ernst Nolte, in: *Die Schatten der Vergangenheit*, a.a.O.

Klassengesellschaft mit seiner "Sozialpolitik" in Frage gestellt habe. Besonders Zitelmann ist darum bemüht, Hitlers antibürgerliche Haltung mittels unzähliger Zitate nachzuweisen, wobei der Großteil der "Belege" aus den zwanziger Jahren stammt und somit nicht aussagefähig für die reale Herrschaftspolitik ist.¹⁹ Hitlers angeblicher Verachtung für das Bürgertum wird dessen "Bewunderung" für die Kommunisten gegenübergestellt. Ihre weltanschauliche Konsequenz sei Vorbild für Hitlers eigene Parteivorstellung gewesen. Im Ergebnis kommt Zitelmann zu dem Schluß, daß die NSDAP eine wirklich national-sozialistische Arbeiterpartei gewesen sei, womit er die Propaganda der Faschisten zu einhundert Prozent reproduziert. Hier zeigt sich, zu welchen Ergebnissen eine "Wissenschaft" gelangt, die sich vollständig vom materialistischen, realgeschichtlichen Gehalt der Geschichte verabschiedet hat. Die Unterstützung des Kapitals für die NS-Bewegung, die im Interesse der Bourgeoisie liegende Ausschaltung und Ermordung der Kommunisten und Sozialdemokraten, die Liquidierung jeglicher Selbstvertretungsrechte der Arbeiterschaft, die realen Lohnrückgänge und Verschlechterungen der Arbeitshedingungen - all das kommt bei Zitelmann nicht vor. Die Vermutung liegt nahe, daß die Funktion dieser Art der Darstellung selbst eine "volkspädagogische" ist. Gezeigt werden soll, daß der deutsche Faschismus eben doch nur eine nationale Abart des Sozialismus gewesen sei und beide die gleichen ideologischen Wurzeln teilen. Lag Noltens Entschuldigung des deutschen Bürgertums noch in seiner Rechtfertigung der angeblich vorhandenen antikommunistischen Ängste, so macht Zitelmann das Bürgertum zum Opfer einer gleichmacherischen national-sozialistischen Ideologie. Wie zufällig verschieben sich mit den weltpolitischen Veränderungen ab 1989 auch die Inhalte der konservativen Faschismuskritik. Von der militanten antikommunistischen Kampfstellung, wie sie für die Blockkonfrontation kennzeichnend war, kommt es zu einer inhaltlichen Identifizierung von Kommunismus und Faschismus, die die äußerliche Identifizierung der Totalitarismustheorie unterfüttern soll. Der vom Historikerstreit zur "Neuen Rechten" veränderte Blickwinkel, der ansonsten jedoch keine grundsätzliche Unterscheidung bedeutet, hat seinen Grund in den veränderten politischen Bedingungen seit 1989. Dem geschlagenen Gegner der Systemauseinandersetzung muß nicht mehr mittels einer nationalen Kampfgemeinschaft gegenüber getreten werden. Wichtiger erscheint jetzt die ideologische und praktische Gleichsetzung der "beiden deutschen Diktaturen", um mittels der nachgewiesenen Verbrechen des Faschismus auch sein Gegenüber moralisch zu erledigen. Die modernere Variante des Geschichtsrevisionismus ist zweifellos bei Weißmann, Zitelmann u.a. zu finden, wogegen Nolte sich immer weiter dem

¹⁹ Die NSDAP bediente sich zeitweise einer nationalrevolutionären Phraseologie, um mit den Arbeiterparteien konkurrieren zu können. Der Auszug des Strasser-Flügels, der sogenannten Linken, aus der Partei, wird von Zitelmann in seiner Bedeutung herunter gespielt. Die späteren Aussagen Otto Strassers zu programmatischen Vorstellungen Hitlers werden von Zitelmann fast durchweg bestritten.

neofaschistischen Spektrum der Holocaust-Leugner nähert und so seine Reputation innerhalb der bürgerlichen Medien gefährdet. Nichtsdestotrotz bleibt er für die "Neue Rechte" ein wichtiger Bezugspunkt. Die "phänomenologische" Herangehensweise als Möglichkeit, die realgeschichtlichen Ereignisse in den Hintergrund treten zu lassen, und Noltes Art der relativierenden "Historisierung" gelten hier nach wie vor als beispielhaft, weshalb auch bei fast keinem dieser Autoren die Bezugnahme auf Noltes "Leistungen" im Historikerstreit fehlt.

BAHAMAS

Nr. 20 – Sommer 1996

Schwerpunkt: Elemente des Antisemitismus

- * Deutschen Fernfuchtlern mißfällt Dayton *
- * Linksradike für kulturelle Erweckung *
- * „Frieden“ im Nahen Osten *
- * Antiimperialismus und Antizionismus *
- * Goldhagendebatte *
- * Deutsche Antworten auf die soziale Frage *
- * Kommunitarismus *
- * 200 Jahre deutsche Intelligenz u.a.m.

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben; Einzelpreis DM 6
(nur Vorkasse / Briefmarken)

Bahamas, Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44, Postfach 620 628;
10796 Berlin; Konto: E. Müller, Nr. 12005270,
Berliner Volksbank; BLZ 100 900 00

Thomas Collmer

Hegel zur Dialektik von Selbstbestimmung und Fremdbestimmtheit (II)

Reflexion als objektive Struktur: ein Kernstück dialektischer Methodologie

Im ersten Teil (siehe Z 27, S. 45ff.) wurde erläutert, daß Hegels Reflexionstypologie ihr Gewicht aus einer internen Auslegung von 'Negativität' (*Negation der Negation*), dem Grundbegriff der WISSENSCHAFT DER LOGIK (WL), erhält. Dieses operative Grundprinzip von Dialektik hat, anders als die einzelnen Begriffsbestimmungen, die sämtlich auf ihm basieren, keinen abstrakt abgegrenzten Ort, wo es sich aus anderen Bestimmungen fest umrissen herauskristallisiert, um sich dann zu wieder anderen hin zu entwickeln, sich aufzuheben. Eine solche mit 'Negativität' überschriebene Rubrik/Kategorie/Begriffsbestimmung kann es deswegen nicht geben, weil 'Negativität' *das prozessuelle Sichaufheben selbst*, das Sichzeigen der allem Einzelnen, Besonderen und Allgemeinen zugrundeliegenden Bewegung bezeichnet, die tätige Selbstexplikativität, Selbstabstraktivität und Selbstkonstitutivität, die immanente Dialektik von Beschränkung und Überschreitung, Bestimmendsein und Bestimmtheit, Sichhervorbringen und Außersichkommen. Der Ort, wo eine *methodologische Reflexion* (*Zurückbeugung*) von *Negativität auf sich selbst* stattfindet, ist die Sphäre des Wesens, das ist die Sphäre des Sich-mit-sich-Vermittelns, der *internen Relationen*. Dort gelangt *explikative Tätigkeit*, jenes entwickelnde Auslegen, Klären, Ineinanderaufheben, das sonst indirekt (nämlich im Vollzug) präsent ist, zu eigener direkter Thematisierung.

II.1 Setzende Reflexion: Was ist Explikation? / Sichentfalten des Prozesses im Zusammenspiel von explizitem Hervorbringen und implizitem Voraussetzen

'Setzen' wird von Hegel auch selber ausdrücklich mit 'Explikation' assoziiert, ebenso mit 'Produzieren', beides anlässlich der Erläuterung der 'Repulsion' als Dialektik des Eins und vieler Eins. Das Eins ist "Werden zu vielen Eins", aber als *Selbstdifferenzierung*; es stößt "sich selbst von sich ab. Die negative Beziehung des Eins auf sich ist Repulsion." Diese, "als das Setzen der vielen Eins, aber durch Eins selbst, ist das eigene Außersichkommen des Eins, aber zu solchen außer ihm, die selbst nur Eins sind."¹

¹ S. 187. Ich zitiere Hegel nach den Werken in 20 Bdn. ed. Moldenhauer/Michel, Frankfurt a.M. 1969ff. (u.ä.); Bd. 3: Phänomenologie des Geistes; 5/6: Wissenschaft der Logik I/II (Text von 1831 bzw. 1813-16); 8: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse (1830) I. Teil: Die Wissenschaft der Logik; 18/19: Vorlesungen über die Ge-

Das 'Hervorbringen' der vielen Eins durch das Eins kann nur als Prozeß des Sich-selbst-Hervorbringens des Eins, *Sich-Setzen-als-sich-Voraussetzen* (Negation der Negation!) und damit Außer-sich-Gehen im Einholen des Implikats begriffen werden, sonst hätte man ja *vor* dem Hervorbringen wieder das leere Eins, das, wenn es denn abgrenzbar 'Eins' sein soll, Differenzierung schon voraussetzt und so fort ins Unendliche - dieses 'schlechte' Unendliche war aber durch einen 'absoluten' Rückbezug des Unendlichen auf sich, als je schon Konkretes (alles Endliche Umfassendes), immanent überwunden worden (vgl. I.1), und dies wird hier nun vorausgesetzt. (Entsprechend spiegelt sich in der Dialektik von Voraussetzen/Setzen die von schlechter/wahrhafter Unendlichkeit, bestimmt sich darin weiter fort.) Insofern verdankt sich die spezifische Antinomie eines eingegrenzten, *relativen*, quantifizierbaren Eins der Antinomie des *Absoluten*, das, immer nur intern eingrenzbar, sich selbst weiter umfaßt, in einem in sich zwiagespaltenen Prozeß des Sicheingrenzens und Sichaushrenzens. Analog kann im Diskursraum die jeweilige explizierende Sequenz nur *intern* eingegrenzt werden, denn jede Explikation macht Voraussetzungen und bringt die Notwendigkeit einer Erläuterung von Implikationen mit sich. Entsprechend können wir auch jenes äußerst zusammengehaltene Materiepaket *vor* dem 'Big Bang' (aus dem das Universum entstand, wir denken aber quasi automatisch schon ein Universum um es herum, und 'Urknall' ist eine falsche Übersetzung²) nur *absolut-widersprüchlich* denken (ebenso im theologischen Sprachspiel Gott 'vor' der Erschaffung der Welt, den 'unbewegten Beweger' des Aristoteles, sein Zu-sich-selbst-Kommen). Aufgrund der oszillierenden Bewegung zwischen dem Bewegenden und dem Bewegten sieht Hegel sich genötigt, zwischen *erster* und *zweiter* *Repulsion* zu unterscheiden: Die zweite "ist die der Vorstellung der äußeren Reflexion zunächst vorschwebende, als nicht das Erzeugen der Eins, sondern nur als gegenseitiges Abhalten vorausgesetzter, schon vorhandener Eins. Es ist dann zu sehen, wie jene an sich seiende Repulsion zur zweiten, der äußerlichen sich bestimmt." (5, 187) Wenn bei den antiken Atomisten die Atome durch den leeren Raum fallen und allmählich durch 'Attraktion' Verbindungen eingehen, sind sowohl die vielen Eins als auch der leere Raum, der 'einer' ist, schon vorausgesetzt - er ist aber "Grund der Bewegung nur als die negative Beziehung des Eins auf sein Negatives". (5, 186) Indem die Eins "vorausgesetzte gegeneinander" sind, sind sie "gesetzte: durch die Repulsion des Eins von sich selbst; *voraus*: gesetzt als *nicht* gesetzt; ihr Gesetzsein ist aufgehoben, sie sind Seiende gegeneinander, als sich nur auf sich beziehende." (5, 188 - Hervorhebungen von Hegel) Hier fällt nun der Ausdruck 'Explikation' quasi als Über-setzung von 'Setzen': "Die Repulsion des Eins von sich selbst ist die Explikation dessen, was das Eins an

schichte der Philosophie (Michelet 1833-36) Bd. I/II) - Bezugsstellen auf diese Bände nachfolgend im Text.

² Darauf weist Robert Steigerwald hin: vgl. Abschied vom Materialismus? Materialismus und moderne Wissenschaft. Bonn 1994, S. 46.

sich ist; die Unendlichkeit aber als *auseinander* gelegt ist hier die außer sich gekommene Unendlichkeit; außer sich gekommen ist sie durch die Unmittelbarkeit des Unendlichen, des Eins." (5, 188) Bedeutsam für die spätere methodologische Thematisierung in der Wesenslogik sind auch die Ausdrücke 'Auseinanderlegen' und 'Außersichkommen'.

Das Auseinanderlegen/Hervorbringen der Reflexionsbestimmungen Identität, Unterschied und Widerspruch entspricht den drei 'wesentlichen' Momenten der Negation der Negation: Negierendes und Negiertes sind miteinander identisch nur, *indem* sie den Unterschied aufweisen (Negativität als Sich-von-sich-Unterscheiden, konsequenterweise behandelt übrigen Hegel unter 'Identität' nur die *Selbigkeit*, die *Gleichheit unter einem Gesichtspunkt* behandelt er anschließend unter 'Verschiedenheit!') und sich in einem ständigen produktiven Widerspruch miteinander (und dadurch mit sich selbst) befinden, der sich zu immer neuen Strukturen aufhebt (die Antinomie, als wechselseitige Implikation einer Aussage und ihrer Negation, ist 'konkreter' und basaler als die konjunktive Beiordnung der Kontradiktion). Da die Wesenslogik (die zugleich immanente Kritik der formalen Logik ist, die aufbewahrt, aber eben auch intern überschritten wird!) Identität, Unterschied und Widerspruch in Form von *Sätzen* (moderner: formalen Satzfunktionen) thematisiert, assoziiert Hegel 'setzende Reflexion' nun auch ausdrücklich mit dem begrifflich reflektierten Hervorbringen und Ausdrücken von Sätzen ("Den Reflexionsbestimmungen (...) als in sich reflektiertem Gesetzsein liegt die Form des Satzes selbst nahe" - 6, 37) und Formulieren von Ge-setz-mäßigkeiten (darin ist zugleich der Hinweis auf das 'Maß' enthalten, vgl. I.3). Die Verbindung zum "*explikativen Diskurs*", wie er von der modernen Diskurstheorie konzipiert wurde³, liegt nahe: Dieser ist, wie selbst die größten Dialektikskep-

³ Siehe Herbert Schnädelbach, Reflexion und Diskurs. Fragen einer Logik der Philosophie, Frankfurt a.M. 1977, insbes. 277-335. 'Explikativer Diskurs' wurde dann aufgenommen von Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 1: Handlungsrationale und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt a.M. 1981, 44f. - In Wittgensteins TRACTATUS heißt es bereits: "Die Philosophie ist keine Lehre, sondern eine Tätigkeit. Ein philosophisches Werk besteht wesentlich aus Erläuterungen" (4.112). Doch erst indem Wittgenstein den idealsprachlich geprägten, logisch-syntaktischen Ansatz des TRACTATUS mit den PHILOSOPHISCHEN UNTERSUCHUNGEN (PhU) zugunsten eines sprachpragmatischen Ansatzes aufgibt, der sprachliches Handeln als Teil unserer Alltagspraxis begreift, läßt sich die Basisfunktion des explikativen Diskurses umfassend in einem praxistheoretischen Rahmen erläutern. "Praxis" ist in den PhU ein Schlüsselbegriff (vgl. z.B. Abschn. 51, 55, 128), ebenso wie die jeweiligen "Umstände" der Verwendung von Sprache (z.B. 33, 35). Was es heißt, einer Regel zu folgen, kann nur geklärt werden, wenn das "Gemeinsame" (72), die "normalen Fälle" (128), und die spezifischen Abweichungen des Einzelnen, bestimmt durch die jeweilige "Tätigkeit" (28), konstellativ zueinander in Bezug gesetzt werden (d.h. Identität und Unterschied in Mikroanalysen immer neu zur Konkretion gebracht werden). Obschon Wittgenstein kein expliziter Dialektiker war, war er jedenfalls kein Dialektik-Verächter: "Die dialektische Methode ist ein sehr solides Verfahren, und zwar eins, nach dem wir wirklich vorgehen. Diese Methode sollte jedoch - im Gegensatz zu dem, was Broads Beschreibung impliziert - nicht versuchen, im Falle zweier Sätze A und B von diesen ausgehend einen neuen, komplexen Satz zu finden" (Vorlesungen 1930-1935, zit. nach Ray Monk, Wittgenstein,

tiker zugestehen, *fundamental selbstreferenziell* verfaßt. Zweitens ist die Tätigkeit des Auslegens, Auseinandersetzens, Klärens und Begreifbar-machens gegenüber allen anderen diskursiven Handlungen (etwa dem natur- oder sozialwissenschaftlichen Erklären, dem Aufstellen und Rechtfertigen von Normen nsw.) als *grundlegend* zu betrachten; jene würden (und werden mitunter!) nichtdiskursiv (damit sowohl unwissenschaftlich als auch unphilosophisch), wenn sie versuch(t)en, sich von der explikativen Tätigkeit abstrakt abzukoppeln. Drittens: der *sprachpragmatische* Ansatz der Diskurstheorie thematisiert Sprache als Handlung, Teil unserer gesellschaftlichen Praxis; das ermöglicht die Verbindung mit einem *marxistischen* Ansatz, der begriffliche Tätigkeit als Arbeit, Moment unserer prozessuellen Auseinandersetzung mit der objektiven Wirklichkeit begreift, deren Teil wir sind als davon Bestimmte, die wir aber auch mitbestimmen und dadurch uns selbst (nicht nur begrifflich, wohl aber strukturell) mitkonstituieren (incl. aller 'Entwürfe' und Idealfunktionen, kritischer Erinnerungsarbeit, denkendem Probehandeln und Rationalisieren), ebenfalls in einer Dialektik von Setzen und (unvermeidlichem) Voraussetzen. Ein solcher Fusionsansatz kann die Übergewichtung begrifflicher Teleologie⁴ in Hegels Konzeption selbstexplikativen Sichauslegens vermeiden (denn der Weltprozeß ist nicht notwendigerweise das Zusichkommen und volle Sichentfalten eines je schon zugrundeliegenden Vernünftigen).

In der PHÄNOMENOLOGIE DES GEISTES hieß es: "Das Wahre ist das Ganze. Das Ganze aber ist nur das durch seine Entwicklung sich vollendende Wesen." (3, 24) "Die lebendige Substanz" sei "in Wahrheit Subjekt", d.h. "die reine einfache Negativität, eben dadurch die Entzweiung des Einfachen"; nur die Rückkehr-in-sich, als ein Adäquatwerden mit sich selbst, "oder die Reflexion im Anderssein in sich selbst" sei das Wahre. (3, 23) Entsprechend formuliert die WL unter 'setzende Reflexion': "Es ist das Aufheben seiner Gleichheit mit sich, wodurch das Wesen erst die Gleichheit mit sich ist." (6, 27) Und in der Tat ist das entfaltende Explizieren des Impliziten ein "Sich-Abstoßen" dieses Zugrundeliegenden von sich selbst und eine Rückkehr-in-sich über die explizierende Tätigkeit, die sich im Explikationsprodukt zu etwas nur relativ Selbständigem manifestiert. Was Hegel hier erläutert, läßt sich ohne große Mühe verstehen als *Bewegung zwischen dem Explikans und dem Explikandum oder zwischen Explikation und Implikation*. Geordnetes Fortschreiten im Prozeß läßt das, was einmal explizit war, in den Hintergrund zurücktreten; damit einiges/etwas Bestimmtes *vorgebracht* werden kann, muß anderes vor-übergehend *ausgesetzt* werden (im 'vor-aussetzen' steckt beides, Hegel kann immer wieder auf den immanent dialektisch-spekulativen 'Geist' der Sprache, dieses

Produkt kollektiven 'Setzens' verweisen). Die Totalität des Bedingungs-zusammenhangs ist zwar als Ganzes wirksam, läßt sich aber nur sequenziell, im Nacheinander, einholen, auslegen und erkennen, das Ansichseiende erscheint nicht als abschließend begriffenes Aufeinmal, sondern als ständig sich aufhebende Bewegung des hloß scheinbar einfachen Unmittelbaren: "Bewegung, die aus sich selbst kommt, insofern die setzende Reflexion voraussetzende, aber als voraussetzende schlechthin setzende ist." Das vorausgesetzte Unmittelbare ist selbst "nur ein Gesetzsein" (6, 28), Explikationsprodukt, aber das tätige, explizite Sich-mit-sich-Vermitteln ist in Wahrheit "das Höhere" (6, 33) gegenüber der pseudo-einfachen oder axiomatisch behaupteten Unmittelbarkeit (hierin steckt bereits das ganze Potential dialektischer Positivismuskritik!). Die Reflexion erweist sich immer schon als "hestimmt" und sieht sich auf die schlechte Unendlichkeit eines Einholens von Voraussetzungen verwiesen, insofern sie immer schon Gebrauch von Abstraktionen macht, die sie zu hinterfragen und zu rechtfertigen hat, will sie die angezielte Selbstbestimmung einlösen. Frage: Läßt sich auf dem Wege der Abstraktion ein absoluter Anfang machen, der aus jener *Oszillation von Setzen und Voraussetzen* hinausführt, durch die die setzende Reflexion antinomisch ist, "absoluter Gegenstoß in sich selbst" (6, 27)?

II.2 Äußere Reflexion: Woher kommt das Allgemeine? / Herausabstrahieren des vorausgesetzten Allgemeinen als eines aufzuhebenden Unmittelbaren

Was unter 'äußerer' oder (synonym) 'äußerlicher' Reflexion zu verstehen ist, sagt Hegel unmißverständlich: es ist die "abstrahierende Reflexion". (6, 14) 'Abstrahieren' meint dabei (eng an lat. *abstrahere* orientiert) das Ablösen/Trennen im Sinne eines Herausarbeitens, Hervorhebens, vor allem eines *Absehens von Vermittlungszusammenhängen* (damit auch schon das Außer-sich-Gehen, die Gefahr leerer Verselbständigung; das Sichäußern des Wesens wird zum Sichveräußerlichen). Kant hatte vier Paare sogenannter *Reflexionsbegriffe* oder *Vergleichungsbegriffe* aufgestellt, deren Bezug zu den erkenntnisstiftenden Kategorien weitgehend unklar geblieben war (klar ist nur, daß sie den Kategorien irgendwie vorausliegen müssen, grundlegender sind, denn sie ermöglichen erst, die Kategorien durch Vergleichung des Besonderen und Aufsuchen des Allgemeinen für sich zu setzen, sie abstrakt zu explizieren): *Einerleiheit und Verschiedenheit, Einstimmung und Widerstreit, das Innere und das Äußere, Form und Inhalt*. Hegel wirft Kant (mit Recht) vor, dabei über eine äußerliche Betrachtung nicht hinausgekommen zu sein, und es ist leicht zu sehen, daß bei ihm selber alle vier Paare sich *immanent* aus dem Grundbegriff 'Negativität' ergeben: Das Negierende und das Negierte sind 'gleich', *indem verschieden* (voneinander/von sich), sie heben sich über den ständigen *Widerstreit* zur *Einstimmung* auf ('konkrete', intern widersprüchliche Einheit der Mo-

Stuttgart 1992, 344). Ein solcher Schematismus würde Hegels tatsächlichem Verfahren, wie es vor allem in der Reflexionslogik zum Ausdruck kommt, auch keineswegs gerecht.

⁴ Damit ist hier die immanente (entelechische) Teleologie gemeint, nicht die äußere Zweckmäßigkeit.

mente), dabei legen sich *innere* Relationen in *äußere* auseinander (das Wesen erscheint, Setzen des Vorausgesetzten durch 'In-sich-Hineingehen'), und dieser *formale* Prozeß ist die Selbstbewegung des *Inhalts*. Kant könnte kaum bestreiten, daß seine Reflexionsbegriffe massiv in den Erkenntnisprozeß involviert sind, obschon sie natürlich allein noch keine (adäquate) Erkenntnis des Konkreten hervorbringen (das wäre auch nicht im Sinne Hegels). Kant setzt den 'Widerstreit' als grundlegend an, will den 'Widerspruch' aber von den Gegenständen und ihrer Erkenntnis fernhalten: Er hält einen geordneten, produktiven Umgang mit Widersprüchen nicht für möglich, obschon er selbst einen solchen, aber abstrakt gegen die Gegenstände und ihre Erkenntnis gehalten, betreibt. Eine weitere Spitze richtet Hegel gegen Kant, indem er dessen Unterscheidung von *bestimmender und reflektierender Urteilskraft* aufgreift: Daß Hegel seinen dritten Reflexionstypus schlicht '*bestimmende Reflexion*' nennt, zeigt schon an, daß er auch hier einen von Kant abstrakt festgehaltenen Gegensatz im konkreten Sich-mit-sich-Vermitteln aufheben will. Die 'bestimmende' Urteilskraft subsumiert Besonderes unter bereits gegebenes Allgemeines, die 'reflektierende' sucht das Allgemeine erst auf, um das gegebene Besondere damit bestimmen zu können. Bei Kant bleibt die Art und Weise unbefriedigend, wie die Mannigfaltigkeit der Gegenstände den Sinnen des erkennenden Subjekts äußerlich 'gegeben' sein soll, das dann die Einheit 'stiftet', wobei wiederum als allgemeine Formen, mit denen Gegenstände 'bestimmt' werden, dem Verstand nur 'bestimmte' erkenntnisstiftende Formen innerlich 'gegeben' sein sollen, während andere, die die Bestimmung *dieser* Formen ermöglichen, *nicht* erkenntnisstiftend sein sollen. Diese Konzeption ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig 'abstrakt', sie sieht von komplexen Vermittlungszusammenhängen ab, indem sie Unmittelbares äußerlich vor die Vermittlung setzt und so festhält. In Wahrheit bewegen wir uns immer schon prozessuell im Medium komplexer 'Zusammen-schlüsse' zwischen dem Allgemeinen, dem Besonderen und dem Einzelnen, wenn wir uns (individuell, interaktionär und kollektiv - hier reproduziert sich bereits der genannte Vermittlungszusammenhang) mit materiellen (*sinnlich-konkreten*) und, wie es gemeinhin heißt, 'abstrakten' (mit Hegel: *begrifflich-konkreten*) 'Gegenständen' auseinandersetzen, wobei zu internalisieren ist, daß und wie sich die Bestimmungen äußerlicher Entgegensetzung längst aufgehoben haben, wenn wir sie fixieren. Auch Platon hatte mit dem Status des Allgemeinen Schwierigkeiten, indem er die Ideen als abstrakt Unmittelbares vor die Vermittlung der 'Erscheinungen' setzte und diese Vermittlung dann nur noch statisch als 'Teilhabe' umschreiben konnte. Die Reflexion "verdoppelt" (6, 28) sich so "in die beiden Extreme, das Unmittelbare und die Reflexion-in-sich". (6, 29) Doch genauer betrachtet, ist es die Reflexion selbst, die hier etwas als "unmittelbare Voraussetzung" expliziert und bestimmt hat und dann "dieses Bestimmen negiert". (6, 29f.) Insofern liegt in der Tätigkeit der äußeren Reflexion bereits der Begriff der immanenten und "absoluten" Reflexion und muß nur noch gesetzt, entfaltet werden.

Denn "das Allgemeine, das Prinzip oder Regel oder Gesetz, zu dem sie in ihrem Bestimmen fortgeht, gilt als das Wesen jenes Unmittelbaren, von dem angefangen wird, (...) als dessen eigentliches Sein." (6, 31) Wenn also die allgemeinen Bestimmungen, zu denen Philosophie und Einzelwissenschaften in der Praxis fortgehen, einerseits 'nur' Explikationsprodukte sind, sind sie andererseits doch mehr, denn sie leisten eine ständige Rückkopplung und Selbstkorrektur im 'Reflektieren' der konkreten Wirklichkeit, zu der die dort *scheinbar* einfach-unmittelbar, *wesentlich* aber aufgehoben-unmittelbar 'aufgefundenen' Strukturen sie nötigen. Der Prozeß des Sich-mit-sich-Vermitteln ist die Selbstentfaltung tätiger Wechselwirkung von zugrundeliegender Materie und verwirklichend-vorwirklichter Form seitens des 'Subjekts' und des 'Objekts', also in sich gedoppelt ('die Substanz ist Subjekt', Identität ist Negativität: in dieser *strukturellen* Grundbedeutung von 'Subjekt' ist die *erkenntnistheoretische* Subjekt-Objekt-Relation aufbewahrt, nur die moderne Verselbständigung des auf sich zurückgeworfenen Erkenntnissubjekts ist so ausgeschlossen, wird immanent kritisiert als 'Für-sich-sein-als-Außersichsein'). Die "äußerliche" Reflexion ist, wie Hegel nicht minder provozierend sagt, "reale Reflexion". (6, 28)

II.3 Bestimmende Reflexion: Bestimmung als Fixierung / Abstrahierendes Explizieren der 'wesentlichen' Bestimmungen, durch die die Reflexion bestimmt wird. Ausblick: Anwendung auf die Waren- und Wertform

Explizieren bedeutet schon *Abstrahieren*, Abstrahieren bedeutet schon *Bestimmen*. Jene völlig abstrakte Leerform zu Beginn der WL als 'Sein' zu bestimmen, bedeutet schon eine Begriffsbestimmung; sie als reine 'Gleichheit mit sich' zu bestimmen, eine Reflexionsbestimmung. 'Setzen' zielt nicht auf diffuses Ausbreiten, sondern auf Herausarbeiten des *Wesentlichen*; Unwesentliches auszubreiten, würde nichts Klärendes beitragen, wäre *kein* (adäquates) Erläutern (des implizit je schon Bestimmten, nun explizit zu Bestimmenden). "Die bestimmende Reflexion ist überhaupt die Einheit der setzenden und äußeren Reflexion" (6, 32); was sie herausdestillieren muß und ihr durch die Internstruktur der Negation der Negation als Abzuleitendes vor-gegeben ist, sind die *grundlegenden* selbstreferenziellen Bestimmungen, denen jede Bestimmung implizit folgt: Identität, Unterschied, Widerspruch ('grundlegend' wörtlich zu nehmen, denn danach wird der *Grund* thematisiert, d.h. explizierend herausabstrahiert und bestimmt). Die Negativität als Reflexion kommt in ihnen außer sich. Darum ist speziell der Abschnitt über die 'bestimmende Reflexion' als *Logik der Entäußerung und Entfremdung* von entscheidender Bedeutung. 'Bestimmen' läßt sich mit 'konstituieren' übersetzen, sofern das nicht zu einseitigen (transzendentalphilosophischen, phänomenologischen) Assoziationen führt, sondern auch an die marxistische 'Selbstkonstitution durch Arbeit' denken läßt ('Negativität' als Tätigkeit!); bei 'bestimmen' zu

bleiben, reicht aus und verweist umfassend auf die Dialektik von Bestimmung und Bestimmtheit (vgl. I.1).

Insofern Setzen mit dem Ansetzen völlig abstrakter Negativität einsetzt (vgl. I.1), womit *das Allererstwerden von Struktur überhaupt* bezeichnet ist, hat es "keine Voraussetzung" (6, 32), sondern der Anfang ist nur sein eigenes Auseinanderlegen, das hasal-referenzielle Sichaufheben. Sobald aber erste Begriffshestimmungen vorgenommen werden ('Sein', 'Nichts'), ist die Explikation bereits in äußerliches Vergleichen, Setzen und Voraussetzen des Allgemeinen verstrickt (das Sein ist z.B. Selbstabstraktion jeglicher Qualität), erweist sich der absolute Anfang als Sichaufgehobenhaben, die äußerlich festgehaltene 'einfache Unmittelbarkeit' als immanente Unruhe (Werden) und tätiges Sich-mit-sich-Vermitteln. Der Fortgang von bestimmtem Sein zu bestimmtem Sein ist Fortgang von Negation zu Negation, von Schranke zu Schranke, ein ständiges Sichüberschreiten auf Selbstbestimmtheit-im-Anderen. Dieser selbstexplikative und selbstabstraktive Prozeß bestimmt sich als Negativität, indem in deren Internstrukturen hineingegangen wird und ihr Bezug aufeinander (und dadurch auf sich selbst) in alle Bestimmungen hineingespiegelt wird und so den Gesamtprozeß gleichsam innenbeleuchtet: Jede einzelne Bestimmung zeigt nun, daß *Identität-mit-sich wesentlich Sich-von-sich-Unterscheiden ist* und damit den Widerspruch enthält, expliziert sich also im Medium dieser Reflexionsbestimmungen. Der Abschnitt erhellt, wie diese selbst 'gesetzt' werden: durch "Abstoßen der Reflexion von sich selbst oder Setzen der Bestimmtheit als ihrer selbst." (6, 33) Dieses Gesetzsein ist "Beziehung (...) auf das Reflektiertsein in sich". Die Reflexion reflektiert auf "die Gleichheit mit sich selbst in ihrem Negiertsein", so arbeitet sie als Negierendes heraus, inwiefern "ihr Negiertsein (...) selbst Reflexion-in-sich" ist. Ehen dadurch "fixiert sich" das Gesetzsein "zur Bestimmung". (6, 33) So kann Hegel rekonstruierend entfalten/erhellen, wie die scheinbare Selbstständigkeit von Identität, Unterschied und Widerspruch zustandekommt, die von der formalen Logik nicht als miteinander übergehend, sich ineinander aufhebend thematisiert, sondern nebeneinander, unabhängig voneinander und gegeneinander fixiert werden. "Um dieser Reflexion in sich willen erscheinen die Reflexionsbestimmungen als freie, im Leeren ohne Anziehung oder Abstoßung gegeneinander schwebende Wesenheiten. In ihnen hat sich die Bestimmtheit durch die Beziehung auf sich hefestigt und unendlich fixiert." (6, 34) 'Reflexion in sich' wird hier zur *Verfestigung*, diese "unendliche Beziehung auf sich" (6, 35) ist ein schlecht-unendliches Sich-auf-sich-Versteifen und -Verhören. Doch die Reflexionsbestimmungen sind nicht nur *Fixierung*, sondern auch "Gesetzsein", Explikationsprodukt, Produkt einer Tätigkeit, deren selbstabstraktives Oszillieren von Setzen und Voraussetzen. Indem sie diese Negativität an ihnen selbst zeigen, entlarven sie gleichsam sich selbst (und in der Tat drückt ja das 'A = A' der Identität auch den Unterschied aus, die Verdopplung der äußeren Reflexion, und daraus die Rückkehr und Fixierung): Die bestimmende Refle-

xion ist "die außer sich gekommene Reflexion" (6, 34), sie läßt sich von ihren eigenen Bestimmungen bestimmen, die den lebendigen Prozeß usurpiert haben und sich als die wesentlichen geltend machen. Aber die Möglichkeit immanenter Kritik ist klar angelegt, *Negativität ist bloß selbst-abstraktiv außer sich gekommen* und zeigt, wie der Schritt zu adäquaterer Selbstbestimmtheit zu vollziehen ist: Der in Identität tätige Unterschied muß entfaltet und zum Widerspruch zugespitzt werden; die Antinomie wird sich als 'Grund' der in sich verschachtelten Widerspruchskonstellationen (Diskrepanz, Kontradiktion) erweisen, in ihr gibt das Wesen 'zu Grunde', doch nur, um nun sämtliche Konstellationen des Grundes durchzugehen, um schließlich über die Reihe und Totalität der Bedingungen zum Unbedingten fortzuschreiten (schon Kant hatte gesehen, daß Antinomien durch den Versuch einer Syntbetisierung von Bedingtem, Bedingungtotalität und Unbedingtem entstehen), und durch dieses *einholende Internalisieren, Setzen und interne Überschreiten von Bedingungsbeziehungen* (das ist in der Tat die Methode, wie Widersprüche immer neu produktiv überwunden werden können) wird das Wesen in die Existenz hervortreten und wird sich die Wirklichkeit als tätige Wechselwirkung aller internen Relationen erweisen. Damit ist das Ende der Wesenslogik erreicht - die angezielte Selbstbestimmtheit und ihre tätig weiterwühlende Dialektik zeichnet sich dann am Ende der Begriffslogik deutlicher ab. In der Fassung desjenigen leitenden Totalitätsbegriffs, der gesellschaftlich die nachhaltigsten Konsequenzen fordert (darin versteht und erweist sich Hegel als Weiterdenker der Ideen der Aufklärung und der französischen Revolution) ist der "unendlich freie Begriff" als "das Prinzip der Philosophie" (6, 540) die Idee der Freiheit, in Gestalt eines über Widersprüche, Verfestigungen und Rückschläge sich berstellenden adäquaten Zusammenschlusses zwischen dem Einzelnen (als "Persönlichkeit" - 6, 570) und dem Allgemeinen. Das bedeutet vor allem: "Die Idee, insofern der Begriff nun für sich der an und für sich bestimmte ist, ist die *praktische Idee, das Handeln*." (6, 541 - Hervorhebungen von Hegel) Die Idee des Wahren muß eine konkrete Einheit bilden mit der Idee des Guten, diese "ist böher", "denn sie bat nicht nur die Würde des Allgemeinen, sondern auch des schlechthin Wirklichen" (6, 542) (Lenin kommentiert: "Die Praxis ist höher als die (theoretische) Erkenntnis"⁵). Dabei steht die Idee des Guten jederzeit in Gefahr, in bloßes Sollen zurückzufallen (Sichselbstsetzen als "leere Form der Unmittelbarkeit" - 6, 542) - der tätige Antrieb und Wille muß sich am Objektiven realisieren, dessen (spezifische) Wahrheit erkennen, den darin wirkenden Bedingungs Zusammenhang 'aufheben' und sich als real manifestieren (daß am Ende der WL "die Idee sich selbst frei entläßt" (6, 573), ist vor allem ein Hinweis darauf, daß es inkonsequent wäre, im Bereich der *bloßen Idee*, wie vollkommen sie auch immer gefaßt sein mag, zu verbleiben!).

⁵ W.I. Lenin, Konspekt zu Hegels "Wissenschaft der Logik", in: Werke, Bd. 38, S. 204.

In diesem Aufsatz können nicht alle Facetten und Implikationen der Hegelschen Reflexionslogik entfaltet werden, aber das Gesagte läßt bereits ein Fundament für zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten sichtbar werden, nicht nur für eine immanente Kritik der formalen Logik oder der positivistischen Fixierung des vermeintlich Unmittelbaren ('Statistik' z.B. ist etymologisch nicht zufällig mit 'Statik' verwandt). Die 'bestimmende Reflexion' delegiert ihren Selbstbezug an die sich verfestigenden Explikationsprodukte, die sie selber hervorgebracht hat, und läßt sich von ihnen bestimmen - wer müßte hier nicht an das *analoge Verfehlen von Selbstbestimmtheit unter der gesellschaftlichen Ägide der Waren- und Wertform* denken? Dazu wäre nun ausführlich die Fassung und Anwendung der drei Hegelschen Typen objektiver Reflexion bei Marx zu untersuchen, was einem Anschlußaufsatz vorbehalten bleiben muß; daher nur noch ein sehr kurzer Ausblick: "Das Geheimnisvolle der Warenform besteht", sagt Marx, "einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen."⁶ Dabei müssen die Facetten des *Außersichkommens des Arbeitsprozesses* in einem konkreten Zusammenhang gesehen werden: Die wertgesetzliche Bestimmung der Wertgröße durch die Arbeitszeit ist "ein(!) Geheimnis, das sich "unter den erscheinenden Bewegungen der relativen Warenwerte" intern-strukturell verbirgt (als "gesellschaftlich proportionales Maß"), dessen Entdeckung aber, wie Marx betont, die "sachliche Form" der gegen Produzenten und Austauschende verselbständigten Ware keineswegs aufhebt. Indem konkrete, lebendige Arbeit zur abstrakt gesellschaftlichen wird (abstrakt quantitative Bestimmung des Qualitativen durch die Wertgröße) und arbeitsvermittelte Gebrauchswerte durch den sich auf sich beziehenden Tauschwert bestimmt werden, erbält die "eigne gesellschaftliche Bewegung" der Austauschenden "für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren."⁷ Das *spezifische Außersichkommen des Produktions- wie des Austauschprozesses wie auch des soziokulturellen Überbaus* auf der Basis kapitalistischer Ökonomie läßt sich erst angemessen explizieren durch eine methodische Reflexion darauf, wie sich in ihnen die Strukturgesetzmäßigkeiten des kapitalistischen *Gesamtprozesses* reflektieren; dabei ergibt sich u.a.: "Die Produktionsmittel verwandelten sich sofort in Mittel zur Einsaugung fremder Arbeit. Es ist nicht mehr der Arbeiter, der die Produktionsmittel anwendet, sondern es sind die Produktionsmittel, die den Arbeiter anwenden. Statt von ihm als stoffliche Elemente seiner produktiven Tätigkeit verzehrt zu werden, verzehren sie ihn als Ferment ihres

⁶ Karl Marx, Das Kapital Bd. I, MEW 23, S. 86.

⁷ Ebd., S. 89.

eigenen Lebensprozesses, und der Lebensprozeß des Kapitals besteht nur in seiner Bewegung als sich selbst verwertender Wert."⁸ Dabei ist stets zu erinnern, daß die *Negativität des menschlichen Arbeitsprozesses die parasitäre Negativität des Kapitalverhältnisses, den sich selbst verwertenden Wert, erst hervorgebracht hat*. Unzweifelhaft drücken Ware und Wertvergegenständlichung eine *Dialektik von Gesetzsein und Reflexion-in-sich im Sinne Hegels* aus: Das gilt für ihre jeweils sich fixierende Identität-mit-sich ebenso wie für ihre ständig wechselnde Bewegung (Mannigfaltigkeit/Verschiedenheit der Erscheinung) innerhalb der verfestigten Form (Indifferenz der Verwertung, die sich im Logos selbstbezüglicher 'Maßlosigkeit' zum Wesensgesetz sedimentiert) und für die konträren Gegensätze, die sich an ihnen zeigen, intern bereits zu Widersprüchen zugespitzt, welche die abstrakte Grundlage ihrer Existenz sind, in denen sich aber auch das Potential ihrer Aufhebung manifestiert (konkrete vs. abstrakte Arbeit, Gebrauchswert vs. Tauschwert, gesellschaftliche Tätigkeit vs. private Aneignung, Betonung von Freiheit/Menschenwürde/'Selbstverwirklichung' vs. deren Unterpflügung durch die Waren- und Wertform, usw.). Für eine Explikation des Bestimmtwerdens durch Identität, Unterschied, Widerspruch im Sinne der Waren- und Wertform, wenn man letztere als in diesen Bestimmungen sich zeigendes Wesen ansetzt, bietet die WL ungleich triftigere Voraussetzungen als Kants Transzendental Kritik, an der A. Sohn-Rethel dialektikfeindlich sich orientierte, soviel ist gewiß - nämlich um zu zeigen, wie der scheinbar selbstbestimmte Gebrauch von Begriffsbestimmungen a) in einer warenproduzierenden Gesellschaft überhaupt, b) in einer, die wie die kapitalistische auf 'absolutem' Selbstbezug des in Geldform ausgedrückten Tauschwertes (als Auslegungsform des Wertes) basiert, durch undurchschaute Affektionen vermittels dieses Strukturgesetzes (mit)bestimmt und dadurch relativ (!) fremdbestimmt wird. Sie bietet zudem ein hinreichendes Potential, zu zeigen, warum eine 'Ableitung' im Sinne einer 'transzendentalen Deduktion' (die Sohn-Rethel anvisierte, ohne sie zu leisten) unsinnig und ihr Versuch gerade *unkritisch* wäre. Daß der Wert in der kapitalistischen Ökonomie zum "Subjekt eines Prozesses" wird, "worin er unter dem beständigen Wechsel der Formen von Geld und Ware seine Größe selbst verändert, sich als Mehrwert von sich selbst als ursprünglichen Wert abstößt, sich selbst verwertet" und sich insofern "als eine prozessierende, sich selbst bewegende Substanz" darstellt, "für welche Ware und Geld beide bloße Formen" sind⁹, bedeutet nicht nur (trivialerweise), daß er nicht ahistorisch als etwas das menschliche Arbeits- und Erkenntnisvermögen je schon Fundierendes anzusetzen ist. Es bedeutet vor allem, daß er auch im Rahmen einer *bestimmten* historischen Gesellschaftsformation nicht von jener Dialektik des Setzens und Voraussetzens, des Abstrahierens und Konkretisierens, des Bestimmens und Bestimmtwerdens ausgenommen

⁸ Ebd., S. 329.

⁹ Ebd., S. 169.

werden kann, die Hegel so eindringlich expliziert hat. Eine pseudo-transzendente Ableitung könnte weder zeigen, unter welchen Voraussetzungen es möglich war, jene Formen der Produktion und des Tausches, die sich nun als die wesentlichen geltend machen, selber historisch herauszubilden, noch könnte sie zeigen, wie es denn möglich ist, sie zu *kritisieren* und ihre 'Aufhebung' zu fordern. Weiter: Jede *verabsolutierende* (in diesem Sinne fixierende) Bestimmung des methodischen Grundbegriffs der 'Negativität' durch einen leitenden Totalitätsbegriff (wie sich mit Hegel auch gegen seine eigenen Verabsolutierungen des 'Geistes' und der 'Idee' zeigen läßt) kann sich nur gegen die eigenen Intentionen wenden und sie 'außer sich' bringen (so geschehen auch mit dogmatisierenden Tendenzen im 'orthodoxen' Marxismus). Dialektik erspart nicht die Mühe, je historisch-konstellativ und bereichsbezogen zu respezifizieren und dabei den *Widerspruch von 'Bestimmung'* ('Bleibendes', das sich zur 'Bestimmtheit' entäußert, die sich als Fixierung selber zum Bleibenden, zur Bestimmung macht, aber an ihr selbst zeigt, inwiefern schon intern aufgehoben, jedoch inadäquat, d.b. im Prozeß tätigen Entfaltens weiter aufzuheben) immer neu auszutragen. Das gleiche gilt für die Rede vom 'Aufheben' und für die Praxis des Aufhebens selbst, denn Dialektik ist nicht *fixiert* genug, um als Patentrezept *unmittelbar* zu zeigen, wie im einzelnen die Konstellation zwischen dem 'Vernichten'¹⁰, dem rekursiven 'Aufbewahren' und dem

¹⁰ An seiner frühen, unvollendeten, zu Lebzeiten nicht veröffentlichten Schrift: *System der Sittlichkeit* (entstanden um 1802/03, der Titel stammt nicht von Hegel; ed. G.Lasson 1913 u. 1923. Hamburg 1967) läßt sich verfolgen, wie Hegel erst allmählich und noch schwankend seinen späteren Begriff von 'Aufheben' zusammen mit dem von 'konkreter Identität' entwickelt: So wie 'Identität' hier häufig noch das Differenzlose an sich hat, spricht Hegel auch einseitig von "Vernichten" (z.B. 55, 77), aber auch schon von "wahrhaft vernichte(n)" im Sinne von "als wahrhaft ideell" setzen (27); er versucht zwischen positiver Aufhebung einer Bestimmtheit im Sinne von Vereinigung zu "vollkommene(r) Identität mit seinem (ihrem) Gegenteil" und "negative(r) Aufhebung", die "den Gegensatz nicht aufhebt, sondern die reale Form in die ideelle umwandelt", zu unterscheiden (39). Später, als er nicht mehr versucht, eine differenzlose Identität von 'absoluter Anschauung' und Mannigfaltigkeit des sich bewegenden Begriffs herzustellen, schreibt er das 'In-nichts-Auflösen' der Verstandesfixierungen (vgl. WL: 5,16) stets dem antinomischen Zug des 'negativen' oder 'dialektischen' vernünftigen Momentes zu und das Herstellen des 'erste(n) Einfache(n) (...) als Allgemeines, das in sich konkret ist', dem "darin" (im dialektischen) ebenso "positive(n)" Moment (5,17); offenbar war ihm klargeworden, daß das Sichdurchstreichen der Antinomie in jeder abstrakten Fixierung konstruierbar ist, daß aber das ausgreifende Einholen der sinnhorizonthaften Bedingungstotalität, wodurch die Antinomie sich herstellt, zugleich schon die 'spekulative Kraft' enthält, sie immanent zu überwinden (d.h. die 'aufgehobene Unmittelbarkeit' sukzessiv zu rekonstruieren, als Bewegung des Sichüberschreitens und Sich-dadurch-erst-Herstellens). Interessanterweise zeichnet sich in *SYSTEM DER SITTlichkeit* die Richtung, die ein komplexer Begriff von 'Aufheben' zu nehmen hätte, erstmals anhand des Begriffs der "Arbeit" ab: Die Arbeit ist erstens "Beziehung des Subjekts auf das Objekt" als begehrende "Besitzergreifung" (vgl. das in 'begreifen' enthaltene 'greifen', 'ergreifen!'); zweitens bewirkt "die Tätigkeit der Arbeit" die "reelle Vernichtung" der "Form" des Objekts, "das Objektive" selber "oder die Differenz" aber "bleibt"; schließlich (wiederum in deutlich bürgerlich-kapitalistisch affizierten Termini ausgedrückt, so wie oben bereits beim 'Ergreifen' als "Besitzergreifung") ergibt sich als "das Ideelle" (Resultat der aufgehobenen "Bewegung") "das Eingehen des subsumierenden Subjekts in die Realität des Objekts: das dritte, die Synthese, ist der Besitz und Aufbewahren und Sparen des Objekts" (13).

vorgreifenden 'Überschreiten' in Prozenten jeweiliger Realmöglichkeit zu gewichten wäre. Interessanterweise wird ihr von Kritikern einerseits vorgeworfen, sie sei zu 'offen' (so daß sie bloß Leerformen vorgebe, mit denen man, standortabhängig, 'beweisen' könne, was man wolle¹¹), und andererseits, sie sei zu 'geschlossen' (daher könne man sie nur 'ganz oder gar nicht' übernehmen, was gegen die notwendige Offenheit und Korrigierbarkeit unserer Rationalitätskonzepte verstoße¹²). Den verstandesdialektischen internen Gegensatz, den sie so produzieren, nun im Sinne jener vernünftigen Selbstkritik auszutragen, die sie fordern, ersparen sich diese Kritiker meist lieber.

¹¹ Vgl. etwa Robert Heiss, *Die großen Dialektiker des 19. Jahrhunderts. Hegel - Kierkegaard - Marx*, Köln/Berlin 1963, insbes. S. 143, 150f., 157, 196, 394, 405.

¹² Vgl. etwa Herbert Schnädelbach, *Dialektik und Diskurs*, in: *Vernunft und Geschichte*, Frankfurt a.M. 1987, S. 152-76.

Ekkehard Sauermann

"Lernen" - die Herausforderung des Klaus Holzkamp

Am 1. November 1995 - kurz vor Vollendung seines 68. Lebensjahres - ist Klaus Holzkamp gestorben. Er gehört meines Erachtens zu den bedeutendsten Psychologen unseres Jahrhunderts und war der herausragende marxistische deutsche Psychologe.

Die von Holzkamp unter der Bezeichnung "Kritische Psychologie" begründete und geprägte Entwicklungsrichtung der psychologischen Wissenschaft ist eine grundsätzliche Herausforderung an die bisherige bürgerliche Psychologie - und in einigen wichtigen Punkten auch an jene Psychologie, welche in den sozialistischen Staaten betrieben worden ist.

"Die Herausbildung der Kritischen Psychologie vollzog sich von Anfang an nicht nur auf dem Felde der Psychologie, sondern im Zuge einer umfassenden und tiefgreifenden gesellschaftlichen und weltanschaulichen Umorientierung.

Die Kritik an der traditionellen Psychologie war mithin keine bloß 'einzelwissenschaftliche' Angelegenheit, sondern hatte eine politische Stoßrichtung gegen die Psychologie als Herrschafts- und Anpassungswissenschaft und gegen die 'Psychologisierung' gesellschaftlicher Widersprüche. Dabei sah und sieht sich die Kritische Psychologie durch ihr demokratisches Engagement nicht nur genötigt, zu politischen Problemen wie der 'Psychologisierung' der Arbeitslosigkeit oder des Faschismus wissenschaftlich Stellung zu nehmen, sondern sie steht auch laufend in aktuellen politischen Kämpfen um die institutionelle Durchsetzung und Erhaltung einer demokratischen psychologischen Forschung, Lehre und Berufspraxis, und sie ist deshalb von Versuchen politischer Disziplinierung, Berufsverbote etc. betroffen."¹

Das Werk von Klaus Holzkamp ist untrennbarer und ausdrucksstarker Bestandteil seines angespannten kämpferischen Lebens. Umfang und Qualität seiner wissenschaftlichen Publikationen - als jenem Teil seines Lebenswerkes, welches griffbereit zur Verfügung steht - setzen in Erstaunen, vor allem wenn man bedenkt, daß sie bei gleichzeitiger aufwendiger Lehr- und Betreuungstätigkeit, Vortragstätigkeit, Ausrichtung von internationalen Kongressen (mit mehr als 4.000 Teilnehmern) und politischem Engagement verfaßt worden sind.

Diese Leistung von Klaus Holzkamp war nur möglich, weil er in hohem Maße wissenschaftlich und politisch motiviert war und sich selbst in einer

Weise herausgefordert hat, die kein anderer ihm hätte abverlangen können. Diese radikale Selbst-Herausforderung ist aus jenem Aufbruch erwachsen, welcher durch die Studentenbewegung von 1968 markiert ist.

Holzkamp gehörte zu jenen engagierten Teilnehmern dieser Bewegung, welche die in diesem intensiven Prozeß gewonnenen Impulse und Erfahrungen in ihrem folgenden Lebensweg nicht kleingeredet und kleingehandelt, sondern hieraus immer weiterreichende und sich ständig erneuernde Konsequenzen gezogen haben.

Die Studentenbewegung traf Klaus Holzkamp "an einem Punkt, an dem, wie er meinte, familial wie beruflich alles 'in Ordnung', im großen und ganzen gelaufen, nichts Weltbewegendes mehr zu erwarten war, so daß er sich überwiegend als ein mehr oder weniger gut funktionierendes Rad im - von anderen gelenkten - Getriebe fühlte."²

Holzkamp war bereits Psychologieprofessor an der Westberliner Universität und hatte sich durch zwei Bücher als bedeutender Wissenschaftler ausgewiesen. Der herkömmlichen psychologischen Wissenschaft stand er kritisch gegenüber, aber den Anstoß, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, erhielt er erst durch die Studentenbewegung 1968.

"Von der Studentenbewegung sah er seine Kritik am herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb und seinen Produkten nicht nur radikalisiert, sondern zugleich Wege aus der Sackgasse gewiesen, in die er bzw. das Fach Psychologie insgesamt geraten war. Auf Grund dieser Voraussetzungen war es für ihn kein Problem, die übliche professorale Pose intellektueller Überlegenheit aufzugeben und sich als Lernender in studentischen Arbeitskreisen die marxistische Theorie anzueignen, die sein bis dahin eher privates Unbehagen an der Psychologie in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen erlaubte."³

Daß diese von Holzkamp begonnene Weichenstellung zu einer raschen politischen Radikalisierung geführt hat, hängt nicht zuletzt auch mit der aggressiven Reaktion jener konservativen Kreise - vom "Bund Freiheit der Wissenschaft" repräsentiert - zusammen, denen Holzkamps Engagement bedrohlich schien. Als Zielscheibe eines öffentlichen Angriffs auf den abtrünnigen Professor der Freien Universität wurde sein sozialpolitischer Einsatz für den Schülerladen "Rote Freiheit" gewählt. Mit fragwürdigen Mitteln wurde belastendes Material "beschafft" und für eine üble Medienkampagne genutzt, in der auch Herr Löwenthal im ZDF seinen speziellen Part übernahm. Damit war eine extreme Zuspitzung provoziert worden, welche Holzkamps "Weg zurück in die Reihen der Etablierten weitgehend verstellte und damit eine Neuorientierung erheblich erleichterte."⁴

² Ute Osterkamp, Mitten im Umbau. Impulse aus Klaus Holzkamps letztem Lebensabschnitt, in: Das Argument, 37. Jg., Heft 6/1995, S. 848.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

¹ Klaus Holzkamp, Grundlegung der Psychologie, Frankfurt/M./New York 1983, S. 23.

Die Angeklagten - Holzkamp und seine Mitstreiter - sind zur Offensive übergegangen. 1971 erscheint sein Buch über den Schülerladen.⁵ In diesem Prozeß heftiger Auseinandersetzungen wurde Klaus Holzkamp das eigene Theoriedefizit deutlich. Anliegen der spontanen "anti-autoritären" linken Kräfte auf dem Gebiet der Psychologie war die radikale Kritik der Bildungsbedingungen. Hierzu hielten sie nicht nur theoretische Überlegungen, sondern vor allem auch praktische Vorstöße für erforderlich.

Holzkamp entsprach diesem Anliegen, indem er mit seiner Gruppe in einem Arbeiterviertel mittels eines "Schülerladens" wirksam zu werden suchte. Das Anliegen mißlang, insbesondere auf Grund konzeptioneller Mängel - noch vor der öffentlichen Verunglimpfung. An diesem Einzelfall wurde eine allgemeine Schwäche des Praxisbezugs der damaligen Studentenbewegung deutlich - der spontane theorielose Praktizismus.⁶

Holzkamp erkannte im Zuge seiner gründlichen Analyse der Erfahrungen im Rahmen dieser Bewegung - und speziell mit dem "Schülerladen" -, daß diese Schwäche nicht behoben werden konnte, indem man sich bestimmter Gedanken und Instrumentarien der vorliegenden Psychologie bedient, sondern daß ein radikaler Bruch vollzogen und etwas Neues geschaffen werden mußte - eine wirklich kritische Psychologie auf der Grundlage des historischen Materialismus, eine marxistische Psychologie der Praxis.

Für die Verwirklichung dieser Aufgabe setzte er nunmehr alle seine Kraft ein. Frigga Haug charakterisiert die Problematik, mit welcher Klaus Holzkamp bei der Bewältigung dieser Aufgabe konfrontiert war: "Wie kann man, wenn man als einzelner versucht, eine ganze Wissenschaft umzuschreiben, sein Leben führen? Und erst recht, wie kann man dies, wenn diese Wissenschaft dem Anspruch nach Philosophie der Praxis ist, politisch, weil sie orientierend in das Leben vieler eingreift? Und drittens, wie kann dies gehen, wenn solches Vorhaben in einer Gesellschaft geschieht, die diesem Treiben höchst feindlich gegenübersteht und wenn zudem die eigene wissenschaftliche Positionierung wiederum eine realpolitische Repräsentanz in vorhandenen gesellschaftliche Großprojekten - den ehemals staatssozialistischen Ländern - und kleineren Parteien, den kommunistischen Parteien in westlichen Ländern, findet? Wissenschaftsentwicklung wird hier unweigerlich zu einem heftigen Kampffeld, Kritik als Dauerzustand, Angriff und Verteidigung als Lebensweise, lauter Bedingungen und dazugehörige Haltungen, die der Entwicklung von Wissenschaft förderlich sind, die aber der intensiven wissenschaftlichen Arbeit, die der Muße, der Ruhe bedarf, entgegenstehen."⁷

⁵ Autorenkollektiv am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin, Sozialistische Projektarbeit im Berliner Schülerladen Rote Freiheit. Analysen, Protokolle, Dokumente, Frankfurt/M. 1971.

⁶ Siehe Nachruf auf Klaus Holzkamp, in: Das Argument 6/95, S. 809f.

⁷ Frigga Haug, Arbeitsfreundschaft. Erinnerungen an Klaus Holzkamp, in: Das Argument 6/95, S. 859.

Holzkamp hat Schritt für Schritt die Grundlagen für eine solche alternative psychologische Wissenschaft gelegt, deren theoretische und politisch praktische Bedeutung weit über den Rahmen der Psychologie hinausgeht. Bereits 1973 wurde seine erste Monographie "Sinnliche Erkenntnis - Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung" veröffentlicht, in welcher er den Versuch unternommen hat, in Anknüpfung an die "kulturhistorische Schule" der sowjetischen Psychologie eine marxistische "Subjektwissenschaft" zu begründen.⁸

Zehn Jahre später erschien die "Grundlegung der Psychologie"⁹ und nach einem weiteren Jahrzehnt seine dritte große Monographie "Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung".¹⁰ Sein Plan für die folgenden zehn Jahre war, eine Monographie zu einer psychologischen Persönlichkeitstheorie zu schreiben. Dazu liegen seine Vorarbeiten zur Problematik der Lebensführung vor, denen er sich auch in den letzten qualvollen Monaten seiner tödlichen Krankheit zugewendet hat.¹¹

Im folgenden soll "Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung" vorgestellt und damit für die geistige Aneignung und politisch praktische Nutzung anempfohlen werden. Dieses Buch stellt nicht nur deshalb in besonderer Weise ein Holzkampsches Vermächtnis dar, weil es sein letztes veröffentlichtes Werk ist, in dem seine vorangegangenen Publikationen - besonders die "Grundlegung der Psychologie" - in spezifischer Weise aufgehoben sind und weitergeführt werden. (Diese Kontinuität und Aufeinanderbezogenheit seiner theoretischen Arbeiten - welche das freimütige Problematisieren und Infragestellen eigener früherer Fragestellungen und Lösungsversuche strikt einschließt - ist ein grundlegendes Merkmal von

⁸ Klaus Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis - Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1973.

⁹ Klaus Holzkamp, Grundlegung der Psychologie, a.a.O. Lucien Séve hat in seinem Nachruf vor allem dieses Werk gewürdigt: "Alle, die irgendwo an der Entwicklung einer wirklich materialistisch-kritischen Psychologie arbeiten, werden den zu frühen Tod von Klaus Holzkamp als sehr schmerzlich empfinden. Ich gehöre zu den leider nur wenigen in Frankreich, die sich bewußt sind, daß sie von der Kritischen Psychologie viel gelernt haben und die ihre Ansichten nach wie vor an denen messen, die sein großes Buch Grundlegung der Psychologie (1983) im Zusammenhang dargestellt hat. Zahlreich sind Neuanstöße, die von dieser immensen Arbeit ausgehen, von der bahnbrechenden Untersuchung der phylogenetischen Bildung des Psychischen bis zu den anregenden Positionen zur Phänomenal- und Realbiographie, wobei zum Großteil die Schlüsselkategorien einer psychologischen Wissenschaft ausgearbeitet werden, insbesondere die der Motivation, bereichert und erhellt durch Beiträge von Ute Holzkamp-Osterkamp. In der noch immer so fruchtbaren Linie des Denkens von Alexej N. Leontjew, in der sie den Marxschen Begriff der Tätigkeit zur Geltung bringen, werden die Arbeiten von Klaus Holzkamp dauerhaft einen der Hauptbezugspunkte für diejenigen Forscher bilden, die der wissenschaftlichen Strenge und der menschlichen Emanzipation gleichermaßen verpflichtet sind." Lucien Séve, Frankreich muß Holzkamp erst noch entdecken, in: Das Argument 6/95, S. 879.

¹⁰ Klaus Holzkamp, Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung, Frankfurt/M./New York 1993.

¹¹ Siehe Klaus Holzkamp, Alltägliche Lebensführung als subjektwissenschaftliches Grundkonzept, in: Das Argument 6/95, S. 817ff. Siehe auch Ute Osterkamp, Mitten im Umbau, a.a.O., S. 847ff.

Holzkaamps wissenschaftlichem Stil, ebenso wie die konsequent entwickelte Darstellungsweise in seinen Publikationen, welche es dem Leser ermöglicht, jeden wichtigen Schritt in der Gedankenarbeit des Autors mit- und nachzuvollziehen und infolge dieser Transparenz auch zielgerichteter abwägen und überprüfen zu können.)

Mit diesem Buch schließt Holzkaamp auch in gewisser Hinsicht jenen Kreis, welcher mit seinem Engagement gegen die autoritäre Erziehung und Bildung in der bürgerlichen Gesellschaft eröffnet worden ist. Die Überwindung des damals schmerzhaft empfundenen theoretischen und konzeptionellen Defizits, welches auch eine bestimmte praktisch politische Ohnmacht zur Folge hatte, wird mittels dieses Buches zu einem gewissen Abschluß gebracht. Die charakteristischen Schranken und Schwächen des damaligen Praxisbezugs werden nunmehr in einen umfassenden theoretischen und gesellschaftlichen Zusammenhang eingeordnet und kritisch gewertet. Aktuelle praktische Bestrebungen für die Reformierung der gegenwärtig dominierenden Bildung und Erziehung werden exemplarisch untersucht und Schlußfolgerungen für eine hierauf bezogene theoretisch begründete Strategie und praktische Konzeption zur Debatte gestellt.

Holzkaamp geht in seinem Buch von der Frage aus, ob denn das Lernen heute noch ein Problem grundsätzlicher Art sei. Er setzt sich mit dem Augenschein auseinander, daß das Lernproblem bereits psychologisch abgegrast und damit erschöpft sowie durch die Institutionen des Bildungssystems hestens betreut und gut aufgehoben ist.

Er fordert und praktiziert demgegenüber eine erneute grundsätzliche Beschäftigung mit der Lernproblematik, welche die analytische Durchdringung der glatten Oberfläche auf die darunter liegenden Widersprüche anstrebt, um daraus einen neuartigen psychologischen Beitrag für die laufende erziehungswissenschaftliche und bildungspolitische Grundsatzdiskussion - insbesondere über Schule und Schulreform - abzuleiten.

Eine grundlegende Voraussetzung für einen solchen Beitrag sieht der Autor darin, daß jenes alltägliche Lernverständnis überwunden wird, nach dem Lernen an Belehren gebunden und tendenziell mit einem Belehrtwerden gleichgesetzt wird sowie in die Zuständigkeit von Institutionen (Familie, Medien, insbesondere Schule) gehen ist, die Kontrolle über die Lernenden ausüben. Aus dieser allgemein verbreiteten und nahezu selbstverständlichen Sicht sind Lernprozesse hauptsächlich ein Resultat von Unterrichtung, finden bevorzugt in der Schule statt und betreffen vor allem jene Personengruppen (wie Heranwachsende, Auszubildende, Arbeitslose und Behinderte), die Lernen speziell nötig haben. Die Bewältigung von Aufgaben und Problemen außerhalb der Schule wäre demnach wesentlich die Anwendung dessen, was in der Schule gelernt, und ein Versagen bei der Problemhewältigung ein Indiz dafür, daß in der Schule nicht hinreichend gelernt bzw. das Gelernte wieder vergessen wurde. Wenn sich der Erwachsene dann - etwa aus beruflichen Notlagen wie Arbeitslosigkeit

heraus - gezwungen sieht, wiederum zu lernen, so erscheint ihm dies bevorzugt als ein "Die-Schulbank-Drücken", also als ein Rückfall in eigentlich längst überwundene Lebensphasen der Abhängigkeit und Unselbständigkeit.

Holzkaamp erhebt gegenüber der traditionellen psychologischen Lernforschung den generellen Vorwurf, daß sie Lernen mit einem solchen reglementierten Lernen gleichsetzt und die Erfahrungen der Lernenden nur als abhängige Größe von vorausgesetzten Bedingungen zu erfassen vermag. Hiermit wird das Lernsubjekt verleugnet und theoretisch wegreduziert. Das Lernen wird den Persönlichkeiten quasi enteignet. Der Autor setzt dem eine Lernauffassung entgegen, in der das Lernsubjekt im Zentrum steht und die auf Überwindung dieser Degradierung und Enteignung des Lernens gerichtet ist.

Es geht ihm um Lernen als eine Form der Realisierung der Selbstbestimmung und Selbständigkeit der Persönlichkeit - in ihrem eigenen Lebensinteresse. (Eine solche Chance wird auch den Lesern dieses Buches geboten, die sich in vielfältiger Weise im Hinblick auf ihre eigenen Lernerfahrungen, Lernmöglichkeiten und Lerngrenzen wiederfinden und neufinden können. Dies ist einer der großen Vorzüge dieses Buches, der bei wissenschaftlichen Publikationen einen Glücksfall darstellt.) Diese Monographie ist nicht nur - und wohl auch nicht in erster Linie - eine Herausforderung für Experten (Psychologen, Pädagogen, Soziologen, Bildungsfunktionäre), sondern auch und insbesondere für jene, die in fundierter und tiefgründiger Weise die Gestaltung und Entfaltung ihrer eigenen bisherigen und künftigen Persönlichkeitsentwicklung durchleuchten wollen.

Dem dient auch das Bestreben des Autors, am exemplarischen (auch eigenen) Beispiel hochentwickelte, komplizierte Lernvorgänge zu untersuchen, welche das Persönlichkeitsbild nachhaltig prägen. Mit diesem Buch ist der hohe Anspruch verbunden, eine grundlegende konzeptionelle Zäsur im Hinblick auf die gesamte bisherige theoretische und praktische Herangehensweise an das Lernen vorzunehmen, eine Art Wende auf diesem Gebiet zu vollziehen.

Inwieweit und auf welche Weise wird dieser selbst gesetzte Anspruch in dem vorliegenden Buch eingelöst? *Es sind zumindest die folgenden vier Fragen*, auf die eine beweiskräftige Antwort gefunden werden muß, um einem solchen Anspruch gerecht zu werden:

Erstens eine solche Charakterisierung eines auf die ganze Persönlichkeit und das gesamte Leben bezogenen Lernens, welche die qualitative Überwindung der von Holzkaamp generell kritisierten Lernauffassung und Lernpraxis herausfordert und ermöglicht.

Zweitens die fundierte und differenzierte Untersuchung jener Prozesse, die einem solchen Lernen zugrunde liegen und es ermöglichen.

Drittens das produktive Einlösen der Ankündigung des Autors, von der Rolle des Lernsubjekts auszugehen sowie der möglichst konkrete Nach-

weis, daß diese Subjektrolle auch und gerade im Prozeß des Lernens verwirklicht werden kann. (Dieser Bezug auf die Rolle des Subjekts ist ja der zentrale Punkt der Kritischen Psychologie, dessen Berechtigung und Praktikabilität Holzkamp nunmehr auch auf diesem Gebiet unter Beweis stellen wollte.)

Viertens - nachdem das Lernen zunächst von der engen Sicht auf die Schule abgehoben worden ist - eine überzeugende Anwendung der aus dieser umfassenderen Sicht gewonnenen Einsichten über den Charakter und die Prozesse des Lernens, insbesondere von der Warte des Schülers als Lernsubjekt, auf die Schule.

Und schließlich, da der Autor sich von vornherein und durchgängig von den traditionellen Lerntheorien prinzipiell abhebt, muß eine solche sorgfältige und tiefgründige Auseinandersetzung mit diesen Theorien erwartet werden, daß der Leser die Berechtigung des hohen Selbstanspruchs des Anliegens von Holzkamp im einzelnen und ganzen nachvollziehen kann. (Um die Einschätzung der Realisierung der letztgenannten Anforderung vorwegzunehmen: Holzkamp analysiert zusammenhängend in konzentrierter und partiell auch detaillierter Weise die traditionellen psychologischen Lerntheorien - die Stimulus-Responsetheorien des Lernens, kognitivistische Theorien, handlungstheoretische Lernkonzepte. Hierbei geht es ihm vor allem darum, den relativen Erkenntnisgehalt dieser Theorien zu erkunden und seine eigene theoretische und konzeptionelle Position nicht neben diese traditionellen Lerntheorien zu stellen, sondern sie "im Durchgang" durch diese mittels Reinterpretation und Kritik zu entwickeln. Dieser Teil des Buches - das umfangreiche zweite Kapitel - hat einen selbständigen Informations- und Erkenntniswert, auch für jene Leser, die nicht über systematisches Wissen auf diesem Gebiet verfügen. Ihnen ist hier die Möglichkeit geboten, auf der Grundlage einer kompetenten übersichtlichen Information über die traditionellen Lerntheorien deren innere Logik sowie die hieraus sich ergehenden Widersprüche und Begrenzungen zu erfassen - und auch von da her einen Eindruck von der durch Klaus Holzkamp angenommenen Herausforderung sowie seiner besonderen schöpferischen Leistung auf diesem Gebiet zu gewinnen.)

Lernen und Lernprozesse

Holzkamp setzt Lernen in Bezug zum Handeln. Er bindet es ein in die Gesamtheit der Handlungen des Individuums und bestimmt es zugleich als eine spezielle Form, welche sich von anderen Handlungen unterscheidet. Damit wird der organische Bezug hergestellt zwischen der Rolle der Persönlichkeit als Subjekt ihrer Handlungen und ihres Lernens. Der traditionellen Auffassung in der Psychologie, daß Lernen als ein irgendwie geariteter psychologischer Mechanismus abläuft, wird entgegengesetzt, daß Lernen eine bestimmte Weise begründeten menschlichen Handelns ist und sich primär in der realen Lebenspraxis der Handlungssubjekts vollzieht.

Lernen drückt eine besondere Haltung des Handlungssubjekts gegenüber seinen Handlungen aus - z.B. Überprüfen, Akzeptieren, Distanzieren. Deshalb kann es nicht aufoktroiert werden. Aus dieser Sicht ergibt sich auch, daß in der Lebensgeschichte des Individuums mittels Lernen nicht nur Wissen und Fähigkeiten, sondern auch generelle Haltungen, Lebensgewohnheiten, Handlungsbereitschaften, Urteilskompetenzen erworben worden sind und daß sie ständig weiter und neu erworben werden können und müssen.

Lernen ist eine konstituierende Bedingung für den Vollzug jeglicher Entwicklungsstufen des Individuums.

Holzkamp wendet sich gegen die in den psychologischen Lerntheorien übliche Herangehensweise, die "Lernmechanismen" des Individuums als weitgehend unabhängig und losgelöst vom Lerngegenstand zu betrachten. Ein tieferes Eindringen in den Lerngegenstand, wodurch die unmittelbare Sicht auf dessen naheliegende, oberflächliche Beschaffenheit schrittweise überwunden wird, hängt primär davon ab, inwieweit der Lerngegenstand selbst eine entsprechende Tiefenstruktur - d.h. unter der Oberfläche verborgene allgemeine Bedeutungszusammenhänge - besitzt.

Holzkamp macht deutlich, daß sich das Eindringen in den Lerngegenstand nicht nur stufenweise kontinuierlich vollzieht, sondern auch qualitative Lernsprünge aufweist. Ein solcher Lernsprung läßt sich dann vollziehen, wenn das aus Negation der bisherigen Lernweise sich ergebende neue Lernprinzip so weit faßbar, erlebbar und praktikierbar wird, daß es für den weiteren Lernvollzug dominierend zu werden vermag.

Im Zusammenhang mit der Eigenart von Lernsprüngen untersucht Holzkamp ein Phänomen des Lernprozesses, welches er als affinitives Lernen bezeichnet. Er geht hierbei von dem Sachverhalt aus, daß in solchen Stadien des Lernprozesses, in denen die bisherige Lernweise in eine Krise geraten ist, durch ein besonders angespanntes, unmittelbar zielbezogenes Lernen oftmals der damit angestrebte Lernsprung verfehlt und statt dessen die Krise - vor allem emotional - noch verschärft wird. Hier kann das Einschleichen einer affinitiven Lernphase ein Ausweg sein, in der man die unmittelbare Lernintention zeitweilig zurücknimmt und statt dessen in einer entrückten Konzentrationshaltung neue Lösungswege gewissermaßen im Inneren wachsen läßt, sie einer Art psychischer Selbstfindung überläßt.

Derartige affinitive Selbstorganisationsprozesse als eine bedeutsame Qualifikation der Lernhaltung sind vor allem im künstlerischen und sportlichen, aber auch im wissenschaftlichen Bereich verbreitet. Der Autor ist bestrebt, die Rolle des Lernenden als Lernsubjekt nicht nur zu proklamieren, sondern in solche konkreten Kriterien und Anforderungen umzusetzen, welche Trennschärfe gegenüber der Negierung und Verwässerung des Lernsubjekts in den gängigen Lerntheorien und Lernpraktiken ermöglichen.

Eine Schlüsselstellung hat hierbei die Unterscheidung von produktivem Lernen (von Holzkamp zumeist als expansives Lernen bezeichnet) und defensivem Lernen. Produktives Lernen ist - nach Holzkamp - motivational begründet. Es ist gerichtet auf die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten des Individuums, durch welche eine Entfaltung seiner Welt- und Selbstsicht und damit seiner subjektiven Lebensqualität zu erwarten ist.

Defensives Lernen ist überwiegend auf die Bewältigung einer bestimmten Situation gerichtet. Der lernende Weltaufschluß ist demgegenüber sekundär. Die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten steht damit nicht im Blickpunkt und der Aktionsradius sowie die Lerndimension des Lernsubjekts sind von vornherein generell eingeschränkt.

Hieraus ergibt sich, daß qualitative Lernsprünge sowie affinitive Lernphasen nicht auf der Tagesordnung stehen - es sei denn, dieses defensive Lernen wird problematisiert und ein Ausweg in Richtung auf produktives Lernen gesucht.

Holzkamp nimmt die Gegenüberstellung von produktivem und defensivem Lernen nicht abstrakt und schematisch vor, sondern verbindet sie mit dem konkreten individualgeschichtlichen Erfahrungshintergrund des Lernsubjekts, von dem aus jegliches Lernen gewichtet, akzentuiert, eingeführt ist. Entscheidend sind hierbei die biographisch erfahrenen Möglichkeiten und Beschränkungen, dieses oder jenes lernen zu können.

Daß Holzkamp zunächst die Schule aus der Analyse des Lernens ausklammert, ergibt sich daraus, daß er einen selbständigen Zugriff zum Problem des Lernens vom Standpunkt des Lernsubjekts gewinnen wollte, der sich von der gängigen Gleichsetzung von Lernen und schulischem Lernen abhebt. Aber die Untersuchung des Lernens in der Schule ist ein zentraler Aspekt von Holzkamps Lernanalyse. Er geht davon aus, daß sich Lernen ohne Schule kaum denken und vollziehen läßt. Die individuellen Erfahrungen eines jeden mit Lernen und Lernhemmung sind in besonderer Weise an die Schule gebunden und bilden eine universelle, den ganzen Lebensweg prägende Grunderfahrung. Erst von da her kann das Lernen außerhalb der Schule diskutiert werden. Holzkamps ausführliches Eingehen auf diese Grunderfahrung vermittelt dem Leser vielfältige Impulse, die eigene Erfahrung mit Schullernen im Rahmen seiner subjektiven Lernbiographie zu rekapitulieren und dabei sowohl einer Verdrängung wie Verklärung auf die Spur zu kommen.

Holzkamps Analyse der Schul-Lernwirklichkeit ist schonungslos, kritisch, sezierend. Aber er vertritt weder antipädagogische noch antiautoritäre Positionen. Er räumt der Schule als einer zentralen und fundamentalen Institution des Lernens einen bevorzugten Raum ein. Und er ist auch für eine Schule, in der in geplanter und geordneter Weise gelernt wird.

Holzkamps direkte und zusammenfassende Aussagen über schulisches Lernen umfassen das letzte Drittel seiner Monographie. Dieser Teil des Buches steht zu den vorangegangenen Kapiteln wie das Besondere zum

Allgemeinen. In seinen Ausführungen im allgemeinen Teil hat er jene - bereits vorgestellten - Gesichtspunkte und Kriterien ausgearbeitet, die er nunmehr auf die speziellen Bedingungen und Gegebenheiten des Schullernens anwendet.

Gestützt auf diese Einsichten unternimmt Holzkamp einmal den Versuch, die Charaktermerkmale des schulischen Lernens in der bisherigen Schulentwicklung und dem jetzigen Schulsystem (speziell in der BRD) sowie ihre Reflektion in den psychologischen Lerntheorien zu analysieren; zum anderen leistet er einen speziellen Beitrag zur Einschätzung der Schulreformbewegung sowie alternativer Konzeptionen außerschulischen Lernens; schließlich entwickelt er eigene alternative Vorschläge sowohl zur Überwindung der Deformierung des Lernens in der Schule wie auch zur Überprüfung und qualitativen Veränderung der Schulreformbestrebungen.

Zu den Charaktermerkmalen des schulischen Lernens in der bisherigen Entwicklung der bürgerlichen Schule, speziell im jetzigen Schulsystem der BRD: Holzkamp weist nach, daß in der Schule das Lernen generell an das Lehren gebunden ist, daß Lernen mit Lehrernen gleichgesetzt wird. Er bezeichnet dies als Lehrlern-Kurzschluß. Hieraus ergibt sich nach seiner Auffassung zwangsläufig die Degradierung der Lernsubjekte und die generelle Behinderung von produktivem Lernen. Die subjektiven Lerngründe der Schüler werden negiert und damit die in der Schule gegebenen Lernmöglichkeiten eingeschränkt, kanalisiert, zurückgenommen. Die im Zuge der Durchsetzung des Lehrlernens ergriffenen Maßnahmen werden von Holzkamp als Einkreisung der Schüler charakterisiert.

Holzkamp gelangt zu dem weitreichenden Schluß, daß defensives Lernen der Normalfall in der Schule ist. Er stützt diese Charakterisierung insbesondere auf die Untersuchung folgender Bereiche bzw. Aspekte des schulischen Lernens: die offiziellen Lernziele und Lehrpläne, das Bewertungssystem, die funktionale Anwendung der Lehrerfrage, die generelle Behinderung der Realisierung von Lernsprüngen und affinitiven Lernphasen, die Auswirkungen der Degradierung der Lernsubjekte und der Dominanz des defensiven Lernens auf die interpersonalen Beziehungen an der Schule.

Ausgehend von diesen Untersuchungen¹² geht der Autor der Frage nach, inwieweit die traditionellen psychologischen Lerntheorien im allgemeinen

¹² Gerade aus diesen Untersuchungen ergeben sich Fragen nach Parallelen zum Charakter des Lernens in der DDR-Schule. Holzkamps Analyse beschränkt sich auf die bürgerliche Schule, speziell in der BRD. Aber beim Studium seines Buches drängt sich der Gedanke auf, daß auch das Lernen in der DDR-Schule in gewisser Hinsicht von jenen negativen Charakteristika geprägt war, welche Holzkamp für das Lernen in der bürgerlichen Schule ausgemacht hat: Gleichsetzung von Lernen mit Lehrlernen und damit Degradierung der Lernsubjekte sowie generelle Behinderung produktiven Lernens. Bestimmte Konzepte und Praktiken des Volkssystemes der DDR - z.B. die überhöhten offiziellen Lernziele, die geforderte und streng kontrollierte "Lehrplanteue", das schulische Bewertungssystem - erscheinen sogar als ein gewisser Extremfall dieser negativen Merkmale. Läßt sich hieraus eine generelle Übereinstimmung der DDR-Schule mit der bürgerlichen Schule ableiten? Holzkamps Lern-Buch liefert auf der einen Seite - wenigstens auf den ersten Blick - Anhaltspunkte, diese Frage zu bejahen. Auf der anderen Seite aber wird

und die pädagogisch-psychologischen Forschungsrichtungen im besonderen in der Lage sind, jene Charaktermerkmale schulischen Lernens zu erfassen, die er in seinem Buch darlegt. Er gelangt dabei zu folgendem Ergebnis: Da die traditionelle psychologische Lernforschung generell Lernen mit reglementiertem Lernen gleichsetzt und den Standpunkt des Lernsubjekts ignoriert, ist sie von vornherein ungeeignet, den defensiven Charakter des Schullernens und die Degradierung der Lernsubjekte zu problematisieren, zu entschlüsseln oder gar in Frage zu stellen. Diese Lerntheorien stehen faktisch auf der Position der "Enteignung" des Lernens innerhalb der institutionellen Lernverhältnisse. Sie rechtfertigen und repräsentieren diese Position. (Gerade hieraus leitet ja der Autor die Notwendigkeit der von ihm vorgenommenen Ausarbeitung einer eigenständigen Lerntheorie vom Standpunkt des Lernsubjekts ab.)

Im Hinblick auf die speziellen pädagogisch-psychologischen Forschungsrichtungen - vor allem in ihren modernen Ausprägungen - stellt Holzkamp fest, daß sie sich bei ihrer Erforschung des Lernens in der Schule überwiegend unkritisch auf diese allgemeinen lerntheoretischen Ansätze stützen und kaum eigene Theorien erarbeitet haben. Diese Feststellung trifft im Prinzip auch auf die aktuellen Schulreformprojekte in der BRD zu.

Holzkamp analysiert alternative Konzeptionen außerschulischen Lernens sowie insbesondere bestimmte Anliegen und Resultate von Schulreformprojekten in der BRD. Er geht davon aus, daß die Schulreformbewegung in der Bundesrepublik, die in den frühen sechziger Jahren begann, Mitte der siebziger Jahre stagnierte bzw. zurückgedreht wurde und seit Mitte der achtziger Jahre einen neuen Aufschwung nahm.

"Während in der ersten Phase der Schulreform Themen wie der Abbau des Bildungsprivilegs durch die Gesamtschule, Curriculumrevision, Humanisierung des pädagogischen Umgangs im Mittelpunkt standen, sind seit dem Revival der Reform neue Konzeptionen hinzugekommen: Schule als 'Lebensschule', 'Öffnung der Schule' zur Gemeinde hin als 'community education', 'soziales Lernen', Regionalisierung und Individualisierung der Schulen, 'Qualität von Schule', 'Schule mit Profil' etc."¹³

Holzkamp beschränkt seine Betrachtung auf solche neueren Entwicklungen der Schulreformbemühungen seit Mitte der achtziger Jahre, die - nach seiner Einschätzung - für die Förderung produktiven Lernens relevant sein

von Holzkamp eine konkret-historische Herangehensweise praktiziert und demonstriert, welche - zumindest - in Ansätzen geeignet scheint, eine solche Gleichsetzung in Frage zu stellen oder zumindest zu problematisieren und zu relativieren. Mittels der Nutzung dieser Herangehensweise könnte dieses Buch vielleicht eine Handreichung enthalten, die Untersuchung des Charakters des Lernens in der DDR-Schule theoretisch präziser zu thematisieren und auf eine höhere Ebene zu führen. Siehe dazu Ekkehard Saueremann, *War die DDR-Schule bürgerlich? Nachbetrachtung zu dem Lern-Buch von Holzkamp*, in: ELSA-PODIUM Nr. 2, Hrsg.: ELSA Verein zur Förderung von Wissenschaft, Kultur und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt, 1995.

¹³ Klaus Holzkamp, *Lernen*, a.a.O., S. 343.

könnten. Er untersucht - in exemplarischer Weise - die Anlage und das Ergebnis folgender Konzepte bzw. Projekte: die Konzeption der Lebensnähe der Schule, die Eröffnung von Wahlmöglichkeiten innerhalb des regulären Unterrichts, die Förderung des "sozialen Lernens" der Schüler.

Holzkamp kritisiert - die vorgetragenen Ergebnisse dieser Untersuchungen zusammenfassend -, "daß Aktivitäten zur Reform schulischer Lernmöglichkeiten in der Gefahr sind, auf halbem Wege stecken zu bleiben, ja sich sogar ins Gegenteil dessen, was intendiert war, zu verkehren, wenn dabei die um den Lehrlernkurzschluß und die Bewertungsuniversalität angeordneten schuldisziplinären Grundstrukturen unangetastet bleiben."¹⁴

Hierbei legt Holzkamp zugrunde, daß die Schulreformbewegung einer dreifachen Schwierigkeit gegenübersteht, ihr eigentliches Grundanliegen - Verwirklichung eines sinnvollen, produktiven Lernens - zu erkennen und zu realisieren: Einmal der Tatsache, daß die Schulwirklichkeit durch das Gleichsetzen von Lernen mit Lehrlernen und die Dominanz defensiven Lernens bestimmt und geprägt ist; zum anderen, daß dieser objektiverte Sachverhalt in der "öffentlichen Meinung" - gestützt auf die Wirkung vielgestaltiger Anpassungsmechanismen - verinnerlicht ist und als so normal und selbstverständlich angesehen wird, daß ideelle und praktische Alternativen hierzu (und gerade hierin liegt ja das wesentliche Anliegen von Schulreformen) von vornherein als absurd, als abwegig und extrem erscheinen müssen; und schließlich, daß sich die bisher übliche und verbreitete theoretische Reflexion von Lernen und speziell von Schullernen generell auf den Boden dieser praktischen und ideellen Realität stellt, diese "öffentliche Meinung" stützt und legitimiert und damit jegliches Infragestellen von Lehrlernen blockiert und kanalisiert.

Angesichts dieser dreifachen Schwierigkeit wird deutlich, daß jegliche Schulreformbewegung auf halbem Wege stehen bleibt, wenn sie sich bei ihren Bestrebungen unkritisch auf diese Lerntheorien stützt. Angesichts dieser Situation sieht Holzkamp eine Chance zum Durchbrechen dieses Tenfelskreises für die Schulreformbewegung gerade darin, daß die unkritisch übernommenen Lerntheorien kritisch reflektiert und ihnen lerntheoretische Alternativen entgegengesetzt werden, welche geeignet sind, eine konsequente, an die Wurzel des Lernproblems gehende Schulreform zu stützen. Deshalb stellt er sich vor allem die Aufgabe, "bestimmte psychologische Widerhaken" anzubringen, "die der Schulreformdiskussion partiell eine andere Richtung geben."¹⁵

Holzkamp wirft abschließend die Frage nach der schulpolitischen Realisierbarkeit solcher Reformbestrebungen auf, welche nicht - wie bisher - auf halbem Wege stehen bleiben, sondern zur wirklichen Umgestaltung des schulischen Lernens führen. (Dabei kann nach seiner Auffassung eine

¹⁴ Ebenda, S. 553.

¹⁵ Ebenda, S. 374.

tiefgreifende Schulreformbewegung überhaupt nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich als permanenter Prozeß vollzieht. Holzkamp tritt - beziehungsweise auf Klafki - für eine Schule permanenter Reform ein, für eine selbstreflexive Schule, in Verbindung mit einer Schulreformdiskussion auf erweiterter Stufenleiter.)

Er weist darauf hin, daß bereits viel bescheidenere Reformvorhaben am Widerstand der Schuladministration gescheitert sind. Wie könnte unter diesen Bedingungen ein so weitreichendes Reformkonzept aussichtsreich sein, wie er es in seinem Buch in allgemeinen Umrissen wie auch in punktueller Schärfe und Bestimmtheit entwirft? Holzkamp verweist darauf, daß das bisherige Steckenbleiben bzw. Scheitern von Reformbemühungen zu sehr aus der Macht der Gegenseite und nicht so sehr aus den eigenen Mängeln der Schulreformbewegung (auf die er im Rahmen seiner Schulreform-Analyse aufmerksam macht) erklärt worden ist.

Er behauptet demgegenüber - unter Bezug auf Frank Deppe - , daß die Schulreformen deshalb so schnell an ihre Grenzen gestoßen sind, "weil sie nicht gründlich genug waren, weil die politischen Träger (hier besonders sozialliberale Landesregierungen) bei den ersten Attacken der "Gegenreform" zurückschreckten und weil die Machtverhältnisse in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat niemals ernsthaft in Frage gestellt wurden."¹⁶

"Alldem liegt ... möglicherweise auch eine konzeptionelle Unsicherheit darüber, welche Bedeutung Schulfragen für die demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft haben, zugrunde: Soweit wirklich begriffen würde, daß mit der schuldisziplinären Strukturierung der Schule produktives Lernen systematisch behindert und damit die Mündigkeit der Bürger zur Demokratie untergraben wird, mögen zur Durchsetzung der von mir artikulierten weitergehenden Forderungen an Schulreform auch entsprechende Kräfte mobilisierbar werden."¹⁷

Seine Zuversicht, daß es gerade jetzt eine historische Chance gibt, solche starken Reformkräfte zu mobilisieren, gründet Holzkamp insbesondere auf die sich mit hoher Geschwindigkeit vollziehende Verschärfung des folgenden Widerspruchs: Auf der einen Seite stellen die ökologischen, ökonomischen, technologischen, biologischen Bedrohungen der Menschheit eine radikale Herausforderung dar, welche in immer höherem Maße sowohl die Profilierung der Urteilsfähigkeit der Bevölkerung wie auch die Entwicklung aller schöpferischen, wissenschaftlichen Potenzen (worin die Art und Weise, wie die Schule auf wissenschaftliche Laufbahnen vorbereitet, einbezogen ist) erfordert.

Auf der anderen Seite ist das gegenwärtige Schulsystem nicht einmal mehr in der Lage, seine elementaren Aufgaben zu lösen, geschweige denn seinen

¹⁶ Ebenda, S. 553.

¹⁷ Ebenda, S. 554.

herausgeforderten schöpferischen Beitrag für das Erkennen und Sichern der Überlebensinteressen der Menschheit zu leisten.

Holzkamp stellt fest, daß die gegenwärtigen Bildungssysteme maßgeblicher Länder - wie USA, Frankreich und letztlich auch BRD - "sich offensichtlich in einer Krise befinden, die alles schon Dagewesene übersteigt, so daß die Bereitschaft, umzudenken und neue Lösungen zu erwägen, dadurch gefördert werden könnte."¹⁸

Als eigentliche "Essenz dieser Krise" bezeichnet Holzkamp die Tatsache, "daß die Schülerinnen/Schüler auf die schuladministrativen Maßnahmen nicht nur (in der üblichen Weise) verdeckt widerständig reagieren, sondern sich teilweise ganz offen verweigern, Widerstand leisten, nicht mehr mitspielen."¹⁹

"Vielleicht aber ist deren offener Widerstand, deren Weigerung, sich weiter bevormunden zu lassen, auch Aspekt einer (wie immer widersprüchlich und gebrochen sich durchsetzenden) neuen gesellschaftlich-historischen Entwicklung, mit welcher ... ein anspruchsvolleres Verständnis der Bevölkerung von demokratischer Mitwirkung sich anbahnt ('wir sind das Volk'). Demnach wäre man gut beraten, sich durch intensivste Reformarbeit auf ein neues, zeitgemäßes Konzept von Schule ... als Grundlage für ein neues Angebot an die Schülerinnen/Schüler vorzubereiten... So mag man die Schülerinnen/Schüler allmählich davon überzeugen, daß man sie nun nicht mehr als reflexive Subjekte mißachtet, sondern als Bündnispartner für die Planung der neuen Schule gewinnen will."²⁰

Klaus Holzkamp bringt diesen Versuch, die Realisierungsmöglichkeit seiner Schulreformgedanken auf eine so hohe gesellschaftspolitische Ebene zu heben, mit der folgenden persönlichen Erklärung zum Abschluß - mit der er zugleich seine letzte Monographie beendet: "Ich muß zugeben: Dies sind große Worte. Ich bin nicht sicher, wie weit ich dabei meinem eigenen Optimismus trauen kann. Vielleicht aber gibt es andere, die angesichts der gleichen Situation zu ähnliche Konsequenzen kommen wie ich, so daß unsere Anschauungen konvergieren mögen.

Vielleicht auch ist die von mir benannte neue Stufe demokratischer Mitwirkung als Implikat und Voraussetzung eines neuen Lernens weniger meine bloße Wunschvorstellung als ich selbst befürchte. In jedem Falle müssen wir uns - da wir demokratische Entwicklungen nicht mehr einer fernen Zukunft der sozialistischen Länder überlassen können - hier und jetzt selbst darum kümmern. Es mag doch sein, daß wir dabei weiter kommen als wir in der gegenwärtigen unübersichtlichen Lage für möglich halten."²¹

¹⁸ Ebenda, S. 559.

¹⁹ Ebenda, S. 560.

²⁰ Ebenda, S. 560f.

²¹ Ebenda, S. 563.

Joachim Tesch

"Billige Wohnungen fehlen - teure gibt's im Überfluß"

Mangel an Lebenswichtigem bei Überangebot von Luxusgütern in der kapitalistischen Marktwirtschaft

Der oben zitierte Spruch des Vorstandschefs der Deutsche Bank Bauspar AG¹ zeugt von einer bemerkenswerten Einsicht: Mangel im Überfluß. Gegenwärtig ist erneut zu beobachten, daß bei Wohnungsleerständen im teuren Preissegment der gesamte Wohnungsbau verringert wird, obwohl nach wie vor ein Defizit an bezahlbaren, billigen Wohnungen existiert. So gibt es einerseits bundesweit ein verhältnismäßig großes Angebot an hochwertigen und teuren Wohnungen und - aus unterschiedlichen Gründen - einen erheblichen Leerstand von etwa 1,2 Millionen Wohnungen². Dem steht andererseits nach wie vor ein hoher Bedarf an preiswerterem Wohnraum gegenüber, den die große Zahl nicht oder unterversorgter Familien bzw. Haushalte benötigt. Außer der offenen Not in Form von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit ist der Mangel vielfach verdeckt: Viele Wohnungen sind überbelegt, d.h. verfügen pro Person über weniger als einen Wohnraum. Besonders in den westlichen Bundesländern vegetieren zahlreiche Haushalte in "sonstigen Wohneinheiten", d.h. ohne Küche/Kochnische, oder in Behelfsbauten, die zur dauerhaften Wohnnutzung nicht geeignet sind. Hinzu kommt die große Zahl von Familien, deren Wohnungsmiete mehr als 30 oder 40 % ihres Nettoeinkommens verschlingt; das betrifft in den östlichen Bundesländern zunehmend Ein- und Zwei-Personen-Haushalte, die jetzt in zu großen und zu teuren Wohnungen leben.

Liegen der Überproduktion teurer Wohnungen bei Vernachlässigung preisgünstiger Angebote nur Fehleinschätzungen der Bauherren und Investoren hinsichtlich der Fähigkeit der Bevölkerung vor, weiter steigende Mieten für Neubauten zahlen zu können, und die Erwartung, daß die heute einkommensschwachen Haushalte morgen luxuriöse Wohnungen finanzieren können? Es müßte sich dagegen doch auch bei ihnen herumgesprochen haben, daß in Wirklichkeit die Realeinkommen der privaten Haushalte mit Arbeits- und Transfereinkommen stagnieren oder gar zurückgehen und daß die Wirtschaftspolitik der Herrschenden diese Strategie weiterverfolgt.

Das alles wirft Fragen nach den Ursachen des Mangels an preisgünstigem Wohnraum und nach möglichen Gegenmaßnahmen auf. Bei den Ursachen

ist zu fragen, wieweit sie generell systembedingt - also in vielen Bereichen - oder nur spezifisch in der Wohnungswirtschaft wirken. Hinsichtlich der Gegenmaßnahmen ist zu klären, ob sie innerhalb der existierenden Wirtschaftsordnung oder nur nach deren grundlegender Umgestaltung realisierbar sind.

Luxus und Grundbedürfnisse

Luxusgüter sind nach allgemeiner Auffassung verfeinerte Güter, also Güter, die als solche oder deren Zurichtung für das Befriedigen der Grundbedürfnisse überflüssig sind. Luxus ist jeder Aufwand, der über das Lebensnotwendige hinausgeht; er dient vor allem der Repräsentation. Der Begriff bekommt offenbar erst seinen faßbaren Inhalt, wenn sein Gegenpart, das "Notwendige", bestimmt ist.

Marx unterteilte die Produktion von Konsumtionsmitteln (die "Abteilung II" der Warenproduktion) in zwei große Unterabteilungen³:

a) *Notwendige* Konsumtionsmittel, die von den Angehörigen aller Klassen - wenn auch in unterschiedlichen Qualitäten - konsumiert werden, wobei *notwendig* nicht im physiologischen Sinn, sondern als gewohnheitsmäßig verstanden wird (Marx nennt hier ausdrücklich den Tabak als Beispiel).

b) *Luxus*-Konsumtionsmittel, die nur in den Konsum der Kapitalistenklasse eingehen (wobei Marx an anderer Stelle⁴ darauf verweist, daß in Zeiten der Prosperität auch die Arbeiterklasse momentanen Anteil an ihr sonst unzugänglichen Gütern nimmt).

Die Unterteilung ist - wie Marx auch zeigt - historisch bedingt: Durch "die außerordentlich erhöhte Produktivkraft in den Sphären der großen Industrie" verwandelt sich "...ein größerer Teil des gesellschaftlichen Produkts ... in Surplusprodukt und ein größerer Teil des Surplusprodukts wird in verfeinerten und vermannigfalteten Formen reproduziert und verzehrt. In anderen Worten: Die Luxusproduktion wächst."⁵ Und noch an anderer Stelle heißt es sinngemäß: Was früher als Luxus(-Bedürfnis) erschien, erweist sich nunmehr als Notwendigkeit.⁶

So wurde im zu Ende gebenden 20. Jahrhundert der Wechsel von Luxusgut zum notwendigen Gut in entwickelten Industrieländern beim Automobil, Fernseher und für viele andere Güter vollzogen. *Hobsbawm* stellt für das "goldene Zeitalter" - die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg - fest, "daß nahezu alle Angehörigen der Arbeiterklasse in den alten Industriestaaten während der längsten Zeit ihres Lebens weit über jenem Niveau

³ Karl Marx, Das Kapital, Zweiter Band, Berlin 1983, S. 402f.

⁴ A.a.O., S. 341, 409.

⁵ Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, Berlin 1983, S. 468f.

⁶ Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW Band 42, Berlin 1983, S. 434.

¹ Hans Wielens, nach Leipziger Volkszeitung vom 15.4.96, S. 5.

² Westliche Bundesländer: 800.000, östliche Bundesländer: 400.000. Quelle: Peter Scheewe, Ergebnis der 1%-Stichprobe 1993, Wirtschaft und Statistik 4/1995, S. 291.

leben konnten, das für ihre Väter und auch noch für manchen von ihnen selbst die Grenze gewesen war und wo das Einkommen noch vorrangig zur Deckung der Grundbedürfnisse verwendet werden mußte.⁷

Was ist unter diesen Aspekten in Deutschland in Bezug auf Wohnungen Luxus und was ist notwendig? Auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich gegenüber dem Anfang des Jahrhunderts die Verhältnisse für die Masse der Arbeiter und Angestellten erheblich. Die gegenwärtigen Mindestanforderungen an eine Wohnung - das Notwendige - lassen sich in erster Näherung an den statistischen Definitionen der Wohnung erkennen, die wie folgt oder ähnlich lauten:

"Nach außen abgeschlossene, zu Wohnzwecken bestimmte, in der Regel zusammenliegende Räume in Gebäuden, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen. Ein Raum muß stets eine Küche sein oder eine Kochgelegenheit enthalten. Zu einer Wohnung gehören ferner Wasser- und Elektroenergieversorgung, Beheizbarkeit, Ausguß und Toilette sowie ein eigener abschließbarer Zugang."

Der Wechsel vom Luxus zum Notwendigen setzt sich weiter fort. Für die meisten Menschen in Deutschland erscheint z.B. schon jetzt auch das Bad oder zumindest die Dusche als notwendiger Bestandteil der Wohnung; lange wird es wohl nicht mehr dauern, bis dieses Merkmal in die offizielle Definition aufzunehmen ist.

Einkommensverteilung und Zahlungsfähigkeit

Das Verhältnis von Luxus- und notwendigen Gütern ist seit dem vorigen Jahrhundert von der Wirtschaftswissenschaft immer wieder analysiert worden. Kritische Betrachtungen zur unbefriedigenden Versorgung mit notwendigen Gütern in der "freien Marktwirtschaft" finden sich durchgängig bei etablierten Nationalökonomern von *Böhm-Bawerk* über *Eucken* bis *Zinn*, die die eigentliche Ursache für das Mißverhältnis zwischen beiden Gütergruppen in der Einkommensverteilung und ihrer Wechselbeziehung zur Preisbildung sehen.

Böhm-Bawerk (1851-1914) zeigte schon vor mehr als 100 Jahren am Beispiel des Pferdemarktes⁸, daß der reiche Mann seine Luxusbedürfnisse - Kauf des 13. Pferdes für den Reitstall - befriedigt, zugleich aber der arme Bauer, der für die Bewirtschaftung seines Feldes dringend ein Pferd benötigt, nicht zum Zuge kommt. Denn der Reiche hat durch sein Geldgebot den Preis so hoch getrieben, daß der Arme vom Kauf ausgeschlossen bleibt.

⁷ Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München/Wien 1995, S. 387.

⁸ Eugen v. Böhm-Bawerk, *Nachteilige Wirkungen des freien Wettbewerbes* (1886), in: *Gesammelte Schriften*, 1924, Unveränderter Nachdruck, Frankfurt/Main 1968, 1. Bd., S. 475ff.

Eucken (1891-1950) bezieht sich auf Böhm-Bawerk und stellt seinerseits unter verteilungsethischen Gesichtspunkten den Zusammenhang zur Einkommenspolitik her: "Die Ungleichheit der Einkommen führt dahin, daß die Produktion von Luxusprodukten bereits erfolgt, wenn dringende Bedürfnisse von Haushalten mit geringem Einkommen noch Befriedigung verlangen. Hier also bedarf die Verteilung, die sich in der Wettbewerbsordnung vollzieht, der Korrektur."⁹

Zinn (geb. 1939) wiederum hebt in seiner aktuellen Darstellung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung ausdrücklich die Einkommenspolitik als eines der vier regulierenden Prinzipien des Wirtschaftsprozesses hervor. Unter den Eingriffsbereichen, in die entsprechend dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft interveniert werden muß, nennt er im weiteren auch die Bau- und Wohnungspolitik.¹⁰

Die Einkommensverteilung der privaten Haushalte spielt für die zahlungsfähige Nachfrage nach Wohnungen eine wesentliche Rolle. Der Berliner Statistiker *Schwabe* hat schon 1867 anhand empirischer Untersuchungen das später nach ihm benannte "Gesetz" formuliert: Je niedriger das Einkommen eines Haushaltes, desto höher der Anteil der Kosten für die Wohnung an den Haushaltsausgaben.¹¹ Wohnung, Heizung und Beleuchtung gehören wie die Grundnahrungsmittel zu den Gütern des unelastischen Bedarfs, deren Nachfrage nicht linear vom Einkommen abhängig ist, also auf Einkommenshöhe und -veränderungen wenig reagiert.

Das Schwabe'sche "Gesetz" gilt unverändert, wie aus dem Diagramm 1 zu ersehen ist. Die privaten Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen haben den größten Anteil der Miete an den Nettoeinkommen und ebenfalls die höchste Steigerung der Mietbelastung.

Die Schere zwischen den Einkommen und den Wohnungspreisen bzw. Mieten ist so groß, daß ohne breite staatliche Intervention noch mehr einkommensschwache Haushalte ohne Wohnung wären, wie folgende Gegenüberstellung von Einkommen und Wohnungskosten zeigt. Die Haushalte vom Typ I haben im früheren Bundesgebiet laut laufenden Wirtschaftsrechnungen im Jahre 1994 durchschnittlich je Monat bei einem Nettoeinkommen von 2.570 DM für den privaten Verbrauch 2.170 DM ausgegeben, darunter für Wohnungsmieten u.ä. 625 DM (28,9%).¹² Demgegenüber ist die Wohnung ein sehr aufwendiges Produkt. Allein die Herstellung eines mehrgeschossigen Wohngebäudes (ohne Kauf von Grund und Boden) ko-

⁹ Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (1. Auflage 1952), Tübingen 1990.

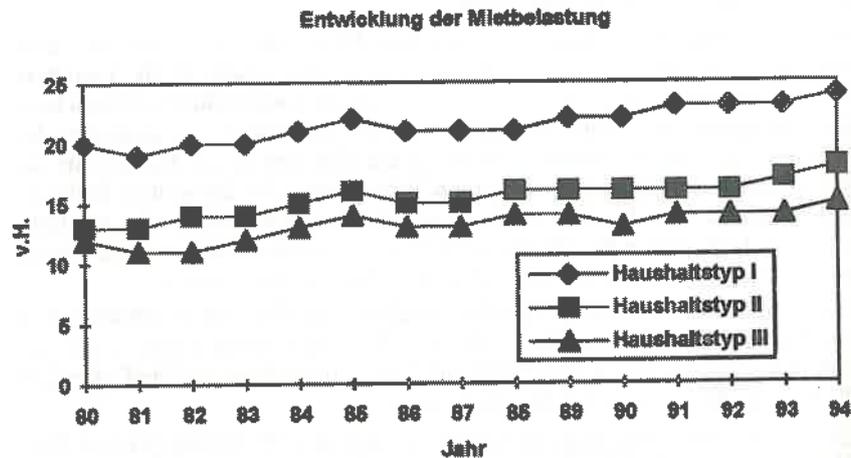
¹⁰ Karl Georg Zinn, *Soziale Marktwirtschaft: Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung*, Mannheim u.a. 1992, S. 46f.

¹¹ Hermann Schwabe, *Das Verhältnis von Miethe und Einkommen in Berlin, 1868*, Nachdruck in: Helmut W. Jenkis (Hrsg.), *Kompodium der Wohnungswirtschaft*, München/Wien 1996, S. 386ff.

¹² Hilde Fiebigler, *Budgets ausgewählter privater Haushalte 1994*, in: *Wirtschaft und Statistik* 8/1995, S. 622ff.

stet derzeit je Wohnung etwa 200-300.000 DM, bei einer Wohnung mit 60-70 m² Wohnfläche je 3.000-4.000 DM/pro m². Da kein Bauherr dafür genügend eigene Finanzmittel hat, nimmt er Kredite auf; bei einem üblichen Zinssatz von etwa 8 v.H. betragen allein die Zinskosten für eine Wohnung mehr als 16.000 DM jährlich, das wären mehr als 1.300 DM monatlich und mehr als 20 DM/pro m², die entweder vom selbstnutzenden Eigentümer oder als Bestandteil der Miete vom Mieter zu tragen sind¹³; hinzu kommen die anderen Kosten für Bewirtschaftung und Verwaltung der Wohnung (nochmals etwa 200 DM).

Diagramm 1: Entwicklung der durchschnittlichen Mietbelastung bei verschiedenen Haushaltstypen, früheres Bundesgebiet, 1980-1994 (Miete in Prozent des Nettoeinkommens)



Erläuterungen zu den Haushaltstypen

I: Zwei-Personen-Haushalte mit geringem Einkommen (Rentner und Sozialhilfeempfänger)

II: Vier-Personen-Haushalte mit mittlerem Einkommen (Arbeiter und Angestellte)

III: Vier-Personen-Haushalte mit höherem Einkommen (Angestellte und Beamte)

Quelle: Haus und Wohnung im Spiegel der Statistik 1995/96, Bundesbauministerium, Bonn 1995, S. 40.

So hätten die 2-Personen-Haushalte, deren Einkommen aus Rente oder Sozialhilfe besteht, mehr als das Doppelte der jetzigen Mietbelastung zu tragen (etwa 1.500 statt 625 DM); zum Lebensunterhalt verhließen ihnen rund 700 DM - zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel!

Um bei gegebener primärer Einkommensverteilung und marktbestimmter Preishöhe auch den einkommensschwachen Haushalten - und damit allen

¹³ Der häufig wiederholte, scheinbar radikale Vorschlag, die Wohnungsbaukredite zinslos zu gewähren, läßt offen, wer die Zinsen an die Geldanleger bezahlen soll oder wo das reichlich - auch bei den Mittelschichten - vorhandene private Geldvermögen angelegt werden könnte, vielleicht im Ausland?

Menschen - das Wohnen zu ermöglichen, sind grundsätzlich zwei Gruppen von Instrumentarien verfügbar: zum einen die Subventionierung der Wohnungsunternehmen und des Gutes Wohnung sowie - zum zweiten - die Bezuschussung des Einkommens der privaten Haushalte. Die erste Gruppe umfaßt die allgemeine steuerliche Begünstigung des Wohnungsbaus (siehe weiter unten) und die spezielle, zusätzliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus (verkürzt "Objektförderung" genannt). Die zweite Gruppe sind die Zahlungen von Wohngeld ("Subjektförderung") und ggf. von Sozialhilfe. Beide Gruppen haben Vor- und Nachteile; besonders der soziale Wohnungsbau und das Wohngeld sind je nach Interessenlage sehr umstritten.¹⁴ Kurzfristig ist der Versorgungsgrad beim sozialen Wohnungsbau böser, aber mit der Zeitdauer nehmen die Vorteile des Wohngeldes zu: Staatliche Wohnungsämter haben nur bei der Zuweisung der Sozialwohnung einen sozialbegründeten Zugriff - sukzessive wachsen aber Einkommen oder verringern sich die Zahl der Haushaltsangehörigen, ohne daß administrativ eingegriffen werden kann (wie auch die Erfahrungen der DDR belegen). Außerdem ist zu beachten, daß das Wohngeld nicht nur gewisser Ausgleich des Einkommens sein kann, sondern zugleich ein - allerdings erst längerfristig wirkender - Stabilisator der Wohnungsnachfrage im unteren und mittleren Preissegment.¹⁵

Die beiden Instrumentarien unterstellen ein gegebenes Preisniveau für die Wohnung bzw. Wohnungsnutzung. Tiefergehend aber wäre zu fragen, ob die Wohnung nicht billiger produziert werden kann. Dafür kämen wiederum zwei Wege infrage:

- Minderung des Anspruchsniveaus, also der qualitativen und quantitativen Merkmale der Wohnung (des Gebrauchswertes) und
- Verbilligung der Herstellung eines bestimmten Gebrauchsniveaus durch Kosten- und Preissenkung.

Hier soll zunächst der erste Weg betrachtet werden: Was kann der Mindeststandard der Wohnung sein, der dem Einzelnen zumutbar und gesellschaftlich akzeptabel wäre? Über die in der oben genannten Definition der Wohnung enthaltenen Merkmale hinaus müßte für das "Notwendige" auch die Mindestwohnfläche, die Grundausstattung u.a. bestimmt werden. Die Eigenschaften des Gutes Wohnung sind offensichtlich oberhalb des mit der genannten Definition bestimmten Anforderungsniveaus in Quantität und Qualität stark variierbar, von der einfachsten Hütte bis zum Palast. Nicht zwingend fixiert sind - wenn auch weitgehend als Gewohnheit oder in Normen geregelt: Anordnung und Größe der Räume, Art der Fenster, Ausstattung mit Dusche oder Badewanne, Balkon, Unterkellerung, innerer

¹⁴ Vgl. Joachim Kirchner, Strategien zur Erhöhung des Wohnungsangebotes, in: ZWS 114(1994)2, S. 194ff.

¹⁵ Vgl. Materialband zum Gutachten: Wohnungspolitik auf dem Prüfstand, Expertenkommission Wohnungspolitik, Bonn 1994, Abschnitt 2, S. 11.

Schallschutz, Fliesen, Fußbodenbelag, Art der Leitungsverlegung (unter oder über Putz?) u.a., nicht zuletzt auch Art der Baustoffe und Ausstattungsmaterialien.

Hinsichtlich der Eigenschaften der Wohnung existiert somit objektiv ein breiter Spielraum, dessen Nutzung allerdings in außerordentlich hohem Maße von subjektiven Vorstellungen und Wünschen eingeschränkt wird. Siehe z.B. das Für und Wider in Bezug auf die Unterkellerung: So ließen sich beim Eigenheimbau durch das Weglassen des Kellers 20-30.000 DM einsparen; was in den Niederlanden selbstverständlich (da große Flächen unter dem Niveau des Meeresspiegels liegen), ist in Deutschland ein heikles Thema. Oder ein weiteres Beispiel: der innere Schallschutz der Wohnung. Während es in den USA oder in anderen europäischen Ländern den Familien genügt, daß der Kinderlärm nicht von draußen eindringt, dürften in der eigenen Wohnung in Deutschland die Kinder am besten schon im Nachbarzimmer nicht zu hören sein... So bleibt offen, ob hiesige Wohnungssuchende Vorbehalte gegenüber preisgünstigen "einfacheren" Bauten überwinden könnten, ob sie flexibler wären, um öfter umzuziehen, und wie stark das Statusbewußtsein in Bezug auf die Wohnung ausgeprägt ist.

Teurer Wohnungsbau und Profitmaximierung

Zunächst ist es verständlich, daß profitorientierte Unternehmer vorrangig Luxusgüter produzieren, denn die entsprechenden Nachfrager sind zahlungsfähiger und ihre Geldgebote generöser. Luxusbedürfnisse waren eine wichtige Triebkraft für die Entfaltung des Kapitalismus. So argumentierte vor allem Sombart (1863-1941), daß die Ausbildung eines starken Luxuskonsums in sehr zahlreichen Fällen "dem Kapitalismus die Tore öffnet, damit er in die so wohl umfriedete Stadt des Handwerks seinen Einzug hält."¹⁶ Die größeren Gewinnchancen ergeben sich nicht nur aus dem Streben des Geldvermögens, sich umzusetzen und dessen günstigeren Geldgeboten, sondern auch aus dem Einsatz kostbarer Rohstoffe und kostspieligerer Verfahren: Bei gleicher Profitrate ist folglich bei einem Luxusprodukt die Profitmasse größer. Das größere Risiko, das mit der höheren Elastizität der Nachfrage verbunden ist, wird dafür eingegangen. Schon bei Marx findet sich der Hinweis: "Jede Krise vermindert die Luxuskonsumtion momentan..."¹⁷

Aber warum bieten die Produzenten nicht hinreichend kostengünstigere notwendige Güter an, also im Beispiel Böhm-Bawerks: auch Arbeitspferde, für die der Reiche mit seinen Luxusbedürfnissen nicht mit hohem Geldgebot konkurriert? Bezogen auf die Wohnungen konkreter gefragt:

¹⁶ Werner Sombart, *Liebe, Luxus und Kapitalismus. Über die Entstehung der modernen Welt aus dem Geist der Verschwendung* (1913 bzw. 1922), Berlin 1983, S. 191.

¹⁷ Karl Marx, *Das Kapital*, Zweiter Band, a.a.O., S. 409.

Warum sind die Preise und Mieten trotz Leerstand so rigide? Sicherlich gelten auch hier die allgemeinen Gründe für das Verharren der Preise auf gegebenem Niveau, obwohl der Absatz der Güter stockt: zeitliche Anpassungsverzögerungen und Unsicherheit der Anbieter im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen. Wie auch die Erfahrungen der letzten Jahre in den östlichen Bundesländern sowohl bei Büro- als auch bei Wohnimmobilien zeigen, erfolgen Preisanpassungen nach unten und Veränderungen der Angebotsstruktur nur sehr zögerlich, erst über mehrere Jahre hinweg.

Außerdem wirken bei Wohnungen spezielle Gründe; das sind neben ihrer außerordentlichen Langlebigkeit und der daraus resultierenden Langfristigkeit des Verwertungshorizonts der Immobilienbesitzer vor allem die Steuerbegünstigungen für diese Art von Anlagegütern. Hier interessieren speziell die "freien", die profitorientierten Wohnungsunternehmen: Im Unterschied zu den Wohnungsgenossenschaften und den Wohnungsunternehmen, die in der Tradition der Gemeinnützigkeit stehen¹⁸, agieren sie primär mit dem Ziel, den Gewinn zu maximieren - neben den Zielen der Begrenzung des Risikos, besonders der persönlichen Haftung, und der Minimierung der Steuerbelastung.¹⁹ Für sie ist die Rendite entscheidend, bei gegebener Steuerbelastung die Rendite nach Steuern, die Nettorendite. Wie Modellrechnungen zeigen, liegt die erforderliche Bruttorendite unter dem Nettozins.²⁰ Das erklärt auch, warum Steuerberater nach wie vor ihren Klienten vorrechnen, daß sich Vermögensanlagen in Wohnimmobilien lohnen.²¹

Die steuerlichen Vergünstigungen für die Wohnungswirtschaft bestehen vor allem in der niedrigen Bewertung des Immobilienvermögens für Grund-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, in Möglichkeiten der degressiven Abschreibung und der Verrechnung von Verlusten aus Vermietung und Verpachtung mit Gewinnen aus anderen Geschäftszweigen und im möglichen Verzicht auf die Umsatzsteuer für Vermietung und Verpachtung. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Besteuerung nicht nur für die Wohnungsunternehmen vorteilhaft ist, sondern daß sie insgesamt das Mietenniveau unter 20 DM/pro m² sinken läßt. Deshalb dürften diese Steuervergünstigungen für Vermieter und Mieter auch keinesfalls ersatzlos abgeschafft werden.

Im Zusammenhang mit der Orientierung auf kostengünstiges Bauen erweist sich allerdings die derzeitige Regelung für steuerlich absetzbare Ab-

¹⁸ Beachte die unterschiedliche Eigentumsstruktur in Ost und Westdeutschland: In den östlichen Bundesländern und in Ostberlin dominieren (noch) die de facto gemeinnützigen genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsgesellschaften, in den westlichen dominieren die »freien« Wohnungsunternehmen.

¹⁹ Helmut W. Jenkis (Hrsg.), *Kompodium der Wohnungswirtschaft*, a.a.O., S. 87.

²⁰ Vgl. *Wohnungspolitik auf dem Prüfstand*, Gutachten der Expertenkommission Wohnungspolitik, Bonn 1994, S. 381.

²¹ Fritz Schmidt, *Nicht nur in steuerlicher Hinsicht eine sinnvolle Anlageentscheidung - Vermögensanlagen in Wohnimmobilien*, in: *Die Wohnungswirtschaft* 5/1996, S. 318.

schreibungen als kontraproduktiv. Da die degressive Abschreibung den Investoren unabhängig davon, ob preisbewußt gebaut oder nicht, gewährt wird, sind die potentiellen Steuerersparnisse umso größer, je teurer gebaut wird. Das hat sich verstärkt durch die Sonderabschreibungen in den östlichen Bundesländern so ausgewirkt, daß zu einem großen Teil am tatsächlichen Bedarf vorbeigebaut worden ist: große luxuriöse Wohnungen, die heute vielfach leerstehen, statt kleinerer, hinreichend komfortabler Wohnungen, die besonders von alleinstehenden älteren Frauen gesucht werden. Deshalb ist der Vorschlag zu begrüßen, die steuerliche Förderung über Abschreibungen objektbezogen nach oben zu begrenzen²², um den Bau kostengünstiger Wohnungen zielgerichteter zu fördern.

Im Unterschied zu den Bauherren und Investoren ist es den Bauunternehmen vermutlich ziemlich egal, ob aufwendig oder weniger aufwendig gebaut wird. Die Bauwirtschaft ist in großen Teilen noch handwerklich und nicht industriell ausgerichtet. Die Errichtung von Wohngebäuden ist für die Bauunternehmen Auftragsproduktion, und ob der Bau kostengünstigen Wohnraums auf absehbare Zeit als einziger Wachstumsmarkt in der gesamten Baubranche genutzt werden kann, hängt vorrangig von den Bauherren und Investoren ab. Hinzu kommt, daß die heute noch übliche, aus der handwerklichen Tradition stammende, Preiskalkulation über die summierten Teilleistungen die branchenübliche Gewinnrate bezogen auf die Kosten gewährleistet, zwar beeinflusst durch den konjunkturellen Zyklus, aber mehr oder weniger unabhängig von der Höhe des bauwerkspezifischen Aufwandes. Allerdings interessiert die Teilleistungskalkulation die Bauunternehmer auch nicht sonderlich für kostensparende Konstruktionslösungen. Erst die vertragliche Vereinbarung fester Gesamtpreise für das komplette Bauwerk würde die Baufirmen stärker für rationellere Bauweisen interessieren.

Zum Mechanismus der Wohnungsmärkte

Für zielgerichtete staatliche Regulierungen der Wohnungsmärkte ist deren Mechanismus tiefergehend zu betrachten. Vor allem ist zu erkennen: Den Wohnungsmarkt an sich gibt es nicht, sondern es existieren unzählige Teilmärkte, die vor allem nach Art und Region zu unterscheiden sind.

Nach Art der gehandelten Güter sind - sektoral - grob zu unterscheiden (vgl. u.a. *Westphal*²³):

- **Wohnungsnutzungsmarkt:** Vermieter überlassen den Mieterhaushalten die Wohnungsnutzung gegen ein Entgelt (Miete).

²² Vgl. Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion zum Antrag: Steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus zielgenau gestalten, Bonn, 29. Februar 1996.

²³ Uwe Westphal, Makroökonomik - Theorie, Empirie und Politikanalyse, Berlin 1988, S. 172ff.

- **Wohnungsimmobiliemarkt (auch Wohnungsbestandsmarkt):** Handel mit dem Eigentum an vorhandenen Wohngebäuden bzw. Wohnungen zu Immobilienpreisen; als Käufer bzw. Verkäufer agieren Selbstnutzer oder Vermieter.

- **Wohnungsbaumarkt, Bauherren (private Haushalte und Unternehmen)** lassen von Bauunternehmen neue Wohngebäude zu Baupreisen errichten.

Jeder Sektor gliedert sich weiter; es sei nur auf die Unterschiede zwischen Mehr- und Einfamilienwohnhäusern und die verschiedenen Bauzustände verwiesen. Dabei können sowohl die Wohngebäude als auch die Käufer bzw. Mieter im Laufe der Zeit verschiedene Teilmärkte frequentieren (Filtering- und Sickerprozesse). Des Weiteren sind die Märkte für Grund und Boden, speziell für Bauland, sowie für Geldkapital, speziell für Hypothekenkredite, von wesentlichem Einfluß, vor allem auch als Kostenfaktoren.

Die regionale Differenzierung aller Wohnungsmärkte ist von entscheidender Bedeutung, da Wohngebäude wie alle Bauwerke bodengebunden sind, und deshalb am Ort ihrer zukünftigen Nutzung errichtet werden müssen. Dabei ist nicht nur die großräumige Zuordnung, sondern auch die unterschiedliche Lage innerhalb einer Gemeinde von erheblicher Bedeutung.

Die verschiedenen Wohnungsmärkte sind miteinander verbunden und wechselseitig voneinander abhängig.²⁴ Die Wohnungssuchenden treten als potentielle Käufer von selbstgenutztem Wohneigentum oder als Mieter auf. Wenn die Nachfrage - insgesamt oder in einzelnen Segmenten - größer als das Angebot ist, z.B. bei billigeren Wohnungen, kommt es zu einem überdurchschnittlichen Preis- und Mietenanstieg, wie es bei Mengendefiziten lebenswichtiger Güter und preisinelastischer Nachfrage nach der King'schen Regel generell der Fall ist.²⁵ Die steigenden Mieten im Wohnungsbestand lassen dort die Ertragsrate steigen, was die Geldanleger anlockt und zu Preiserhöhungen für Altbauten führt. Steigt der Preis für Altbauten über das Niveau bei Neubauten, werden diese verstärkt in Auftrag gegeben. Das vermehrte Wohnungsangebot läßt die Mieten und Preise nicht mehr so schnell steigen oder zeitweilig sogar fallen, bis die Nachfrage wieder steigt usw.

Diese Prozesse spiegeln sich in den Indizes für Lebenshaltungskosten und für Wohnungsmieten wider: siehe Diagramm 2!

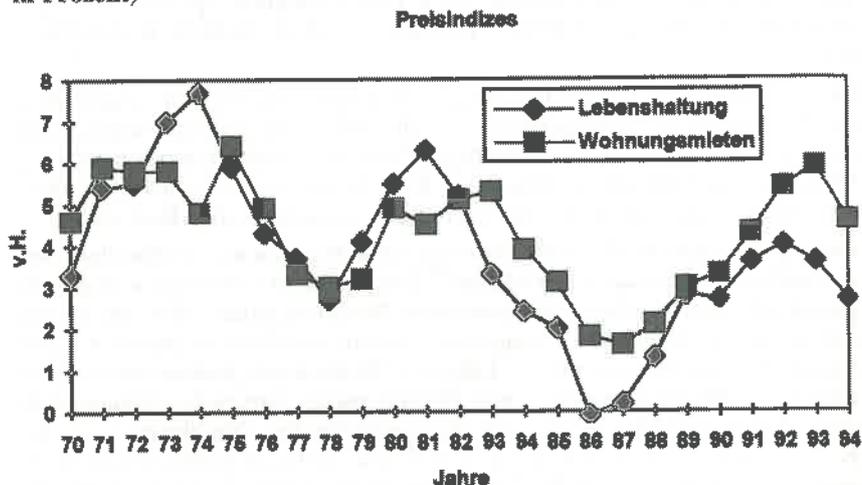
Bei Betrachtung des Diagramms fällt zweierlei auf: Erstens die ausgeprägte, übereinstimmende Zyklizität in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Wohnungsmieten. Die weitgehende Übereinstimmung im Verlauf ist entscheidend durch den hohen Anteil der Wohnkosten an den Lebenshaltungskosten bedingt. Der Verlauf der Mietenent-

²⁴ Uwe Westphal, a.a.O., S. 176f.

²⁵ Vgl. Karl Georg Zinn, Wohnungen werden zu "Königsgütern", in: Sozialismus 3/1992, S. 15f.

wicklung ist zeitlich gegenüber den Wohnungsbauzyklen versetzt: Der relative Rückgang der Mietsteigerungen folgt Jahren der Zunahme des Wohnungsbaus, nach Jahren des Rückgangs im Wohnungsbau nehmen die Mietsteigerungen deutlich zu. Zweitens liegen seit 1983 - nach der Wende zur konservativ-liberalen Regierungspolitik - die Mietsteigerungen immer über der Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Ob 1995 im Gefolge der zahlreichen Neubauten ähnlich wie beim Preisindex für Eigenheime und Eigentumswohnungen erstmalig auch bei Wohnungsmieten die Veränderung unter dem Lebenshaltungskostenindex lag, ist noch nicht bekannt.

Diagramm 2: Änderung der Preisindizes für Lebenshaltung und Wohnungsmieten, früheres Bundesgebiet (Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent)



Quelle: Haus und Wohnung im Spiegel der Statistik 1995/96, Bundesbauministerium, Bonn 1995, S. 36.

Offizielle Wohnungspolitik und Reformkonzepte

Sobald ein nennenswerter Leerstand von teuren Wohnungen bemerkbar wird, macht die Lobby der Vermieter mobil, denn nicht erst absolut sinkende Mieten, sondern schon verlangsamte Mietsteigerungen für Neubauten gefährden ihre Gewinnkalkulationen. Und die regierungsoffizielle Politik reagiert prompt: Die Förderung des Mietwohnungsbaus generell und des sozialen Wohnungsbaus speziell werden eingeschränkt. Die Verringerung des Mietwohnungsbaus wurde neuerlich mit der Senkung der steuerlich zulässigen Abschreibungssätze (siehe Jahressteuergesetz 1996) eingeleitet. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß die Regierungsparteien unter dem Deckmantel der angekündigten großen Steuerreform die steuerlichen Begünstigungen und Subventionen für die Wohnungswirtschaft weiter beschneiden. Und die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden

trotz steigender Baupreise abgesenkt oder konstant gehalten, so daß die Zahl der neugebauten Sozialwohnungen zwangsläufig zurückgeht, ohne daß die wiederholt versprochene Erhöhung und umfassende Reform des Wohngeldes erfolgt.

Dagegen wäre folgende Sofortmaßnahmen auf die Tagesordnung zu setzen: Statt der prozyklischen, den Mietwohnungsbaus einschränkenden Politik der Bundesregierung ist eine höhere Stetigkeit in der steuerlichen Förderung des Mietwohnungsbaus und in der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus durchzusetzen. Und in Gemeinden mit Versorgungsdefiziten müßten konsequenter administrative Maßnahmen gegen Wohnungsleerstände ergriffen werden.

Auf mittlere Sicht gilt es, die Wohnungswirtschaft umfassend zu reformieren, statt aus der staatlichen Wohnungsbauförderung auszusteigen.²⁶ Dabei handelt es sich um eine sehr komplexe Aufgabe, die finanziell vor allem durch eine sozial orientierte Umschichtung innerhalb des bisherigen Steuervolumens erfolgen müßte. Eckpunkte der Reform bilden:

- generelle Umstellung von der indirekten auf die direkte finanzielle Förderung des Wohnungsbaus (ähnlich der seit Anfang 1995 geltenden Eigenheimzulagenregelung);
- vorrangige Förderung gemeinnütziger, besonders genossenschaftlicher und kommunaler, Non-Profit-Wohnungsunternehmen;
- gesellschaftlich kontrollierte Mietentwicklung auf der Grundlage kommunaler wohnwertbezogener Mietspiegel;
- umfassend reformiertes Wohngeld, das in den Einkommensgrenzen den bisherigen Ansprüchen für Sozialwohnungen angeglichen wird;
- Beibehaltung der kommunalen Belegungsrechte für Sozialwohnungen, um benachteiligte Personengruppen versorgen zu können;
- Modernisierung und Vereinfachung des Mietrechts sowie breitere Mietermitbestimmung in der Wohnungsverwaltung.

Das Ziel der Reform ist die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wohnung und die Befreiung der Mieter aus dem Kapitalverhältnis, aus ihrer Rolle als "Teil" von Kapitalfonds, die der Kapitalverwertung und Steueroptimierung dienen. Dabei dürfen die Fehler der DDR-Sozialpolitik, speziell der Wohnungswirtschaft, nicht wiederholt werden. Die im Vergleich zu vielen anderen Konsumgütern übermäßige Subventionierung führte zur unrationellen Nutzung des Wohnungsfonds. Dadurch würde schließlich die soziale Zielstellung des Wohnungsbauprogramms konterkariert und es fehlten die für die notwendige Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes notwendigen Mittel.

²⁶ Vgl. PDS-Bundestagsgruppe, Antrag: Umfassende Reform der Wohnungsförderung und Erarbeitung eines Wohnungsgesetzbuches, Bundestagsdrucksache 13/4725 vom 22. Mai 1996; vgl. auch "Wohnungsförderung: Reform statt Ausstieg", Flugschrift, Herausgeber: PDS-Bundestagsgruppe, Bonn, Juni 1996.

Nachhaltige Entwicklung der Städte und des Wohnungsbaus

Bisherige alternative Überlegungen befassen sich vordergründig mit den Voraussetzungen, unter denen auf die Instrumente Wohngeld und Sozialwohnungen und grundsätzlich auf Subventionen verzichtet werden könnte: Wohnungen seien generell zu verbilligen und die Einkommen der betreffenden Haushaltsgruppen anzuheben, um so die Schere zwischen Preis der Wohnung (bzw. ihrer Nutzung) und der Höhe der Einkommen zu schließen. Abgesehen von der fernen Zukunft, der Utopie der warenaud geldlosen Gesellschaft²⁷, sind die Hoffnungen auf die weitere Verbilligung der Wohnung durch heute noch nicht erkennbare Revolutionen in den Anforderungen, der Art und Konstruktion der Gebäude und der Städte überhaupt gerichtet. Hinsichtlich der Einkommensentwicklung geht es programmatisch darum, die unteren Einkommen anzuheben, ohne in Gleichmacherei zu verfallen. Wenn das Arbeitseinkommen nicht ausreicht, dann soll die soziale Grundsicherung einspringen, so daß der "neue" Preis für die Wohnung bzw. ihre Nutzung von jedem Haushalt bezahlt werden kann.

Aber alle diese Vorstellungen extrapolieren im Grunde genommen nur heutige Maßstäbe und derzeitige Entwicklungstendenzen in die Zukunft. Das gilt z.B. auch für alle Erwartungen, daß sich die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf in den östlichen Bundesländern in absehbarer Zeit den westdeutschen Größenverhältnissen angleichen müßte: Abgesehen davon, daß die aktuellen Unterschiede nicht allzu groß sind, wenn nur die Wohnungen in mehrgeschossigen Wohngebäuden verglichen werden, ist doch zu fragen, ob die Orientierung auf mehr als 36,5 m² Wohnfläche je Einwohner mit einem ständig wachsenden Anteil von Einfamilienhäusern unter sozialen und ökologischen Aspekten sinnvoll ist.

Mit Hinblick auf eine sparsamere Nutzung des Bodens, der Energiequellen und anderer natürlicher Ressourcen wäre eine stärkere Hinwendung zum existenziell Notwendigen und weitgehender Verzicht auf materiellen Luxus notwendig und damit die Orientierung auf undifferenziertes weiteres Wachstum des materiellen Wohlstandes aufzugeben. Nur so könnte auch mit der in letzter Zeit häufig verkündeten "nachhaltigen" Stadtentwicklung Ernst gemacht werden.²⁸ Das schließt die Orientierung auf einen nachhaltigen Wohnungsbau und einen angemessenen Wohnflächenkonsum für alle Menschen ein. Aber in diesem Spannungsfeld existieren quer durch die Gesellschaft große Interessenkonflikte, die nur durch gemischte, kombinierte Strategien bewältigt werden können.

²⁷ Joachim Tesch, Realistische Ziele und Schritte einer sozialen Wohnungspolitik, in: Sozialismus 11/1995, Supplement, S. 11ff.

²⁸ Vgl. Städtebaulicher Bericht 1996: Nachhaltige Stadtentwicklung. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn. BT-Drucksache 13/5490 v. 4.9.1996, speziell S. 134f.

Hans Fricke

Statt Recht und Gesetz Rache und Willkür

Mit der Verurteilung der Generale der Führung der Grenztruppen der DDR durch die 36. Große Strafkammer des Landgerichts Berlin am 10. September 1996 bekräftigt die Justiz ihre Entschlossenheit, den politischen Auftrag zur Delegitimierung der DDR zu erfüllen. Der Verlauf dieses Prozesses hat deutlich gemacht, daß es der Kammer von Anfang an darum ging, die historischen Ursachen für Grenzregime und Mauerbau auszuklammern und das rechtmäßige militärische Handeln der Generale mit Hilfe zweifelhafter Rechtskonstruktionen zu bestrafen.

Auch vor und während dieses Verfahrens gab es das schon gewohnte Zusammenspiel zwischen Staatsanwaltschaft und Medien - bis hin zur Boulevardpresse. So konnte "BILD" bereits sieben Monate (!) vor Prozeßbeginn eine Artikelserie unter der Überschrift "Die Anklage gegen Mauer-schützen-Generale" veröffentlichen, in der sich der Autor Claus Simon ausdrücklich auf Informationen der Oberstaatsanwältin Susanne Leibter berief und erklärte, die Anklage liege "BILD" exklusiv vor. Am 20. Oktober 1995 wurde vom Sender "B 1" und nachfolgend von anderen Sendern mehrfach eine Fernsehdokumentation ausgestrahlt, in welcher der Leiter der Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin, Generalstaatsanwalt Schaefer, und Oberstaatsanwalt Jahntz vor Prozeßbeginn de facto eine Vorverurteilung der Angeklagten vornahm. Die auch bei diesem Verfahren praktizierte "Mobilisierung" der öffentlichen Meinung durch die Mitteilung von ausgewählten Ermittlungsergebnissen und Rechtspositionen der Anklagebehörde vor Prozeßbeginn und ihr Timing erhärten den Verdacht, daß es den genannten Vertretern der Staatsanwaltschaft nicht um eine unvoreingenommene Wahrheits- und Rechtsfindung, sondern um eine politisch motivierte öffentliche Vorverurteilung der Generale ging. Ein Verhalten, das gerade durch die Strafdrohung des § 353 des Strafgesetzbuches verhindert werden soll.

Wenn Medien Befehle zur Grenzsicherung zitieren konnten, noch bevor diese Befehle im Prozeß verlesen waren, und wenn als Zeugen in Betracht gezogene ehemalige Grenzverletzer ihre Sicht und Bewertung bestimmter Geschehnisse an der Grenze mit staatsanwaltschaftlicher Unterstützung öffentlich verbreiten konnten, dann muß sich die Kammer fragen lassen, welchen Beweiswert nachfolgende Aussagen von Zeugen hatten, die durch solche Medienbeiträge erst von bestimmten Sachverhalten Kenntnis erlangen oder persönliche Erinnerungen auffrischen konnten. Daß unter derartigen Bedingungen mit einem rechtsstaatlich-fairen Prozeß nicht zu rechnen war, lag auf der Hand. Das unterstreicht die Notwendigkeit, die Kernpunkte der mündlichen Urteilsbegründung durch den Vorsitzenden Rich-

ter Friedrich-Karl Föhrig nicht unwidersprochen zu lassen. Schon seine Eingangsbemerkung, Aufgabe eines Strafverfahrens sei Überprüfung und gegebenenfalls Stühne individueller Schuld, Aufgabe eines Strafverfahrens könne es nicht sein, "historische Aufarbeitung eines Staates zu betreiben", zeigt, wie überfordert das Gericht mit dem ihm abverlangten politischen Handeln war und wie haltlos deshalb seine Argumentation blieb. Da die Generale nicht als Individuen, sondern als ein mit der Durchführung von Gesetzen und Verordnungen beauftragtes staatliches Vollzugsorgan, also gleichsam als Staat, tätig gewesen sind, entbehrt das Vorgeben des Gerichts, ihnen dafür "individuelle Schuld" anzulasten, jeder Grundlage.

Ein souveräner Staat vor Gericht

Während die Herrschenden der Bundesrepublik, assistiert von Medien, "Opferverbänden" und Justiz, nicht müde werden zu fordern, bei der "Aufarbeitung" der Vergangenheit des "Unrechtsstaates" DDR dürfe es kein Nachlassen geben, meint Richter Föhrig, "historische Aufarbeitung eines Staates" sei nicht Aufgabe eines Strafverfahrens. So begrüßenswert eine solche Auffassung wäre, wenn damit zum Ausdruck gebracht werden soll, daß es nicht Sache der bundesdeutschen Justiz sein kann, historische Prozesse und deren Folgen strafrechtlich zu bewerten, so falsch ist sie, wenn damit versucht wird, die Weigerung des Gerichts zu rechtfertigen, dem Handeln der Generale vor dem Hintergrund der Folgen der Spaltung Deutschlands durch den Westen und der Systemauseinandersetzung den ihm zukommenden Stellenwert beizumessen. Im übrigen hat Herr Föhrig selbst dafür gesorgt, daß er nicht mißverstanden werden kann, als er im weiteren Verlauf der Urteilsbegründung vor allem seine eigene politische Bewertung des Grenzregimes und der gesamten DDR kundtat.

Obwohl das Gericht eingestehen mußte, daß das Grenzregime DDR-Gesetzen entsprach und die Tätigkeit der Generale "DDR-rechtlich abgesegnet" war, verurteilte es dennoch den Chef der Grenztruppen wegen mehrfachen versuchten und vollendeten Totschlag, weil er (eben auf der Grundlage dieser DDR-Gesetze, zur Durchsetzung eben dieses Grenzregimes und ihm Rahmen seiner DDR-rechtlich abgesegneten militärischen Pflicht) den jährlichen Befehl Nr. 80/... über die Aufgabe der Grenztruppen erlassen hat, und seine fünf Stellvertreter wegen Beihilfe dazu, weil sie an der Erarbeitung dieses Befehls mitgewirkt haben.

Die Konsequenz dieser nicht nachzuvollziehenden "Logik" der Kammer wäre doch, daß die Justiz nicht die Soldaten und Kommandeure der Grenztruppen als diejenigen, denen lediglich die Durchsetzung des Grenzgesetzes der DDR, einschließlich des § 27, Anwendung von Schusswaffen, oblag, vor Gericht zu stellen, sondern alle Volkskammerabgeordneten, die dieses Gesetz als Grundlage des Grenzregimes und des Dienstes der Grenztruppen beschlossen haben. Dann müßten die Sieger nämlich auch alle Volkskammerabgeordneten der DDR-Blockparteien anklagen und be-

strafen, die diesem Gesetz ihre Zustimmung gegeben haben. Nicht wenige von ihnen sind aber seit dem Anschluß der DDR als Mitglieder, Abgeordnete oder Mandatsträger der Koalitionsparteien eine wichtige und zuverlässige Stütze der Bundesregierung.

Es lohnt sich ohnehin, darüber nachzudenken, warum bei der Abrechnung mit der DDR die in der obersten Volksvertretung dieses "Unrechtsstaates" für die Gesetzgebung mitverantwortlichen christlich-demokratischen und liberalen Abgeordneten außen vor bleiben, warum so getan wird, als hätte es deren politische Verantwortung nie gegeben. Und wenn dann noch Richter Föhrig in Bezug auf die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Generale erklärt: "Jeder, der diese Befehle erließ oder an verantwortlicher Stelle an ihrem Zustandekommen mitwirkte, setzte, juristisch gesprochen, eine 'causa' für den Tod des 'Grenzverletzers'; ..." und dabei diejenigen unerwähnt läßt, die das Gesetz als Grundlage einer solchen Befehlsgebung beschlossen haben, dann bleibt doch nur der Schluß, daß das eigentliche Ziel der Verfolgung von DDR-Bürgern in Wahrheit die Marxisten, Sozialisten und Kommunisten unter den Funktions- und Hoheitsträgern der DDR sind. Für den Chef der Grenztruppen war es militärische Pflicht, den ebenfalls jährlich erlassenen Befehl Nummer: 101/... des Ministers für Nationale Verteidigung unter der Ordnungsnummer 80 inhaltlich an die Kommandeure der ihm unterstellten Verbände und Lehreinrichtungen weiterzugeben, die ihrerseits für eine inhaltliche Weitergabe dieses Befehls unter der Ordnungsnummer 40 zu sorgen hatten, bis schließlich der Befehl mit der Ordnungsnummer 20 die Einheiten der Grenztruppen erreichte. Das heißt, der Befehl Nummer 80/... wurde auf der Grundlage von Gesetzen und Verordnungen der Volkskammer sowie von Direktiven und Befehlen des Ministers für Nationale Verteidigung erlassen. Er gehörte zum Rechtssystem der DDR und kann nur in diesem Zusammenhang rechtlich zutreffend eingeordnet und bewertet werden.

Indem die Kammer die Generale für den Erlaß dieses Befehls bzw. für die Mitwirkung an diesem Befehl verurteilt, erhebt sie sich in Siegermanier zum Richter über die Gesetzgebung und Rechtsordnung eines anderen Staates, erklärt seine Gesetze kurzerhand nachträglich für menschenrechtswidrig, damit für rechtlich nicht relevant und versieht Hoheitsträger dieses Staates mit dem Stigma krimineller Straftäter. Was, wenn nicht ein solches Vorgehen, verdient Siegerjustiz genannt zu werden?

Begreiflich, daß sich Richter Föhrig vehement gegen den Vorwurf wehrte, das Verfahren vor seiner Strafkammer sei Ausdruck von Siegerjustiz. Dabei verwies er auch auf die Höhe der verhängten Strafen. Die Strafhöhe allein ist aber nicht Maßstab für Siegerjustiz, sondern vielmehr die Begründung der Strafe, der Mißbrauch des Strafrechts zur politischen Abrechnung mit den unterlegenen Gegnern und die Mißachtung eherner Grundsätze des eigenen Rechts und des Völkerrechts mit dem Ziel ihrer Verurteilung.

Der Kammervorsitzende nahm auch den Brief, den vier der angeklagten Generale bereits im Sommer 1991 an die Präsidentin des Deutschen Bundestages geschrieben hatten, zum Anlaß, um gegen Argumente ihrer Verteidigung zu polemisieren. Darin hätten sie "mannhaft und den Diensträngen" angemessen die Verantwortung "für die Toten an der Mauer" übernommen und gebeten, "den kleinen Soldaten solle man nicht verfolgen". Das ist eine sinnentstellende Wiedergabe sowohl des Briefinhalts als auch des Anliegens der Generale. In ihrem Brief hätten sie die Bundestagspräsidentin gebeten, die ihnen "unterstellten Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere von Strafverfolgung für die in Ausübung ihres Dienstes an der Grenze begangenen Handlungen freizustellen", und zwar mit dem ausdrücklichen Verweis darauf, daß sie "ihren Dienst auf der Grundlage der Verfassung und der Gesetze der DDR, des Fahneidees und erteilter Befehle" geleistet haben. Deshalb erklärten die Briefschreiber ihre Bereitschaft, "die Verantwortung für die den Grenztruppen übertragenen Aufgaben und für den Dienst der tausenden jungen Menschen an der Grenze" zu übernehmen. Daß die Verantwortung "für die Toten an der Mauer" eine sich aus der Führung des Kalten Krieges ergebende Verantwortung ist, die deshalb sehr viel weiter reicht, als die Kammer bereit war einzugestehen, und neben den Siegermächten auch beide deutsche Staaten einschließt, wurde im Verlauf des Prozesses von den Angeklagten und ihren Verteidigern immer wieder nachgewiesen.

"Die Toten an der Mauer" und der Kalte Krieg

Der Kammervorsitzende räumte zwar ein, daß der DDR vor dem Mauerbau ein "Ausbluten" drohte, unterließ es jedoch, auf die sich daraus ergebenden Gefahren im damaligen weltpolitischen Kontext einzugehen. Das Eingehen darauf hätte bedeutet, anerkennen zu müssen, daß die DDR seit dem Tage ihrer Gründung von der BRD und von West-Berlin mit nahezu allen Mitteln bekämpft worden ist, und wozu sie als Folge dessen bei Strafe ihres Untergangs gezwungen war. Weil die Bundesrepublik wußte, daß die offene Grenze der DDR zu West-Berlin Anfang der 60er Jahre einen Notstand ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung mit weitreichenden Folgen für alle Staaten des Warschauer Vertrages und damit für das internationale Kräfteverhältnis und den Frieden verursachte, tat sie alles ihr Mögliche, um diese Lage für die DDR weiter zu verschlimmern.

Dieser wohl unbestrittenen und für das Verfahren außerordentlich wichtigen geschichtlichen Tatsache wäre von einem um Wahrheits- und Rechtsfindung bemühten Gericht die ihr zukommende Bedeutung beigegeben worden. Und es hätte sich auch weit gründlicher als es die Kammer getan hat, mit dem Argument des "Staatsnotstandes" befaßt und alle sich aus einem solchen Notstand ergebenden legitimen Abwehrmaßnahmen der DDR unvoreingenommen rechtlich beurteilt.

Auch die Rolle und Verantwortung der Sowjetunion bei der konkreten Gestaltung und Aufrechterhaltung des Grenzregimes der DDR - besonders anschaulich beschrieben vom Zeugen Streletz, ehemaliger Chef des Hauptstabes der NVA - spielte bei der Bewertung des Handelns der Angeklagten durch die Kammer nur eine untergeordnete Rolle. Nur allzu gern wertete sie diesbezügliche Erklärungen der Angeklagten und ihrer Verteidiger als Schutzbehauptung. Der Vorwurf eines der Anwälte im Prozeß gegen Mitglieder des SED-Politbüros, der für die Ermittlung und Anklageschrift zuständige Oberstaatsanwalt habe die Souveränität der DDR in Sicherheitsfragen und bei der Gestaltung des Grenzregimes nicht geprüft - die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit einer Änderung des Grenzregimes habe aber aufgeklärt werden müssen -, trifft auch für die Ermittlungsarbeit und die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in diesem Prozeß zu. Vor dem Hintergrund aller dieser Sachverhalte überraschte es nicht, daß Herr Föhri's rechtliche Argumentation äußerst sparsam blieb. Auf welches Gesetz der DDR und auf welchen Straftatbestand des DDR-Strafgesetzbuches hätte er sich auch stützen sollen, wenn er einräumen mußte, daß die Anwendung der Schußwaffe und das Anlegen von Minen an der Grenze DDR-Recht entsprach? So blieb ihm nur, auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (BGH) zum Grenzregime der DDR zu verweisen. Nach Föhri's Worten teile die Kammer die "rechtliche Betrachtungsweise" des BGH. Entsprechend den Grundsätzen der Menschenrechte hätten die Grenzsoldaten nicht auf unbewaffnete Flüchtlinge schießen dürfen. "Bedingter Vorsatz" liege vor, wenn die tödliche Verletzung eher als die Flucht in Kauf genommen werde. Jeder, der dazu Befehle erließ, sei als Täter oder Gehilfe eines Totschlags anzusehen. Der Vorsatz der Angeklagten habe dem der Schützen entsprochen.

Abgesehen davon, daß die Kammer nicht in der Lage war, dafür auch nur einen schlüssigen Beweis zu liefern und sich deshalb in Vermutungen darüber erging, ob die Angeklagten "die Rechtswidrigkeit ihres Handelns" erkannt haben, ist eine solche Rechtskonstruktion unhaltbar. Schon das Urteil des BGH vom 3. November 1992 zu einem sogenannten Grenzerprozeß, wonach der Verstoß gegen "höherrangiges Recht" eine Berufung auf durch DDR-Recht gedecktes amtliches Handeln ausschließt, wirft Grundfragen des Rechts auf, auf die die Justiz bisher eine Antwort schuldig geblieben ist. Zu den in diesem BGH-Urteil genannten gesetzlich unbestimmten "naturrechtlichen" Prämissen ist zu fragen: Wer bestimmt eigentlich, was gegen "Grundgedanken der Gerechtigkeit und Menschlichkeit" verstößt? Was ist überhaupt "höherrangiges Recht"? Und was sind schließlich "allen Völkern gemeinsame, auf Wert und Würde des Menschen bezogene Rechtsüberzeugungen"? Strafrecht war und ist das Recht, nach geschriebenen Normen das Handeln der Menschen zu beurteilen und nicht nach allgemeinen Werten oder Überzeugungen, die, wie gerade wir Deutschen wissen, sehr leicht mißdeutet oder mißbraucht werden können. Menschenrechte und deren zulässige Einschränkung in jedem Staat sind in

geschriebenen Normen zu finden. Im übrigen war es in der DDR geltendes Recht (!) - welches ja in Prozessen gegen ehemalige DDR-Bürger anzuwenden ist -, daß das sogenannte Naturrecht nicht praktiziert werden durfte. Das ist sicher einer der Gründe, die Professor Dr. Uwe Wesel von der Freien Universität Berlin veranlaßt haben, in seinem Buch "Ein Staat vor Gericht" - Der Honecker-Prozeß" - u.a. folgendes zu schreiben: "Das westdeutsche Strafrecht ist bei der Annahme von Täterschaft sehr viel großzügiger als das der DDR. Bei uns gibt es da zum Teil regelrecht abenteuerliche Konstruktionen ...". Keinem der angeklagten Generale konnte von der Kammer die Verletzung seiner Rechtspflichten im Sinne der §§ 5 und 9 des Strafgesetzbuches der DDR als Voraussetzung jedweder strafrechtlichen Verantwortlichkeit nachgewiesen werden.

Es ist ferner zu fragen, wer der Kammer das Recht gegeben hat, sich über Artikel 103, Absatz 3 des Grundgesetzes hinwegzusetzen, der besagt, daß vor der Begehung einer Straftat durch Gesetz bestimmt sein muß, ob und in welchem Umfang dem Staat ein Recht zur Strafverfolgung zusteht? Die vom Gericht vorgenommene rückwirkende Kriminalisierung eines in der DDR rechtmäßigen Handelns ist unter allen Umständen und in allen modernen Staaten unzulässig.

Die von der UNO proklamierten Menschenrechte haben bekanntlich keine Gesetzeskraft und sind deshalb mehr eine moralische als eine juristische Kategorie. Menschenrechtsverletzungen, eine Begriffsform aus den Nürnberger Prozessen gegen die Nazi- und Kriegsverbrecher, betreffen ein Handeln, das in vollem Umfang vorsätzlich gegen die Menschen gerichtet ist. Schon im Prozeß gegen Erich Honecker und andere bestätigten das Landgericht Berlin und auch der Bundesgerichtshof, daß die Angeklagten alles getan hätten, um zu verhindern, daß geschossen wird. Letztlich, befanden die Gerichte, hätten sie die Todesfälle in Kauf genommen. Das nennt die Justiz "bedingten Vorsatz". Menschenrechtsverletzungen mit bedingtem Vorsatz - das heben namhafte Juristen ausdrücklich hervor - gibt es aber nicht.

Um dennoch das verfassungs- und gesetzeskonforme militärische Handeln der Generale bestrafen zu können, mußte sich die Kammer, dem politischen Zeitgeist folgend, über diese Rechtslage ebenso hinwegsetzen wie über Bestimmungen des Strafgesetzbuches, das Rückwirkungsverbot des Grundgesetzes und das Völkerrecht. Darum beruht das von der Mehrzahl der Medien als "Sieg der Gerechtigkeit" gefeierte Urteil in Wahrheit auf einer grundgesetz- und völkerrechtswidrigen Zweckkonstruktion, darauf gerichtet, den Kalten Krieg über Demütigung und Abstrafung der Verlierer durch die Sieger weiterzuführen.

Die zunehmenden kritischen Wortmeldungen namhafter Juristen zeigen das immer stärker werdende Unbehagen selbst in sehr konservativen, der DDR nicht gewogenen Kreisen zur Vergewaltigung grundlegender Rechtsprinzipien, die mit der juristischen Abrechnung an DDR-Hoheitsträgern

verbunden ist. Auch solche Rechtswissenschaftler wie z.B. Prof. Dr. Dr. h.c. Frowein, Heidelberg, und der bereits zitierte Professor Dr. Wesel, Berlin, schätzen ein, daß es sich bei dem in diesen Verfahren angewandten Recht nicht um DDR-Recht, sondern um ein bundesdeutschen Vorstellungen entsprechendes Recht handelt. Ein Recht, das nach den Rechtsauffassungen bundesdeutscher Staatsanwälte und Richter damals in der DDR hätte bestehen sollen - aber nicht bestand. Einer der Verteidiger im Prozeß gegen DDR-Hoheitsträger gab kürzlich auf die Frage, welches Recht die Gerichte in Prozessen gegen ehemalige "staatsnahe" DDR-Bürger anwenden, folgende sarkastische Antwort: "Halb DDR-Recht, halb BRD-Recht, dazu noch etwas von der UNO - und das alles zusammen heißt dann 'Nach Recht und Gesetz'. Die Gerichte klagen an und verurteilen nach DDR-Recht, in dem sie BRD-Recht anwenden."

Erhaltung des Friedens oder "Aufforderung zum Töten"?

Auch die 36. Große Berliner Strafkammer ging in ihrem Verfahren davon aus, daß die Grenzsoldaten Menschen eher töten sollten, als sie fliehen zu lassen, daß es also einen "Schießbefehl" gegeben habe. Als "Beweis" dafür verwies sie auf eine Passage im jährlichen Befehl Nummer: 101/... des Ministers für Nationale Verteidigung. Danach waren Grenzverletzer "festzunehmen" oder "zu vernichten". Hätte das Gericht diese Befehlspassage nicht rein formalistisch bewertet, sondern sich die Mühe gemacht, die Systematik dieses Befehls zu erfassen, dann wäre festgestellt worden, daß den Grenztruppen zwei Hauptaufgaben gestellt wurden:

- den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze ununterbrochen zu gewährleisten, Grenzdurchbrüche und die Ausdehnung von Provokation nicht zuzulassen und Grenzverletzer festzunehmen;
- jederzeit bereit und in der Lage zu sein, bewaffnete Überfälle subversiver Kräfte entschlossen abzuwehren und im Falle einer Aggression Gefechts-handlungen zur Sicherung und Verteidigung der Staatsgrenze im Zusammenwirken bzw. in operativer Unterstützung der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages zu führen.

Bei der erstgenannten Aufgabe war in Übereinstimmung mit dem Grenzgesetz der Schußwaffengebrauch nur als letztes Mittel zur Festnahme - also nur zur Verletzung, nicht zum Töten der Grenzverletzer - erlaubt. Deshalb widerspricht es diesem Teil des Befehls Nummer: 101/..., wenn in ihm eine Aufforderung zum Töten hineininterpretiert wird.

Die militärische Aufgabenstellung "vernichten" war auf die Abwehr bewaffneter Übergriffe, die Bekämpfung von bewaffneten Diversanten und Terroristen oder von Angehörigen regulärer gegnerischer Streitkräfte im Verteidigungsfall gerichtet. "Vernichten" war auch unter derartigen Bedingungen als militärisch definierter Begriff zu verstehen, der nur aus Böswilligkeit mit Töten gleichgesetzt wird. Bei einer militärischen Aufgabenstel-

lung kommt dem Wort "vernichten" die Bedeutung zu, den Gegner kampfunfähig, d.h. im militärischen Sinne handlungsunfähig zu machen. Obwohl bislang weder Staatsanwälte noch Gerichte den Beweis erbracht haben, daß es einen "Schießbefehl" gegeben hat, demzufolge Menschen eher getötet werden sollten, als sie fliehen zu lassen, unterstellte das Gericht eine solche Befehlslage. Bei einer objektiven, rechtsstaatlich fundierten, Suche nach der Wahrheit wäre es spätestens nach dem Prozeß gegen Erich Honecker und andere Pflicht der Justiz gewesen, das Nichtvorhandensein eines "Schießbefehls" zu bestätigen. Wenn statt dessen weiter so getan wird, als gäbe es einen solchen Befehl, dann doch wohl deshalb, um Hoheitsträger der DDR im Zusammenhang mit dem Grenzregime weiter kriminalisieren und widerrechtlich verurteilen zu können. Die militärische Sicherung der westlichsten Staatsgrenze der Staaten des Warschauer Vertrages zur NATO mit allen ihren Konsequenzen war ein Ergebnis des Kalten Krieges, der weltweit große Opfer gekostet hat. In keiner Region der Erde standen sich stärkere militärische Potentiale in unüberbrückbarer Feindschaft gegenüber als hier. Dabei hatten die Grenztruppen die komplizierte Aufgabe, mögliche Konflikte und Zwischenfälle an dieser Grenze nicht entstehen bzw. nicht sich ausweiten zu lassen und sie damit unterhalb der Schwelle für den Einsatz von Kampfeinheiten und -verbänden der Paktstaaten zu halten. Und diesen für die Erhaltung des Friedens in Europa so wichtigen Auftrag haben sie unter oft sehr schwierigen Bedingungen jahrzehntelang in Ehren erfüllt.

An dieser Grenze wurden Wunden gerissen, gab es großes menschliches Leid. Die Toten und Verletzten auf beiden Seiten gehören zu den tragischen Folgen des Kalten Krieges, der von beiden Paktsystemen geführt wurde. Die Achtung vor den Opfern und das Leid der Angehörigen verlangen deshalb größte Objektivität, Sachlichkeit und Beachtung der Bedingungen, die dazu geführt haben. Wer das alles nicht wahrhaben will, sondern strafrechtliche Verantwortung jenen aufbürdet, die als Militärs bemüht waren, das Schlimmste zu verhüten, handelt aus Unkenntnis des realen Geschichtsaufbaus, aus Böswilligkeit oder aus dem Bedürfnis heraus, mit der Verurteilung dieser Militärs eine besondere Form sozialer Revanche zu realisieren.

Man mag politisch und moralisch über das Grenzregime der DDR streiten: Rechtlich - und allein darauf kam es auch in diesem Verfahren an - kann es nicht als rechtswidrig bezeichnet, sondern mußte auch von diesem Gericht als staatsrechtlich zulässig hingenommen werden. Dazu gibt es in einem Rechtsstaat keine Alternative.

Mit diesem als Pilotprozeß zu wertenden Verfahren gegen die Generale will man den Eindruck erwecken, daß man nicht nur die Kleinen, sondern auch die Großen hängt. Gleichzeitig soll damit der Weg freigemacht werden für eine Prozeßwelle größten Ausmaßes gegen Angehörige der Grenztruppen. Mit seiner Erklärung "Einen Schlußstrich dürfen wir nicht ziehen.

Wir müssen auch das Fußvolk zur Verantwortung ziehen, ohne das ein Unrechtsregime nicht funktionieren kann", bestimmte Generalstaatsanwalt Schaeffgen die Richtung weiterer Ermittlungen.

Schon heute sind mehr als 30 Generale und andere hohe Offiziere der Grenztruppen angeklagt, wobei alle Anklageschriften das gleiche Grundmuster und den gleichen Grundtenor haben. Mehr als 60 Strafverfahren gegen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Grenztruppen wurden bisher in Berlin und in den neuen Bundesländern abgeschlossen, in denen etwa 150 bis 170 ehemalige Angehörige der Grenztruppen angeklagt und größtenteils auch verurteilt wurden.

In der schon zu Prozeßbeginn vom Chef der Grenztruppen im Namen aller Angeklagten verlesenen gemeinsamen Erklärung heißt es dazu abschließend: "Es gibt keine reale Möglichkeit zur Verteidigung, wenn das Recht der DDR und das Völkerrecht nach aktuellen politischen Bedürfnissen der BRD verfälscht werden, um dadurch eine Verurteilung auf scheinlegaler Basis zu erzwingen. Wir sind sicher, heute und morgen noch nicht, aber irgendwann - wenn auch im vereinten Deutschland die Hysterie zur Jagd auf DDR-Bürger beendet ist - wird festgestellt werden, daß wir uns nicht schuldig gemacht haben, wohl aber die BRD-Justiz als selbsternannter Richter über DDR-Bürger. In politischen Prozessen fällt das Urteil kein Gericht. Das Urteil, das Bestand haben wird, spricht die Geschichte. Wir erwarten Ihr Urteil und das der Geschichte mit ruhigem Gewissen."

Juri Iwanow

Kapitalismus und Sozialismus an der Schwelle des dritten Jahrtausends*

19 Thesen zur Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus und zur Entwicklungsblockade in der früheren UdSSR

1. Der Marxismus-Leninismus hat eine grundlegende Umwälzung im Bewußtsein und Leben der Gesellschaft herbeigeführt, weil er eine ganzheitliche wissenschaftliche Weltanschauung schuf, die Antworten auf die Fragen und Erfordernisse ihrer Entwicklung gab. Mit dem Sieg der Revolution, der Durchsetzung des Sozialismus und dem Machtantritt der bürokratischen Nomenklatura, die ihn kanonisierte und in die Bibel einer neuen Religion verwandelte, kam es jedoch zur Stagnation in der Theorie und zum Voluntarismus in der Politik der regierenden Partei, was zu einer der Ursachen für deren Degeneration, für die Fehler und Deformationen wurde, die den "realen Sozialismus" diskreditierten. Die Lösung der Theorie von der Praxis, das Herausreißen und Verabsolutieren ihrer einzelnen Seiten und Thesen, deren Auslegung bis hin zu Absurditäten und verderblichen Folgen verurteilte die erste Erfahrung des Übergangs einer Gesellschaft zum Sozialismus zur Niederlage, machte eine Restauration des Kapitalismus möglich, zog die Krise der Wirtschaft, Zersetzung in Politik und Ideologie, Enttäuschung und Desorientierung der Werktätigen nach sich.

2. Die Krise und der zeitweilige Rückgang in der Bewegung der Gesellschaft zum Sozialismus führten ins entgegengesetzte Extrem: von der Dogmatisierung zur Negierung des Marxismus-Leninismus, vom blinden Glauben zur Absage an den Sozialismus, zur Idealisierung des Kapitalismus und seiner Ideologie als angeblich unvergänglicher allgemeinemenschlicher Werte. Dabei wurden die Begriffe der Wissenschaft durch propagandistische Klischees ersetzt (Kapitalismus durch freie Marktwirtschaft, Sozialismus durch totalitäres Kommandosystem und die Schlußfolgerung gezogen, daß die Liquidierung der Grundlagen des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus eine Wiedergeburt Rußlands darstellten, die Rückkehr aus einer historischen Sackgasse auf den Weg der menschlichen Zivilisation.

Zu theoretischen Begründungen des ideologischen Krieges gegen den Marxismus wurden die Ablehnung der Periodisierung der Entwicklung der Gesellschaft durch Formationen (J. Jakowez: "Es ist an der Zeit, von ... der Einteilung der menschlichen Geschichte ... in Formationen abzugehen", T. Korjagina: "Es gibt keinen Kapitalismus und keinen Sozialismus - es gibt

den Weg der Entwicklung der Zivilisation und ihre Sackgasse") und die Verwandlung des Sozialismus aus einer objektiven Realität in eine utopische Idee (M. Gorbatschow: "Die Idee des Sozialismus in unserem heutigen Verständnis - das ist vor allem die Idee der Freiheit"; S. Kapustin: "Die utopische Idee des Kommunismus hat sich als Fehler erwiesen"). So wurde das gesellschaftliche Bewußtsein von den Aktivisten seiner Perestroika für die Wende vom Sozialismus zum Kapitalismus vorbereitet, damit die Politiker die Wende in der Praxis vollziehen konnten. Und sie hatten es offenbar sehr eilig, als sie der ganzen Welt verkündeten (B. Jelzin), daß mit dem Sozialismus in Rußland Schluß gemacht wurde.

3. Ist das wirklich der Fall?

Die Wahrheit erfordert eine Antwort auf die folgenden Fragen: Welcher Art ist der objektive Gang der Entwicklung der Gesellschaft am Ausgang des XX. Jahrhunderts, von was und zu was entwickelt sie sich, und schließlich, was ist das, Kapitalismus und Sozialismus in der Realität?

Die Mitte des XIX. Jahrhunderts entstandene Lehre von K. Marx stellte in der Entwicklung der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus den Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion in den Vordergrund und führte auf diesen im wesentlichen die Evolution und die historische Aufgabe des Kapitalismus zurück: auf die Entwicklung des Widerspruchs (Nichtübereinstimmung) des privaten Eigentums zum gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Dementsprechend stellte man sich den Übergang der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus als Lösung dieses Widerspruchs auf dem Wege der Ersetzung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigentum und der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch sozialistische vor. Die historische Praxis des XX. Jahrhunderts zeigte jedoch, daß eine solche Erklärung nur eine der Seiten in der Entwicklung der Produktion widerspiegelt und ihre andere wesentliche Seite - die Produktionsweise als geschichtlich bestimmte Art und Weise der Herstellung des Produkts und der Entwicklung der Produktivkräfte - außerhalb des Gesichtsfeldes beläßt. Das gesellschaftliche Eigentum, das eine unverzichtbare Bedingung für die Durchsetzung des Sozialismus darstellt, kann die neue Produktionsweise in der Erfüllung ihrer historischen Aufgabe, ein unablässiges Wachstum des Wohlstands und der Entwicklung der Persönlichkeit aller Mitglieder der Gesellschaft zu gewährleisten, nicht ersetzen unter Bedingungen, da das Mehrprodukt hauptsächlich produktiv, in der Funktion der Akkumulation in der Produktionsphäre und der industriellen Entwicklung der Gesellschaft genutzt wird. Marx selbst machte hier nicht nur einen Unterschied, sondern verwies auch auf die Verbindung zwischen ihnen: "Was ich in diesem Werk zu erforschen habe, ist die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse." (Marx Engels, Werke Bd. 23, S.12) Die kapitalistische Produktionsweise ist nach Marx die Produktion des Mehrwerts zur Kapitalakkumulation (Unterordnung der

* Der Beitrag wurde der Zeitschrift "Dialog", hrsg. v. der Vereinigung der Wissenschaftler Rußlands für den Sozialismus, Verlag "Pressa", Moskau, Heft 4/1996 entnommen.

Produktion unter die Erzeugung und das unablässige Anwachsen des Mehrprodukts, Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Wege der Kapitalakkumulation). Folglich ist das oben genannte Herangehen an die Erklärung des Kapitalismus einseitig und unzureichend zur Widerspiegelung des realen Prozesses seines Funktionierens und der Entwicklungen in der Gesellschaft.

4. Die Revolution und der Übergang zum Sozialismus in Rußland, die nach den begrenzten Vorstellungen ihrer Zeit vollbracht wurden, dienten im weiteren zur Begründung eines nichtkapitalistischen (den Kapitalismus umgehenden) Weges des Übergangs zum Sozialismus für alle Länder und Kontinente, unabhängig vom Niveau und der Entwicklungsart der Produktivkräfte. Die Leichtigkeit und Schnelligkeit eines derartigen Übergangs hatten als Kehrseite seinen deklarativen Charakter und das Auseinanderklaffen mit der Wirklichkeit: alles für den Menschen und das Wachsen seines Wohlstands in Worten, und alles für die Produktion von Produktionsmitteln, für die Entwicklung der Schwerindustrie in der Realität, was das Wachsen des Lebensniveaus des Volkes verlangsamte und sogar senkte. Und das zu jener Zeit (in den 60er - 70er Jahren), als in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine Wende in der Ökonomie zur Entwicklung der Produktion und des Marktes von Konsumgütern und Dienstleistungen einsetzte. Daraus ergab sich das Paradox, das zum Argument im ideologischen Krieg des "realen Kapitalismus" gegen den "realen Sozialismus" wurde: Die Länder, die den Weg der sozialistischen Entwicklung beschritten hatten, erwiesen sich bei der Lösung seiner Hauptaufgabe (Befriedigung der Bedürfnisse und Wachstum des Volkswohlstands) hinter jenen Ländern, die das Stadium des Kapitalismus durchliefen.

5. Die neuen Produktionsverhältnisse wurden nicht zu funktionell sozialistischen unter Bedingungen des Nichtvorhandenseins der materiellen Bedingungen und des Mechanismus zur Erfüllung ihrer Funktion (historischen Aufgabe) des Aufschwungs der Produktivkräfte - der Entwicklung der Persönlichkeit der Produzenten selbst, und das heißt, auch aller Mitglieder der Gesellschaft.

Die Produktionsverhältnisse sind objektiv, sie können nicht willkürlich durch die Menschen verändert und hergestellt werden, insofern, als ihre historische Form durch die Produktivkräfte bestimmt wird, konkret - durch ihren Entwicklungsstand. Sie sind zugleich subjektiv, insofern, als sie durch die Menschen selbst verändert und geschaffen werden, die die Veränderungen aufhalten, ihnen vorausseilen und fehlerhafte Veränderungen auf der Suche nach neuen Produktionsverhältnissen herbeiführen können, was in Rußland, in den Ländern Osteuropas und besonders in Südasien und Afrika geschah. Die Produktionsweise dagegen kann nicht subjektiv sein, weil sie sich ihren Weg bahnt als objektive Tendenz und unabwendbares Gesetz der Erweiterung der Produktion und der Entwicklung der Produktivkräfte. So schreibt Marx über die kapitalistische Produktionsweise, daß

die Rede ist von "Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion" und "mit eherner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen. Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft." (Marx, Engels, Werke Bd. 23, S.12) Indem er über die Aufdeckung des ökonomischen Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Gesellschaft als letzten Endzweck seiner Forschungen spricht, schreibt Marx schließlich, daß die Gesellschaft "naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren (kann). Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern". (ebenda, S.16) Wir haben diese Gedanken von Marx aus dem Vorwort zur ersten Auflage des ersten Bandes des "Kapital" mit zweifacher Zielsetzung angeführt: 1. um zu zeigen, daß bei aller Begrenztheit des vorigen Jahrhunderts die ökonomische Lehre von Marx wesentlich breiter, tiefer und reicher ist, als sie von den neuzeitlichen "Marxisten" dargestellt wurde; 2. sehen wir unsere Aufgabe in der Fortsetzung und Entwicklung jener Seiten und Thesen der Lehre von Marx, die ungenügend gewürdigt und dem Vergessen anheim gegeben wurden, und dies betrifft gerade den Übergang der modernen Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus als objektiv-historische Tendenz und Gesetzmäßigkeit, die das Überspringen des Kapitalismus und das Abschaffen des Sozialismus ausschließt.

6. Die Spezifik der gegenwärtigen globalen Krise besteht darin, daß nicht nur die UdSSR und die Länder, die den Sozialismus aufbauten, sondern auch die kapitalistischen Länder und die Entwicklungsländer, d.h. die Gesellschaft im Ganzen, in eine Periode solcher tiefen qualitativen Veränderungen eingetreten sind, deren Verständnis und Umsetzung eine neue Sicht des Kapitalismus und des Sozialismus (nicht nur als unterschiedliche Systeme der Produktionsverhältnisse, sondern auch als qualitativ unterschiedliche Produktionsweisen) als Etappen und Formen eines einheitlichen Prozesses der Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft erfordern, als Ausdruck des Wirkens allgemeiner Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der materiellen Produktion, die über die Grenzen einer Formation hinausgehen. Heute ist für alle offensichtlich, daß die ökonomischen und sozialen Theorien, die sich früher herausgebildet haben, die vor der Menschheit stehenden neuen Aufgaben nicht lösen, Aufgaben, die die Verallgemeinerung und ein tieferes Durchdenken der Geschichte, der Logik und Periodisierung ihrer Entwicklung erfordern.

7. Das erreichte Niveau der Forschungen und die akkumulierten Informationen ermöglichen eine andere Periodisierung der Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft, die ihre Entwicklung auf der Basis der materiellen Produktion betont und auf dieser Grundlage ein besonderes Stadium (Ära der menschlichen Zivilisation) fixiert:

A. Das Stadium der Entstehung als Prozeß der Heraussonderung des Menschen aus der Tierwelt und der Formierung des sozialen Organismus.

B. Das Stadium der ursprünglichen Entwicklung als Prozeß der Überwindung der Abhängigkeit des Menschen - des biologischen Wesens von seiner Umwelt (Natur) auf dem Wege der Schaffung und höchstmöglichen Entwicklung der Produktion materieller Güter.

C. Das Stadium der Reife oder der Prozeß der freien und vollständigen Entwicklung des Menschen als Mensch (als menschliche Persönlichkeit) auf dem Wege der Schaffung und höchstmöglichen Entfaltung der nicht-materiellen (geistigen) Produktion und nichtproduktiven Sphäre.

8. Die Doppelnatur des Menschen und der Gesellschaft bildet einen inneren Widerspruch ihrer Entwicklung. Einerseits ist der Mensch ein biologisches Wesen, dessen Erhaltung und Reproduktion die Produktion materieller Güter hervorgebracht hat. Andererseits ist er ein soziales Wesen, dessen Reproduktion (Herstellung und Entwicklung von Beziehungen zu anderen Menschen) die Gesellschaft geschaffen hat.

Indem er die materielle Produktion entwickelt (durch Vervollkommnung der Werkzeuge, Ansammlung von Produktionserfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse) und die unmittelbare biologische Verbindung und Abhängigkeit von der Natur überwindet, wird er im eigentlichen Sinne zum Menschen. Die Entwicklung der materiellen Produktion hat allerdings seine Verbindung mit und seine Abhängigkeit von der Natur nicht beseitigt, sondern deren Form und Charakter verändert: Seine ganze Kraft und Zeit (faktisch das ganze Leben) hatte der Mensch für den Kampf um seine Existenz und Reproduktion als biologisches Wesen aufwenden müssen. Deshalb nannte Marx diesen ganzen langwierigen Prozeß der Herausbildung des Menschen auf der Basis des Wachstums der materiellen Produktion das "Reich der Notwendigkeit", jenseits dessen das "Reich der Freiheit" anbricht - die nicht durch Not und die Sorge um die Existenzmittel begrenzte Entwicklung der Kräfte und Fähigkeiten der menschlichen Persönlichkeit als Selbstzweck. (Marx, Engels, Werke Bd. 25, S. 828)

Das Resultat des ersten Stadiums des Heraustretens des Menschen aus dem Tierreich war die materielle Produktion, die die Urgemeinschaft zerbrach und eine neue Ära der menschlichen Zivilisation eröffnete: die Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft auf der Basis der materiellen Produktion. Die Spezifik des Übergangs der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus besteht darin, daß im Unterschied zu vorangegangenen Formationswechseln durch den Kapitalismus eine alte Ära zum Abschluß kommt und der Sozialismus eine neue Ära der menschlichen Zivilisation eröffnet: an der Schwelle vom XX. zum XXI. Jahrhundert steht die Gesellschaft vor solchen radikalen Umgestaltungen, daß deren Verwirklichung das zweite Stadium zu Ende führen und das dritte Stadium, das ihrer Reife, eröffnen wird.

Zum Verständnis des Wesens dieser Umgestaltungen wurde das zweite Stadium, das der ursprünglichen Entwicklung der Gesellschaft auf der Ba-

sis der materiellen Produktion, erforscht. Das Hauptsächliche, das heute zu erfassen und anzuerkennen wichtig ist, sehen wir in folgendem.

9. Nachdem die materielle Produktion entstanden war, konnte sich diese, und kann sie sich bis auf den heutigen Tag, nur als Warenproduktion entwickeln (auf dem Wege der Teilung der Gesamtarbeit und ihres Austausches durch Produkte), wobei als Quelle ihrer Entwicklung das Mehrprodukt diente, das durch die Begrenzung des persönlichen Konsums der Produzenten gebildet wird (ihre Ausbeutung), d.h. als Einheit und Wechselwirkung zweier Seiten - Warenproduktion und Klassenspaltung - einer Organisation, bei der die Etappen und Formen der Entwicklung durch die Ausmaße der Wirtschaft und die Art und Weise des Verbrauchs des Mehrprodukts bestimmt wurden - die der Sklaverei, des Feudalismus und des Kapitalismus.

10. Die Sklaverei war die Produktionsweise der Entstehung des Mehrprodukts; sie trennte das Handwerk von der Landwirtschaft; unter ihren Bedingungen nahm die Warenproduktion ihren Anfang. Der Feudalismus war die Produktionsweise des ursprünglichen Wachstums des Mehrprodukts auf der Basis von Landwirtschaft und Handwerk, die die Stadt vom Dorf trennte, und der ihr entsprechenden Etappe der Warenproduktion. Die unbedeutenden Ausmaße und das langsame Wachsen des Mehrprodukts bestimmten in beiden Fällen seine unproduktive Nutzung zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse des Eigentümers, machten die Reproduktion zu einer einfachen Reproduktion und schränkten die Entwicklung der Warenproduktion ein.

Für den Übergang zur erweiterten Reproduktion und der unbeschränkten Entwicklung der Warenproduktion waren zwei Bedingungen erforderlich: 1. die Herausbildung eines Überschusses des Mehrprodukts über den vernünftigen persönlichen Verbrauch hinaus, was in der späten Periode des Feudalismus geschieht und die Form des Prunks und einer unsinnigen Verschwendung annimmt; 2. die Veränderung der Art und Weise des Verbrauchs des Mehrprodukts - der Übergang von seiner persönlichen zur produktiven Nutzung zur Erweiterung und Entwicklung der Produktion selbst, auf dem Wege der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (Schaffung neuer Produktionszweige und massenhafter Bau von Betrieben, d.h. Schaffung einer neuen Sphäre, der Industrie), was als Übergang der Gesellschaft vom Feudalismus zum Kapitalismus verwirklicht wird, dessen Wesen in der produktiven Nutzung des Mehrprodukts, in der Funktion der Akkumulation des Kapitals, besteht.

11. Die historische Aufgabe des Kapitalismus besteht darin, allseitig die materielle Produktion als Warenproduktion zu entwickeln, auf dem Wege der Umwandlung der Wirtschaft aus einer agrarischen in eine industrielle, d.h. durch die Schaffung und Entwicklung der Industrie.

Entsprechend wird die kapitalistische erweiterte Reproduktion als Prozeß der Akkumulation des Kapitals durch drei grundlegende Merkmale cha-

rakterisiert: 1. Sie ist ein Prozeß der Schaffung neuer Produktionszweige und des Baus neuer Betriebe, der vor allem zugunsten des konstanten Kapitals (Produktionsmittel) erfolgt, wobei die gesellschaftliche Produktion als ganzes zugunsten der Produktion von Produktionsmitteln wächst, was das Wachstum der zum Leben notwendigen Güter und des persönlichen Konsums der Werktätigen begrenzt und verlangsamt. 2. Dies erfordert den Zustrom nicht nur zusätzlicher Produktionsmittel in die neu geschaffenen Zweige und Betriebe, sondern auch neuer Arbeitskräfte, folglich deren Freisetzung in den bereits produzierenden Betrieben und die Schaffung einer freien Reserve auf dem Wege periodischer massenweiser Erneuerung des fixen Kapitals auf höchstem technischen Niveau, was dem Prozeß der Akkumulation des Kapitals einen sich mit Unterbrechungen vollziehenden zyklischen Charakter verleiht und die vorrangig extensive Art der Erweiterung der Produktion und der Entwicklung der Produktivkräfte bestätigt. 3. Der beständige Zustrom zusätzlicher Produktionsmittel und Arbeitskräfte verlangt ihre Verwandlung in eine Ware und den freien Verkauf auf dem Markt, was die Warenform der Produktion zur allgemeinen und herrschenden Form in der Gesellschaft macht.

12. Indem er seine historische Mission erfüllt, schafft der Kapitalismus die materiellen Voraussetzungen für die Lösung einer neuen Aufgabe bei der Entwicklung der Produktivkräfte - für die Entwicklung der Persönlichkeit der Produzenten (der Werktätigen) selbst, und das heißt auch für eine neue Produktionsweise, die diese Aufgabe lösen wird. Auf einer hohen Stufe der industriellen Entwicklung der Produktion entsteht erneut ein Überschuß des Mehrprodukts, doch jetzt bereits über seine produktive Konsumtion zur Produktion und Akkumulation von Produktionsmitteln hinaus, d.h. ein Überschuß, der nicht mehr für die Produktion von Produktionsgütern genutzt werden kann, sondern nur noch zur beschleunigten Entwicklung der Produktion von Konsumgütern, der Dienstleistungs- und der nichtproduzierenden Sphäre, d.h. für das Wachsen des Wohlstands und der Entwicklung der Persönlichkeit aller Mitglieder der Gesellschaft.

13. Die Bildung und das Anwachsen eines überschüssigen Mehrprodukts in den industriell entwickelten Ländern ist die Folge ihres Übergangs von vorrangig intensivem Wachstum, dessen hauptsächliche Quelle das Mehrprodukt war, zu vorrangig extensivem Wachstum, zu dessen Hauptquelle die Amortisation des akkumulierten fixen Kapitals wird. Weil in dem Maße, in dem die Industrie geschaffen und entwickelt wird, das fixe Kapital und seine Amortisation wächst, führt dessen Nutzung in der Funktion der Erweiterung der Produktion auf dem Wege der Erneuerung auf höchstem technischen Niveau zu dem gleichen Resultat (Vergrößerung des Umfangs und der Qualität der Produktion) wie die Akkumulation auf Kosten des Mehrprodukts. Wenn die Industrie in diesem oder jenem Lande sich in immer größerem Maße nicht durch Akkumulation (Neubau), sondern durch Erneuerung des fixen Kapitals auf Kosten seiner Amortisation (technische Umrüstung und Rekonstruktion der vorhandenen Betriebe) zu

erweitern beginnt, verringert sich deshalb das Erfordernis der produktiven Nutzung des Mehrprodukts; der Prozeß der Akkumulation des Kapitals verlangsamt sich; ein immer größerer Teil des Mehrprodukts wird freigesetzt und überschüssig und kann nicht auf alte Weise in der Funktion der Akkumulation des Kapitals genutzt werden.

14. Die statistische Analyse zeigt, daß die entwickelten kapitalistischen Länder, die die Aufgabe der industriellen Entwicklung der materiellen Produktion erfüllt haben, damit begannen, zu vorrangig intensivem Wachstum und nichtproduktiver Nutzung des Mehrprodukts überzugehen (USA - 50er-60er Jahre, BRD, Japan u.a. - 70er-80er Jahre). So betrug der Anteil der Amortisation an den Bruttoinvestitionen von fixem Kapital in der verarbeitenden Industrie der USA im Jahresmittel von 1981 - 1988 93,1% gegenüber 73,7% 1967 und 50% 1947, und der Anteil des Mehrprodukts 6,9% gegenüber 26,3% und 50,0%. Der Anteil des in den Kapitalgesellschaften verbleibenden, nichtausgeschütteten Profits an der Gesamtmasse des Profits ist in den USA von 1950 - 1989 von 37,3 auf 16,0% gesunken, während der Anteil aller Steuern und Dividenden von 62,7 auf 84,0% gestiegen ist. In der BRD ist der Anteil der Amortisation zusammen mit dem Verkauf veralteter Fonds an den Investitionen von fixem Kapital von 39,4% im Jahr 1960 auf 52,3% 1970 und 83 - 85% 1982 - 1987 gestiegen, der Anteil der nichtausgeschütteten Profite und der Kredite ist entsprechend von 60,6 auf 47,7 und 17-15% gesunken. In Japan verringerte sich der Anteil der Investitionen zur Ausweitung des Parks der Produktionsausrüstungen von 70% in den Jahren 1968 - 1972 auf 35% 1978 - 1985, der Anteil der Erneuerungsinvestitionen stieg von 30 auf 65%. Das eröffnete die Möglichkeit zur Nutzung des Mehrprodukts in immer größeren Maßstäben nicht nur zur Militarisierung der Wirtschaft und zum Wetztrüsten, sondern auch für Bildung, Wissenschaft, Gesundheitswesen, Sozialprogramme, wachsende Einkommen und höheren Lebensstandard breiterer Schichten der Bevölkerung (Schaffung der "Mittelklasse"). Darin besteht die wahre Natur des "kapitalistischen Wunders", des "neuen Atems und Erblühens des Kapitalismus", die in der Propaganda gegen den Sozialismus genutzt werden, obwohl die genannten Entwicklungen das Gegenteil beweisen: Das weitere Wachstum des Mehrprodukts und die Entwicklung der Produktivkräfte in dieser Staatengruppe verlangt heute unabänderlich die Veränderung der Art und Weise ihrer Nutzung - ihre Rückkehr zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse, doch nunmehr nicht mehr einer kleinen Gruppe von Personen (Klasse), sondern aller Mitglieder der Gesellschaft, d.h. einen Wechsel der Produktionsweise und Übergang der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus.

15. Die allgemeinen Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der materiellen Produktion sind einheitlich für alle Länder, die konkreten Wege und Formen ihrer Verwirklichung unterscheiden sich jedoch in den einzelnen Ländern. Ende des XIX., Anfang des XX. Jahrhunderts betrat Rußland den Weg der industriellen (kapitalistischen) Entwicklung, es blieb

jedoch ein Agrarland mit einem Überwiegen der kleinen Warenproduktion der Bauern und Handwerker. In Anbetracht dieser Tatsache schlug Lenin die Neue Ökonomische Politik vor - eine evolutionäre Entwicklung der Wirtschaft als Warenproduktion und kapitalistische Produktion unter Kontrolle des Staates der Werktätigen und in ihrem Interesse, die allmähliche Umwandlung in eine sozialistische Ökonomie über Vermittlungsglieder (Kooperativen und Staatskapitalismus besonderer Art). Die Stalin-Gruppe verwarf jedoch die NÖP und führte eine Wende auf den unmittelbaren Übergang des Landes zum Sozialismus in kürzester Frist herbei. Im Ergebnis setzten sich gegen Mitte der 30er Jahre im Lande die sozialistischen Produktionsverhältnisse durch, bei Fehlen einer Reihe materieller Voraussetzungen für ihre Existenz. Diese wurden in den folgenden Jahrzehnten durch die produktive Nutzung des Mehrprodukts zur Schaffung und Entwicklung der Industrie im allgemeinen und der Schwerindustrie im besonderen geschaffen, was das Anwachsen des persönlichen Konsums und des Wohlstands der Werktätigen begrenzte und aufhielt. Insofern der Sozialismus in der Periode der industriellen Entwicklung des Landes (wegen des Fehlens materieller Voraussetzungen und der Unterordnung der Produktion unter deren Herbeiführung) seine Aufgabe bei der Entwicklung der Produktivkräfte im erforderlichen Maße nicht erfüllen konnte, muß er als Periode der formalen Durchsetzung des Sozialismus bestimmt werden - seiner Durchsetzung als neuer Form der Produktionsverhältnisse, dessen Inhalt die alte, kapitalistische Weise der Nutzung des Mehrprodukts und der Entwicklung der Produktivkräfte blieb.

16. Die materiellen Voraussetzungen für den Übergang von der produktiven zur nichtproduktiven Nutzung des Mehrprodukts, und folglich von der formalen zur realen ökonomischen Bestätigung des Sozialismus in der UdSSR, begannen sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre herauszubilden und nahmen in den 70er und 80er Jahren zu. Die Produktionsgrundfonds des Landes wuchsen von 1929 - 1990 auf das 140fache, darunter in der Industrie auf das 400fache und betragen schließlich im Jahre 1990 1980 Mrd. bzw. 965 Mrd. Rubel. Zusammen mit den Grundfonds erhöhte sich deren Amortisation, die im Jahre 1990 137,5 bzw. 71,6 Mrd. Rubel ausmachte. Ihr Anteil an den Brutto-Investitionen betrug 65,0, bzw. 67,4% gegenüber 10-12% in den Jahren des ersten Fünfjahrplans, der Anteil des Mehrprodukts sank entsprechend von 88-90 auf 35-33%. Das bedeutete, daß sich im Lande die Voraussetzungen für den Übergang zu vorrangig intensivem Wachstum und zur Nutzung des Mehrprodukts für die beschleunigte Entwicklung der Produktion von Konsumgütern (Landwirtschaft, Nahrungsmittel- und Leichtindustrie), der Dienstleistungssphäre und des nichtproduktiven Bereiches und auf dieser Grundlage für das stetige Wachstum des persönlichen Verbrauchs und des Wohlstands des sowjetischen Volkes herausgebildet hatten.

17. Diese Voraussetzungen wurden nicht realisiert, weil die Partei- und Staatsnomenklatura in Worten dem Volke Treue zum Sozialismus schwor,

in der Tat jedoch keine entsprechenden konkreten Schritte unternahm. Die Investitions- und Strukturpolitik der Partei blieb unverändert seit der Anfangsperiode der Industrialisierung (die Generallinie der allseitigen Entwicklung der Schwerindustrie und des vorrangigen Wachstums der Abteilung I wurde keinem Zweifel unterzogen und ihre Kritik abgeschnitten). In den letzten beiden Jahrzehnten (70er - 80er Jahre) wurde, anstatt den herangereiften Übergang zu vorrangig intensivem Wachstum zu vollziehen, mit propagandistischem Geschrei über die Intensivierung der Produktion und den Übergang zu einer neuen Qualität des Wirtschaftswachstums nicht nur das völlige Überwiegen, sondern auch die Verabsolutierung des extensiven Wachstums bemäntelt. Selbst im letzten, zwölften, Fünfjahrplan betragen die Investitionen in der Produktion 761 Mrd. Rubel (123,7% gegenüber dem 11. Fünfjahrplan), davon 69,5% für den Neubau und 30,5% für die Erneuerung bestehender Betriebe und Anlagen. Die Produktionsgrundfonds wuchsen 1986 - 1990 um 484 Mrd. Rubel, oder um 30%, bei 15 Mio. überschüssigen Arbeitsplätzen und einer Nutzung des Ausrüstungsparks in einer Schicht. Aus dem summarischen Amortisationsfond von 636 Mrd. Rubel für fünf Jahre wurde nur 1/3 für seine eigentliche Bestimmung, die Erneuerung, dagegen 2/3 für Generalreparatur und Akkumulation eingesetzt. Die faktische Nutzungszeit der Ausrüstungen betrug 30 und mehr Jahre gegenüber der normativen Zeit von 7 - 8 Jahren, d.h. ein Ersatz erfolgte nach 3 - 4 Generalreparaturen (völliger physischer Verschleiß) nach individuellen Akten der Ausbuchung aus der Bilanz des Betriebes.

In den ganzen 60 Jahren der industriellen Entwicklung erfolgte keine einzige massenhafte Erneuerung der Grundfonds, was die Wirtschaft zu technischer Stagnation, Sinken der Effektivität und des Wachstumstempos verurteilte. So verlangsamte sich das Wachstum der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit von 6,8% in den Jahren 1966 - 1970 auf 2,7% 1981 - 1985 und 1,3% 1986 - 1990, das Zuwachstempo des Nationaleinkommens verringerte sich entsprechend von 7,7 auf 3,2 und 1,5%. Die Verteilung und Nutzung der Investitionen in der Industrie selbst veränderten sich nicht seit dem ersten Fünfjahrplan: für die Produktion von Produktionsmitteln im Jahre 1932 - 87,1% und 1989 - 87,0%, für die Produktion von Konsumgütern - 12,9 und 13%. Der Anteil der Zweige der Schwerindustrie an den Produktionsgrundfonds der Industrie betrug 1989 89,2%, der der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie 10,3%, d.h. 9/10 der Produktionskapazitäten arbeiteten für sich selbst und nur 1/10 für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen.

18. Die Verabsolutierung des extensiven Wachstums unterdrückte die innere Quelle einer Verwirklichung intensiven Wachstums (Wachsen des Mehrprodukts und Freisetzung von Arbeitskraft) in der Schwerindustrie selbst, indem es die materiellen und Arbeitskräftressourcen aus den übrigen Zweigen und Sphären der Volkswirtschaft herausaugte. Das Restprinzip ihrer Verteilung verurteilte die Landwirtschaft, die Leicht- und Le-

Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung

Konferenzbericht "World Economy and Nation-State between Globalization and Regionalization", 28/29.6.1996 in Frankfurt

Es ist zur Mode geworden, die Globalismusthese des Neoliberalismus ("alle nationalen Standorte müssen sich dem Weltmarkt strikt und beinahe bedingungslos anpassen") und der eher linken Regulationstheorie in ihrer entpolitisierten Variante ("Wir möchten ja gerne regulieren, können es aber nicht mehr oder nur noch in wenigen Bereichen, z.B. auf der Ebene regionaler Industriepolitik") gegen den angeblich dogmatischen Keynesianismus und seine letzten Bastionen, das DIW und die Memorandumgruppe zu wenden, die dabei noch in einen Topf geworfen werden.

Die Thesen von der neuen Qualität der Globalisierung der Wirtschaft bzw. der Unternehmen, von der durch die Globalisierung induzierten vermeintlichen neuen Unfähigkeit der Nationalstaaten, ihre jeweiligen Volkswirtschaften im Sinne von Vollbeschäftigungspolitik zu regulieren, sowie von der wachsenden Bedeutung der subnationalstaatlichen Regionen bei der Regulierung der sozialen und wettbewerblich-innovativen Strukturen, die die systemische Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den Weltmärkten garantieren könne, konvergieren dabei in seltsamer Eintracht.

Die von jungen WissenschaftlerInnen, dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt und dem Frankfurter Institut für Sozialforschung organisierte und mit hochkarätigen VertreterInnen der Regulationstheorie und ihr anverwandter Ansätze besetzte Konferenz (Esser, Hirsch, Altvater, Läßle, Jessop, Harvey u.a.) reflektierte hauptsächlich diese oben genannten Thesen, wenn auch mit Widerspruch vor allem durch den US-amerikanischen Geographen David Harvey, der sich insbesondere um die Empirie der Globalisierung und den Widerspruch zwischen den die Globalisierung vorantreibenden Ursachen wie der Mikroelektronik, der dramatischen Revolution und Verbilligung des Transports einerseits sowie der zunehmenden Tendenz der neuen Territorialisierung (auch in Form der Bildung neuer Nationalstaaten und übernationaler regionaler Wirtschaftsblöcke) bemühte.

Die oben benannten Hauptthesen der meisten Regulationstheoretiker haben inzwischen eine weite Verbreitung erfahren und auch in theoretisch-politischen Kreisen Anklang gefunden, die sich früher auf die marxistische und/oder linkskeynesianische Kapitalismustheorie und manchmal auch die SMK-Theorie stützten wie die linken Sozialdemokraten im Umfeld des Zeitschrift spw (Sozialistische Politik und Wirtschaft).

Bob Jessop referierte zum Thema "The Future of the National State: Erosion or Reorganization? Die These von der Erosion wird zurückgewiesen.

Der ehemalige "Keynesianische nationale Wohlfahrtsstaat" (KWNS) wandele sich vielmehr zum "Schumpeterianischen Leistungsstaat" (Schumpeterian Workfare State - SWS). Der Staat wird zunehmend zum Organisator des internationalisierten Standortwettbewerbs. Auf Poulantzas' Unterscheidung von speziellen und genuinen Staatsfunktionen zurückgreifend konstatiert er, daß die grundlegenden technisch-ökonomischen, politischen und sozialen Funktionen (letztere dienen der sozialen Kohäsion der Gesellschaft) aber beim Nationalstaat verbleiben. Der Nationalstaat verfüge über die entscheidenden finanziellen Ressourcen, und auch die Demokratiefrage zentriere sich auf diese Ebene, da die supranationalen Institutionen nach wie vor kaum demokratisch legitimiert seien. Dennoch wirken die Faktoren, die die Transformation des Nationalstaats bewirken, natürlich weiter, als da sind: a) die Expansion der neuen Technologien, b) die wachsende Internationalisierung, c) der Paradigmenwechsel vom Fordismus zum Postfordismus und d) die übernationale Regionalisierung der globalen und nationalstaatlichen Ökonomien. Diese Prozesse können natürlich - so möchte ich hinzufügen - zu geschichtlichen Verzweigungen führen, die durch qualitativ neue Verteilungen der Regulierungskompetenzen gekennzeichnet sind. Sicherlich zählt die Durchsetzung des europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion zu einem solchen qualitativen Umschlag, der auch zu einem wichtigen Verlust an nationalstaatlicher Regulierungskapazität führt. Falls es nicht zu einem neuen Gesellschaftsvertrag auf europäischem Level kommt, wird das Maastricht-Europa ein "denationalized, governance-based, Schumpeterian workfare state" sein (Jessop).

Makoto Ithoh von der Universität Tokyo referierte über Japans industriellen Strukturwandel und Globalisierung. Die dramatischen Exportüberschüsse der 70er und 80er Jahre haben zu einer derart massiven Aufwertung des Yen geführt, daß der ohnehin fällige Strukturwandel in Richtung Dienstleistungen noch beschleunigt wurde. Aufwertungs- und krisenbedingt hat die Exportquote von 14,5 Prozent im Jahre 1994 über 9,7 vH im Jahre 1990 auf 8,6 vH abgenommen. Diese Kennziffern signalisieren also keinen neuen Globalisierungsschub, aber auch nicht das Gegenteil. Die direkten Kapitalexporte haben stark zugenommen, und die japanischen Industriekonzerne sind heute auf allen wichtigen Märkten der Welt mit eigenen hochmodernen Produktionsstätten vertreten. Investitionsentscheidungen werden jetzt nach einem konzerninternen Standortwettbewerb gefällt, was massive globalisierte Prozesse von Kosten- und Sozialdumping auslöst.

Daniele Le Borgne, Mitarbeiterin von Alain Lipietz, sprach zum Thema "Räumliche Steuerung zwischen Taylorismus und Kalmarismus". Sie widmete sich vor allem den zwei unterschiedlichen Grundtypen der Reorganisation der Arbeit nach dem Ableben des Fordismus. Während in Ländern wie den USA, England und auch Frankreich vor dem Hintergrund einer primär stabilitätsorientierten und nicht beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik der Neotaylorismus dominiert, der auf möglichst billige Ar-

beitskräfte setzt und an der klassischen innerbetrieblichen Arbeitsteilung zwischen Kopf- und repetitiver Handarbeit festhält, habe sich in Deutschland, der Schweiz, Schweden, dem italienischen Norden und einigen anderen Ländern ein anderer Kooperationsstypus halten und entwickeln können, der die industriellen und handwerklichen Fähigkeiten des Managements und umgekehrt die Mitbestimmung der Industriearbeiter beinhaltet. Zugleich korrespondiere damit ein bestimmter Typ von Kooperation zwischen industriellen Groß- und kleinen und mittleren Betrieben (KMU) sowie zwischen Industrie- und Finanzsektor. Deutsche industrielle KMUs verfügten über eigene Forschungs- und Entwicklungskapazität. Ihre Beziehungen zu den Großunternehmen seien gleichberechtigter und nicht rein ausführender Art und daher auch stabiler. Außerdem habe der öffentliche Bankensektor kreative Beziehungen speziell zu den KMU. Die strategische Branche der Maschinen- und Anlagenbauindustrie widerspiegeln paradigmatisch dieses unterschiedliche Herangehen an die Reorganisation der Industrie auf der Basis der neuen Schlüsseltechnologien. Die Stärke Japans, Deutschlands und Norditaliens auf diesem Sektor demonstriere die Überlegenheit dieser "Kultur der industriellen Beziehungen", die noch unterstützt wird durch den föderalen Staatsaufbau, der dem Territorium (dem Industriedistrikt bzw. den Ländern in Deutschland) eine große Bedeutung für die Qualifizierung der Arbeitskräfte und den Technologietransfer zuweise.

Es fragt sich, ob diese mit Sicherheit sinnvolle und empirisch gehaltvolle Differenzierung nicht eher die Situation in den 70er und 80er Jahren widerspiegelt, und ob nicht in den 90er Jahren eine schrittweise Auflösung des kalmaristischen Modells zugunsten des neotayloristischen stattfindet. Es dürfte sinnvoll sein, durch sorgfältige neue Studien diese Hypothese zu testen. Denn der produktivitätsorientierte Kooperationsstypus scheint mir zumindest in Deutschland von der Unternehmerseite aufgekündigt worden zu sein.

Jane Jenson von der Universität Montreal sprach zum Thema "Reinstitutionalisierung der Bürgerrechte. Klasse, Geschlecht und Gleichheit im Fordismus und Post-Fordismus". Zum Thema Regulationsansatz und Institutionen merkt sie zunächst an, daß die Erneuerung des Institutionendenkens eine Antwort auf das Fehlen dieses Aspektes im strukturalistischen Marxismus sowie in der soziologischen Standardtheorie sei. Grundlegende soziale Verhältnisse seien zumindest durch a) Gesetz, Regel oder Regulation, b) Kompromiß oder Vereinbarung (Verhandlung) oder c) ein akzeptiertes Wertesystem oder durch Repräsentation (Routine) kodifiziert. Politik beinhaltet Kämpfe um den Erhalt oder den Wandel der Machtverteilungen, und die Akteure ließen sich von ihren Vorstellungen vom besseren Leben leiten. Das Bürgerrechtsregime des Fordismus sei durch dessen Krise ebenfalls krisenhaft tangiert.

Der "Normalbürger" des Fordismus war männlich, und die Frauen wurden über ihre Beziehungen zu den Männern definiert. Parteien, Gewerkschaften und Vereine wurden von Männern dominiert. Innerhalb dieser Grenzen war Gleichheit und soziale Inklusion ein fundamentales Prinzip. Frauen und andere Gruppen hatten innerhalb dieses Rahmens begrenzte Möglichkeiten, für ihre Gleichstellungsinteressen zu kämpfen. Als Resultat des Kampfes der Frauenbewegung begann der Normalbürger zweigeschlechtlich zu werden, was auch die Lohnverhältnisse berührte. Im Postfordismus hat sich die Arbeit polarisiert. Frauen arbeiten mehr in ungesicherten Arbeitsverhältnissen, damit werden abhängige Geschlechterverhältnisse eher stabilisiert als unterminiert. Marktbeziehungen werden dominanter, öffentliche Dienstleistungen werden zugunsten privater und familiärer Leistungen reduziert. Es bestehe zwar eine gewisse politische Wahlfreiheit, aber die Tendenz sei eindeutig. Das Gleichheits- und Solidaritätsprinzip sei in Frage gestellt. Dennoch sei jedes postfordistische Regime eher ein Resultat der politischen Aktionen der Betroffenen als der strukturellen Prozesse. Es bestehe also nach wie vor ein politischer Gestaltungsspielraum.

Ngai-Ling Sum aus Vietnam referierte zum Thema "Ostasiatischer Exportismus und global-regional-lokale Dynamik: von der Regulation zur Geo-Governance von Zeit und Raum". Zunächst kritisierte sie die Standard-Fordismustheorie als eurozentrische Sichtweise, die selbst mit dem Konzept des "peripheren Fordismus" von A. Lipietz nicht in der Lage sei, die Entwicklungsprozesse in anderen Teilen der Welt zu erklären. Danach wird mit Hilfe der Regulationstheorie die Entwicklungsdynamik der New Industrialized Countries in Ostasien als "exportismus" gefaßt (was in anderen, makroökonomischen Ansätzen längst bekannt ist). Dieser Ansatz analysiert die Akkumulationsstrategien, die auf einer komplexen global-regional-lokalen Wirtschaftsordnung beruhen, die netzwerkbasierte soziale Formen der Regulation und der 'governance' heinhalteten. Eine Schlüsselfrage des exportorientierten Entwicklungsmodells der ostasiatischen Schwellenländer (NICs) in den 80er Jahren hezieht sich auf die kaskadenförmige räumliche Reartikulation von Zeit und Raum und die Bildung von komplexen grenzüberschreitenden Steuerungsformen (Geo-Governance) der Inwertsetzung von billiger Arbeitskraft, der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung, des Technologietransfers, des wechselnden Nebeneinanders von verschiedenen Technologiestandards. Mein Problem mit dieser Art der Theoriebildung ist, daß man die Empirie dieses Akkumulationsregimes der NICs bereits kennen muß, um dann die theoretische Neuinterpretation als schlüssige Gesamterklärung zu erfassen. Obwohl das Konzept des "exportismus" im Falle Ostasien sicherlich schlüssiger ist als das des "peripheren Fordismus", fragt man sich aber dennoch, wo der Erkenntnisfortschritt gegenüber den bereits bekannten Erklärungen für das "Tigersyndrom" zu sehen ist.

Jacob Torfing aus Dänemark präsentierte ein hochinteressantes Referat über "Die Zukunft des skandinavischen Wohlfahrtskapitalismus". Der moderne Wohlfahrtsstaat könne in Begriffskombinationen des Fordismus, des Keynesianismus sowie des Beveridgeanismus beschrieben werden. Nach der Definition der Besonderheiten des dänischen Wohlfahrtsstaates wird der Einfluß der Internationalisierung und Globalisierung auf Form- und Inhaltsveränderungen in Dänemark untersucht. Die Regulationskapazität des dänischen Staates werde ausgehöhlt, aber nicht durch die europäische Regulation ersetzt. In dieser Situation versuche der Staat aktiv, mit institutionellen und politischen Mitteln via Flexibilisierung und Dezentralisierung des Staatsapparates Einfluß zu nehmen auf die Formen und Inhalte der Internationalisierung. Der Staat sei dabei nicht nur Subjekt, sondern auch Objekt der (Selbst-)Regulation. Computergestützte Basistechnologien für und in KMU werden aktiv gefördert, und der "Stagflation" wurde mit der Akzeptanz permanenter Budgetrestriktionen begegnet. Postfordismus, angebotsorientierte Interventionen und Leistungsprogramme (insbesondere eine qualifikationsorientierte Arbeitsmarktpolitik bei gleichzeitiger Flexibilisierung) konstituieren eine neue Matrix des modernen Wohlfahrtsstaates. Generalisierend betont der Autor die Notwendigkeit, den Strukturalismus der Regulationstheorie durch die Betonung des Primats der Politik bei der Analyse der institutionellen Bedingungen strategischen Handelns zu überwinden.

Elmar Altvater sprach zum Thema "Formierung internationaler Regimes". Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft 1929ff habe die nationalstaatliche Regulierung hervorgebracht und den eingebauten liberalen weltwirtschaftlichen Kompromiß, der bis dahin geherrscht habe, zunächst zerstört. Das System von Bretton Woods sei dann ein Öffnungsregime für den Weltmarkt gewesen, das auf der Basis der US-Hegemonie habe funktionieren können. Mit dem Scheitern dieses Systems, das nach Polanyi noch politisch eingegrenzt (embedded) war, sei es zur Entkopplung von monetärer und realer Akkumulation gekommen, zur Entkopplung von Zeit und Raum sowie von Staat und Gesellschaft. Der Verlust der politischen Kontrolle über die Wirtschaft (disembedding) führe zur "Herrschaft der Sachzwänge". Die Rückgewinnung verlange die politische Kontrolle über die Zentralbanken, aktive staatliche Wirtschafts- und Umweltpolitik, sowie neue internationale soziale Bewegungen und Organisationen wie die NGOs zwecks Kontrolle der Regulierung der globalen Entwicklungen.

Dieter Läßle, Stadtökonom an der TH Hamburg-Harburg, beschäftigte sich mit der Bedeutung der räumlichen Regulierung sozialökonomischer Prozesse. In den 60er und 70er Jahren sei Regionalpolitik Modernisierungspolitik für periphere Regionen innerhalb der Metropolen gewesen, in den 80er Jahren habe die verschärfte internationale Konkurrenz zur Ausarbeitung von Standortstrategien für Führungsregionen (Metropolenkonkurrenz, Global Cities) geführt. Das Konzept der "New Industrialized Districts" und die Globalisierung seien zwei Seiten einer Medaille.

Das Konzept von "Raum" sei weiterentwickelt worden über die Stufen "Raum als Resultat sozialer Beziehungen" (Perox), als Interaktion physischer und sozialer Prozesse, die Basis für Regulationssysteme sei, sowie Raum als eine "fuzzy organisation", eine mehrdeutige und unscharfe Entität. Geforscht werde zur Zeit hauptsächlich über regionale Kluster und innovative Milieus. Die Anwendung dieser Ansätze auf Hamburg habe gezeigt, daß die Orientierung der bisherigen Senatspolitik auf die klassischen Hafenfunktionen die eigentlichen Innovationen, die alle weltmarktorientiert seien, vernachlässigt habe. Es gehe nicht darum, klassische und bereits existierende Exportbranchen zu fördern, sondern solche, die sich als endogene Potentiale in diese Richtung entwickeln könnten (Medien, Kulturindustrien etc.). Auf die Frage David Harveys, wie man unter diesen Bedingungen revolutionär handeln könne, entgegnete Läßle, der Staat habe in diesem Globalisierungs- und räumlichen Restrukturierungsprozeß für ein Minimum an sozialer Kohäsion zu sorgen.

David Harvey, Geograph an der John Hopkins Universität in Baltimore, referierte schließlich zum Thema "Globalization in Question". Harvey, dessen wissenschaftliches Programm die Erweiterung des historischen Materialismus zum historisch-geographischen Materialismus ist, beschäftigte sich zunächst mit den Globalismusaussagen des "Kommunistischen Manifestes", betonte die immer schon internationale Orientierung des Kapitalismus und arbeitete zugleich die geographische Isolation der jeweiligen Arbeiterbewegungen heraus. Als neuere Prozesse der Globalisierung konstatiert er die Beschleunigung, die Enträumlichung durch Eliminierung der Grenzen, die verursacht wird durch die Senkung der Raumüberwindungskosten und -zeiten, der aber dennoch die zunehmende physische und damit auch geographische Fixierung der Infrastrukturen sowie die Reteritorialisierung der Welt im Zuge der Auflösung der Kolonialreiche sowie des Zerfalls des Realsozialismus gegenüberstehe. Seit den 70er Jahren habe der Zerfall des Bretton Woods Systems, die Herausbildung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Revolutionierung der Verkehrsmittel einen neuen Globalisierungsschub erzeugt. Dieser Prozeß war zugleich begleitet von 1. Veränderungen der Produktions- und Organisationsformen, 2. der Verdoppelung der Zahl der Lohnarbeiter in den letzten 20 Jahren, 3. der neuen großen Völkerwanderung, 4. der rasanten und endgültigen Urbanisierung sowie der Entstehung von Hyperagglomerationen in den Ländern der Dritten Welt, 5. einem teilweisen Verlust der Steuerungskapazitäten der Nationalstaaten, 6. dem Entstehen neuer Wachstums- und Machtzentren wie Japan sowie schließlich des "free-market stalinism" wie Singapur, Honkong und Taiwan. Harvey spricht statt Globalisierung eher von "Ungleicher raum-zeitlicher Entwicklung". Die ökonomischen und sozialen Unsicherheiten nehmen auch für die Regionen des Metropolenkapitalismus schnell zu. Was heute noch die Wachstumsregion des Kapitalismus sei, könne morgen schon zur Krisenregion werden.

Als einer der wenigen in der Gemeinde der regulationstheoretisch inspirierten Globalismusforscher wendet sich *Harvey* noch konkret und mit Engagement Fragen des Klassenkampfes, der antikapitalistischen Bewegungen zu. Seine Beobachtung, daß diese Bewegungen nach wie vor sehr zersplittert und isoliert sind, obwohl sie doch alle dieselbe neoliberalistische Politik des heutigen Kapitalismus zum Gegner haben, und die Feststellung, daß die traditionellen Avantgardeparteien versagt haben und historisch überlebt sind, weist den Wissenschaftlern die Aufgabe der vereinheitlichten Interpretation der Kämpfe, ihrer Koordinierung und der Ausarbeitung von Alternativen zu.

Die Tagung war nützlich und informativ, weil sie die Möglichkeiten, aber auch die Schwächen dieser Art, Gesellschaftsanalyse zu betreiben, eindrucksvoll demonstriert hat. Für den Berichterstatter ist es nach wie vor nicht erwiesen, daß der regulationstheoretische Ansatz den modernen marxistischen oder auch linkskeynesianischen Untersuchungsansätzen überlegen ist.

Hermann Bömer

Marburger FEG-Konferenz zu Arbeitsmärkten und Beschäftigungspolitik in der Europäischen Union vom 25./26.10.1996

Die diesjährige Herbstkonferenz der Marburger Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) widmete sich einem der derzeit politisch vordringlichsten Probleme: der Arbeitslosigkeit in Europa. Vom 25. bis 26.10. referierten und diskutierten acht ReferentInnen und ca. fünfzig TeilnehmerInnen aus verschiedenen europäischen Staaten über Arbeitsmärkte und Beschäftigung. Der erste Tag stand ganz im Zeichen theoretischer Reflexion und empirischer Forschungsergebnisse zu diesem Thema. Der zweite Tag setzte sich zur Aufgabe, politische Strategien und Dimensionen der Konflikte zu beleuchten.

Der französische Ökonom und Regulationstheoretiker *Alain Lipietz* (CEPREMAP, Paris) eröffnete die Tagung mit einem Beitrag, der die Entwicklungstendenzen post-fordistischer Gesellschaften und deren Auswirkungen auf die industriellen Beziehungen zum Gegenstand hatte. Das fordistische Modell zeichnete sich durch eine Organisation des Arbeitsprozesses aus, in der die direkte Kontrolle der Beschäftigten eine hohe Arbeitsintensität garantieren sollte. Auf der anderen Seite wurden die großen Produktivitätszuwächse von entsprechenden Steigerungen der Einkommen begleitet. Die relative Stabilität dieses Paradigmas geriet in die Krise, als in den 60er Jahren die Produktivität langsamer stieg und die Internationalisierung der Produktion die Funktionalität der nationalen Regulationsmodelle verringerte. Insbesondere der zunehmende Handel zwischen Ländern

mit ungleichen Entwicklungsstandards wurde zum Problem für die fordistische Regulierungsweise. Idealtypisch zeichnen sich bei der Transformation des fordistischen Akkumulationsregimes zwei Strategien ab: Die erste versucht, durch eine Reduzierung des Lohnanteils am Bruttosozialprodukt die Profite der Unternehmen zu erhöhen. Statt auf die Steigerung der Massenkaufkraft wird dabei auf den "trickle-down"-Effekt gesetzt. Die USA und Großbritannien stehen für diese Entwicklungsrichtung. Die zweite Strategie versucht vorrangig, durch Veränderungen der Arbeitsorganisation Produktivitätssteigerungen zu erzielen. Dabei werden die Beschäftigten in Aushandlungsprozesse auf betrieblicher, sektoraler und/oder gesellschaftlicher Ebene einbezogen. In unterschiedlichen Varianten sind Japan, die BRD und die skandinavischen Länder Beispiele für diesen Entwicklungsweg. Im globalen Wettbewerb treten daneben weitere Konkurrenten auf, wie z.B. die NICs, Formen peripherer Fordismen und Länder mit "primitiver Taylorisierung" (China, Thailand, Malaysia etc.). Die besten Aussichten, im Globalisierungswettbewerb zu bestehen, sah *Lipietz* für die Länder, in denen die Beschäftigten an Aushandlungsprozessen auf betrieblicher und sektoraler Ebene beteiligt sind, und in denen Branchen mit hochqualifizierter Beschäftigung dominieren.

Martin Seeleib-Kaiser vom Zentrum für Sozialpolitik in Bremen analysierte die Auswirkungen von Globalisierungsprozessen auf wohlfahrtsstaatliche Politiken v.a. mit Blick auf die BRD, Japan und die USA. Steigender ökonomischer Druck und Massenarbeitslosigkeit führen zu einem Paradigmenwechsel in allen Ländern, der sich v.a. im erschwerten Zugang zu Sozialleistungen (Arbeitslosenversicherung) und in der Senkung des Leistungsniveaus widerspiegelt. Insbesondere sind Programme betroffen, die mit dem Arbeitsmarkt verknüpft sind. Diese sind in den einzelnen Nationalstaaten jedoch durchaus unterschiedlich. Während die Sozialhilfe in den USA drastischen Niveaureduzierungen ausgesetzt ist, wurde die Höhe der Leistungen in der BRD und Japan nicht entscheidend verändert, ihre Gewährung dagegen stärker mit einer potentiellen Arbeitsaufnahme der Leistungsempfänger verknüpft. Diese Unterschiede der nationalen Entwicklungen sind Indiz dafür, daß die entscheidenden sozialpolitischen Entwicklungen weiterhin eher auf der Ebene der Nationalstaaten als auf europäischer Ebene stattfinden.

Hans W. Platzer, Professor für Politikwissenschaft in Fulda, beschäftigte sich mit der Europäisierung der industriellen Beziehungen. Die anstehende Währungsunion wird zwar den Druck auf Arbeitsmärkte und Tarifsysteme erhöhen, eröffnet zugleich aber auch die Option für die Koordination der Lohnpolitiken. Trotz guter Gründe für eine euro-skeptische Sichtweise (wie die Schwäche und die Differenzen innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung und die Blockadehaltung der Arbeitgeberverbände) lassen sich Ansatzpunkte für die Entwicklung industrieller Beziehungen finden, die über den reinen Neo-Voluntarismus hinausgehen. *Platzer* stellte hier die "Euro-Betriebsrat"-Richtlinie von 1994 und Verein-

barungen des "Sozialen Dialogs" über Teilzeitarbeit heraus, die noch in den 80er Jahren undenkbar schienen. Zudem stärkt der Beitritt Schwedens und Österreichs die soziale Komponente innerhalb der EU. Auf EU-Ebene sind somit politische Dynamiken möglich, die über die Setzung von Rahmenbedingungen auch den Aufbau europäischer industrieller Beziehungen in Richtung eines "politisch verstärkten Neo-Voluntarismus" bedeuten können. Im Hinblick auf die wissenschaftliche Analyse solcher Prozesse plädierte er für eine stärkere Verbindung der Forschung über industrielle Beziehungen mit integrationstheoretischen Überlegungen, um auch politische Dynamiken im EU-System besser erfassen zu können.

Gerda Falkner (Politik- und Staatswissenschaftliches Institut der Universität Wien) setzte sich mit den zähen Verhandlungen um die Verankerung der Sozialpolitik im Vertrag von Maastricht auseinander. Sie verwies auf die Möglichkeit einer Aufgabe der britischen Blockadepolitik mit Blick auf die Wahlen in Großbritannien. Schon jetzt wird das britische "opting-out" durch die Richtlinie über Europäische Betriebsräte in der Praxis vielfach durchbrochen. Politischer Druck zeigt also Wirkung. Hatte das europäische Kapital an einem sozialpolitischen Abkommen bisher kein Interesse, änderte sich dies ob der gewandelten Umstände: Strategisch verhandelt die Unternehmerseite lieber mit den Sozialpartnern als mit einer entscheidungsbefugten europäischen Institution. Insgesamt fehlen für eine wirkungsvolle europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik der politischen Wille und innovative Ideen.

Andreas Aust, Hans-Jürgen Bieling und *Jochen Steinhilber* (FEG/Marburg) beschäftigten sich mit den Entwicklungsperspektiven einer EU-Beschäftigungspolitik. Basierend auf den Ergebnissen der neuesten FEG-Studie "Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa" setzten sie in ihrer Darstellung bei der fortlaufenden Krise des Beschäftigungssystems an, die die Gefahren des sozialen Abstiegs und nationalstaatlichen Chauvinismus hervorruft. Die Referenten schilderten die Problematik eines möglichen "package-deals" der neuen europäischen Vorlage "Social policy, employment and vocational training": Die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten unterliegt den Konvergenzkriterien von Maastricht, die Abmachungen sind auf die Koordination der Mitgliedsstaaten beschränkt und sehen keinerlei Sanktionen im Falle der nationalen Abweichung vor. Schließlich obliegt die Verantwortung für die Durchführung allein nationalstaatlicher Politik. So ist die EU weit davon entfernt, einen neuen kohärenten Entwicklungsweg europäischer Integration jenseits neoliberaler Politik einzuschlagen. Dennoch muß das Thema Beschäftigung politisiert werden, da die Europäische Kommission mit ihren Instrumenten des sozialen Dialogs, der Sozialpolitik und der Strukturfonds potentiell durchaus handlungsfähig ist.

Der britische Ökonom *Michael Barrat Brown* sprach über die skandalös geringe Aufmerksamkeit, die dem Thema Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene zukommt. Barrat Brown ist Mitarbeiter des Labour-Europaabge-

ordneten Ken Coates und Mitinitiator eines europäischen Appells für Vollbeschäftigung. Die politische Untätigkeit auf EU-Ebene wird dem Problem der Massenarbeitslosigkeit in keiner Weise gerecht und ignoriert die Gefahr des Aufschwungs rechtsextremer Parteien und Organisationen. Die Arbeitsmarktkrise ist durchaus mit der der 30er Jahre zu vergleichen, auch wenn es eine Reihe wichtiger Unterschiede gibt. So bedeuten Investitionen nicht mehr automatisch die Schaffung von Beschäftigung, die Bedrohung der Ökologie nährt die Zweifel an der Möglichkeit der Vollbeschäftigung und die geschlechterspezifische Segregation des Arbeitsmarktes ist nicht länger aufrechtzuerhalten. Auf der anderen Seite existiert heute das Wissen, daß Vollbeschäftigung eine reale Option war und damit auch zukünftig wieder sein könnte. Notwendig ist eine starke politische Bewegung, die monetaristische Argumentationsfiguren durchbricht und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung setzt. Eine überzeugende Alternative, ein "Projekt Vollbeschäftigung", muß die Verkürzung der Arbeitszeit zum zentralen Bestandteil haben. Daneben ist der Ausbau öffentlicher Beschäftigung, z.B. auf ökologischem, sozialem und infrastrukturellem Gebiet, von großer Bedeutung für das Vollbeschäftigungsziel. Finanzierbar ist ein solches Konzept nur durch eine sozial-orientierte redistributive Steuer- und Einkommenspolitik.

Der grüne Europa-Parlamentarier *Frieder Otto Wolf* referierte über die Notwendigkeit transnationaler Solidarität bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die verschiedenen ökonomischen und kulturellen Varianten des Fordismus haben sich in der Krise zu unterschiedlichen strategischen Entwicklungswegen vertieft. Dies ist bei der Problembekämpfung durchaus sinnvoll, erschwert allerdings eine solidarische Politik auf transnationaler Ebene. Eine mögliche Lösung wäre eine "framework solidarity", die zugleich nationale Lösungswege zuläßt. Die Überwindung des Austeritäts-Wettlaufs ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Dies kann nicht allein auf europäischer Ebene geschehen. Eine globale Re-Regulierung im Sinne eines "convoi-contracts" hätte die Entwicklungswege unterschiedlicher nationaler Systeme zu beachten. Das Problem der Arbeitslosigkeit muß als die Kernfrage bei der Umwandlung des fordistischen Modells verstanden werden. Es ist notwendig, Vorstellungen von "sustainable employment" zu entwickeln, die die Kontrolle der Produktivitätsentwicklung und neue Produktivitätsziele beinhalten. Unabdingbar ist das Teilen von Arbeit und Einkommen, ebenso wie die gezielte Qualifizierung von Arbeitskräften und der Ausbau des "dritten Sektors". Als Beispiel für eine solidarische Rahmensetzung auf europäischer Ebene nannte Wolf die Festlegung einer prozentualen Reduzierung der Arbeitszeit, deren konkrete Umsetzung den verschiedenen Nationalstaaten entsprechend ihren spezifischen Bedingungen und Strukturen vorbehalten bleibt.

Einblicke in die Verhandlungsprozesse der Regierungskonferenz zur Revision des Maastricht-Vertrages gab *Nicos Kotzias*, Mitarbeiter des griechischen Außenministeriums. Umstritten ist auf den Konferenzen die Frage,

ob Beschäftigungspolitik in die Zuständigkeit der EU oder der Nationalstaaten fallen soll. Der sich abzeichnende Kompromiß sieht einen Abschnitt im neuen Vertrag vor, der sich der Beschäftigungsfrage widmet, ohne allerdings konkretere Maßnahmen vorzusehen. Es ist keine demokratische Prozedur vorhanden, die auf diesem Gebiet greifen könnte. Dennoch sah Kotzias in der breiteren Behandlung der Thematik einen Fortschritt, der weitere Diskussionen nach sich ziehen könnte. Eine demokratische Konzeption muß jedoch die Priorität der ökonomischen und finanziellen Zielsetzungen durchbrechen.

In der Diskussion der Beiträge standen unterschiedliche Aspekte europäischer Politik im Vordergrund: Allgemein wurden die Chancen verschiedener Akteure für emanzipatorische politisch-institutionelle Veränderungen ausgelotet. Die Schwäche der Gewerkschaften sowohl auf europäischer Ebene als auch z.T. auf nationaler Ebene wurde allenthalben als großes Problem angeführt. So betonte Frank Deppe einerseits die Krise des deutschen Modells der Tarifbeziehungen, welches schließlich vor nicht allzu langer Zeit als europäisches Pioniermodell galt, mittlerweile aber Geschichte ist, nicht zuletzt auch aufgrund der Erosion der industriellen Basis der deutschen Gewerkschaften. Andererseits verwies nicht nur er auf den wachsenden politisch-sozialen Widerstand, wie er sich mittlerweile in Frankreich, Belgien, Italien, der BRD und anderen Staaten der EU manifestiert. Frieder Otto Wolf bestätigte dies und verwies auf den möglichen Druck durch Massenbewegungen wie den "Marsch gegen Arbeitslosigkeit" in Frankreich und Spanien. Ebenso Alain Lipietz, der die lange Tradition sozialer Bewegungen in Europa ansprach, zugleich aber die gesteigerte Fähigkeit der Institutionen einräumte, auf deren Druck nicht zu reagieren.

Gegenstand der Diskussion war weiterhin die Frage nach den wesentlichen Handlungsebenen. Während auf der einen Seite die fortbestehende Bedeutung der Nationalstaaten betont wurde, wurde auf der anderen Seite die notwendige Setzung globaler und europäischer Rahmenbedingungen hervorgehoben, ohne damit eigenständige nationalstaatliche Entwicklungen zu verhindern. Kontrovers wurden dabei bisherige sozialpolitische Entwicklungen innerhalb der EU (wie die Euro-Betriebsräte) bewertet. Einig waren sich alle TeilnehmerInnen, daß nur wachsender politischer Druck "von unten" einen politischen Richtungswechsel induzieren kann.

Die Beiträge der Konferenz werden demnächst in der Studienreihe der FEG publiziert.

Wolfram Burkhardt/Rolf Schmucker

Klassentheorie - Schlüssel zur Bewegung unserer Zeit?

In Erinnerung an Heinz Jung - Kolloquium von IMSF und Z, 5. Oktober 1996 in Frankfurt/M.

In seiner Eröffnung dieses der aktuellen Diskussion um Klassenanalyse und Klassentheorie gewidmeten Kolloquiums erinnerte Jürgen Reusch (IMSF/Z) daran, daß die Anregung zu der Diskussion um Klassentheorie, die in Z 24 (März 1995) begonnen wurde, von Heinz Jung stammte: "Mit der Renaissance der sozialen Frage, der Zunahme von Massenarmut und Verelendungsprozessen auch in den kapitalistischen Metropolen wird über die Thematisierung der 'neuen Unterklassen' im offiziellen Diskurs auch die Klassendiskussion wieder salonfähig. ... Was die marxistische Tradition betrifft, so gehört die Klassentheorie zu ihren unverzichtbaren Bestandteilen - und zwar aller Richtungen und Strömungen. Das Neudurchdenken der Klassentheorie ist also nicht nur Orientierungsdiskussion, sondern auch Element marxistischer Identitätsbestimmung."¹ Heinz Jung hatte die Absicht gehabt, auf der Veranstaltung über "Klassen und Geschichte" zu sprechen; sein plötzlicher Tod nahm die Chance, mit ihm über seine Sicht der heutigen Klassenverhältnisse und -bewegungen zu diskutieren und machte aus der von ihm aktiv mitgestalteten Tagung ein seinem Gedenken gewidmetes Kolloquium.

Klassentheorie - Rückblick und aktuelle Fragestellungen

Im einleitenden Beitrag sprach *André Leisewitz* (IMSF/Z) über "Klassentheorie und Arbeiterklasse im Konzept von Heinz Jung". Er betonte, daß sich Heinz Jung in seinen klassentheoretischen Arbeiten sowohl gegen eine dogmatisierende, die Veränderungen der kapitalistischen Realität nicht genügend reflektierende Sicht der Arbeiterklasse wandte wie gegen ein rein strukturanalytisches Klassenkonzept. Aus dieser doppelten Frontstellung heraus war für Jung - ganz im Sinne eines "klassischen Marxismus" - das Verständnis von Klassen als handelnde und geschichtsmächtige Subjekte die zentrale Frage und der wesentliche Streitpunkt in der Auseinandersetzung um Klassentheorie. Diese Sicht schloß bei Heinz Jung einen Zugang zur empirischen Realität von Klassen ein, der sich der vielfältigen Vermittlungen von objektiver Klassenlage, subjektiver Interessenwahrnehmung und Handlungsmotivation bewußt war und die Rolle sozialer und politischer Praxis dabei betonte.

Eine solche, "nicht ökonomistisch verkürzte Sichtweise" war auch Leitfaden der Untersuchung sozialer Bewegungen, die auf die Herausarbeitung von

¹ Z 24, Dezember 1995, Editorial, S. 5.

Ansatzpunkten für autonome Gegenmacht der Lohnabhängigen unter den jeweils konkreten geschichtlichen Bedingungen abzielte. Erinnert wurde an die in dieser Hinsicht stilbildenden früheren IMSF-Studien zu den "Septemberstreiks" und über "Mitbestimmung als Kampfaufgabe" aus den siebziger Jahren, Studien, die in einer Umbruchphase damaliger Gesellschaftsverhältnisse entstanden und auf die Gewinnung von Handlungsfähigkeit der Kollektivorganisationen der Arbeiterklasse abzielten. In der Mitbestimmungsstudie spielte dabei der auch heute in der Gewerkschaftsdiskussion wesentliche Begriff der "Gegenmacht" eine Schlüsselrolle.

In der aktuellen Auseinandersetzung pochte Heinz Jung gegenüber dem "Moderne"-Paradigma und darauf fußenden "Milieu"-Konzeptionen darauf, daß Reproduktion und Entwicklung der Klassen und ihrer Lebensweise im Kapitalismus an die Verwertungsbewegungen des Kapitals gebunden bleiben. Hierin zeigt sich die totalitätsbestimmende Rolle der ökonomischen Beziehungen für die gesellschaftliche Entwicklung. Im Moderne-Konzept werden sie demgegenüber faktisch an die Peripherie der Betrachtung gedrängt. Damit wird die Entwicklung von Lebenswelten und Milieus gerade von den grundlegenden Triebkräften und Konfliktkonstellationen gesellschaftlicher Entwicklung abgekoppelt, die sich in den gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen Ausdruck verschaffen.

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist ein großer historischer Zyklus zu Ende gegangen; Heinz Jung hatte diesen Zusammenbruch "in erster Linie als Niederlage der Arbeit im internationalen Maßstab" interpretiert.² Als Anhänger "antizyklischen Denkens" verlangte er in dieser Situation nach "Rückgewinnung des Übergangscharakters unserer Zeit" im Denken der Linken. Gerade die heutige Zeit sei auch unter dem Gesichtspunkt ihrer inneren Widersprüchlichkeit und der Möglichkeiten der Veränderung zu interpretieren - eine Gedanke, den Frank Deppe (Uni Marburg) in seinem anschließenden Vortrag mit der Bemerkung "übersetzte", eben diese heiße sich bewußt zu sein, daß die heutige Konstellation kein "Ende der Geschichte" bedeute.

Deppe sprach ebenfalls über Jungs Beitrag zur Klassentheorie. Vor dreißig Jahren, Ende der sechziger Jahre, war der Zusammenhang von Arbeiterklasse, Klassenkampf, Klassenpartei und Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen in dem Milieu, in dem Heinz Jung wirkte, eindeutig. Dies war auch der Diskurs der Illegalität, in dem zugleich der Standpunkt der Humanität zu verfechten war, der Blick auf die Gesellschaft von unten, aus der Perspektive der "Hütten", nicht der Paläste. Die Diskussion in den siebziger Jahren stand unter dem Eindruck politischer Umbrüche und Krisen. Hauptthemen waren die Rolle der Arbeiterklasse für die Veränderung der politischen Verhältnisse und die Rolle der neuen Schichten (Intelligenz, lohnabhängige Mittelschichten). Im Rückblick zeigen sich zugleich

² Vgl. Heinz Jung, Klassen und Geschichte, in diesem Heft.

Illusionen und Fehleinschätzungen dieser Periode: Unterschätzung der Veränderungsfähigkeit des Kapitalismus, der Wucht des Neoliberalismus, der Krise des Realsozialismus, und Überschätzung der Klassenbewegungen für die Sozialismusperspektive in Europa. Zu den methodischen Schwächen dieser Zeit gehörte auch die Unterschätzung der komplexen Struktur von Klassenherrschaft im Raum der Zivilgesellschaft - im Sinne Gramscis Terrain des Kampfes um Hegemonie - und damit ein mangelnder Zugang zu den politischen und ideologischen Artikulationsformen des Klassenantagonismus.

Heute kommt es aus der Sicht von Deppe darauf an, mit Option für einen "open marxism" einen Neuanatz zur Klassenanalyse zu finden, der die früheren Schwächen überwinden kann. Heinz Jung hatte ein Gespür dafür, daß mit der Erosion des fordistischen Klassenkompromisses eine Periode heftiger Erschütterungen und neuer Klassenkonflikte sich entwickelt - diese Klassenkämpfe zeigen sich heute international in neuer Direktheit und Massivität, auch wenn der bewußte Widerstand von unten insgesamt schwach bleibt. Dabei ist überall die gleiche Konfrontationslinie zu beobachten, die Auseinandersetzung mit sozial verheerenden Folgen der neoliberalen Deregulierungspolitik.

Heutige Klassenanalyse muß sich, so Deppe, folgenden Problemen stellen:

- den neuen transnationalen Strukturen von Klassenverhältnissen und zugleich der "Entnationalisierung" der Arbeiterklasse ("Entgrenzung von Ökonomie und Politik");
- der "Entstofflichung von Arbeit und Produktion", d.h. der Zunahme informationeller Prozesse, Rückgang und Krise des industriellen Kerns der Arbeiterklasse, die bis in dessen Kultur und Lebensweise reicht und zugleich auch Krise der Arbeiterbewegung ist;
- der "Entstaatlichung der sozialen Regulation" vor dem Hintergrund, daß sich soziale Kämpfe in der Vergangenheit immer auch auf den Staat als Regulationsinstanz bezogen haben.

Klassentheorie und "underclass"-Konzept

Obwohl die sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnosen heute mehrheitlich auf "Kapitalismus ohne Klassen" oder "pluralistische Überflußgesellschaft" lauten, kann man nach Ansicht von Sebastian Herkommer (Berlin) doch von einer Wiederkehr der Klassentheorie sprechen.³ Die Realprozesse (Massenarbeitslosigkeit, Verarmung, Polarisierung der Gesellschaft) drängen in diese Richtung. Gegenüber den (auch von der etablierten Sozialwissenschaft registrierten) Differenzen und Diskussionspunkten zwischen den

³ Vgl. Sebastian Herkommer, Veränderungen in der Klassenstruktur Europas, Sozialismus - supplement 4 (1996).

verschiedenen marxistischen Ansätzen der siebziger Jahre (IMSF, Projekt Klassenanalyse) über Umfang und Abgrenzung der Klassen stellen sich heute gewichtigere Probleme: die Entstrukturierung der Klassengesellschaft, die unter den Stichworten Pluralisierung/Individualisierung diskutiert wird, das stärkere Auseinanderfallen von sozialer Lage, Lebensweise, sozialem Verhalten; die zunehmende Bedeutung von "Milieu", Lebensweise, Wertorientierungen für die Alltagspolitik. Dies ist ein Feld, dem sich Klassentheorie heute zu stellen hat. Dabei stellt u.a. Bourdieus Ansatz zur Entschlüsselung des Zusammenhangs von sozialer (Klassen-) und individueller Reproduktion, zum Beitrag von Lebensstilen für die Reproduktion gesellschaftlicher Grundstrukturen eine wesentliche Erweiterung der klassischen Klassentheorie dar.

Ein anderes aktuelles Problem ist die Debatte um neue Armut, strukturelle und Dauer-Arbeitslosigkeit. Das "underclass"-Konzept hält Herkunft (wie auch in Z 26, S. 76ff. dargestellt) nicht für tragfähig, um die neu aufgebrochene Spaltung der Gesellschaft theoretisch zu fassen. Geht man von den verschiedenen (ökonomischen, sozialpsychologischen, verhaltensbezogenen und räumlichen) Dimensionen dieses in den USA entwickelten Konzepts aus, bei dem im übrigen nicht Armut, sondern soziale Isolation (Ausschluß) im Mittelpunkt steht, so kann für Europa (noch) nicht von der Herausbildung einer solchen "underclass" gesprochen werden. Zudem hat das Konzept auch eine stigmatisierende, ideologische Begriffsaufladung. Heute kann nach Ansicht von Herkommer die neue Armut ohne Bezug auf die Sozialstaatsproblematik (Entstaatlichung/Deregulierung) überhaupt nicht sinnvoll diskutiert werden. Zugleich sind zeitliche Aspekte (temporäre oder dauerhafte soziale Lage?), ethnische Aspekte oder die symbolische Dimension (armutsbezogene Vorurteilsstrukturen und Selbstidentifikationen) zu bedenken.

In der Diskussion wurde betont, daß die Entwicklung der neuen Armut in den einzelnen Ländern ungleich verläuft und vom jeweiligen System sozialstaatlicher Sicherung abhängig ist (Michael Wendl, München). Dabei hängt der neoliberale Abbau von Sozialstaatlichkeit, der nach 1989/90 einen zusätzlichen Schub bekommen hat, auch mit dem Bedeutungsverlust der politischen Präventivfunktion von Sozialstaatlichkeit zusammen (Leisewitz). Richard Detje (Hamburg) warf die Frage auf, ob wir uns heute im Übergang zu einer Gesellschaft mit härterer sozialer Auseinandersetzung befinden oder ob die gegenwärtigen Verteilungskämpfe nur Ausdruck einer zeitweiligen Krisenkonstellation sind. Willi Gerns (Bremen) erinnerte an frühe Arbeiten von Heinz Jung und dessen Kritik an sozialpartnerschaftlicher Ideologie, was auch mit Blick auf die gegenwärtige DGB-Programmdiskussion aktuell sei. Daß die Transnationalisierung einen enormen Substanzverlust an Demokratie bedeutet und damit auch Ausübung von Klassenmacht, unterstrich Frank Deppe.

Kämpfe um Anerkennung und "Veränderung der Klassenlandschaft"

Nach dem normativen Sinn des Kampfs der Arbeiterklasse fragte Henning Böke. Im angehenden 19. Jahrhundert schien dieser Sinngehalt völlig eindeutig zu sein: es ging um elementare materielle Interessen, aber ebenso um die Emanzipation der Arbeit als allgemeinmenschliche Emanzipation. Herrschaft ist aber nicht allein in Klassenverhältnissen verankert und die Aufhebung von Herrschaft nicht ausschließlich durch Befreiung von abhängiger Arbeit zu bewirken. Ein Gesichtspunkt, unter dem sich verschiedene soziale Konflikte und Kämpfe in der Gesellschaft fassen lassen, ist der "Kampf um Anerkennung" (vgl. dazu Böke in Z 26, S. 101 ff.). So geht es im Kampf von unterprivilegierten sozialen Gruppen (z.B. der Afroamerikaner in den USA) auch um Respekt, um soziale Anerkennung, die ebenso wie die materielle Lage ein wichtiger Aspekt eines gelungenen Lebens ist. Verteilungskämpfe sind auch Kämpfe um Anerkennung, materielle und moralische (Anerkennungs-) Aspekte sind miteinander verquickt. Dies zeigt sich auch gegenwärtig im Zusammenhang mit der Aufkündigung des sozialstaatlichen Konsenses und der damit verbundenen sozialen Demütigung, etwa bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Böke bezieht sich auf Balibar, der von einem "Klassenkampf ohne Klassen" spricht und damit meint, daß Klassen als homogene Akteure bei zunehmenden sozialen Ausdifferenzierungsprozessen nicht mehr erkennbar seien.

Gleichfalls auf den subjektiven Aspekt von sozialen Bewegungen und Klassenformierung bezogen war die Fragestellung von Uwe Kremer (Dortmund): Welche Bedeutung kommt den Klassen in einem gesellschaftlichen Umbauprojekt zu? Kremer bezog sich auf Jung und die IMSF-Analysen der 80er Jahre, die mit den Koordinaten Klassenantagonismus und gesellschaftlicher Gesamtarbeiter für die Kartographie der "Klassenlandschaft" anregend waren, auch für seine Überlegungen zur Rolle von Klassen im Umbauprojekt (vgl. Z 26, S. 60 ff.). Eben hier zeigt sich auch der Bezug von Klassentheorie nicht nur zur Sozialstrukturanalyse, sondern zur Politik, also die geschichtstheoretische Dimension, die heute weitgehend ad acta gelegt wird. Bei den an Bourdieu angelehnten Milieukonzepten gehe die Frage nach Klassenbezügen ebenfalls weitgehend verloren. Der Reformblock vom Ende der sechziger/Angang der siebziger Jahre ist aber, so Kremer, ohne seine klassenmäßige Dimension (Gruppierung um Lohnabhängigeninteressen, soziale Verankerung in Arbeiterschaft, Attraktivität für Teile der Angestellten, Bezug zu Gewerkschaften etc.) nicht zu verstehen. Heute müsse aus der Defensive heraus nach der Rolle der verschiedenen Klassenfraktionen in einem Umbauprojekt gefragt werden, nach der Möglichkeit, die produktiven Kompetenzen der Lohnabhängigen für ein solches Konzept zu gewinnen. Bisher habe sich das Reformbündnis um das "Wohlfahrtsstaatprojekt" gruppiert; für die Zukunft müsse über das Projekt eines solidarischen Umbaus nachgedacht werden. Ohne solche Zukunftsvi-

sionen, nur aus der Defensive heraus, seien keine wirklich tragfähigen sozialen Bewegungen zu entwickeln.

Hans Peter Krebs (Frankfurt/M.) machte darauf aufmerksam, daß im Kampf um Anerkennung auch Herrschafts- und Unterordnungsverhältnisse - Wer hat Anerkennungsmacht? Wer kann zur Anerkennung gezwungen werden? - eine Rolle spielen. Mit der tiefgehenden Veränderungen von Klassenverhältnissen geht auch ständig in Bewegungen gewonnenes Bewußtsein von Klassenverhältnissen wieder verloren, die Klassen- und Herrschaftsverhältnisse bleiben anonym (Karl Bühn, Hans Wunderlich, Ehningen). Jedoch ist eine Mythologisierung von Klassenbewußtsein nicht am Platz. Wenn verschiedentlich erklärt wird, heute gäbe es keine "Einheit der Arbeiterklasse" mehr (so z.B. Martin Gronauer), so macht auch dies keinen Sinn, weil es hier nicht um eine sozialstrukturelle Kategorie geht (die Arbeiterklasse war sozialstrukturell immer stark in sich differenziert und gespalten), sondern um eine Bewegungskategorie, also die zeitweilige, punktuelle Herstellung einer solchen Einheit in sozialen und politischen Bewegungen (Leisewitz). Lebhaft diskutiert wurde über die DGB-Demonstrationen und deren Beitrag zur aktuellen Politisierung, ohne den die aktuellen Bewegungen um die Lohnfortzahlung kaum denkbar wären.

Klassenverhältnisse und soziale Bewegungen - Frankreich und Deutschland

Frankreich hat mit den eruptiven Herbststreiks 1995 die heftigsten Klassenauseinandersetzungen seit Ende der sechziger Jahre erlebt. Entscheidender Auslöser der unerwarteten Streikbewegung war, so Johannes M. Becker (Marburg), "die Arroganz der Macht". Die Streiktätigkeit in Frankreich ist, an jährlichen Streiktagen gemessen, am Ende der 80er Jahre auf annähernd zehn Prozent des Höchststandes Mitte der 70er Jahre zurückgegangen; bei dieser Abwärtsentwicklung aber bleibt sie etwa zehnmal so hoch wie die Arbeitskampfhäufigkeit in der Bundesrepublik.

Die soziale Entwicklung des Landes ist durch eine ausgeprägte Stärkung des Dienstleistungssektors und die Schwächung des produktiven Sektors mit nachhaltigen Strukturproblemen geprägt. Die Sozialpolitik der Konservativen (Chirac) unterscheidet sich nicht wesentlich von der deutschen. Kennzeichen der gegenwärtigen Entwicklung ist das Anwachsen einer neuen Proletarität und einer transnationalen Bourgeoisie. Die Lage der französischen Gewerkschaftsbewegung wird an der Entwicklung der CGT als führender kommunistischer Gewerkschaft Westeuropas deutlich: deren Mitgliedschaft ist auf ein Fünftel der Stärke von 1947 geschrumpft. Eine organisierte Gewerkschaftspolitik gibt es im wesentlichen nur noch in Groß- und Staatsbetrieben.

Die politische Linke hat, so Becker, erst sehr spät zu einer gegenüber dem Realsozialismus selbständigen Politik gefunden. Eine nachhaltige Schwächung erfuhr sie durch ihre Haltung in der Rüstungspolitik. Darüber hinaus ist eine strukturelle Schwäche der neuen sozialen Bewegungen zu konstatieren: Grüne haben bis heute Schwierigkeiten, sich im Parteiensystem zu verankern, die Initiative "SOS-racisme" gegen ausländerfeindliche Akte, deren Zahl in Frankreich zehnmal so hoch ist wie in der BRD, bleibt punktuell und marginal.

Zu den diskutierten Fragen gehörte das Verhältnis der französischen Linken zu den Immigrationsproblemen und zum Rassismus (Henning Böke, Peter Gingold, Frankfurt/M.). Eberhard Dähne (Frankfurt/M.) verwies auf die Brisanz von Immigrationsproblemen in der Bundesrepublik, speziell vor dem Hintergrund der Ausbildungsmisere bei Jugendlichen. Betont wurde das spontane, eruptive Moment in den Dezemberstreiks und die Tatsache, daß die traditionelle französische Gewerkschaftsbewegung davon eher überrascht und überrollt wurde.

Klassenbildung und sozialökonomische "Transformation" in Ostdeutschland verlaufen unter den Bedingungen einer Dependenzökonomie, die von der Vorherrschaft des westdeutschen Finanzkapitals geprägt ist. Auf diesen Nenner brachte Gretchen Binus (Berlin) die Veränderung der sozialen Verhältnisse in der Ex-DDR.

Der Transformationsprozeß besteht in der Übernahme tradierter finanzkapitalistischer Strukturen Westdeutschlands bei Änderung, z.T. Rückübertragung der Eigentumstitel und dem umfangreichsten Enteignungsprozeß in der deutschen Geschichte. Verwiesen wurde auf die Rolle der Treuhänder, die Staat/Monopol-Beziehungen, die Vorreiterrolle des Banksektors. Als am schwierigsten habe sich die Inbesitznahme des industriellen Sektors erwiesen. Dank der radikalen Deindustrialisierung ist mit einer langfristigen Transferabhängigkeit Ostdeutschlands zu rechnen.⁴

Die Entindustrialisierung (Reduzierung der industriellen Arbeitsplätze um 2,5 Millionen auf derzeit noch eine Million) und die völlige Umstrukturierung der betrieblichen Ebene (Zerschlagung der alten Betriebsstrukturen, Konzentration auf Kernbereiche und "neue Leistungspotentiale") führen zu einer weitgehenden Neustrukturierung der Arbeiterklasse. Ein spezielles Phänomen ist die Neubildung selbständiger Mittelschichten, die in ausgesprochen prekären und abhängigen Verhältnissen existieren. Die ostdeutsche Landwirtschaft ist gleichfalls einem radikalen, wenn auch etwas anders verlaufenden Umbruch unterworfen. Ein Drittel der LPGs sind aufgelöst. Jedoch spielt hier auch weiterhin der Kooperations- und Genossenschaftsgedanke eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die derzeitigen Be-

⁴ Vgl. hierzu Gretchen Binus, Entstehung neuer Kapitalstrukturen in Ostdeutschland, in: G. Binus u.a., Internationalisierung - Finanzkapital - Maastricht II. Aktuelle Entwicklungstendenzen und Alternativen. IMSF Forschung und Diskussion 12, Frankfurt/M. 1996, S. 54ff.

triebsgrößen dürften im EG-Rahmen konkurrenzfähig sein. Die neuen, aus den Genossenschaften ausgeschiedenen landwirtschaftlichen Betriebe umfassen nur etwa 10 % der Nutzfläche.

Konfliktfelder in Ostdeutschland sieht Binus insbesondere in der zunehmenden Polarisierung von Armut und Reichtum, in der hohen Massenarbeitslosigkeit und dem weitergehenden Verdrängungskampf im Agrarsektor, speziell aber auch in der Ost-West-Demütigung; hier wäre also auch von einem Aspekt des "Kampfs um Anerkennung" und entsprechender Identitätsbildung und -findung zu sprechen.

In der Diskussion wurde konstatiert, daß die offizielle Lesart von einer "erfolgreichen Transformation" in Ostdeutschland unhaltbar und eine Basisstabilisierung Ostdeutschlands im "Aufholprozeß" kaum zu erwarten sei. Die damit langfristig notwendigen Transferströme könnten sich damit zu einem erstrangigen Konfliktstoff entwickeln (R. Detjc). Im übrigen gab es, so Gretchen Binus, keinerlei "Transformationsstrategie", sondern einen ausgeprägten Kampf um die Macht, bei dem die möglichst rasche Privatisierung des Volkseigentums in Ostdeutschland der einzige relevante Bezugspunkt war.

Im letzten Vortrag von *Michael Wendt* (Vors. ötv Bayern) ging es um die aktuelle Tarif- und Sozialpolitik. Wendt konstatierte die Gefahr einer langfristigen Schwächung und Aushöhlung gewerkschaftlicher Positionen. Die Politik der Arbeitszeitverkürzung ist faktisch zum Stillstand gekommen. Die Entwicklung der letzten Monate muß als widersprüchlich und zwiespältig beurteilt werden: Während das "Bündnis für Arbeit" mit seinen sozialen und ideologischen Konzessionen zu einer Schwächung geführt hat, kann aktuell im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - ein Konflikt mit hoher symbolischer Bedeutung - eher eine Re-Politisierung beobachtet werden. Wendts Beitrag ist in diesem Heft von Z nachzulesen.⁵

Die FAZ konstatierte jüngst - völlig zu Recht - eine "neuaufgelebte Kapitalismus-Debatte in Deutschland" (FAZ vom 24.10.1996). Dieser Debatte sind kräftige Impulse zu wünschen, die ihr Gehör und Wirksamkeit in den sozialen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre verschaffen. Das Frankfurter Kolloquium gehörte in diesen Kontext. Beiträge zur Klassentheorie und -diskussion werden auch in den nächsten Heften von Z ihren Platz haben.

André Leisewitz/Jürgen Reusch/Reinhard Schweicher

⁵ Michael Wendt, Ende der Solidarität? In diesem Heft.

Wirtschaftskriminalität - Angriff auf Sozialstaat und Demokratie

Übertreibt, wer Wirtschaftskriminalität als Angriff auf Sozialstaat und Demokratie interpretiert? Daß allein durch Steuerkriminalität, Konkurs- und Subventionsbetrug, illegale Beschäftigung und Preisüberhöhung durch Korruption jährlich mindestens 200 bis 300 Milliarden Mark dem Fiskus und dem Sozialsystem entzogen werden, erklärt zu einem erheblichen Maß die Geldnot und Überschuldung des Staates. Die Kriminalität der Wirtschaft erklärt auch - zumal unter den derzeitigen Machtverhältnissen - den Zwang zur Sparsamkeit zu Lasten der Arbeitnehmer und Sozialleistungsempfänger, die gewerkschaftsfeindliche Propaganda, die Neigung der Wirtschaftsparteien zur Demontage des Sozialstaats und der sozialen Demokratie. Die sich in diesem Umverteilungsprozeß verschärfenden Klassenkonflikte werden - wie gehabt - von der politischen Rechten in antisemitische und ausländerfeindliche Rassenkonflikte umgemünzt.

Dies alles sind, stark vereinfacht, die Konsequenzen um sich greifender Wirtschaftskriminalität. Dazu kommt, daß zunehmende Wirtschaftskriminalität das organisierte Verbrechen begünstigt. Denn wenn das legale Kapital zur wirtschaftskriminellen Erwirtschaftung von Extraprofiten den ihm gewährten Freiraum mißbraucht, bedeutet dies, daß die zur "Wäsche" hinterzogener oder im Subventionsgeschäft ertrogener Millionen, ja Milliarden von Wirtschaftsunternehmen, vor allem Banken, geschaffene Infrastruktur, ungehindert auch vom organisierten Verbrechen genutzt werden kann. Denn das organisierte Verbrechen unterscheidet sich von der Wirtschaftskriminalität kaum. Es spezialisiert sich lediglich auf total kriminalisierte, überregulierte und monopolisierte Waren und Dienstleistungen. Über die beiden Bereichen gleichermaßen nützliche Geldwäsche kann das organisierte Verbrechen die legale Wirtschaft infiltrieren, aufkaufen und so allmählich jenen Einfluß auf Staat und Gesellschaft ausüben, der schon für das demokratische System gefährlich genug ist, wenn ihn die überwiegend legale Wirtschaft unkontrolliert ausübt.

Dies ist in groben Umrissen die Sicht der Mehrheit der 160 Teilnehmer des Kongresses, der vom 18. bis 20. Oktober 1996 in Frankfurt am Main über die Bedrohung der sozialstaatlichen Demokratie durch Wirtschaftskriminalität stattfand. Der Kongreß war, worauf der schon vor Jahren ausgestiegene Kriminaldirektor des BKA *Dieter Schenk* als Repräsentant von *Business Crime Control* in seinem Grußwort aufmerksam machte, ein historisches Ereignis. Denn es war der erste Kongreß seiner Art in der Geschichte Deutschlands.

Zur Wirtschaftskriminalität wurden bisher nur Fachtagungen mit handverlesenen Wissenschaftlern und Politikern durchgeführt, meist anläßlich größerer Gesetzgebungsvorhaben.

Der besondere Akzent dieses Kongresses lag auf der Frage nach den Gefahren für die sozialstaatliche Demokratie. Aber nicht nur mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland. Auch die Rolle der Wirtschaftsverbrechen multinationaler Unternehmen in Dritte-Welt-Ländern, also Beihilfe zur Etablierung von Diktaturen, die zu Erhöhung der Attraktivität von Standorten, die man wegen der Rohstofflager nicht einfach verlegen kann, die Unterdrückung von Gewerkschaften und Umweltschützern besorgen und ohne die Auswanderung dieser Unternehmen oder deren Kritik befürchten zu müssen, Menschenrechte mit Füßen treten können.

Die Referenten des Kongresses (unter anderen Eckart Spoo, Rainer Roth, Rolf Uessler, Herbert Schui, Jürgen Roth, Jutta Dittfurth, Jörg Heimbrecht, Friedrich Heckmann, Wolfgang Schauensteiner, Rolf Gössner, Reinhard Kühnl, Werner Rügemer, Erich Diefenbacher, Rolf Knecht, Anton Andreas Guha, Manfred Such, Johannes Ludwig, Gisbert Schlemmer, Dieter Hummel) waren sich in der Einschätzung der Gefährlichkeit der Wirtschaftsverbrechen einig. Offensichtlich auch die rund 160 Gäste, die - wie die Referenten und Podiumsteilnehmer - aus den verschiedensten Berufen und Arbeitsbereichen kamen. Selbstverständlich nahmen Kriminalisten, Staatsanwälte und Rechtsanwälte teil, aber noch mehr Wissenschaftler, Journalisten, Publizisten sowie Mitglieder und Repräsentanten von Gewerkschaften. Veranstalter waren Business Crime Control (Hans See), die Bürgerinitiative für Sozialismus (Eckart Spoo), der Fachbereich Sozialarbeit der Fachhochschule Frankfurt/M. zusammen mit dem DGB-Landesbezirk Hessen, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, dem Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen. 160 Teilnehmer aus den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens hörten sich rund 25 Vorträge an und diskutierten im Plenum wie in Arbeitsgruppen selbst engagiert über Ursachen, Strukturen, Gefahren, Folgen, Kosten und Folgekosten von Wirtschaftsverbrechen.

Business Crime Control brachte einen inzwischen in Fachkreisen ernsthaft diskutierten politisch-ökonomischen Theorieansatz ein, der geeignet erscheint, längerfristig aus dem weithin beklagten Definitionswirrwarr herauszuführen. Entscheidendes Kriterium zur Bestimmung dessen, was Wirtschaftskriminalität sei, ist für BCC der Kapitalbegriff. Das ist keineswegs so selbstverständlich, wie es der Begriff der Wirtschaftskriminalität schon deshalb nahelegt, weil es kaum noch eine Wirtschaft gibt, die nicht der Kapitalverwertung dient. So waren denn auch die Arbeitsgruppen des Kongresses, gemäß dem Theorieansatz, nicht nur aus den üblichen ethischen und juristischen Fragestellungen hervorgegangen, sondern auch aus der wirtschaftskriminologisch-empirischen Tatsache der zunehmenden illegalen Kapitalbeschaffung, Kapitalverwertung und Kapitalsicherung.

Daß es keine wirtschaftskriminologische Forschungstradition gibt, also auch keine anerkannten Definitionen, Begriffe, Theorieansätze, bat sich an

vielen Einzelbeiträgen gezeigt, die an sich großartige Analysen boten, aber sich mit anderen Analyseansätzen nicht widerspruchsfrei verknüpfen ließen. Es wurden zahlreiche wichtige ungeklärte gesellschaftstheoretische und politisch-ökonomische Fragen aufgeworfen, die eindeutig zeigten, daß der Faktor Wirtschaftskriminalität an nahezu allen Problemen der Neuzeit ursächlich und maßgeblich beteiligt ist, aber von den Bearbeitern dieser Probleme kaum oder gar nicht beachtet bzw. thematisiert, geschweige denn systematisch erforscht wird. Ich nenne nur die Dritte-Welt-Bewegungen, die sich mit Unterentwicklung und Massenverelendung befassen, die Umweltorganisationen, die gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen kämpfen, aber auch die Menschenrechtsorganisationen, die die Menschenrechtsverletzungen weltweit anprangern. Sie alle haben es mit Problemen zu tun, die zum großen Teil bedingt sind, wenn nicht ihren letzten Grund darin haben, daß sich Wirtschaftsunternehmen, Kapitaleigner und Manager, vor allem Banken, nicht an jenen Teil des geltenden Rechts halten, der dem Kapitalinteresse von sozialen und ökologischen Bewegungen in langen und verlustreichen Kämpfen abgerungen wurde.

Daß es (noch) keine entwickelte zeit- und problemadäquate Wirtschaftskriminologie gibt, weder eine marxistische noch eine bürgerliche, hat dazu beigetragen, daß das Bewußtsein über die Rolle der Wirtschaftsverbrechen in Geschichte und Gegenwart so beängstigend unterentwickelt ist. Das Fehlen sowohl einer bürgerlichen als auch einer kritischen Wirtschaftskriminologie hat historische Gründe, deutlicher gesagt gesellschaftspolitisch-ideologische. Die mit dem Aufstieg und Siegeszug des Kapitalismus entstandene marxistische Kapitalismuskritik und revolutionäre Arbeiterbewegung war - weniger auf der Grundlage der Theorie von Marx und Engels als auf der des extrem sozialschädlichen Verhaltens des Kapitals - zu der dogmatischen Überzeugung gelangt, nicht der Einzelkapitalist, sondern der Kapitalismus als System sei kriminell. Dies bedeutete, daß die Beschäftigung mit Wirtschaftskriminalität des Revisionismus und Reformismus verdächtig war und unterblieb. Die Kapitalseite stellte dagegen ihrerseits jede Form der Kapitalismuskritik unter Kommunismusverdacht, also auch die Wissenschaftler, die sich ernsthaft mit Wirtschaftskriminalität befaßten.

Es ist aber falsch, wenn behauptet wird, der Kapitalismus sei kriminell. Richtig ist, wenn man dem System nachsagt, es sei hochgradig kriminogen, daher vielleicht sogar illegitim. Wenn wahr sein soll, daß bürgerlicher Staat und Gesetzgeber seit den bürgerlichen Revolutionen die unternehmerische Betätigungsfreiheit, Eigentums-, Vertrags- und Testierfreiheit garantierten - per Verfassung, durch das Bürgerliche Gesetzbuch und durch zahlreiche Einzelgesetze und Verordnungen, letztlich durch Militär und Polizei -, dann ist es falsch, dieses System als kriminell zu bezeichnen.

Kriminalisiert wurde allerdings der organisierte Widerstand der Arbeiter gegen die Ausbeutungsmethoden des Systems und die Absicht, es abzuschaffen. Während des Ost-West-Konflikts gelang es sogar, die Arbeiterklasse nahezu restlos in das System zu integrieren. Erst mit dem Ende des real existierenden sozialistischen Staatensystems haben sich die Rahmenbedingungen wieder so verändert, daß die Sozialpartnerschafts-Ideologie von Unternehmerseite für nicht mehr sinnvoll erachtet und zugunsten neuer Strategien aufgegeben wird. Seitdem hat die wissenschaftliche Beschäftigung mit Wirtschaftskriminalität eine Chance bekommen, sich neben den zahlreichen etablierten Bereicherungswissenschaften als sozialkritische und kapitalkritische Wirtschaftskriminologie ins Spiel zu bringen..

Um dies zu signalisieren, hat Business Crime Control zusammen mit Freunden, potentiellen Bündnispartnern und kompetenten Fachleuten, die den geistigen und politischen Kampf gegen Wirtschaftsverbrechen zur Verteidigung des Sozialstaats und der Demokratie, der Menschenrechte und der natürlichen Lebensgrundlage der Menschen führen, diesen ersten Kongreß über Wirtschaftskriminalität durchgeführt.

Daß die Medien von diesem Ereignis kaum Kenntnis genommen haben, beweist, daß noch immer hohe ideologische Hindernisse zu überwinden sind, um das Ziel breitenwirksamer Aufklärung über Wirtschaftsverbrechen und die Verbrechen der Mächtigen überhaupt zu erreichen. Es hat sich gezeigt, daß in der Wirtschaftskriminalität alle wesentlichen globalen und lokalen gesellschaftspolitischen Konfliktlinien und Widersprüche ihren verborgenen Ursprung haben, daß in diesem Problem viele wichtige, ja zentrale, gewerkschaftliche, allgemein sozialpolitische, ökologische, demokratie- und menschenrechtspolitische Aufgaben verborgen liegen und die vielen kapitalkritischen Strömungen - bei allen Unterschieden und Gegensätzen - hier ihr sachliches und auch bündnispolitisches gemeinsames Interesse erkennen könnten, wenn sie sich damit beschäftigten.

Dies kam besonders deutlich zum Ausdruck in der diesjährigen Verleihung des BCC-Preises an den nigerianischen Studenten der Politologie *Peter Donatus*, der sich mit journalistischen Arbeiten und der Organisation von Widerstand große Verdienste um die Aufklärung über der Rolle von Shell in seinem Land erworben hat. Hier fließen Umwelt-, Menschenrechts-, Gewerkschafts- und Dritte-Welt-Fragen in der einen Frage zusammen, ob es sich beim Verhalten des Shell-Konzerns in Nigeria und in den Shell-Zentralen um legale oder illegale, legitime oder illegitime Praktiken der Kapitalverwertung und der Kapitalsicherung handelt. Dies wird die Gretchenfrage sein, die jedem zu stellen ist, der Wirtschaftskriminalität für eine Randerscheinung hält.

Das Buch zum Kongreß wird demnächst, herausgegeben von Hans See und Eckart Spoo, im Distel-Verlag, Heilbronn erscheinen.

Hans See

Neues Deutschland

Haben Sie Lust auf...

Wir sind politisch links und pluralistisch. Bei uns finden Sie unabhängige Berichterstattung über Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, auf 16 Seiten täglich.

Widersprüche
statt Werbesprüche?

Ein umfangreicher Meinungsteil reflektiert politische Debatte und Streitkultur. Ratgeberseiten helfen, die praktischen Seiten des Lebens zu bewältigen.

Argumente
statt Arroganz?

Opposition
statt Ohnmacht?

Wollen Sie eine andere, neue Sicht auf alte Probleme kennenlernen? Informationen über das, was andere gern verschweigen?

Dann testen Sie uns.

Neues Deutschland Die Linke unter den Großen

○ Probe-Abonnement

Bitte liefern Sie mir 4 Wochen lang für 15,00 DM die Tageszeitung Neues Deutschland zum Kennenlernen. Die Summe lege ich in bar, als Scheck oder in Briefmarken bei.

Name, Vorname

PLZ, Wohnort

Straße, Hausnummer

Datum, Unterschrift

Kündige ich das Probeabonnement nicht vor Ablauf der 3. Testwoche, möchte ich Neues Deutschland zum gültigen Aboprels mit vierteljährlicher Zahlungsweise (84,00 DM; alte BL zzgl. 24,00 DM Versandkosten) weiterbezahlen.

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung schriftlich widerrufen. Maßgebend ist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Poststempel) an Neues Deutschland, Abo-Service, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin.

Datum, Unterschrift

Bitte den Coupon einsenden an:

Neues Deutschland, Abt. Marketing, Alt Stralau 1 - 2, 10245 Berlin

Licht und Schatten

Christoph Spehr: Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise, Wien, Promedia-Verlag, 238 S., 34,- DM.

Seit der Veröffentlichung des sogenannten Brundtland-Berichts (1987) hat der Begriff des "sustainable development" (meistens mit "nachhaltiger Entwicklung" übersetzt) hekanntlich eine steile Karriere hinter sich gebracht, was sich u.a. darin ausdrückte, daß mit Beginn der 90er Jahre (insbesondere im Kontext des sogenannten Rio-Gipfels von 1992) dieser Begriff in kaum einer programmatischen politischen Erklärung, wissenschaftlichen Abhandlung, Sonntagsrede oder auf einem Flugblatt fehlen durfte und von "links" bis "rechts" sehr unterschiedliche politische Kräfte sich seiner bemächtigten.

Vor allem mit der Veröffentlichung der vom Wuppertaler Institut für Klima, Energie und Umwelt angefertigten Studie ("Zukunftsfähiges Deutschland" im Herbst 1995) entbrannte innerhalb der Linken eine heftige Debatte darüber, ob dieser Studie ein analytischer Wert zukomme, und inwieweit sie für eine reformerische, ja sogar emanzipatorische Politik genutzt werden könne - oder ob es sich hier nur um die Konzeption für eine heonders fortgeschrittene und raffinierte Variante der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus handele. In dieser Debatte hat insbesondere der "Bundeskongreß entwicklungs-politischer Gruppen" (BUKO) eine prononciert kritische und ablehnende Position eingenommen, und das vorliegende Buch des Bremer

Historikers und Forstwissenschaftlers, der als Redakteur bei der BUKO-Zeitschrift FORUM tätig ist, kann als Präzisierung und Erweiterung dieser kritischen Position begriffen werden.

Die vier zentralen Thesen Spehrs, denen je ein Kapitel gewidmet ist, lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Die vorliegenden Nachhaltigkeitsstudien sind nicht in der Lage, die ökologischen und sozialen Zukunftsprobleme ernsthaft und erfolgreich anzugehen, da sie die zerstörerische Dynamik des Kapitalismus nicht analysieren und angreifen, stattdessen einen reformierten Öko-Kapitalismus propagieren, der u.a. von den "nationalchauvinistischen Interessen der Industrieländer" hestimmt ist. 2. Die gegenwärtige Krise ist keine ökologische, sondern eine soziale: eine Krise der Herrschaftsmittel und des Herrschaftssystems, da der Aufwand, das bestehende System aufrechtzuerhalten, so angewachsen sei, daß die bislang eingesetzten Herrschaftsmittel und Ressourcen, die mit dem steigenden Naturverbrauch zusammenhängen, kaum noch ausreichend sind (11). 3. Die gegenwärtige Krise ist grundsätzlicher Natur, keine hloße Übergangs- oder Anpassungskrise, die sozialen Bewegungen müssen entsprechend ihre Theorien weiterentwickeln und verändern. Die Betonung der Ökologie oder ökologischer Probleme allein kann sich als "Ökofalle" dann erweisen, wenn "die ökologischen Verhältnissen von den Herrschaftsverhältnissen abgespalten werden" (12). 4. Die vom Verfasser vorgebrachten radikalen

Transformationsvorschläge, die er unter dem Begriff der "Abwicklung des Nordens" zusammenfaßt, enthalten die Forderung nach Abwehr jeglicher militärischer Intervention in Länder des "Südens", nach Bekämpfung der Vorrechte des hochproduktiven Sektors, der der globalen Ökonomie angehört, nach Abschneidung der Vorrechte des formellen gegenüber dem informellen Sektor sowie neben Maßnahmen zur direkten Überlebenssicherung die Idee des Aufbaus autonomer, regionaler Freiräume gegen die nationalstaatlichen, scheinbar rationalen und alternativlosen Gebote, Zwänge etc.

Jedes einzelne Kapitel enthält differenzierende Begründungen, feingesponnene Argumentationslinien, die Skizzierung unterschiedlicher Positionen zu bestimmten, mit Ökologie-Politik zusammenhängenden Problemen sowie Reflexionen über die historischen Etappen des Natur-Managements in der bürgerlichen Gesellschaft. Vor allem aber enthält die Studie auch ein Kapitel über die faschistische Ökologiepolitik und deren Affinitäten zu dem "lean management" in der gegenwärtigen Nachhaltigkeitsdiskussion (82ff., 140ff.). Bemerkenswerte Reflexionen zum Herrschaftsbegriff (131ff.) und eine sehr interessante, überraschend harsche Kritik an dem bis dahin mit viel Sympathie vorgestellten "Bielefelder Subsistenzansatz" (191ff.) gehören meines Erachtens zu den besten Passagen des Buches.

Insoweit, wie auch bezüglich der Hauptthese des Verfassers - in dieser Allgemeinheit -, kann die Studie

als sehr gelungen, instruktiv und für die aktuelle Diskussion mit ihrem inflationären Gebrauch des Nachhaltigkeitsdiskurses als heilsam korrigierend qualifiziert werden. Dennoch bleiben viele Fragezeichen. Zum einen, ob man das Konzept der Nachhaltigkeit, da durch öko-kapitalistische Einverleibungen diskreditiert, so gänzlich fahren lassen sollte und es der Rumpelkammer prokapitalistischer Ideologien überstellen sollte; wäre es nicht sachlich und noch mehr politisch-pädagogisch sinnvoller, am Gedanken der Nachhaltigkeit festzuhalten und jeweils die durch Kapitalismus und Industrialismus bezeichneten Grenzen seiner Durchsetzung aufzuweisen? Zweitens: So zutreffend und notwendig es ist, Krisenprozesse auf das kapitalistische Herrschaftssystem zurückzuführen, so wenig ist mit diesem Hinweis die ökologische Problematik schon per se erledigt bzw. so wenig sind damit schon klare Lösungswege sichtbar gemacht. Die stoffliche Seite der fortgeschrittenen industriellen Produktion und die damit zusammenhängenden Probleme werden meines Erachtens maßlos unterbelichtet; mit dem schlichten Hinweis darauf, daß dieser Problembereich in der herrschenden Diskussion un Effizienz- oder Suffizienzrevolution zentral behandelt wird oder, daß ein selbstgenügsames asketisches Verhalten beim heutigen Konsum im Prinzip nicht notwendig sei, ist die Schwere des Problems nicht erfaßt. Die fröhliche, letztlich harmonistische Versicherung, daß (nach der definitiven Lösung des Grundantagonismus) keine Abstri-

che an der persönlichen Freiheit, am Konsum, an der Mobilität etc. notwendig seien, wenn nur die nötige antikapitalistische, antirassistische und antipatriarchalische sowie antimetropolitane Strategie konsequent eingeschlagen werde, kommt gelegentlich in die Nähe der Simplifizierung. Das ist überhaupt an einigen Stellen des Buches die große Gefahr: Die Verwendung von flott-saloppen, teilweise apodiktisch-arroganten Redensarten hinsichtlich sehr komplexer und kontroverser Themen scheint den um lockere "Szenensprache", die Benutzung einer reichhaltigen Metaphorik aus der Tierwelt bemühten Autor, der damit sich offenbar ein besseres Verständnis bei seiner Leserschaft erhofft hat, ständig in eine "Formulierungsfalle" gelockt zu haben, deren Resultate teils Heiterkeit hervorrufen, teils Ärger heraufbeschwören. Einige Kostproben: "Die Debatte um Nachhaltigkeit kommt offensichtlich der männlichen Neigung zu Abstraktion, Globalität und Größenwahn stark entgegen." (53). "Wenn die Peripherien wegbrechen, verschwinden nicht einfach zusätzliche Transferleistungen, sondern das blanke Überleben der Metropolen und der privilegierten Gruppen ist bedroht." (80). "Und 1968 ist unübersehbar, daß die beiden siegreichen Varianten des Fordismus (d.h. des "Amerikanismus" und des "Realsozialismus", D.B.) nicht mehr das leisten, was sie leisten sollten: die Herrschaft von Nordländern über Südländer, von Männern über Frauen, von Weißen über Nicht-Weiße, von Reichen über Arme in

einer zeitgemäßen Form abzuschleifen und auszuhauen." (122). "Diese beiden Wege, die die emanzipatorische Theorie seit den 70er Jahren beschritten hat, sind nach Geschlecht getrennte Wege. Die Regulation ist der Weg der Männer, die Subsistenz der Weg der Frauen gewesen." (182). "Eine ökonomische Werttheorie ist sinnlos, weil alles immer einen politischen Preis hat, ob Arbeitskraft oder Rohstoffe, Ehen oder saubere Luft." (186) etc. etc..

Es überrascht nicht sehr, daß der Autor, der fast alle Elemente des "klassischen Marxismus" in das Reich der Religion verweist (183) und sich von den abstrakten Begriffen der "meisten ökonomischen Theorien" wie z.B. "Kapital", "Weltmarkt" usw. scharf abgrenzt (121), dann aber selbst eine Kapitalismusdefinition anbietet, die auf alle Klassengesellschaften und besonders gut auf die feudale Ordnung zutreffen scheint: "Kapitalismus, definiert als Verfügungsmachung von Arbeit, Spaltung in kommandierende und kommandierte Arbeit, Waffenfunktion der Ökonomie und regional abgestufte Zwangsproduktion" (122); daß er zum x-ten Mal ein falsches Verständnis des Begriffs "terms of trade" präsentiert (ganz zu schweigen von der Kenntnisnahme auch nur der kritischen Arbeiten auf diesem Gebiet, z.B. des Artikels von R. Kappel: Terms of trade in der entwicklungspolitischen Diskussion, Peripherie, Nr. 53/1994) usw. Auch das muntere Zitieren ohne Anmerkungen erhöht nicht unbedingt die Seriosität eines Diskussionspart-

ners in der Auseinandersetzung mit der "anderen Seite".

Dennoch enthält die provokante und überwiegend reflexionsreiche Schrift von Christoph Spehr so viele interessante Passagen, daß der Leser (und natürlich auch die Leserin) mit Gewinn über diese und andere Klippen hinwegspringen kann und sich der Stimmigkeit des Spruchs versichern wird: wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten.

Dieter Boris

Globalisierung und "Nachhaltigkeitsdebatte"

Widerspruch, Beiträge zur sozialistischen Politik, Zürich, 16. Jahrgang, Heft 31, Juli 1996, 20,- DM.

Das vorliegende Heft der marxistisch orientierten schweizer Zeitschrift "Widerspruch" ist dem Themenkomplex "Globalisierung - Arbeit und Ökonomie" gewidmet. Dabei spielen die Fragestellungen der "Nachhaltigkeitsdebatte" (Externalisierung/Internalisierung von ökologischen Kosten; "Globalisierung" der ökologischen Belastung; Ökosteuern etc.) eine wesentliche Rolle.

M. Massarat baut unter Rückgriff auf K. W. Kapp den Begriff der Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten zum Kernstück einer Theorie aus, die die Entstehung nicht-nachhaltiger Strukturen in der Weltwirtschaft erklären soll. Dabei dient ihm die frühkapitalistische Externalisierung sozialer Kosten (vom Betrieb in die Familie und von der Stadt aufs Land) und die daraus folgende Ausbildung ei-

nes "machtpolitisch-rechtlichen Dualsystems" mit unterschiedlichen Wertesystemen (hier Nutzenmaximierung, dort überwiegend traditionelle Werte) das Modell, um auch die Entstehung eines globalen dualen Systems zu erklären, in dem die Externalisierung ökologischer Kosten eine zusätzliche Bedingung für Wohlstandssteigerung darstellt. Das Machtgefälle zwischen den beiden Hälften des globalen Dualsystems ist wesentlich für die Aufrechterhaltung der Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten und diese wiederum steht in diametralem Gegensatz zu Nachhaltigkeit. Wege zu einer nachhaltigen Weltökonomie ließen sich nur öffnen, wenn das Machtgefälle, etwa durch verbindliche Anerkennung sozialer und ökologischer Mindeststandards durch alle Akteure in der Weltwirtschaft, abgebaut werde. Mit der Aktualität K.W. Kapps setzt sich auch ein Beitrag von R. Steppacher auseinander, während H. Gabathuler den "Durchmarsch" der neoliberalen Ökonomie an der Baseler Universität beschreibt.

Die "Janusköpfigkeit" der gegenwärtigen Globalisierung des kapitalistischen Weltmarktes analysieren E. Altvater und B. Mahnkopf in einem Beitrag, der eine gekürzte Fassung von zwei Kapiteln ihres im August 1996 erschienen Buches "Grenzen der Globalisierung" (Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot) darstellt. Die Herausbildung einer tatsächlich globalen Raum- und Zeitmatrix ist für sie das "eigentlich Neue der Globalisierung am Ende des 20. Jahrhun-

derts". Die kapitalistische Globalisierung aber kann Globalität nicht herstellen, weil sie die soziale Grundlage der Gesellschaft (zumindest in den metropoliten Staaten des Kapitals) umwälzt, neue und vertiefte soziale Spaltungen im nationalen und internationalen Maßstab hervorruft, einen neuen "Gesellschaftsvertrag" aber nicht enthält und ökologisch die Belastungsfähigkeit des Planeten überschreitet. Sie ist auch nicht zu verwechseln mit der Universalisierung des Projekts der Aufklärung. Abgesehen von der Herausbildung des Weltmarktes enthält Globalisierung gerade keine vereinheitlichenden Tendenzen, sie ist nur die "Kehrseite der Auflösung (...), der Fragmentierung, der globalen Anomie, der Verfestigung nationaler Einheiten gegen andere".

Die praktischen Auswirkungen dieser Globalisierung auf das Baugewerbe untersuchen *H. Baumann* u.a. *K. Dräger* beleuchtet Alternativen zum Maastricht-Monetarismus und seiner Austeritätspolitik und findet sie in einem möglichen "alternativen Projekt eines sozial-ökologischen Reformeuropas". Dazu bedürfe es einer grundlegenden Reform der "einseitig monetaristischen Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion" durch u.a. Ergänzung der Konvergenzkriterien, eine expansive Beschäftigungspolitik, Einführung einer Spekulationssteuer auf Finanztransaktionen und die Demokratisierung der Entscheidungsmechanismen.

Thomas Heim arbeitet das "Prinzip der Nicht-Nachhaltigkeit" in der kapitalistischen Weltökonomie heraus und zeichnet anhand der beiden dominierenden Diskurse der vergangenen Jahre - der "Schadstoff-" und der "Nachhaltigkeitsdebatte" - den "erschreckenden Kontrast zwischen einer natürlichen, 'ökologischen' Umwelt und dem Begriff 'Umwelt' wie er in Nachhaltigkeits-'Visionen' der Manager, Politiker und ihrer PR-Berater herumgeistert" nach. Die Schadstoffdebatte leide einerseits an einer quantitativen Schlagseite und berücksichtige Abfallmengen ungenügend, andererseits bestünden aber auch in qualitativer Hinsicht noch viele Kenntnislücken: Erbgutverändernde und hormonähnliche Stoffe würden in die Umwelt eingeleitet, ohne daß deren Umweltwirkungen bekannt seien, Bodenverschmutzung sei ungenügend be-

rücksichtigt und indirekte Wirkungen von Umweltschadstoffen weitgehend aus der Diskussion ausgeblendet. Während in der Diskussion um Schadstoffe unter Mitwirkung der Industrie Emissionsbegrenzungen "mehrheitsfähig" seien, zeige die Nachhaltigkeitsdebatte, daß "die tatsächlichen Abläufe in der Weltwirtschaft (...) regelrecht mit dem Nachhaltigkeitsprinzip kontrastieren und ihm zuwiderlaufen". Da ökologische Nachhaltigkeit unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich sei, sei ein "sozial nachhaltiger Umgang mit der Umwelt" erforderlich, bei dem Überschüsse aus der nicht-nachhaltigen Wirtschaft zur Reparatur ökologischer Schäden, zur Erschließung nachhaltiger Ressourcen, zur Stabilisierung der Sozialsysteme und zum Aufbau partnerschaftlicher Strukturen eingesetzt werden. Dies sei nur im internationalen Maßstab durchführbar. Die Antwort auf die Frage, woher die politischen Kräfte kommen sollen, die einen solchen weltweiten Wandel durchsetzen können, bleibt allerdings auch Heim schuldig.

Mit dem Stand der Diskussion um Ökosteuern setzt sich *M.R. Krätke* auseinander. Er betrachtet sie als "unverzichtbares Instrument jeder Umweltpolitik innerhalb des real existierenden Kapitalismus", nicht jedoch als "Königsweg zum ökologischen Umhau". Sowohl das Bewertungs- (mit welchen Preisen sollen die externen Kosten des Umweltverbrauchs bewertet werden?) als auch das Zurechnungsproblem (welche VerbraucherInnen hat welche Anteile am Gesamtver-

brauch?) ließen sich in der Regel nicht lösen. Vorstellungen, die Preise müßten nur die "ökologische Wahrheit sagen", um den Kapitalismus auf Nachhaltigkeit zu polen, seien unhaltbar. Krätke setzt sich mit Einwänden gegen Ökosteuern auseinander und entkräftet auch das Standardargument, daß diese wegen der Weltmarktkonkurrenz in einem Lande nicht durchführbar seien. *W. Brüggem* wendet sich gegen eine Ökonomisierung der ökologischen Kritik, die Gefahr läuft, "vom kapitalistischen Ökonomismus aufgesogen und verschluckt zu werden". Die "energetistische Verkürzung" der ökologischen Kritik in Form von Ökosteuermodellen folge der Vorstellung von der vollständigen Substituierbarkeit von Ressourcen und sei sozial undurchführbar, weil sie Einkommensschwache übermäßig belastet und in ein korporatistisches Bündnis mit bedrohten Industriesektoren bringe. Marktsteuerung alleine reiche für einen ökologischen Umbau nicht aus, vielmehr seien "die ökonomischen Selbststeuerungsprozesse für ökologische, sozialethische und kulturelle Anliegen (zu) öffnen und der ökonomistischen Entpolitisierung der Politik entgegen(zu) treten". Dies könne insbesondere durch die Institutionalisierung eines neuen "Verbrauchersouveräns" geschehen, zu der Nicht-Regierungsorganisationen, ein zu wählender "Verbraucherrat" u.a. heitragen sollen.

Wider den hürgerliche Sparpopulismus wendet sich *R.H. Strahm*. Er entwickelt Eckpunkte für eine künftige Finanzpolitik der schwei-

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

31

Globalisierung - Arbeit und Ökologie

Weltstand durch globale Kostenabwälzung, Weltkapitalismus, Arbeitslosigkeit, Wohlstandsverlust, "Maastricht"-Monetarismus, Austeritätspolitik - Ende der "Tiefenpolitik"? Ökonomisierung der Umweltpolitik? Nachhaltigkeit, Effizienzrevolution, Ökosteuer, soziale Verteilungspolitik statt Sparpopulismus

M. Müssener, E. Altvater, B. Hahnke, K. Dillig, N. Bovenius, E.-L. Jäger, M. Schwepf, M.R. Krätke, T. Heim, W. Brüggem, R. Steppach, H. Gabelhaus, H.H. Strahm, P. Roschard

Diskussion

M. Madlrich: Arbeit und Einkommen - feministische Bilanz
A. Pöggendorf: Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften
H. Pöggendorf: Zentrale Arbeitsmarkt / Soziale Ökonomie
G. H. Lindermeier: Arbeitslosien orientieren sich neu

Magazinien / Rezensionen / Zeitschriftenrecht

16. Jg./Hft. 31 - Jg. 1996

Fr. 16,-

220 S., Fr. 16,- / DM 20,-

zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich
Probeheft anfordern Tel./Fax 01 / 273 03 02

zer Sozialdemokratie. P. Bosshard setzt sich mit Plänen für eine Neustrukturierung der schweizer Entwicklungszusammenarbeit auseinander, bei der die Förderung privater Investitionen einen größeren Stellenwert erhalten soll.

Die Zeitschrift enthält in dieser Ausgabe außerdem einen umfangreichen Diskussionsteil zum Thema Umverteilung von Arbeit und Einkommen.

Jörg Cezanne

Deutscher Sonderweg

Reinhard Kühnl, *Deutschland seit der Französischen Revolution. Untersuchungen zum deutschen Sonderweg*, Distel Verlag, Heilbronn 1996, 32,- DM.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Frage eines deutschen Sonderwegs, der die Abweichungen von einer 'normalen' westlichen - insbesondere an England und Frankreich orientierten - Geschichte begründen soll, ist in den letzten Jahren weitgehend aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden. Dies mag an der überzeugenden Zurückweisung von Arbeiten liegen, die die Sonderwegsthese zu Beginn der achtziger Jahre bestritten und an den guten Argumenten für die mindestens bis 1945 virulenten Auswirkungen dieses deutschen Sonderwegs. Politisch wird die Sonderwegsthese mittlerweile von interessierter Seite dazu benutzt, eine 'Normalität' Deutschlands vor allem auf militärischem Gebiet anzumahnen, und

damit die verhängnisvolle Geschichte des Landes für neue militärische Stärkebezeugungen nutzbar zu machen. Umso wichtiger erscheint es, Inhalte und Ausformungen des deutschen Sonderwegs herauszuarbeiten, um beispielsweise einer neuen Militarisierung der Außenpolitik auch mit Blick auf die Geschichte entgegenzutreten zu können.

Reinhard Kühnls Buch beschäftigt sich mit der deutschen Entwicklung seit der Französischen Revolution und geht von hier aus der Frage nach, welche Ursachen und welche Ausformungen dieser deutsche Sonderweg beinhaltet. Die drei Teile des Buches befassen sich mit den "Entwicklungslinien des deutschen Sonderweges", der Etappe "Vom Ersten Weltkrieg zum Faschismus" und der aktuellen Entwicklung der Bundesrepublik. Bis auf das einleitende erste Kapitel beruhen alle weiteren auf bereits zwischen 1984 und 1995 publizierten Aufsätzen, die für diese Sammlung nur leicht überarbeitet wurden. Im für den vorliegenden Band neu geschriebenen Kapitel über die Grundzüge des deutschen Weges seit der Französischen Revolution verdeutlicht Kühnl die Grundlagen der besonderen deutschen Entwicklung, die in den folgenden Kapiteln anhand einzelner Beispiele vertieft werden. Von besonderer Bedeutung erscheint die Nationwerdung, deren spezifisch deutsche Tradition eine entscheidende Komponente des Sonderwegs ausmacht. Eindringlich wird die mit der Entstehung des Kapitalismus notwendige Nationalstaats-

bildung dargestellt, wobei es dem Autor vor allem auf die materialistische Basis der Nation, im Unterschied zu ihrer ideologischen Konstruktion ankommt. Die in der Französischen Revolution enthaltene Idee der "Volkssouveränität" sei in Frankreich ebenso in die Vorstellung der Nation eingegangen wie die der bürgerlichen Klasse eigene Konkurrenzlogik, die den abgrenzenden Nationalismus des späten 19. Jahrhunderts hervorgebracht habe. Die Besonderheiten des deutschen Weges zeigten sich in der Aggressivität des deutschen Nationalismus, abzulesen an zwei Weltkriegen, an den ausgeprägt brutalen Methoden des faschistischen Systems und an der besonderen Wirkungspotenz (der Massenwirkung) des deutschen Nationalismus. Historisch erklärt werden diese Besonderheiten anhand dreier Ereignisse, die die Entwicklung Deutschlands von der anderer westlicher Länder abkoppelte: 1. der Niederlage der Bauern 1525 und der daraus folgenden "zweiten Leibeigenschaft", 2. der Entdeckung Amerikas und der Verlegung der zentralen Handelswege, so daß Deutschland an den Rand rückte und 3. den Folgen des 30-jährigen Krieges und der damit einhergehenden Zersplitterung des Landes. Von dieser Grundlage aus werden die Inhalte des Sonderwegs erklärt. Diese werden in einer Gegenbewegung zu Aufklärung und Revolution, der Verschmelzung eines völkischen Nationalbewußtseins mit dem preußischen Militarismus, der in Deutschland reaktionären Funktion der Romantik, der besonderen,

tendenziell rassistischen, Aggressivität der Innen- und Außenpolitik und der das eigene Weltbild bestimmenden Innerlichkeit gesehen.

Anhand der verpaßten Chance der Mainzer Republik von 1793 und der alternativen Möglichkeiten der deutschen Intelligenz, verdeutlicht an der Gegenüberstellung von Goethe/Hegel und Schopenhauer/Nietzsche, werden die Grundlagen des Sonderwegs ausgeführt.

Der zweite Teil des Buchs befaßt sich dann mit der Entwicklung vom Ersten Weltkrieg zum Faschismus. Der bei der Verteilung der Welt zu spät gekommene deutsche Imperialismus und der damit verbundene Versuch der wirtschaftlichen und politischen Eliten, dies gewaltsam zu korrigieren, gelten Kühnl als Grundvoraussetzungen beider Weltkriege und des deutschen Faschismus. In einer Skizzierung der Herrschaftsstrukturen des Faschismus verdeutlicht der Autor, daß innerhalb der Forschung nicht so sehr die Herrschaftsform des Systems als vielmehr die Frage nach seinen Trägern und Nutznießern umstritten ist. Mit einer differenzierten bündnistheoretischen Erklärung werden die verschiedenen Machtzentren gegeneinander abgewogen, wobei es Kühnl besonders auf die Kontinuitäten der wirtschaftspolitischen Ziele beider Weltkriege ankommt. Ergänzt werden die Skizzen zum deutschen Faschismus durch Aufsätze zum Weg der Wissenschaft in den Faschismus und zum antifaschistischen Widerstand und seinen ideologischen Verzerrungen. Gerade an letzterem lassen sich Kontinuitäten

deutscher Befindlichkeiten ablesen, die mit der einseitigen Hervorhebung des 20. Juli den politisch reaktionärsten (Beck/Goerdeler) und eben von oben (den politischen Eliten) kommenden Widerstand verehren und den Arbeiterwiderstand demgegenüber unbeachtet lassen.

Im letzten Teil des Buches steht dann die Bundesrepublik und ihr Umgang mit der spezifisch deutschen Geschichtstradition im Mittelpunkt. Die Darstellung der Faschismusforschung seit 1945 zeigt die vorherrschenden, reale Kausalitäten negierenden Hauptstränge der bundesdeutschen Faschismusdarstellung: bestehend aus einer Kombination von Totalitarismus- und Führertheorie. Laut Kühnl ergab sich erst mit der 'kulturellen Revolution' von 1968 die Möglichkeit, alternative, an marxistischen Modellen orientierte, Interpretationen zu verbreiten. Diese Phase währte jedoch nur kurz und wurde spätestens mit dem Historikerstreit (dem ein eigenes Kapitel gewidmet ist) in eine konservative Hegemonie verwandelt. Sieht Kühnl trotz der konservativen Wende die Ergebnisse von 1968 als gesichert und verbreitet an, so spricht er an anderer Stelle von Regression auch im Niveau der geschichtlichen Erkenntnisse über den Faschismus.

Im Zusammenhang mit der Sonderwegsthese stellt sich für die Bundesrepublik natürlich die Frage, ob dieser Sonderweg mit dem Zusammenbruch 1945 beendet ist. Im Aufsatz über "Kontinuität und Bruch" gibt Kühnl dieser Frage nach. Auch wenn er wichtige Vor-

aussetzungen des historischen Faschismus als nicht mehr gegeben ansieht, ist für den Autor die Sonderentwicklung keineswegs 1945 abgebrochen. Gerade das auch offizielle Verständnis von "Staat" und "Nation" als Abstammungsgemeinschaft verweise nach wie vor auf den deutschen Sonderweg.

Kritisch anzumerken bliebe, daß einige aktuelle Fragen der deutschen Sonderentwicklung nicht behandelt werden. So beispielsweise die nach 1989 von Seiten der Neuen Rechten aufgebrachte These, daß die deutsche Sonderentwicklung in der nach 1945 erfolgten Anlehnung an den Westen zu sehen sei, und dieser Weg mit der Vereinigung von 1990 endgültig vorbei sei. Der von Zitelmann u.a. herausgegebene Band "Westbindung" steht exemplarisch für diese Position. Ebenso ließen sich aus der aktuellen Debatte um das Buch von Daniel Goldhagen Fragen nach dem besonderen Gehalt des deutschen Antisemitismus ableiten, wie überhaupt die einzigartigen Verbrechen der Sboia in einen Bezug zur Sonderwegsthese gesetzt werden müßten.

Dennoch bietet das Buch von Reinhard Kühnl genug Stoff, der These einer endlich erlangten deutschen Normalität und dem Verlangen nach einem neuen, von historischem Ballast befreiten, Selbstbewußtsein entgegenzutreten.

Gerd Wiegel

Modernisierungsdebatte

Sabine Blum-Geenen/Ute Ehrich/
Frank Markowski/Gabriele Moser
(Hrsg.): "Bruch und Kontinuität".
Beiträge zur Modernisierungsdebatte
in der NS-Forschung. Dokumentation
einer Wissenschaftswerkstatt der
Hans-Böckler-Stiftung in der Gedenkstätte
Sachsenhausen, Klartext
Verlag, Münster 1995, 168 S., 18,-
DM.

Der hier vorliegende Band dokumentiert Referate, die im Rahmen einer von der Hans-Böckler-Stiftung in der Gedenkstätte Sachsenhausen durchgeführten Wissenschaftswerkstatt gehalten worden sind. Die Zusammensetzung der Autorinnen und Autoren gibt Aufschluß über den Charakter dieser Workshops: Doktorandinnen und Doktoranden unterschiedlicher Fachrichtungen diskutierten mit Historikern und Sozialwissenschaftlern über die historische Einordnung des Nationalsozialismus.

Die Beiträge von Bernd Faulenbach (Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Recklinghausen) und Karl Heinz Roth (Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte) leiteten die erste Diskussionsrunde zu "Tendenzen gegenwärtiger Faschismusforschung - Historisierung des Nationalsozialismus" ein.

Die von Bernd Faulenbach vorgestellten Thesen reißen verschiedene Aspekte an: die Diskussion über die KZ-Gedenkstätten in der ehemaligen DDR, den Forschungs- und Diskussionsstand der gegenwärtigen NS-Forschung, die Kontroverse über das Verhältnis des

Nationalsozialismus zur Moderne, die Frage der historischen Einordnung des Nationalsozialismus sowie des öffentlichen Umgang mit der NS-Zeit.

Forum Recht

Rechtspolitisches
Magazin für Uni und
soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 3/1996

Schwerpunkt:

NS-Recht und Aufarbeitung

- Funktion und Umwandlung der Justiz im Nationalsozialismus
- Degradierung: Frau als Gebärmachine
- Schiefelage: Die Tücken der Vergangenheitsbewältigung

Weitere Themen:

- Sammeljurium, Rechtsstaatlicher Kampf gegen die IRA? u. v. a.

Probe-Abo (ohne Verlängerung):

3 Hefte für 10 DM

Schein oder Scheck an:

Forum Recht Vertrieb, Oliver
Schilling, Lennestr. 65, 53113 Bonn

Faulenbachs skizzenhafte Darstellung der "Entwicklung der historiographischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit" (18-21) benennt als eine Etappe die "Wiedergeburt von linken Faschismus-Theorien" (19) und deren "Nähe zur Dinitroff-Definition", "der die Interpretationen der DDR-Historiographie durchweg verpflichtet blieben" (20). Als Belege für die DDR-Historiographie führt er neben Manfred Clemenz und Axel Kuhn auch Reinhard Kühnl und Ernst Nolte an. Die beiden Autoren Kühnl und Nolte, die nicht nur in der Historikerdebatte der 80er Jahre, sondern seit drei Jahrzehnten konträre Standpunkte bezogen haben, unter formalen Gesichtspunkten einer gemeinsamen theoretischen Richtung zuzuschlagen, ist absurd. Eine argumentative Beweisführung, die Aufschluß darüber geben könnte, was diese Autoren - nach Meinung Faulenbachs - wissenschaftlich und politisch miteinander verbindet, bleibt der Verfasser schuldig.

Ebenfalls befremdlich ist die Aussage, daß sich verschiedene Interpretationen in der "Annahme einer relativen Modernität des Dritten Reiches" (21) treffen: Faulenbach erwähnt einerseits Rainer Zitelmann, andererseits Autorinnen und Autoren wie Karl Heinz Roth, Götz Aly und Susanne Heim. Der wesentliche Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen bestehe in dem unterschiedlichen - normativen oder deskriptiven - Begriff der Moderne. Letztlich entscheide der Begriff der Moderne darüber, wie man die Frage der

Modernität des Nationalsozialismus beantworte.

Karl Heinz Roth setzt sich in seinem Beitrag "Historisierung des Nationalsozialismus? Tendenzen gegenwärtiger Faschismusforschung" mit methodologischen Defiziten der NS-Forschung auseinander. Die u.a. von Dahrendorf vertretene "Modernisierungstheorie", das sich an Ernst Fraenkel und Franz Neumann orientierende "Polykratie"-Modell sowie die von Sozialwissenschaftlern seit Beginn der 80er Jahre vertretene Ideologie der "Volksgemeinschaft" läßt Roth zunächst kritisch Revue passieren. Anhand der kritischen Replik auf die "Modernisierungstheorie" macht Roth deutlich, in welcher Weise diese durch die Gruppe um Rainer Zitelmann und Michael Prinz instrumentalisiert wird: Hitler habe, so Zitelmans These, die gesellschaftliche Modernisierung nicht "unfreiwillig in Verfolgung seiner rückwärtsgewandten Ziele bewirkt, sondern in vollem Bewußtsein planvoll angestrebt" (44), sich für mehr "Chancengleichheit" innerhalb der "Volksgemeinschaft" und für eine sozialstaatlich egalisierende Sozialpolitik eingesetzt. Roths Einschätzung zu Zitelmann: Er "drehte ein Schlüsselparadigma der etablierten Zeitgeschichtsforschung um 180 Grad und transportierte es in die Neue Rechte hinüber" (45). Im Gegensatz zu den öffentlichen Reaktionen auf den "Historikerstreit 1986/87" ist der von Zitelmann & Co. vertretene historische Revisionismus weitgehend unwidersprochen aufgenommen worden und fungiert heute, so

Roth, als "ideologisches Scharnier zwischen den konservativen Machteliten und der neuen Rechten" (50).

Im Rahmen der Arbeitsgruppe "Organisation ideologischer Zustimmung" stellt Uwe Rennspieß eine regionalhistorische Studie vor, die den "Aufstieg des Nationalsozialismus in den Bergbaustädten Ahlen und Kamen in Westfalen" beleuchtet. Anhand dieser beiden Städte unterschiedlicher konfessioneller und politischer Ausrichtung - Ahlen war vorwiegend katholisch und an der Zentrum-Partei, Kamen überwiegend protestantisch und an der Deutschen Volkspartei orientiert - illustriert Rennspieß, daß die Einbindung in bestimmte Milieus für das politische Verhalten bis 1933 bedeutsamer war als die Klassenzugehörigkeit. Bernward Dörmer hat anhand von Akten die strafrechtliche "Verfolgung von Äußerungen über Verbrechen in Konzentrationslagern durch die NS-Justiz" untersucht und in Auszügen dokumentiert. Diejenigen, die über die Vorgänge in KZs zu berichten gewagt hatten, wurden von den Richtern der Sondergerichte als "Lügner" und "Hetzer" beschimpft und aufgrund des "Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen" (20.12.1934) verurteilt. In Übereinstimmung mit der übrigen Rechtsprechung nach 1945 wurden diese Richter der Sondergerichte, die mit ihren Urteilen die Täter geschützt und die Opfer gestraft hatten, nicht verurteilt und waren bald schon wieder

als Richter oder Staatsanwälte tätig.

Das Themenfeld "Technik und Arbeit" wird in einem einleitenden Beitrag von Bernd Faulenbach folgendermaßen charakterisiert: Festzustellen sei ein "NS-typische(s) Amalgam von modernen und anti-modernen Momenten". Faulenbach wählt zur Beschreibung dieses Nebeneinanders von modernen und traditionellen Elementen den Begriff der "reaktionären Modernität" (83). Der Kunsthistoriker Ulrich Hartung legt eine Analyse der Berliner Industriebauten aus der Zeit des Nationalsozialismus vor. Sein Fazit: Es "konnte gezeigt werden, daß die Architekten in zunehmendem Maße Formen der NS-Staatsarchitektur aufnahmen, wenn ein repräsentatives Aussehen gewünscht war. (...) Die Kontinuitätstheorie muß revidiert werden". Offen bleibe nach diesen Untersuchungen, so Hartung, ob es "nicht doch einen Architekturstil des deutschen Faschismus" gegeben habe (100).

Die Spannungsfelder betrieblicher Sozialpolitik werden von Barbara Schleicher anhand der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft (1918-1934) vorgestellt. Deren betriebliche Sozialpolitik war durch einen "patriarchalisch-autoritären Führungsstil" geprägt, zielte auf "Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung und die nachhaltige Schwächung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung" ab (122). Stefan Schnurr formuliert Thesen zur Diskontinuität von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit im NS-Staat. Seine Position entwickelt er in Kritik an

der von Michael Prinz vertretenen These, derzufolge die materielle Substanz des Weimarer Sozialstaates die zwölf Jahre NSDAP-Herrschaft überdauert habe. Schnurr arbeitet sehr pointiert heraus, daß sich innerhalb der NS-Zeit eine Destruktion wohlfahrtsstaatlicher Ansätze feststellen lasse: "Mit der Einführung soziobiologischer oder sozialrassistischer (...) und politischer (...) Vorbehalte in die entscheidungsrelevanten Kataloge sozialpolitischer Normsetzung und Leistungsbemessung hat der NS-Staat das Feld verlassen, auf dem sich die Konzeptualisierungen moderner Sozialstaaten in Europa seit der Jahrhundertwende bewegt haben" (130).

Zur "Ökonomik der Endlösung" findet sich ein Beitrag von *Werner Röhr*, der den Zusammenhang zwischen Rassismus und den europäischen Neuordnungsplänen der NSDAP darstellt. Röhrs Argumentation zielt auf die Aufhebung der Trennung zwischen den "rasse"ideologischen und machtpolitischen Aspekten der NS-Strategie. Die Ermordung der europäischen Juden war, so Röhr, "Teil des umfassenderen Konzepts (...), die Probleme der Herrschaft und der Neuordnung Europas mit bevölkerungspolitischen Mitteln zu lösen." (152). *Beate Kosmala* untersucht die Beziehung zwischen Juden, Deutschen und Polen am Beispiel einer polnischen Stadt für den Zeitraum von 1918-1934.

Insgesamt ist der Tagungsband sehr heterogen. Dies ist der Tatsache geschuldet, daß Beiträge mit einem gesellschaftstheoretischen Impetus

(Faulenbach, Röhr, Roth, Schnurr) neben stärker regionalhistorisch ausgerichteten Einzelstudien und Fallbeispielen stehen (Rennspieß, Kosmala, Schleicher, Dörner). Dies allein wäre kein Problem, wenn sich bei den Verfasserinnen und Verfassern der Einzelstudien eine Bezugnahme auf die übergreifenden faschismustheoretischen Frage- und Problemstellungen finden ließe oder die stärker theoretisch orientierten Beiträge auf die Fallstudien Bezug nehmen würden. Da dies nicht der Fall ist, wirken die einzelnen durchaus interessanten Beiträge etwas disparat.

Die Wurzeln der Modernisierungsdebatte, auf die der Titel explizit Bezug nimmt, reichen bis Mitte der 60er Jahre zurück: Als Vertreter seien hier nur stichwortartig Barington Moore (1969), Ralf Dahrendorf (1965), David Schoenbaum (1968), Sebastian Haffner (1978) aber auch J.C. Fest (1973) genannt. Eine Bezugnahme auf einzelne Vertreter dieser Theorierichtung und kritische Replik nimmt Karl Heinz Roth in seinen Beiträgen vor. Stefan Schnurr widerlegt die Modernisierungsthese für den Bereich der Sozialpolitik und der sozialen Arbeit, Ulrich Hartung für den Bereich der Architektur am Beispiel der Berliner Industriezeitbauten. Bei der Lektüre vermißt man jedoch eine stärker systematisch angelegte Auseinandersetzung mit der "Modernisierungsdebatte in der NS-Forschung" und mitunter das Beziehen von Standpunkten.

Gudrun Hentges

Wider die Totalitarismuskeule

Michael Schöngarth: Die Totalitarismuskussion in der neuen Bundesrepublik 1990 bis 1995, Köln 1996, PapyRossa Verlag, Hochschulschriften Nr. 14, 158 Seiten, 28,- DM.

Als Adorno 1959 in der Theorie der Halbbildung feststellte, daß Bildung und Differenziertheit eigentlich dasselbe seien, hatte die westliche Welt bereits ein ideologisches Selbstverständnis gefunden, in dem alle Differenzierung aufgegeben war: die Totalitarismustheorie. Die neuen-alten Eliten des Adenauerstaates vermochten mit der bald zur Staatsideologie aufsteigenden Totalitarismustheorie, ihre Verantwortung für die Machtübergabe an den Faschismus und dessen Verbrechen zu verbergen. Der Antikommunismus wurde zu einer logischen Konsequenz des Antitotalitarismus und konnte gleichzeitig in dieser Form weiterexistieren. Als viel zu differenziert erschien dabei wohl die Tatsache, daß Hannah Arendt in ihrem Klassiker *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951) nur wenige Jahre des Faschismus (nämlich 1941/42-1945) und der Sowjetunion während des Stalinismus (hier die Jahre 1930-1941 und 1945-1954) als totalitär charakterisiert hatte. Ebenso unberücksichtigt blieb die warnende Geste, mit der Arendt totalitäre Tendenzen in allen Gesellschaftstypen ausgemacht hatte.

Es ist eine der Kernthesen des vorliegenden Bandes *Die Totalitarismuskussion in der neuen Bun-*

desrepublik 1990 bis 1995 von Michael Schöngarth, daß die Entdifferenzierung der Totalitarismustheorie keine theoretische Nachlässigkeit sei. Vielmehr sei die identifizierende Totalitarismustheorie, mit ihrer Verengung auf Faschismus und Kommunismus und deren Vergleich ein "Wesensmerkmal der Theorie". Niemals habe es eine eigentliche, historische und differenzierende, Totalitarismustheorie gegeben, der Vergleich, die Gleichsetzung von "rot" und "braun" sei nicht Spezialfall der Theorie, sondern ihr eigentlicher Kern (12).

Den logischen Inhalt dieses Vergleichs findet Schöngarth in den Bedingungen der warenproduzierenden Gesellschaft, in der die Allgegenwart der Gleichsetzung im Tausch das Besondere auf das Allgemeine reduziert. Eine Analogie zum Äquivalenzprinzip des Tausches illustriert die These des Autors, daß die Totalitarismustheorie den realen Schein moderner Gesellschaften nicht zu durchdringen vermag (20ff.).

Im historischen Rückblick wird die Entwicklung von den antisozialistischen Positionen des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert bis zur modernen Totalitarismustheorie skizziert. War die reale Bedrohung des frühen Bürgertums durch die Arbeiterklasse einerseits und die Eliten des Feudaladels und der Militäraristokratie andererseits zunächst ideologisch zu einer einzigen Gefahr umgedeutet worden, liberalisierte sich die nun ganz emanzipierte deutsche Bourgeoisie, als sie im Bündnis mit den alten

Eliten nach der Weltmacht griff. Der Antisozialismus wurde zum einzigen Inhalt des Antitotalitarismus (43ff.).

Nicht nur der instrumentelle Charakter und Gebrauch war damit genuiner Bestandteil der Totalitarismustheorie geworden, sondern auch die Verengung des Totalitarismusvorwurfs auf die fortschrittlichen und Emanzipation erstrebenden Organisationen der Arbeiterbewegung.

Nach einigen einführenden Kapiteln, die Arendts Totalitarismuskonzeption und neuere theoretische Entwicklungen des Totalitarismusparadigmas rekapitulieren, spürt Schöngarth der Weiterentwicklung und Transformation dieser Denktradition im öffentlichen Diskurs anhand einer sehr gründlichen Auswertung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für den Zeitraum von 1990 bis 1995 nach. Dabei zeichnet der Autor ein facettenreiches Bild der ideologischen Auseinandersetzungen in der neuen Bundesrepublik und ordnet diese in den Rahmen ökonomischer Transformationen und politischer Kontroversen ein.

Schöngarth zeigt, daß sich im "Kampf um das Geschichtsbild" in den letzten fünf Jahren drei Phasen der instrumentellen Anwendung des Totalitarismusparadigmas mit unterschiedlichen Zielsetzungen ausmachen lassen: erstens die Abwicklung der DDR, ihrer politischen Akteure, ihrer Wissenschaft und der sozialen Ansprüche ihrer Bevölkerung durch deren Desavouierung als "totalitär"; zweitens die

Entlastung der bürgerlichen "Mitte" durch die Identifizierung von rechtsterroristischen Progromen und linken Gegendemonstrationen, mit dem Ziel, die Herausbildung eines antifaschistischen Konsens zu verhindern; drittens die Operationalisierung des Totalitarismusvorwurfs während des "Superwahljahres" 1994 mit der letzten Expansion des Totalitarismusverdachts auf die Befürworter und Befürworterinnen des Sozialstaates. Am vorläufigen Ende der Entwicklung standen schließlich PDS, SPD und Gewerkschaften unter Totalitarismusverdacht. Die funktionale Ausrichtung des Paradigmas ist hier evident: dauerhafte Spaltung der demokratischen Kräfte, Verabsolutierung liberal-konservativer Herrschaft und Legitimation neurechter Politik- und Parteiprojekte.

Seit 1990, so das Ergebnis dieser überzeugenden Analyse, konnte die Totalitarismustheorie - ihres äußeren Feindbildes beraubt - eine neue Dynamik im Inneren der bürgerlichen Gesellschaft der BRD entfalten. Dabei habe sie sich als hegemoniales Projekt des Konservatismus etabliert, das mit dem Begriff des Totalitären die sozialen Garantien des Wohlfahrtsstaats anzugreifen im Stande sei. Seine Hypothese, daß der Totalitarismusverdacht im Alltagsbewußtsein stärker konnotativ als evident wirkt, sieht der Autor bestätigt. Gerade die spekulative Form einer "rhetorisch repolitisierten Kultur [...], welche die Instrumentalisierung des Totalitarismusparadigmas gegen die Moderne, den sozialen Fortschritt und die Linke annahm", begründe ihren Er-

folg: Nicht der Nachweis wissenschaftlicher Seriosität der Theorie, sondern die undifferenzierte Totalitarismusrhetorik, die auf antizipierende Leser und Leserinnen vertraue, sei die Grundlage für den Erfolg der Konservativen (132).

Die Diskussion um die totale oder sogar "totalitäre Umverteilung" im Wohlfahrtsstaat habe schließlich den realen Abbau der sozialen Sicherungssysteme vorbereitet. Mit Beck stellt der Autor fest, daß der westliche Wohlfahrtsstaat den Konservativen immer als "illegitimes Kind des Kommunismus" erschienen war. Nach dem Ende des Kommunismus, bestand die Möglichkeit, auch dessen illegitimes Kind zu be-seitigen.

Zum Erhalt der sozialen Integrität bietet der Konservatismus bekanntlich "die Nation". Der Autor zeigt nebenbei, wie sich die Rekonfiguration des Nationalen als angebliche Selbstbehauptung der demokratischen "Mitte" vollzog. Die Forderung nach einer "selbstbewußten Nation" fand ihren Ausdruck in jenem absurden Geschichtsrevisionismus, der die Weimarer Republik als Opfer der Extreme, Hitler als nationalen und sozialistischen Totalitären, die Kommunisten als die wahrhaftigen Totalitären, den militärischen Widerstand um Stauffenberg jedoch als eigentlichen Antifaschismus konstruiert (69ff.).

Die argumentativ stärksten Passagen des Bandes finden sich dort, wo der Autor die theoretischen Defizite des Totalitarismusparadigmas offenlegt. Der konservative Ver-

such, den Ursprung des Totalitären in das Wesen sozialer Utopien zu verlegen, erweist sich in der Analyse als Bemühen, nicht nur die soziale Utopie, sondern die Kritik am Bestehenden selbst als totalitär zu diffamieren und damit den Konservatismus als eigentlichen Modernismus zu präsentieren (56ff.). Schöngarth zeigt, welche idealistische Naivität hinter dem Versuch steht, Ursprünge des Totalitarismus in bestimmten Denktraditionen zu verorten - im Zweifel letztlich bei Platon. Die konservative Absicht, jeglicher Form intentionaler, auf Emanzipation der Menschen gerichteter, Politik eine Absage zu erteilen, soll über die Behauptung plausibel gemacht werden, totalitäre Regime seien auf die Machbarkeits-Ideen bestimmter philosophischer Strömungen zurückzuführen, wobei Marx zu deren klassischstem Vertreter avanciert. Selbstverständlich sind es spezifische gesellschaftliche Zustände, die soziale Utopien hervorbringen und ihre Realisierung möglich machen. Das Bemühen, die Schuld jenen Denkern zuzuschreiben, die diesen Utopien Schriftform verliehen, muß für jede seriöse sozialwissenschaftliche Theorie indiskutabel sein.

Ähnlich konfus wie das Eifern um die Entdeckung des totalitärsten Denkers wirkt der Expansionismus des Totalitarismusverdachts, den Schöngarth konstatiert. So sei beispielsweise seit 1990 keiner der guten Verfassungspatrioten des Historikerstreits noch vor dem Attribut "totalitär" sicher (63). Das verlautbarte Ziel, den status quo zu

verteidigen, führt in diesem Expansionismus zu logischen Inkonsistenzen, etwa wenn die "Extremismus-Forscher" Backes und Jesse Parteilichkeit im Sinne der wissenschaftlichen Objektivität ablehnen, um dann umso vehementer Partei für ihre Vorstellung von der parlamentarischen Demokratie zu ergreifen (63f.).

Besonders instruktiv ist weiterhin Schöngarths Explikation der engen Verbindung, die Totalitarismustheorie und Antisemitismus eingehen können. Anhand einiger Berichte etwa über Gregor Gysi oder Marcel Reich-Ranicki, in denen sich antisemitische Konnotationen entdecken lassen, formuliert der Autor die These, daß sich ein latenter Antisemitismus für die antisozialistische Propaganda funktionalisieren läßt, da der Antisemitismus eine Erscheinungsform des radikalisierten Antitotalitarismus sei: "Im Antisemitismus geht die rechtsextremistische, -katholische und -konservative Totalitarismustheorie vollständig auf: Liberalismus und Marxismus heißen die beiden Feinde, hinter denen nur noch einer steht - der Jude" (53f.).

Freilich ist Schöngarths Arbeit primär ideologiegeschichtlich orientiert. Die theoretische Auseinandersetzung mit den diversen Totalitarismuskonzeptionen bleibt beschränkt. Dies gilt vor allem für die Auseinandersetzung mit Hannah Arendt (37ff.), in der nicht deutlich wird, was genau der Autor an diesem Entwurf noch für bedenkenswert hält. Auch die Diskussion der neueren theoretischen Entwicklungen, wie sie etwa vom Hamburger

Institut für Sozialforschung oder dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden produziert werden (121ff.), fällt knapp aus und wirkt nicht ganz passend in den Gang der Argumentation eingebettet.

Obwohl die Entwicklung des Totalitarismuskurses immer auf die ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen rückbezogen wird, verzichtet der Autor darüber hinaus auf die genaue Identifizierung von Akteuren und Interessen. So bleibt denn die Frage zu stellen, inwiefern der publizistische Diskurs in der FAZ einer selbstreferenziellen Entwicklungslogik folgt, die das Resultat einer relativen Autonomie dieser ideologischen Sphäre sein könnte. Wieweit also die in der FAZ vertretenen Positionen tatsächlich auf realpolitisch wirkungsmächtige Interessen treffen, bleibt offen, eine Beschränkung mit der der Autor jedoch umzugehen versteht.

Am Ende bleibt der Eindruck einer engagierten Zeitgeschichtsschreibung, die schon aufgrund der Materialfülle von über 230 ausgewerteten Zeitungsartikeln eine Lektüre lohnt. Schöngarth zeigt aber auch, daß marxistische Theorie dem Angriff mit der Totalitarismuskelle keineswegs hilflos ausgeliefert ist, im Gegenteil: Die Kombination aus Ideologiekritik und materialistischer Analyse, die der Autor anbietet, erweist sich als scharfes analytisches Instrument im "Kampf um das Geschichtsbild".

Jens Weiß

OST-WEST informationen

Heft 4/95

MILITÄR IM OSTEN Neue nationale Armeen, Comeback der NATO

Beiträge von/Interviews mit: I. Colovic, J. Galtung, M. Hadzic, M. Kermer, B. Meyer, G. Schmid, H. Schröder
Dossier: Visegrád-Staaten: Kopflose Hegemonie. Beiträge von K. Bartosz und P. Gowan

Heft 1/96

SCHRIFTSTELLER UND LITERATUR IM OSTEN Freiheit des Marktes, Freiheit der Kunst?

Beiträge von/Interviews mit Chr. Engel, G. Dalos, D. Gojkovic, H. Gonschior, V. Novotny, S. Snajder, W. Totok
Dossier: Arbeiterbewegung in Rußland.
Beiträge von R. Clarke, D. Mandel, K. Privenzjew

Heft 2/96

GEWERKSCHAFTEN IM OSTEN Zwischen Reform und Opposition

Beiträge von/Interviews mit P. Rütters, K. Pumberger, R. Girndt, J. Sekaj, K. Buketow u.a.
Dossier: Formen der Privatisierung in Ungarn. Beitrag von Arnelie Lamier

Heft 3/96

GEHEIMDIENSTE IM OSTEN

(erscheint Ende September)

Bestellungen, Probeexemplar,
Inhaltsverzeichnisse:

Ost-West-Gegeninformationen
c/o Dezentrale für Alternativen,
Prokopig, 2/1, A-8010 Graz, Österreich.
Fax: 0043/316/810594
Preis: 6S 50.- (inkl. Porto/Heft)
Umfang: 48-56 Seiten

Zur KPD in der Weimarer Republik

Klaus-Michel Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, mit einem Vorwort von Wilfried Loth, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1996, 552 S., 98. DM.*

Wilfried Loth wertet diese ursprüngliche Habilitationsschrift im Vorwort als "großen Wurf". Matthias Frese ist in einer Rezension des Buches im "Parlament" (Nr. 28 vom 5.7.1996) zu der Auffassung gelangt: "Neue Forschungsergebnisse zum Kommunismus rütteln am bisherigen Bild" - stellen es "vom Kopf auf die Füße".

Und in der Tat. Denn Mallmann weist in seiner Streitschrift die Fehlerhaftigkeit vor allem solcher Doktrinen der bisherigen westdeutschen Geschichtsschreibung nach, wie der der "Bolschewisierung/Stalinisierung" der KPD bzw. ihrer angeblichen Fremdbestimmung durch Moskau. Das geschieht auf der Grundlage einer sozialgeschichtlichen Untersuchung der KPD (in erster Linie des Saargebiets), und hier vor allem ihrer Parteibasis.

Der Mannheimer Zeithistoriker Hermann Weber, einer der "Väter" der "Bolschewisierungs-These", sah sich natürlich angegriffen. Er wertete das Buch in einer Rezension ("Die Zeit", Nr. 25, vom 14.6.1996) als "Pamphlet gegen die bisherige Forschung". Nach seiner Ansicht "ist die Polemik (meist) nicht argumentativ und einer Habilitationsschrift nicht angemessen, son-

dern flapsig, eher hämisch und nicht selten arrogant". Und weiter: "Die völlige Abhängigkeit von Stalins Sowjetunion, der straffe Zentralismus, die fast militärische Parteidisziplin, die Fluktuation und die ständigen 'Säuberungen' sind Strukturelemente, die mit einem sozialgeschichtlichen Ansatz allein nicht zu erfassen sind." Doch die Forschungsergebnisse der Streitschrift, auf der Basis reichhaltigen Archivmaterials, einer großen Anzahl zeitgenössischer Periodika und einer breiten Auswertung der Sekundärliteratur (die Anmerkungen umfassen die Seiten 395-514), widerlegen Webers Urteil vor allem durch den nachgewiesenen Einfluß der kommunistischen Parteibasis auf die Politik der KPD - auch ihres zentralen Apparates.

Nach Mallmann ergab sich die von "oben" nach "unten" ausgerichtete Struktur (demokratischer Zentralismus) der KPD mit straffer Disziplin zwangsläufig aus dem "Widerspruch von Milieu-Einnistung und revolutionärem Anspruch bzw. revolutionärer Hoffnung" - und zwar schon "vor 1924 und erst recht vor 1928/29" (XI), also noch vor Stalin. Nach meiner Auffassung mißt der Autor aber in diesem Zusammenhang den Erfahrungen aus der Revolutionszeit mit ihren blutigen Auseinandersetzungen und den Verfolgungen der Kommunisten, die sich auch während der Weimarer Republik fortsetzten, zu wenig Bedeutung bei. Der Kaiser war zwar gegangen worden. Aber die Generäle und ihr militaristischer Geist blieben und erforderten als Gegengewicht keinen "Nur"-Wahl-

verein. Zum anderen folgte die kommunistische Basis keineswegs immer stromlinienförmig den Anweisungen bzw. Beschlüssen der KPD-Zentrale - wie Mallmann selbst argumentiert. Zu Recht vertritt er nämlich die Auffassung: "... daß die Mitglieder (der KPD - F.K.) primäre Subjekte waren, die die Politik vor Ort nach ihren eigenen Maßstäben gestalteten, die Weisungen 'von oben' ignorierten, falls sie sie für falsch hielten, die notfalls - wie zu zeigen sein wird - mit den Füßen gegen die Linie der Zentrale stimmten..." (3), "denn für die einfachen Mitglieder und örtlichen Kader hieß Kampf um die Mehrheit des Proletariats zwangsläufig Konkretisierung dieser Aufgabe auf die Bedingungen und Kräfteverhältnisse in ihrem politischen Bezugsrahmen" (154). Und zu Recht wirft er den tonangebenden Historikern der "alten Bundesrepublik" vor, "...daß Kommunismus immer auch eine soziale Massenbewegung, eine Bewegung von 'gewöhnlichen Leuten' gewesen war, geriet kaum irgendwo in den Blick, wurde keine forschungsleitende Perspektive" (2).

Diese Erkenntnis zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch - so in den Kapiteln "Nischengesellschaft oder rote Armee?" (S. 18-83), "Die Anatomie der Partei" (84-164), "Integration und Präsentation" (165-240), "Gräben und Brückenschläge" (241-303), "Die Revolution als Kopfgeburt" (304-380) und "Politische Spielräume, Milieueinbindung und Milieuerosion. Eine Bilanz 'von unten'" (381-394). Fakten hierzu führt der Autor vor

allem im Abschnitt 3.7 "Die relative Autonomie der Basis: Modalitäten des Parteialltags" (155ff.) an. Zum Beispiel kritisierte Ruth Fischer 1925 auf dem Berliner Parteitag der KPD als Vorsitzende folgenden Zustand: "Eine Haupterkrankheit (der KPD - F.K.) ist der Partikularismus. Zuerst fühlt sich das Parteimitglied als Mitglied der Ortsgruppe, noch lange nicht als Mitglied des Bezirks und erst recht nicht der Internationale." (154) Das galt, wenn vielleicht manchmal abgeschwächt, auch für die spätere Zeit. Das "lokale Hemd" war der Basis "allemaal näher als der bezirkliche Rock oder gar der nationale Mantel" (154). Tatsachenmaterial, das der Autor als Beweis dafür anführt, untermauert immer wieder diese Einschätzung - so u.a. bei der Darstellung der Jugendpolitik der KPD, der Tätigkeit der Kommunisten im Betrieb, in Gewerkschaften und auf kommunaler Ebene.

Mallmann gelangt auf der Grundlage seiner detaillierten Untersuchungen zu folgendem Fazit: "Kaum irgendwo bildeten die KPD-Mitglieder eine isolierte Gruppe, sondern waren in aller Regel als gewählte Funktionsträger in den Arbeitervereinen, Genossenschaften und Gewerkschaften präsent und suchten diese als Medien für Mehrheitsbeschaffung, als Instanzen des Verteilungskampfes und der solidarischen Hilfe, aber auch als Ort der Freizeitgestaltung zu nutzen." (382)

Das alles paßt natürlich nicht in das bisherige Geschichtsbild. Doch ist es keinesfalls, wie H. Weber urteilt,

"ein Rückfall hinter den erreichten Forschungsstand". Im Gegenteil. Die Streitschrift ist auch nach meiner Auffassung "durch die differenzierte und wohlabgewogene Argumentation (und einer) Vielzahl neuer Aspekte und Fragen zum deutschen Kommunismus" (M. Frese) in der Geschichtsschreibung ein Schritt nach vorn und für noch notwendige lokal und regional vergleichende Studien durchaus beispielgebend. Das gilt auch dann, wenn man - wie auch der Rezensent - nicht alle Ansichten und Argumentationen vorbehaltlos teilt. Mallmann hatte für seine Streitschrift folgende Zielsetzung: "Die vorliegende Studie versteht sich als Vorstoß in die bisher vernachlässigte Dimension einer Sozialgeschichte des Kommunismus; sie will anregen, mit manchen ihrer Thesen auch provozieren zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema" (17). Das ist ihm gelungen.

Fritz Krause

Aktive Selbstbehauptung

Klaus Dörre, Junge GewerkschaftlerInnen - vom Klassenindividuum zum Aktivbürger? Gewerkschaftliches Engagement im Leben junger Lohnabhängiger, Westfälisches Dampfboot, Münster 1995, 479 Seiten, 58,- DM.

Das hier vorliegende Buch zerfällt in zwei große unterschiedliche Teile. Im ersten nimmt uns der Autor auf eine beinahe enzyklopädische Reise mit, die uns durch marxistische (und nicht-marxistische) Theorieansätze zum Komplex

Individuum und Vergesellschaftung führt, um zu einer stimmigen Zugriffs- und Auswertungsmethode für den empirischen Teil zu gelangen. Dieser besteht schließlich aus einem 40er Sample von gewerkschaftlich-organisierten Jugendlichen. Er ist noch einmal in eine Einzelfallanalyse (151ff.) und einen Fallvergleich (329ff.) gegliedert. Die Arbeit endet schließlich mit einem supplementartigen Ausblick, der die Konsequenzen der Arbeitsergebnisse für die Erfordernisse von gewerkschaftlicher Bildungsarbeit reflektiert (441ff.).

Der Titel des Buchs läßt zunächst kein zentrales Motiv der Forschungsanstrengung erscheinen. Es handelt sich offenbar "nur" um die Bestandsaufnahme eines Formwandels des Hauptreproduktionsmusters von jungen GewerkschafterInnen: "Vom Klassenindividuum zum Aktivbürger?" lautet die Frage. Klaus Dörre will aber auch Kriterien finden, um zwischen widerständigen und regressiven Momenten in der ArbeiterInnenjugendkultur unterscheiden zu können (53). Daraufhin beschäftigt sich die Arbeit mit dem widerständigen Potential und fragt, ob - nach den gesellschaftlichen Umbrüchen der letzten Dekaden - das tatsächliche gewerkschaftliche Engagement nicht mehr vornehmlich von den Jugendlichen spontan ausgeht (definiert als Jugendliche mit "latenter Arbeiterbiographie"), die durch das soziale Umfeld (Arbeitermilieu) geprägt wurden, sondern hauptsächlich von Jugendlichen mit selbstreflexiven Biographien und Selbstsozialisation getragen wird

(17f., 91). Es sei hier vorweggenommen, daß Dörre nach seinem Arbeitsdurchgang (Hypothesen, empirische Prüfung) diese Annahmen "beträchtlich modifiziert und korrigiert" hat (432). Anhand der konkreten Arbeitshypothesen und Theoriefolien wollen wir ihm auf diesem Weg noch einmal folgen.

In den theoretisch-methodisch höchst anspruchsvollen Auftaktkapiteln setzt sich der Autor mit den bisherigen Arbeiten zur Biographieforschung auseinander. Er will nicht weniger erreichen, als die bisherigen Ansätze vom Kopf auf die Füße zu stellen. Um zur Binnenansicht von Jugendlichen zu gelangen, muß er die bisherigen Forschungsstrategien umkehren (16): Statt eine weitere Arbeit über unpolitisch-passive Jugendliche zu schreiben, wie es so viele Studien vor ihm taten, will er aktive Jugendliche untersuchen.

Biographien entstehen nicht nur in der Arbeitswelt. Deshalb beginnt der Autor mit einem Rückgriff auf phänomenologische Theorietraditionen, um eine Vorstellung von Lebenswelt zu erlangen, wie er ausführt. Mit Schütz/Luckmann sucht er nach der "natürlichen Weltanschauung" (21f.), nach den kleinen Alltagstheorien, die jedeR benötigt, um (sich) die Welt zu erklären, um (weiter) zu leben. Mit dem Habituskonzept von Bourdieu wird dieses Projekt dann materialistisch gewendet. Habitusformen sind nach Bourdieu "Systeme übertragbarer Dispositionen". Um sich den Erscheinungen von Widerständigkeit und Anpassung nähern zu können, wird das große Thema, die

Dialektik von Freiheit und Unterwerfung, thematisiert. Die Unterwerfung wird als "Sofortunterwerfung" unter die "legitime" - das meint: die herrschende - Ordnung benannt. Sie ist strukturierendes Merkmal der Sozialisation (27). Selbstvergesellschaftungsträume werden der Struktur geopfert, oppositionelles Verhalten wird vom System aufgesogen. Doch für Dörre stößt Bourdieu mit seinem Konzept an Grenzen, weiß Dörre. Wie die Habitusformen angeeignet, beherrscht, aber auch transformiert werden können, bleibe unklar. Deshalb geht der Autor mit Zinnecker daran, das Habituskonzept auf die Jugendphase anzuwenden. Da Jugendzeit als sprunghafte, inkonsistente Übergangszeit zu beschreiben ist, in der sich die Jugendlichen zwischen Unterwerfung und Freiheit zur Persönlichkeit entwickeln, entstehen spezifische Jugendideologien, mit denen - in (sprachliche) Chiffren verkleidet - gegen die legitimen Reproduktionsstrategien ihrer Klassen(fractionen) rebelliert wird (37f.). Das an Bourdieu angelehnte Zinnecker-Konzept kann allerdings noch nicht zwischen regressiven und progressiven Entwicklungsmomenten in der Jugendkultur unterscheiden (43). Deshalb deutet Dörre schließlich jugendkulturelle Stile mit Cohen als chiffriertes Klassenbewußtsein. Der britische Wissenschaftler hat über die magischen Problemlösungsstrategien Jugendlicher gearbeitet und weiß, wie wirkliche Problemlösungen durch symbolische Formen ersetzt werden können. Dabei wird der reale Antagonismus der Klas-

sen(fractionen) reaktualisiert: "Das wichtigste Verdienst des Birminghamer Ansatzes ist wohl, daß er den Mythos einer homogenen, klassen- und schichtneutralen Jugendkultur gründlich destruiert" (47). Hier ist Dörre nun (mit Cohen) an jenem Punkt angelangt, von dem aus Initiativen für die Jugendbildungsarbeit der Gewerkschaften entwickelt wurden, so daß der Rezensent schon 1992ff. zu einer ersten Auseinandersetzung mit diesen gezwungen wurde: Die Klassenstandpunkte der Jugendlichen werden mehr und mehr in imaginären Formen gelebt, die sich in spezifischen Reproduktionscodes spiegeln. Diesen muß sich der Forscher wie der Bildungsarbeiter zuwenden.

Dörre ist nun in der Lage, regressives von progressivem Verhalten analytisch scheiden und gewerkschaftliches Engagement bestimmen zu können: "Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß gewerkschaftliche Eigentätigkeit nur eine - freilich in besonderer Weise bedeutsame - Variante aktiver Selbstbehauptung als (zukünftiger/zukünftige) Lohnarbeiter(in) ist" (54). Das bisher Erarbeitete versieht der Autor nun - trotz einiger Kritik - mit zentralen Gedanken Habermasscher Lebenswelt- und Kommunikationstheorie. Habermas kann zeigen, wie sich klassenspezifische Habitusformen wandeln; denn er faßt das Verhältnis Vergesellschaftung und Individuierung dialektisch und weist den theoretisch immer wieder behaupteten Subjektivitätsverlust ab (68f.). Daran anknüpfend treibt der Autor

seinen Ansatz mit dem Bremer Konzept des Alltags auf die Konkretion zu. Klassenbewußtsein wird jetzt ein Prozeßbegriff, eine "Organisationsform der Erfahrung" (75).

Im dritten Kapitel führt der Autor seine Argumentationsstränge zusammen und rekapituliert die wichtigsten Ergebnisse zu den Themenkomplexen politische Sozialisation, politisches Lernen, Fordismus und Jugendphase und schließlich zu der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Jetzt liegen präzierte Arbeitshypothesen vor: Immer widersprüchlichere Handlungsanforderungen müssen von den Individuen sinnvoll verknüpft und verarbeitet werden, die Ausdifferenzierung von Lebenswelt verselbständigt notwendig individuelle Lernprozesse, löst sie von den kulturellen und sozialen Determinanten, politische und gewerkschaftliche Sozialisation geschieht zunehmend unter Eigenregie. Dabei gibt es zwei Grundtypen (vereinfacht) biographischer Entwicklung: eine eher außengesteuerte und eine eher als reflexive Selbststeuerung zu bestimmende Entwicklung. Der Autor stellt jetzt präzierte Arbeitshypothesen vor: "Im Resultat sind die Subjektpositionen, Individualitätsformen und symbolisch-kulturellen Formen, die den Prozeß individueller Vergesellschaftung bestimmen, real auseinandergetreten. [...] Individuelle politische Lernprozesse verselbständigen sich in gewisser Weise gegenüber ihren sozialen und kulturellen Determinanten" (133). Die Biographieentwicklung geschehe zunehmend in Eigenregie und doch

können die Jugendlichen nicht generell den sogenannten "neuen Gruppen", zu denen Individuen mit völlig individualisierten Wahlbiographien gerechnet werden, zugeordnet werden. Dörre präzisiert dann die Sozialisationsbestimmungen und Politikpotentiale der zwei unterschiedlichen Biographiecharaktere.

Klaus Dörre stellt uns anschließend mit *Werner* sein erstes Fallbeispiel vor. Der 20jährige Mechaniker wird schließlich als Jugendlicher mit "latenter Arbeiterbiographie" etikettiert, obwohl auch bei ihm die "gewerkschaftlich-politische Sozialisation ein relativ eigenständiger Prozeß" (186) gewesen ist. Für *Werner* war der Weg in die Gewerkschaft ein Aufstieg: "Ja, ich wollte sowieso hin [in die Gewerkschaft] und bin dann auch gleich Vertrauensmann geworden, in 'ner Gruppe [von Auszubildenden]. Und dann ging das dann so stufenweise bergauf..." (169). Dörre zeigt uns am Fall *Werner* aber auch die interessanten Mechanismen der "Sofortunterwerfung" unter ein System der gewerkschaftlichen Hierarchie, deren "ungeschriebene Gesetze" *Werner* aufführt. Die Konsequenz seines gewerkschaftlichen Aufstiegs bedeutet für *Werner*, daß er später noch einmal ganz heraus will aus dem Job, "vielleicht irgendwann 'mal studieren".

Hubert, ein aufstiegsorientierter junger Arbeiter (295ff.), hat die gewerkschaftlich-politische Sozialisation nicht einfach erlebt im Sinne von erlitten, also weil er "sowieso hin" (*Werner*) wollte, sondern be- greift die gewerkschaftlichen Akti-

vitäten offensiv-aktiv als Selbstqualifizierung für diese Tätigkeit. Bei ihm ist der zu beobachtende "partikularistische Arbeiterkonservatismus" interessant. Er ist Gewerkschafter, nimmt aber die gesellschaftlichen Konfliktlinien außerhalb des Betriebes konsequent "durch ein konservativ-nationalisierendes Deutungsmuster" (327) wahr. Er ist anfällig für einfache Schuldzuschreibungen, die durchaus das Etikett "das Kapital" oder "die Mächtigen", aber auch "die Ausländer" und "die Feministinnen" tragen können. Es waren wohl diese Ergebnisse, die Dörre veranlaßten, die Debatte in den Gewerkschaften um die vereinfachte "Basisphilosophie 'Interessengegensatz'" zu forcieren. Berücksichtigt man, daß das ehrenamtliche Teampotential der Gewerkschaften die sogenannte Ökonomie-/Gesellschaftsanalyse oftmals kaum anders konkretisieren konnte als in einer vulgären Mehrwerttheorie, gepaart mit einem Schuß Sozialneid, wird man ihm seine Intention wohl kaum verdenken können.

Dörres Einzelfallschilderungen werden durch die Beispiele *Ulli* (187ff., autoritätsfixierter Biographieträger mit Versicherungsmentalität), *Inga* (224ff., mit magischem Problemlösungsentwurf, weil Elemente einer echten Arbeiterbiographie in die eigene Biographie eingebaut werden, ohne daß sie Arbeiterin sein will) und *Sabine* (267ff., Biographieträgerin mit einem moralischen Rigorismus, der auf spontane Gegenmachtbildung setzt) ergänzt.

Eines der wichtigsten Ergebnisse hat Dörre bei der Beschäftigung mit dem Fall *Inga* eruiert: Das auf Selbstverwirklichung konzentrierte Biographiekonzept schließt "solidarische Handlungsweisen und gewerkschaftliches Engagement keineswegs [aus]" (267).

Im sechsten Kapitel bietet Dörre einen Fallvergleich, der das gesamte Sample seiner Untersuchung berücksichtigt. Die wichtigsten Ergebnisse sollen hier noch festgehalten werden: Es sind weiterhin abgrenzbare Reproduktionsmuster identifizierbar (422). "Der politische Alltagsverstand der Biographieträger/-innen agiert bis zu einem gewissen Grad abgekoppelt von der Systemebene" (424). Dörres Befund, daß gewisse Sozialismusvorstellungen der Biographieträger alltagstheoretisch undefiniert werden (425), ist heute wohl mit der These zu koppeln, daß der seit Mitte der 80er Jahre offensichtlich in Agonie verfallene Ost-Sozialismus und sein anschließender Zusammenbruch den sozialistischen Teil des Alltagsbewußtseins desorientiert haben; der Kapitalismus als Weltsystem beseitigt offenbar auch die Möglichkeit einer radikal negatorischen Kritik. Dörres Sample ist heute insofern nicht mehr aktuell, weil sich die Krisenhaftigkeit der postsozialistischen Regulationsweise im alten "Westen" noch nicht im Alltagsbewußtsein der "Fälle" spiegelt. Hier ist also schon wieder Bedarf anzumelden.

Dörre synthetisiert schließlich sieben Kategorien (428 ff.), in die sein Ausgangssample zerfällt: Die Ju-

gendlichen der ersten zwei Kategorien zeichnen sich durch Zustimmung zur hegemonialen Lebensweise und durch strenge Kosten-Nutzen-Kalküle aus, die die Tendenz zur Diskriminierung und Ausgrenzung der Un-Nützen heinhaltet. In Kategorie fünf, sechs und sieben finden sich jene Jugendlichen wieder, die (fünf) aus konservativ-liberaler Distinktion Distanz zum Gewerkschaftsapparat halten und bei grundsätzlicher Zustimmung zum gesellschaftlichen Leistungsprinzip lediglich eine gewerkschaftliche Nische organisieren, die (sechs) die Herrschaftsverhältnisse für undurchschaubar und unaufhehbar halten und deshalb eine Politik der engen Sozialkontakte hetreiben und (sieben) "überpolitisierte", rigoros utopische Jugendliche mit der Tendenz zur permanenten Selbstüberforderung.

Dörre sieht wohl das vielversprechendste Potential zum einen dort (drei), wo die klassengespaltene Gesellschaft erkannt und eine konfliktorische Gegenmachtposition favorisiert wird und zum anderen (vier) bei jenen Jugendlichen, die die hegemoniale Lebensweise zumindest punktuell in Frage stellen und eine demokratische Austragung von Konflikten suchen. Dörre nennt diese Option "antagonistische Kooperation".

Dörres "Biographieträger" und "Aktivbürger" stellen begrifflich wie gedanklich eine Herausforderung dar. Sie sind keine Begriffe der eher pessimistischen Marx-Linie, die Vergesellschaftung als ein Selbst-einkokonisieren begriff. Ob Dörre seinen Optimismus tatsächlich be-

gründen kann, bleibt dem Rezensenten verhorren. Aber selbst wenn der Optimismus apodiktisch daher kommt, ist es Zeit für ihn. Die Linke hat lange genug lamentiert. Es bleibt der Eindruck, daß marxistische Forschung so angelegt sein sollte, wie wir sie hier vorfinden: Mit einer sich selbst korrigierenden Theorie auf gesellschaftliche Phänomene zugreifen, ihr Wesen hervorheben und niemals der kulturpessimistischen Versuchung erliegen. Dörres "Aktivbürger" ist nicht der Abschied von marxistischer Klassenanalyse, sondern im Gegenteil: Der aktive Bürger ist die optimistische Perspektive für die Arbeiterbewegung und insofern die Vorbedingung für jene gesellschaftliche "Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".

Michael Schöngarth

Statistik zur Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert

Ernst Lüdemann, *Die Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert. Eine statistische Übersicht, IMSF Forschung & Diskussion 13, Frankfurt am Main 1996, 268 S., 19,80 DM.*

In einer Zeit weltweiter Umbrüche und Strukturwandlungen geht es auch große Unsicherheit bei der Einschätzung der Entwicklungstrends in der Weltwirtschaft. Die Erschließung international vergleichbarer Datenreihen erlangt daher für die Beurteilung der heutigen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge besondere Bedeutung. Es gibt jedoch nur wenige Veröf-

fentlichungen, die ein solches Zahlenmaterial in umfassender Weise und in möglichst langen Datenreihen darbieten und damit einen Überblick über die Entwicklung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge im 20. Jahrhundert ermöglichen. Als ein Standardwerk auf diesem Gebiet gilt die Arbeit von Angus Maddison "The World Economy in the 20th Century" (OECD, Paris 1989). Allerdings erfaßt auch diese Arbeit nur ein begrenztes Spektrum weltwirtschaftlicher Prozesse und reicht in ihren statistischen Daten nur bis in die 80er Jahre. Veröffentlichungen der UNO, der OECD und der EU bieten ein umfangreiches statistisches Material vor allem über die Entwicklung der Industrieländer seit der Mitte dieses Jahrhunderts. Für die gründliche Analyse weltwirtschaftlicher Zusammenhänge ist es jedoch notwendig, Angaben aus den verschiedenen Quellen zusammenzutragen, wobei sich ständig Probleme bei der Vergleichbarkeit der Daten, bei der Berücksichtigung unterschiedlicher und häufig wechselnder Basisjahre und bei anderen statistische "Tücken" einstellen.

Diese Vorbemerkungen sollen verdeutlichen, welche Schwierigkeiten bei der Erarbeitung eines statistischen Überblicks über die weltwirtschaftliche Entwicklung im 20. Jahrhundert zu überwinden sind. Ich meine, daß es Ernst Lüdemann mit seinem statistischen Taschenbuch "Die Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert" gelungen ist, diese Aufgabe zu lösen und eine empfindliche Lücke in unserer Wirt-

schaftsliteratur zu schließen. Der Verfasser verfügt über langjährige Erfahrungen in der statistischen Aufbereitung von Wirtschaftsdaten - er war Hauptverantwortlicher für die vom IPW der DDR dreimal herausgegebenen Statistikbändchen "Kapitalismus in Zahlen" (1977, 1982 und 1987) - und hat diese Erfahrungen umfassend genutzt, um das umfangreiche statistische Material, das ihm vor allem aus internationalen Organisationen und Behörden und der wissenschaftlichen Literatur vorlag, mit großem Sachverstand aufzubereiten und zu ergänzen.

Das Taschenbuch enthält Daten zu acht Bereichen: I. Fläche, Bevölkerung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung; II. Industrie und Energiewirtschaft; III. Landwirtschaft; IV. Außenhandel; V. Zahlungs- und Leistungsbilanzen, internationale Kapitalverflechtung; VI. Verkehrswesen; VII. Preise, Staatsfinanzen, Währungen, sowie VIII. Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Einkommen. Ein erster Vorzug des Buches besteht also in der Breite des Spektrums der erfaßten statistischen Daten. Es bietet damit einen umfassenderen Ansatz als z.B. die Arbeit von Maddison. Der Leser findet in dem Taschenbuch Daten über die Verschuldung der Entwicklungsländer, den Welthandel, die Arbeitsproduktivität in den Industrieländern und über die größten Industriekonzerne der Welt wie auch Angaben über Preisentwicklung, Streiks und Arbeitslosigkeit und viele andere Bereiche. Dabei muß noch erwähnt werden, daß die Texte zur Einführung in die einzel-

nen Abschnitte einen eigenständigen Informationswert besitzen, da es dem Verfasser gelungen ist, auf knappem Raum charakteristische Prozesse des jeweiligen Bereichs der Weltwirtschaft vorzustellen. Somit ist das Taschenbuch nicht nur ein wichtiges Hilfsmittel bei der Analyse weltwirtschaftlicher Prozesse, sondern zugleich auch ein wertvolles Material über die Natur des heutigen "realen Kapitalismus", das für die politische Auseinandersetzung genutzt werden kann.

Ein zweiter interessanter Aspekt der Arbeit zeigt sich in dem Bemühen des Autors, lange statistische Reihen zu bilden, die in ihren Daten teilweise bis zum Jahrhundertbeginn oder auch noch weiter zurückreichen. Das gilt für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts der Länder sowie für einige industrielle Erzeugnisse, einzelne Bereiche des Verkehrs, den internationalen Handel und die Streikstatistik. Besonders interessant sind die Berechnungen Lüdemanns zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in einer großen Anzahl von Ländern für den Zeitraum von 1870 bis 1994 (Tabelle 1.7). Der Verfasser stützt sich hier auf andere Arbeiten (vor allem auf das Buch Maddisons), leistet aber zugleich einen eigenen interessanten Beitrag, indem er für den gesamten Zeitraum absolute Werte in Mrd. Dollar (auf der Preisbasis von 1980) berechnet. Damit ist eine direkte Vergleichbarkeit der Staaten in ihren ökonomischen Kräfteverhältnissen gegeben und eine weitere statistische Verwertbarkeit für die Berechnung von Indexreihen, Wachstumstempi

und andere statistische Reihen möglich. Natürlich kann es sich hierbei nicht um "genaue" Angaben über mehr als ein Jahrhundert hinweg handeln. Das bebt der Autor auch selbst eindeutig hervor. Aber die Tendenz der ökonomischen Entwicklung wie auch der wechselnden Kräfteverhältnisse zwischen den einzelnen Ländern ist zuverlässig erfaßt. Der Autor hat hier m.E. eine glückliche Hand bei der Wahl des Basisjahres 1980 gehabt, da es im Verhältnis zu den anderen in der internationalen Statistik verwendeten Basisjahren wohl sicher als das "normalste" Jahr gelten kann.

Ein dritter Vorzug des Taschenbuchs besteht in der umfassenden und auch neuartigen Zusammenstellung statistischer Daten über die heutigen Prozesse der Internationalisierung. Völlig zu Recht gibt Lüdemann von dem Prinzip ab, nur Daten über die internationalen Wirtschaftsaktivitäten von Ländern zu berücksichtigen. Entsprechend der tatsächlichen Situation in der Weltwirtschaft nehmen Angaben über die Aktivitäten der internationalen Konzerne ("Multis") und über die internationale Kapitalverflechtung einen breiten Raum ein. Hierin besteht ein besonderes Verdienst der vorliegenden Arbeit.

Ich bin auf drei wichtige Aspekte des Taschenbuchs eingegangen. Es verdiente eigentlich eine ausführlichere Einschätzung. Natürlich weckt eine Arbeit zur internationalen Statistik auch immer neue Wünsche, die man gern berücksichtigt gefunden hätte, z.B. Angaben zur Rolle der internationalen

Banken, zur Armut in der Welt des Kapitalismus u.a. Aber: Hier liegt die Meisterschaft wohl wirklich in der richtigen Beschränkung, und der Autor verweist zu Recht auf die sehr ausführlich genannten statistischen Quellen zu den verschiedenen Gebieten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Eine kritische Anmerkung möchte ich jedoch noch anfügen: Es fällt auf, daß Daten über strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft und dabei besonders über die Entwicklung der "modernen" Bereiche zu kurz kommen. So hätte ich mir mehr Vergleichsdaten über die Veränderung der Anteile der verschiedenen Wirtschaftsbereiche an der Entstehung des Bruttosozialprodukts gewünscht, um z.B. die veränderten Gewichte von Industrie und Dienstleistungen verfolgen zu können. Gleiches gilt für die Industrieproduktion. Die Zweige der Hochtechnologie sind m.E. zu wenig berücksichtigt - selbst bei den Reihen über einzelne Industrieprodukte. Auch im internationalen Handel wie bei den Direktinvestitionen im Ausland wären Angaben über das rasch wachsende Gewicht der Dienstleistungssphäre wichtig - genauso wie Daten über die Rolle der Zweige bzw. Produkte der Hochtechnologie.

Dies sind wohl schon Wünsche, die für eine spätere Neuauflage des Taschenbuchs anzumelden wären. Ich wünsche der Arbeit eine möglichst weite Verbreitung und dem Autor weiterhin eine so erfolgreiche Beschäftigung mit den weltwirtschaftlichen Prozessen.

Horst Heining

IMSF - Publikation

Ernst Lüdemann

Die Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert eine statistische Übersicht

Der Band bietet eine ausführliche statistische Übersicht zu wichtigen Bereichen der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert mit tiefgehender regionaler und Länder-Gliederung und fortlaufenden Zeitreihen. Grundlage sind offizielle Statistiken aus z.T. entlegenen Quellen und internationalen Spezialveröffentlichungen. Für jeden, der sich eine rasche Übersicht zu den internationalen Wirtschafts- und Währungsverhältnissen und den Veränderungen der Weltwirtschaftsstrukturen verschaffen will.

Aus dem Inhalt:

- I. Fläche, Bevölkerung, gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- II. Industrie und Energiewirtschaft
- III. Landwirtschaft
- IV. Außenhandel
- V. Zahlungs- und Leistungsbilanzen, internationale Kapitalverflechtung
- VI. Verkehrswesen
- VII. Preise, Staatsfinanzen, Währungen
- VIII. Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Einkommen

IMSF - Forschung und Diskussion 13
Frankfurt/M., 1996, 180 Seiten, DM 19,80

zu beziehen: IMSF
Kölner Straße 66
60327 Frankfurt / M.
Telefon: 069 / 7 39 29 34

Wallstreetgeier oder spekulierender Philosoph und Philanthrop

*George Soros, Soros über Soros.
Börsenguru und Mäzen, Eichhorn,
Frankfurt/M. 1996, 360 S., 48,- DM.*

Als Nazi-Wehrmacht und Adolf Eichmanns Endlösungsstoßtrupps 1944 in Budapest einfielen, um Ungarns Juden zu liquidieren, setzten sie unabsichtlich einen individuellen Entwicklungsprozeß in Gang, in dessen tragem Verlauf sich György, der halbstarke Sohn des angesehenen und wohlhabenden jüdischen Anwalts Tivadar Soros, als jener George Soros entpuppte, den das US-Wirtschaftsjournal *Business Week* 1993 auf einer Titelseite hochachtungsvoll als "den Mann, der Märkte in Bewegung setzt", apostrophierte.¹ In den Erinnerungen des Superspekulanten, "Börsengurus und Mäzens" nimmt die Nazi-Invasion Ungarns eigenartig verzerrte, ja fast verklärte Züge an:

"Das war die Sternstunde im Leben meines Vaters, weil er wußte, wie er sich zu verhalten hatte. (...) Das Gesetz zu hefolgen, war nun gefährlich; es zu mißachten war der Schlüssel zum Überleben. Mein Vater (...) schaffte es, unserer Familie gefälschte Papiere zu hesorgen, und spürte Wohnungen auf, wo wir leben und uns verstecken konnten. (...) Das war eine Zeit aufregender Abenteuer. (Das) Jahr 1944 (war) das glücklichste meines Lebens (...). Ich war 14 Jahre alt und bewunderte meinen Vater, der die Dinge im Griff hatte, wußte, was zu tun war, und anderen half. Wir schwehten in Lebensgefahr, aber ich war überzeugt, daß ich davon ausgenommen war. (...) Diese Erfahrung hat mein Leben nach-

¹ The Man Who Moves Markets. *Business Week*, 23-08-1993 (Cover Story).

haltig geprägt, weil ich die Kunst des Überlebens von einem großen Meister gelernt habe. Das war auch für meine Karriere als Finanzmanager von Bedeutung." (35)

Wer wie Soros die Zwangserziehung der Nazijudenhatz mit Bravour überlebt, der war gewiß gewappnet für Charles Darwins wiedererwecktes *Survival of the fittest*, für den Rückfall in die menschenverachtende Barbarei des Manchesterstums, das 1979 mit dem Amtsantritt Margaret Thatchers zur alten Doktrin erhoben wurde. Es entsprach den Gesetzlosigkeiten des *anything goes* eines von maßloser Gier gebeutelten deregulierten Systems des *Laissez-faire*-Kapitalismus, daß der Wallstreetgeier Soros seinen größten Coup just gegen jenes Land richtete, das ihn einst als Flüchtling aufgenommen und in dem er als Student an der *London School of Economics* seine "Karriere als Finanzmanager" angetreten hatte, indem er im September 1992 auf den Sturz des englischen Pfunds spekulierte.

"Der Höhepunkt war dann erreicht, als die britische Regierung die Zinsen um zwei Prozent erhöhte, um ihre Währung zu verteidigen. Das war ein Akt der Verzweiflung, der uns signalisierte, daß die britische Position unhaltbar war. Er hat uns ermutigt, mit unseren Pfund-Verkäufen noch aggressiver als zuvor weiterzumachen." (83) Mit seinem aus New York geleiteten, aber auf Curacao domizilierten *Quantum Fund*, einem Investmentfonds für Superreiche, setzte Soros nominell zehn Milliarden Dollar auf den Absturz des Pfunds und machte einen

Profit von eine Milliarde Dollar. Das Pfund schied aus dem europäischen Währungsverbund aus, George Soros stand da als "der Mann, der die Bank von England ruinierte". (226)

Nach diesem sensationellen *deal* war Soros imstande, durch gezielte Indiskretionen oder öffentliche *statements* die Finanzmärkte in seinem Sinne zu bewegen. Am 9. Juni 1993 druckte die Londoner *Times* einen Soros-Brief, in dem er die DM völlig zutreffend als erheblich überbewertet bezeichnete. Der offene Brief zeigte Wirkung: Binnen weniger Stunden fiel die Mark um 16 Punkte gegenüber ihrem EWU-Mittelwert. Soros und die Anteilseigner des *Quantum Funds* waren wieder um 400 Millionen Dollar reicher.

Am liebsten operiert Soros im Namen seiner mittlerweile sechs Investmentfonds mit einem bestimmten Finanzmanöver, dem *shorting*. Er verkauft z.B. fünf Milliarden Pfund, die er noch nicht besitzt, zu einem bestimmten Termin an einen Käufer, etwa die *Bank of England*. Dann setzt er das Pfund vermittels rasanter Überkreuztransaktionen mit anderen Währungen so unter Druck, daß sein Kurs fällt. Zu stark gefallenem Kurs kauft er die fünf Milliarden Pfund in dem Moment, in dem er sie zu höherem Kurs liefern muß. Die Differenz zwischen den Kursen ist der Spekulationsgewinn. Neuerdings stürzt er sich auf an Kapitalmangel verendende Technologiekonzerne und unterbewertete Baukomplexe, um sie auszuwaschen. Mit Börsengeschäften solch kalibers ist der von Soros

1969 begründete *Quantum Fund* zum Superstar unter den Investmentfonds geworden: "Über 26 Jahre hinweg (kann er) auf eine durchschnittliche Jahresrendite von fast 35 Prozent für die Anteilseigner verweisen - und das nach Abzug der Gewinnanteile des Managements. Hätte man 1969 \$ 1000 investiert, wäre dieser Betrag - bei reinvestierter Dividende - auf ungefähr \$ 2,15 Millionen angewachsen." (66)

George Soros glaubt felsenfest, er unterscheidet sich von anderen Börsenjobbern; denn er habe nicht nur bei dem Philosophen Karl Popper an der *London School of Economics* die Lehre von der "offenen Gesellschaft" studiert, sondern selbst eine 'philosophische' Abhandlung über die Börsenspekulation verfaßt, die 1987 unter dem Titel *The Alchemy of Finance* erschienen ist. Darin verrät er zwar nicht, wie er seine Börsenblitzkriege ausbaldowert, doch langfristig entwickelt er eine verwaschene Theorie des spekulativen Handelns: die "Reflexivität".

"Meine Hauptthese besteht darin, daß unser Verständnis der Welt, in der wir leben, unweigerlich unzulänglich ist. Die Situationen, die wir, um Entscheidungen treffen zu können, verstehen müssen, werden durch diese Entscheidungen beeinflusst. (...) Ich gebrauche (den Begriff 'Reflexivität'), um die Struktur von Ereignissen zu beschreiben, an denen mitdenkende Akteure teilhaben. Aber ich benutze den Begriff auch, um bestimmte Momente zu beschreiben, wo der wechselseitige Feedback-Mechanismus so-

wohl den Gang der Ereignisse stört als auch die Wahrnehmung der mitdenkenden Akteure dergestalt verzerrt, daß ein Ungleichgewicht entsteht." (68f.)

"Reflexivität" à la Soros besagt folglich nichts anderes, als was man über Spekulanten schon immer gewußt hat: Sie reagieren aus dem Bauch auf reale oder vermeintliche Trends, laufen in der Herde mit, wenn diese zu einer *stampede* ansetzt, und vertrauen den Sternen mehr als ihrer mangelnden Einsicht in gesellschaftliche Prozesse.

Um sein Spielfeld, die "offene Gesellschaft", als welche Karl Popper die vermeintlich demokratische Welt des deregulierten Kapitalismus beschrieben hat, zu erweitern und abzusichern, und weil er nicht wußte, wohin mit all seinem Geld, fing George Soros um 1980 an, sich als Philanthrop in den Ländern Osteuropas zu betätigen. Zuerst unterstützte er einzelne osteuropäische Dissidenten. "Ich wußte, daß das kommunistische Dogma falsch war, weil es ein Dogma war. Wenn es aber gelang, Alternativen aufzuzeigen und eine Tür für andere Ideen aufzustoßen, dann würde die Falschheit des Dogmas offenkundig werden. Und damit würde man tatsächlich das Dogma unterminieren und das Regime schwächen." (115)

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mußte Soros tiefer in die Tasche greifen, um Not zu lindern: "Mit meiner Spende von \$ 100 Millionen wollte ich der wissenschaftlichen Elite während einer Zeit ökonomischer Wirren das

Überleben ermöglichen. Diese Wissenschaftler sind (...) hervorragende Fachleute, und sie waren die Hauptstütze unabhängiger Gedanken und Aktionen in der ehemaligen Sowjetunion. (...) Wir haben an etwa 30000 Wissenschaftler je 500 Dollar im Jahr vergeben". (155, 160)

Mittlerweile mäzeniert Soros in rund 25 Staaten Osteuropas und des Balkans, vor allem in seiner alten Heimat Ungarn, wo er eine *Mitteleuropäische Universität* gegründet hat, die Eliten nach seiner Vorstellung züchten möge. Bei alledem sieht sich George Soros, der spekulierende Philosoph und Philanthrop, in einem Dilemma. Er braucht die jetzige total deregulierte Gesellschaft, die er nach Popper die "offene" nennt, um unbehindert seine *Milliardendeals* durchzuziehen; zugleich aber sieht er mit Schrecken, wie diese Gesellschaft kraft Hochtechnologien und radikaler Kommerzialisierung in ein Heer von beziehungslosen Monaden oder Konsumobjekten zerfällt, die bloß noch zu vorübergehenden käuflichen Bindungen fähig und beliebig manipulierbar sind.

"In einer Welt, in der jede Handlung von der freien Wahl abhängt, bestimmt das wirtschaftliche Verhalten alle Bereiche der Aktivität. (...) Die Prinzipien der Marktmechanismen werden (...) für so unterschiedliche Bereiche wie Kunst, Politik, gesellschaftliches Leben, Sexualität und Religion relevant. (...) Euthanasie, Genmanipulationen und Gehirnwäsche werden zu realen Möglichkeiten. Die kompli-

ziertesten menschlichen Funktionen, beispielsweise das Denken, können zerlegt und künstlich reproduziert werden. (...) Das vielleicht verblüffendste Charakteristikum einer in perfekter Weise veränderbaren Gesellschaft ist der Niedergang der zwischenmenschlichen Beziehungen. (...) Die Menschen werden unter Wettbewerbsbedingungen zu Objekten der Wahl. (...) Das Bild, das sich hier abzeichnet, ist alles andere als befriedigend. Wenn die offene Gesellschaft erst einmal ein Faktum ist, kann sich unter Umständen heransustellen, daß sie viel weniger erstrebenswert ist, als es denen erscheint, die sie als Ideal betrachten." (270f.)

Millionen Arbeitslose und viele andere denkende Menschen wissen's freilich schon seit langem, worüber der Börsengeier in einsamem Höhenflug noch spekuliert: Die total deregulierte Gesellschaft ist ein offenes Übel, das wir so schnell wie möglich überwinden müssen.

Hans G Helms

Bilanz des Neoliberalismus am Beispiel Mexikos

Dieter Boris, *Mexiko im Umbruch. Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1996, 263 Seiten mit Literaturverzeichnis und Tabellen, 58,-DM.

Die Studie von Dieter Boris ist eine systematische und problemorientierte Betrachtung der mexikanischen Entwicklung seit 1982: Eine

Bilanz der neoliberalen Strukturanpassungspolitik.

Zugespitzt formuliert sie die Frage: "Steht die neoliberale Politik, die über zwölf Jahre in besonders rigoroser Form in Mexiko durchgeführt wurde, vor einem Scherbenhaufen?" (2) Das Buch gliedert sich neben einer historischen Einführung in drei große Teile: die Betrachtung der beiden Präsidentschaftsperioden von Miguel de la Madrid 1982-88 und Salinas de Gortari 1988-94; die Auswirkungen dieser Präsidentschaftsperioden auf die wirtschaftlichen Sektoren und die Veränderungen in der sozialen Struktur der mexikanischen Gesellschaft und drittens die politischen und sozialen Akteure in diesen Zeiträumen. Umrahmt werden diese Teile von Betrachtungen der tiefen Krisen von 1982 und 1994 - wobei zumindest für die Krise 1982 gilt, daß sie gleichzeitig den Wendepunkt einer bis dahin geführten Konzeption der importsubstituierenden Industrialisierung Mexikos markiert, während die Krise 1994 zwar die inneren Blockierungen der neoliberalen Konzeption offenlegte, aber: "Der Umbruch der Gesellschaft hat unter neoliberalen Vorzeichen begonnen, wohin er ökonomisch und politisch führen wird, bleibt ungewiss." (228)

Im folgenden soll etwas näher auf die Ausgangsbedingungen des neoliberalen Projekts, seine Auswirkungen und inneren Widersprüche eingegangen werden. Betrachtet man die ökonomischen und politischen Ausgangsbedingungen der neoliberalen Wende in Mexiko, so können sie als günstig bezeichnet

werden. Dies gilt in dreifacher Hinsicht:

1. die besonderen Schuldendienst-erleichterungen (nach 1982) seitens der USA im Gefolge der Brady-Initiative;
2. die verbesserten Marktzugangsmöglichkeiten Mexikos für die USA infolge des NAFTA-Abkommens und weitere bilaterale und multilaterale Unterstützungsmaßnahmen;

Seit 25 Jahren in Bewegung...

... die blätter des iz3w.

Die Zeitschrift, die kritisch politische, wirtschaftliche und kulturelle Themen aus dem Spektrum der Süd-Nord-Beziehungen analysiert und debattiert.

Bestellung:

- Das Probeabo (3 Ausgaben für 15,- DM)*
- Ein kostenloses Probeexemplar der blätter des iz3w
- Die Materialliste '96

Informationszentrum dritte welt
Postfach 53 28, 79020 Freiburg
Telefon 07 61/7 40 03
Fax 07 61/70 98 66

Das Probeabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo für 60,- bzw. 50,- DM, wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

3. die immer noch funktionierenden sozial-integrativen Mechanismen Mexikos, die garantierten, daß eine harte und länger währende Austeritätspolitik, ohne größere soziale und politische Proteste von der Bevölkerung hingenommen werden. (Vgl. 3).

Das Herzstück der mexikanischen Modernisierungspolitik bildete ohne Zweifel die schon im Anfang der Präsidentschaftsperiode von Miguel de la Madrid unter großem publizistischem Aufwand formulierte reconversión industrial (industrielle Restrukturierung). Was sind nun die Ergebnisse dieser Restrukturierung und die realen außenwirtschaftlichen Wirkungen dieser neoliberalen Modernisierung? Die erste Bilanz, bezogen auf das Wachstum des industriellen Sektors in den zwölf Jahren, ist mehr als bescheiden. Es betrug im Durchschnitt der Jahre 1982-1988 nur 0,14% und erhöhte sich in der Präsidentschaftsperiode von Salinas de Gotari zwischen 1989 und 1994 um ca. 3,7% pro Jahr. Diese Zuwachsraten liegen damit weit unter den Zuwachsraten der so heftig kritisierten Importsubstitutionsphase in den 50er und 60er Jahren (vgl. 112/113). Betrachtet man die einzelnen Industriezweige, so gab es die Gewinner der Strukturanpassungspolitik (Petrochemie/Chemie/Grundstoffe/Bau und Automobilindustrie), die Zweige, in denen sich Wachstum und Schrumpfung die Waage hielten (vor allem Konsumgüterindustrien) sowie die klaren Verlierer (Lebensmittelindustrien, Textil, Tabak, Kosmetik, Maschinenbau und

Transportmittel außer Automobilbau). In der Quintessenz dieser Strukturanpassung für den industriellen Sektor ist von einer Polarisierung der Produktionsstruktur zu sprechen. "So beschrieb die Zeitschrift *Expansión* 1987 die Situation Mexikos mit den Worten "En medio de la crisis las 500 estan de fiesta"/ Inmitten der Krise befinden sich 500 in einer Fiesta" (115). Boris zitiert zustimmend Enrique de la Garza, der diese Entwicklung folgendermaßen charakterisiert: "Es hat sich ein Polarisierungsprozeß in der Ökonomie vollzogen, der größer ist als in vorangegangenen Phasen. Es handelt sich um eine Stärkung des monopolistischen Charakters der Ökonomie, um eine Spaltung in eine kleine Minderheit von Unternehmen, die die Möglichkeit haben, die Krise zu überwinden, zu exportieren, die Produktivität zu erhöhen, auf der einen Seite und eine Mehrheit von Unternehmen, die von der Krise mehr oder minder stark berührt sind, andererseits. Die Abwesenheit eines nationalen Entwicklungsplanes (Deregulierung P.H.) hinsichtlich einer solchen Umstrukturierung kann nicht garantieren, daß der monopolistische Sektor, der sich im Prozeß der Modernisierung befindet, sich tatsächlich in einen Motor, der aus der Krise herausführt, transformiert: Denn eine Verkettung zwischen den einzelnen Branchen und vor allem zwischen dem dynamischen Bereich und dem zurückgebliebenen Bereich vollzieht sich keineswegs spontan." Daher haben die neoliberalen Reformen eine generelle

Produktivitätsanhebung bisher nicht bewirken können. Reallohnabsenkung, massive Arbeitskraftfreisetzung und Konzentration auf einige Unternehmensgruppen begründeten im wesentlichen das vielzitierte "Neoliberale Wunder" (vgl. 118). Auch die außenwirtschaftliche Verflechtung mit den USA hat sich in diesem Zeitraum noch verstärkt. 1994 kamen 69% aller Importe aus den USA (1976: 62%) und die mexikanischen Exporte gingen zu knapp 85% in die USA (1976: 56%). Dieses partielle Exportwunder verschleiert auch, daß die Produzenten landwirtschaftliche oder industrielle Binnenmärkte verlieren. Es gibt einen Rückgang des Prozesses der Importsubstitution und eine zunehmende Unfähigkeit, den ausländischen Konkurrenten auf dem eigenen Markt zu begegnen (vgl. 132). Dazu paßt, daß sich die ausländischen Direktinvestitionen zwischen 1982 und 1993 verfünffachten (von 10,8 Mrd. auf ca. 56,3 Mrd. US-Dollar) und die Bedeutung der Maquiladora-Industrie (Lohnveredelungsindustrie) in diesem Zeitraum im Grenzgebiet zu den USA dramatisch angestiegen ist; von ca. 580 Betrieben mit 130.000 Beschäftigten auf 2.000 Betriebe mit ca. 540.000 Beschäftigten. Das sind fast 20% der gesamten industriellen mexikanischen Arbeitskräfte. Im Kontrast zu diesem Wachstum weisen die einschlägigen sozialen Indikatoren (Einkommensverteilung, Minimallohnentwicklung, durchschnittlicher Reallohn, Arbeitslosigkeit, Armut) auf eine klare Verschlechterung der Lage der Masse

der Bevölkerung hin (vgl. 137). Wenn es auch während der Amtszeit von Salinas de Gortari zu Einkommensverbesserungen kam, so besteht ein wesentliches Resultat der zwölfjährigen neoliberalen Politik darin, daß das Lohnniveau von 1982 oder noch früherer Jahre nicht einmal in Ansätzen wieder erreicht wurde. Auch die Einkommenspolarisierung hat sich in diesem Zeitraum zugespitzt. Während 1984 die obersten 10% im Vergleich zu den untersten 10% ein neunzehnmal größeres Einkommen erzielten, hatte sich diese Differenz 1989 auf das 24fache erhöht.

Auf weitere Aussagen muß mit Verweis auf die entsprechenden Kapitel im Buch von Dieter Boris verzichtet werden. Zum Schluß soll auf die internen krisenauslösenden Blockierungen des neoliberalen Modells eingegangen werden (vgl. 220ff.). Vordergründig stellte sich die Krise 1994 als explosive Mischung aus der staatlicherseits längerfristig hingenommenen Überbewertung des Pesos, einem Leistungsbilanzdefizit, einem hohen Zinsfuß und dem starken Anstieg der Außenverschuldung über kurzfristig fällig werdende und in US-\$ rückzahlbare Staatspapiere (Tesobonos) dar. Diese Faktoren der Krisenauslösung sind entweder selbst direkt Ergebnis der Defizite neoliberaler Politik oder der Preis für erreichte positive Zielsetzungen (Inflationsbekämpfung) im Rahmen dieser Politik. Diese Blockierungen (Boris verweist in diesem Zusammenhang auch auf Brasilien und Argentinien, da in diesen Ländern

ähnliche Faktoren wirken) sind in folgenden Punkten zu sehen:

1. Ein hoher und anhaltender Schuldendienst verhindert den Haushaltsausgleich und heizt die Inflation an.

2. Ein zum Zweck der Inflations Eindämmung tendenziell fixierter Wechselkurs führt zu einer Überbewertung der nationalen Währung, damit zu einer Exportschwäche und Begünstigung der Importe. Dies ergibt sich dann besonders krass, wenn das interne Inflationstempo größer ist als das des wichtigsten Handelspartners, im Falle Mexikos der USA.

3. Dieses Passivsaldo (1994 ca. 28 Mrd US-\$) kann nur durch Kapitalzuflüsse (Kredite/Geldkapitalanlagen, Direktinvestitionen) kompensiert werden. Diese Zuflüsse sind zum Teil kurzfristig und hochspekulativ. Steigt irgendwo anders der Zinsfuß, so fließen die Geldanlagen wieder ab.

4. Zum Zweck der Inflationseindämmung ist die "Über"nachfrage (herrschende Meinung) zu beschränken durch Haushaltskürzungen, Lohnbeschränkungen und eine restriktive Geldpolitik. Dies beschränkt die Binnenkonjunktur und die realen Investitionen im Inneren.

Immanent führen diese Faktoren zu sich immer wieder zuspitzenden Krisen und keineswegs zu einem stabilen, sozialen und ökonomischen Wachstum. Dieter Boris' Buch verdient die Aufmerksamkeit aller, die sich ernsthaft mit dem Neoliberalen Modell und seinen

immanenten Widersprüchen auseinandersetzen wollen.

Peter Hiedl

Marx in Algier

Marlene Vesper, Marx in Algier, Pahl Rugenstein Nachf., Bonn 1995, 232 Seiten, 32 Abb., 29,90 DM.

1882 war Karl Marx ernsthaft an einer chronischen Bronchitis erkrankt, die sich zeitweise zur Rippenfellentzündung auswuchs. Da das naßkalte London keine Hoffnung auf Besserung zuließ, ermöglichte ihm Engels einen Genesungsaufenthalt in Algier, wo sich Marx dann zwischen Februar und Mai aufhielt. Zufälligerweise erlebte die nordafrikanische Küste aber ausgerechnet in jenem Frühjahr ebenfalls eine ungewöhnliche Welle von Nässe und Kälte, die dann Ende April sofort in Sommerhitze überging. So verschlechterte sich der Zustand des Kranken während der Kur zeitweise sogar noch bis zur Bettlägrigkeit. Und es war ein halbes Wunder, daß der französische Arzt, der ihn vor und nach seinem Algieraufenthalt untersuchte, bei dem an die Cote d'Azur zurückgekehrten Marx schließlich doch eine leichte Verbesserung des Gesamtzustandes feststellte. Die nicht mehr zu hesigende Krankheit, aber auch der Verlust seiner Frau und einer Tochter führten knapp ein Jahr später zu seinem frühen Tod.

Da die Reise nach Algier Marxens einzigen Aufenthalt außerhalb des europäischen Kontinents darstellte,

erregte sie immer schon Neugierde, wengleich diese wenig Berechtigung hat. Marx war zu krank, um zu forschen und zu analysieren. Er schaffte es zeitweise nicht einmal, mehr als die Lokalpresse zu lesen und seine wichtigste Korrespondenz zu erledigen. Diese enthält außer den Schilderungen über seinen Gesundheitszustand allerdings einige sehr lebendige Passagen über Begegnungen des 'Mohrs' mit 'Mauren'.

Marlene Vesper legt nun ein offensichtlich Anfang der achtziger Jahre vor Ort recherchiertes Buch über Marxens Reise nach Algier vor, dessen ausufernde Akririe mich zutiefst verwundert hat. Als müßte eine Hagiographie verfaßt werden, wird nicht nur genauestens recherchiert, was er gesehen hat, sondern auch, was er gesehen haben könnte, nicht nur, was er nachgewiesenerweise gelesen hat, sondern auch was er gelesen haben könnte und schließlich, was Engels zu dem Ganzen gesagt haben würde, wenn... Marlene Vesper hat nicht nur die Ausflüge absolviert, zu denen Marx eingeladen wurde, die er aber aus Gesundheitsgründen nicht mitmachen konnte, sondern auch noch eine fünfundneunzigjährige Tochter des Arztes Dr. Stéphan ausfindig gemacht, der Marx seinerzeit behandelte (die freilich 1882 noch nicht auf der Welt war und ihren Vater offensichtlich auch nie von Marx sprechen gehört hatte). Daß Vesper 1995 schreiben konnte, ihr sei aus den Ausflügen "doppelter Gewinn" entsprungen: "Freude an den unveränderten Naturschönheiten und

die Genugtuung darüber, überall dem Neuen zu hegegen, die Veränderungen wahrzunehmen, die sich seit der Erringung der Unabhängigkeit im Leben des algerischen Volkes vollziehen" weist auf die Paradoxie der ganzen Publikation. Mit der Erwähnung einer Würdigung des Marx-Aufenthalts in einer algerischen Zeitung wird suggeriert, daß Marx und der Marxismus in diesem Land ihre Rolle spielen würden und es sich somit irgendwie auf dem richtigen Pfad in die Zukunft befände.

Das einerseits hewundernswürdig reiche, andererseits aber nur auf den Marx-Aufenthalt hin ausgewählte Quellenmaterial (u.a. wurde eine Werbung der lokalen Schokoladenmarke ausfindig gemacht, die Marx als Mitbringsel für die Enkel auswählte) verengt die Sicht auf das Algier von 1882 auf den zeitgenössischen Dokumentationsstand. Wir verfügen heute über weitaus mehr historisches und soziologisches Material, um uns ein tiefergründigeres Bild von Algerien im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts zu machen. So ist es zum Beispiel keineswegs zufällig, daß Marx in Algier auf viele Gesinnungsgenossen auch und gerade unter Ärzten und Juristen traf: Die französische Linke war es schließlich gewesen, die die Kolonisierung Nordafrikas gefordert hatte und der Rechten war es nur recht, wenn sie die Aufmüpfen der Revolutionen von 1830 und 1848 dorthin abschieben und ungefährlich machen konnte. Die Chance, den von Marx wahrscheinlich durchaus gespürten Widerspruch zwischen den Idealen

seiner Freunde in Algier und deren Einbindung in die koloniale Perspektive zu problematisieren, wurde nicht wahrgenommen.

Das Beste am Buch ist aus Sicht der Rezensentin das von Marx in Algier aufgenommene Foto, sein letztes überhaupt. Es zeigt einen freundlichen Mann, der offensichtlich keine Angst vorm Tod hat. Sein verschmitztes Lächeln erinnert mich daran, daß er es selbst widersinnig gefunden hätte, wenn eine "winzigste Apropos-Bemerkung" von ihm oder auch die Frage nach dem Verbleih seiner Krankenbulletins auch 100 Jahre später noch "ungeteilte Aufmerksamkeit" hervorrufen würde. Daß er eine historisch-soziologische Methode begründet hat, deren kreative Weiterentwicklung es den Völkern auch heute noch ermöglichen könnte, ihre Gegenwart besser zu verstehen und zu verändern, kann man Marlene Vespers Buch nicht entnehmen.

Sabine Kebir

Auf dem Weg in die virtuelle Gesellschaft?

Achim Bühl, *CyberSociety. Mythos und Realität der Informationsgesellschaft*, PapyRossa Verlag, Köln 1996, 276 S., 44,00 DM.

Es ist nicht immer eindeutig, was heute in der öffentlichen Debatte zur Informationsrevolution unter dem tatsächlich Neuen im Bereich der Medien verstanden wird. Zwar redet und schreibt man viel über Informationsgesellschaft, Multime-

dia und Cyberspace, jedoch bleibt dabei oftmals unklar, wie diese Begriffe überhaupt theoretisch zu fassen wären und welche Bedeutung man ihnen in der gesellschaftlichen Praxis zuschreiben könnte. Nur ab und an dringen die entwickelten Theoreme in den greifbaren und auch auf diesem Gebiet immer vielfältiger werdenden Publikationen zur Medienproblematik zu dem wirklich relevanten Kern der Diskussion vor. Die Frage ist nämlich, in welchem Verhältnis die heutigen kapitalistischen Gesellschaften insgesamt zu den offensichtlich tiefgreifenden Veränderungen im Medienbereich stehen und ob sich durch die Medien diese Gesellschaften selbst so grundlegend wandeln, daß man hierbei von einer erweiterten, qualitativ neuen Stufe der Vergesellschaftung sprechen kann. Aufgrund der unzweifelhaft ständig steigenden Bedeutung der Medien und ihrer Produkte im gesellschaftlichen Raum muß es aber auch mehr denn je um die Beantwortung einer weiteren Frage gehen: Welche politischen und sozialen Auswirkungen werden von den technologischen Innovationen im Mediensektor hervorgerufen und wie beeinflussen diese dann die allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Individuen? Konkretes ist zu diesem Themenkreis allerdings selten zu finden, einzig die von Autoren der IG-Medien im Jahre 1995 erarbeitete Aufsatzsammlung zu Multimedia (Kurt van Haaren/Detlef Henschke (Hrsg.), Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand, VSA, Hamburg 1995) ver-

mochte es bisher, einige Aspekte zu den absehbaren Konsequenzen der gesellschaftlichen Veränderungen durch die Medien zu systematisieren und zu präzisieren.

Umso erfreulicher ist unter diesen Umständen die Tatsache, daß der Marburger Soziologe Achim Bühl in seiner hier vorliegenden Dissertation eben genau die Fragen der politischen und sozialen Auswirkungen einer fortschreitenden Medialisierung in der Gesellschaft aufgegriffen hat. Er beginnt seine Untersuchung mit einer theoretischen Auseinandersetzung um die in der Diskussion über Medien vorherrschende Begrifflichkeit und konstatiert dabei, alles in allem, eine Tendenz zur terminologischen Mythologisierung des Mediendiskurses durch die etablierten Medien- und Sozialwissenschaften (13ff.). Daran anschließend versucht Bühl, ausgehend vom Begriff "CyberSociety" (38ff.), den er im Metaphernwald zwischen "Datenautohahn" und "Informationsgesellschaft" für den exaktesten hält, ein brauchbares deskriptives Instrumentarium dafür zu entwerfen, wie das Verhältnis von Medien und Gesellschaftlichkeit in der heutigen Situation beschrieben werden könnte. Die "CyberSociety" ist nach Bühl die *virtuelle Gesellschaft*; "eine Gesellschaft, in der Produktion, Distribution und Kommunikation weitgehend in virtuellen Räumen stattfinden, im Cyberspace". Der reale Raum wird zunehmend vom virtuellen abgelöst, "Virtualität" ist die Zentralkategorie der neuen Medien (ebd.). Unter Virtualität wird dabei ein Effekt verstanden,

der dadurch gekennzeichnet ist, daß eine Sache oder Person von Anderen in Ansehung der Existenz und des Wesens als zwar wirklich angenommen wird, diese aber nur dem Anschein nach real vorhanden ist. Das heißt, es besteht eine scheinbare Anwesenheit dieser Sache oder Person, ohne diese selbst real figurieren zu können, Person oder Ding sind da und gleichzeitig nicht da. Aus dem lebendigen Kontakt wird der simulierte, die Beziehungen versachlichen sich und werden gleichzeitig totalisiert.

Die technischen Grundlagen der "CyberSociety" bestehen im Großen und Ganzen aus drei Komponenten, die sich, ineinander kombiniert, zu einer auf Virtualität abgestimmten Maschinerie verdichten. Die erste Komponente dieser Maschinerie ist bestimmt durch die Ausbildung einer multimedialen Konzentration auf Basis der vollständigen Digitalisierung und Verbindung von herkömmlichen Medientvorgängen. Die zweite Komponente bezieht sich auf die globale Vernetzung im Internet. Schließlich werden diese beiden Momente nochmals aneinander gekoppelt, und in ihrer Vervollkommnung entsteht als die dritte Komponente eine "virtual reality" (47ff.). In einem solchen medialen Zusammenspiel wird es möglich, jedes realistische Szenario der Arbeits- und Lebenswelt originalgetreu zu kopieren. Diese gigantische Verbindung simulierender Rechengänge ist im Begriff, die wirkliche Welt "nachzubauen" und tendenziell zu ersetzen, und damit steht uns offenbar eine "qualitativ neuartige

Mensch-Maschine-Kommunikation" ins Haus, die, so Bühl, "das prägende Moment mikro- sowie makrosoziologischer Strukturen der 'Informationsgesellschaft' darstellen wird". (75) Zumindest nach den heute gültigen technischen Standards wäre diese Prognose nicht mehr utopisch. Bühl kann dann im folgenden auch nachweisen, daß "virtual reality" in beinahe allen Lebensbereichen schon angewendet wird (115ff.). Bezeichnenderweise waren aber eher unproduktive gesellschaftliche Arbeitsfelder wie die Forschungen beim Militär und in der Raumfahrt die Vorreiter für den primären Gebrauch der neuen Technologien; auf anderen Gebieten stecken die virtuellen Projektionen noch in den Anfängen. Aber wie auch immer, allgemein kann mit Fug und Recht davon gesprochen werden, daß die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften sich auf dem Weg in die Virtualität befinden. Die Schwierigkeiten im theoretischen Umgang mit der Feststellung einer zunehmenden Virtualität in der Gesellschaft beginnen jedoch dort, wo man sich nun entscheiden muß, ob die Gesellschaft durch die Virtualität ihre allgemeine Konstitution ändert und in eine qualitativ neue Phase ihrer Entwicklung eintritt oder nicht. Bühl plädiert in diesem Zusammenhang dafür, die Virtualität als das entscheidende Strukturmerkmal des gegenwärtigen Zeitalters anzusehen, wenn auch in der praktischen Umsetzung erst Keimformen einer Virtualisierung der Gesellschaft zu bemerken sind. Die "CyberSociety" ist von ih-

rem prägenden Gebalt ber als eine "radikalisierte Postmoderne" zu identifizieren. Bühl schreibt: "Subjekttheoretische Aspekte der Postmoderne wie das fragmentierte Ich, das Leben als System von Variablen, die Auflösung des cartesianischen Ichs des 'cogito ergo sum' zugunsten eines pluralen Ichs sind als Phänomene einer sich forcierenden Virtualisierung zu deuten und lassen sich anhand der alltäglichen Praxis 'virtueller Gemeinschaften' des Internets nachweisen." (187) Mit dieser Auffassung würde sich Bühl zunächst einmal kaum von den wertfreien Überlegungen der hauptsächlich Theoretiker der sogenannten Postmoderne, die sich in den neutralisierten Umlaufbahnen von Beliebigkeit und Geschichtslosigkeit bewegen, unterscheiden (v.a. Lyotard, Baudrillard, Virilio). Jedoch gelangt der Autor mit seinem Postmoderne-Begriff zu einer etwas anderen Akzentuierung. In Anlehnung an Fredric Jameson betont Bühl, daß eine rein technizistische Ableitung des Medienprozesses in Bezug auf die gesellschaftliche Verfaßtheit nicht ausreicht, um den zutiefst sozialen Charakter der Umwälzungen durch die Medien irgendwie zu begreifen und angemessen zu reflektieren. Die gesellschaftlichen Verhältnisse spiegeln sich in dem, was Jameson mit Postmoderne als der "kulturellen Logik im Spätkapitalismus" bezeichnet hat. Analog zu Jameson sieht es auch Bühl als ein Spezifikum der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung an, daß das gegenwärtige Bewußtsein unfähig ist, "das große, globale, multinationale

und dezentrierte Kommunikationsgeflecht zu begreifen, in dem wir als individuelle Subjekte gefangen sind". Und dieser Punkt wird durch die aktuelle Medialisierung stark intensiviert und potenziert (240).

Damit ist das zweite gravierende Problem benannt. Es bedarf der Erörterung, inwiefern die Medienrevolution auf die sozialen Lebenszusammenhänge der von dieser Entwicklung betroffenen Individuen zurückwirkt und wie die sich durchaus auch (zumindest teilweise) von den Prozessen "überrollt" fühlenden Menschen dazu verhalten bzw. verhalten sollten. Ohne dies explizit in dem ganzen Buch einmal direkt auszuformulieren, wird doch insgesamt für den Leser klar herausgestellt, daß die Gefahren der "CyberSociety" wohl weitaus größer sind als die eventuellen emanzipatorischen Möglichkeiten, die durch den sogenannten technischen Fortschritt hier vielleicht abstrakt vorhanden sein könnten. Bühl entbält sich zwar immer dann einer konkreteren Beurteilung, wenn er in einem vorausschauenden Votum sich entscheiden müßte, ob sich der Medienprozeß zur übersteigerten "Brave New World" aufschwingt oder eine Demokratisierung unter dem Mediensystem abseits der Kapitaldominanz doch noch Aussichten auf Erfolg hätte. Aber die aufgeführten detaillierten Erkenntnisse über die Veränderungen der Lebens- und Arbeitswelt durch die neuen Medien deuten m.E. ohne Umschweife darauf hin, daß es eber in eine Richtung geht, in der sowohl die allgemeinen sozialen Beziehungen

als auch die politischen Artikulationsmechanismen der Gesellschaftsmitglieder im Hinblick auf Herrschafts- und Zivilisationskritik dauerhaft geschädigt werden. Die Virtualisierung der Gesellschaft fördert die durch Fragmentarisierung und "Prothetisierung" des Menschen (89f., 111, 181ff., 206f.) auf die Spitze getriebene Vereinzelung und Entfremdung, während demokratische Interessen wirksam nur über kollektive Handlungsparameter durchsetzbar sind. In dem aufschlußreichen Kapitel zur kulturell-ästhetischen Verarbeitung der Virtualisierung in Literatur und Film zum Beispiel (79ff.), das interessanterweise zwischen den Abschnitten zu den technischen Grundlagen der "virtual reality" (Kap. 2) und deren Anwendung in der Praxis (Kap. 4) steht, wird sehr gut herausgearbeitet, daß die Vordenker und ersten theoretischen Begleiter des Medialisierungsprozesses in der Virtualität sich insbesondere auf die Bedrohung für die Individualität des Menschen konzentriert haben, und zwar noch bevor ihre Szenarios überhaupt in die Nähe einer Verwirklichung kamen. Dabei stechen besonders die Kommentare zur literarischen Interpretation beim Science-Fiction-Autor Herbert W. Franke (86ff., 90ff.) und der Cyberpunk-Literatur (93ff.) hervor, wobei verstärkt in letzterer (hier freilich schon als erste Reaktion auf Virtualität) generell die Überzeugung vertreten wird, daß die Gesellschaft bei einer fortschreitenden Virtualisierung ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr in die Lage kommen wird,

über die losgetretenen Prozesse und Arbeitsrhythmen Herr zu werden. Die Kritikpunkte dieser negativen Utopisten kreisen besonders um die Themen von Realitätsverlust, Megamanipulation, der Auflösung des Individuums und kulminieren in dem Verdacht, daß eine vollständig repressive Gesellschaft der totalen Kontrolle die Zukunft der Welt sein wird. (111) Mit dem Hinweis auf die positive (technologiezentrierte) Praxis von "virtual reality" in Arbeit und Freizeit möchte Bühl dieses düstere Bild korrigieren, kann dies aber nur insoweit, wie sich hier die entsprechende praktische Umsetzung nur indirekt auf die Herrschaftsbeziehungen in der Gesellschaft niederschlägt. Die repressive Seite der virtuellen Gesellschaft bleibt in diesem Zusammenhang undiskutiert.

An einer weiteren Stelle seiner Arbeit erwähnt Bühl auch, daß der Cyberspace für viele "eine neue zu erobernde terra incognita" darstellt. (109) Das verweist auf die für den Rezensenten wichtige Frage, ob nicht in Wirklichkeit das letzte Innovations-, Expansions- und Experimentierfeld der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften gerade die "CyberSociety" sein könnte, in welcher neue und ungeahnte Anlage- und Profitmöglichkeiten winken, in der die technische Revolution ausschließlich dazu dient, neue Bedürfnisse zu wecken, mit denen die meisten Menschen nicht viel anzufangen wissen und in der von den Strukturdefiziten des sich globalisierenden Kapitalismus abgelenkt werden soll. Der viel zu kurze Abschnitt über die politische

Ökonomie des Internet (161-167) berührt diese Probleme schlaglichtartig und illustriert in knappen Ausführungen das teils hysterische Engagement sich herauskristallisierender Medienkonzerne, deren Ziel es natürlich ist, mit der Ware Information vor allem viel Geld zu verdienen. Dabei ist noch gar nicht ausgemacht, wer denn eigentlich in den Genuß und Konsum der virtualisierten Medienprodukte kommen soll, und insbesondere droht die sehr reale Gefahr der Herausbildung einer "Klassen-Informationsgesellschaft" (165), in der die exklusive Information auch den exklusiven herrschenden Klassen und Gruppen vorbehalten bleiben soll und der "Rest" mit dem Informationsmüll abzuspiesen ist. (Die Exklusivinformationen fließen bereits seit geraumer Zeit in den firmeninternen Kanälen ohne eine wirkungsvolle Kontrolle über die getätigten diversen Transaktionen, und Tendenzen einer reibungslosen Informationsmüllproduktion scheinen sich im "traditionellen" audiovisuellen Medium Fernsehen schon abzuzeichnen, das weder in ausreichendem Maße die drängenden gesellschaftlichen Probleme thematisiert noch eine halbwegs brauchbare bestimmte Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen Zuständen propagiert.)

Der abschließende Teil der Studie resümiert die Chancen und Gefahren der "CyberSociety" (215ff.). In diesem Abschnitt muß Bühl notgedrungenmaßen auf die negativen Entwürfe der Apokalyptiker zur neuen Medienwelt zurückkommen. Ihre Gründe, der Virtua-

lisierung der Gesellschaft skeptisch gegenüberzustehen, finden bei Lichte besehen und in genauer Beobachtung des Strukturwandels in Arbeit, Freizeit und Öffentlichkeit zunehmend Bestätigung. Es kann ja sein, daß die durch die technischen Erneuerungen in den Medien möglich gewordenen physischen Erleichterungen im Arbeitsprozeß als auch die erklärten Erlebnisgewinne innerhalb der glitzernden Freizeitindustrie als (wenn auch größtenteils zweifelhafte) Errungenschaften der sogenannten Zivilisation zu betrachten sind, die im dynamischen Sog des gesellschaftlichen Wandels überdies kaum rückgängig zu machen wären. Aber in der Diskussion der Schattenseiten von Telearbeit, Telebanking, -shopping usw. bis zu Video-on-demand und Cybersex wird doch zu deutlich, daß besonders die vordem noch vorhandenen sozialen Beziehungen einer direkten Kommunikation und politischen Partizipation in absehbarer Zeit regelrecht zertrümmert werden könnten. Da außerdem absolut nicht geklärt ist, wie die durch den medialen Rationalisierungstrend verursachte Freisetzung von Arbeitskräften aufgefangen werden soll und welche ökonomischen und sozialen Folgen dies für die gesamte Gesellschaft hat, müßte alle Euphorie über das behauptete demokratische Potential der Virtualisierung sehr gedämpft ausfallen. Will man an einer demokratischen Gesellschaft festhalten und den wirklich demokratischen Anteil an ihr noch erhöhen, was ja auch das Ziel des Autors ist, dann muß irgendwo Einhalt geboten werden,

weil vor allem Zeit nötig wäre, um die institutionellen Rahmenbedingungen der Virtualisierung sozial verträglicher zu gestalten. Sicherlich ist die dazu vielleicht naheliegendste Idee, einfach den Stecker herauszuziehen, kaum realisierbar, und es ist leicht einzusehen, warum Bühl gerade hier diesen Gedanken verwirft (215). Daß er aber stattdessen verschiedene Modelle einer vorwiegend traditionellen emanzipatorischen Medientheorie als Ausweg beschwört (228ff.), obgleich die Praxisbezogenheit dieser Theoriestränge in der von ihm festgestellten virtuellen Gesellschaft kaum noch gegeben ist, muß doch mehr als bedenklich erscheinen. Mit über 20 Jahre alten Theoriekonstrukten sind weder die sich mit der Virtualisierung weiter perfektionierenden herrschenden Verhältnisse wirksam kritisierbar, noch kann über entsprechende Vorschläge, die der Demokratisierung des vormaligen Medienverbundes gewidmet waren, den Individuen die erforderliche gesellschaftliche Anpassungszeit an die neuen Bedingungen gewährt werden. All das verweist auf aktuelle Defizite einer kritischen Medientheorie heute.

Detlef Kannapin

Bucheingänge

Joachim Becker u.a. (Hrsg.), *Die Zukunft der Dritten Welt. Weder Revolution noch Reform? Kurswechselbuch im Sonderzahl-Verlag, Wien 1996, 112 S.*

Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '96.*

PapyRossa Verlag, Köln 1996, 247 S., DM 29,80

50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wider den Geschichtsrevisionismus. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 25, Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1996, 249 S.

Karl Heinz Jahnke, Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts. Zweiter Band, Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1996, 255 S., DM 29,90

Willi Nowaks Knastnotizen. KPD-Verbot und Kalter Krieg im Ruhrgebiet. Fotos-Dokumente-Zeittafel, hrsg. von Günter Gleising, RuhrEcho, Bochum 1996, 216 S., DM 22,-

Texte zu Che. Deutschsprachige Übersetzung aus 'Guerilla', 58 S., DM 3,50, c/o Internationalistisches Komitee, Am Landwehrplatz 2, 6611 Saarbrücken

Pietro Ingrao/Rossana Rossanda, Verabredung zur Jahrhundertwende. Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken, VSA, Hamburg 1996, 294 S., DM 48,-

Helmut Steiner, Notizen zu einer "Gesellschaftsbiographie" des Fritz Behrens (1909-1980), Rosa Luxemburg-Verein, Leipzig 1996, 35 S.

Hermann Jacobs, Der Wert in der Kritik. Die werttheoretischen Briefe (1983 bis 1987). Fortsetzung der Geschichtskritik der politischen Ökonomie, Selbstverlag 1996 in Kooperation mit Spotless-Verlag, 404 S., c/o Hermann Jacobs, Salzmannstr. 5, 10319 Berlin

Wolfgang Bialas, Von der Revolution der Klasse zur Evolution der

kommunikationstheoretischer Begründung, Peter Lang, Frankfurt am Main u.a. 1996, 218 S., DM 69,-

Walter G. Neumann, Negativer Materialismus, Logik und praktischer Idealismus. Zur Kritik der Marxschen Theorie, Verlag für die Gesellschaft, Hannover 1996, 99 S., DM 24,90

Walter G. Neumann, Marx, Freud. Die Frau und das Geld. Ökonomie und Liebe. Zur Kritik der endkapitalistischen Gesellschaft und der wissenschaftslogischen Bildung, Verlag für die Gesellschaft, Hannover 1996, 224 S., DM 39,90

Geschichte und materialistische Geschichtstheorie bei Marx. Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 1996, Argument-Verlag, Hamburg 1996, 242 S., DM 27,-

Fred Schmid, Leo Mayer, EURO-Strategien des Kapitals, isw-report Nr. 29, München 1996, 40 S., DM 5,-

Errata

Im Artikel von Eduardo Chitas in Z 27 ("Marx, Leser Fergusons oder: bürgerliche Gesellschaft und Arbeitsteilung") muß es auf den S. 24 (Anm. 4) und 25 (Zeile 10) jeweils "Naturzustand/es" statt "Naturstaat/es" heißen und auf S. 29, Zeile 24, "Gebrauchswert" statt "Nutzwert". Die Redaktion verweist in diesem Zusammenhang auf ihre Anm. 1 (S. 23) zu diesem Beitrag.

Ebenso bedauern wir es, daß im 1. Teil des hier fortgesetzten Beitrages von Thomas Collmer in Z 27 (S. 45ff.) die Hervorhebungen des Autors "verloren" gingen.

Jetzt schon vormerken!

14., 15. und 16. März 1997

Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektive

Bundesweite offene wissenschaftliche Tagung an der Uni Hannover (Conti-Hochhaus, Königsworther Platz 1)

Eröffnungspodium:
Marx, Marxismus, sozialistische Bewegung
(drei Einleitungsreferate mit Diskussion)

Podiumsdiskussionen:

- Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts - sozialökonomische Analysen
- Klassengesellschaft und Individualisierung
- Demokratie, Menschenrechte, Sozialismus
- Hat Klassenbewegung Zukunft?
- Gewerkschaften

Einführungsvorträge:

Vordenker des Marxismus für das 21. Jahrhundert
U.a. zu R. Luxemburg, B. Brecht, A. Gramsci, W. Benjamin, G. Lukacs

Workshops:

Etwa 30 Workshops zu Einzelthemen in autonomer Gestaltung ihrer jeweiligen Träger; Kommunikation, Vernetzung ...

Präsentation und Diskussion der marxistischen Linken der BRD. Breites Spektrum. Starke Beteiligung Ost. Tagungsbeitrag DM 20,- / 30,- sowie preiswerte Verpflegungs- und Übernachtungsangebote.

Initiatorenkreis: Joachim Bischoff (Hamburg), Frank Deppa (Marburg), Uwe-Jens Heuer (Berlin/Bonn), Heinz Jung (Frankfurt/M.), Fred Schmid (München/Essen). Unterstützt von Zeitschriften, Vereinigungen, Arbeitsgruppen der marxistischen Linken der Bundesrepublik.

Jetzt schon vormerken - oder noch besser: anmelden!

Marxismus-Tagung, c/o IMSF e.V., Kölner Straße 68, 60327 Frankfurt/M.

AutorInnen und Übersetzer

Dr. Hermanu Bömer - Dortmund, Wirtschafts- und Regionalwissenschaftler

Prof. Dr. Dieter Boris - Marburg, Sozialwissenschaftler, Redaktionsbeirat von Z

Wolfram Burkhardt - Marburg, Doktorand der Politikwissenschaft

Jörg Cezanne - Oxted/Surrey, Großbritannien, Politologe, Doktorand

Dr. Thomas Collmer - Hamburg, Philosoph

Dr. Ulrich Dolata - Bremen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Universität Bremen

Hans Fricke - Poppendorf, Oberst a.D.

Willi Gerns - Bremen, Mitherausgeber der "Marxistischen Blätter"

Prof. Dr. Horst Heininger - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Redaktionsbeirat von Z

Dr. Hans G Helms - Köln, Wirtschafts- und Sozialhistoriker

Gudrun Hentges - Bonn, Politikwissenschaftlerin, wiss. Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsgruppe

Peter Hiedl - Essen, Dipl. Soziologe

Bernd Hüttner - Bremen, Dipl. Politikwissenschaftler

Dr. Juri Iwanow - Moskau, Gesellschaftswissenschaftler

Sabine Jecht - Essen, Sozialwissenschaftlerin, Mitarbeiterin von FIAN Deutschland

Dr. Heinz Jung (1935-1996) - langjähriger Leiter des IMSF und Z-Redakteur

Detlef Kaunapin - Neuenhagen - Student der Kulturwissenschaften

Dr. Sahine Kebir - Berlin, Philosophin

Michael Klundt - Marburg, Student der Sozialwissenschaften

Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker

Dr. André Leisewitz - Frankfurt/M., Dipl. Biologe, Z-Redakteur

Prof. Dr. James O'Connor - Santa Cruz, University of California, Editor in Chief von "Capitalism, Nature, Socialism. A Journal of Socialist Ecology"

Prof. Dr. Kurt Pätzold - Berlin, Historiker

Dr. Jürgen Reusch - Oberursel, Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Ekkehard Saueremann - Halle/Saale, Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaftler

Rolf Schmucker - Marburg, Doktorand der Politikwissenschaft

Michael Schöngarth - Marburg, Doktorand der Politikwissenschaft

Dr. Reinhard Schweicher - Frankfurt/M., Philosoph, Z-Redakteur

Prof. Dr. Hans See - Frankfurt/M., Politik- und Sozialwissenschaftler, Vors. von Business Crime Control

Prof. Dr. Joachim Tesch - Leipzig, Wirtschaftswissenschaftler

Michael Wendl - München, Vors. der ÖTV-Bayern

Gerd Wiegel - Marburg, Doktorand der Sozialwissenschaften

Jetzt schon vormerken:

14., 15. und 16. März 1997

Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektive

Bundesweite offene wissenschaftliche Tagung an der Uni Hannover (Conti-Hochhaus, Königsworther Platz 1)

Eröffnungssplenum:

Marx, Marxismus, sozialistische Bewegung

(Einleitungsreferate mit Diskussion)

Podiumsdiskussionen:

- Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts - sozialökonomische Analysen
- Klassengesellschaft und Individualisierung
- Demokratie, Menschenrechte, Sozialismus
- Hat Klassenbewegung Zukunft? - Gewerkschaften

Einführungsvorträge:

Vordenker des Marxismus für das 21. Jahrhundert

U.a. zu Rosa Luxemburg, Bertolt Brecht, Antonio Gramsci, Walter Benjamin, Georg Lukacs

Workshops:

Etwa 30 Workshops zu Einzelthemen in autonomer Gestaltung ihrer jeweiligen Träger; Kommunikation, Vernetzung ...

Präsentation und Diskussion der marxistischen Linken der Bundesrepublik. Breites Spektrum. Starke Beteiligung Ost. Tagungsbeitrag DM 20,- / 30,- sowie preiswerte Verpflegungs- und Übernachtungsangebote.

Initiatorenkreis: Joachim Bischoff (Hamburg), Frank Deppe (Marburg), Uwe-Jens Heuer (Berlin/Bonn), Heinz Jung (Frankfurt/M.), Fred Schmid (München/Essen). Unterstützt von Zeitschriften, Vereinigungen, Arbeitsgruppen der marxistischen Linken der Bundesrepublik.

Jetzt schon vormerken - oder noch besser : anmelden !

an: Marxismus-Tagung, c/o IMSF e.V., Kölner Straße 66, 60327 Frankfurt/M.



Bitte um Zusendung einer Einladung



Anmeldung zur Tagungsteilnahme

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Unterschrift:

Die Zeitschrift Z erscheint vierteljährlich. Das Einzelheft kostet 18,- DM (zzgl. Versandkosten). Das Abonnement kostet 54,- DM (inkl. Versandkosten).

Abonnement

Ich bestelle ein Z-Abo. Der Abo-Preis beträgt 54,00 DM inkl. Versandkosten. Das Abonnement gilt ab Heft _____ und für mindestens ein Jahr (vier Hefte). Es verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Abonnementzeitraums schriftlich gekündigt wird.

Name, Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Ich bezahle bis auf Widerruf bequem und bargeldlos per Bankeinzug.

Geldinstitut/BLZ:

Konto-Nr.:

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche beim Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs.

Datum/2. Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Ich verschenke ein Z-Abo. Das Abonnement gilt für ein Jahr und kostet 54,00 DM (inkl. Versandkosten). Das Abonnement wird nicht automatisch verlängert.

Name, Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf

Grenzen der Globalisierung

Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft

1996 - ca. 400 S. - ca. DM 48,00 - ÖS 355 - SFR 48,00 - ISBN 3-929586-75-4

Michael Bruch/ Hans-Peter Krebs (Hrsg.)

Unternehmen Globus

Facetten nachfordistischer Regulation

1996 - ca. 260 S. - ca. DM 39,80 - ÖS 295 - SFR 39,80 - ISBN 3-929586-69-X

Ulrich Mückenberger/ Eberhard Schmidt/ Rainer Zoll (Hrsg.)

Die Modernisierung der Gewerkschaften in Europa

(Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung)

1996 - ca. 300 S. - ca. DM 44,00 - ÖS 326 - SFR 44,00 - ISBN 3-929586-67-3

Jürgen Hoffmann

Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur –

Grundzüge deutscher Gesellschaftsgeschichte

Vom Feudalsystem bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990

1996 - 593 S. - DM 68,00 - ÖS 503 - SFR 68,00 - ISBN 3-929586-72-X

Volker Wellhöner

„Wirtschaftswunder“ - Weltmarkt - Westdeutscher Fordismus

Der Fall Volkswagen

(Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft Band 12)

1996 - gebunden - 391 S. - DM 88,00 - ÖS 651 - SFR 88,00 - ISBN 3-929586-71-1

Sigrid und Wolfgang Jacobeit

Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945

1995 - 424 S. - DM 98,00 - ÖS 725 - SFR 100,00 - ISBN 3-929586-38-X

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 02 51 / 6 08 60 80

